WALTER SELB (†) – HUBERT KAUFHOLD

DAS SYRISCH-RÖMISCHE RECHTSBUCH

BAND III

KOMMENTAR

WALTER SELB (†) – HUBERT KAUFHOLD

DAS SYRISCH-RÖMISCHE RECHTSBUCH

BAND III, KOMMENTAR

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE KLASSE
DENKSCHRIFTEN, 295. BAND

VERÖFFENTLICHUNGEN DER KOMMISSION FÜR ANTIKE RECHTSGESCHICHTE
HERAUSGEGEBEN VON GERHARD THÜR

DAS SYRISCH-RÖMISCHE RECHTSBUCH

EINGELEITET, HERAUSGEGEBEN, DEUTSCH ÜBERSETZT
UND KOMMENTIERT
VON
WALTER SELB (†) – HUBERT KAUFHOLD
(3 BÄNDE)



VERLAG DER ÖSTERREICHISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
WIEN 2002

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE KLASSE
DENKSCHRIFTEN, 295. BAND

VERÖFFENTLICHUNGEN DER KOMMISSION FÜR ANTIKE
RECHTSGESCHICHTE NR. 9

WALTER SELB (†) – HUBERT KAUFHOLD

DAS SYRISCH-RÖMISCHE RECHTSBUCH

BAND III, KOMMENTAR

VERLAG DER ÖSTERREICHISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
WIEN 2002

Vorgelegt von k. M. HUBERT KAUFHOLD in der Sitzung am 6. Oktober 2000

Gedruckt mit Unterstützung des
Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich

Alle Rechte vorbehalten
ISBN 3-7001-3007-4
Copyright © 2002 by
Österreichische Akademie der Wissenschaften
Wien
Gesamtherstellung: Weitzer & Partner, Graz

INHALTSVERZEICHNIS

BAND III

Kommentar

Kapitel I

Zusammenhang von Inhalt und Darstellungsform

1. Normativer Grundtext oder dessen *interpretatio*? 7
   a) Bisherige Meinungen 7
   b) Eine *interpretatio* wie im Breviar? 8
   c) Eine vom Grundtext getrennte *interpretatio* 12
   d) Gründe, die für eine *interpretatio* im Rechtsbuch sprechen 13
2. Die Konsequenz einer veränderten Sicht der Texterklärung 14
   a) Die veränderte Sicht an Beispielen 14
   b) Paraphrase eines Grundtextes und überschießende Erklärung 18
   c) Eine Typologie der *interpretationes* 18
   d) Vorläufiges Gesamtbild 24

Kapitel II

Das Rechtsbuch als aktualisierende interpretatio aus der Mitte des 5. Jh. n. Chr.

1. Das Problem 26
2. Der Befund in der *interpretatio* aus dem Breviarium Alaricianum 27
   a) Fittings Thesen 27
   b) Der Interpret und seine Vorlagen 28
3. Eine Parallele im Rechtsbuch? 30

Kapitel III

Zum sachlichen System des Rechtsbuches

1. Der Meinungsstand 31
2. Themenbestimmung bei isolierten *interpretationes*? 32
3. Das Problem der Lücken 33
4. *Interpretationes* zu verschiedenen Sammlungen? 34

Kapitel IV

Lehrhafte Züge im Sprachgebrauch des Rechtsbuches

1. Die Darstellung in Ich-Form 36
2. Selbstgemachte Fragen zum rechtlichen Problem 37
3. Die *si-quis*-Syntax 37
4. Die *hi-qui*-Syntax 38
5. Der Vergleich mit den *Sententiae Syriacae* 38
6. *iubet lex* - κελεύει νόμος - κελεύουσιν νόμοι 39
7. Sonstige lehrhafte Züge 40
8. Zusammenfassung 41

Kapitel V

Kommentar zu den Einzelstellen 43

Register

1. Systematisches Sachregister 277
2. Deutsch-syrische Wörterliste 283
3. Lateinische Ausdrücke 293
4. Griechische Ausdrücke 299
5. Orientalische Ausdrücke 302
   a) Syrisch 302
   b) Arabisch 303
   c) Armenisch 303
6. Quellenregister 303
7. Mögliche Vorlagetexte 315
8. Handschriften 315
9. Sachen 317
10. Personen 327
    a) Allgemein 327
    b) Römische Juristen 328
    c) Römische Kaiser 328
11. Geographische Namen 329
12. Moderne Autoren 330

KAPITEL I
ZUSAMMENHANG VON INHALT UND DARSTELLUNGSFORM

1. NORMATIVER GRUNDTEXT ODER DESSEN *INTERPRETATIO*?

a) Bisherige Meinungen

Die Geschichte der wissenschaftlichen Erschließung des Syrisch-römischen Rechtsbuches[1] hat gezeigt, daß von Beginn an die Arbeitshypothese eingesetzt wurde, es handle sich um eine weltliche oder kirchliche Kodifikation von Rechtssätzen oder um einen Rechtsspiegel, d. h. eine Aufzeichnung geltenden Gewohnheitsrechts. Diese übrigens ganz selbstverständlich und unreflektiert eingesetzte Arbeitshypothese hat das Verständnis der materiellen Aussagen der einzelnen Rechtstexte in einem ganz bestimmten Sinne vorgeprägt. Zur «Geltung» gehört unweigerlich die Normativität der Aussagen. Damit wird aber eine Aussagenstruktur vorausgesetzt, welche die Vollständigkeit zumindest der Einzelaussagen erstrebt und die umgekehrt nicht auf die Vollständigkeit der Aussagen bewußt verzichtet. Die spätere, vorsichtigere Beurteilung von Selb, es handle sich vorwiegend oder ausschließlich um Rechtsliteratur, deren Verwendungszweck noch zu erforschen sei, vermied diesen fundamentalen Irrtum nicht ganz. Denn sie blieb bei der die Auslegung vorprägenden These, daß der Inhalt der Einzelaussagen die vollständige Reproduktion normativer Anordnungen oder Regeln oder doch der Versuch solcher vollständiger Reproduktion sei. Vor dem Hintergrund, daß man seit Carlo Alfonso Nallino eher an inhaltliche Vorlagen in römischen Quellen, etwa in kaiserlichen Konstitutionen oder in klassischen Juristenschriften, dachte, las Selb die Texte noch immer wie Teile von römischen Sammlungen des 2. bis 5. Jh. n. Chr., wie Kodextexte oder wie Institutionentexte oder Sentenzenwerke.

Im Prinzip suchten alle Autoren - in den Grenzen der Veränderung durch die doppelte Übersetzung ins Griechische und dann ins Syrische und darüber hinaus durch Verständnismängel - den Inhalt der Vorlagen in einer Art von Analoganzeige. Normgehalte verschiedener miteinander verglichener Quellen wurden solchermaßen nebeneinandergestellt und auf Konkordanz und Abweichung untersucht. Am Ende wurden die gegebenen Konkordanzen als Beständigkeit und korrekte Wiedergabe, die mangelnden Konkordanzen aber als Fehler im Verständnis, als bislang nicht erkannte Entwicklungen, als fremde Einflüsse, als Ergebnisse falscher Übersetzungen oder als überlieferungsbedingte Textverderbnisse erklärt.

---

[1] Vgl. dazu Band I, Kap. I.

Ungeprüft blieb dabei, ob denn unsere Texte im Rechtsbuch überhaupt das gleiche Darstellungsziel haben, wie wir es in den zum inhaltlichen Vergleich herangezogenen Quellen so selbstverständlich annehmen. Daß es eine andere Art der Betrachtung überhaupt geben könne, fiel zunächst niemandem auf. Dabei ist es fast eine Plattheit, wenn die Philologie verlangt, daß man sich zuerst über das Aussageziel eines Autor klarwerden müsse, bevor man ihn zu interpretieren versuche. Zu stark war hier der kaum irgendwo deutlich ausgesprochene Grundkonsens der Forscher über das Ziel der Reproduktion normativer Aussagen. Dieser Grundkonsens trug auch die Erforscher des römischen Rechts im Syrisch-römischen Rechtsbuch, daß es nämlich normative Aussageziele waren, welche die gesamte juristische Literatur der Klassik und der Nachklassik beherrschten. Man konnte sich ein juristisches Lehrbuch, eine Monographie über ein spezielles Rechtsthema oder eine Konstitutionensammlung einfach nicht anders vorstellen denn als beabsichtigte Reproduktion normativer Aussagen. Wenn etwa Ludwig MITTEIS[2] aus § 1 des Rechtsbuches ein volksrechtliches Erbsystem erschloß, verfuhr er nach dieser Methode. Und als NALLINO[3] später in dem gleichen Text ein System römischen Erbrechts fand, verfuhr er nicht anders. Gerade bei den im Erbrecht häufig angestellten Systemerwägungen gab es jedoch die markantesten Defizienzen des Vergleichs. Daß das in der Art des Vergleichs, d.h. durch die Arbeitsmethode der Vergleicher bedingt war, fiel nicht auf. Alle Defizienzen wurden als Fehler oder Schwächen des Verfassers des Rechtsbuches notiert. Bei Paraphrasen von Vorlagetexten, die weder über den Inhalt der Vorlage hinausgingen, noch hinter ihm zurückblieben, war die Welt ja auch in Ordnung. Nur, diese Paraphrasen waren - wie sich zeigen wird - im Rechtsbuch in der Minderzahl.

b) Eine interpretatio *wie im Breviar?*

Im Jahre 1962 wandte sich SELB[4] erstmals der Suche nach einem dem Rechtsbuch entsprechenden literarischen Genus im römischen Recht zu, um den Text aus seiner Geschichtslosigkeit herauszuheben. Diese Suche nach einer ähnlichen Darstellungsform und einem ähnlichen Aussageziel führte ihn zur *interpretatio* aus dem westgotischen Breviarium Alaricianum *(lex Romana Wisigothorum)*. Die Schwäche des damals begründeten ersten Vergleichs räumlich so entfernt überlieferter Quellen lag darin begründet, daß die *interpretatio* aus dem Breviar als originale Literaturgattung noch nicht gründlicher erforscht war. Dabei gab es durchaus bereits eine große Zahl von Untersuchungen zum Breviarium Alaricianum. Hermann NEHLSEN hat sie zusammengestellt.[5] Sie erweisen sich aber nur zum kleineren Teil als bedeutsam, wenn es um den hier angestrebten Vergleich geht. Völlig ohne Bedeutung ist für uns die Wirkungsgeschichte des Breviars, d.h. sein Fortleben in der frühmittelalterlichen Rechtsgeschichte: Diese Seite der geschichtlichen Bewertung und damit Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit gegenüber dem

---

[2] Reichsrecht und Volksrecht 313ff.

[3] Vgl. die Literatur im Kommentar zu § 1.

[4] Probleme des Systems und des Systemvergleichs im Syrisch-römischen Rechtsbuch, in: SZ 79 (1962) 28-50, hier: 31; ausführlicher dann in: Zur Bedeutung 232ff.

[5] Alarich II. als Gesetzgeber - Zur Geschichte der *Lex Romana Visigothorum* -, in: Studien zu den germanischen Volksrechten. Gedächtnisschrift für Wilhelm Ebel, hrsg. von Götz LANDWEHR, Frankfurt am Main-Bern 1982, 143-203.

Lebenswerk von Max CONRAT sei hier übergangen.[6] Es ist aber nicht zu übersehen, daß aus der dazu geführten Diskussion einiges auf die Untersuchungen zur Komposition des Breviars «abfärbt». Die hochmütig negative Bewertung der Beschäftigung mit einer derartigen Quelle der - von Rom aus gesehen - Verfalls- und Spätzeit ist kaum von der negativen Bewertung der Komposition selbst, insbesondere der *interpretatio*, geschieden. Die wörtlichen Zitate bei NEHLSEN sind instruktiv genug. Auch NEHLSEN selbst ist noch ein Beispiel für die Grundeinstellung gegenüber dem Breviar insgesamt, wenn er annimmt,[7] Hermann FITTING habe den Gegenstand seiner Untersuchung, die *interpretatio*, dadurch aufgewertet, daß er ihn in «augenfälliger Voreingenommenheit»[8] einer früheren Epoche zugewiesen habe. Genau diese Zuweisung eines großen Teils der *interpretationes* an eine schon ältere Schultradition und dazu die Bewertung dieser *interpretationes* ist die uns hier interessierende Frage.

Daß die *interpretationes* eine ältere Textschicht enthielten, die unverändert in das Breviar übernommen wurde, hatten schon Gustav HAENEL[9], Friedrich BLUHME[10], Heinrich DERNBURG[11] u. a.[12] gegen die allgemeine Meinung früherer Zeit[13] angenommen. Diese Annahme kann heute als die herrschende Meinung angesehen werden.[14] Die ersten eingehenderen Untersuchungen dazu lieferte FITTING.[15] Sicher erbringt seine von Hartwig SCHELLENBERG[16] gerügte, von FITTING selbst für schwach gehaltene[17] Argumentation aus den Aussagen des Einführungsdekrets zur Kodifikation und zur *praescriptio* keinen unanfechtbaren Beweis. Hier ist NEHLSEN[18] recht zu geben. Und Stilkriterien erweisen sich hier wie sonst als schwache Stützen. Aber zumindest bei den Untersuchungen zu den *interpretationes* zum Kaiserrecht kann FITTING über das Verhältnis der Darstellung in den Grundtexten und einzelnen *interpretationes* dartun, daß das Darstellungsziel der

---

[6] Die meisten der von NEHLSEN nachgewiesenen Autoren befassen sich ausschließlich oder doch fast ausschließlich mit diesem Thema.

[7] AaO 144 zu Fn. 13.

[8] AaO 114f.

[9] Antiqua Summaria Codicis Theodosiani, Leipzig 1834, S. XV.

[10] Leges Burgundionum, ed. Friedrich Bluhme, Monumenta Germaniae Historica, Legum tomus III (in Folio), Hannover 1863 (Ndr. 1965) 497-630, hier: 580.

[11] Die Institutionen des Gajus, ein Collegienheft aus dem Jahre 161 nach Christi Geburt, Halle 1869, 120, Fn. 1.

[12] Otto KARLOWA, Römische Rechtsgeschichte 1. Band, Leipzig 1885, 980ff.; Heinrich BRUNNER, Deutsche Rechtsgeschichte I, 1906, 512; Paul KRÜGER, Geschichte der Quellen und Literatur des römischen Rechts, 2. Aufl., München 1912, 313.

[13] Vgl. Carlo Augusto CANNATA, I rinvii al 'ius' nella 'interpretatio' al Codice Theodosiano, in: SDHI 28 (1962) 292-315, hier: 292f.; NEHLSEN aaO; H. SCHELLENBERG, Die Interpretation zu den Paulussentenzen, Göttingen 1965 (= Abh. der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, phil.-hist. Klasse, dritte Folge Nr. 64), unter § 1.

[14] Nachweise bei SCHELLENBERG, ebenda, unter § 1.

[15] Westgothische Interpretatio 222ff.; M. CONRAT, Der westgothische Paulus, Eine rechtshistorische Untersuchung, in: Verhandelingen der Koninklijke Akademie van Wetenschappen te Amsterdam. Afdeeling Letterkunde. Nieuw reeks. Deel VIII. N°. 4, 1907, 3ff. (Ndr. Wiesbaden 1967).

[16] AaO unter § 2, besonders S. 13, 24ff.

[17] Westgothische Interpretatio 229.

[18] AaO 150, ohne weitere Begründung.

letzteren überhaupt nicht in eine Kodifikation paßt und gleich den Vatikanischen Summarien zum *Codex Theodosianus* für ein Werk der spätrömischen Rechtsschule gehalten werden muß. Von hier aus gesehen ist es also keine bloße Voreingenommenheit, wenn die in ihrer Mehrzahl aus einem älteren Bestand in das Breviar übernommenen *interpretationes* abgegrenzt wurden und ihnen im Kontext ihrer Entstehung und außerhalb des Kontexts ihrer Verwertung im Breviar eine höhere Qualität als den eigenen *interpretationes* der *prudentes* Alarichs zuerkannt wurde.[19] Ernst LEVY[20], Franz WIEACKER[21] und Gian Gualberto ARCHI[22], die sich eingehender mit den *interpretationes* befaßten, blieben jedenfalls bei der Unterscheidung. U.E. hat WIEACKER sie untermauert, vor allem durch seine Einsicht, die *interpretationes* dürften - soweit es um die zu den Konstitutionen geht - zu einem anderen als dem im Breviar überlieferten Text verfaßt sein.[23] Erst Nicole KREUTER ist - abgesehen von der vor diesem Hintergrund eingehender Diskussion nicht weiter begründeten Skepsis bei NEHLSEN - auf den Stand der Meinung vor DERNBURG und anderen zurückgekehrt.[24] Der Vergleich mit den *Sententiae Syriacae* und ihren zahlreichen Paraphrasen zum *Codex Hermogenianus*, der bei KREUTER leider fehlt, und der Vergleich mit dem Syrisch-römischen Rechtsbuch wird zeigen, daß die *interpretationes* tatsächlich gängige Schulliteratur der vorjustinianischen römischen Spätzeit sind, die nicht nur in der *Epitome Gai* selbständig in Umlauf gelangten. Sie als spezielle historische Leistung den *prudentes Alarichs* zuzuordnen, besteht kein Grund.

Vor dem Hintergrund der *interpretatio* als allgemeiner Literaturgattung wird endlich die Hauptfrage mit größerer Sachlichkeit als bisher gestellt werden können, die Frage nämlich nach der qualitativen Einschätzung der *interpretationes*. Mit größerer Sachlichkeit als bisher kann das deshalb geschehen, weil alle jene bei NEHLSEN zitierten emotionalen Äußerungen aus der Literatur stets auch die Bewertung der Komposition und ihrer Umstände und die Bewertung der Wirkungsgeschichte des Breviars ungeschieden im Auge hatten. Vor allem aber taucht hier ein methodischer Hauptfehler bei der Bewertung der Texte als solcher auf: Von der Idee aus, daß es sich bei den *interpretationes* innerhalb der Komposition doch um einen Teil einer Kodifikation handelte, bewertete man einen Text, der eine normative Aussage enthielt oder doch paraphrastisch repräsentierte. Bei der Suche nach dieser normativen Aussage geschah aber genau dasselbe wie beim Syrisch-römischen Rechtsbuch: jede Abweichung von bekannten Vorlagen in Inhalt und Stil wurde als Verfall qualifiziert. William W. BUCKLAND[25] mag stellvertretend für die daraus gewonnene negative Einschätzung zitiert sein. Dem Werk attestiert er «a tremendous decline in the level of knowledge and skill», dem Verfasser aber, einem «very ill-equipped lawyer» oder «very stupid fellow», daß er «abysmal ignorance» zeige. Vor

---

[19] A. M.: NEHLSEN aaO 145.

[20] Westen und Osten 237.

[21] Lateinische Kommentare 259ff.

[22] L'"Epitome Gai".

[23] AaO 268.

[24] Römisches Privatrecht im 5. Jh. n. Chr. Die Interpretatio zum westgotischen Gregorianus und Hermogenianus, Berlin 1993.

[25] The *Interpretationes* to *Pauli Sententiae* and the *Codex Theodosianus*, in: The Law Quarterly Review 60 (1944) 361-365, hier: 361-363.

dem Hintergrund, daß wir es mit einem Text zu tun haben, der als Schul-*interpretatio* gerade nicht notwendig die normative Aussage repräsentiert, wäre diese Bewertung erst noch zu erarbeiten. Sie stimmt aber auf keinen Fall mit der Feststellung WIEACKERS überein, daß gelegentlich der Text von Konstitutionen aus dem *Codex Theodosianus* in den *Codex Iustinianus* in einer Form übernommen wurde, die näher bei der *interpretatio* als beim angeblichen theodosianischen Originaltext aus dem Breviar liegt. Und sie läßt, wenn sie - wie zunächst LEVY - der Auswahl an Texten ein Armutszeugnis ausstellt,[26] gänzlich unberücksichtigt, daß eben diese Auswahl einst allein von den didaktischen Zielen der Schule geprägt war und auf legislatorische Ziele keine Rücksicht nahm.

Doch auch bei der im Prinzip unangebrachten normativen Betrachtung des Textes wandelte sich gelegentlich die Bewertung, sobald die Autoren dem Text abseits der Schlagwortdiskussion inhaltlich näher traten. LEVY findet 1958 bei der Fortführung seiner inhaltlichen Studien zu den *interpretationes* in diesen «eine der bemerkenswertesten Leistungen, die uns aus der westlichen Jurisprudenz des 5. Jh. zugekommen sind».[27]

WIEACKER[28] läßt schon 1935 bei seinen Untersuchungen, die eher dem Literaturwerk der *interpretatio* gewidmet sind, die Hochschätzung der juristischen Leistung erkennen. Doch auch er vergleicht normative Aussagen von Grundtexten mit deren Repräsentation in den *interpretationes*.

Sein vorwiegender Befund für die *interpretationes* des Westens war, daß die *interpretatio* zum Grundtext vorwiegend Index und Paraphrase war. Das bot freilich keine besonderen Erkenntnisse, denn bei Index und Paraphrase, wo die Aussagen inhaltlich weitgehend deckungsgleich waren, tauchte unser eben formuliertes methodisches Problem im Verständnis der Texte nicht auf. Es reduzierte sich auf Stilvergleiche und - zu Texten aus dem *Codex Theodosianus* - auf den Vergleich von Grundtext und *interpretatio* einerseits mit Paralleltexten aus dem *Codex Iustinianus* andererseits. Doch auch Schulliteratur, als die WIEACKER die *interpretationes* erkannte, kann sich darin erschöpfen, vorgegebene normative Aussagen einfach analog zu reproduzieren, mit anderen Stilmitteln, in freierer Weise, oft mit weniger Präzision als erforderlich, kurz in vulgarer Sprache und vulgarem Denken. Genau dieser Ansatz in der Idee vom «Vulgarrecht» führte letztlich wieder zur herkömmlichen Methode des Vergleichs der Reproduktion normativer Aussagen zurück.[29] Wir würden aber WIEACKER mit dieser Feststellung nicht ganz gerecht. Es war ihm bei der Klassifikation der Arten der *interpretationes* durchaus aufgefallen, daß es dabei auch einige Texte gab, die über den Grundtext hinausgehende Erläuterungen enthielten.[30] So konnte er - wie übrigens schon FITTING[31] - auf eine Reihe von *definitiones* verweisen, die Einzelausdrücke aus dem Grundtext zu erklären versuch-

---

[26] E. LEVY, Zum Wesen des weströmischen Vulgarrechtes, in: Atti del Congresso internazionale di diritto romano (Bologna e Roma 1933), Band 2, Pavia 1935, 27-51, hier: 30f. = Ges. Schr. I 184-200; hier 185.

[27] Besprechung zu J. GAUDEMET, La formation du droit séculier et du droit de l'Eglise aux IV^e^ et V^e^ siècles, in: SZ 75 (1958) 450-455, hier: 452 = Ges. Schr. I 143.

[28] Lateinische Kommentare.

[29] Beispielhaft bei den Epitome Gai, vgl. WIEACKER, Lateinische Kommentare 262f.

[30] Ebenda 302ff.

[31] Westgothische Interpretatio 237ff.

ten. Und er fand, wenn auch in sehr spärlichen Ansätzen, die Erläuterungsform des von einem speziellen Grundtext ausgelösten, aber weit über ihn hinausreichenden Traktats zu einem weitergespannten Thema. Der Unterschied dieser *interpretationes* zur bereits genannten Form des Index oder der Paraphrase liegt auf der Hand: Aus dem Index oder der Paraphrase hätte man den Grundtext erkannt, auch wenn er nicht ohnehin mitüberliefert gewesen wäre. Die *definitio* aber konnte man jedem beliebigen Grundtext zuordnen, der die definierte Einrichtung erwähnte, etwa vom definierten *peculium* sprach, die definierte *infamia* verordnete usw. Ebenso konnte man einem Traktat, der von einem Lemma im Grundtext ausgelöst war, ohne Grundtext schwer ansehen, wozu er geschrieben war. WIEACKER[32] hat für diese Art von *interpretatio* nach einigen Indizien aus der Codexsumme des Isidor, dem Codexkommentar des Thalelaios und aus Justinians *constitutiones Tanta* § 21 und *Deo auctore* § 12 Parallelen in ἑρμηνεῖαι aus dem östlichen Unterricht vermutet.[33] Seine Vermutung erweist sich nun nach unserer Quelle, an die WIEACKER gar nicht gedacht hatte, als richtig. Bei näherer Betrachtung wird sich freilich zeigen, daß es in der östlichen Version der *interpretatio* eine weit stärkere Typenvielfalt gab, als man es aus den doch eher spärlichen Zeugnissen aus dem Breviar annehmen konnte.

ARCHI, der sich zentral der *Epitome Gai* widmete,[34] kam von den Erkenntnissen zu dieser Quelle ausgehend - vorwestgotische Arbeit - nicht umhin, sich allgemein mit dem originalen Ziel der Interpretationenliteratur zu beschäftigen, zu der er neben der *interpretatio* zum *Codex Theodosianus* und zu anderen kaiserlichen Konstitutionen und neben der *interpretatio* zu den *Pauli sententiae* auch die *Epitome Gai* zählte.[35] ARCHI sieht in der *Epitome Gai* eine vom Text der Institutionen des Gaius spätestens bei der Komposition des Breviars separierte Paraphrase. Die Paraphrase ist nach seiner Auffassung doppelgesichtig: Entstanden für Zwecke der Schule[36] hat sie doch schon vor ihrer Aufnahme in das Breviar eigene Individualität[37] und darin autonome Bedeutung und Verbreitung erlangt.[38] Bedeutsam ist für uns der originale Zweck, die Komposition für den Schüler, dem der Grundtext noch zur Verfügung stand, zugleich aber die Tendenz der Aktualisierung mit der Interpretation.

c) Eine vom Grundtext getrennte interpretatio

Die Typen derjenigen *interpretationes* aus dem Breviar, die über einen Grundtext hinausgehen oder den Inhalt eines Grundtextes gar nicht wiedergeben, führen uns bereits zur methodischen Hauptfrage zurück: Wie interpretieren wir einen Text richtig, der nicht darauf abzielt, eine vorgegebene normative Aussage zu reproduzieren, sondern der nur Bemerkungen enthält, die zum Verständnis der im Grundtext vorgegebenen normati-

---

[32] Lateinische Kommentare aaO.

[33] Den Grundgedanken hatte auch LEVY, Westen und Osten 237, erfaßt, wenn er für die Scholien der Antezessoren annahm, sie wollten nur neben dem erläuterten Grundtext verstanden werden.

[34] L'"Epitome Gai".

[35] AaO 65, 66, 67, 71 und mehrfach.

[36] AaO 67 unten.

[37] AaO 67 oben.

[38] AaO 68.

ven Aussage hinführen soll. Das ist dann noch kein methodisches Problem, solange der Grundtext mit der *interpretatio* überliefert ist, die Grundinformation über die Norm selbst außerhalb der *interpretatio* vorliegt. Das methodische Problem aber stellt sich, wenn die gleiche *interpretatio* ohne parallelen Grundtext verstanden werden soll. Den Adressaten der *interpretatio*, Schülern eines Rechtsunterrichts, lag ein Grundtext vor; umstritten ist nur, ob es derselbe Text war, dem später die *interpretatio* im Breviar beigeschrieben worden ist.[39] Das Vorliegen bedeutete in erster Linie, daß es nicht zu jedem Grundtext einer *interpretatio* bedurfte; war der Grundtext einfach zu verstehen, konnte sich der Lehrer darauf zurückziehen, daß der Grundtext der *interpretatio* nicht bedürfe. Die Beispiele aus dem Breviar für ein *haec lex interpretatione non indiget* und ähnliche Wendungen sind zahlreich. Das bedeutete aber auch, daß sich der Interpret auf schwierigere Teile des Grundtextes beschränken konnte oder daß er einzelne Ausdrücke zu erklären versuchte. Es war der Grundtext, der dem Hörer oder Leser im Unterricht die normative Aussage vermitteln sollte. Die *interpretatio* hatte diese Aufgabe im Prinzip nicht; sie sollte lediglich an den normativen Inhalt des Grundtextes heranführen. Das konnte selbstverständlich dadurch geschehen, daß man den Grundtext in der *interpretatio* ganz oder zum Teil in einfacherer Sprache als jener der kaiserlichen Kanzlei paraphrasierte. Das konnte aber auch fern einer an sich leicht verständlichen Hauptaussage des Grundtextes dadurch geschehen, daß man einzelne Ausdrücke aus dem Grundtext erklärte, etwa was man unter den im Grundtext angeführten *commissoriae cautiones* zu verstehen habe (I. Th. 3,2,1) oder daß man vom Grundtext ausgehend einen Katalog von *calumniatores* zum besseren Verständnis beifügte (I. Th. 9,39,3) oder daß man die im Grundtext erwähnte *actio de moribus* genauer erklärte (I. Th. 3,13,1) oder daß man definierte, was man unter *agnati* und *cognati* zu verstehen habe (IPS 4,8,1)[40] oder daß man im *ius*, d. h. im Juristenrecht nachzusehen habe,[41] was z. B. eine *donatio* sei (I. Th. 8,12,1), was ein *cognitor* oder *procurator* sei (I. Th. 2,12,7) oder was ein *delator* sei (I. Th. 10,10,2), oder daß man die möglichen Gegenstände der im Grundtext speziell behandelten *accusatio* beschrieb (I. Th. 3,13,1), oder daß man die *adoptivi* (aus Gai Inst. 1,59) mit *hoc est affiliati* (Gai Ep. 1,4,1) oder die *emancipatio* (aus Gai Inst. 1,132) mit *hoc est manus traditio* erklärte (Gai Ep. 1,6,3).

d) Gründe, die für eine interpretatio *im Rechtsbuch sprechen*

Damit drängt sich bei der Betrachtung unseres Rechtsbuches die Frage auf, ob wir es auch hier um solche oder andere *interpretationes* zu Grundtexten zu tun haben, die aus einem unbekannten Grund nicht im Rechtsbuch mitüberliefert worden sind. Antworten wir bejahend, so bedeutet das methodisch, daß wir bei jedem Text des Rechtsbuches

---

[39] Fitting, Westgothische Interpretatio, nahm an, die Verfasser des Breviars hätten die *interpretationes* zu den dort aufgenommenen Grundtexten, zumindest denen des *Codex Theodosianus*, verfaßt. Wieacker, Lateinische Kommentare 268, wandte sich mit guten Gründen dagegen.

[40] Eine ganze Reihe ähnlicher Beispiele zählt Fitting, Westgothische Interpretatio 233 Fn. 27, auf.

[41] Die meisten dieser Anweisungen sind freilich in der *interpretatio* aus dem Breviar unausgeführt; zu *hic de iure adiectum* und *hic de iure addendum* vgl. Fitting, Westgothische Interpretatio 237ff.; Cannata aaO (Fn. 13), besonders 296ff., 303ff.

fragen müssen, wie weit er als Reproduktion eines sonstwie eruierten oder nicht eruierten Grundtextes zu lesen ist und was an Erläuterung über diese Reproduktion hinausführt. Wir werden weiter damit rechnen müssen, daß die Reproduktion auch einmal hinter dem Inhalt des Grundtextes zurückbleibt. Die einzelnen Aussagen der Texte dürfen daher gar nicht von vornherein als Reproduktion einer normativen Aussage gesehen werden. Und wo das dennoch einmal angenommen werden darf, dürfen sie nicht von vornherein als volle und ausschließliche Reproduktion eines Grundtextes gelesen werden.

Der Verdacht, daß das Syrisch-römische Rechtsbuch als *interpretatio* zu Grundtexten zu lesen ist, die uns nicht sogleich parallel mitgeteilt werden, also als isolierte *interpretationes*, deren Reproduktionsteil erst zu eruieren ist, zeigt sich schon in § 1. Jede Exegese zu diesem Erbrechtstext rügte bislang, daß der Verfasser ein Erbsystem entwerfe, das z.B. auf die weitere Deszendenz des Erblassers nach den Kindern nicht eingehe. Denken wir uns § 1 aber als *interpretatio* zu einem Grundtext in der Form der Paraphrase dieses Grundtextes samt überschießendem Folgetraktat, so gewinnen die Aussagen klare Konturen. Die Differenzierung der Textteile fällt hier sodann nicht besonders schwer. Eine höchst spezielle Fallentscheidung - wahrscheinlich ein kaiserliches Reskript - zum materiellen Noterbrecht der Töchter eines Erblassers wird in den Absätzen 1-5 eingeleitet, paraphrasiert und abgeschlossen. In der Einleitung geht es um das zum materiellen Noterbrecht der Töchter vorausgesetzte Intestaterbrecht der Töchter neben dem Sohn, es folgt die Paraphrase des Grundtextes selbst, schließlich werden die Folgerungen für die Verfügungsfreiheit eines Erblassers, wenn er auch keine Töchter hatte, erläutert. Einleitung wie Folgerung gehören nicht selbst zur Paraphrase; sie nähmen sich auch in einem normativen Text seltsam aus. Diesem Teil des Textes, der einen Grundtext paraphrasiert, schließt sich nun, ab Absatz 5, ein lehrhafter Traktat zum Intestaterbrecht an, der durch den speziellen Fall ausgelöst ist und genau dort ansetzt, wo die «Folgerung» zum Grundtext, in Absatz 5, aufhört, nämlich beim fallbedingt kinderlosen Erblasser. Es ist ganz selbstverständlich, daß alle Einzelaussagen damit ein ganz anderes Gewicht haben, als wenn sie insgesamt einen Grundtext komplett wiedergäben. Nur die Paraphrase im engsten Sinne (Absätze 2-4) enthält die analog angezeigte normative Aussage; der Rest ist von Lehrzwecken diktierte Erläuterung zur normativen Aussage.

Dieses Muster aus § 1 kann nun neben anderen durch die Interpretatio aus dem Breviar bereits bekannten Mustern einer *interpretatio* über alle Texte des Rechtsbuches verfolgt werden. Die Zahl der Varianten erweist sich dabei aber im Rechtsbuch als viel reicher, als sie WIEACKER zur *interpretatio* aus dem Westen erschlossen hatte.

2. DIE KONSEQUENZ EINER VERÄNDERTEN SICHT DER TEXTERKLÄRUNG

a) Die veränderte Sicht an Beispielen

Der vielleicht wichtigste Punkt dieser fundamental veränderten Einsicht in das Aussageziel der Texte des Rechtsbuches ist, daß wir es mit Aussagen zu tun haben, die neben einem dem antiken Leser oder Hörer bekannten Grundtext standen. Ihren vollen Sinn erlangten die originalen *interpretationes* also erst vor dem Hintergrund der normativen Information im bekannten Grundtext. Die Texte des Rechtsbuches erschließen sich

dem Verständnis demnach nur, wenn auch aus ihnen ein erläuterter Grundtext herausgeschält wird, oder wenn zu ihnen ein aus anderen Quellen verfügbarer Grundtext eruiert ist. Denn die Texte einer *interpretatio* sollten und konnten der Intention des Verfassers nach nicht für sich allein gelesen werden. Auch wenn sie einmal isoliert einen Sinn ergaben, durften sie doch nicht als isolierte Aussagen interpretiert werden. Etwas anderes konnte nur dann gelten, wenn isolierte *interpretationes* in der weiteren Geschichte ihrer Tradition einen von ihrer Geschichte abgelösten Anwendungsbereich erlangt hätten. Das aber ist für das Rechtsbuch in römischer Zeit zu verneinen. Und selbst wenn es bejaht werden könnte, interessierte es uns im gegebenen Zusammenhang der Bewertung der originalen *interpretatio* nicht.

Einige Beispiele sollen nun die veränderte Sicht erläutern, die im Kommentar durchweg völlig neue Exegesen der Texte verlangt:

Ein gutes Beispiel bietet § 84 (Auflösung der Verlobung durch den Tod eines der Nupturienten). Hier läßt sich der Grundtext, der interpretiert wird, in C.Th. 3,5,6 finden. Doch nicht nur das; zu C.Th. 3,5,6 gibt es auch noch eine *interpretatio* aus dem Breviar, die mit der des Rechtsbuches verglichen werden kann. In der Konstitution selbst versuchte der Reformgesetzgeber alle möglichen Fallkonstellationen zu dem zu lösenden Problem zu behandeln, Konstellationen, die man sich im Leben denken konnte, dabei auch solche, von denen man annahm, sie würden sich selten ereignen *(quod raro accidit)*. Die *interpretatio* im Unterricht konnte sich demgegenüber auf jene Fälle daraus beschränken, die zum einen praktisch werden konnten, zum anderen Probleme im Verständnis boten. Wie die westliche *interpretatio* aus dem Breviar zeigt, sind die Lücken gegenüber dem vollständigen System der Konstitution gewollt; dasselbe bietet sich folgerichtig als Aussageziel auch für das Rechtsbuch an. So hat der Verfasser des Rechtsbuches in § 84 von den acht theoretisch möglichen Fallkonstellationen der Konstitution nur drei aufgegriffen. Der Verfasser der westlichen *interpretatio* (I.Th. 3,5,6) bringt es auf vier, davon sind zwei andere als im Rechtsbuch. Die Lückenhaftigkeit der Darstellung gehört damit geradezu zur Literaturgattung. Sie wird nicht als Fehler in der Reproduktion einer vorgegebenen rechtlichen Aussage gelesen werden dürfen.

Ein weiteres Beispiel zeigt sich in § 17 des Rechtsbuches. Der als Paraphrase erkennbare Hauptteil der Stelle gibt einen sonst leider nicht überlieferten Grundtext wieder; wahrscheinlich handelte es sich um eine kaiserliche Konstitution. Sie verfügte in einer generellen Anordnung, daß ein Vormund oder Kurator nur mit Zustimmung des *praeses provinciae* über das Vermögen seines Mündels verfügen dürfe. Die Erläuterung will diese leicht zu erschließende, dem römischen Recht entsprechende Regel aber nicht nur paraphrasierend wiedergeben, sondern auch gleich anschaulich machen. Es werden zwei Beispiele zugefügt, aus welchem Grund es etwa erforderlich sein könnte, die behördliche Zustimmung zur beabsichtigten Vermögensveräußerung zu geben: Es sollen offene Steuerschulden oder Nachlaßverbindlichkeiten beglichen werden. Wer käme bei diesem Aussageziel auf den Gedanken, die Zustimmung sei nach der normativen Aussage nur in diesen beiden Anlaßfällen erforderlich gewesen? Oder, warum sollte eine derart generelle normative Aussage gerade diese Beispiele oder überhaupt Beispiele bieten?

Weitere Beispiele, die für den Zweck der Einleitung in die Formen der *interpretatio* im Rechtsbuch nur noch in Kurzfassung vorgestellt werden sollen, zeigen weitere Vari-

anten einer juristischen Literatur, für die es außerhalb der westlichen *interpretatio* und des Rechtsbuches keine Parallelen gibt:

In § 2 steht im Mittelpunkt eine spezielle Aussage zur mangelnden *testamenti factio activa* eines Haussohnes. An diese Aussage, wohl eine Paraphrase eines Grundtextes - am ehesten aus einer Sentenzensammlung -, schließt eine Folgeaussage, daß nicht nur die Söhne des *pater familias*, sondern auch die Kinder seiner Söhne unter der *patria potestas* stehen und somit - unausgesprochen - von der Regel des Grundtextes erfaßt sind. Eine weitere, vom Thema nur noch lose attrahierte Aussage folgt, die zum Ausdruck bringt, daß ohnehin aller Erwerb der Hauskinder an den *pater familias* fällt, die Hauskinder also kein Vermögen haben, über das verfügt werden könnte.

In § 3 wird zunächst eine spezielle Aussage zur notwendigen Form der *emancipatio* von Hauskindern gemacht. In die Wiedergabe der verordneten Form werden aber bereits praktische Hinweise zum üblichen Inhalt der Urkunde über die *emancipatio* gegeben, die in einer Formvorschrift an sich nichts zu suchen haben, nur in eine Erläuterung gehören, somit über den Grundtext hinausgehen. Dasselbe gilt dann auch für die weiteren Zusätze über die Folgen der *emancipatio*; mit der Form haben sie nichts zu tun. Daß sie ihrerseits wieder normative Aussagen wiedergeben, ändert nichts daran, daß sie nicht dazu gedacht sind, den normativen Grundtext zu reproduzieren.

In §4 steht wieder eine ganz spezielle Aussage am Beginn, die Paraphrase eines Grundtextes, am ehesten eines Reskripts, gewesen sein könnte: Der Großvater mütterlicherseits konnte als *tutor* (oder *curator*) *dativus* bestellt werden, mußte dabei aber Bürgen stellen. Es folgt dem ein ganzer Traktat darüber, wer Bürgen stellen muß, wenn er zum *tutor* oder *curator* wird, sei es als *tutor (curator) testamentarius, legitimus* oder *dativus*, wie z.B. die Mutter oder ein Dritter. Ganz folgerichtig wird weiter zur Erläuterung des Grundtextes mitgeteilt, welchen konkreten Inhalt das Versprechen des Bürgen, indirekt auch des *tutor* oder *curator*, haben soll. Und schließlich wird auch noch eine Begründung geliefert, warum der *tutor testamentarius* keinen Bürgen zu stellen habe. Die Reproduktion der Norm des Grundtextes ist mit dem Fall des Großvaters als *tutor dativus* zu Ende. Alles übrige ist Erläuterung für Schüler. Gewiß stecken im weiterführenden Traktat auch hier wieder normative Aussagen. Die Differenzierung als und unter den weiterführenden Hinweisen ist dennoch unverkennbar.

In § 11 wird zu Beginn wohl ein Reskript oder eine *lex generalis* paraphrasiert, wonach die Erhöhung der Mitgift durch die Frau nach der Eheschließung keine verbotene Eheschenkung darstelle. Neben dieser Paraphrase wird ein als Inhalt eines Grundtextes undenkbarer, aber als praktische Erläuterung wohl verständlicher Vorschlag gemacht, in diesem Zweifelsfalle das der Frau nach der Eheschließung zugekommene Vermögen gar nicht erst in die *dos* zu geben, sondern als Paraphernalgut der Frau zu behandeln.

In § 19 ist eindeutig eine konstantinische Konstitution über eine *manumissio* von Sklaven vor den kirchlichen *antistites in ecclesia* wiedergegeben. Über die Paraphrase geht zunächst einmal hinaus, daß aus der lokalen Kirchenorganisation Syriens erklärt wird, was man dort unter den *antistites* zu verstehen habe. Ebenfalls über den Grundtext hinaus geht die Erwägung, was bei einer solchen *manumissio* mit dem *peculium* des Sklaven geschehe. Und schließlich gilt dasselbe noch einmal für die angehängte *definitio*, was denn unter einem *peculium* zu verstehen sei.

In § 23 ist ein Reskript zum Thema *qui accusare non possunt* wiedergegeben: Frauen dürfen ihre Ehemänner nicht anklagen. Dem wird ein ganzer Traktat angehängt, wer sonst wen nicht anklagen darf. Das ist ein Werk für die Schule; mit dem normativen Grundtext hat es nichts mehr zu tun.

In § 32 ist ein Reskript zu finden, wonach ein Vater seine unehelichen Kinder im Testament bedenken darf, ohne anderen gesetzlichen Erben gegenüber lieblos zu handeln und die *querela inofficiosi testamenti* herauszufordern. Die praktische Vorgangsweise bei der Abfassung des Testaments ist aber schon kein Inhalt des Grundtextes mehr: Wie muß der Vater dabei diese unehelichen Kinder im Testament bezeichnen, muß er sie mit Namen nennen oder darf er einfach «meine Kinder» sagen? Und auf welche Art muß er die unehelichen Kinder neben ehelichen, für die er ohne Zweifel die Worte «meine Kinder» wählen darf, im Testament nennen? Zuletzt taucht die verständliche, vom Grundtext weit entfernte Folgefrage auf, wie es denn mit dem Intestaterbrecht der unehelichen neben den ehelichen Kindern steht.

In § 54 wird ausgesprochen, daß ein Vater nicht schlechthin aus Geschäften seines Haussohnes haftet, wohl aber, wenn er ein *iussum* zum konkreten Geschäft gegeben hat. Das Thema dieses Grundtextes attrahiert in der Erläuterung einen Katalog zu den Themen *an filius pro matre tenetur* usw. Diese allgemeine Aussage führt zu der dem Grundtext nun schon wieder sehr fern liegenden Ausnahme vom Satz, daß man zwar für Verwandte so allgemein nicht hafte, im Falle der Bürgschaft aber wohl.

In § 75 findet sich eine wortreiche Teilparaphrase zu Nov. Val. 35,14, nämlich zu Satz 1. Das Stichwort «Frist» führt zu einem Traktat über Fristen im Denuntiationsprozeß. Da wir den Grundtext kennen, wissen wir mit Sicherheit, daß dieser Traktat darin nicht zu finden war. In einer *interpretatio* hat er seinen guten Sinn. Hier beschränkt sich freilich die *interpretatio* aus dem Breviar im Unterschied zu § 75 des Rechtsbuches auf die Paraphrase des Grundtextes.

In § 76 findet sich eine höchst summarische Abhandlung über Tatbestände und Strafen für *crimina* aus der Praxis des Provinzialstatthalters *(de poenis paganorum)*. Man darf mit einigem Grund annehmen, daß hier in der *interpretatio* eine ausführlichere Monographie nach Art einer Titelsumme frei abgehandelt wurde.

In § 115 ist zunächst die uns bekannte Nov. Th. 12 über die Einführung des Scheidebriefes wiedergegeben. Die Novelle selbst endet dann mit der lakonischen Wiederherstellung des alten Güterrechts der *veteres leges responsaque prudentium* auch im Bereich der zivilen Scheidungsstrafen. In unserem Rechtsbuchtext wird nun zur Erläuterung ausgeführt, was der Inhalt dieser *veteres leges responsaque prudentium* war, ein Traktat, der im Detail gar nicht zum Inhalt der Konstitution gehören konnte. Wurde hier ein *hic de iure addendum, quae sint veteres leges responsaque prudentium* ausgeführt?

In § 119 begegnet uns endlich auch die *interpretatio*, bei der ein Grundtext selbst der Paraphrase nicht bedurfte. Wir können diesen Grundtext nicht bestimmen. Er muß aber von der Rückerstattung einer *dos* gehandelt haben. Die *interpretatio* beschränkt sich darauf, den Umfang dieser Rückerstattung ganz praktisch und nach Erkenntnissen aus dem Juristenrecht darzulegen. Auch hier ein ausgeführtes *hic de iure addendum*?

b) Paraphrase eines Grundtextes und überschießende Erklärung

Die gezeigten Beispiele lassen bereits ahnen, in welchem Maß die Einzelaussagen unseres Rechtsbuches nach der neuen Methode verstanden - nämlich als *interpretationes* bestimmter Grundtexte - inhaltlich differenziert Profil gewinnen, je nachdem wie man sie im Verhältnis zu einem Grundtext sieht. Einerseits spiegeln die Texte in vielen Fällen ihre gedachten Grundtextvorlagen nicht einfach nach Art einer mehr oder weniger freien Inhaltsangabe, wenn sie pädagogisch selektiv hinter dem Inhalt zurückbleiben. Andererseits spiegeln sie den Inhalt auf keinen Fall, wenn die Darstellung über den direkten Aussagegehalt des ganz oder teilweise oder gar nicht wiedergegebenen Grundtextes hinausgeht. Gerade in den Formen der die Paraphrase eines Grundtextes überschreitenden Erläuterung erweist sich das Rechtsbuch schon nach den oben gegebenen Beispielen als wesentlich reicher an Typen denn die westlichen *interpretationes*.

Darin zeigt sich nun auch ein fundamentaler Unterschied zu den *Sententiae Syriacae*.[42] Auch dort handelt es sich um *interpretationes* zu Grundtexten. Diese Grundtexte können aber nicht von ungefähr in höherem Maße als im Syrisch-römischen Rechtsbuch nach ihren Vorlagen identifiziert werden, handelt es sich doch bei der Form der Wiedergabe um den Typus der reinen Paraphrase des Grundtextes. Denselben Befund können wir bei den *interpretationes* zu den wenigen im Breviar überlieferten Texten des *Codex Gregorianus* und des *Codex Hermogenianus* feststellen. Auch dort wird der Grundtext nicht verlassen. Und selbst in den *interpretationes* zu den *Pauli sententiae* bleibt deren Verfasser meist ziemlich eng beim Grundtext. Da in den *Sententiae Syriacae* die Grundtexte vorwiegend in Texten aus dem *Codex Gregorianus* und *Codex Hermogenianus* sowie aus den *Pauli sententiae* zu finden sein dürften, ist diese Parallelität auch nicht erstaunlich. Das führt aber zu der wichtigen Feststellung, daß die *interpretatio* eine historische Entwicklung durchmacht, eine Entwicklung, die sich in etwa eineinhalb Jahrhunderten vollzieht und von Index und Paraphrase zur weitgespannten grundtextüberschreitenden Erläuterung führt. Vergleicht man nun die späten *interpretationes* zum *Codex Theodosianus* und den posttheodosianischen Novellen mit denen zum Syrisch-römischen Rechtsbuch, so fällt bei letzteren die noch stärkere Überschreitung des Grundtextes in der Erläuterung und die Formenvielfalt dieser Erläuterung in derselben Quelle auf. Wer immer bisher wegen der Formenvielfalt annahm, der Zuschreiber der *interpretatio* im Breviar habe aus verschiedenen Vorlagen von *interpretationes* geschöpft und neu komponiert, wird bei diesem Befund skeptischer sein müssen.

c) Eine Typologie der interpretationes

Der schon nach den wenigen oben gegebenen Beispielen sichtbare Formenreichtum der *interpretatio* aus dem Rechtsbuch fordert dazu heraus, eine Typologie zu entwickeln.

aa) Der am häufigsten zu findende Typus ist jener der mehr oder weniger freien vollständigen Paraphrase eines vorgegebenen und dem Hörer oder Leser bekannten Grundtextes - immer unter dem Vorbehalt, daß er seinerseits wieder durch die Typen der Zusätze variiert sein kann. Es ist der Typus, den wir in reiner Form bereits für die

[42] SELB, Sententiae Syriacae, besonders 189-202.

Sententiae Syriacae und die *interpretationes* zu Texten aus den *Pauli sententiae*, aus dem *Codex Gregorianus* und aus dem *Codex Hermogenianus* festgestellt haben.

bb) Daneben finden sich Paraphrasen, die nur einen Teil eines Grundtextes bieten, weil sie sich entweder auf zentrale Fragen beschränken oder weil sie allein die schwieriger zu verstehenden Passagen des Grundtextes erläutern oder weil sie nur auf pädagogisch interessante Teile zurückgreifen wollten. Auch ein Zeitmoment kann hier eine Rolle spielen. Lagen zwischen Grundtext und *interpretatio* längere Zeiten und neue Entwicklungen, so ließ die *interpretatio* überholte Aussagen des Grundtextes einfach aus. Die *interpretatio* zu Stellen aus dem *Codex Theodosianus* ist voll von Beispielen. Hier sei lediglich auf die Teilparaphrasen aus I.Th. 4,1,1, aus I. Nov. Val. 35,8-11 im Vergleich mit § 87 unseres Rechtsbuches und I.Th. 3,5,6 im Vergleich mit § 84 unseres Rechtsbuches hingewiesen. Auch bei den Teilparaphrasen gilt, was oben vermerkt ist: Sie variieren in gleichem Maße mit der Typologie der Zusätze zur Paraphrase.

cc) Weit interessanter als die Unterscheidung voller oder teilweiser Paraphrasen ist die Typologie der Zusätze zu den Paraphrasen der Grundtexte.

Die westliche *interpretatio* enthält wie das Rechtsbuch zahlreiche *definitiones* zu Ausdrücken, die im Grundtext vorkamen. Solche *definitiones* sind entweder in die Paraphrase integriert, mit einem «das heißt» oder «das ist», oder separat vor oder nach der Paraphrase zu finden. Beispiele für diesen Typus der *interpretatio* haben bereits Fitting[43] und Wieacker[44] gegeben.

Hier seien aus der westlichen *interpretatio* zum Vergleich Beispiele angeführt: IPS 1,2,1 *(infames sunt, qui ...)*; IPS 4,8,14 *(agnati sunt, qui ...)*; IPS 5,8 *(novatio est ...)*; I. Th. 2,10,4 *(advocati, id est causas agentes)*; I.Th. 2,15,1 *(dolus malus est, quotiens ...)*; I. Th. 2,19,1 *(uterini, id est ...)*; I. Th. 2,33,2 (es wird die *centesima* erklärt); I. Th. 3,2,1 *(commissoriae cautiones dicuntur ...)*; I. Th. 3,13,1 *(si de moribus uxorem maritus accuset, hoc est in maleficio, in adulterio similibus aliisque criminibus)*; I.Th. 5,1,1 *(ius liberorum non habeat, hoc est, si ...)*; I. Th. 5,1,2 *(fratrem consanguineum, id est uno patre natum* und *adoptivum, id est ...)*; I. Th. 9,39,3 (die ganze *interpretatio* besteht nur aus einer *definitio*: *calumniatores sunt, quicumque ...*); I. Nov. Val. 35 *(actiones perpetuae..., id est ...)*.

Das Rechtsbuch gibt uns zu diesem Typus folgende Beispiele: § 1 Absatz 15 (Definition von Agnaten und Kognaten); § 3 Absatz 2 *(emancipati*, das sind Freigelassene); § 7 Absatz 4 *(infames* sind ...); § 15 (Katalog der Infamiefolgen); § 19 Absatz 3 am Ende *(peculium* ist das, was ...); § 78 Absatz 1 (Vergleich, was übersetzt ist ...), § 99 (Definition der οὐσία); § 97 Absatz 4, § 128 Absatz 2 (Definition der *actiones*).[45]

Den Grundtext überschreiten auch jene Texte, die in die Paraphrase Beispiele zur Erläuterung der vorgegebenen generellen Aussage einfügen.

So ist in I.Th. 2,16,3 die Aussage des Grundtextes, daß die Frauen unter dem besonderen Schutz der Rechtsordnung stehen, mit *id est, ut* ... breit exemplifiziert. In I. Th. 2,19,1 ist die *detestabilis turpitudo* aus dem Grundtext an Beispielen verdeutlicht. In I. Th. 2,33,1 werden Beispiele für die *fruges humidas vel arentes* aus dem Grundtext

[43] Westgothische Interpretatio 233 und Fn. 27, 236ff.

[44] Lateinische Kommentare 306f.

[45] Vgl. auch Band I, Kap. VIII, Abschnitt 1g (S. 179f.)

gegeben. In IPS 1,1,4 wird die Verbrechensabrede als Beispiel für das generelle *pacisci contra leges* oder *contra bonos mores* angeführt.

Gleiches findet sich im Rechtsbuch. In §42 Absatz 2 werden die «Nachlaßschulden» des angenommenen Grundtextes mit «*annonae* oder in anderer Weise» erläutert. In §87a Absatz 3 werden die üblichen Güter der Mitgift oder der Eheschenkung im Beispiel mit «Gold», «Vermögen», «Kleider», «Sklaven», «Vieh», «Reittiere» (B zusätzlich: «Kamele», «Herden von Schafen» angeführt.[46] Die Fundgegenstände aus § 122 werden mit «Denare oder Geräte oder etwas anderes» umschrieben. Die Krankheit der Frau aus §102b wird mit «wenn es sich ereignet, daß ... » umschrieben. Ebenso stand im Grundtext zu §126 sicher nicht, wofür alles *annonae* zu zahlen war (Absatz 2: «sei es, daß es ein Grundstück, Landgüter oder ... ist»). Den Beispielen vergleichbar sind die Konkretisierungen genereller Aussagen eines Grundtextes. So gehört die Ausführung, was in Syrien unter den *antistites* der Kirche, von denen im Grundtext die Rede ist, zu verstehen ist (§ 19 und §114) zur Erläuterung. In §25 Absatz 2 wieder werden die drei *unciae* (= 9/12) eigens erläutert als drei Teile im Verhältnis zu einem Teil des Nachlasses. In §40 wird das agnatische Prinzip am Beispiel der Tochterkinder dargelegt, die Erwähnung der Tochter selbst, die Agnatin ist, bildet in Absatz 2 lediglich das klärende Gegenbeispiel der Erläuterung. Selbst wenn in § 75a die »(gerichts)freien» Monate im Grundtext genannt wurden, so ist doch deren orientalische Bezeichnung für Hörer aus Syrien eine Erläuterung, die über den Grundtext und dessen Paraphrase hinausgeht. Wo die Vorlage bei den *sponsalia* von *donationes ante nuptias* sprach, konkretisiert das die Erläuterung in §84 Absatz 1 und 2 als «Ring», «Schmuck aus Gold», «Geschenke an anderen Sachen», «Geräte». Die Kindesaussetzung des §86 wird lebensnah erläutert, indem in Absatz 1 «Kirche» und «Badehaus» als übliche Aussetzungsorte angegeben werden. Und die im identifizierten Grundtext zu §103 für Ärzte und Professoren verordnete Befreiung von «allen Steuern» wird durch die Nennung von «Kopfgeld» und «Gewerbesteuer» anschaulich gemacht. Wenn in §87 die Anordnung gleicher Höhe von *dos* und *donatio ante nuptias* an platten Beispielen mit bestimmten Zahlen erläutert wird, dürfte das allerdings erst auf den Bearbeiter der abgeleiteten Versionen zurückgehen, weil der Passus in L fehlt (vgl. Absatz 4).

dd) Ein überaus beliebtes Mittel der Erläuterung ist der Hinweis auf ähnliche Fälle zu dem aus der vorgegebenen Anordnung im Grundtext. Weder eine allgemeine Konstitution noch eine Fallentscheidung in einem Reskript bedürfen derartiger Begründungen oder Erläuterungen. Der ähnliche Fall ist vielmehr ein typisches Produkt einer den Stoff bearbeitenden, argumentierenden Jurisprudenz oder einer auf Analogien verweisenden Pädagogik. Hier zeigt sich jedoch ein Unterschied zwischen westlicher *interpretatio* und Rechtsbuch: Die Verweisung auf ähnliche Fälle ist in der westlichen *interpretatio* als Verweisung auf Texte derselben Sammlung zu sehen.[47] Im Rechtsbuch werden ähnliche Fälle *expressis verbis* angeführt. So wird eine Regel zur fehlenden Testierbefugnis einer Frau, die unter *patria potestas* steht, in §16 Absatz 3 auf einen Mann unter *patria*

[46] Die Beispiele, die sich im Rechtsbuch zu manchen Texten finden, stehen freilich stets im Verdacht, von einem späteren Abschreiber angereichert worden zu sein. Das ändert aber nichts an der Annahme, zur Arbeitsweise des Interpreten gehöre die Exemplifikation.

[47] Vgl. WIEACKER, Lateinische Kommentare 317.

potestas übertragen. In § 28b ist ein Vergleichsfall geboten, wer außerhalb des Grundfalles noch als *procurator* eingesetzt werden dürfe. Der Fall des Vaters als *pater familias* wird in § 38 Absatz 2 auf den des Großvaters als *pater familias* abgewandelt. Einem im Grundtext behandelten Fall einer «Frau seiner Jugend» (§ 39a) wird der Gegenfall der «Witwe» (§ 39b) gegenübergestellt. Dem Sklaven aus § 45a wird der analoge Fall des *colonus adscripticius* in § 45b zur Seite gestellt. Das Verbot aus § 53 Absatz 1, den Adoptivsohn zu verstoßen, wird durch die ähnliche Entscheidung beim leiblichen Sohn ergänzt (Absatz 2). Der ähnliche Fall zur *venditio per potentiam extorta* aus § 63 Absatz 2 gehört ebenfalls hierher. Ebenso entspricht dem der ähnliche Fall der Reparatur einer gemeinschaftlichen Zwischenmauer aus § 90 Absatz 4 oder die ähnlichen Fälle der Versagung einer *condictio* aus § 107 Absatz 2.

ee) Der Erläuterung dient auch die Darstellung der weiteren Konsequenzen einer Grundaussage.

So verfügt der Grundtext aus C. Th. 2,16,3 nur, daß Frauen und Minderjährige den besonderen Schutz der Gesetze erfahren; I. Th. führt das in der Konsequenz beispielhaft aus, indem sie das Interzessionsverbot anführt und auf einen besonderen Schutz gegen *fraus* hinweist. In I. Th. 2,19,5 wird an eine Aussage über die Frist von fünf Jahren für die *querela inofficiosi testamenti* die im Grundtext nicht gebotene Konsequenz angehängt: *ceterum intra quinquennium incoata usque ad tricennium obtineat actionem.* Oder es wird in I. Th. 3,9,1 der Aussage aus C. Th. 3,9,1, daß der Vater an den *bona materna* des Kindes den *ususfructus* auf Lebenszeit erlange, die korrekte juristische Konsequenz angefügt, daß die Kinder selbst die *proprietas* an den *bona materna* erlangten. In C. Th. 4,2,1 wird die Collationspflicht der mit einer Mitgift ausgestatteten Tochter, die erben möchte, verordnet. In I. Th. wird daran die selbstverständliche juristische Konsequenz gereiht, daß die Tochter mit der *dos* zufriedengestellt ist, wenn sie nicht erben möchte, das heißt, daß sie nicht schlechthin zur *collatio* verpflichtet ist.

Folgerungen dieser Art gibt es auch im Rechtsbuch. Im Text über die Form der *emancipatio* des Haussohnes wird in § 19 die mögliche Mitfreilassung des *peculium* als Folge angereiht (Absatz 3). In § 32a und § 32b werden praktische Folgerungen angeführt, wenn uneheliche Kinder im Testament eingesetzt werden sollen. Darüber hinaus wird eine rein assoziative Folgefrage behandelt, nämlich die nach dem Intestaterbrecht der unehelichen neben den ehelichen Kindern (§ 32b Absatz 3). Auch Alternativen zu vorgegebenen Fällen werden behandelt, so in § 66 Satz 2. Eine geradezu klassische Folgefrage zu der im Grundtext behandelten findet sich in § 68: Während sich der Grundtext mit der *retentio ususfructus* befaßt, erörtert die Folgerung die Frage, wie dann nachträglich erforderlichenfalls der zurückbehaltene *ususfructus* auch noch übertragen werden kann. Auch negative Folgerungen finden sich: So wird in § 84 Absatz 4, nachdem ausgeführt worden ist, was bei Nichterfüllung eines Verlöbnisses zurückzugewähren ist, gesagt, daß «Essen und Trinken» nicht zurückzugewähren seien. Überflüssig zu sagen, daß an einen Grundtext mit dieser Aussage nicht zu denken ist. Der in § 90 zunächst behandelte Fall, daß der Eigentümer des unteren Stockwerkes die Reparatur des oberen Stockwerkes auf seine Kosten ausführt, wird in der Erläuterung konsequent fortgedacht auf den Fall, daß der Eigentümer eines oberen Stockwerkes das untere reparieren läßt.

ff) Das Rechtsbuch kennt auch «Begründungen» für wiedergegebene Aussagen, die eher der *interpretatio* als dem Grundtext angehörten. So ist die reichlich platte Begründung

zu § 37 Satz 1 aus Satz 2 eher dem Interpreten zu verdanken. In § 98a Absatz 2 ist der Katalog der Übeltäter reichlich emotional und darüber hinaus wenig aussagekräftig. Ähnlich gehört die Begründung aus § 98c (am Ende) kaum zur interpretierten *lex* selbst.

gg) Vereinzelt gibt es auch reine Worterklärungen, die nicht den definitiones zuzuordnen sind, aber dennoch den Vorlagetext überschreiten.

Der Ausdruck *repudium* aus § 120b war nicht in der Novelle 12 des Theodosius erklärt, ebensowenig das Wort ἀπόλυσις aus § 111. Freilich ist hier nicht ganz ausgeschlossen, daß die Erklärung dem syrischen Übersetzer zu verdanken ist, der Leser des Grundtextes oder der griechischen Vorlage einer Erläuterung dazu nicht bedurfte.

hh) Eine im Rechtsbuch verbreitete Form der Erläuterung sind die vom Grundtext ausgelösten kleineren oder größeren Traktate zu bestimmten Themen. Dabei gehen die Paraphrasen von Grundtexten ohne scharfe Grenze in solche Traktate über, wenn diese Grundtexte nur ihrerseits das Ausmaß von Traktaten erreichen, etwa weil sie bestimmte Themen umfassend zu regeln versuchen.

Aus dem Rechtsbuch seien vorweg jene Traktate aufgegriffen, die in der I.Th. oder in IPS keine Entsprechung haben, Traktate, die sich am Thema eines kurzen Grundtextes orientieren. Das beste Beispiel ist sogleich § 1. Dort folgt der wortreichen Paraphrase einer Entscheidung zum materiellen Noterbrecht von Töchtern (Absätze 1-5) ein Traktat zum Intestaterbrecht nach einem kinderlos verstorbenen Erblasser (Absatz 6-Ende). In § 3 folgt der Entscheidung über die Form der *emancipatio* von Haussöhnen ein Traktat zur Rechtsstellung von *emancipati* (Absätze 2-6). In § 6 reiht sich an eine konkrete Entscheidung (§ 6a) ein ausführlicher Traktat dazu, wer als *tutor* bzw. *curator* in Frage kommt und wie die Berufung - einschließlich der Bürgenstellung - erfolgt (§§ 6b und 6c). In § 23 folgt einem Anlaßfall aus Absatz 1 ein Traktat zum Thema *qui accusare non possunt* (Absätze 2-4). In § 94 ist wie in § 1 eine Fallentscheidung, jetzt zur Collationspflicht der Töchter (§ 94a Absatz 3), Anlaß für einen erbrechtlichen Traktat, jetzt zum Intestaterbrecht der übergangenen Seitenverwandten. In § 75 löste die Erläuterung der Fristversäumnis im Denuntiationsprozeß einen dem Grundtext (Nov. Val. 35,14) fremden Traktat über Fristen in diesem Prozeß aus. Einer Aussage über die Zulässigkeit des antichretischen Pfandes folgt in § 91 eine Abhandlung, wem nach den typischen Abreden dazu welche Nutzungen zufielen (Absätze 2-5). Ein allgemeiner Traktat über Zeugen ist in § 96 einer kurzen Konstitution über die erforderliche Zahl von Zeugen angehängt (Absatz 2). Ähnlich folgt einem speziellen Eheverbot in § 98 ein Traktat über inzestuöse Ehen. In einem Fall zu einer *collatio dotis* gab das Stichwort «Mutter» - sie war die Erblasserin - in § 94 Anlaß, das Intestaterbrecht der Mutter selbst nach ihren Kindern zu erörtern (§ 94a Absatz 4, § 94b); es ist ein Traktat zu den *SCta Tertullianum* und *Orfitianum*. In § 108 ist eine Aussage zum Schicksal von *dos* und *donatio ante nuptias* (Absatz 1) allein für die *dos* aufgegriffen; es wird ein Traktat über das Maß der Rückerstattung der *dos* je nach den eingebrachten Gegenständen geboten (Absätze 2-7). Ein ähnlicher Traktat findet sich noch einmal in § 119. Zum gleichen Typus gehört auch noch ein Traktat zum Erbrecht der Mutter aus § 125 Absätze 1-7 und nach der Mutter aus § 125 Absatz 8.

Kein eigener Untertypus solcher Traktate, aber doch der besonderen Erwähnung wert ist der Traktat, der wie in I. Th. 9,39,3 zu einem nicht paraphrasierten Grundtext verfaßt ist und ohne Kenntnis von diesem Grundtext nicht zugeordnet werden könnte.

Aus dem Rechtsbuch gehören hierher die Traktate zur *testamenti factio* aus § 5, zum *SC Claudianum* aus § 74 und zur Pfandverwertung aus § 89.

War der Grundtext seinerseits bereits nach Art eines Traktats ausführlich gestaltet, so trägt die Paraphrase ganz selbstverständlich bereits Züge des Traktats. Das trifft auf die I. Th. 3,5,6 und deren Parallele in § 84 des Rechtsbuches zu, ferner auf I. Th. 3,5,2 und seine Parallele in § 85 des Rechtsbuches, ferner auf I. Th. 4,14,1 und seine Parallele in § 97.

Besonderheiten bieten auf jeden Fall die längeren Ehegüterrechtstraktate unter dem Namen des Leo (§ 87) und unter dem Namen des Theodosius (§ 115). Im ersten Fall geht der Traktat in Einleitung (§ 87a Absätze 1-4) und Schluß (§ 87b) weit über eine bloße Paraphrase des an sich schon umfänglichen Grundtextes in Nov. Val. 35,8-11 hinaus; er entspricht insoweit auch nicht der *interpretatio* zum Grundtext aus dem Breviar, die sich allein diesem Grundtext widmet. Es ist vielmehr im Rechtsbuch eine eigenständige ehegüterrechtliche Abhandlung zu finden, die den Grundtext in einer Paraphrase eben noch zentral in die Gesamtdarstellung einbindet, das Thema aber weit umfassender erörtert. Im zweiten Fall, bei der Darstellung des Ehegüterrechts aus theodosianischer Zeit, findet sich darüber im Grundtext, nach der Regel zu *repudium*, nur der Verweis auf die *veteres leges responsaque prudentium*. Genau dieser Verweis war in einer *interpretatio* gemäß der im Westen meist unausgeführten Regieanweisung *hic de iure addendum* notwendiger Inhalt einer Schuldarstellung. Im Rechtsbuch findet sich nichts anderes als eine Ausführung des Verweises.

Wie knappe Summierungen zu ganzen Titeln lesen sich wiederum die §§ 104 und 105, wobei § 104 noch um historische Notizen außerhalb der in den Titeln zu findenden einschlägigen kaiserlichen Konstitutionen bereichert ist. Historische Bemerkungen finden sich in I. Th. selten; so in I. Th. 3,5,1 *(ante tempus legis istius ...)* oder in I. Th. 4,1,1 *(antiquo iure)*.

Selbständige Abhandlungen eigener Art sind in § 76 und § 106 zu finden. In § 76 könnte es sich um eine kurze Inhaltsangabe zu einer Vorlagemonographie *de poenis paganorum* handeln. In § 106 dagegen wird ein isolierter Traktat über Baumaße und Steuermaße geboten.

jj) Den praktischen Charakter der Erläuterung, der sich durchaus mit dem pädagogischen verträgt, zeigen viele Hinweise auf die Urkundenpraxis der Zeit ihrer Abfassung. Sie gehören auf keinen Fall zu den normativen Aussagen der Grundtexte. Derartige Hinweise fehlen freilich in der westlichen Konstitutioneninterpretation; ein einziger Ansatz könnte vielleicht noch in I. Th. 4,20,3 gesehen werden. Wohl aber finden sich einige derartige Hinweise in der *interpretatio* zu den *Pauli sententiae*. Zum einen aber sind sie dort nicht sehr zahlreich, etwa in IPS 2,23,6; 4,1,5; 4,1,6 und in 5,7,2. Zum anderen sind sie kurz und widmen sich allein bestimmten Inhalten von Geschäften. Im Rechtsbuch geht es demgegenüber jeweils um die gesamte Urkundenpraxis, nämlich um Zuständigkeiten, Anlage der Urkunden, Abfolge von Erklärungen und schließlich auch um Inhalte. Eine erste Übersicht soll auch hier den Leser auf den Kommentar vorbereiten:

In § 3 Absatz 1 wird etwa zur Paraphrase der Formvorschrift der übliche Inhalt einer Emanzipationserklärung geboten; von den Motiven der Emanzipation ist ebenso die Rede wie von den begleitenden Geschenken an den Emanzipierten. In § 6b Absatz 3 wird der Inhalt des Inventars, das der Vormund oder Kurator zu errichten hat, genannt,

zugleich auch auf die Erklärung «geziemend zu verwalten» angespielt. In § 6c Absatz 1 geht es - wieder außerhalb der Paraphrase des Grundtextes - um eine Erklärung der Mutter, die sie als künftiger Vormund ihrer Kinder abzugeben hat, bevor sie dazu berufen wird. In § 6c Absatz 2 wird die übliche Verfügung des Stadtstrategen wiedergegeben, der dem Vormund bei umfänglicher Verwaltung eines Mündelvermögens ein Entgelt aussetzt. In § 11 Absatz 3 findet sich der Inhalt der urkundlichen Erklärung, die ein mit der Verwaltung des Paraphernalgutes betrauter Ehemann der Frau gegenüber abgibt. Die Freilassung der Spätzeit wird nach der Weise des § 19 niedergeschrieben und die «Mitfreilassung» des *peculium* als möglicher Urkundeninhalt erwähnt (Absatz 3). In § 26 Absatz 2 wird gezeigt, wie zu verfahren ist, soll der das Testament abfassende Notar selbst auch im Testament mit einem Legat bedacht werden; schließlich soll dem Erblasser hier besonders bewußt gemacht werden, daß sich der abfassende Notar im Text selbst genannt hatte. Der präzise Wortlaut der Bestätigung des Erblassers aus Absatz 2 Satz 2 stand sicher nicht im interpretierten Grundtext. In § 32a und § 32b gibt der Autor praktische Hinweise zum rechten Testamentsinhalt, die in solcher Form für eine Norm kaum denkbar sind. § 41 Absatz 3 gibt sogar den genauen Wortlaut einer Zeugenerklärung und des Zeugeneides wieder. In den §§ 43 und 78 geht es um die üblichen Eidesinhalte bei beschworenen Urkunden, die auf die Urkundenpraxis, nicht etwa auf eine Norm zurückgreift. Aus §§ 41 Absatz 3 und 47 Absatz 3 erfahren wir etwas über die Praxis der Amtsvermerke (ὑπομνήματα). In § 79 ist der Inhalt der Bruderschaftsschreibung (ἀδελφοποιία) zumindest zum Teil wiedergegeben. In § 87a wird in den Absätzen 2-4 überhaupt nur von der Urkundenpraxis in Eheverträgen gesprochen. Ganz präzise berichten § 88a und § 88b von der Praxis der Testamentseröffnung beim Sieben-Zeugen-Testament: Alle erforderlichen Erklärungen der Beteiligten werden wörtlich vorformuliert (§ 88a Absätze 3-5 und 9). Der übliche wörtliche Inhalt der Mahnung eines Pfandgläubigers zur Einleitung der notwendig gewordenen Pfandverwertung erscheint in § 89 und in § 109. Was in einer Mitgiftsurkunde so alles niedergeschrieben wird (z.B. aus welchem Ort die Kleider der Frau sind), zeigt § 108 Absatz 2. § 111 behandelt ein Stück Urkundenpraxis aus dem Themenkreis der *dos*-Bestellung, höchst praktisch aufgegliedert in *dos*-Bestellung, Stundung der *dos*-Auszahlung, Novation in einem Schuldschein und Inhalt der mit der Novation verbundenen Quittung über den Erhalt der *dos*. Daß über die *manumissio in ecclesia* eine Urkunde aufgesetzt wurde, und wer darin Zeugnis gab, zeigt § 114 Absatz 3. Daß der Scheidebrief das Vergehen des verstoßenen Partners anführte, zeigt § 115 Absatz 2. Und in § 126 wird der Inhalt der höchst speziellen Urkunde wiedergegeben, mit der sich der Pfleger eines Kindes ermächtigen ließ, dem Gläubiger des Kindes bereits verpfändetes Kindesvermögen aus notwendigem Grund zur Nutzung zu überlassen, um den Gläubiger einstweilen zu sichern und damit still zu halten.

d) Vorläufiges Gesamtbild

Die aus diesem Versuch einer Typologie gewonnenen Erkenntnisse ergeben ein Gesamtbild, das kaum vielfältiger sein könnte. Die Typen wechseln oftmals von Stelle zu Stelle; es gibt keinerlei Schichtung, es sei denn jene, daß mit der Zunahme umfangreicherer Grundtexte in allgemeinen Konstitutionen seit Konstantin I. auch die *interpreta-*

tiones umfangreicher werden. Vor allem aber gibt es keine Anzeichen für eine Zuordnung bestimmter Typen von *interpretationes* zu eigenen, isoliert überlieferten Werken, aus denen sie ein Verfasser dann nach Lust und Laune in unserem Rechtsbuch zusammengestellt hat. Die bunte Mischung ist u.E. dem Verfasser des Rechtsbuches, nämlich einem Rechtslehrer, der die Konstitutionen vortrug, zu verdanken. Es ist also einstweilen zu empfehlen, auch für die *interpretationes* des Westens nicht zu unterstellen, sie seien - in ihrer weit dürftigeren Verschiedenheit - aus verschiedenen Schichten von Vorlagen in das Breviar übernommen.[48]

[48] Fitting, Westgothische Interpretatio 230, geht von einer Verschiedenheit der nicht vom Breviarverfasser stammenden ursprünglichen Elemente aus; nochmals ebenda 241; ebenso Wieacker, Lateinische Kommentare 268, 329.

KAPITEL II
DAS RECHTSBUCH ALS AKTUALISIERENDE *INTERPRETATIO* AUS DER MITTE DES 5. JH. N. CHR.

1. DAS PROBLEM

Die lange Geschichte der wissenschaftlichen Behandlung des Syrisch-römischen Rechtsbuches zeigt, daß es jenen Autoren, die in dem Werk ganz oder wenigstens teilweise römisches Recht wiedergegeben sahen, schwerfiel, die Entwicklungsstufe des in den einzelnen Texten gefundenen römischen Rechts zu bestimmen. Es war dabei gewiß nicht zu leugnen, daß das Werk kaiserliche Konstitutionen aus der Zeit zwischen der Mitte des 3. Jh. n. Chr. und der Regentschaft Leos I. enthielt. Zumindest die Richtigkeit der ausdrücklichen Zitate Konstantins I., Theodosius' II. und Leos I. im Werk selbst konnte man nicht gut bestreiten, wollte man nicht jede gesicherte Bahn im Text verlassen. Weniger klar war, ob daneben in anderen Texten auch klassisches oder gar noch älteres römisches Recht wiedergegeben war, und ob alle Rechtsschichten - *ius civile* und *ius honorarium* - aufgenommen waren. NALLINO, der als erster den volksrechtlichen Anteil am Inhalt des Werkes gering bewertete und römisches Recht als Inhalt in den Vordergrund rückte, stellte die These auf, neben dem Kaiserrecht sei *ius civile antiquum* wiedergegeben, *ius honorarium* aber übergangen. Sein bevorzugtes Beispiel war das Erbrecht, wie es sich für ihn aus den §§1, 3, 33, 94 und 125 ergab. Die mit dieser Edition vorgelegte neue Kommentierung bestätigt diese These nicht; schon SELB[49] hatte Kritik an ihr geübt. Von der Literaturgattung her, nämlich einer *interpretatio* nach Art der aus dem *Breviarium Alaricianum*, wäre jedes andere Ergebnis, als daß römisches Recht der Zeit der sogenannten Nachklassik wiedergegeben sei, auch höchst unwahrscheinlich. In einem Werk, das für die Ausbildung gedacht war und aus diesem Grund aktuell und zugleich praktisch sein wollte, sind historische Rückgriffe allenfalls als Randnotizen zu erwarten. Im Zentrum der Darstellung sucht man sie zu Recht vergebens.

Das wahre Problem liegt auf einer ganz anderen Ebene. Es ergibt sich aus dem, was oben zur Literaturgattung der *interpretatio* ausgeführt wurde. Wer die Texte in ihrer Gesamtheit als gelungene oder intendierte inhaltliche Analoganzeigen zu bestimmten in Umlauf befindlichen Grundtexten ansah, erwartete eine inhaltliche Anzeige eben dieser Grundtexte, aus welcher Zeit immer sie stammten. Jede Abweichung vom korrekten Inhalt des Grundtextes oder doch dem System der Zeit, aus der ein Grundtext stammte,

---

[49] Zur Bedeutung 70.

mußte danach als schlechte Textüberlieferung, als falsche Übersetzung des Griechen oder Syrers, als Fehlverständnis eines unkundigen Verfassers, als vulgare Verschlechterung durch eine im Niveau abgefallene Jurisprudenz der Zeit oder als verfremdender volksrechtlicher Einfluß angenommen werden. Es ist schnell klar, daß auf dieser Basis jede beliebige Behauptung zum Inhalt möglich war und in der Literatur auch folgerichtig zu finden ist. Es ist weiter klar, daß auf dieser Basis seriöserweise nur der Verzicht möglich war, die Quelle in den Kreis beachtlicher römischer Quellen einzubeziehen.

Bei der Inhaltskritik vor dem Hintergrund der Annahme, es sei römisches Recht wiedergegeben, war aber nicht gesehen worden, daß die Texte des Rechtsbuches gar keine schlichte Grundtextwiedergabe sein sollten, sondern die Form der *interpretatio* zeigten, die ihrem Ziel nach hinter dem Grundtext zurückbleiben, andererseits aber auch über ihn hinausgehen wollten. Vor allem aber war vor diesem Hintergrund völlig offen, ob die *interpretatio* der nach ihrer Entstehung über mehr als zweieinhalb Jahrhunderte reichenden Grundtexte (vom Beginn des 3. Jh. n. Chr. bis zu Leo I. in der zweiten Hälfte des 5. Jh. n. Chr.) zeitgleich mit diesen Grundtexten entstand oder erst mit den letzten der aufgenommenen Grundtexte aus der Zeit Leos I. Dazu stellte sich für den letztgenannten Fall die weitere Frage, ob der Autor ausschließlich den Rechtzustand dieser Epoche in die *interpretatio* einfließen ließ oder ob er historisch interpretierte.

2. DER BEFUND IN DER *INTERPRETATIO* AUS DEM BREVIARIUM ALARICIANUM

a) Fittings Thesen

Eine der zentralen Thesen Fittings[50] aus dem Jahre 1873 war, daß die *interpretatio* aus dem Breviar in voller Absicht inhaltliche Abweichungen vom Grundtext biete, welche die Veränderungen bis zur Abfassung dieser *interpretationes* spiegelten.[51] Freilich waren die Autoren der Zeit vor Fitting zumeist der Meinung, der gespiegelte Zeitpunkt und die wiedergegebene Rechtsentwicklung sei jene des westgotischen Reiches unter Alarich.[52] Dahinter steht die weitere These, die *interpretationes* aus dem Breviar seien ganz speziell für das Breviar verfaßt. Fitting[53], Archi[54] und Wieacker[55] haben demgegenüber mit guten Gründen die Meinung vertreten, die *interpretationes* seien überwiegend nicht zum Breviar verfaßt, sondern aus verschiedenen älteren Kommentaren zum *Codex Theodosianus* genommen und bei der Komposition des Breviars als fertige Elemente verwendet worden. Das Hauptargument Wieackers ist schlagend: Die *interpretatio* aus dem Breviar kommentiert gar nicht die in das Breviar übernommenen Fassungen der Texte des *Codex Theodosianus*, sondern Fassungen, die näher bei jenen Texten stehen,

---

[50] Westgothische Interpretatio 222ff.

[51] AaO 226.

[52] Vgl. oben I, 2.

[53] Westgothische Interpretatio 231ff. und besonders Fn. 23.

[54] L'"Epitome Gai" 66, 67.

[55] Lateinische Kommentare 259ff.

wie sie später in den *Codex Iustinianus* eingegangen sind.[56] Die Erhaltung der *interpretationes* aus dem Breviar ist demnach der Übertragung aus vorgegebenen Kommentaren zum *Codex Theodosianus* zu verdanken, die zu in der Fassung etwas anderen Grundtexten als denen aus dem Breviar verfaßt worden sind. Die Kommentierung erweist sich auch in ihren Bezügen auf nicht in das Breviar übernommenes Material als zu einem anderen Gesamt-Codex verfaßt.[57] Auf jeden Fall aber aktualisiert sie nicht selten.

b) Der Interpret und seine Vorlagen

Sowohl die Urheberschaft der *prudentes* Alarichs als auch die Frage, ob bei der Übernahme fertiger Kommentierungen auf einen oder mehrere Kommentare zum *Codex Theodosianus* zurückgegriffen wurde, kann für unsere Betrachtung dahinstehen. Entscheidend ist vielmehr die allen Autoren gemeinsame Auffassung, daß die im Westen überlieferten *interpretationes* oftmals einen späteren Rechtszustand wiedergeben als ihre kommentierten Grundtexte.

KREUTER[58] hat das für die *interpretationes* zu den älteren Teilen des Breviars, konkret zu den Texten, die aus dem *Codex Gregorianus* oder aus dem *Codex Hermogenianus* übernommen wurden, dargetan. Der Unterricht, aus dem die *interpretationes* stammten, war jedenfalls aktuell; er wollte geltendes Recht der Zeit der *interpretationes* wiedergeben. KREUTER kann das zumindest für die *interpretatio* zu *Codex Gregorianus* 6,3 zum Status der *partus ancillae*, weiter für den juristischen Sprachgebrauch der *interpretatio* zum *Codex Gregorianus* überhaupt, weiter für die Integration von *Codex Hermogenianus* 1 in die von der *interpretatio* zu C.Th. 2,27,1,4 gespiegelte Rechtsentwicklung[59] und schließlich für die *interpretatio* zu *Codex Gregorianus* 2, 1-3 zur Brautschenkung[60] dartun.

SCHELLENBERG[61] konnte dasselbe schon vor vielen Jahren für die *interpretatio* zu den *Pauli sententiae* zeigen. Der Interpret der *Pauli sententiae* ist als Jurist seiner Zeit verpflichtet - nach SCHELLENBERG der Mitte des 5. Jh. n. Chr.[62] - und berichtet inhaltlich auf dem Stand der Rechtsentwicklung zur Zeit der Abfassung der *interpretatio*[63], so wie auch der Sprachgebrauch und die juristische Denkweise der Zeit der *interpretatio* zugehören[64].

Dieselbe zeitliche Distanz zwischen *interpretatio* und Grundtext läßt sich allenthalben auch für die *interpretatio* zum *Codex Theodosianus* zeigen, und zwar erneut in Rechtsentwicklung, Denkformen und Sprachgebrauch.

---

[56] Ebenda 269-284.

[57] Ebenda 312f.

[58] Römisches Privatrecht im 5. Jh. n. Chr. Die Interpretatio zum westgothischen Gregorianus und Hermogenianus, Berlin 1993, 96ff.

[59] Nicht aber, wie die Verf. ebenda 118 meint, in die der *Lex romana Wisigothorum.*

[60] Hätte die Verfasserin ebenda 122 den Text der *interpretatio* wiedergegeben, hätte der Leser freilich wegen des Hinweises auf die *novella lex* über die Anwendung des Prinzips bei der *dos* noch schneller gesehen, daß der spätere, aktuelle Rechtszustand interessiert.

[61] Die Interpretationen zu den Paulussentenzen aaO (oben Fn. 13).

[62] AaO 71.

[63] Beispiele aaO 70ff.

[64] AaO 81ff.

Für die Rechtsentwicklung genügt der ausdrückliche Hinweis der *interpretatio* auf die Einbeziehung eben dieser Rechtsentwicklung. So handelt C.Th. 4,4,7 (Theodosius, 424 n. Chr.) im *principium* von der Wahl des Erben unter mehreren Berufungsgründen. Die I. Th. paraphrasiert diesen Teil der Konstitution ausführlich, ohne sich darin vom Grundtext zu entfernen. Im § 1 der Konstitution behandelt die kaiserliche Kanzlei dann die Frage des imperfekten Testaments. Insoweit schreibt aber die *interpretatio* lediglich: *Extrema pars legis istius ideo non habetur scripta vel exposita, quia novella lege calcatur.* Gemeint ist mit der *novella lex* die Nov.Th. 16 *de testamentis* von 439 n. Chr., in der das angesprochene Problem gesetzgeberisch gelöst wurde. Der Interpret war demnach mit seiner Kommentierung auf dem Stand der Zeit kurz nach der Promulgation des *Codex Theodosianus.* Noch deutlicher ist I. Th. 4,14,1. Die Konstitution C.Th. 4,14,1 behandelte das Thema der *praescriptio* von Klagen nach Ablauf von 30 Jahren. Der Interpret steht mit seiner Darstellung aber bereits auf einem späteren Stand: *sicut et novella Valentiniani testatur, quae videtur haec obscurius inter cetera posuisse, quae tamen ita dicit: excepto privilegio pupillaris aetatis quod divae memoriae patris nostri Theodosii lege concessum est* ... Valentinian III. löste nämlich in Nov. Val. 35 von 452 n. Chr. eine Streitfrage, die Nov. Val. 27 ausgelöst hatte, und gibt dort in § 12 genau den Wortlaut, der in der Folge in I.Th. 4,14,1 als Zitat wiederkehrt.

Noch überzeugender ist wahrscheinlich der Entwicklungssprung, den I. Th. 8,18,1 im Verhältnis zu C.Th. 8,18,1 (Constantinus, 319 oder 315 n. Chr.) zeigt. Auch hier verweist die *interpretatio* auf eine *novella lex.* Es geht in der Konstitution um die *bona materna,* die nach dem Tod der Mutter in einer völlig neuen Weise dem Haussohn gemeinschaftlich mit dem Hausvater zufallen sollten. Im Sprachgebrauch der Konstitution erhält der Vater *potestas adque dominium* oder - wie C. Th. 8,18,2 von 319 n. Chr. es ausdrückt - *dominium tantum possessionis,* verbunden mit einem Veräußerungsverbot zugunsten des *filius familias* und - wie die *interpretatio* es durchweg im Sprachgebrauch der späteren Zeit (vgl. C.Th. 8,18,9 von 426 n. Chr.) ausdrückt - einen *ususfructus* am Vermögen, als dessen Eigentümer der *filius familias* angesehen wird. Die Grenzen des *ususfructus* sollen nach der *interpretatio* zu C.Th. 4,14,1 in einer *novella lex* abgesteckt worden sein. Dabei geht es wohl um Nov. Th. 14 *de paternis sive maternis bonis* vom Jahre 439 n. Chr. Mehr als ein ganzes Jahrhundert liegen demnach zwischen Grundtext und *interpretatio*. Dieselbe *novella lex* ist auch in der I. Th. 8,18,2 herangezogen, dieselbe ist auch in I. Th. 8,18,9 zu einer Konstitution der Kaiser Theodosius und Valentinianus von 426 n. Chr. erwähnt.

Das eben gezeigte Beispiel könnte auch als Beleg für einen Wandel des juristischen Denkens herangezogen werden. Die bei Konstantin technisch noch unscharf formulierte, jedoch im Ergebnis klar beschriebene Aufteilung der Befugnisse hinsichtlich der *bona materna* verfestigte sich bis zur Zeit der *interpretatio* zur institutionell klaren Aufteilung zwischen *dominium* des *filius familias* und *ususfructus* des *pater familias.* Ähnliches ist in anderen Bereichen festzustellen. C. Th. 4,4,7 (Theodosius, 426 n. Chr.) kennt z.B. noch eine Vielfalt von Berufungsarten - die im Fall zur Wahl stehen -, nämlich *bonorum possessio secundum tabulas vel secundum nuncupationem ceterasque similes postularit aut certe ex edicto divi Hadriani se mitti ad possessionem ex more petierit* ... Die *interpretatio* kennt nur noch die *hereditas.*

3. EINE PARALLELE IM RECHTSBUCH?

Handelt es sich im Syrisch-römischen Rechtsbuch um eine *interpretatio*, zu der im Werk selbst der Grundtext nicht überliefert ist, so stellt sich die Frage, ob wir auch hier damit rechnen müssen, in der *interpretatio* einem späteren Rechtszustand als dem des anderwärts gefundenen Grundtextes zu begegnen. Die These stellt uns also vor die Notwendigkeit, bei der Kommentierung eines Textes alle Möglichkeiten offenzuhalten. Gewiß wird ein Text, der sich als Paraphrase eines Grundtextes gibt, zunächst einmal so gelesen werden müssen, als zeige er den Inhalt eines Grundtextes genau an und verbleibe damit im Rechtszustand dieses Grundtextes. Abweichungen im Inhalt oder nach der Art, juristisch zu denken, müssen jedoch als Indizien einer Entwicklung erwogen werden. Wenn z.B. ein Text ganz einfach von «Erbschaft» spricht, wo das römische Recht in einem bestimmten Vorlagetext nach Zeit und Entwicklungsstufe noch *bonorum possessio* und *hereditas* unterscheidet, wird das in die Kommentierung als Indiz für Entstehungszeit und Entwicklungsstand des in der *interpretatio* wiedergegebenen römischen Rechts miteinbezogen werden müssen. Oder wo in der *interpretatio* die Rechte der Mutter nicht vom *ius liberorum* abhängig gemacht werden, wird das als mögliche spätere Entwicklung gegenüber dem Vorlagetext gedacht werden müssen. Oder wo ein allgemeines Vatererbrecht nach dem *filius familias* formuliert wird, muß man diese Aussage nicht vorweg als falsch bezeichnen, sondern für die in der Spätzeit zunehmenden Bereiche der Vermögensfähigkeit des *filius familias* - Sonderpekulien, *bona materna, bona materni generis* - als richtig akzeptieren, auch wenn der Vorlagetext für die *interpretatio* ein Reskript des 3. Jh. n. Chr. sein sollte.

Ganz klar aber wird man außerhalb der Paraphrase eines Grundtextes, d.h. im überschießenden Text der Erläuterung, den Interpreten stets als Juristen seiner Zeit nehmen müssen. Im vorangehenden Kapitel wurden Typen der eine Paraphrase überschreitenden Erläuterung aus dem Rechtsbuch vorgestellt. Für alle dort genannten Typen gilt, daß sie von vornherein nicht der Zeit der Entstehung des erläuterten Grundtextes verpflichtet sind. Sie bieten Rechtsentwicklungen, Rechtsvorstellungen, Rechtsurkunden und die - hinter zwei Übersetzungen freilich schwer zu fassende - Rechtssprache der Entstehungszeit der *interpretatio*. Das gesamte Werk entstand demnach alsbald nach Leo I.; es wurde nicht etwa zu dieser Zeit abgeschlossen, so wie man Neuauflagen eines stets fortgeschriebenen Werkes abschließt.

KAPITEL III
ZUM SACHLICHEN SYSTEM DES RECHTSBUCHES

Die Mathematik kennt unter den Beweisen auch jenen, daß etwas nicht bewiesen werden könne. Mit den Untersuchungen zum Aufbau des Rechtsbuches verhält es sich wohl ähnlich.

1. DER MEINUNGSSTAND

Alle älteren Versuche waren notwendigerweise zum Scheitern verurteilt. BRUNS-SACHAU[65] fanden noch, daß es der Gesamtanlage des Rechtsbuches - sie blickten dabei ausschließlich auf L - an jeglichem System mangele. Die für die Auswahl des Inhalts angenommene «vollständige Zufälligkeit»[66] fanden die Autoren auch im Aufbau der Darstellung. Contardo FERRINI[67] fand dagegen in L Ansätze zu einer Systematik, die er mit den aus der römischen Rechtstradition bekannten Systemen verglich. MITTEIS[68] suchte zunächst in L ein System älteren römischen Rechts, das er für die XII-Tafeln gefunden zu haben glaubte. Später rückte er aber die Handschriftengruppe P, Ar, Arm, R I und R II in den Vordergrund.[69] Für eine angenommene älteste Redaktionsschicht stellte er dort eine «gewisse Übereinstimmung»[70] zum römischen Sabinussystem fest, dessen Rubriken im Aufbau des *edictum perpetuum* wiederkehren, ließ aber durchaus eine Zufallsübereinstimmung offen.[71] Die Prämisse aller Erwägungen hält jedoch nicht. Wie oben[72] dargetan wurde, haben wir es bei der Ordnung in den genannten Handschriften mit einer sekundären Neuordnung zu tun.[73] Das gilt auch für Vat und D. Warum sich ein Orientale als später Redaktor des Werks für die Neuordnung auf das nicht einmal mehr den Byzantinern bekannte Sabinussystem geworfen haben sollte, ist schon in der Frage ein Anachronismus. Die Zeit nach MITTEIS hat jedoch dessen Erwägungen mit wesentlich mehr Sicherheit als festes Ergebnis weitergetragen. Joseph PARTSCH[74] war zwar noch

---

[65] BRUNS in BRUNS-SACHAU III 321, 335; SACHAU in BRUNS-SACHAU III 164.

[66] AaO 335.

[67] Beiträge 103.

[68] Reichsrecht und Volksrecht 346 Fn. 1.

[69] Über drei neue Handschriften 6ff.

[70] Über drei neue Handschriften 24.

[71] AaO 16, 24, 26.

[72] Band I, Kap. IV, Abschnitt 2.

[73] So schon SELB, Probleme des Systems und Systemvergleichs aaO (oben Fn. 4) 44-50.

[74] Bespr. zu Sachau, Syr. RB I 324.

etwas vorsichtiger, Bruno DUCATI[75] aber formulierte die These als Gewißheit. Bei Leopold WENGER[76] heißt es, daß das Sabinussystem im Rechtsbuch sehr wahrscheinlich angewandt sei. Und Erwin SEIDL[77] spricht vom Sabinussystem im Rechtsbuch wie von einer erwiesenen Tatsache. Drei Gründe sind für das Scheitern zu nennen.

2. THEMENBESTIMMUNG BEI ISOLIERTEN *INTERPRETATIONES*?

Der erste und bedeutsamste Grund ist der oben[78] beschriebene Charakter unserer Quelle als Sammlung von *interpretationes* zu Grundtexten, die nicht in der gleichen Quelle mitüberliefert wurden. Jede Erkenntnis zum Aufbau einer Rechtssammlung muß sich nun an den Themen der aufeinanderfolgenden Aussagen orientieren. Themen in diesem Sinne sind normative Aussagen etwa zu Kauf, Eheschließung, Mitgift, Testamentsabfassung, Intestaterbrecht usw. Jeder Vergleich mit einem bekannten Aufbau, etwa dem des *Codex Theodosianus*, setzt damit einen Vergleich der normativen Aussagen voraus. Dasselbe gilt selbstverständlich, wenn ein originaler, keinem Beispiel folgender Aufbau einer Sammlung erschlossen werden soll. Das Ziel und Ergebnis der Wiedergabe normativer Aussagen kann dabei z. B. zum *Codex Theodosianus* ohne weiteres angenommen werden. Im Falle unseres Rechtsbuches aber war diese Annahme bislang vorschnell. Heute wissen wir, daß es sich um isoliert überlieferte *interpretationes* handelt, bei denen für eine Analyse des Aufbaus nur der gedachte Grundtext verwendet werden könnte, da nur er die zentrale normative Aussage wiedergibt.

Im Falle von *interpretationes* aber, die hinter dem interpretierten Grundtext in der Aussage zurückbleiben, ihn gar völlig übergehen, oder andererseits über diesen Grundtext hinausgehen, wird es schwer, diese Abfolge nach den normativen Aussagen der Grundtexte zu eruieren. Wenn eine *interpretatio* sich freilich auf die vollständige Paraphrase eines Grundtextes beschränkt, so ist es nicht schwer, ihr Thema für den Aufbau zu nennen. Reichert die *interpretatio* aber z.B. die Paraphrase eines Reskripts zum materiellen Noterbrecht um eine Einleitung zu ihrer im Reskript nicht ausgesprochenen Basis im Intestaterbrecht an und fügt sie der Paraphrase dann noch einen Traktat zum Intestaterbrecht zu (§ 1), dann kann das Thema des Grundtextes, das die Einordnung in einen Aufbau bestimmt, nur auf Grund einer genauen Dekomposition der *interpretatio* erhoben werden. Für ein Inhaltsverzeichnis wird man z.B. bei korrekter methodischer Vorgangsweise zu § 1 des Rechtsbuches die Themen «Intestaterbrecht» und «materielles Noterbrecht» verzeichnen; für einen Aufbauplan aber zählt nur das Thema «materielles Noterbrecht» aus dem Grundtext. Dasselbe gilt für die zahlreichen Stellen des Rechtsbuches, in denen die Paraphrase von überschießenden Erläuterungen in Definitionen allgemeiner Art, Folgerungen, Vergleichsfällen, Begründungen, allgemeinen Traktaten u.a. begleitet ist. Nicht immer freilich ist dabei die Dekomposition der *interpretatio* und die Bestimmung

[75] Notizia di nuovi manoscritti 198.

[76] Die Quellen des römischen Rechts, Wien 1953, 552.

[77] RE IV A Sp. 1780f. sub verbo Syrisch-römisches Rechtsbuch.

[78] Vgl. Kap. I. a. d.

des Hauptthemas so einfach wie in § 1. Der Kommentar befaßt sich auch mit diesem Problem.

Völlig ausgeschlossen erscheint es aber, das Hauptthema für einen Aufbau zu bestimmen, wenn die *interpretatio* auf eine Paraphrase des Grundtextes verzichtet, weil etwa der vorliegende Grundtext klar genug ist, wohl aber eine oder alle Arten der den Inhalt des Grundtextes überschreitenden begleitenden Äußerungen bietet. Verfügte etwa ein Grundtext in klarer Aussage, daß in irgendeinem Problemfall eine *dos* an die Frau zurückzuerstatten war, so blieb dem Verfasser insoweit keine Aufgabe. Doch konnte er nun dem Hörer demonstrieren, was es im Detail hieß, eine *dos* zurückzuerstatten (vgl. § 95). Wieder können wir für das Inhaltsverzeichnis eine klare Inhaltsaussage («Umfang der *dos*-Rückerstattung») treffen. Für eine Analyse des Aufbaus bleibt aber nur die vage Feststellung, die Grundaussage könnte sich mit einem Problem des Schicksals der *dos* beim Tod des Mannes oder beim Tod der Frau oder bei der Scheidung mit oder ohne Verschulden oder gar mit dem Thema der *bona materna* befaßt haben. Auch das könnte freilich bei der Bestimmung der Aufbauthemen noch weiterhelfen, indem man die verschiedenen, aber begrenzbaren Möglichkeiten in Betracht zieht. Selbst diese Hilfe scheidet aber aus, wenn sich die *interpretatio* auf eine Definition aus dem *ius* beschränkt, etwa ausführt, was *infames* alles nicht können (vgl. § 15). Das Thema des Grundtextes dazu kann uferlos überall gesucht werden, wo in der Rechtsordnung eine Infamiefolge verhängt ist. Ließe man bei einer Aufbaubestimmung demnach alle Stellen aus, deren Grundtextthema nicht klar bestimmt werden kann, entstünde ein bereits recht lückenhaftes Schema.

Schon hieraus wird mehr als klar, daß damit jene Aufbauanalysen, die sich einfach an Inhalten der Texte, die für ein von den Sachen bestimmtes Inhaltsverzeichnis bestimmend sein konnten, orientierten, fehlgehen mußten. Der neu definierte Werkcharakter als Sammlung von *interpretationes* bestimmt damit auch alle Erwägungen zum Sammlungsaufbau.

3. DAS PROBLEM DER LÜCKEN

Der Werkcharakter des Rechtsbuches als Sammlung von *interpretationes* zu nicht mitüberlieferten Grundtexten verstärkt die Lückenhaftigkeit des für Aufbauanalysen verwertbaren Materials noch aus einem anderen Grund. Man wird damit rechnen müssen, daß auch unser Interpret aus verschiedenen Gründen auf eine *interpretatio* eines an sich zur Vorlage für den Interpreten gehörenden Grundtextes im Einzelfall verzichtete.

Die *interpretationes* aus dem westgotischen Breviar zeigen, daß eine beachtliche Zahl von Konstitutionen aus dem *Codex Theodosianus*, ebenso wie eine noch immer beträchtliche Zahl von Stellen aus den *Pauli sententiae* ohne *interpretatio* geblieben sind; in den Stellen zum *Codex Theodosianus* heißt es hier: *haec lex interpretatione (expositione) non indiget.* Diese Bemerkung ist nun nicht die des Verfassers des Breviars, sondern die des in das Breviar übernommenen Interpreten. Beim Transport eines solchen bereits «fertigen» Theodosianuskommentars zu Handschriften abweichender Filiation im Breviar[79] sind sie mitübernommen worden. Beispiele finden sich in C. Th. 3,17,2;

[79] Wieacker, Lateinische Kommentare 285.

4,6,8; 9,7,6; 9,25,2; 9,27,2; 9,39,2; 10,10,10; 10,10,17; 16,11,1. Zwei Arten von Begründungen für die Auslassungen gibt es: In I. Th. 4,6,8 wird z. B. die Rechtslage des Grundtextes für überholt gehalten. Und in I. Th. 9,25,2 erschien z. B. dem Interpreten die *lex* so klar, daß er sich die *interpretatio* ersparte.

Damit erkennen wir ein Arbeitsprinzip eines Interpreten der Zeit, dessen Hörer oder Leser den Grundtext noch vor Augen hatten. Während wir aber zum *Codex Theodosianus* das Maß der Auslassungen ahnen können, weil wir die Grundtexte - wenigstens diejenigen, die in das Breviar übernommen wurden - vor uns haben, gibt es zum Rechtsbuch keinerlei Anhaltspunkt über die Menge der aus den genannten oder ähnlichen Gründen nicht interpretierten Grundtexte. Schon bei den *Sententiae Syriacae*[80] war es prekär, zu bestimmen, ob nun die dort wiedergegebenen 102 Textparaphrasen lückenlos einem Corpus von Grundtexten folgen oder ob sie aus einem weit größeren Corpus selektiv den einen oder anderen Grundtext paraphrasieren.

4. *INTERPRETATIONES* ZU VERSCHIEDENEN SAMMLUNGEN

Die Fixpunkte, die man für die Erkennung eines Aufbaus benötigt, könnten danach freilich immer noch hinreichend sein, wollte man einen Vergleich zu einem bekannten Quellenaufbau wagen. Doch kommt eine weitere Schwierigkeit hinzu.

Bislang hat man nach einem einzigen Aufbau des Rechtsbuches gesucht. Das hängt damit zusammen, daß man stets nur an eine originale Komposition dachte, deren Verfasser seinen Werkaufbau frei oder in Anlehnung an ein anderes Werk gestaltete. Der Werkcharakter als *interpretatio* zu Grundtexten zwingt uns jedoch, nach dem Aufbau in eben diesen Grundtexten, d. h. deren Sammlungen zu suchen.

Studienmaterial des Studenten der Mitte des 5. Jh. n. Chr. und damit Gegenstand der schulmäßigen *interpretatio* waren im fünften Studienjahr[81] die kaiserlichen Konstitutionen. Nun gab es diese Konstitutionen aber seit 439 n. Chr. in drei Sammlungen, vorher zumindest in zwei: den *Codices Theodosianus*, *Gregorianus* und *Hermogenianus*. Angesichts zahlreicher paraphrasierter Reskripte - sie fehlen im *Codex Theodosianus* - müssen wir damit rechnen, daß die *interpretatio* nicht nur den *Codex Theodosianus*, sondern auch die älteren *Codices*, in denen sich gerade solche Reskripte finden, erfaßte. Am Beginn des Rechtsbuches steht jedenfalls ein Reskript (§ 1). Doch schon die Frage, wo etwa die Reihe der *leges generales* beginnen sollte, ist schwer zu beantworten. § 27 nennt z. B. Leo I. als Urheber der wiedergegebenen Lösung; doch aktualisiert die *interpretatio* überall,[82] sie könnte ein Reskript aktualisiert haben. Züge einer *lex generalis* trägt die Stelle nämlich keineswegs, und als Ausschnitt aus der großen leonischen Regelung wäre sie mehr als dürftig. Andererseits ist nicht anzunehmen, daß der Verfasser des Rechtsbuches seinerseits anderwärts vorliegende *interpretationes* zu Codices-Stellen bunt gemischt haben sollte. Der Unterricht folgte eher den zu behandelnden Sammlungen

[80] SELB, Sententiae Syriacae 203-210.

[81] Bernhard KÜBLER, Geschichte des römischen Rechts. Ein Lehrbuch, Leipzig 1925 (NDr. 1979) 431.

[82] Vgl. oben Kap. II.

als einem freien System eines Lehrers. Auch das Breviar überliefert die einzelnen Sammlungen und damit deren *interpretationes* getrennt.

Nun wird es aber zum Problem, angesichts so stark reduzierter Fixpunkte (siehe unter 1. und 2.) und der Schwierigkeit, die Grenzen der interpretierten *Codices* im Text zu eruieren, gleich drei Aufbauten finden zu wollen. Außerdem zeigen die Teile des *Codex Gregorianus* und *Hermogenianus*, die im Breviar überliefert sind, daß die für den Aufbau wichtigen Titel, die dort wiedergegeben sind, sehr kurz sind, wahrscheinlich erste Versuche, das Material zu ordnen, und kaum einmal mehr als zwei oder drei Stellen enthalten. Wenn dann die *interpretatio* gar noch zwei ähnliche Stellen zusammenfaßt, muß die Möglichkeit einkalkuliert werden, daß isoliert überlieferte Stellen einer *interpretatio* von Stelle zu Stelle das Thema wechseln.

Eine letzte Unsicherheit sei noch hervorgehoben. Die vorliegende Edition hat die Handschrift L (mit R III) zur Rekonstruktion der originalen Abfolge der Stellen in den Vordergrund gerückt. Die davon abweichenden Ordnungen anderer Handschriften sind damit zu sekundären Neuordnungsversuchen erklärt.[83] L ist in der Textfolge sicher die originalnächste Version, ob sie aber die originale Version ist, ist damit noch nicht nachgewiesen. Wie immer aber diese Frage beantwortet wird, es bleibt die Schwierigkeit, daß L eine fragmentarische Version ist, nicht alle Stellen des Rechtsbuches enthält. Die Edition mußte den Bestand an Texten aus L um zahlreiche Texte ergänzen, die sich nur in anderen Versionen finden. Da aber z.B. R II als weit vollständigere Version eindeutige Redaktionsspuren zeigt und nicht einfach am Ende oder an einer Bruchstelle einige Paragraphen mehr als L bietet, ist es derzeit nicht möglich, eine originale Folge der überschießenden Texte festzustellen. Die «Ordnung» der Herausgeber ab § 113 ist hypothetisch, und es ist ausgeschlossen, insoweit ohne neue Handschriften je eine originale Themenfolge für diese Stellen mit Sicherheit zu finden.

[83] Vgl. dazu Band I, Kap. IV, Abschnitt 2.

KAPITEL IV
LEHRHAFTE ZÜGE IM SPRACHGEBRAUCH DES RECHTSBUCHES

Alle Autoren, die für die *interpretationes* aus dem Breviarium Alaricianum zum Ergebnis kamen, sie seien im wesentlichen fertig in diese Sammlung aufgenommen worden, sahen ihren Ursprung in der Schule und ihren Zweck für die Schule.[84] Namentlich die *definitiones* aus dem *ius* waren es, die anders schwer zu erklären waren. Die parallelen Zeugnisse an *definitiones*, die sich im Rechtsbuch finden, geben den gleichen Eindruck.[85] Doch auch die verschiedenen, im Rechtsbuch zahlreicher als im Breviar zu erkennenden Typen der Erläuterung[86] weisen auf diesen lehrhaften Zweck und Entstehungsort in einer Rechtsschule hin. Edoardo VOLTERRA[87] leugnete das, indem er - wie später auch noch SELB - die inhaltliche Paraphrase von Vorlagetexten in den Vordergrund rückte. Nach seiner Meinung hat der Verfasser des Rechtsbuches Normen wiedergeben wollen «e non dissertazioni di scuola».[88] Noch einmal schlägt die alte Grundthese vom Rechtsbuch durch. Die oben unter Kapitel I dargestellte Auflösung der einzelnen Texte in ganz verschiedene Erläuterungsteile widerlegt das wohl endgültig. Doch nicht nur diese grundlegende und durchgehende Art der Darstellung führt das Werk auf den Boden der Schule, lehrhafte Züge finden sich auch im Detail.

1. DIE DARSTELLUNG IN ICH-FORM

An zwei Stellen führt der Verfasser die Aussage mit «Ich ...» ein.[89] In § 107 führt er seine zwei über die Paraphrase eines Grundtextes hinausreichenden Vergleichsbeispiele zur versagten Kondiktion mit der Wendung «Ich sage aber ...» ein. Und in § 114 Absatz 5 verweist der Verfasser innerhalb des gleichen Textes auf seine früheren Äußerungen zurück mit den Worten: «wie ich vorher geschrieben habe».[90] Hier spricht kein Gesetz-

---

[84] Z. B. FITTING, Westgothische Interpretatio 317ff.

[85] So schon SELB, Zur Bedeutung 238ff.

[86] Vgl. oben Kap. I.

[87] Un ipotesi 21ff.

[88] Ebenda 23.

[89] Nicht berücksichtigt ist dabei die mehrfach vorkommende Wendung «ich sage» in dem gebräuchlichen Sinn «das heißt», «nämlich» (s. das syrische Wortverzeichnis in Band I, Kap. X). Die Wir-Form kommt einmal in der Bearbeitung vor (§ 104 B).

geber, der eine Anordnung trifft. Hier spricht aber auch kein Jurist, der in einer juristischen Diskussion die eigene Meinung ins Spiel bringt, wie wir es z. B. in Schol. Sin. 4 finden: καὶ ἐρωτηθεὶς εἶπον ἀδύναμον εἶναι τὴν ἐπερώτησιν ... Die Darstellung entspricht vielmehr den Hinweisen aus denselben Schol. Sin. wie κάνονα γὰρ ἔχε τοιοῦτον (5), τὸ πλέον μάθε (9), σημείωσαι (9, 11, 27, 33 und passim).

2. SELBSTGEMACHTE FRAGEN ZUM RECHTLICHEN PROBLEM

In zahlreichen Fällen zieht der Verfasser das Problem des im weiteren erläuterten Grundtextes als Frage an den Beginn seiner Darstellung. Weder eine juristische Sentenz, noch ein kaiserliches Reskript, noch eine kaiserliche *lex generalis* beginnt in dieser Weise. Die Darstellungsform ist die der Schule. Beispiele dafür finden sich in § 11 («Ob eine Frau ihrer Mitgift etwas zufügen darf, nachdem sie geheiratet hat»), in § 13 («Ob ein Mann ... »), in § 14 («Welche Sache macht die Frau *infamis* ... »), in § 15 («Welcher Ehre die Menschen beraubt sind, die ... »), in § 17 («Ob ein Vormund ... verkaufen ... kann»), in § 20 («Ob jener, der jemandem die Schenkung einer Sache macht ... »), in § 21 (»Ob jener, der einen Sklaven freiläßt ... »), ähnlich in § 24 und in § 25 («Ob das Gesetz erlaubt, daß ... »), in § 26 («Ob jener, der ein Testament macht ... »), in § 28 («Ob ein Mann ... kann») usw. Es sieht dabei so aus, als würde diese Form der Darstellung mit fortschreitendem Text des Rechtsbuches seltener. Sie findet sich im weiteren nur noch in den §§ 34, 40, 41, 47, 52, 57, 59, 72, 75, 81, 120, 124 und 126. In allen übrigen Fällen wird die rechtliche Aussage direkt, ohne vorherige Frage, eingeführt. Dabei zeigt ein näherer Vergleich, daß sich auch die direkte Einführung der rechtlichen Aussage stilistisch nicht wesentlich von der indirekten Einführung über die selbstgemachte Frage abhebt. Ein gutes Beispiel dafür unter vielen bietet § 47. In Absatz 1 wird zwar über eine Frage in das Problem eingeführt, zu der Absatz 2 dann die Antwort gibt. Aber schon in Absatz 3 werden die weiteren Aussagen ohne Frage, nämlich direkt geboten.

3. DIE *SI-QUIS*-SYNTAX

Zahlreiche Texte des Rechtsbuches beginnen mit den Worten «Wenn ein Mann», «Wenn eine Frau», «Wenn jemand», «Wenn ein Freier». Diese Formel wird dann innerhalb der einzelnen Texte bei Folgeaussagen durchgehalten. Das beste Beispiel bietet der lange Text aus § 1, in dem nicht nur die Einleitung, sondern auch die weiteren Aussagen mit «Wenn er aber», «Wenn aber» u.ä. eingeführt werden. Diese Darstellungsform ist schon früher aufgefallen. Nun gibt es wohl für den Zweck allgemeiner normativer Aussagen nur einen begrenzten Kanon von Stilmitteln. Und eines der gängigen Stilmittel ist eben, den Tatbestand, an den sich Rechtsfolgen knüpfen, mit «Wenn jemand», «Wenn ein Mann», «Wenn eine Frau», «Wer immer» usw. einzuleiten. Parallelentwicklungen in verschiedenen Rechtskulturen, an ganz verschiedenen Orten und zu ganz verschiedenen Zeiten, liegen - von hier aus gesehen - nahe. So ist mit Sicherheit die stilistische Nähe

[90] In der Bearbeitung kommt einmal die ähnliche Wendung «wie vorher gesagt» vor (§ 105 B).

zu Formulierungen aus dem *Codex Hammurabi* «Gesetzt ein Mann ... , so soll ... » daraus zu erklären.[91] Historisch fruchtbarer war aber in der Frage nach realen Einflüssen und gemeinsamen Wurzeln ein anderer Vergleich, auf den bereits FITTING[92] hingewiesen hat, der Vergleich mit den *interpretationes* aus dem Breviarium Alaricianum.[93] Die *si-quis*-Syntax fällt dort auch als Stilelement auf, im *si quis* aus I.Th. 4,4,6, im *si aliquis* aus I.Th. 3,11,1, im *si mulier* aus I.Th. 2,21,1, im *si ... pater* aus I.Th. 3,3,1, im *si sponsus* aus I.Th. 3,5,6, im *si maritus* aus I.Th. 3,13,1 u. a. m. Nach FITTING waren diese Formulierungen Hinweise darauf, daß die *interpretationes* aus einer Rechtsschule hervorgegangen waren. Bestärkt werden wir darin, wenn wir die *interpretationes* zu den *Pauli sententiae* daneben stellen und auch hier bevorzugt einleitende Wendungen wie *si quis, si mulier, si servus* u. a. m. finden. WIEACKER[94] hat in diesem Zusammenhang auch noch auf eine oströmische Parallele solcher Schulmethodik in einigen Überresten der östlichen Konstitutionenbearbeitung hingewiesen. Dort findet er die Formel ἐάν τις als Stilelement in der Syntax der Indexbildung.

4. DIE *HI-QUI*-SYNTAX

Es gibt noch eine weitere, der Schule zu verdankende stilistische Parallele zwischen den *interpretationes* aus dem Breviar und dem Rechtsbuch. Sie findet sich vorwiegend in Aussagen zu strafbaren Handlungen. So heißt es in §76 mehrfach «Die welche ..., sind todesschuldig ... » oder auch einmal «Männer, welche ... ». Vergleichen wir damit die strafrechtlichen Texte aus dem *Codex Theodosianus* mit *interpretatio*, so finden wir dort *hi, qui* ... in I.Th. 8,18,1, *malefici ... vel hi, qui* ... in I.Th. 9,16,3, *qui ..., eos* ... in I.Th. 9,7,8, *quicumque* ... in I.Th. 9,25,1 oder *qui* ... in I.Th. 9,34,1. Es sieht dabei so aus, als liege der *Codex Iustinianus* auch hier[95] mit seinen Formulierungen näher bei der westlichen *interpretatio* als bei den Vorlagetexten aus den älteren Sammlungen. So findet sich *is, qui* oder *in eum, qui* in C.J. 9,16,2.4.6, *qui* oder *eum, qui* in C.J. 9,22,6.13.14. Dasselbe Stilelement findet sich noch einmal, nämlich in der *interpretatio* zu den *Pauli sententiae* in Formeln wie *hi, qui*, *in eum, qui* und *quicumque*: IPS 1,12,1; 1,12,3; 5,5,6 und 5,27,3.

5. DER VERGLEICH MIT DEN *SENTENTIAE SYRIACAE*

Bei den *Sententiae Syriacae* dürfen wir festhalten, daß anders als bei unserem Rechtsbuch ausschließlich die Darstellungsform der Paraphrase zu finden ist. Die weiterführende *interpretatio* fehlt völlig. Diese Paraphrase aber entspricht im Stil nicht der des Rechtsbuches. Formulierungen in den *Sententiae Syriacae* wie «Ein Vater, der» aus §14 und

---

[91] Vgl. die Beispiele bei SELB, Zur Bedeutung 232.

[92] FITTING, Westgothische Interpretatio 234.

[93] Aufgegriffen von SELB, Zur Bedeutung 230.

[94] Lateinische Kommentare 318.

[95] WIEACKER weist in anderem Zusammenhang darauf hin, Lateinische Kommentare 269ff.

§65, «Eine Mutter, die» aus §30, «Der Mutter, die» aus §78, «Kinder, die» aus §79, «Ein Dieb, der» aus §84, «Ein Junge, der» aus §91, «Der Sohn, der» aus §92, «Eine Frau, die» aus §94, «Ein Sklave, der» aus §96, Ein Kind, das» aus §98 und «Eine Ehefrau, die» aus §100 könnten freilich erste Ansätze zur *si-quis*-Syntax sein, genauso wie sich in den wohl dem Rechtsbuch gegenüber älteren *interpretationes* zur *Epitome codicum Gregoriani et Hermogeniani Wisigothica* erste Ansätze zu dieser Syntax finden.[96] Auch wenn beiden Werken noch einige spätere Konstitutionen etwa aus Gründen einer Neuauflage der zugrundeliegenden Sammlung beigeschrieben werden, sind sie doch um ein Jahrhundert älter als das Rechtsbuch.

6. *iubet lex* - κελεύει νόμος - κελεύουσιν νόμοι

Der Charakter der Texte des Rechtsbuches als *interpretationes* schließt es aus, daß diesen Texten Juristennamen, Werkhinweise, *inscriptio* oder *subscriptio* zugefügt werden. Lagen doch dem Hörer die interpretierten Texte im Original vor. Es genügte, auf diesen Grundtext zu verweisen. Solche Verweisungen stellten FITTING[97] und WIEACKER[98] bei der kritischen Untersuchung zu den im Breviar zusammengestellten *interpretationes* für Paraphrasen von Grundtexten fest. Es finden sich dort Wendungen wie *iubet lex, haec lex praecipit, ista lex hoc iubet, interpretatio utriusque legis, ut lex voluit, ut lex praecipit, ut lex iubet* u.a. Schon WIEACKER verwies in einer kurzen Anmerkung[99] zu dieser Feststellung auf die Ähnlichkeit mancher dieser Formulierungen mit solchen des Rechtsbuches, zog aber weiter keine Konsequenzen daraus. SELB[100] hat den Gedanken aufgegriffen und dabei nach den damaligen Ausgaben insgesamt 77 verschiedene Stellen gezählt, in denen sich Wendungen wie «Das Gesetz befiehlt», «Die Gesetze befehlen», «Das Gesetz gestattet», «Ferner verbieten die Gesetze», «Dieses (!) Gesetz befiehlt» oder mitten im Text «so befiehlt das Gesetz», «nach dem Befehl der Gesetze», «von Gesetzes wegen» finden.

Prekär ist freilich, was im Rechtsbuch unter νόμος zu verstehen ist. Die Gleichsetzung von νόμος und kaiserlicher Konstitution darf jedenfalls nicht vorschnell angenommen werden. Überhaupt kein Hinweis ist in diesem Zusammenhang der Titel mancher Versionen des Rechtsbuches, die Konstantin (I.), Theodosius (II.) und Leo (I.) als Urheber aller Texte nennen.[101] FERRINI[102] wollte demgegenüber im νόμος lediglich *ius* finden, nicht aber *leges*, was bereits von Pier Paolo ZANZUCCHI[103] mit Recht bezweifelt wurde.[104] Der νόμος, als *ius* verstanden, steht daher auch nicht dem «Befehl» gegenüber, der in

---

[96] FIRA I 656ff.; insgesamt nur viermal.

[97] FITTING, Westgothische Interpretatio 234.

[98] Lateinische Kommentare 302.

[99] Ebenda 302 Fn. 2.

[100] Zur Bedeutung 225-229.

[101] Vgl. oben Band I, Kap. V, Abschnitt 3 (S. 97f.).

[102] Beiträge 101ff.

[103] Il divieto delle azioni famose 51ff.

[104] Vgl. dazu auch schon SELB, Zur Bedeutung 226f., mit Beispielen.

der Tat an einigen Stellen kaiserliche Anordnungen bezeichnet und insoweit in Übereinstimmung mit dem Sprachgebrauch der älteren Scholien zum 8. Buch der Basiliken steht: schol. 4 zu Bas. 8,1,13 = C.J. 2,6,4 von Thalelaeus Ἡ διάταξις ἀπαγορεύει oder schol. zu Bas. 8,1,15 = C.J. 2,6,6 Ἡ διάταξις φησί oder schol. 3 zu Bas. 8,1,19 = C.J. 2,7,4 von Thalelaios ἡ διάταξις νομοθέτει. Der «Befehl» aus dem syrischen Text dürfte mit einiger Sicherheit eine Übersetzung aus der griechischen Vorlage διάταξις sein.

Vom Inhalt aus gesehen bezeichnen z.B. der νόμος oder die νόμοι in § 1 Absatz 15, in § 4 Absatz 3, in § 5 Absatz 1, in § 7 Absatz 3, in § 8 Absatz 1, in § 14 Absatz 2, in § 15 Absatz 1 und vielen anderen mehr eindeutig *ius* außerhalb dessen, was als Inhalt kaiserlicher Konstitutionen bekannt ist.[105] Das ist besonders dort ganz eindeutig, wo die Erläuterung klar über die Paraphrase eines Grundtextes hinausgeht, wie in § 1 Absatz 15 und vielen anderen Stellen. Andererseits ist vom νόμος auch dort die Rede, wo es ganz eindeutig um die Wiedergabe von Regelungen aus kaiserlichen Konstitutionen geht, z.B. in § 75a Absatz 3 und § 75b Absatz 3, in § 86 Absatz 1, in § 87a Absätzen 1, 3, 5, 11 - während in der gleichen Stelle in Absatz 11 νόμος einfach «Recht» heißt - in § 96 usw. Damit stimmt vollkommen überein, was ARCHI[106] gegen CONRAT[107] zum Begriff der *lex* in der *Epitome Gai* und im Einvernehmen mit CONRAT[108] in den *Pauli sententiae* festgestellt hat, daß *lex* nämlich nichts anderes als «Recht» bedeute.

7. SONSTIGE LEHRHAFTE ZÜGE

a) Historische Reminiszenzen finden sich durchaus auch in normativen Texten, etwa wenn der Gesetzgeber seine Reformregel vom älteren Recht deutlich abheben will. Beispiele dafür finden sich in kaiserlichen Konstitutionen allenthalben. Ganz anders aber lesen sich die historischen Berichte, die das Rechtsbuch in den §§ 104 und 105 zur Kirchenpolitik Konstantins I. bzw. Leos I. bietet. Sie stehen nicht im Kontext einer Reform, sondern es soll wohl in § 104 eine Einführung in dem Hörer vorliegende, aber nicht erläuterte Stellen des Titels *de episcopis, ecclesiis et clericis* aus C. Th. 16,2 gegeben werden, in § 105 Absatz 1 dagegen recht summarisch Leos Verdienst um die Orthodoxie dargestellt werden. Derartige Texte sind im Zusammenhang mit Rechtstexten nur aus dem Unterricht einer Rechtsschule zu erklären, wenn es sich nicht überhaupt um Zusätze eines späteren syrischen Bearbeiters handelt.[109]

b) Normativen Charakter haben auch solche Äußerungen nicht, die Erfahrungswissen wiedergeben. So heißt es etwa in § 108 Absatz 2 Satz 2: «Aufgrund der Lumpen, die von ihnen (den Kleidern) übrigbleiben, weiß auch ein Handwerker, wieviel sie wert

---

[105] Die anderslautende Feststellung von SELB, Zur Bedeutung 228, läßt sich nicht halten.

[106] L'"Epitome Gai" 70f.

[107] Die Entstehung des westgothischen Gaius, Verhandlungen der Koninklijke Akademie van Wetenschappen te Amsterdam, Afdeeling Letterkunde, Nieuwe Reeks, Deel VI. N°. 4, 1905, 114f.

[108] Der westgothische Paulus, Verhandlungen der Koninklijke Akademie van Wetenschappen te Amsterdam, Afdeeling Letterkunde, Nieuwe Reeks, Deel VIII. N°. 4, 1907, 69.

[109] Vgl. Band I, Kap. V, Abschnitt 6 (S. 105-107), und unten den Einzelkommentar zu den Stellen.

waren» oder «der Preis der Gewänder einer jeden Stadt oder eines jeden Dorfes ist ... den Kaufleuten bekannt». Letzteres findet sich noch einmal in § 119 Absatz 3.

c) Zu den Erläuterungen, nicht aber zum normativen Inhalt gehören auch Hinweise auf lokales Brauchtum, wenn es nicht um dessen rechtliche Bewertung geht. So nimmt nach § 87a Absatz 4 das Recht einfach zur Kenntnis, was die in den Regionen verschiedene Praxis zur Höhe von *dos* und *donatio ante nuptias* bietet, ja sie nimmt insoweit auch zur Kenntnis, daß in manchen Fällen Ehen auch völlig ohne Ehegüterverträge und ohne reale Zuwendung einer *dos* geschlossen werden (§ 87b). Die Konsequenz in § 87b Absatz 4, daß dann eben die Frauen ohne finanzielle Sicherung sind, ist keine normative Anordnung, sondern lehrhafte Folgerung.

d) Lesefrüchte, welche die Entscheidung oder rechtliche Erwägungen nicht tragen, gehören ebenfalls zu dieser Kategorie von lehrhaften Äußerungen. Daß man die Sklaven gemeinhin in hausgeborene oder um Geld gekaufte Sklaven einteilte, war in § 30 für die Hörer sicher interessant, für die referierte Entscheidung aber unwesentlich.

e) Vereinfachende Erklärungen dessen, was unter Juristen ohnehin kaum mißzuverstehen war, sind sicher auch der Schule zu verdanken. Daß zur *lex Falcidia* in § 25 die neun *unciae* im Verhältnis zu den drei *unciae* noch einmal vereinfachend mit «drei Teile» im Verhältnis zu «einem (Teil)» erklärt werden, gehört hierher. Daß man nach § 98a Absatz 4 «σάκρα» mit «Befehl» zu übersetzen habe, ist wohl nicht erst dem syrischen Übersetzer zu verdanken, sondern dem Interpreten, der den einem Anfänger kaum geläufigen Ausdruck in seinem zu erläuternden Grundtext vorfand. Dasselbe gilt für § 99 und die gleich doppelte Erklärung des Ausdrucks οὐσία, dasselbe für die Übersetzung des Ausdrucks καλὴ αἵρεσις in § 101 Absatz 1 oder κακὴ αἵρεσις und ἁπλῆ ὠνή in § 101 Absatz 4. Daß wir es hier in der Übersetzung ganz klar mit einem Teil der originalen Erläuterung, nicht aber einem Beitrag des syrischen Übersetzers zu tun haben, ergibt sich daraus, daß der Verfasser des Originals in Absatz 6 diese Übersetzung in der Erläuterung selbst aufgreift. Nicht anders verhält es sich mit dem umgekehrten Vorgang, wenn der Interpret in § 47 Absatz 3 für die vorgeschriebenen Amtsvermerke auch noch den griechischen Fachausdruck ὑπομνήματα anführt, oder wenn er in § 68 Absatz 1 für das Ehrengeschenk auch noch den griechischen Fachterminus δωρεά bietet, den er im folgenden dann auch allein verwendet. Ähnlich gehört die Übersetzung der römischen Maße aus § 106c in die am Ort der Erläuterung geläufigen Provinzialmaße zur Erläuterung.

8. ZUSAMMENFASSUNG

Fügen wir die unter 1. bis 7. genannten stilistischen Hinweise auf den Charakter der Einzelaussagen als Erläuterungen dem hinzu, was wir aus der materiellen Analyse der Aussage unter I. und II. erfahren haben, so kann kein Zweifel mehr bestehen, daß wir es im Originalwerk nicht mit einem Rechtsbuch zu tun haben. Weder wollte ein Gesetzgeber mit den Texten Normen setzen noch wollte ein Sammler vorgegebene Normen als solche reproduzieren, d.h. über deren Inhalt abschließend informieren. Der Verfasser des Textes wollte vielmehr an dem Hörer bekannte normative Grundtexte erläuternd heranführen, eine Schulinformation geben. Dazu bedurfte es häufig nicht einmal der

inhaltlichen Paraphrase dieses Textes mit einfacheren Stilmitteln und mit Worterklärungen. Die vorliegenden Texte dürfen daher nicht ohne Differenzierung nach ihrem Erläuterungswert auf ihren normativen Gehalt untersucht werden. Eine Kommentierung, die das außer acht läßt, geht fehl.

KAPITEL V
KOMMENTAR ZU DEN EINZELSTELLEN

Kommentar zu § 1

L 1 = R III 1 = R II 1a = D 1a = Fr 1 = R I 1 = P 1 = Ar 1a = Arm 1-3a = Georg 1, 2, 4a = G 25 = B 1 = I 28/5a, 48/4, 30/14d, 35f./27

I. 1. Der Text beginnt, als werde mit dem Intestaterbrecht von Kindern ein systematischer Traktat über Intestaterbrecht eingeleitet. Und der Beginn erweckt den Eindruck, als könne jedes Wort wie ein wohlformulierter Gesetzestext gelesen werden, in dem, was fehlt, nicht weniger Bedeutung hat, als was ausgedrückt ist. In dieser Weise ist der Text bislang, von allen Autoren einer überreichen Literatur, leider einst auch von SELB[1], gelesen worden. Der erste Eindruck täuscht aber, und das Fehlverständnis zum Darstellungsziel hat mehr als hundert Jahre lang die Interpretation des Textes zu ihrem Nachteil beeinflußt. Die Vorstellung, man habe es mit der Darstellung eines Erbsystems zu tun, die dem Verfasser mehr oder weniger geglückt sei, hat sogar über die erbrechtlichen Stellen hinaus gewirkt. Denn sie hat die weitere Vorstellung geprägt, das Gesamtwerk sei ein Rechtsspiegel.

2. Der Schlüssel zum besseren Verständnis ist, daß eine sehr konkrete Frage zu beantworten war. Der Antwort auf diese konkrete Frage hängte man dann noch allgemeine Erwägungen an, wie sie gerade die behandelte Frage herausforderte. So können wir hier feststellen, daß zentral eigentlich nur vom Intestaterbrecht und Noterbrecht der Töchter die Rede ist (Absätze 1-4). Das Erbrecht der Söhne wird neben dem der Töchter allenfalls am Rande mitbehandelt. Man muß sich dazu eine zweifelnde Anfrage an die kaiserliche Kanzlei vorstellen, ob denn die Töchter neben den Söhnen überhaupt und ob sie im bejahenden Fall in gleicher Weise wie die Söhne zur Intestaterbschaft und damit folgerichtig zum Pflichtteilsrecht der Kinder berufen seien. Die Antwort lautete: Die Töchter erben *ab intestato* genauso wie die Söhne (Absätze 1 und 4). Also steht ihnen auch das gleiche Pflichtteilsrecht zu (Absätze 2-3). Und nur wenn gar keine Kinder, auch keine Töchter, vorhanden sind, ist der Vater völlig frei, zum Erben einzusetzen, wen er will (Absatz 5). Allein deshalb schon erwartet die Literatur zur Stelle zwei Aussagen völlig zu Unrecht, nämlich die Erörterung des Erbrechts der weiteren Erbanwärter in der Deszendenz des Erblassers und die Erörterung des Erbrechts der *emancipati*.[2] Zu der

---

Zu § 1:

[1] SELB, Zur Bedeutung 11ff.

[2] Daß die Quelle die *emancipati* kennt, hat SELB nie geleugnet. In § 1 hat er freilich die Erörterung über die *emancipati* aus anderen Gründen für überflüssig gehalten, SELB, Zur Bedeutung 40ff. Klärend YARON, Syro-romana 120ff.; KASER, RP II 500 und Fn. 19 (§ 287 II).

mittlerweile als falsch zugestandenen *petitio principii*,[3] es werde ein allgemeines Erbsystem dargestellt, paßt zwar die weitere Arbeitshypothese, man habe ein System römischen Intestaterbrechts eben in einer lückenhaften Darstellung vor sich, sie ist aber ebenso falsch.

3. Nimmt man dagegen das genannte beschränkte Darstellungsziel «Töchtererbrecht» zum Ausgangspunkt, so teilt sich der Text zwanglos in zwei Teile. Ein erster Teil enthält die Antwort auf die Anfrage zum materiellen Noterbrecht der Töchter und reicht von Absatz 1 bis 4. Ein zweiter Teil hängt daran einen Traktat zum Intestaterbrecht nach einem kinderlosen Erblasser, den Absatz 5 zuletzt nennt. Dabei fällt aber sofort auf, daß auch dieser Traktat stets unter dem eingangs beim Tochtererbrecht angeschnittenen Thema steht, wie die «Weiblichen» jeweils neben den «Männlichen» erben. Das läßt wiederum kein vollständiges System erwarten; folgerichtig bleibt es eher bei Beispielen. Konsequent ist in weiterer Folge dann auch von den Kognaten als «Weiblichen», d.h. als Verwandten, zu denen die verwandtschaftliche Beziehung über Frauen vermittelt wird, neben den Agnaten die Rede. Die Einteilung in eine Antwort auf eine konkrete Anfrage und in eine sich daran anschließende allgemeinere Abhandlung entspricht dabei einem Darstellungsprinzip, das uns im Rechtsbuch noch mehrfach begegnen wird.

II. 1. Die älteren Versuche[4] waren sämtlich darauf gegründet, ein allgemeines, wenngleich aus irgendwelchen Gründen unvollständiges System eines Intestaterbrechts vorzufinden. Sie fanden manche Übereinstimmung zum römischen Recht, überwiegend aber eine größere Nähe zu anderen Rechtsordnungen des Mittelmeerraumes. Man darf heute mit Recht sagen, daß sich die vergleichenden Versuche sämtlich als unhaltbar erwiesen haben. Die Stelle bietet rein römisches Recht und dabei auch nicht etwa archaisches Recht, sondern jenes Erbrecht, wie es sich uns auch sonst in den Quellen der klassischen Zeit zeigt.[5] Es gibt auch nicht die geringste Andeutung volksrechtlichen Einflusses auf den Inhalt der Aussagen.

2. BRUNS[6] sah hier in einem Parentelerbsystem altes syrisches Volksrecht wiedergegeben, in manchem dem mosaischen Recht verwandt,[7] nur scheinbar mit einigen Zügen aus dem römischen Recht. Was BRUNS nur erwogen, aber letztlich abgelehnt hatte, griff August TEWES[8] auf; für ihn vermischen sich im Rechtsbuch römisches Recht und orienta-

---

[3] F. WIEACKER, Bespr. zu Selb, Zur Bedeutung, in: SZ 83 (1966) 504-512, hier: 508.

[4] Eine Übersicht über die reiche Literatur bei SELB, Zur Bedeutung 11 Fn. 1.

[5] Ausführliche Darstellung und Diskussion bei SELB, Zur Bedeutung 11ff.; zustimmend WIEACKER, Bespr. zu Selb aaO 509f.

[6] BRUNS-SACHAU III 181, 303-316.

[7] Zustimmend MÜLLER, Das Syrisch-römische Rechtsbuch und Ḫammurabi 174 (Separatdruck 38); DERS., Erklärung in Sachen des syrisch-römischen Rechtsbuches, WZKM 20 (1906) 127ff.; DERS., Semitica. Sprach- und rechtsvergleichende Studien, 1906, 42-49 (Das Erbrecht); DERS., Entgegnung [auf eine Besprechung von Ernst RABEL], Deutsche Literaturzeitung 1906, Spalte 696-698. Ähnlich hatte schon A. F. RUDORFF, Über den Ursprung und die Bestimmung der Lex dei oder Mosaicarum et Romanarum legum collatio, in: Abh. der Königlichen Akademie der Wissenschaften zu Berlin aus dem Jahre 1868, Berlin 1869, Philologische und historische Abh., 1. Abtheilung, 265-297, hier: 280, von einem römisch-jüdischen Gemisch im Intestaterbrecht auf der Basis von Numeri 27, 1-8 gesprochen.

[8] Eherecht, Familienrecht und Erbrecht der Mahomedaner des hanefitischen Ritus, in: GrünhZ 13 (1886) 527-556, hier: 548ff.

lischer Brauch zu einem syrischen Recht. Von einem «syrischen Recht» spricht auch Eberhard Friedrich BRUCK[9] bei der Besprechung der Stelle. MITTEIS erkannte attisches Erbrecht in der Stelle,[10] gelegentlich durch römische Rechtsgedanken verändert, die er zudem für eine spätere Interpolation in eine rein griechische Vorlage hielt.[11] Nikolaos MATSIS sieht dagegen das Ergebnis wechselseitiger Beeinflussung darin.[12] Bernard HAUSSOULIER wieder brachte das Erbrecht des Rechtsbuches in die Nähe des gerade gefundenen hellenistischen Fragments 3 der Pergamente aus Dura-Europos im Euphrattal.[13] Eine jüdisch-römisch-griechische Basis vermutete Franz BOSSOWSKI.[14] NALLINO[15] entschied sich als erster für die «fondamentale romanità» des Systems und gegen die Dominanz volksrechtlicher Züge. Aber er konnte sich das System, besonders die dargestellte Erbfolge der Kognaten, nicht aus dem römischen Recht erklären. So findet er letztlich nur archaisches römisches Erbrecht dargestellt.

3. Drei Hauptgründe gab es, welche die hier verworfenen Thesen begünstigten. Zum einen gaben die Herkunft des Werkes aus dem Vorderen Orient und die Sprachen seiner Überlieferung einen freilich recht vordergründigen Anlaß, es als Beleg für eines der Volksrechte zu nehmen, denen die römische Herrschaft in Syrien, Palästina und Mesopotamien begegnet sein mußte. Heute wissen wir, daß das Werk kein syrisches Volksrecht spiegelt, von dem wir im übrigen so gut wie nichts wissen. Eine zweite Verführung der wissenschaftlichen Arbeit ergab sich aus der vom Juristen vorschnell akzeptierten Übersetzung des Orientalisten Eduard SACHAU. Die entscheidenden Fragen wurden nicht an die Übersetzung gestellt. Das gilt vor allem für die Bedeutung jener Ausdrücke («Gruppe», «Geschlecht»), die vorschnell für «Parentel» genommen wurden. Und schließlich lasen alle Autoren - wie bereits erwähnt - den Erbrechtstext, wie alle anderen Texte auch, als Texte eines Rechtsspiegels und damit nach Art einer systematischen Kodifikation oder eines systematischen Lehrtraktats. Alle Argumente aus dem angenommenen System, besonders solche *e contrario*, mußten zwangsläufig zu falschen Ergebnissen führen. Die

---

[9] Kirchlich-soziales Erbrecht in Byzanz. Johannes Chrysostomus und die mazedonischen Kaiser, in: Studi Riccobono III, Palermo 1933, 377-423, hier: 404ff.

[10] Reichsrecht und Volksrecht 313ff.; DERS., Über drei neue Handschriften 35f. Ihm folgen mit kleineren Abweichungen DUCATI, Notizia di nuovi manoscritti 193; PARTSCH, Neue Rechtsquellen 369-375; TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP) 116f. = Op. Min. I 308f.; DERS., Bespr. zu Sachau, Syrische Rechtsbücher III, in: SZ 45 (1925) 493-514, hier: 498-500 = Op. Min. I, 535-569, hier: 543-547; F. VON WOESS, Das römische Recht und die Erbanwärter, Berlin 1911, 116; H. KRELLER, Erbrechtliche Untersuchungen aufgrund der graeco-aegyptischen Papyrusurkunden, Leipzig 1919, 141; E. CARUSI, Sui rapporti tra il diritto romano e l'oriente, in: Atti del congresso internazionale di diritto romano, Bologna e Roma 1933, vol. 2, Pavia 1935, 557-605, hier: 573; Nikolaos P. MATSIS, in: Ἐφήμερις Ἑλληνικῆς καὶ Ἀλλοδαπῆς Νομολογίας 77 (1958) 467ff.

[11] AaO, in dieser Frage gefolgt von PARTSCH, Neue Rechtsquellen 355ff.

[12] S. Fn. 10.

[13] Une loi grecque inédite sur les successions "ab intestat", in: Revue Historique, 4. Serie, Band 2 (1923) 515-553. Veränderte Übersetzung bei C. Bradford WELLES (u. a.), The parchments and papyri I, The excavations at Dura-Europos. Final Report, 1959, 76ff.

[14] Quo modo 361ff.

[15] So am deutlichsten in: Sul libro siro-romano 222 = Racc. IV 535 und D'alcuni passi del «Libro siro-romano» 799ff. = Racc. IV 444ff.; in Einzelfragen ähnlich FERRINI, Beiträge 104; ohne Kritik übernommen bei TAUBENSCHLAG, Bespr. zu Sachau, Syrische Rechtsbücher III, in: SZ 45 (1925) 493-514 = Op. Min. I, 535-569, hier: 547.

früheren Erwägungen von SELB sind davon ebenfalls nicht frei, obwohl SELB aus anderen Gründen stets davon überzeugt gewesen ist, es werde ausschließlich römisches Erbrecht, wie es sich im 4./5. Jh. darstellte, wiedergegeben.

III. Die Darstellung folgt - geht man davon aus, was zum Ziel der Darstellung gesagt wurde - einem leicht erkennbaren Plan:

1. Die spezielle Anfrage betraf einen der Fälle, wie sie in C.J. 3,28 *de inofficioso testamento* mehrfach behandelt sind. Eine Tochter war wohl im Testament des Vaters zugunsten der Söhne vom Erbe ausgeschlossen worden. Sie wollte nun wissen, ob diese Verfügung Grund für eine Anfechtung des Testaments sei. Basis der im Text gegebenen Entscheidung sind drei Sätze: Töchter sind an sich in gleicher Weise wie Söhne zur Intestaterbfolge berufen. Will der Vater aber ein Testament machen, so kann er seine Kinder prinzipiell zu Erben einsetzen, wie er will, genau wie es C.J. 3,28,8 pr. ausdrückt: *parentibus arbitrium dividendae hereditatis inter liberos adimendum non est.* Aber er muß der Tochter, wenn er die Söhne dabei begünstigt, zumindest einen Teil der Erbschaft *(quarta)* als «Pflichtteil» hinterlassen, so wie wir es ebenfalls, allgemeiner formuliert, aus der genannten Codex-Stelle lesen können. Die Zuwendung kann dabei in einer im Testament als Vermächtnis zugewandten Mitgift bestehen.

a) Der erste Ausgangspunkt gleicher Behandlung von Söhnen und Töchtern im Intestaterbrecht entspricht römischem Recht auf allen Stufen seiner Entwicklung. Vielleicht mußte dieser Satz nach dem Erlaß der *Constitutio Antoniniana* 212 n. Chr. bei Anfragen der Neubürger aus dem Osten des Reiches häufiger betont werden. Denn dort gab es andere heimische Traditionen, welche die Töchter hinter die Söhne zurücksetzten.[16] Doch hat der Satz in einer *interpretatio* auch als Einleitung zu der folgenden Konstitutionenparaphrase seinen guten Sinn. Jedenfalls ist in unserer Stelle nur nach dem Erbrecht der Töchter neben den Söhnen gefragt. Es bestand vom Fall her gar kein Anlaß, sich allgemeiner mit dem Erbrecht der weiteren Deszendenz und der Seitenlinien zu beschäftigen.

b) Auch die an sich gegebene Testierfreiheit des Erblassers entspricht römischem Recht. Sie ist nur durch das materielle Noterbrecht bestimmter Personen eingeschränkt, dessen Technik in der Klassik die *querela inofficiosi testamenti* ist. Die Regeln dieser genannten Testamentsanfechtung entwickeln sich dabei noch in klassischer Zeit dahin, daß die Zuwendung eines Viertels der Intestatportion eine Anfechtung des Testaments als lieblos ausschließt. Die Aussage, daß man als Erblasser bestimmten Personen im Testament oder schon zu Lebzeiten dieses Viertel zuwenden müsse oder schlicht umgekehrt, daß man nur über drei Viertel des Nachlasses frei verfügen dürfe, ist nur eine vereinfachte Formulierung dafür. Weder gibt es ein direktes Verbot, über mehr als drei Viertel zu Lasten eines Berechtigten zu verfügen, noch gibt es die Konsequenz der Nichtigkeit des gesamten Testaments oder doch der überschießenden Verfügung.[17] Dar-

[16] Vgl. nur C. A. Nallino, Il diritto successorio presso i Siri successorio Cristiani, Racc. IV 632-721, hier: 697, und den Appendix «L'interpolazione di *P* 1» zu D'alcuni passi del «Libro siro-romano», Racc. IV 489-500, zur angeblichen Interpolation in der sekundären Version P 1; ferner KRELLER, Erbrechtliche Untersuchungen aaO 142f.

[17] NÖRR, Bespr. zu Selb 569, scheint bei unserem Text dennoch an die Unwirksamkeit des Testaments zu denken.

über hinaus gilt es zu bedenken, daß sich das römische Recht im 4. und 5. Jh. n. Chr. in jener Entwicklungsphase befindet, in der die *portio legitima (quarta)* aus der Testamentsanfechtung zum Pflichtteilsanspruch umgewandelt wird, dessen laienhafte Formulierung noch heute an ein Pflichterbteil denken läßt.

c) Bei den Töchtern bot sich für die Zuwendung des Viertels im Testament die testamentarische Bestellung einer Mitgift an. Die Gepflogenheit, die unverheiratete Tochter unter Aussetzung eines Dotallegats zu enterben, ist vielfach bezeugt. Friedrich VON WOESS[18] beruft sich dafür auf D. 27,2,4 (Julianus), 32,41,7 (Scaevola), 33,5,21 (Scaevola), 31,77,9 und 31,77,30 (Papinianus), 34,1,10,2 (Papinianus), 28,5,62 wie 31,34,5 und 6 (Modestinus). Eine Konstitution des Zeno in C.J. 3,28,29 aus dem Jahr 479 n. Chr. bezeugt das für die uns interessierende Zeit als älteres, bereits geltendes Recht. Die im Testament ausgesetzte[19] *dos* wurde demnach auf die *portio legitima* angerechnet, wenn die Tochter geltend machte, sie habe insgesamt im Testament weniger als die *portio legitima* erhalten. Zeno möchte nun in Analogie dazu *(ad similitudinem)* auch die *donatio ante nuptias* auf die *portio legitima* anrechnen: *in quartam partem ad excludendam inofficiosi querellam tam dotem datam quam ante nuptias donationem praefato modo volumus imputari.* Daß der Erblasser den Töchtern auch mehr als das Viertel in der *dos* zuwenden dürfe, ist eine etwas platte Sequenz, die man sich aber gut als Antwort auf eine ergänzende Schülerfrage vorstellen kann. Auf keinen Fall können wir mit Hans KRELLER[20] annehmen, der Anfrage liege die Meinung zugrunde, die Tochter sei mit der Zuwendung der *dos* schlechthin vom weiteren Erbe ausgeschlossen gewesen. MITTEIS[21] fand in dem Satz einen Anklang an griechisches Recht; in einer Darstellung römischen Rechts sei der Satz eine zwecklose Phrase gewesen. Dabei ist der Charakter einer aus dem Unterricht hervorgegangenen Erklärung verkannt.

d) Warum greift der Verfasser aber in Absatz 4 eigens den Fall auf, daß der Erblasser nur Töchter hinterläßt? Der Satz vom Intestaterbrecht der Töchter allein ist vor dem Hintergrund der folgenden Aussage zu lesen: Nur wenn es auch an Töchtern fehlte, war der Erblasser frei, über seinen Nachlaß beliebig zu verfügen. Das materielle Noterbrecht der Töchter war also nicht nur im Verhältnis zu den Söhnen zu wahren, sondern ganz allgemein. Auf keinen Fall will der Verfasser jetzt gegen die Aussage in Absatz 1 den Töchtern nur dann ein Intestaterbrecht geben, wenn es an Söhnen fehlt.[22]

2. Nach der Fallentscheidung über das Noterbrecht der Tochter (Absätze 1-4) läßt der Verfasser einen Traktat über das Erbrecht des Vaters, der Mutter und der Seitenverwandten folgen. Ausgangspunkt dafür ist aber die Aussage in Absatz 5, daß es keine

---

[18] Das römische Erbrecht und die Erbanwärter, Berlin 1911, 90.

[19] Es geht nicht um die Kollation der früher gegebenen *dos* wie NALLINO, D'alcuni passi del «Libro siro-romano» 782ff. = Racc. IV, 427ff. meint.

[20] Erbrechtliche Untersuchungen aaO 146f.; dagegen schon NALLINO, D'alcuni passi del «Libro siro-romano» 786f. = Racc. IV 432. Um die Deutung dieser Aussage ist bald nach der Ausgabe von BRUNS-SACHAU ein umfangreicher literarischer Streit entstanden (zusammenfassend Friedrich JESSNER, Der Streit über die Herkunft der nichtrömischen Bestandteile im syrisch-römischen Rechtsbuch, in: ZvglRw 29 (1908) 1-44; auch separat: Diss. Stuttgart 1912), der jedoch auf einem Übersetzungsfehler beruhte, wie NALLINO aaO dargetan hat.

[21] Reichsrecht und Volksrecht 328 und Das syr.-röm. Rechtsbuch und Hammurabi 294.

[22] So aber BOSSOWSKI, Quo modo.

Kinder des Erblassers gibt. Das war ein Stichwort für die folgende Darstellung. Von der weiteren Deszendenz des Erblassers selbst ist aus diesem Grund nach der Darstellung nicht die Rede. Zu Unrecht wird daher die Lückenhaftigkeit des Systems des Intestaterbrechts vermerkt.[23]

a) Der Traktat beginnt mit dem Intestaterbrecht des Vaters. Ein allgemeines Vatererbrecht gibt es aber im römischen Recht erst seit Justinian, nicht schon in vorjustinianischer Zeit. Sonderregelungen tendieren aber so stark dahin, daß eine vereinfachende Darstellung zu der im Text gebotenen Formulierung geradezu gelangen mußte. Die Sonderregelungen waren: Ein allgemeines Heimfallsrecht des *pater familias* für das allgemeine *peculium* des Haussohnes, ein Erbrecht des *pater familias* für die der väterlichen Gewalt in immer weiterem Maße nicht mehr unterworfenen *bona* des Haussohnes und ein Erbrecht des Vaters als *parens manumissor* im Falle der Emanzipation des Haussohnes. In allen diesen besonderen Eigenschaften schloß der Vater, wie es der Text sagt, die weiteren agnatischen wie kognatischen Verwandten aus.[24] Sicher gehen in unserem Text die weiteren Erwägungen zur agnatischen Verwandtschaft von einem nicht emanzipierten Haussohn aus. Und die eine agnatische Verwandtschaft auch im Erbrecht aufhebenden Wirkungen der Emanzipation waren dem Verfasser durchaus bekannt (vgl. zu § 3). So wird man nun mit Reuven YARON[25], Dieter NÖRR[26] und Max KASER[27] davon ausgehen, daß von einem Erbrecht des *pater familias* nach einem Haussohn die Rede ist. Dabei konnte das Heimfallsrecht für das dem Vater formell unterworfene *peculium* leicht ebenso als Erbrecht verstanden worden sein wie das wirkliche Erbrecht an den Sondervermögen. Dachte der Verfasser der *interpretatio* zu C. Th. 4,1,1 nicht ähnlich undifferenziert?

Das Rechtsbuch repräsentiert hier den Rechtsstand der Nachklassik. Die Bildung von Sondervermögen des Haussohnes[28] nahm dem *pater familias* die aus der Klassik bekannte Position, alleiniger Träger des Familiengutes zu sein. Der Haussohn erlangte an wesentlichen Gütermassen des einst einheitlichen Familienvermögens eine eigentumsgleiche, vor allem aber vererbliche Position. Zwangsläufig mußte in die alte Ordnung der Agnatenerbfolge der Vater als «neuer» Agnat eingefügt werden. Das galt für das *peculium castrense* der Soldaten, das *peculium quasi castrense* der kaiserlichen Zivilbeamten und der Geistlichen seit Konstantin,[29] die *bona materna* seit Konstantin,[30] die *bona materni generis*[31] jedenfalls seit Gratianus, Valentinianus und Theodosius in C. Th.

---

[23] So besonders NALLINO, D'alcuni passi del «Libró siro-romano» 730 = Racc. IV 402; in seiner früheren Darstellung ist SELB, Zur Bedeutung 43f., 53, ihm vorschnell gefolgt.

[24] SELB, Zur Bedeutung 44-47.

[25] Syro-Romana 123.

[26] Bespr. zu Selb 568.

[27] RP II 500 und Fn. 20 (§ 287 II).

[28] Gunter WESENER, Sondervermögen und Sondererbfolge im nachklassischen römischen Recht *(bona materna, bona paterna und bona nuptialia)*, in: Iuris Professio. Festgabe für Max Kaser zum 80. Geburtstag, Wien u. a. 1986, 331-346.

[29] Vgl. die bei WESENER, ebenda 332 Fn. 9 angeführte Literatur.

[30] Vgl. WESENER, ebenda 332 Fn. 12.

[31] Vgl. die bei WESENER, ebenda 332 Fn. 14-16, 40-42 angeführte Literatur.

8,18,6 (379 n. Chr.) und die *bona nuptiala*[32] seit Theodosius und Valentinianus in C. Th. 8,19,1 (426 n. Chr.). Als «neuer» Agnat erbte der *pater familias* im Range nach den Kindern des *filius familias* und vor den Geschwistern des Erblassers. Das ist der Rechtsstand, wie er sich aus C.Th. 8,18,10 pr. (Theodosius et Valentinianus, 426 n. Chr.) ergibt. Die genannte Konstitution geht gleich weiter, indem sie den Vater nun auch im gleichen Rang zum Erben der *filii emancipati* macht. Die in C. Th. 8,18,10,1 gesetzte Einschränkung für den wiederverheirateten Vater und in Anbetracht der *bona ex matris patrimonio* soll hier nicht weiter interessieren. So genau wollte der Verfasser des Rechtsbuches gar nicht ins Detail gehen. Der *pater binubus* gehörte nicht in einen Grundriß. Ähnliches können wir auch für UE 26,8 verzeichnen.

b) In der nächsten Gruppe der Erbanwärter stehen im Traktat die agnatischen Brüder und Schwestern des Erblassers und dessen Mutter. Der Satz, daß die *consanguinei* selbst noch ohne Rücksicht auf das Geschlecht zur agnatischen Erbschaft berufen sind, ist rein römisch: PS 4,8,20(22). Diese *consanguinei* bezeichnet der Verfasser als den ersten «Grad» aus der großen Gruppe der Agnaten (Absatz 14). Für sie betont er, daß im ersten Grad die Frauen neben den Männern erben, darüber hinaus aber - also bei entfernterer Verwandtschaft, sei sie auch agnatisch - nicht mehr: *feminae ad hereditates legitimas ultra consanguineas successiones non admittuntur.* Genau wie in diesem Satz sollten die Frauen *ultra consanguineas* schlechthin ausgeschlossen sein, unter den Agnaten zu erben, nicht nur neben Männern[33] gleichen Ranges. Mit der Beschränkung der Aussage auf die Erläuterung dieser Sentenz sind alle Erwägungen zu einem unrömischen Parentelsystem in der Seitenlinie falsch.[34] Da es dem Verfasser auch nur um die Konkurrenz von weiblichen neben männlichen Geschwistern, in der Folge allenfalls von gleichrangigen Männern und Frauen fernerer Grade ging, sind wiederum Schlußfolgerungen zu Konkurrenzen in der Deszendenz dieser Personen nicht zulässig. Der Verfasser wollte gar nicht auf Fragen wie die Konkurrenz von Bruderskindern mit Schwestern u.ä. eingehen. Für das klassische wie das nachklassische römische Erbrecht ist nach PS 4,8,20(22) bzw. IPS (ad §4 HAENEL) klar, daß der Satz nur für das Erbrecht der Frauen unter den Agnaten galt; unter Kognaten erbten - wie IPS es deutlicher sagt - die Frauen durchaus neben Männern gleichen Grades. Der Verfasser scheint hier den Satz allgemein angewandt zu haben; so kommt er in Absatz 12 bei den Kindern der Tanten väterlicherseits - also bei Kognaten - zu dem Ergebnis, daß die weiblichen Kinder nicht neben den männlichen erben. Die zivile *hereditas* scheint er für die «Erbschaft» schlechthin gelesen zu haben. Dem werden wir zu § 3 nochmals begegnen.

c) Das Erbrecht der Mutter ist nicht das altrömische Erbrecht einer *uxor in manu mariti*,[35] sondern das einer Mutter des Verstorbenen nach dem *SC Tertullianum*. Doch erbt die Mutter hier neben allen Kindern, also auch neben den *fratres consanguinei*, nicht wie noch im nachklassischen römischen Recht hinter diesen und neben den *sorores*

---

[32] Vgl. WESENER, ebenda 332 Fn. 71.

[33] So schon NALLINO, D'alcuni passi del «Libro siro-romano» 788ff. = Racc. IV 434ff. mit FERRINI, FIRA II 640 gegen die ältere Literatur.

[34] Vgl. dazu schon SELB, Zur Bedeutung 48-53.

[35] So aber NALLINO und andere; dagegen ausführlich SELB, Zur Bedeutung 55-59.

consanguineae.[36] Im klassischen Recht gibt es jedenfalls keinen Text, der die Mutter neben dem Sohn, dem Bruder des Verstorbenen, zur Erbschaft beruft.[37] Und noch die nachklassische UE 26,8 ist hierin ganz klar. Ebenso bezeugt eine Konstitution der Kaiser Gratianus, Valentinianus und Theodosius aus 382 n. Chr. (C.Th. 3,8,2) noch ganz klar, daß das *beneficium senatus consulti* einer Mutter zukommt, deren verstorbener Sohn *sorores vel sororem, non etiam fratrem relinquens*, oder mit I.Th. 3,8,2 einer Mutter, deren Sohn *fratrem non dimittat, qui matrem possit excludere*. Denselben Rechtsstand gibt auch C.Th. 5,1,8 (Theodosius et Valentinianus, 426 n. Chr.) im Gegensatz zur insoweit veränderten Fassung in C.J. 6,56,5 wieder, in I.Th. 5,1,8 am klarsten ausgedrückt:

> *Mater ius liberorum habens mortuo filio vel filia, si superstites alias filias habuerit et filium non habuerit, cum filiabus aequali sorte succedat ...*

Es könnte durchaus sein, daß das Rechtsbuch hier eine spätere, vielleicht nur im Osten geltende Veränderung belegt, wie sie dann in der justinianischen Fassung von C.Th. 3,8,2,1, nämlich in C.J. 5,9,3,1, bezeugt ist. Um eine Verschreibung handelt es sich nach den parallelen Aussagen in § 94a Absatz 4 und § 125 Absatz 1 sicher nicht. Zum Muttererbrecht sei auf den Kommentar zu den genannten Paragraphen verwiesen; in § 1 findet sich nicht mehr als das Grundprinzip.

d) In der nächsten Gruppe erscheinen als gradesnächste agnatische Verwandte die Onkel von Vatersseite genannt (Absatz 9). Deren Berufung setzt voraus, daß - wie der Text sagt - der Erblasser weder Vater noch Mutter noch Kinder hat. Zu ergänzen ist, daß auch Mitglieder der vorher genannten Gruppe der Geschwister fehlen; wahrscheinlich ist für die Lücke sogar ein alter Textausfall verantwortlich. Wieder wird nur der Grundsatz der Agnation und der Gradesnähe an Hand eines einfachen Beispieles dargestellt. Konkurrenzen gleicher Verwandtschaftsgrade aus verschiedenen Parentelen stehen gar nicht zur Debatte. Der vereinfachenden Darstellung ist es zu verdanken, daß das Erbrecht der Onkelsöhne nur für den Fall erwähnt wird, daß Onkel nicht mehr leben. Mögliche Konkurrenzen werden nicht behandelt.

e) Die nächste agnatische Gruppe bilden die Onkelsöhne (Absatz 10). Konkurrenzfälle mit gradesgleichen Agnaten anderer Parentelen werden nicht erwähnt, so wenig die knappe Aussage erkennen läßt, zu welchen Quoten die Onkelsöhne erben. Aussagen in der Literatur zu Parentelerbrecht und Repräsentation sind reine Spekulation. Daß die Übersetzung «Geschlecht» bei SACHAU und *stirps* bei FERRINI[38] dazu verleitet hat, ist eine andere Frage. Die genannten Beispiele genügen dem Verfasser, um das agnatische Prinzip darzustellen. Er geht im weiteren zu den Kognaten über.

f) Die ersten Kognaten, die der Verfasser nennt, sind die Kinder der vorher unter die erbberechtigten Agnaten gereihten Schwestern des Erblassers (Absatz 11). Noch einmal zeigt sich, daß der Verfasser in § 1 nicht von den Deszendenten schlechthin, also auch nicht systematisch von den Kognaten unter den Deszendenten handelt. Den Schwester-

---

[36] So noch für das nachklassische Recht: Giorgio LA PIRA, La successione ereditaria intestata e contro il testamento in diritto romano, Firenze 1930, 280 und 301.

[37] Vgl. Marianne MEINHART, Die Senatusconsulta Tertullianum und Orfitianum in ihrer Bedeutung für das klassische römische Erbrecht, Graz 1967, § 20ff., S. 181ff.

[38] FIRA II zu L 1; benutzt von NALLINO, D'alcuni passi del «Libro siro-romano» 797f. = Racc. IV 442f.

kindern folgen die Kinder der Vaterschwestern (Absatz 12), obwohl von diesen selbst noch nicht die Rede war. Jede Schlußfolgerung aus einer Lücke verbietet sich.

g) Im Schlußsatz folgt eine Art theoretischer Zusammenfassung der Unterscheidung von Agnaten und Kognaten. Neben der dürftigen Erklärung der beiden Begriffe steht eine allzu einfache Bezeichnung der Kognaten als das «Geschlecht der Weiblichen». Daß dieses «Geschlecht» der Erde vergleichbar sei, hat sicher seinen Ursprung in der Vulgärphilosophie. Die Erklärung, was man unter Agnaten und Kognaten zu verstehen hat, erinnert als Literaturform, weniger im Inhalt, an die Definition aus der *interpretatio* zu PS 4,8,14.

IV. 1. Ein Gesamtsystem des Intestaterbrechts des Syrisch-römischen Rechtsbuches kann demnach aus § 1 allenfalls mittelbar erschlossen werden, indem man die Grundsätze und Beispiele vor dem Hintergrund des römischen Rechts zum ganzen System fügt. Wir werden sehen, daß auch § 3 über die *emancipati*, die §§7, 25, 42 und 61 zum Noterbrecht und die §§ 33, 94 und 125 zum Intestaterbrecht erst über Schlußfolgerungen vor dem Hintergrund der *petitio principii*, es handle sich um römisches Recht, ein genaueres Bild ergeben. Die Stimmigkeit des Ergebnisses ist freilich überzeugend.

2. Ein Vergleich der Darstellungsweise im Rechtsbuch mit der in nachklassischen Quellen zeigt eine ähnlich verflachende und allzu leicht verfälschende Art, den Stoff zu präsentieren. Man denke an die *Epitome Gai*, an die *Tituli ex corpore Ulpiani*, an die *Lex Romana Burgundionum*. Das Erbrecht der Kognaten wird auch dort nur gestreift, das Erbrecht der Gentilen nicht einmal mehr erwähnt, Ehegatten- und Fiskalerbrecht lagen anscheinend zu fern. Viel wichtiger waren den Verfassern Definitionen wie die in IPS 4,8,14 und allgemeine Sätze wie in LRBurg 10,9. Insgesamt paßt das zur Erkenntnis, daß das Rechtsbuch eine *interpretatio* ohne Grundtext bietet. Auf eine Einleitung folgt die Paraphrase eines Reskripts zu einem Problem des materiellen Noterbrechts von Töchtern. Daran schließt sich ein vom Fall assoziativ ausgehender Traktat («wenn er aber keine Kinder hat, ... ») zum Intestaterbrecht der übrigen Verwandten des Erblassers.

V. 1. Der rechtsgeschichtlichen Bedeutung wegen seien hier noch die späteren Veränderungen zu verdankenden Einschübe zum «Seelteil» in Ar 1 und R III 1 behandelt. Beide Versionen haben unter christlichem[39] Einfluß das materielle Noterbrecht der Kinder verkürzt. Ein Viertel[40] seines Vermögens darf der Erblasser zum Gegenstand einer barmherzigen Stiftung machen. Die konkreten Konsequenzen für das Noterbrecht der Kinder werden jedoch nicht näher ausgeführt.

2. Auch die Regelung in P, daß die männlichen Erben doppelt soviel wie die weiblichen bekommen, ist Ergebnis einer späteren Bearbeitung.

---

[39] Vgl. dazu NALLINO, Racc. IV 430f. und E. F. BRUCK, Kirchlich-soziales Erbrecht in Byzanz. Johannes Chrysostomus und die mazedonischen Kaiser, in: Studi Riccobono I, Palermo 1933, 377-423, hier: 404ff.

[40] Ar 1 verteilt wegen des unkoordinierten Einschubs ein Viertel.

Kommentar zu § 2

L 2 = R III 2 = R II 1b = D 1b = Fr 2 = P2 = Ar 1b = Arm 3b = Georg 4b

I. Die Stelle bietet drei Aussagen zur römischen *patria potestas*.[1] Daß R II, D, Ar und Arm sie zu § 1 reihen, ist den Redaktoren dieser Versionen zu verdanken und entspricht nicht dem Original. Die Äußerungen in § 2 sind nun zwar über das Stichwort *filius familias* miteinander verbunden, behandeln aber doch ganz verschiedene Fragen. Andererseits bieten die drei Sätze in ihrer Gesamtheit doch noch keine Abhandlung nach Art eines Institutionenwerks. Am ehesten rührt die Verbindung der Sätze daher, daß es eine Anfrage und Antwort zur *testamenti factio activa* gab, die dem Verfasser Anlaß bot, zwei weitere Fragen zum Stichwort anzureihen. So entstand dann ein kleiner Traktat.

II. 1. Der Testator mußte zur Zeit der Testamentserrichtung die *testamenti factio activa* haben. Dem Haussohn fehlte diese Fähigkeit nach klassischem Recht. Er war vermögensunfähig; ein eventuell eingeräumtes *peculium* fiel nach klassischem Recht an den *pater familias* heim, es wurde nicht vererbt. Die nachklassische Entwicklung geht hier jedoch weiter, wie wir zu § 1 und dem Erbrecht des *pater familias* nach dem Haussohn erkennen konnten. So findet es dann auch BRUNS auffallend, daß nicht von der späten Testierfähigkeit des Haussohnes über das *peculium castrense*[2] die Rede ist. Er hätte hinzufügen können, daß auch nicht von dem freien Sondervermögen des Haussohnes[3] die Rede ist, das dem Rechtsbuch durchaus bekannt ist, und das auch § 1 zum Vatererbrecht voraussetzt. Gehen wir von einer Anfrage und Antwort in einem Reskript aus, so wird der Anfragefall keinen Anlaß geboten haben, darauf einzugehen. Berichtete der Verfasser aber über eine juristische Sentenz, so wird diese eben nur die Grundregel geboten haben.

2. Das erste zum Stichwort *filius familias* angereihte Prinzip ist sicher sehr einfach, hat aber in einer lehrhaften Darstellung seinen guten Platz: Nicht nur die Söhne oder Kinder - hier macht die Doppelbedeutung des Wortes *bnaiyā* Schwierigkeiten -, sondern auch die Söhne oder Kinder der Söhne sind gewaltunterworfen. Daß die Söhne oder Kinder der Töchter anders zu behandeln waren, ergibt sich klar aus § 40. Eine ähnliche Aussage wie in unserem Text findet sich am Rande in § 36.

3. Aller Erwerb der gewaltunterworfenen Kinder fiel in das Vermögen ihres *pater familias*; auch das ein einfaches Prinzip, das nur in einer Lehrdarstellung verständlich ist. Wieder bietet der Verfasser nur das Grundprinzip aus der klassischen Tradition. Der besondere Hinweis «auf welche Weise sie es auch erwerben» übergeht die Möglichkeit des Sondervermögens im *peculium castrense* oder in den *bona materna sive materni generis* nach den Regelungen der Spätzeit. Es sieht so aus, als habe der Verfasser sein Wissen aus einem klassischen Institutionenwerk genommen, das noch keine der späteren Ausnahmen kannte.

Zu § 2:

[1] So schon BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 183. Darin folgt ihm TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 106, 116 = Op. Min. I 296 und 308.

[2] Vgl. dazu KUNKEL, Römisches Recht 458; KASER, RP I 682 und II 486.

[3] Vgl. dazu KUNKEL, Römisches Recht 414f.; KASER, RP II 216ff.

III. Die Form der Darstellung könnte auch hier daraus entstanden sein, daß in Absatz 1 die Antwort auf eine konkrete Anfrage zu finden ist. Ein ähnliches Reskript zur *testamenti factio activa* ist uns aus C. J. 6,22,3,1 (Diocletianus et Maximinianus, 294 n. Chr.) für eine *filia familias* bekannt.

Kommentar zu § 3

L 3 = R III 3 = R II 21 = D 20 = P 23 = Ar 21 = Arm 15 = Georg 15

I. Die Darstellungsform zeigt im ersten Teil die Antwort auf die Frage, wie denn die Emanzipation eines Haussohnes der Form nach vor sich zu gehen habe. An das damit gegebene Stichwort *emancipatus* knüpfen die weiteren Äußerungen zu den Folgen einer wirksamen Emanzipation an, Folgen im Erbrecht, in der Schuldenhaftung und in der Testierfähigkeit. Diese weiteren Äußerungen wirken wie ein angehängter Schultraktat zum Thema Emanzipation. Die Parallele zur Darstellungsform in § 1 und § 2 wird deutlich.

II. 1. Die Frage, die primär zu beantworten war - Frage und Antwort könnten einem Reskript entstammen -, war die nach der rechten Form der Emanzipation. BRUNS[1] hat angenommen, daß Justinian keinen Glauben verdiene, wenn er in C.J. 8,48(49),6 über eine von ihm 531 n. Chr. verfügte Abschaffung des dreimaligen Sohnesverkaufs als Emanzipationsform berichte; denn gerade im Osten sei man schon vor Justinian davon abgekommen. Doch wendet sich die justinianische Regelung in C. J. 8,48(49),6 und 8,47(48),11 zwar gegen die umständlichen Praktiken der *veteres* mit ihren komplizierten *venditiones* usw., sagt aber nichts darüber aus, ob sich nicht vor ihrer Zeit daneben schon neue Formen der Emanzipation gebildet hatten.[2] U.E. ist für eine solche Form bereits in C.J. 8,48(49),2 (Diocletianus et Maximianus, 291 n. Chr.) ein Beleg zu finden. Die diokletianische Kanzlei wendet sich dort nämlich nicht gegen die praktizierte Schriftform der Freilassung, sondern gegen ein konkretes Scheingeschäft.[3] Die Schriftform einer solchen Freilassung muß dabei nicht als volksrechtlicher Zusatz[4] oder als griechische Sitte[5] angesehen werden. Mit dem Verfall der antiquierten römischen Formen mußten nicht notwendig fremde entlehnt werden. Das Rechtsbuch bietet allenthalben Zeugnisse für einen freieren neuen, durchaus römischen Formalismus der Beurkundung vor dem *iudex (praeses) provinciae.*[6]

2. Die Stelle ist damit keinesfalls ein Beleg dafür, daß das Rechtsbuch bereits die justinianische Emanzipationsform wiedergebe, wie MITTEIS[7] und DUCATI[8] gegen MANIGK[9]

Zu § 3:

[1] BRUNS-SACHAU III 183.

[2] KASER, RP II 150 und Fn. 7; LEVY, Westen und Osten 240 Fn. 3.

[3] A. M.: LEVY, ebenda.

[4] So MITTEIS, Reichsrecht und Volksrecht 216.

[5] So TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 106 = Op. Min. I 295.

[6] Zur Schriftform vgl. M. SARGENTI, Il diritto privato nella legislazione di Costantino, Milano 1938, 105 und Fn. 2.

[7] Über drei neue Handschriften 33.

[8] Notizia di nuovi manoscritti 199.

[9] MANIGK, Bespr. zu Sachau, Syr. RB 394.

meinen. Damit entfällt ein Argument für die von MITTEIS vertretene Auffassung, das Rechtsbuch gebe auch justinianisches Recht wieder. Zugleich entfällt ein Beleg für die nachjustinianische Datierung[10] des gesamten Werks.

3. Die Stelle zeigt uns, was noch mehrfach zutage treten wird: Der Verfasser ist mit der Urkundenpraxis bestens vertraut. Lehrhafte Darstellung und praktischer Zweck können sich auch darin durchaus verbinden, schließen einander nicht aus. So weiß der Verfasser, daß die Standardformulare einen - wahrscheinlich stereotypen - Grund für die Freilassung angaben, nämlich bisherigen Gehorsam und Ehrerbietung. C. J. 8,48(49),3 findet in unserem Text eine Parallele. Die kaiserliche Kanzlei betont in einem Reskript - gerade an einen östlichen Adressaten gerichtet -, daß sie sich nur für die rechte Form des Aktes interessiere, nicht für die anscheinend in der Urkunde angegebenen Gründe, aus denen der *pater familias* die Emanzipation vornahm *(causae, quibus motus pater emancipavit filium).* Wahrscheinlich wies man damit die Berufung auf einen Motivirrtum zurück. Die Geschenke, von denen in unserem Text die Rede ist, gehören wohl auch zum üblichen Inhalt der Urkunde, da sie «vor» dem *praeses provinciae* gegeben wurden. Man denkt an die Überlassung des *peculium*, von der für die Parallele der *manumissio in ecclesia* (§ 19) angegeben wird, daß sie in der Freilassungsurkunde stattfindet.

III. Der folgende Traktat aus den Absätzen 2-6 behandelt die Hauptfolgen der Emanzipation.

1. Die emanzipierten Söhne (Kinder) sollen nicht mehr zur «Erbschaft» der «Familie ihrer Väter oder Brüder» berufen sein. Aus § 1 ist uns dabei der Ausdruck «Familie ihrer Väter oder Brüder» als Synonym für die Gruppe der «Agnaten» bekannt. Das in unserem Text erneut synonym genannte γένος ist das «Geschlecht der Väter», ebenfalls eine Bezeichnung für die agnatischen Verwandten. Die Emanzipierten sind ihnen gegenüber «Fremde», die nicht mehr zur «Familie» im Rechtssinne gehören. Nun waren im römischen Recht die emanzipierten Kinder nur von der «*hereditas*» ausgeschlossen, nicht aber von der Erbschaft schlechthin. Das kognatische Band blieb gewahrt und führte zur Berufung unter den kognatischen Erben. NALLINO[11] fand daher die Aussage, der Emanzipierte sei von der Erbschaft ausgeschlossen, nur für das archaische römische Recht - die XII-Tafeln - richtig. Und er gründet vorwiegend auf §3 seine Annahme, das Rechtsbuch gebe insgesamt altrömisches *ius* und Kaiserrecht wieder, aber kein *ius honorarium*.

2. Es bleibt danach das Problem, wie die Beschränkung auf die Aussage, die *emancipati* seien nicht zur zivilen «*hereditas*» berufen, zu erklären ist. SELBS frühere[12], von FITTING[13] und seinen Forschungen zum späten weströmischen Recht beeinflußte Auffassung war, daß unser Text, ähnlich wie Gai Ep. 2,8 pr. bis 6 nach Gai Inst. 3,19, seiner Vorlage so weit folgte, als diese die *hereditas intestatorum* behandelte. Der Verfasser der *Epitome Gai* fügt aber in 2,8,7 aus dem Kapitel bei Gaius noch den nur für den Kundigen auf die *emancipati* anwendbaren Satz an: *nam et regulare est, ut cognati tunc intestatorum*

---

[10] Vgl. dazu oben Band I, Kap. II 1 (S. 43f.).

[11] Sul libro siro romano 227-229 = Racc. IV 542-544; ähnlich schon BRUNS (BRUNS-SACHAU II) 312; MITTEIS, Reichsrecht und Volksrecht 346 Fn. 1; DERS., Über drei neue Handschriften 23; C. Gunnar BERGMANN, Beiträge zum römischen Adoptionsrecht, Lund 1912, 17 Fn. 1.

[12] Zur Bedeutung 40ff.

[13] FITTING, Westgothische Interpretatio 327.

propinquorum hereditates capiant, quando aut sui aut agnati defuerunt. In unserem Text fehlt auch dieser Hinweis. FERRINI[14] trifft mit seiner lateinischen Übersetzung (Ausschluß von der *hereditas*) das Richtige, aber doch eher unbeabsichtigt; glaubte er doch den Ausschluß von der Erbschaft schlechthin wiederzugeben. Es läßt sich wohl nicht ermitteln, wie der Verfasser der *Epitome Gai* seinen Text verstand. Wußte er, daß die *emancipati* unter den Kognaten erbten? YARON[15] meinte dazu, es werde wohl niemand annehmen, der Verfasser der *Epitome Gai* habe ein Erbrecht der Emanzipierten ausschließen wollen. Der Syrer hat seine griechische Vorlage, wahrscheinlich κληρονομία, einfach übersetzt. Wie aber verstand der Grieche seinen Text? Es bleibt die Möglichkeit, daß der griechische Verfasser der *interpretatio* in seiner lateinischen Vorlage «*hereditas*» vorfand, das Wort aber selbst schon für die «Erbschaft» schlechthin nahm. Aus dieser *duplex interpretatio* nach Dieter NÖRR[16] interessiert uns hier mehr die Bedeutung der Vorlage als der Irrtum des Griechen.[17] Der Vorlagetext schloß den *emancipatus* u.E. nur von der zivilen *hereditas* aus.

3. Nur konsequent ist die Aussage über das Erbrecht nach den Emanzipierten. Mangels agnatischer Beziehungen zu den bisherigen agnatischen Verwandten werden sie von diesen nach der Emanzipation nicht beerbt. Der Verfasser fügt noch hinzu, daß die neue «Familie» an Stelle der alten erbe. Das ist sehr allgemein gesagt; denn erst in der nächsten Generation, wenn der Sohn des Emanzipierten starb und beerbt wurde, gab es Seitenverwandte, die mit denen aus der alten agnatischen «Familie» hätten konkurrieren können.

4. Eine Folge der Emanzipation soll sein, daß die *emancipati* nicht die Schulden der Eltern zu erfüllen hätten. Dabei werden die Nachlaßschulden eigens genannt. Die letzte Aussage ist vom versagten Erbrecht her zu verstehen, denn nur die Erben trugen - die Annahme der Erbschaft oder deren Nichtausschlagung unterstellt - die Last der Nachlaßschulden (vgl. dazu § 77). Die erste Aussage ist schwerer verständlich; denn ein Gewaltunterworfener konnte gar nicht für die Schulden des Gewalthabers herangezogen werden. Für den gewaltfreien Sohn aber war die Aussage zwar genauso richtig, aber thematisch fehl am Platz; ging es doch um die Folgen der Emanzipation. Es bleibt nur die Erklärung, daß der Verfasser die stets abgelehnten Versuche, Verwandte als solche zur Schuldenhaftung heranzuziehen, vor Augen gehabt hat, wie sie uns unten in §§ 54 und 127, ferner in Sent. Syr. §§ 2, 21, 27 und 28 und nicht zuletzt in C.J. 4,12 und 4,13 vielfach begegnen. Hinter dem vom römischen Recht aus abgelehnten Versuch muß nicht unbedingt hellenistisches oder orientalisches Rechtsdenken stecken. Ein aus der familiären Verbundenheit übliches Verhalten, um das Ansehen der Familie zu wahren, wird von den Gläubigern nur allzugern als Rechtspflicht behauptet worden sein.

5. Das letzte Thema der Stelle ist die *testamenti factio activa*. Das Grundprinzip, daß Gewaltunterworfene kein Testament machen können, ist bereits aus § 2 bekannt. Unser

[14] FIRA II 760f.

[15] Syro-Romana 121f.

[16] Bespr. zu Selb 569.

[17] BOSSOWSKI, Quo modo 361ff., begründet sogar die Meinung des Griechen: Einer Erbberechtigung der Emanzipierten habe es im Gebiet des Patriarchats Antiocheia nicht bedurft, da man in Gütergemeinschaft der Geschwister und deren Nachkommen gelebt habe. Eine willkürliche Annahme.

Text bietet nun die Konsequenz, daß dem aus der Hausgewalt Entlassenen diese Fähigkeit ab der Freilassung zukommt. Die Unfähigkeit aus § 2 tritt nun aber deutlicher als eine Folge der *patria potestas* hervor.

6. Die Konsequenzen der Emanzipation für das Gewaltverhältnis über den Emanzipierten bzw. dessen Deszendenz werden nicht hier, sondern in § 36 beschrieben. Die Gewaltausübung durch den Großvater als *pater familias* wird in § 40 behandelt.

Kommentar zu § 4

L 4 = R III 4 = R II 22 = D 21 = R I 14, 15 = P 24a = Ar 22 = Arm 16 = Georg 16 = B 21 = I 47f./2, 48/3

I. Der Text enthält eine Darstellung des Inhalts der römischen *lex Fufia Caninia* vom Jahre 2 v. Chr. Diesen Inhalt haben bereits BRUNS[1] und NALLINO[2] erkannt. Der Text sagt jedoch einiges mehr aus, als die beiden Autoren festgestellt haben. Es dürfte sich um eine *interpretatio* an Hand von Zahlenbeispielen zu einem Text aus einer Juristenschrift handeln.

II. 1. Die - von Justinian abgeschaffte (C.J. 7,3,1) - *lex Fufia Caninia* verbot testamentarische Freilassungen über bestimmte Zahlengrenzen hinaus. Der Text unserer Stelle gibt dabei die Zahlen aus Gai Inst. 1,42-43 wieder, ohne auf die Probleme einzugehen, die sich bei der konkreten Rechnung ergeben mußten, wenn z.B. von 10 Sklaven 5, nämlich die Hälfte, von 12 Sklaven aber nur 4, nämlich ein Drittel, freigelassen werden durften (Gai Inst. 1,45 und UE 1,24). Giambattista IMPALLOMENI[3] ergänzt die Aussage wohl inhaltlich richtig, wenn er annimmt, die Zahl der Freigelassenen habe in der jeweils folgenden Fraktion nicht geringer als das Maximum aus der vorhergehenden sein dürfen. In der Darstellung ist der vom Gesetz nicht erfaßte Fall der Freilassung des einzigen oder der beiden einzigen Sklaven vorangestellt, nicht wie bei Gaius nachgereiht. Auch gegenüber Gai Ep. 1,2 und PS 4,14,4 wirkt unser Text eigenständig. Das spricht dafür, daß es auch im Bereich des griechischen Ostens vereinfachende Epitomai zu Gaius oder Ulpianus gab. Auf jeden Fall fehlt in der Darstellung die Maximalgrenze von 100 freizulassenden Sklaven. Im 5. Jh. n. Chr. war eine solche Zahl von Sklaven nicht mehr realistisch.[4]

2. Im Vergleich mit Gai Ep. 1,2,2 fallen zwei Parallelen auf: Werden mehr als die erlaubte Zahl an Sklaven freigelassen, so wird «gezählt»; der Überschuß gegenüber der erlaubten Zahl bleibt in der Sklaverei und damit - wie unser Text richtig sieht - Nachlaßbestandteil. «Zählen» aber kann man in der angegebenen Weise nur, wenn die Sklaven im Testament namentlich als freizulassen angeführt waren. Eine einfache Freilassung einer bestimmten Zahl von Sklaven war, ohne daß es ausdrücklich ausgesprochen werden mußte, ohnehin unwirksam; die Sklaven konnten nämlich dann nicht als freigelassen

---

Zu § 4:

[1] BRUNS-SACHAU III 184.

[2] D'alcuni passi del «Libro siro-romano» 834f. = Racc. IV 478f. mit Text- und Übersetzungskritik.

[3] Le manomissioni mortis causa. Studi sulle fonti autoritative romane, Padova 1963, 120.

[4] IMPALLOMENI, ebenda 207.

identifiziert werden. Man nahm also die Namensliste des Testaments und zählte von vorne ab, bis die erlaubte Zahl erreicht war. Wurden im Wortlaut des Testaments «alle» Sklaven oder - mit der lateinischen Vorlage - *confuse omnes* freigelassen, so blieben sie ebenfalls im Nachlaß; denn auch hier fehlte es an einer Möglichkeit der Identifikation, wenn das Gesetz nur einen Bruchteil freizulassen erlaubte. Anders war das nur, wenn die namentliche Freilassung alle Sklaven erfaßte. Hier konnte man wieder «zählen, rechnen».

3. Unerklärt blieb bislang der Satz «sei es daß er gesund oder krank ist». Dabei fällt auf, daß Gai Ep. 1,2,3 den kranken Erblasser eigens erwähnt und ihn mit dem identifiziert, der *sub tempore mortis* seine Verfügungen traf. Einen Unterschied macht man aber für die Entscheidung nicht. Hat unser Verfasser ähnliches aus seiner Vorlage aufgegriffen und zur Unverständlichkeit verkürzt?

Kommentar zu § 5

L 5 = R III 5 = R II 2 = V 2 = D 2 = R I 2 = P 3a = Ar 2 = Arm 4 = Georg 3 = Q = O 239f. = B 2 = I 48/5

I. Es geht um die Testierfähigkeit von Jungen und Mädchen. Abgesehen von der hier nicht behandelten Gewaltfreiheit (vgl. dazu § 2) hing die Testierfähigkeit auch von der Geschäftsfähigkeit ab, nach römischem Recht also davon, ob bereits die Stellung eines *pubes* erreicht war (Gai Inst. 2,113 und PS 3,4a,1). Der Eintritt der *pubertas* wurde bei Mädchen von alters her mit der Vollendung des 12. Lebensjahrs angenommen. Hinsichtlich der Mündigkeit von Knaben bestand in klassischer Zeit eine Schulenkontroverse: Die Sabinianer stellten auf die individuelle Reife des Knaben ab, während die Prokulianer sich an das Alter von 14 Jahren hielten (Gai Inst. 1,196). UE 11,28 und Sent. Syr. § 80 zeigen uns, daß in spät- und nachklassischer Zeit noch eine *media sententia* in Umlauf und in der kaiserlichen Kanzlei akzeptiert war, nach der bei Jungen primär die individuelle Reife als auch das Alter von 14 Jahren gegeben sein mußte.[1] Für die Testierfähigkeit hingegen galt nach klassischem Recht das reine Altersprinzip (Gai Inst. 1,40; 2,113; UE 20,12).[2] Genau das sagt unser Text; wahrscheinlich beruht er auf einer Vorlage wie Gai Inst. 1,196. Eine Diskussion zur Streitfrage war danach hier nicht herausgefordert. Der Verfasser paraphrasiert einfach seine gajanische Vorlage. Schon hier wird deutlich, daß wir im Rechtsbuch keinen Spiegel geltenden Rechts erwarten dürfen, sondern allenfalls die wahrscheinlichen Vorlagen suchen und auf ihre Aktualität untersuchen dürfen.

II. 1. Schon BRUNS[3] wies darauf hin, daß unser Text die klare Unterscheidung von *tutela impuberum* und *cura minorum*[4] spiegle. Das ist auch für die Spätzeit nicht verwun-

Zu § 5:

[1] Vgl. Andreas B. SCHWARZ, Die justinianische Reform des Pubertätsbeginns und die Beilegung juristischer Kontroversen, in: SZ 69 (1952) 345-387; SELB, Sententiae Syriacae 172.

[2] WESENER, *pubertas*, RE Suppl. 14, 1974, 571-581, hier: 577.

[3] BRUNS-SACHAU III 184f.

[4] Das griechische Recht oder andere Rechte des Vorderen Orients kennen kein Pendant zu dieser Unterscheidung, vgl. Josef ALTMANN, Die Wiedergabe römischen Rechts in griechischer Sprache bei Modestinus 'de excusationibus', in: SDHI 21 (1955) 1-73, hier: 5.

derlich. Die Einrichtungen bleiben prinzipiell immer geschieden; daß sie in den Voraussetzungen und Folgen einander angeglichen werden, daß insbesondere Aussagen zur *tutela* mehr und mehr auf die *cura* übertragen werden, ist eine andere Frage.[5] Diese Parallelisierung der beiden Einrichtungen, z.B. in der Frage der Bürgenstellung durch den Vormund bzw. Kurator (vgl. §6), wird uns im Rechtsbuch noch öfter beschäftigen. Die Erklärung dafür muß nicht im Denken der Griechen und Orientalen[6] gesucht werden, die nur eine einzige Einrichtung kannten. Vielmehr werden die beiden Einrichtungen in allen römischen Quellen so stark aneinander angenähert, daß sie durchwegs gemeinsam behandelt werden können.[7]

2. Die *tutela mulierum* wird in der Stelle gar nicht mehr erwähnt. Schon in den *Sententiae Syriacae* ist nicht mehr von ihr die Rede. Wahrscheinlich spielte sie schon ab der diokletianischen oder konstantinischen Zeit keine Rolle mehr.[8]

III. Die Darstellungsform ist die der Paraphrase eines Juristentextes, etwa eines Textes, der die allgemeine Aussage aus Gai Inst. 1, 196 auf Gai Inst. 2, 113 anwandte. Vielleicht bestand die Darstellung aber gerade in dieser Anwendung und setzte für Schüler die Stellen in Beziehung zueinander.

Kommentar zu § 6

L 6, 7, 8 = R III 6, 7, 8 = R II 3, 4a, b = V 3, 4a, b = D 3, 4a, b = R I 3a, b, 4 = P 3b, c, d = Ar 3a, b, c = Arm 5a, b, c = Georg 5a, b, c = B 4 = I 46/5, 46/4

I. Die Stelle ist geradezu ein Musterbeispiel dafür, daß die Texte des Rechtsbuches nicht als Gesetzestexte gelesen werden dürfen. Die nicht originalen, sondern späteren «Herausgebern» zu verdankenden, uneinheitlichen Paragraphenzählungen verleiten freilich dazu. Der Stil der Darstellung ist daher zuerst zu eruieren, dann der Inhalt. Hier gehören ersichtlich nicht nur mehrere Stellen zum gleichen Thema, sondern bilden eine Einheit in der Darstellung. Der erste Absatz bietet dabei den kurzen Fall samt Problem und Entscheidung; die weiteren Absätze aber geben zum Thema «Vormundschaft und Kuratel» einen umfassenden Traktat.

II. Der Ausgangsfall ist folgender: Eine Frau wird Witwe. Sie hat Kinder, die im Sinne des römischen Rechts *impuberes* oder *minores* sind. Das ergibt sich aus dem folgenden Traktat. Der mit den Kindern nur kognatisch verwandte Vater der Frau soll nun zum *tutor* bzw. *curator* gemacht werden, damit er so die Angelegenheiten der Kinder verwalte. Der durchgängig verwendete Ausdruck «verwalten» ist technisch; er entspricht noch über die griechische und syrische Übersetzung hinweg dem «*administrare*» aus dem Sprachgebrauch der römischen Quellenvorlagen. Der Ausdruck und die Darstel-

---

[5] Das verkennen TAUBENSCHLAG, Die patria potestas 209 und Fn. 6 = Op. Min. II 298 und Fn. 133; DERS., Il diritto provinciale, (JJP 6) 108 = Op. Min. I 298; DE FRANCISCI, 'Επίτροπος vel κουράτωρ 13, und Bernardo ALBANESE, Le persone nel diritto privato romano, Palermo 1979, 525 und Fn. 494.

[6] Vgl. BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 185.

[7] Vgl. zu § 6. Die früheren Zweifel von SELB am Übergang von der *tutela* zur *cura* werden aufgegeben.

[8] BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 186; KASER, RP II 222f.

lung des Ausgangsfalles mit dem Traktat verbieten es demnach, mit BRUNS-SACHAU[1] anzunehmen, es handle sich lediglich um eine faktische Verwaltung. Die Formulierung des Eingangssatzes könnte nun vermuten lassen, es gehe um die Frage, ob denn der Vater der Frau überhaupt als Vormund oder Kurator in Frage komme. So lesen mit BRUNS-SACHAU[2] fast alle Autoren den Text. Da dieselben Autoren auch noch an den kognatischen Großvater als *tutor legitimus* denken,[3] finden sie die Äußerung - wie BRUNS-SACHAU - «höchst auffallend» oder sehen hierin ein «Mißverständnis». Die gesamte Diskussion ist jedoch überflüssig. Geht es doch nicht um das Thema aus C. J. 5,34 *(qui dare tutores vel curatores et qui dari possunt)*, sondern nur um die Folgefrage, ob der als Vormund oder Kurator eingesetzte Großvater einen Bürgen stellen muß oder nicht (C. J. 5,42: *de tutore vel curatore qui satis non dedit*). Genau das wird nämlich im folgenden Traktat dann theoretisch umfassend abgehandelt. Selbstverständlich ist dann mittelbar auch angegeben, wer denn jeweils als Vormund oder Kurator in Frage kommt, wer für die Bestellung zuständig ist und welche Erklärungen im Zusammenhang mit der Bestellung abzugeben sind.

III. Der Traktat, der sich an den Ausgangsfall, vielleicht ein Reskript, anschließt, zeigt eine klare Gliederung. Die erste Äußerung gilt dem vom Vater und Erblasser im Testament bestellten *tutor* und *curator*. Er ist nicht zur Bürgenstellung verpflichtet. Die zweite Äußerung betrifft den gesetzlichen *tutor* oder *curator*, wobei vier Fälle angeführt werden, agnatische Brüder oder agnatische Onkel oder agnatische Onkelsöhne oder die Ehefrau, falls Agnaten fehlen. Dabei werden die besonderen Voraussetzungen für die Witwe, nämlich die Subsidiarität der Berufung und die auferlegte Verpflichtung, ehelos zu bleiben, in einem eigenen Abschnitt behandelt. Die genannten Agnaten sind ebenfalls nicht zur Bürgenstellung verpflichtet. Doch müssen sie ein Inventar des verwalteten Vermögens errichten lassen. Für die Mutter fehlt eine Aussage zur Bürgenstellung. Die dritte Äußerung befaßt sich dann systematisch ganz folgerichtig mit dem behördlich eingesetzten Vormund und Kurator. Sie sind zur Bürgenstellung verpflichtet (C.J. 5,42,3 pr., Diocletianus et Maximianus, 287 n. Chr.) Die durch Bürgen zu sichernde Verpflichtung wird dazu gleich angeführt; der *tutor* wie der *curator* versprechen, das Vermögen zu bewahren und bei Volljährigkeit des Mündels herauszugeben. Man spürt über zwei Übersetzungen hinweg noch den technischen Wortlaut der lateinischen Urvorlage: *rem pupilli salvam fore*. Der Schlußsatz greift dann noch einmal den Fall der Einsetzung durch Testament auf und bietet eine Begründung für die Entscheidung, daß hier eine Bürgenstellung nicht erfordert ist.

IV. Die Fallentscheidung über den Großvater mütterlicherseits ergibt sich aus den Regeln des nachfolgenden Traktats, die den behördlich bestellten *tutor* und *curator* betreffen. Die Abhandlung des Traktats entspricht römischem Recht, wie es sich zwischen Diokletian und Anastasius entwickelt hat. Die Meinung von Raphael TAUBENSCHLAG[4],

---

Zu § 6:

[1] III 187.

[2] Ebenda 186.

[3] Vgl. einfach SELB, Zur Bedeutung 170 Fn. 9.

[4] Die patria potestas 209 Fn. 6 = Op. Min. II 298f. und Fn. 133 und Il diritto provinciale, (JJP 6) 106 und Fn. 16 = Op. Min. I 295 und Fn. 16.

volksrechtliche Einflüsse hätten hier zu einer Vermischung von väterlicher Gewalt und gesetzlicher Vormundschaft geführt, hat keine Grundlage im Text.

1. Die klassischen Einrichtungen des *tutor testamentarius*, des *tutor legitimus* und des *tutor dativus*, wie sie der Traktatstext spiegelt, finden sich nebeneinander bis zu Justinian. Einige Modifikationen, die sich seit der Klassik ergaben, kannte man schon aus anderen Quellen; der richtig gelesene Text des Rechtsbuches ergänzt unsere Kenntnisse nicht unwesentlich.

2. Die Quelle kennt die *tutela legitima* noch als Agnatentutel; die drei gegebenen Beispiele vom Bruder, Onkel und Onkelsohn väterlicherseits sind eindeutig. Daher ist es wahrscheinlich, daß die gesetzliche Kognatentutel tatsächlich nicht älter als aus der Zeit des Anastasius (C. J. 5,30,4) und des Iustinianus (Nov. 127) ist. Daß die Tutel der Mutter systematisch bei der *tutela legitima* erörtert wird, ist nicht erstaunlich. Ulpian sieht Frauen als Mütter noch nicht zur gesetzlichen agnatischen Tutel, aber doch schon zur agnatischen Erbschaft berufen (D. 26,4,1,1), ebenso Kaiser Alexander 224 n. Chr. (C. J. 5,35,1). Ein Wandel tritt erst über das Reformgesetz von 390 n. Chr. ein: C. Th. 3,17,4 = C. J. 5,35,2. Genau daraus schöpft unser Traktatverfasser, wo es sich um die Mutter als Vormund oder Kurator handelt[5]: Dort geht es um Mütter, die nach dem Tod ihrer Männer die Verwaltung *(administratio)* der Geschäfte ihrer Kinder über die Tutel begehren *(postulant)* und dazu eine offizielle Erklärung abgeben müssen *(fateantur), ad alias se nuptias non venire.* Genau wie in unserem Text gibt es diese Möglichkeit erst, wenn es an einem *tutor testamentarius* oder einem anderen *tutor legitimus* fehlt. Will die Frau aber das Amt nicht übernehmen, so bleibt nur die behördliche Bestellung eines *tutor*. Der Verfasser hat damit alles, was wesentlich war, aus der Konstitution wiedergegeben. Sogar die Terminologie der zuständigen Behörden beläßt er, den Strategos *(praefectus)* der Stadt und den *iudex (praeses)* der Provinz, wie sie uns z. B. C. J. 5,34,5 für die diokletianische Zeit dartut: *praeses provinciae* oder *magistratus municipales.*

Die Stelle nennt den Strategen einen Amtsträger der Stadt. BRUNS[6] möchte das korrigieren und sieht im Strategen den Statthalter einer Provinz. Unsere Stelle entspricht jedoch dem, was wir aus den Papyri Ägyptens erfahren. Der Strategos einer Stadt erscheint mehrfach in Urkunden des zweiten bis vierten Jahrhunderts, etwa in Oxyrhynchos.[7]

3. Zur Kernfrage der Bürgenstellung bestehen in der Literatur Meinungsverschiedenheiten, soweit es um den *tutor legitimus* geht. Heinrich HONSELL[8] hält schon den klassischen *tutor legitimus* für generell verpflichtet, einen Bürgen zu stellen, ebenso nun Alejandro GUZMAN[9]. KASER[10] schränkt das für den Fall ein, daß eine besondere *inquisitio* stattfand.

---

[5] So schon BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 187f. Vgl. auch Tiziana CHIUSI, Zur Vormundschaft der Mutter, SZ 111 (1994) 155-196, hier: 160ff.

[6] BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 188.

[7] Vgl. Guido BASTIANINI - John E. WHITEHORNE, Strategi and Royal Scribes of Roman Egypt, Firenze 1987, 15-114; J. E. G. WHITEHORNE, A checklist of Oxyrhynchite Strategi, in: Zeitschrift für Papyrologie und Epigraphik 29 (1978) 167-189.

[8] In: KUNKEL, Römisches Recht 425 Fn. 4.

[9] Caucion tutelar en derecho romano, Pamplona 1974, 143ff. und 242ff.

[10] RP I 364f. (§ 88 III) und II 233f. nebst Fn. 22 (§ 234 IV).

Unser Text verneint für die Agnaten im alten Sinne ganz klar die Notwendigkeit, Bürgen zu stellen. Die Belegstelle Ulpian D. 26,4,5,1 bezog sich wohl doch nur auf den Sonderfall des Patrons. Und die Konstitutionen aus diokletianischer Zeit (C. J. 5,42,3 pr. und 4) könnten vorübergehende Verschärfungen aus konkreten Entscheidungen eines Amtsträgers markieren.

4. Bei der Mutter bleibt die Frage der Bürgenstellung im Text offen. Es könnte sein, daß der Traktat insoweit nur einen Exkurs zur Frage enthält, ob die Mutter überhaupt für eine Berufung in Frage kommt. Da hier aber auf Grund der *postulatio* und der Erklärung zur nicht beabsichtigten Wiederverheiratung die *confirmatio* durch den *iudex provinciae* ohnehin notwendig ist, und die Kollision der Interessen von Mutter und Kindern nahe liegt, spricht vieles für das unausgesprochene Erfordernis einer Bürgschaft.

5. Die Parallelisierung von *tutela* und *cura*[11] ist in unserer Quelle vollkommen. Der *tutor* wird ohne Unterscheidung neben dem *curator* genannt. Die Folgerungen sollen, auch für die Bürgenstellung, dieselben sein. Ein Beispiel für einen testamentarisch bestellten *curator* findet sich schon in C. J. 5,29,2 (Alexander, 226 n. Chr.), ebenso in C.J. 5,28,7 *(Diocletianus et Maximianus*, 294 n. Chr.), auch wenn die Bestellung noch für *inutiliter* gehalten wird. Jedenfalls ist hier jetzt der *curator testamentarius* anerkannt. Daß die Agnaten auch gleich als gesetzliche *curatores* erscheinen, ist nur konsequent. Der behördlich bestellte *curator* war nie ein Problem. Da die *cura* für jeden Minderjährigen die Regel war[12] und die Verwaltungsregeln für beide Einrichtungen dieselben waren, wie uns C. J. 5,37,22 (Konstantin, 326 n. Chr.) zeigt, ist die Parallelisierung beim Bürgschaftserfordernis glaublich. Immerhin gab es schon 259 n. Chr. (C.J. 5,42,1) eine ähnliche Tendenz zur Sicherung gegen einen weniger geeigneten *curator*.

6. Ganz eindeutig ist die Aussage, daß die behördlich bestellten Vormünder oder Kuratoren nicht unentgeltlich tätig sein mußten, wenn mit dem Amt die Verwaltung eines Vermögens verbunden war. Das Entgelt wurde im Bestellungsdekret festgesetzt und es sollte nach der Höhe des Vermögens bemessen sein. Soweit ersichtlich gibt es dafür keinen anderen Beleg in den römischen Quellen.

7. Der Zusatz in P 3b, wonach der väterliche Großvater Vormund ist, wenn er noch lebt, stammt vom Bearbeiter dieser Version und gehört nicht zum ursprünglichen Text.

Kommentar zu § 7

L 9 = RIII 9 = RII 5 = V 5 = D 5, 6 = RI 5 = P 4 = Ar 4, 5 = Arm 6 = Georg 6 = 5 = I 40/7

I. 1. Der Text behandelt zunächst einen ganz bestimmten Fall aus dem materiellen Noterbrecht: Ein Vater hatte mehrere Kinder. Einige davon werden als Kinder bezeichnet, die ihm nicht gehorchen und Unehre machen. Im Testament hatte der Vater diese Kinder völlig von der Erbschaft ausgeschlossen, die Erbschaft allein den anderen zugewendet. Die ordentlichen Kinder wurden also den unordentlichen vorgezogen. Es geht also zunächst nicht wie in den Absätzen 3-5 um die Konkurrenz von enterbten Kindern und eingesetzten Fremden. Der syrische Ausdruck für die Unehre machenden Kinder ist

[11] So schon KASER, RP II 223 (§ 231 III) zu unserem Text.

[12] KASER, RP II 234 (§ 235 I).

dabei derselbe wie er später für die *infames* im «Infamenkatalog» des Absatzes 4 verwendet wird. Erneut erscheint die Darstellungsform, daß sich an eine spezielle Fallentscheidung, vielleicht aus einem Reskript, ein Traktat allgemeinerer Art anschließt. Leider sind der justinianischen Reform des Erbrechts fast alle vorjustinianischen Äußerungen zum Thema *de liberis praeteritis vel exheredatis* (C.J. 6,28) zum Opfer gefallen.

2. Die Entscheidung ist speziell römisch. Wer die einen Kinder den anderen vorziehen will, kann das. Aber er kann es nur in den Grenzen, welche die klassische Einrichtung der *querela inofficiosi testamenti* vorgibt, sonst riskiert er die Anfechtung und Aufhebung des Testaments. Die zurückgesetzten Kinder können das Testament aber nicht anfechten, wenn ihnen (mindestens) ein Viertel des Intestaterbteils zugewendet wird (Absatz 2). Genau das konnte man schon in § 1 lesen.

a) Wer die Lösung technisch die Möglichkeit einer begrenzten Enterbung nennt, wird der Vorlage nicht gerecht. Die Terminologie ist nicht so vage, daß man damit Parallelen in den meisten Rechtsordnungen der Antike und der Moderne, ja sogar im christlichen Denken[1] finden könnte. Wenn es eine Undeutlichkeit der Terminologie gibt, dann nur jene, die sich aus den fortschreitenden Veränderungen der klassischen *querela* hin zur *portio legitima*[2] und letztlich zum justinianischen Pflichtteilsanspruch ergibt. Die Entwicklung der Formulierungen kann dabei ziemlich genau nachvollzogen werden.[3]

b) Es handelt sich also nicht um eine unrömische beschränkte Möglichkeit der Enterbung.[4] Es geht auch noch nicht um einen justinianischen Pflichtteilsanspruch. Daher überrascht es auch nicht, daß die «Unehre machenden Kinder» nicht völlig enterbt werden können, d.h. um den Pflichtteil nicht gebracht werden können. Ein solches Denken voller Enterbung entsteht erst mit der späteren Idee des Pflichtteilsanspruchs. Auch geht es nicht um die *quarta divi Pii*, die dem arrogierten *impubes* verbleiben muß,[5] auch nicht um Probleme der ἀποκήρυξις, der Verstoßung eines Kindes. Der Text steht vielmehr klar auf dem Stand des klassischen römischen Rechts. Die vom Erbe völlig ausgeschlossenen, das heißt nicht mindestens mit der *portio legitima* bedachten Kinder konnten das Testament mit der *querela inofficiosi testamenti* anfechten und damit die Intestaterbfolge herbeiführen. Daß sie dem Erblasser Unehre gemacht hatten, schloß ihr Anfechtungsrecht nicht aus.

c) MITTEIS[6] führte den nach seiner Meinung unrömischen Satz von der «Enterbung bis auf den Pflichtteil» auf griechische Vorstellungen zurück, die der Verfasser des Rechtsbuches in die Darstellung eingeführt habe. Damit bleibt MITTEIS auch in dieser Frage auf dem sonst beschrittenen Weg, im Rechtsbuch volksrechtliche, meist griechisch-

---

Zu § 7:

[1] NALLINO, D'alcuni passi del «Libro siro-romano» 737f. = Racc. IV 409f. mit Johannes Chrysostomos, Expositio in psalmos, Kommentar zu Psalm 8 Kap. 8.

[2] Vgl. NALLINO, D'alcuni passi del «Libro siro-romano» 738ff. = Racc. IV 410ff.

[3] Vgl. der Einfachheit halber SELB, Zur Bedeutung 78-81; auch oben zu § 1.

[4] So aber BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 188; NALLINO, D'alcuni passi del «Libro siro-romano» 737 = Racc. IV 409; MITTEIS, Reichsrecht und Volksrecht 332ff.

[5] Vgl. NALLINO aaO.

[6] Reichsrecht und Volksrecht 332ff.

hellenistische Einflüsse aufzuzeigen. BRUNS[7] vermutete noch alte Vorstellungen bodenständiger, syrischer Art. Beide Autoren lassen die Stellungnahme zur Querel vermissen und erklären auch nicht den angehängten römischen Katalog der *infames*. VON WOESS[8] nahm ähnlich ein gemeines syrisches Pflichtteilsrecht nach Art der *quarta divi Pii* an. Schon die Vorstellung, es gebe ein kulturell abgrenzbares Gebiet Syrien, ist irrig.[9] Die Diskussion zur ἀποκήρυξις, ausgelöst durch P. Cairo Masp. I 67097 und III 67353 und eine darin zu findende Enterbung auf ein ἀπὸ τῶν νόμων Φαλκίδιον, wollte unseren Text mit der Apokeryxis verbinden. Édouard CUQ[10], Aldo ALBERTONI[11], Paul KOSCHAKER[12], Rudolf DÜLL[13], Hans LEWALD[14], Rafael TAUBENSCHLAG[15], Konstantinos D. TRIANTAPHYLLOPOULOS[16] und Carlo Alfonso NALLINO[17] haben diesen Weg beschritten. Er kann eigentlich nur zur Frage führen, woher die Formularschreiber die römische, auf die falzidische Quart Bezug nehmende Ergänzung ihrer volksrechtlichen, vor römischen Gerichten nicht anerkannten Apokeryxis nahmen. U.E. nahmen sie sie aus dem römischen Noterbrecht.

II. Die weitere Darstellung des Noterbrechts der Kinder im Verhältnis zu «Fremden» ist vom Ausgangsfall losgelöst und liest sich wie ein den Ausgangsfall ergänzender allgemeiner Traktat zur klassischen *querela inofficiosi testamenti*.

1. Dazu wird in der Darstellung der Gegenfall eingeführt, daß der Erblasser im Testament nicht die einen hinter die anderen Kinder, sondern alle Kinder hinter «Fremde» zurückgesetzt hat. Die Grundentscheidung ist einfach: Auch hier ist das Testament dann unanfechtbar, wenn den Kindern wenigstens ein Viertel des Nachlasses, konkret ihre jeweilige Intestaterbportion, zugewendet worden ist. Es ist nicht etwa gesagt, daß die hinter die «ehrbaren Fremden» zurückgesetzten Kinder das Testament überhaupt nicht anfechten könnten. Die Grenzen der Quart aus Absatz 2 sind impliziert.

2. Die eingesetzten «Fremden» mußten jedoch «ehrbar» sein (im Text steht allerdings «Freie»[18]) oder, negativ gesagt, sie durften nicht zu den *personae infames* gerechnet werden. Handelte es sich bei den eingesetzten Erben um *infames*, so war die Anfechtung des Testaments durch die Kinder auf jeden Fall berechtigt, auch wenn die Kinder selbst unfolgsam waren und dem Erblasser «Unehre» gemacht hatten. Hier half selbst die

---

[7] AaO.

[8] Das römische Recht und die Erbanwärter, Berlin 1911, 248ff.

[9] Dagegen NALLINO, Sul libro siro-romano 209f. = Racc. IV 520f., bei aller Polemik treffend.

[10] Un nouveau document sur l'apokéryxis, in: Memoirs de l'Académie des Inscriptions et Belles-Lettres 39 (1914) 181ff.; DERS., Un second papyrus byzantin sur l'apokeryxis, in: Comptes rendues des séances de l'Académie des Inscriptions et Belles-Lettres 42 (1917) 354ff.

[11] L'apokeryxis, Contributo alla storia della famiglia, Bologna 1923, 95f.

[12] Berliner philologische Wochenschrift 35 (1915) Sp. 1503ff.

[13] Iudicium domesticum, abdicatio and apoceryxis, in: SZ 63 (1943) 54-116, hier: 71ff.

[14] SZ 34 (1913) 441ff.

[15] Il diritto provinciale, (JJP 6) 106f., 117 = Op. Min. I 296, 309.

[16] Zum griechischen Volkserbrecht, Λαογραφία δέλτιον τῆς Ἑλληνικῆς λαογραφικῆς ἑταιρείας 5 (Athen 1915) 239-248.

[17] Apokeryxis e diseredazione 709ff. = Racc. IV 383ff.

[18] Der Zusatz in P 4 «die gottesfürchtig sind» stammt vom Redaktor dieser Version.

Hinterlassung eines Viertels der Intestatportion nicht gegen die Anfechtung des lieblosen Testaments.

3. Die ältere, klassische und noch offene Abwägung unter den Eingesetzten und Übergangenen *uter dignior sit* aus der Praxis des Zentumviralgerichts scheint sich bereits zu Regelaussagen verdichtet zu haben. Zu bindenden Normen waren sie jedoch sicher noch nicht geworden.[19]

4. Es versteht sich fast von selbst, daß in einer Lehrdarstellung nun ein Katalog jener *infames* gegeben werden mußte, die den Kindern auf keinen Fall vorgezogen werden durften. Woher der Katalog stammt, wissen wir nicht. Die uns bekannten Kataloge aus dem Edikt oder der *lex Iulia municipalis*[20] gleichen ihm nicht, auch nicht der Katalog aus dem Breviar.[21]

5. Dem Charakter eines Traktats entspricht es, daß der Verfasser dann auf den Kreis der Anfechtungsberechtigten allgemein zu sprechen kommt. Die Anspielung auf Agnaten und Kognaten ist ganz deutlich.[22] Für die vorkonstantinische Zeit haben Friedrich VON WOESS[23] und Hugo KRÜGER[24] dargetan, daß an sich Agnaten und Kognaten zur *querela inofficiosi testamenti* zugelassen wurden, wenngleich die Aussichten auf einen Erfolg der Anfechtung auch von der Nähe der Erbberechtigung abhingen.[25] Weitere Fälle lernen wir jedenfalls in §§ 24 und 33 kennen.

6. Wenn von einem Viertel der ganzen Habe die Rede ist, ist damit noch nichts über die Art der Berechnung aus dem Gesamt- oder Reinnachlaß gesagt. Der «ganze Nachlaß» steht einfach im Gegensatz zur «Quote des Nachlasses».

Kommentar zu § 8

L 10 = R III 10 = R II 63 = V 61 = D 61 = P 51 = Ar 62 = Arm 67 = Georg 70 = I 12/12b

Der Text bietet aus dem *SC Tertullianum* von 158 n. Chr. die Bestimmung zum *ius liberorum* der Frauen (PS 4,9).[1] Dieses *ius liberorum* galt noch bis zu Justinian (C.J. 8,58(59),2 von 528 n. Chr. und Inst. 3,3,4). Doch war bereits längst vorher durch Honorius und Theodosius (C.J. 8,58(59),1; 410 n. Chr.) angeordnet worden, daß es jeder Frau zukomme. Für die erbrechtlichen Aussagen des Rechtsbuches in § 94 wird also zu Recht unterstellt, daß die Mutter das *ius liberorum* hat.[2] Einen anderen Rechtsstand bietet ein

---

[19] So auch YARON, Syro-Romana 123.

[20] Vgl. dazu statt aller KASER, RP I 274.

[21] Vgl. dazu SELB, Zur Bedeutung 235, mit einem Vorbild aus dem westgotischen Breviar einer *interpretatio* mit einem «Infamenkatalog».

[22] So schon NALLINO, Apokeryxis e diseredazione 737 = Racc. IV 409.

[23] Das römische Recht und die Erbanwärter, Berlin 1911, 202f. und 232ff.

[24] Querela inofficiosi testamenti, in: SZ 57 (1937) 94-111, hier: 105; DERS., Zum römischen Pflichtteilsrecht, in: FS Paul Koschaker, Band 2, Weimar 1939, 256-276, hier: 266-268; der gleichen Auffassung ist auch schon Th. MOMMSEN, Das theodosische Gesetzbuch, in: SZ 21 (1900) 149-190, hier: 181 Fn. 2.

[25] Zu C. Th. 2,19,1 in diesem Zusammenhang vgl. SELB, Zur Bedeutung 84.

Zu § 8:

[1] BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 190; TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 106 und Fn. 16 = Op. Min. I 298.

Jahrhundert vorher noch Sent. Syr. § 33. Daß das *ius liberorum* des *SC Tertullianum* noch erklärt wird, ist kein Anachronismus, wenn man von einer Darstellung mit lehrhaften Zügen ausgeht. Solange das *ius liberorum* nicht abgeschafft, sondern jeder Frau zugestanden wurde, konnte es auch historisch erklärt werden. Bemerkenswert ist, daß der syrische Übersetzer die wörtliche Übersetzung «Recht der Kinder» ohne Verfremdung bewerkstelligt hat; sagt doch der Ausdruck selbst nichts aus, wenn man ihn nur wörtlich nimmt und die Folgerungen daraus nicht aus dem Text erfährt.

Die Abweichung in P 51, wonach eine freigelassene Sklavin kein «Recht der Kinder» habe, geht ersichtlich auf das Konto des Bearbeiters dieser Version. Was er sich vorgestellt hat, ist schwer zu sagen.

Kommentar zu § 9

L 11 = R III 11 = R II 92 = D 89 = Ar 91 = Arm 91 = Georg 92 = Q = G 45 = N IV 18d = I 77 unten/4

I. Die Grundregel ist nicht schwer zu verstehen. Es geht um Personen im Militärdienst (Rhomaioi, *milites*) und um Beamte der kaiserlichen Verwaltung, denen bestimmte Tätigkeiten wegen Inkompatibilität versagt sind. Die erste Aussage lautet, daß sie weder Tutoren noch Kuratoren sein dürfen. Für Personen im Militärdienst und die *tutela* ist die Regel in C.J. 5,34,4 (244 n. Chr.) belegt. Die Erweiterung auf Beamte liegt auf der Linie, Pflichtenkollisionen zu vermeiden. Daß auch gleich die Kuratel einbezogen wird, entspricht der auch sonst in der Zeit der *interpretatio* zu findenden Parallelisierung von *tutela* und *cura* (vgl. hierzu § 6). Die zweite Aussage verbietet demselben Personenkreis, Rechtsstreitigkeiten für andere zu führen. Für *milites* ist das mehrfach bezeugt, direkt in C.J. 2,12(13),7, indirekt in C. J. 2,12(13),9 und 13, direkt wieder in C. Th. 2,12,6 (Arcadius et Honorius, 395 n. Chr.). Die *interpretatio* aus dem Breviar zur letztgenannten Stelle klingt wie unsere Stelle: *Milites non permittuntur legibus lites suscipere alienas nec procuratores fieri possunt.*

Die genannten Stellen lassen es jedoch zu, daß der Beamte oder Soldat die eigenen Angelegenheiten durchaus persönlich wahrt, also - wie unser Text es sagt - etwa «für sich selbst δίκη zu sprechen». Nun gibt es seit Valentinianus, Theodosius und Arcadius (392 n. Chr.) eine Sonderregel für bestimmte höhere Beamte, sich bei der Verfolgung eigener Angelegenheiten durch einen *procurator* vertreten zu lassen: C.J. 2,12(13),25. Unser Grundtext zur *interpretatio* kannte sie entweder noch nicht oder er beschränkte sich auf die Grundaussage. Das letzte ist wahrscheinlicher; die Stelle liest sich nämlich wie eine bloße Summe zu einer Sammlung einschlägiger Konstitutionen.

II. Schon von der Übersetzung her bot die am Ende formulierte Befreiung vom Verbot Schwierigkeiten. Der Sinn der Stelle dürfte sein, daß die genannten Beamten nur solange in ihrer Tätigkeit beschränkt waren, als sie das Amt ausübten. Das können wir für ein anderes Verbot, aus § 63 und C. Th. 8,15,5, klar erkennen; es betrifft nur die Tätigkeit im eigenen Amtsbereich. Gab es keinen Amtsbereich mehr, so gab es keine Inkompatibilität mehr.

---

[2] A. M.: NÖRR, Bespr. zu Selb 569; KASER, RP II 500 und Fn. 22.

Kommentar zu § 10

L 12 = R III 12 = R II 6 = V 6 = D 7 = P 5 = Ar 6 = Arm 7 = Georg 7

I. Die Freiheit des Erben, auch des Testamentserben, eine angefallene Erbschaft anzunehmen oder auszuschlagen ist, wie schon BRUNS[1] vermerkt, altes römisches Recht. Neu an unserem Text aber ist, daß nicht zwischen den klassischen technischen Versionen, eine Erbschaft auszuschlagen oder im weitesten Sinn nicht anzunehmen, unterschieden wird. Der Text läßt mit der Denkweise der Spätzeit[2] alle nach klassischem Recht noch differenziert zur Erbschaft Berufenen (*sui* oder *extranei heredes* oder *bonorum possessores*) erst mit Antritt der Erbschaft zu Erben werden.

II. Wer die Erbschaft einmal in diesem Sinne angetreten hatte, konnte sie nicht mehr ausschlagen. Wie die Annahme aber förmlich aussah, davon ist im Rechtsbuch nicht die Rede. Das dürfte kein Zufall sein. Die förmliche *cretio* war wohl längst abgeschafft.[3] Der Ausdruck «antritt» wirkt technisch und läßt in der lateinischen Vorlage an *adire* denken, während die formlose *pro herede gestio* in dem Ausdruck «und etwas mit ihr tut» anzuklingen scheint.

III. Schon BRUNS[4] hatte den Schlußsatz unserer Stelle mit der römischen *in iure cessio hereditatis* in Verbindung gebracht. Das Wort παραχώρησις (*cessio*, Abtretung) in der Parallelstelle § 77 legt das nahe. Von den Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, soll unter § 77 die Rede sein. Festgehalten sei schon hier, daß die Regel weder volksrechtlich[5] noch justinianisch[6] ist.

Kommentar zu § 11

L 13 = R III 13 = R II 64 = V 62 = D 62 = P 52 = Ar 63 = Arm 63 = Georg 64

I. Der Text ist in der vorliegenden Form etwas schwerfällig formuliert. Gleichwohl tritt sein Sinn klar hervor. Eine Frau hatte nach der Eheschließung aus einer Erbschaft oder aus einer Schenkung Vermögen erworben. Es wird erwogen, ob sie mit diesem Vermögen nachträglich ihre Mitgift erhöhen könne. Obwohl uns in den römischen Quellen kein Wort von einem Verbot nachträglicher Erhöhung überliefert ist,[1] scheint der Anfragende ein Problem darin gesehen zu haben. Im Verbot der Ehegattenschenkung

---

Zu § 10:

[1] BRUNS-SACHAU III 191.

[2] Für den Westen und Gai Ep. 2,4,1 vgl. ARCHI, L'"epitome Gai" 258ff., 294 und KASER, RP II 524 und Fn. 2.

[3] Zu ihrem Schicksal vgl. KASER, RP II 525f.

[4] Zu L 83 und 84, jetzt § 71: BRUNS-SACHAU III 245ff.

[5] So aber TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 117 und Fn. 123 = Op. Min. I 310 und Fn. 123.

[6] So MITTEIS, Über drei neue Handschriften 48ff., der die Stelle für einen späteren Zusatz hält; ebenso DUCATI, Notizia di nuovi manoscritti 199; dagegen MANIGK, Bespr. zu Sachau, Syr. RB 398.

Zu § 11:

[1] An ein Verbot denkt BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 191.

kann es nicht gelegen haben.[2] Immerhin scheint aber ein ähnlicher Zweifel, wie er zu unserer Stelle führte, die Äußerung in Frag. Vat. 110 veranlaßt zu haben, wo eine *dos* überhaupt erst nach der Eheschließung bestellt werden sollte: *Paulus respondit etiam post nuptias copulatas dotem promitti vel dari posse, sed non curatore praesente promitti debere, sed tutore auctore.* Man muß also bei unserer Stelle nicht unbedingt an ein Kaisergesetz denken, das eine Ausnahme von einem sonst nicht überlieferten Verbot geschaffen habe. Justinian schreibt zwar in Inst. 2,7,3, daß Justinus die nachträgliche Erhöhung der *donatio ante nuptias* nach dem Vorbild der nachträglichen Erhöhung der *dos* eingeführt habe. Daraus geht aber nur hervor, daß es diese Möglichkeit bei der *dos* unbestritten gab.[3]

Die Anlässe, die es der Frau ermöglichten, die *dos* zu erhöhen, werden genannt, nämlich die Erbschaft nach ihren Eltern oder ihren sonstigen Verwandten oder eine Schenkung aus ihrer Familie. Das führt zu den Themata der *bona materna et materni generis.*

II. Eine Alternative zur nachträglichen Erhöhung der *dos* wird im dritten Absatz mit «oder» eingeleitet. Die Güter werden zwar ebenfalls dem Mann überlassen, aber zu völlig anderem Recht als die Dotalgüter. BRUNS[4] denkt zu Recht an Paraphernalgut und zitiert für die Rechtsverhältnisse und Urkundenpraxis Ulpianus D. 23,3,9,3. Danach wird das Vermögen der Frau nicht etwa Eigentum des Mannes, sondern dem Mann zur Verwahrung und Verwaltung, genau wie in § 28b Absatz 1, überlassen. Die Nutzungen des Vermögens fallen dabei nicht etwa dem Mann *pro oneribus matrimonii* zu wie bei der *dos.* Vielmehr werden sie dem überlassenen Vermögen zugeschlagen. Geld wird verzinst und das Sachvermögen vermehrt sich durch die Fruchtziehung.

III. Die beiden ersten Absätze der Stelle scheinen Anfrage und Antwort nach Art eines Reskripts in freier Paraphrase zu enthalten. Der Verfasser hat dem zur Erläuterung die Alternative der Verwaltung als Paraphernalgut zugefügt: Auf die Erhöhung der *dos* kann man auch verzichten und das erworbene Vermögen der Ehefrau als ihr Paraphernalgut erhalten. Wieder ist bemerkenswert, daß der Verfasser über den konkreten Inhalt der Urkunde, die dem Ehemann die Verwaltung des Paraphernalgutes überträgt, gut Bescheid weiß.

Kommentar zu § 12

L 14 = R III 14 = R II 65 = V 63 = D 63 = P 53 = Ar 64 = Arm 64 = Georg 65

I. Schenkungen unter Ehegatten sind ungültig (D. 24,1 und C. J. 5,16). So lautet auch der erste und letzte Satz unseres Textes. Die beiden Sätze sind wörtlich auf Schenkungsversprechen bezogen, nicht auf Barschenkungen. Die Ausnahme vom Verbot im zweiten Satz ist weit interessanter: Das nichtige Schenkungsversprechen kann durch eine Bestätigung im Testament des Schenkers mit dessen Tod gültig werden.

---

[2] So aber BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 191.

[3] Vgl. auch den Kommentar zu § 87 unter II.

[4] BRUNS-SACHAU III 191.

II. BRUNS[1] suchte in diesem zweiten Satz die bekannte Konstitution Caracallas *(oratio Severi)*, wonach eine Konvaleszenz der nichtigen Schenkung eintrat, wenn der Schenker vor dem Beschenkten starb, ohne die Schenkung widerrufen zu haben (D. 24,1,32 pr. bis 2). Sein Versuch,[2] die von unserem Text gebotene Abweichung in der notwendigen *confirmatio* durch Testament als ein Mißverständnis zu erklären, geht fehl. Spätere Versuche wie der von David Heinrich MÜLLER[3], der den Satz auf den *Codex Hammurabi* zurückführte,[4] sind noch weniger überzeugend. SELBS eigene frühere Erklärung[5] war nicht präzise genug. Die Beschäftigung mit Sent. Syr. § 60[6] hat neue Einsichten dazu gebracht.

III. Sent. Syr. § 60 sagt aus, daß alle verbotenen Schenkungen in gleicher Weise dadurch gültig werden, daß der Schenker vor dem Beschenkten stirbt, ohne die Schenkung widerrufen zu haben. Die *perseverantia voluntatis* wurde also bei der Schenkung wider die *lex Cincia*, bei der Schenkung wider das Verbot der Ehegattenschenkung und bei der Schenkung an Hauskinder (vgl. unten § 20) gleich verstanden. Das ist der Stand zum Ende des 3. Jh. n. Chr. Noch zu Beginn des 3. Jh. aber war bei Schenkungen an Hauskinder verlangt worden, daß die Schenkung durch Testament besonders konfirmiert sein mußte (D. 24,1,32 pr. und 1, Frag. Vat. 294 und 295), während die *perseverantia voluntatis* bei Diokletian und Maximian in Frag. Vat. 292 (im Jahre 295 n. Chr.) bereits anders, nämlich negativ, als Mangel des Widerrufs verstanden wurde. Genau diese Entwicklung zeigt sich auch bei der Ehegattenschenkung. Unsere Stelle entspricht der Entwicklung zu Beginn des 3. Jh., als noch eine besondere *confirmatio* im Testament verlangt wurde, während die Lösung, die BRUNS erwartete, in Sent. Syr. § 60 und bei Diokletian und Maximian (Frag. Vat. 276) zu finden ist: *post obitum ... confirmentur*. Wir haben den seltenen Befund, daß das Syrisch-römische Rechtsbuch einen älteren Rechtsstand als die *Sententiae Syriacae* aufweisen. Dafür ist wohl der Zufall der Auswahl des wiedergegebenen Vorlagematerials verantwortlich. Sent. Syr. § 60 beruht wie so oft auf einem der zahlreichen Reskripte der diokletianischen Zeit; unserer Stelle lag wohl ein Reskript aus der Zeit der Severer zugrunde.

IV. Der Darstellungsform nach handelte es sich um eine den Inhalt des Vorlagetextes paraphrasierende *interpretatio*.

Zu § 12:

[1] BRUNS-SACHAU III 191.

[2] Ebenda.

[3] Das Syrisch-römische Rechtsbuch und Ḫammurabi 181 (Separatdruck 45).

[4] Dagegen MITTEIS, Das syr.-röm. Rechtsbuch und Hammurabi 289f. Zur Stelle auch TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 112 = Op. Min. I 303.

[5] Zur Bedeutung 172.

[6] SELB, Sententiae Syriacae 155.

Kommentar zu § 13

L 15 = R III 15 = R II 66 = V 64 = D 64 = P 54 = Ar 65 = Arm 65 = Georg 67

I. Nach C. J. 9,9,11 (Alexander 226 n. Chr.) war es dem Ehemann nicht erlaubt, die Ehefrau wegen Ehebruchs anzuklagen, wenn er sich nicht zuvor von ihr geschieden hatte. Erst Konstantin I. gewährte dem Mann die Anklage wegen Ehebruchs bei bestehender Ehe (C. Th. 9,7,2 und I. Th. = C. J. 9,9,29(30)), um einen Verdacht zu klären. Darauf hat schon BRUNS[1] hingewiesen. Das Thema der Stelle war aber keineswegs die genannte konstantinische Konstitution, sondern eher allgemeiner das Thema *qui accusare non possunt* (C. J. 9,1 und unten § 23). Denn es war zwar vom Ehebruch, aber doch auch von anderen Verbrechen der Frau die Rede, so als habe der Verfasser den Katalog aus C.J. 5,17,8,3 in einem einzigen Ausdruck zusammengefaßt.

II. Die nach der Scheidung gewährte Frist zur Anklage war in der *lex Iulia de adulteriis* selbst mit 60 Tagen festgesetzt (D. 48,5,15(14),2 und C. J. 9,9,6); bei Justinian heißt es dagegen «zwei Monate» (C. J. 9,9,35(36) pr.) und dazu noch *post missionem repudii.* Wir wissen freilich nicht, ob der in unserer Stelle genannte Scheidebrief nur üblich oder schon vorgeschrieben war wie nach Nov. Th. 12. Gemeint ist jedenfalls eine Frist «nach Scheidung».

Da aber nach der Scheidung das Anklageverbot an sich hinfällig war, kann es wohl nur um Vergehen aus der Zeit der Ehe gehen. Nur für diese waren auch güterrechtliche Folgen vorgesehen. Der Vergleich mit § 23 zeigt, daß umgekehrt die Ehefrau den Ehemann während der Ehe überhaupt nicht anklagen konnte. Doch konnte sie sich auf die schon geschehene anders zustandegekommene *condemnatio* des Ehemannes berufen, wie C.J. 5,17,8,2 zeigt.

III. Die Stelle spricht vom Verlust der ganzen *dos* oder an der *dos*.[2] Der Gesamtverlust der *dos* ergibt sich aus C.J. 5,17,8,5 (Theodosius et Valentinianus, 449 n. Chr.), indirekt auch aus einer justinianischen Konstitution C. J. 9,9,35(36),2. Der Teilverlust der *dos* an den Mann ist dagegen noch als *retentio propter mores* in UE 6,12 bezeugt. Es ist nicht etwa von der Straffolge aus PS 2,26,14 die Rede, wie BRUNS[3] meinte.

Ein Rätsel bietet der Schluß der Stelle. Der Verfall der *dos* war die Folge der Eheverfehlung. Wurde die Verfehlung erst nach der Scheidung durch ein Verfahren mit Anklage geklärt, so kam eine *retentio* in Frage, wenn die *dos* noch nicht ausgezahlt war, nicht anders als wenn die Verfehlung bei der Scheidung schon feststand. Vielleicht wollte der Verfasser darauf hinweisen. Es ist unwahrscheinlich, daß sich ein Konstitutionentext zum Thema *qui accusare non possunt* zugleich mit der Frage der *retentio dotis* befaßte. Als schulmäßige *interpretatio* zum Text einer Konstitution zum Anklagerecht läßt sich dagegen die Folgerung für die *dos* durchaus verstehen.

Zu § 13:

[1] BRUNS-SACHAU III 192.

[2] YARON, Syro-Romana 138, neigte zur ersten Lösung, obwohl der Text nicht klar war.

[3] AaO.

Kommentar zu § 14

L 16 = R III 16 = R II 67 = V 65 = D 65 = P 55 = Ar 66 = Arm 66 = Georg 66 = N II 16b = O 200 = I 8/16b

I. Die Aussage wird fast wörtlich in § 59 wiederholt. Die Verletzung der Vorschriften über die Trauerzeit bedeutete nach römischem Recht die Infamie für die Witwe. Für *parentes* war eine allgemeine Trauerzeit verfügt (Frag. Vat. 321). Sie betrug ein Jahr, und dieses Jahr wurde traditionell zu 10 Monaten gerechnet. Dieselbe Frist, aber keine bestimmte Folge der Infamie, findet sich in Sent. Syr. § 13.[1] Damit ist der Vorlagetext vor 381 n. Chr. einzuordnen, als die Trauerzeit auf 12 Monate ausgedehnt wurde (C. Th. 3,8,1). Es ist dabei nicht erstaunlich, wie BRUNS[2] meint, daß unser Text wie jene Konstitution erbrechtliche Folgen anführe, aber die alte Frist biete. Die erbrechtliche Folge wird eben nicht in dieser Konstitution erstmals angeordnet, sie war schon älter.[3] Neu angeordnet wird in C.Th. 3,8,1 nur die Verlängerung der Trauerzeit. Auch handelt unser Text nur von einem Legat, nicht wie die Konstitution von allen Zuwendungen von Todes wegen. Nahm unser Verfasser für seine Demonstration nur das Beispiel des Legats?

II. P 55[4] hat als einziger der Paralleltexte einen weiteren Absatz:

> «Und wenn sie zehn Monate im Hause ihres Gatten, der gestorben ist, bleibt und nicht fortgeht, nimmt sie ihre ganze Ausstattung aus Wolle oder Leinwand oder Seide; (vom) Gold aber und Silber und den Perlen nimmt sie (nur) ein Drittel.»

Der Text gehört nicht zum Rechtsbuch, sondern ist eine Glosse des Verfassers von P.[5] Dieser Teil von P 55 stimmt inhaltlich auch nicht mit dem überein, was wir sonst aus dem Rechtsbuch von Mitgift und Paraphernalgut wissen. MITTEIS hat dieses «Schicksal der Gerade» mit Gortyn III 24 verglichen. Doch sind die Fälle zu verschieden.[6]

Kommentar zu § 15

L 17 = R III 17 = R II 68 = V 66 = D 66 = P 56 = Ar 67 = Arm 68 = Georg 69 = N II 16a = I 8/16g

Es werden generelle, nicht gerade in der Vorlage besonders verfügte Wirkungen der Infamie aus dem öffentlichen Recht[1] besprochen. Die erwähnten versagten «Ehren» des

---

Zu § 14:

1 SELB, Sententiae Syriacae 105.

2 BRUNS-SACHAU III 192.

3 A. M.: KASER, RP II 532.

4 Zur Stelle und ihrer erweiterten Parallele in P 55 vgl. MITTEIS, Über drei neue Handschriften 19; NALLINO, D'alcuni passi del «Libro siro-romano» 841f. = Racc. IV 485f.; TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 106 = Op. Min. I 295.

5 NALLINO aaO.

6 NALLINO, D'alcuni passi del «Libro siro-romano» 843 = Racc. IV 486.

Zu § 15:

1 BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 193 gegen Friedrich Carl von SAVIGNY, System des heutigen Römischen Rechts, Band 2, Berlin 1840, 202.

Reiches (*honores* im technischen Sinne) kommen schon in C. J. 10,59(57) unter Diokletian vor.

Interessant ist der Kreis der Amtsträger, der in der Stelle aufgezählt wird. Die *legati* sind, mit BRUNS[2], die des Codextitels 10,65 und des Digestentitels 50,7, wo wir in D. 50,7,5(4),1 einen Fall des Ausschlusses wegen Infamie schon durch ein severisches Reskript finden. Die συγκλητικοί sind Senatoren, auch solche der Munizipien, wo uns Beispiele des Ausschlusses von Infamen schon Munizipalgesetze und die *lex Iulia de vi privata* geben.[3] Die Kleriker[4] sind christliche, nicht heidnische Kleriker.[5] Die *consiliarii* könnten Angehörige des Reichsrates gewesen sein. Die «Richter der Gebiete» sind eine wörtliche Übersetzung für die *iudices (= praesides) provinciae.* Unter den «Vorstehern in den Städten» sind vielleicht die στρατηγοί, *curatores* des §6 zu verstehen. Die «Verwalter» wieder könnten allgemein *procuratores (curatores) rei publicae* sein. Wenig wahrscheinlich ist, daß je eine kaiserliche Konstitution alle diese Fälle zusammenfaßte. Eher sind die Amtsträger von einem Lehrer für seine Schüler zusammengestellt worden. Und es ist nicht ausgeschlossen, daß § 15 noch als *interpretatio* zu § 14 gehörte.

Kommentar zu § 16

L 18 = R III 18 = R II 69 = V 67 = D 67 = R I 57b = P 57a = Ar 68 = Arm 69 = Georg 68

I. Es steht nicht etwa die Ermächtigung zur Verfügung im Dotalvertrag selbst zur Debatte, wie man nach der Übersetzung bei BRUNS-SACHAU[1] annehmen könnte, sondern die testamentarische Verfügung durch die Frau. Und dabei wieder ist zuerst und hauptsächlich nach der Testierfähigkeit der gewaltunterworfenen Frau gefragt. Die Testierfähigkeit ist wegen der väterlichen Gewalt *(patria potestas)* trotz des rechten Alters der Frau (vgl. § 5) nicht gegeben. Und diese Gewalt des Vaters oder Vatersvaters konnte auch noch in der Zeit der Abfassung des Rechtsbuches trotz der Heirat fortbestehen.[2] Die gewaltfreie Frau konnte dagegen durchaus testieren. Die noch in diokletianischer Zeit fortbestehende Frauentutel[3] scheint nicht mehr alle Geschäfte der Frau erfaßt zu haben, wie Frag. Vat. 327 zeigt. Auch unsere Stelle wird zum Beleg, daß die *auctoritas tutoris* jedenfalls für Testamente nicht erfordert war.

---

[2] BRUNS-SACHAU III 193.

[3] So schon BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 193.

[4] Der syrische Ausdruck bezeichnet nicht nur «Priester», sondern Kleriker aller Grade.

[5] So zu Recht BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 193; die frühere andere Meinung SELBS (Zur Bedeutung 173) von der vorkonstantinischen Vorlage ist nicht zu halten. Gegen BRUNS wandten sich MITTEIS, Über drei neue Handschriften 20; FERRINI, Beiträge 103. Für eine *duplex interpretatio* der Vorlage NÖRR, Bespr. zu Selb 570.

Zu § 16:

[1] III 194.

[2] BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 194; TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 116 = Op. Min. I 308.

[3] Vgl. zu Sent. Syr. § 24: SELB, Sententiae Syriacae 100.

II. 1. Das Nebenproblem der Stelle war die Fähigkeit der Frau, gerade über ihre φερνή zu testieren. Dabei ist unter der φερνή genau gesagt nicht das Dotalvermögen selbst gemeint, an dem die Frau kein Eigentum hatte, sondern der vererbliche Anspruch der Frau auf Herausgabe der *dos* im Falle ihres Todes. Über diesen Anspruch, soweit er bestand, konnte die Frau dann folgerichtig auch im Testament verfügen. Schon Sent. Syr. § 7 bezeugt den Anspruch und die Testiermöglichkeit der Frau.[4] Die Stelle steht damit im Widerspruch zu fast allen Meinungen, nach denen bis zur justinianischen Reform in C. J. 5,13,1,6 die *dos* - mit eng begrenzten Ausnahmen - beim Tod der Frau dem Mann verblieb.[5]

Klarer aber als in Sent. Syr. § 7 kommt in unserer Stelle zum Ausdruck, daß der Anfall der *dos* im Todeszeitpunkt von der Fassung des Dotalvertrages abhing, der etwa - wie im Falle aus C. J. 5,12,25 *(Diocletianus et Maximianus)* - eine Klausel *cum moreretur dari* enthielt. Die entsprechende Praxis ergibt sich u.E. auch schon aus C. J. 8,37(38),4 (Alexander Severus, 222 n. Chr.), wobei das dort erwähnte *responsum Ulpiani* statt des *cum moriar dari* das für das Testierrecht viel deutlichere *cum moreretur, partem dimidiam dotis cui velit relinquere* enthielt. Auch C.J. 5,12,25 hatte das *cum moriar dari* aus dem Dotalvertrag (vgl. auch Paulus Frag. Vat. 98) als Gewährung einer Testiermöglichkeit verstanden und dann Probleme gehabt, zu einem gesetzlichen Erbrecht über den *dos*-Teil zu finden, weil ja das geplante Testament eine Bedingung für die Entstehung des Anspruchs auf die *dos* hätte sein können. Die Möglichkeit testamentarischer Verfügung der Frau über ihre *dos* oder Teile daraus wird uns zu §§ 27, 87 und 115 nochmals beschäftigen.

2. Der den Mann betreffende Text ist ganz deutlich ein Anhang, der sich aus einer Folgefrage eines Schülers ergeben haben könnte. Thematisch kehrt er zur Hauptfrage des Absatzes 1, nämlich der wegen der *patria potestas* fehlenden Testierfähigkeit, zurück.

Kommentar zu § 17

L 19 = R III 19 = R II 7 = V 7 = D 8 = R I 6 = P 6 = Ar 7 = Arm 8 = Georg 8 = O 241 = I 47/8

Tutoren und Kuratoren waren schon nach einer *oratio Severi* (D. 27,9,1 pr.) gehindert, *praedia rustica et suburbana* zu veräußern, ohne die *auctoritas* des Prätors oder - in der Provinz - des *praeses provinciae (= iudex provinciae)* einzuholen (D. 27,9,5 bzw. D. 27,9,9 und 11). Spätestens Konstantin I. dehnte 326 n. Chr. das Veräußerungsverbot nach C. Th. 3,30,3 = C. J. 5,37,22,1 auf alle Güter aus,[1] vorbehaltlich eines genehmigenden Dekrets des *iudex provinciae* und unter Ausnahme geringwertiger Dinge und bestimmter Tiere (C. J. 5,37,22,6. 7). Das ist der Stand unseres Textes, der unter den Vermögensgegenständen nicht unterscheidet.

Die Veräußerung wurde im Ausnahmefall dann als korrekte *administratio* genehmigt, wenn es dem Mündel an baren Mitteln zur Begleichung von Schulden fehlte. In C. Th.

---

[4] SELB, Sententiae Syriacae 98.

[5] Vgl. SELB ebenda.

Zu § 17:

[1] BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 194f.

3,32,2 = C. J. 5,71,18 (322 n. Chr.) werden genau wie in unserer Stelle zwei geläufige Beispiele für solche Schulden genannt, nämlich eigene oder ererbte Fiskalschulden oder ererbte private Schulden. Wie schon in den §§ 3 und 8 erscheint der *praeses (= iudex provinciae)* als Vormundschaftsgericht.

Kommentar zu § 18

L 20 = R III 20 = R II 70 = D 68 = P 57b = Ar 69 = Arm 70 = Georg 71

I. Die Stelle § 16 handelte primär von der Testierfähigkeit der Frau und gelangte von da aus zum Thema der testamentarischen Verfügung der Frau über ihre *dos*, d.h. über ihren Anspruch auf die *dos*. In der vorliegenden Stelle ist dagegen ganz allgemein von der Rechtsstellung der Frau hinsichtlich ihrer *dos* die Rede. Wieder werden zumindest zwei Fragen miteinander vermischt. Zum einen ist die noch ihrem *pater familias* gewaltunterworfene Frau überhaupt nicht vermögensfähig und aus diesem Grund nicht testierfähig. Zum anderen ist die verheiratete Frau, selbst wenn sie gewaltfrei geworden ist, nicht Eigentümerin «ihrer» *dos*. Soweit es um Eigentum und Verfügungsmacht geht, ist die *dos* auch in nachklassischer Betrachtung noch Eigentum des Mannes (vgl. Sent. Syr. § 23). Die Stelle bestätigt das indirekt, setzt aber dann auch noch den vollen Anfall der *dos* an die Frau beim Tod des Mannes voraus. Das wird durch die §§ 87, 108 und 115 bestätigt.

II. Das Darstellungsziel ist nicht leicht zu eruieren. Eine so allgemeine Frage, die letztlich drei verschiedene Themen berührte, ist schwerlich der kaiserlichen Kanzlei für ein Reskript gestellt worden. Auch in die sonst bekannten Genera juristischer Literatur paßt die Darstellung nicht. Derartige Fragen und Antworten passen am ehesten in die praktische Schulliteratur, die eine Verbindung zwischen verschiedenen Themen herstellte.

Kommentar zu § 19

L 21 = R III 21 = R II 23, 24 = D 22, 23 = R I 16, 18 = P 24b = Ar 23, 24 = Arm 17, 18 = Georg 17, 18 = I 65/22

I. Die Freilassung von Sklaven «vor Zeugen» wird zu Beginn des Textes als die korrekte Normalform genannt. BRUNS[1] hat sie in seinem Kommentar zur Stelle hinreichend als *manumissio inter amicos* erklärt. Der Ausdruck «schön» ist dabei aus anderem Zusammenhang bekannt; er beschreibt zu einem Vertragsformular die gute, ordentliche Vertragsbestimmung (καλὴ αἵρεσις) im Unterschied zur weniger guten (vgl. § 101).

II. 1. Hier wird im Vergleich dazu eine neue, für Christen «schönere» Form der *manumissio in ecclesia* beschrieben und als deren Autor Konstantin (der Große) genannt (zur Nennung von Theodosius in der sekundären Version P 24b vgl. unten). In der Tat hat Konstantin Konstitutionen zur *manumissio in ecclesia* erlassen. Nach einem Bericht bei Sozomenos, Hist. eccl. 1,7 waren es drei, von denen uns in C. J. 1,13,1 und C. Th.

Zu § 19:

[1] BRUNS-SACHAU III 195.

4,7,1 = C.J. 1,13,2 zwei erhalten sind. BRUNS[2] vermutete in unserer Stelle die dritte Konstitution[3] schon wegen der erwähnten Sonderformen der Freilassung in der Chora. Den in P 24b zu findenden Verweis auf Konstantin und Theodosius als Urheber ließ er unerklärt. Heute[4] nehmen wir an, daß unsere Stelle nur die konstantinische Regelung, nicht eine theodosianische, wiedergibt. Angesichts der in Band I dargelegten Abstammungsverhältnisse der Handschriften ist es unwahrscheinlich, daß P bei der Nennung der zwei Kaiser den ursprünglichen Text wiedergibt. Es wird sich um eine sekundäre Ergänzung des Bearbeiters der Version P handeln. Nähme man dagegen an, P habe einen vollständigeren Text zur Verfügung gehabt, würde sich das Rätsel lösen, wenn man LRBurg 3,1 heranzieht, wo über die *manumissio in ecclesia* berichtet wird. Die Wendung *secundum legem Theodosiani a Constantino principe latam, quae est sub titulo: De manumissionibus in ecclesia, ad Osium episcopum datam* gibt keine zwei Urheber bekannt, sondern Konstantin als Urheber und den *Codex Theodosianus* samt Titel als Fundstelle. Eine Paraphrase müßte irrtümlich ein Doppelzitat daraus gelesen und P vorgelegen haben.

2. a) Die *manumissio in ecclesia* wird in unserer Stelle paraphrasiert; es wird nicht einfach der Text der zugrundeliegenden Konstitution wiedergegeben. Konstantin hatte ein universelles Gesetz für das gesamte Reich formuliert, wonach die schon länger praktizierte Form der *manumissio in ecclesia catholica* gültig sein solle, wenn sie nach C.J. 1,13,1 *sub adspectu plebis adsistentibus Christianorum antistitibus* oder nach C.J. 1,13,2 *sub adspectu antistitum* stattfand. Was unter den *antistites* zu Beginn des 4. Jh. im römischen Reich zu verstehen war, war wohl nicht einheitlich, sondern von regional verschiedenen Vorstellungen und Entwicklungen in den Ortskirchen abhängig. Eine indirekte Regelung der Kirchenorganisation oder deren differenzierte Aufzählung war zu dieser Zeit gar nicht zu erwarten, jedenfalls nicht in einer kaiserlichen Konstitution. Unterschiede mußten schon deshalb bestehen, weil die christliche Mission und Kirchenorganisation verschieden dicht war, weil es den Gegensatz der Stadt- und Landkirchen gab, und weil nicht klar war, wie weit es da oder dort noch ein gemeinschaftlich-gemeindliches oder schon rein bischöfliches Kirchenregiment gab.[5] U.E. erklärt unser Text interpretativ und ganz speziell für Syrien, wer dort die *antistites* waren, auf welche die Konstitution schlicht verwies. Zum einen wird ein Unterschied zwischen Stadt- und Landgemeinden gemacht, zum anderen werden die Presbyter neben dem Bischof bzw. Periodeuten als Vorsteher genannt.

b) Daß auf dem Land der Periodeutes nebst seinen Presbytern die *antistites* waren, läßt eine zeitliche Einordnung der Quelle und ihrer syrischen Übersetzung zu. Der Chorbischof wird als Vorsteher der Landgemeinde nicht mehr genannt. Der Text wird

---

[2] Ebenda 196.

[3] Mit J. GOTHOFREDUS, Codex Theodosianus, Kommentar zu C. Th. IV,7,1. M. SARGENTI, Il diritto privato nella legislazione di Costantino, Milano 1938, 61 Fn. 1 folgt BRUNS. P. DE FRANCISCI, Intorno alle origine della «manumissione in ecclesia», in: Rendiconti del R. Istituto Lombardo di scienze e lettere, serie 2, vol. 44 (1911) 619-642, hier: 623f., meint, unsere Stelle sei eine vierte, eher nachkonstantinische Konstitution, schon wegen der Veränderungen gegenüber der konstantinischen Regelung.

[4] SELBS frühere Meinung (Zur Bedeutung 173 Fn. 24) ist nicht zu halten.

[5] Vgl. Willibald M. PLÖCHL, Geschichte des Kirchenrechts, Band 1, 2. Aufl., Wien - München 1960, 55f.

also nach dessen Verbot[6] in Kanon 57 der Synode von Laodikeia (2. Hälfte des 4. Jh. n. Chr.) entstanden sein. Anfang des 5. Jh. n. Chr. ist etwa bei Rabbūlā von Edessa für Syrien nur noch vom Periodeutes in den Landgemeinden die Rede.[7] Der Chorbischof erscheint in § 19[8] - offenbar sekundär - nur in D und R I («Chorbischof, der Periodeutes genannt wird»), weil dieses Amt in der syrischen Kirche gleichwohl später noch bekannt war, wahrscheinlich bekannter als das des Periodeuten.

Die Gemeinschaft von Bischof und Presbytern bzw. Periodeutes und Presbytern ist bemerkenswert. § 58 verkürzt die Aussage auf «vor der Kirche», d.h. *in ecclesia*; § 114 erweitert sie auf Gemeinden ohne Bischof oder Periodeut bzw. Chorbischof. Nach LRBurg 3,1 war ebenfalls der Stadtbischof mit seinen Presbytern zuständig; auf dem Lande aber der einzelne Presbyter mit seinen Diakonen.

III. Große Schwierigkeiten hat bislang die Erklärung des Abschnittes über das Schicksal des *peculium* bei der Freilassung gemacht. BRUNS versuchte eine Erklärung aus einer sonst nirgends bezeugten Besonderheit bei der *manumissio in ecclesia*[9] zu finden, denn sonst paßte der Satz nur auf eine testamentarische Freilassung: Frag. Vat. 261 und C. J. 7,23,1. Der Fehler liegt darin, daß die Darstellungsform nicht beachtet wurde. Der Verfasser berichtet in Absatz 2 über die *manumissio in ecclesia.* Was er weiter ausführt, ist ein Anhang zum Thema Freilassung, wie er in einen Schultraktat gehört. Wir dürfen gar nicht erwarten, daß der Verfasser unausgesprochen weiter von der *manumissio in ecclesia* handelt. Der Text ist eben kein Gesetzbuch oder ein Lehrsystem wie die Institutionen des Gaius. Daß der Verfasser im dritten Absatz auf eine Frage aus der testamentarischen Freilassung übergeht, ist im übrigen auch aus anderem Grund nicht zu leugnen.[10] Ein späterer Erblasser «schreibt» die Mitfreilassung des *peculium* oder er «schreibt nicht» und er stirbt. Seine «Erben» erst berufen sich darauf, daß nichts zum *peculium* geschrieben sei. Wieso nicht schon der Erblasser selbst, wenn es sich um eine Freilassung unter Lebenden handelte? Und wieso sollten gerade die Erben des Freilassers das Vermögen nicht beim früheren Sklaven und jetzigen Freigelassenen herausverlangen können? Das Problem entstand einfach nur bei der Alternative, daß das *peculium* bei testamentarischer Freilassung ausdrücklich mitfreigelassen war oder nicht.[11]

---

[6] Zur Geschichte des Chorbischofs im Orient vgl. die Hinweise bei SELB, OrKiR II 247-249.

[7] Rabbūlā-Kanones für die Priester und die *bnai qyāmā*. Edition und englische Übersetzung: Arthur VÖÖBUS, Syriac and arabic documents regarding legislation relative to syrian asceticism, Stockholm 1960 (= Pap. ETSE 11) 36-50; vgl. dazu SELB, OrKiR II 113.

[8] In § 104 kommt der Chorbischof nur im Text der abgeleiteten, also bearbeiteten Versionen vor. In § 114 wird der Chorbischof offensichtlich mit dem Periodeuten gleichgesetzt, doch liegt die Stelle nur in der Bearbeitung vor, so daß sich über den ursprünglichen Sprachgebrauch keine Aussage machen läßt.

[9] BRUNS-SACHAU III 196.

[10] Schon SELB, Zur Bedeutung 173, Fn. 24.

[11] Von einer besonderen Art der Freilassung durch Schriftakt - wie TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 109 und Fn. 51 = Op. Min. I 299 meint - ist nicht die Rede; ablehnend auch SARGENTI aaO (Fn. 3) 62.

IV. In der Übersetzung von SACHAU sieht es so aus, als ob der zweite Absatz von P 24b mit dem Text von P 34 identisch ist. Die wörtliche Wiederholung in P 34 ist aber offensichtlich versehentlich erfolgt, der eigentliche Text von P 34 ist bei SACHAU gar nicht übersetzt. P 34 ist keine Bearbeitung von § 19 (unserer Zählung), sondern von § 114. Die Übersetzung von P 34 kann der Übersetzung der Version P in Band II, Kap. III, Abschnitt 3 entnommen werden.

Kommentar zu § 20

L 22 = R III 22 = R II 8 = V 8 = D 9 = R I 7 = P 7 = Sach II 786 = Ar 8 = Arm 9 = Georg 9

I. Es geht um Schenkungen, die Eltern ihren gewaltunterworfenen Kindern machen. Daher wurden von den Enkeln im unverderbten Text wohl auch nur die Sohneskinder genannt; die Tochterkinder stehen eben nicht in der Gewalt des *pater familias*, von dem als Schenker die Rede ist.[1] Eine solche Schenkung war schon deshalb unwirksam, weil das Hauskind nicht vermögensfähig war. Dabei war es gleichgültig, ob die Schenkung nur in einem förmlichen Versprechen bestand oder ob auch der Besitz übergeben wurde, wie es Absatz 1 ausdrückt und Absatz 2 voraussetzt («wieder zurücknehmen»).

1. Die Konsequenz der nicht gültigen Schenkung ist, daß der *pater familias* die «geschenkte» und übergebene Sache dem Hauskind wieder wegnehmen darf. Das ist nicht die Geltendmachung eines Anspruchs, sondern die Ausübung väterlicher Gewalt. Von einer solchen Wegnahme ist auch in Absatz 2 die Rede. Der Hinweis auf die Schenkung, die der *pater familias* «geschrieben» hat, ist nicht nur eine Flüchtigkeit des Verfassers. Ohne Schriftakt konnten sich die Hauskinder nur auf eine vielfältig deutbare Übergabe berufen. «Zurücknehmen» aber kann man nur eine «Schenkung», die auch ausgefolgt wurde.

2. Ein eigenes Problem greifen die Worte «zu seinen Lebzeiten» auf. Selbstverständlich kann der tote *pater familias* nichts mehr wegnehmen. Eine derartige Plattheit auszusprechen, lag dem Verfasser jedoch fern. Es geht ihm vielmehr um das Problem der Konvalidation des unwirksamen Rechtsaktes im Falle des Todes des Schenkers. Die Konvalidation der unwirksamen Schenkung an Hauskinder durch den Tod des Schenkers und *pater familias* war im römischen Recht umstritten. Die Quellen zeigen einen Wandel der Einstellung der Juristen zu dieser Frage. Noch Papinian hielt dafür, daß die Schenkung auch beim Tod des Schenkers unwirksam bleibe, wenn sie nicht ausdrücklich im Testament konfirmiert worden sei (Frag. Vat. 294-296). In PS 5,11,3 und in Reskripten der Zeit Diokletians und Konstantins I. (Frag. Vat. 274, 277, 278, 281), ferner in Sent. Syr. 60[2] findet sich dagegen die Entscheidung, daß die perfekte Schenkung auch ohne ausdrückliche Konfirmation im Testament des Schenkers Bestand habe. Das ist es, was auch unser Text mit dem lakonischen, «zu seinen Lebzeiten» ausdrücken will. Geht es doch nach Absatz 1 um eine Schenkung, bei der dem formgerechten schriftlichen Schenkungsver-

---

Zu § 20:

[1] So bereits BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 197.

[2] Vgl. dazu SELB, Sententiae Syriacae 155 und oben zu § 12.

sprechen die Besitzübertragung gefolgt ist. Die Stelle bietet damit freilich einen späteren Entwicklungsstand als § 12, wo die *perseverantia voluntatis* ihren Ausdruck im Testament gefunden haben mußte.

II. Absatz 3 («Wenn jener aber ein Fremder ist») gibt ein Rätsel auf. Man erwartet vom Hauptthema her, daß nun von Personen die Rede ist, die dem Schenker nicht gewaltunterworfen sind. Stattdessen wählt der Verfasser das Gegenbeispiel dessen, der mit dem Schenker nicht in der angegebenen Weise verwandt ist. Das ist oberflächlich gesehen ebenfalls möglich, schafft aber rechtlich ein ganz anderes Problem. Wären die Kinder gewaltfrei gewesen und hätte der Erblasser ihnen etwas geschenkt, so hätte die Schenkung nur das Problem der Anwendung des Schenkungsverbotes der *lex Cincia* aufgeworfen. Zum einen waren hier gewisse dem Schenker nahestehende Personen - *exceptae personae* wie die Kinder und Enkel - vom Verbot gerade ausgenommen. Absatz 2 wäre für gewaltfreie Kinder also falsch. Vollständig abgewickelte (perfekte) Schenkungen waren gegen das Schenkungsverbot aber von Bestand, auch wenn sie «Fremden» (nicht *exceptae personae*) gegenüber gemacht wurden.[3] Genau das wird in Absatz 3 ausgedrückt. Ein Gedankensprung?

Kommentar zu § 21

L 23 = R III 23 = R II 25 = D 24 = R I 17 = P 25 = Ar 25 = Arm 19 = Georg 19

I. Es geht um die *revocatio in servitutem* eines *libertus ingratus*. Im vorliegenden Fall wird sie gewährt, anders als in Sent. Syr. § 55.[1] Bei den Vorwürfen wird man an D. 25,3,6,1 (Modestinus) erinnert: *cum probatum sit contumeliis patronos a libertis esse violatos.* Und beim Verfahren begegnet uns in *accusare* = κατηγορεῖν der *terminus technicus* aus D. 40,9,30 und C. J. 6,7,1 (Antoninus, 214 n. Chr.). KASER[2] geht davon aus, daß erst Konstantin I. in der in C. J. 6,7,2 aufgegangenen Konstitution C. Th. 4,10,1 (313 oder 323 n. Chr.) eine derartige *revocatio* zuließ. MITTEIS[3] sieht restriktiv gehandhabte Anfänge bereits bei Commodus in der in D. 25,3,6,1 wiedergegebenen Konstitution. Dem ist zuzustimmen. Die zurückhaltende Praxis hat meist andere Gründe: Wenn in D. 40,9,30 die Anklage versagt wurde, dann aus dem Grund fehlender Legitimation; in C. J. 7,16,23 ebenfalls. In C. J. 7,16,30 ging es nur um das *obsequium*, das unterlassen war; der Anlaßfall in C. J. 7,16,20 bleibt dunkel; und C. J. 6,7,1 läßt wieder die fehlende Legitimation maßgebend sein.

Sicher ist allein, daß die Formulierung «zu seinen Lebzeiten» eine Klage der Erben ausschließt. Damit ist immerhin klar, daß der Rechtszustand vor der Konstitution von Honorius und Theodosius von 423 n. Chr. (C.Th. 4,11,2 = C. J. 6,7,3) wiedergegeben wird.

---

[3] KASER, RP I 602f.

Zu § 21:

[1] Vgl. SELB, Sententiae Syriacae 142f.

[2] RP II 139 (§ 212 II) mit B. BIONDI, Il diritto romano cristiano, vol. II, Milano 1952, 286ff.

[3] Reichsrecht und Volksrecht 384ff.

II. Der Schlußsatz wirkt unverständlich. Allein die Anklage des Freilassers konnte die *revocatio* nicht begründen. Man vermißt zumindest, daß die Anklage auch von Erfolg war. Die Quellen der Zeit betonen in solchen Zusammenhängen mehrfach die Beweispflicht des Anklägers (vgl. § 23 Absatz 3).

Kommentar zu § 22

L 24 = R III 24 = R II 9 = V 9 = D 10 = P 8 = Sach II 786 = Ar 9 = Arm 10 = Georg 10

I. Nach der *lex Cincia de donationibus* waren Schenkungen, die nur versprochen, aber nicht durch Besitzübertragung vollzogen waren (nicht perfekt waren), ohne Bestand, wenn der Schenker die Einrede aus der *lex Cincia* erhob. Perfekte Schenkungen dagegen waren unwiderruflich, wie es § 20 (Schlußsatz) und zahlreiche Reskripte des 3. Jh. n. Chr. ausführen (Frag. Vat. 275: *saepe rescriptum est*).[1] Daß der Verfasser hier nicht technisch genau von der dauernden Einrede aus der *lex Cincia* spricht, sondern die Schenkung «nicht wirksam» nennt, ist dem vereinfachenden Denken einer späten Paraphrase zuzuschreiben.

II. Für die Kinder macht der Text aber eine Ausnahme vom Erfordernis des Vollzugs der Schenkung. Es sieht so aus, als habe die Abfassung und Übergabe der Urkunde zur Wirksamkeit der Schenkung genügt.[2] Damit aber war ein Gegensatz zu § 20 geschaffen, der unüberwindlich schien, wenn auch in § 22 von gewaltunterworfenen Kindern die Rede sein sollte. Bruns[3] und Mitteis[4] gehen zu Recht von emanzipierten Kindern aus, finden dann aber keine Erklärung mehr für den Satz «solange sie bei ihm sind». Taubenschlag[5] geht dagegen von gewaltunterworfenen Kindern aus und nimmt eine auf Volksrecht zurückgehende Vermögensfähigkeit der Hauskinder an. Selbs frühere Auffassung, es könnten vulgare Vorstellungen von solcher Vermögensfähigkeit ausgegangen sein,[6] ist nicht aufrechtzuerhalten. Es geht in der Tat um gewaltfreie Kinder.

1. Festzuhalten ist, daß es sich bei den Kindern um *personae exceptae* nach der *lex Cincia* handelte; Schenkungen an sie waren vom Verbot der *lex Cincia* ausgenommen. Die Schenkung war lediglich dann unwirksam, wenn es sich um gewaltunterworfene Kinder handelte, das aber aus anderem Grund (§ 20). Bei gewaltfreien Kindern als *personae exceptae* bestand also kein Anlaß, die Frage der Notwendigkeit einer *traditio* zu erörtern.

2. Die Lösung ergibt sich u.E., wenn wir beachten, daß das Kapitel *Ad legem Cinciam de donationibus* in Frag. Vat. 260ff. auch Probleme behandelt, die zwar mit der Schenkung zu tun haben und mit deren Perfektion, aber nicht unbedingt mit der Anwendung

---

Zu § 22:

[1] Vgl. auch Levy, Weströmisches Vulgarrecht 236 Fn. 394.

[2] So schon Bruns (Bruns-Sachau III) 198.

[3] AaO.

[4] Reichsrecht und Volksrecht 210f.

[5] Il diritto provinciale, (JJP 6) 115 = Op. Min. I 304.

[6] Zur Bedeutung 147 Fn. 6; Nörr, Bespr. zu Selb 568 Fn. 21, folgt Selb etwas vorschnell; vgl. auch Yaron, Syro-Romana 141.

des Verbotes aus der *lex Cincia* selbst. So befaßt sich Frag. Vat. 314 mit der Frage, ob eine *traditio* vorliege, obwohl diese zur Gültigkeit der urkundlich verbrieften Schenkung nicht erforderlich war, nur weil nach einer *traditio* dem Vater wohl jeglicher Einwand genommen war, die Schenkung zu erfüllen. Die diokletianische Kanzlei verwies in dem Text aus Frag. Vat. 314 auf ein älteres Reskript zur Frage, ob eine *traditio* anzunehmen sei, nicht aber, ob sie wegen des Schenkungsverbots erforderlich sei. Gemeint ist ein Reskript des Antoninus Pius, das auch in C.Th. 8,12,4 erwähnt wird. Und Frag. Vat. 315 und 316 erfragen die *traditio* unter dem Gesichtspunkt des Eigentumserwerbs.

3. Im diokletianischen Reskript aus Frag. Vat. 249 sah LEVY[7] die Lösung unserer Frage. Dort hatte ein Vater seinem Sohn eine Schenkung geschrieben, in der Urkunde die Übertragung des Besitzes angegeben und wahrscheinlich - wie in unserem Text - auch die Urkunde übergeben. Das Reskript verzichtet nun nicht auf die *traditio*, wie uns das vereinfachende Scholion[8] dartun will. Es ist viel differenzierter: Wird die *traditio* in der Urkunde bezeugt, so soll man mit Antoninus Pius keine skrupulösen Nachforschungen über die reale *traditio* anstellen, denn die anzunehmende enge Lebensgemeinschaft zwischen Eltern und Kindern läßt wohl kaum klare Feststellungen zu, wer was gerade in seinem Besitz hat. Genau das sagt unser Text: Leben die Kinder beim Vater, so haben die Kinder entsprechend dem Text der übergebenen καταγραφή Besitz. Zu ergänzen wäre: Leben sie aber nicht beim Schenker, so ist die Schenkung sachenrechtlich nur bei realer *traditio* wirksam. Alle Schwierigkeiten bisheriger Deutung der Stelle Frag. Vat. 314 und damit auch unserer Stelle resultieren nur aus der Aufnahme des Reskripts in den Titel *Ad legem Cinciam de donationibus*; ganz selbstverständlich ging man deshalb zu Frag. Vat. 314 bisher davon aus, die Stelle habe vom Erfordernis einer *traditio* gehandelt. Die rechtliche Begründung der Anfrage ist uns aber nicht bekannt, nur, daß der Schenker die Schenkung nicht mehr aufrechterhalten wollte. Daß C. Th. 8,12,4 das Reskript des Antoninus Pius ähnlich mißdeutete wie das Scholion zu Frag. Vat. 314 und die Literatur[9], ist verständlich.

III. Der Aufbau unseres Textes wird danach noch einmal bedeutsam. Er beginnt mit einem Problem der *lex Cincia de donationibus*, der Perfektion durch Besitzübertragung. An diesen Grundfall reiht er an, was er für eine Ausnahme von der Regel über die Perfektion hält, was auch der Scholiast zu Frag. Vat. 314 und schließlich C.Th. 8,12,4 für eine Ausnahme hielten. Und er schließt den Text mit dem Gegenfall zu Absatz 1 und zum Schluß aus § 20: Ohne Perfektion hat die «Schenkung» keinen Bestand für Personen, die nicht *exceptae personae* waren.

---

[7] Westen und Osten 257 Fn. 3.

[8] FIRA II 534.

[9] KASER, RP II 399 Fn. 46.

Kommentar zu § 23

L 25 = R III 25 = R II 71 = D 69 = R I 58a = P 57c = Ar 70 = Arm 71 = Georg 72 = B 69 = I 67/13

I. Das Thema der Stelle ist, wie schon Adolf Friedrich RUDORFF[1] und BRUNS[2] erkannt haben, *qui accusare non possunt*, entsprechend D. 48,2,8-11 und C. J. 9,1. Daran ist nicht zu zweifeln. Die Analyse des Textes macht jedoch Schwierigkeiten, wenn man mit BRUNS systematische Vollständigkeit sucht und deshalb römisches Recht lückenhaft wiedergegeben sehen will. Die Texte geben nämlich nur wenige Ausschnitte aus dem Gesamtthema und bieten eine Reihenfolge, die von einem System aus gesehen ganz ungeplant erscheint. Selbst D. 48,2,8 mit D. 48,2,11 *(Macer libro secundo de publicis iudiciis)* hat demgegenüber geradezu systematische Züge. Unser Text bietet demgegenüber anscheinend einen Ausgangsfall, dem andere willkürlich assoziiert werden, so als hätten Schüler Zusatzfragen gestellt.

II. Im Ausgangsfall wollte eine Frau ihren Gatten wegen eines *crimen* anklagen. Es war ihr nicht erlaubt. Wir erfahren nichts darüber, ob umgekehrt auch der Gatte gehindert war, die Frau anzuklagen, auch nichts darüber, ob es bei bestimmten Delikten Ausnahmen vom Verbot gab. Die weitere Folge: Ein Mann wollte seinen Bruder, ein Sklave seinen Herrn, ein Kind seine Eltern anklagen. Andere Stellen des Rechtsbuches bieten Ergänzungen dazu: In § 13 wollte der Ehemann seine Frau wegen Ehebruchs oder anderer *crimina*, die Eheverfehlungen darstellen, anklagen; in § 67 wollte der Vater seinen Sohn anklagen. ZANZUCCHI[3] hat bereits die Einzelaussagen unserer Stellen auf konkrete römische Texte zurückgeführt. Für den Traktat als solchen in § 23 gibt es freilich keine Vorlage in der römischen Literatur. Ein derartiger Traktat ist noch am ehesten den *interpretationes* zuzuordnen, die einen dem Schüler vorliegenden Bestand an Texten zum Thema, etwa eine Abhandlung wie die von Macer oder eine Sammlung von Kaiserkonstitutionen, eklektisch verdeutlichen.

III. Eine Besonderheit bietet der breit dargestellte Fall des Sklaven mit seiner Ausnahmeregelung für das *crimen laesae maiestatis*. Die beiden Beispiele des Besitzes von Purpurgewändern (C.Th. 10,21,3 von 424 n. Chr.) und von teuren Edelsteinen (C.J. 11,12(11),1 von Leo) sind belegt; der Inhalt der Konstitutionen ist aber überaus oberflächlich referiert. Mehr als eine grobe *summa* einer Einzelaussage wird nicht gegeben.

Kommentar zu § 24

L 26 = R III 26 = R II 26 = D 25 = P 26 = Ar 26 = Arm 20 = Georg 20

I. 1. Ein Mann hatte einen Sohn von seiner Sklavin. Der Sohn war damit Sklave seines leiblichen Vaters. Zwei Fälle der Problemgestaltung sind denkbar: Der Vater und

---

Zu § 23:

[1] Legum saecularium Constantini Theodosii et Leonis capita 108ff.

[2] BRUNS-SACHAU III 198.

[3] Il divieto delle azioni famose 50ff.

Eigentümer ließ den Sohn und Sklaven in seinem Testament frei; zugleich[1] bedachte er ihn mit einem Vermächtnis. Oder, er ließ ihn unter Lebenden frei; bei seinem Tod stellte sich heraus, daß er ihn im Testament mit einem Legat bedacht hatte.

2. Der Text ist in keiner der Versionen in Ordnung. In L geht er grammatisch nicht auf («dem Vater *des* Sklaven, der geboren *sind*») und auch die Textvarianten in R II 26, D 25, P 26 und Arm 20, wo es um die Söhne des Sklaven geht, geben keinen Sinn. Die hierzu geführte Diskussion[2] kann außer Acht gelassen werden. Statt «des Sklaven» (ܕܥܒܕܐ) ist «des Mannes» (ܕܓܒܪܐ) zu lesen,[3] eine im Syrischen leicht erklärliche Verschreibung,[4] die also erst nach der Übersetzung ins Syrische entstanden sein kann, aber bei der Spaltung der Überlieferung in L und B (s. das Stemma der Handschriften in Band I, Kap. V, Abschnitt 4) schon vorhanden gewesen sein muß.

II. 1. Im ersten der oben genannten beiden Fälle sollten die Freilassung im Testament und das Legat zugleich wirksam werden - so wie in § 30. Der Erblasser benannte den Bedachten im Testament noch als Sklaven, was sowohl für das Legat im Zeitpunkt der Testamentserrichtung als für die noch in der Zukunft liegende Freilassung richtig war. Im zweiten Falle wurde der ehemalige Sklave wie ein Freier bedacht. Aus dem Vergleich mit § 25 und § 31 wird klar, daß der Sachverhalt zu ergänzen ist. Der Verfasser, der sich ganz auf sein enges Problem konzentriert, teilt nicht mit, wer sonst im Testament als Erbe eingesetzt war, und ob diese Erbschaft angenommen worden war. Allein die Frage, ob man überhaupt einen Sklaven im Testament freilassen dürfe, und ob man dem so Freigelassenen[5] ein Legat zuwenden durfte, wäre in der Tat mehr als trivial und völlig unproblematisch gewesen.

2. NALLINO[6] führt den Text zu Recht aber zum Thema des Pflichtteilsrechts. Kaum zu erklären ist dann aber, warum nicht vom Ausmaß des Legats und den Grenzen der *lex Falcidia* die Rede war. Vor allem aber bleibt der Vorbehalt, eine solche Verfügung sei nur dem leiblichen Vater des Sklaven erlaubt gewesen, unerklärt. BRUNS findet den Vorbehalt jedenfalls «völlig unerhört und unerklärlich».[7] Bedenken wir aber, daß in der Spätzeit die Einsetzung eines Legats unter dem Gesichtspunkt der Wahrung des Pflichtteils und der Anfechtung des Testaments nicht anders betrachtet wurde als eine Erbeinsetzung, so mußte auch hier gefragt werden, ob der mit einem Legat Bedachte nicht überhaupt hinter den eingesetzten Erben zurücktreten oder ob dem Erben nicht wenigstens der Pflichtteil bleiben mußte. Damit zeigt sich, daß § 24 thematisch zu § 25 gehört. Die nach

---

Zu § 24:

[1] Nur so BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 199; W. W. BUCKLAND, The Roman Law of Slavery, Cambridge 1908, 471 und Fn. 6; NALLINO, D'alcuni passi del «Libro siro-romano» 818f. = Racc. IV 463. Doch wird die Übersetzung überbewertet.

[2] TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 117 = Op. Min. I 309.

[3] Vgl. schon NALLINO, D'alcuni passi del «Libro siro-romano» 815-819 = Racc. IV 459-463.

[4] Die Verwechslung der beiden Wörter begegnet uns auch in R II 34, P 29 und O (= § 56c der neuen Zählung), wo aus «Sklave» umgekehrt «Mann» entstanden ist, vgl. zu diesem Fall Band I, S. 79 Fn. 28).

[5] SACHAU, Syr. RB I 191f.: den Kindern des Freigelassenen, die diesem von einer Sklavin geboren sind.

[6] AaO.

[7] BRUNS-SACHAU III 199.

§ 25 begrenzt zulässige Legatserrichtung mußte nach den Pflichtteilsregeln scheitern, wenn bestimmten gesetzlichen Erben, insbesondere den ehelichen Kindern, Personen minderen Standes vorgezogen wurden. Aus § 7 wissen wir, daß Nichtehrbare z. B. Kindern nicht vorgezogen werden durften, ohne Rücksicht auf das Maß der Zuwendung. Genau darum geht es in unserer Stelle. Sie bietet eine Ausnahme von der Grundregel des § 7 für den Fall, daß die bedachten Freigelassenen selbst wieder in einer besonderen, natürlichen Nahebeziehung zum Erblasser standen. Hier galt dann wieder ausschließlich die Begrenzung des § 25.

3. Aus der Überlieferung in C. J. 3,28 sind uns keine Konkurrenzfälle dieser Art zum Thema *de inofficioso testamento* bekannt. Doch finden sie sich zum allgemeineren Thema *de naturalibus filiis* in C. Th. 4,6. Die Konkurrenz von ehelichen und unehelichen Kindern, auch solchen von Sklavinnen, wird in einer Reihe von Reformgesetzen unter dem Gesichtspunkt der Verfügungsfreiheit des Erblassers behandelt. Wir kennen dabei aber nicht die «harte» konstantinische Gesetzgebung, die in C. Th. 4,6,4 bereits gemildert wird, auch nicht etwaige Diskussionen der Zeit vor Konstantin I. Bemerkenswert ist nur, daß die $^2/_3$-Regelung (§ 25) auch in C. Th. 4,6,4 für den Fall zu finden ist, daß keine legitimen Kinder vorhanden sind.

III. Die §§ 24, 25 und 26 bieten Texte zum Thema Legat. Das läßt die Frage aufwerfen, ob es nicht auch sonst im Rechtsbuch kurze Textgruppen gibt, wie sie uns in der *Epitome Codicum Gregoriani et Hermogeniani Wisigothica* mit Titeln überschrieben begegnen.

Kommentar zu § 25

L 27 = R III 27 = R II 10 = V 10 = D 11 = P 9 = Ar 10 = Arm 11 = Georg 11 = B 11

Es könnte durchaus sein, daß § 25 noch Teil der in § 24 begonnenen Diskussion um die Einsetzung (und Freilassung) illegitimer Kinder aus einer Verbindung mit einer Sklavin ist. War dem Erblasser auch prinzipiell eingeräumt, seine illegitimen Kinder zu Lasten der gesetzlichen Erben zu bedenken, so war doch noch immer zu bedenken, daß es Obergrenzen dieser Freiheit gab, nämlich das materielle Noterbrecht der gesetzlichen Erben (vgl. zu § 7). Die traditionelle Regelung für Legate war dabei die *lex Falcidia*,[1] nach der die Summe der Legate nicht mehr als $^9/_{12}$ ausmachen durfte. Die Formulierung in unserer Stelle erinnert dabei mehr an UE 24,32 als an die sehr technischen Aussagen in Gai Inst. 2,224-228, D. 35,2,1 pr. oder PS 3,8,1.

Kommentar zu § 26

L 28 = R III 28 = R II 11 = V 11 = D 12a = P 10 = Ar 11

I. Der Text gibt den Inhalt des *SC Libonianum* an einem praktischen Beispiel wieder. Das *senatus consultum* verbot, daß sich der vom schreibunkundigen Erblasser herangezogene Schreiber der Testamentsurkunde selbst mit einem Legat bedachte (D. 48,10,6

Zu § 25:

[1] Auf sie verweist schon Bruns (Bruns-Sachau III) 199.

pr.), das der Erblasser dann - unter dem Risiko, es nicht lesen zu können oder es zu übersehen - durch seine Unterschrift perfizierte.[1] Das Verbot galt für den, der für den Erblasser das Testament schrieb (D. 48,10,6 pr.: *sibi adscripserit*; D. 48,10,6,36,3: *sibi scripserit*; D. 48,10,14 pr.: *adscripserit)* oder schreiben ließ (D. 48,10,15).

II. Das Verbot sollte die inhaltliche «Fälschung» des Willens des Testators verhindern und galt nicht ohne Ausnahme. Diese Ausnahme wird hier dargestellt. BRUNS[2] ist darin Recht zu geben, daß der νομικός nach unserem Text dann mit einem Legat bedacht werden konnte, wenn der Testator dieses Legat besonders bestätigte, nicht einfach dem Testament subskribierte. Und diese Bestätigung geschah durch einen Vermerk bei der *subscriptio*, den der Testator eigenhändig schrieb oder durch einen anderen Schreiber als den νομικός schreiben ließ. Denn nur so perfizierte der Testator, was ihm bekannt war. Das ergibt sich auch aus D. 48,10,14 pr. und 2 und aus D. 48,10,15,1. Die *subscriptio* mußte dabei das ausdrückliche *iussum* des Testators zum Legat enthalten; nach Paulus war dieses Erfordernis schon im Text des *senatus consultum* enthalten. Weiter erfahren wir aus Paulus, daß dieses *iussum* keineswegs als *subscriptio generalis* gültig war. Was damit gemeint ist, erfahren wir präzise aus unserer Stelle: Die *subscriptio* mußte den Namen des νομικός ausdrücklich nennen, mußte anführen, daß ihm ein Legat zugewendet werde, und sie mußte schließlich den Gegenstand oder Betrag des Legats namentlich bezeichnen. Es genügte nicht, zu bestätigen, daß man alle Verfügungen zugunsten des νομικός billige.

Der zitierte νομικός ist der praktische Jurist, wie ihn Chrysostomos in seiner Homilie 6,1 zur Epistel ad Titum 3 erwähnt - lateinisch ein *legis peritus* oder *iuris peritus*, jedenfalls ein νόμων ἔμπειρος.

Kommentar zu § 27

L 29 = R III 29 = R II 72 = D 70 = R I 58b = P 57d = Ar 71 = Arm 72 = Georg 73 = E = I 23/29

I. Die Stelle behandelt eine kleine Teilfrage aus dem Ehegüterrecht, die Frage nach dem Schicksal der *dos* im Falle des Todes der Ehefrau. Und nicht einmal diese Teilfrage wird vollständig abgehandelt. Aus dem «früheren Recht» wird zu eben dieser Frage nur ein Grundprinzip geboten. Wie uns der Vergleich der beiden Traktate in § 87 und in § 115 zeigt, ist die Lösung im alten Recht durchaus differenzierter.

II. Der Verfasser stellt altes und neues Recht gegeneinander. Daß das frühere Recht dabei mit dem Ausdruck νόμος eingeführt wird, darf noch nicht dazu verleiten, insoweit eine Konstitution als Vorlage anzunehmen; der Ausdruck bezeichnet im Rechtsbuch häufig schlicht «Recht». Warum aber wird überhaupt eine frühere neben eine spätere

---

Zu § 26:

[1] Zur Unterschriftspraxis C. G. BRUNS, Die Unterschriften in den römischen Rechtsurkunden, in: Abh. der Königlichen Akademie der Wissenschaften zu Berlin aus dem Jahre 1876, Berlin 1877, Philologisch-historische Abh., 1. Abtheilung, 41-138, hier: 96f. Zur Testamentsform der nachklassischen Zeit SELB, Sententiae Syriacae 130-132 zu Sent. Syr. § 34.

[2] BRUNS-SACHAU III 199.

Regelung gestellt? Dasselbe geschieht übrigens noch einmal in § 87 gegen § 115. Dort aber ist in § 87 ganz eindeutig mit dem «Recht» eine Konstitution gemeint, beileibe aber inhaltlich nicht genau dieselbe Regelung wie in unserer Stelle. In § 27 ist der Mann «Herr» der Mitgift schlechthin, in § 87 ist er es «im Namen der Kinder». BRUNS[1] vermutete eine Gedankenlosigkeit des Kompilators. MITTEIS[2] glaubte ähnlich an mangelnde Umsicht des Verfassers. Und PARTSCH[3] nahm gar eine sich zum Griechischen neigende Reaktion gegen das neue Recht des Leo an, einen Rückgriff auf altes Recht. Nichts von alledem ist begründet. Es ist eine unhaltbare Prämisse, daß das Rechtsbuch eine besser als alle uns bekannten Codices um überholtes Recht bereinigte Kodifikation sein sollte. Schon die Annahme einer Lehrdarstellung, die Entwicklungszüge zeigen möchte, oder die bei einer Reformkonstitution deren Reformcharakter darstellen müßte, nimmt solchen Thesen ihren Grund. Darüber hinaus ist im Ehegüterrecht das Nebeneinander alter und neuer Regelungen geradezu gefordert. Ehegüterverträge werden nämlich für länger dauernde Lebensverhältnisse geschlossen, und § 87 zeigt in Einleitung und Schlußsatz, daß eine Übergangsregelung erfordert war, um neues Recht nicht wider das Vertrauen der Beteiligten auf alte Lebensverhältnisse anzuwenden.[4]

III. Die Überlieferung ehegüterrechtlicher Regelungen vom Ende der Klassik bis zu Justinian ist recht lückenhaft. Daher fällt es schwer, die Aussagen des Rechtsbuches am passenden Platz einzuordnen, zumal sie wohl die Gesamtregelungen ihrer Konstitutionen-Vorlagen für die Darstellungszwecke ebenso zerlegen, wie das schon in den Codices der Fall war.

1. Das «frühere Recht» aus § 27 kann in mehrfacher Weise erklärt werden. Der Verfasser könnte *ius* im Unterschied zu einer konkreten *lex* gemeint haben, was freilich nicht zur Übergangsregelung des § 87 paßt. Er könnte aber auch der Regelung des Leo wie in § 87 eine vorleonische gegenübergestellt haben, die ebenfalls Kaiserrecht wiedergab. Falls man - wohl zu unrecht - annimmt, in § 19 enthalte eine der Versionen noch den Hinweis auf die Fundstelle, nämlich den *Codex Theodosianus* (s. den Kommentar zu § 19), könnte mit dem alten Recht auch das des *Codex Theodosianus* gemeint sein. Nur der inhaltliche Vergleich kann uns Aufschluß geben.

2. Die alte Regelung ist in unserer Stelle nicht präzise dargestellt. Es geht um eine Frau, die Kinder hinterläßt. Stirbt sie, so soll ihr hinterbliebener Ehemann «Herr» ihrer Mitgift sein. Soll damit gesagt sein, daß der Mann die *dos* auch nur für die Kinder oder für sich[5] *propter liberos* erhält? Und war die Frau durch den Tod ihres Vaters bereits gewaltfrei geworden? Für den Fall, daß Kinder vorhanden sind, verfügt UE 6,4 in klassischer Tradition eine nach *dos adventicia, profecticia* und *recepticia* differenzierte Regelung, die mit der unseren nicht übereinstimmt. Daher kann mit dem alten Recht *ius*

Zu § 27:

[1] 266; gefolgt von SOLAZZI, La restituzione della dote 315.

[2] Reichsrecht und Volksrecht 248 und Fn. 1.

[3] PARTSCH, Neue Rechtsquellen 380.

[4] So schon SELB, Zur Bedeutung 105-108.

[5] BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 200 nimmt an, daß der Vater ohne Kinder nichts erhalte, und sieht einen Widerspruch zu UE 6,5. Alle Schlüsse aus der Annahme, es werde ein System geboten, sind jedoch mehr als gewagt.

aus einer der Juristenschriften nicht gemeint sein. Ebenso scheidet eine Konstitution aus jener Epoche aus, in der man sich noch an die alten *retentiones* aus dem *ius* hielt, die man in *Pauli sententiae* oder in *Pauli responsa* fand; das war zumindest bis zu Kaiser Julianus, C. Th. 3,13,2 aus 363 n. Chr., der Fall. Ganz an die alten *retentiones*, wenngleich mit neuen Zahlen und Gründen, erinnert noch die unter dem Namen des Theodosius eingeführte Regelung aus § 115, die sonst in römischen Quellen nicht belegt ist. Sie müßte der Entwicklung nach auf Theodosius I. zurückgehen. Oder hat der Verfasser ein Zitat *ex Theodosiani codice* mißverstanden? Das ist hier kaum der Fall. Unsere Stelle ist auch im «früheren» Recht noch später als § 115 anzusiedeln. Inhaltlich entspricht ihr insoweit am ehesten C.Th. 3,13,3 = C. J. 5,19,1 (Honorius et Theodosius, 422 n. Chr.); freilich wird im dort wiedergegebenen Ausschnitt aus der wohl umfangreichen Konstitution (auch C. Th. 3,5,12; C. J. 5,1,4; 5,18,11 gehören dazu) nur indirekt bezeugt, daß der überlebende Ehemann die ganze *dos* erhält. Und die Zuweisung ist genauer; der Mann erhält die *dos* «für die Kinder», d.h. mit der Befugnis eines Nießbrauchers wie sonst bei den *bona materna*. Das durfte der Verfasser des Rechtsbuches bei seinen Hörern oder Lesern vielleicht voraussetzen. Aus sich heraus läßt sich jedoch der Satz der Einleitung zwar noch verstehen, aber kaum in die Entwicklung einordnen. Am ehesten überzeugt, daß der Verfasser den Gegensatz von § 115 (alt) und § 87 (neu) kurz aufgreift, zumal er in den Absätzen 2-4 einen Ausschnitt aus der leonischen Regelung wiedergibt.

3. Drei gewichtige Prinzipien mußten sich jedenfalls schon zwischen dem alten *ius* und Kaiser Julianus bzw. Theodosius I. (§ 110) geändert haben: Das System der *retentiones propter liberos* wurde abgeschafft. Die *dos* wurde, wenn es Kinder aus der Ehe gab, der Substanz nach nicht mehr dem Vater, sondern den Kindern selbst wie andere *bona materna* zugewandt. Der Anfall der *dos* an den Vater wurde dabei umgestaltet; es mußte diese *dos*, wie schon länger andere *bona materna* (C.Th. 8,18,1 = C. J. 6,61,1 von Konstantin I., 319 n. Chr.), der Bindung unterworfen werden, daß der überlebende Ehemann und Vater der Kinder nur noch eine Art Nießbrauch daran hatte. Gleichzeitig mußte die Unterscheidung zwischen *dos profecticia* und *dos adventicia* fallen; die Rechte des die *dos* bestellenden Vaters erscheinen nur noch als Erbenrechte der Eltern.

4. Die unter dem Namen Kaiser Leos eingeführte angeblich neue Regelung war bis zum Auftauchen unseres Rechtsbuches unbekannt. Spuren eines verlorengegangenen Gesetzes Leos I. (457 bis 474 n. Chr.) fand man nicht.[6] Aber etwas anderes ist zu bedenken. Das Rechtsbuch ist im Osten des Reiches entstanden. Man erwartete also keine Konstitutionen, die im Westen promulgiert wurden. Daher ist es erstaunlich, daß die Leo zugeschriebene Regelung ziemlich genau einer Novelle Valentinians entspricht (Nov. Val. 35,8-10). Zwar hat die Wissenschaft bislang keine Übersendung weströmischer Novellen oder deren Publikation durch den oströmischen Kaiser nachweisen können, doch ist entsprechend C.Th. 1,1,5 und Nov.Th. 2 zu vermuten, daß gelegentlich Konstitutionen des Westens ganz oder zum Teil auch im Osten promulgiert wurden. Es liegt nicht fern anzunehmen, daß im Rechtsbuch eine Novelle Leos vorliegt, die eine Novelle Valentinians III. in den Osten übernahm. Die Frage wird uns zu § 87 noch einmal beschäftigen.

[6] BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 201.

5. Die Parallele zur Novelle Valentinians III. ist nicht von der Hand zu weisen. Zunächst einmal finden wir beide Male die Denkweise, daß die Berechtigten die *dos* «erben». Inhaltlich befaßt sich die erste Aussage von der Halbteilung zwischen den Eltern der Frau (Rechtsbuch: Vater) und dem überlebenden Ehemann beide Male mit einem Fall, in dem nach den Kindern nicht gefragt wird; die *interpretatio* zur genannten Novelle stellt klar, daß man davon ausging, daß es keine Kinder gab. Die zweite Aussage wendet *filiis derelictis* dem Mann die ganze *dos* «für die Kinder» zu. Dasselbe sagt unsere Stelle. Hier ist die *interpretatio* aus dem Breviar wiederum genauer als der Text der Konstitution und das Rechtsbuch: Die eine Hälfte erhält der Mann für sich, die andere Hälfte erhält er «auf den Namen ihrer Kinder», d.h. mit der Beschränkung auf den Nießbrauch. Die Novelle behandelt dann den Fall, daß keine Kinder vorhanden waren und die Frau *ab intestato* verstarb. Hier erhält der Mann die zweite Hälfte als Erbe *ab intestato*. Das Rechtsbuch läßt auch diese Frage aus und behandelt die Frage, ob die Frau durch Testament über diese Hälfte verfügen kann. Sie kann es. Freilich verbindet der Verfasser unserer Stelle eine andere Frage damit, von der in der Novelle selbst ganz sicher nicht die Rede war: Hat die Frau Kinder, so muß sie diese Kinder im Testament bedenken; eine etwas grobe Formulierung für das Noterbrecht der Kinder. Sicher ist jedenfalls, daß die ältere Stufe der Entwicklung, wie sie in § 16 angeführt ist, verlassen ist: Die Frau erhält die Hälfte *ex lege*, nicht über eine Klausel im Ehevertrag.

Kommentar zu § 28

L 30, 31 = R III 30, 31 = R II 12, 73, 13 = D 12b, 71, 13 = R I 8, 69 = P 11, 57e = Ar 12, 72, 13

I. Ein *dominus* wollte seinen eigenen Sklaven zum ἐπίτροπος machen oder ihm ein ἐντολικόν geben.

1. Die Stellung eines ἐπίτροπος bietet dabei in unserer Stelle eine Besonderheit. In §§ 5, 7, 8, 11, 19, 31, 50, 55, 82, 83 ist es aus dem Kontext völlig klar, daß es sich um den römischen *tutor* handelt, genau wie passim in den *scholia Sinaitica*. Nur etwas genauer ist dabei gelegentlich die Angabe «ἐπίτροπος von Waisen». In unserer Stelle dagegen ist der ἐπίτροπος ein allgemeiner Vermögensverwalter des *dominus*, ein «Machthaber über sein Vermögen», wie der Text sagt.[1] So erklärt jedenfalls der Verfasser den Ausdruck ἐπίτροπος.[2] Im lateinischen Ur-Vorlagetext wird es wohl *procurator* geheißen haben. Auf eine speziellere Bedeutung des ἐπίτροπος weist nichts hin, etwa daß damit ein Testamentsvollstrecker gemeint sei.[3] Für die allgemeine Bedeu-

Zu § 28:

[1] R. TAUBENSCHLAG, Das attische Recht in der Komödie Menanders "Epitrepontes", in: SZ 46 (1926) 68-82, hier: 73 = Op. Min. I 623-639, hier: 629, hielt ihn noch für einen Vormund.

[2] Daß nicht der griechische Ausdruck voransteht und mit einem «oder» erklärt wird, sondern umgekehrt, ist, wie § 11 zeigt, nicht ungewöhnlich. Jedenfalls ist mit «oder» nicht eine Alternative eingeführt.

[3] So aber TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 108 und Fn. 43 = Op. Min. I 298; mit MITTEIS, Reichsrecht und Volksrecht 54f.; DERS., Über drei neue Handschriften 55, Friedrich WEBER, Untersuchungen zum gräko-ägyptischen Obligationenrecht, München 1932, 38, und später V. ARANGIO-RUIZ, in: FIRA. III Nr. 47, S. 131 Fn. 1; ebenso B. KÜBLER, Testamentsvollstrecker, RE V A (1934) Sp. 1013, der griechisches Volksrecht darin erkennt. SELB, Zur Bedeutung 175, schloß sich dem früher an. Eine Bestellung von Todes wegen klingt aber nirgends an.

tung[4] spricht vor allem der Kontext. Unser *procurator* hat Macht über das gesamte Vermögen; darauf weist der Doppelausdruck hin, den wir am ehesten mit «Hab und Gut» richtig wiedergeben;[5] also geht es um einen *procurator omnium bonorum.*[6] Unsere Stelle bestätigt, was eigentlich nirgends bestritten wird, daß nach römischem Recht auch ein Sklave zum *procurator omnium bonorum* gemacht werden konnte.

2. Dem Sklaven konnte nach unserer Stelle auch ein ἐντολικόν gegeben werden. Dahinter steht die Erteilung eines speziellen Mandats für ein bestimmtes Geschäft, das einerseits als Abschluß- oder Veräußerungsermächtigung für den Sklaven, andererseits als *iussum* für den Geschäftspartner des Sklaven verstanden werden konnte (vgl. dazu D. 15,4,1,3), sofern man im ἐντολικόν richtig die *epistula* aus D. 15,4,1 sieht. NALLINO spricht von einem «atto scritto di mandato».[7]

3. Die Einschränkung der Machtübertragung auf jene Macht, die dem Übertragenden selbst zusteht, ist an sich eine Plattheit. Der Satz könnte jedoch auch positiv verstanden werden; wonach es keine Rechtsmacht des *dominus* gibt, die er nicht auf seinen Sklaven übertragen könne.

II. Die weitere Äußerung über das ἐντολικόν der freien Frau für ihren Ehemann wirkt wie eine Anschlußäußerung, die durch das ἐντολικόν für den Sklaven herausgefordert wurde. Es war im römischen Recht unbestritten, daß der Ehemann keine rechtliche Verwaltungsbefugnis für jenes Vermögen der Frau hatte, das man als Parapherna bezeichnete.[8] Da es auch hier um eine Generalvollmacht geht, bleibt der Unterschied von ἐπίτροπος und ἐντολεύς dunkel. Daß die Frau dem Mann ein solches generelles Mandat zur Verwaltung der Parapherna erteilen durfte, ergibt sich aus C. Greg. 3,6,5, D. 23,3,9 und C. J. 5,14,8 *(res etiam eiusdem pati arbitrio gubernari).* Zur Bestellung einer solchen Generalvollmacht bedurfte es in dieser Epoche keiner Zustimmung eines *tutor mulieris* mehr.

III. Im Fall der Einsetzung eines Sohnes zum *procurator omnium bonorum* wird Absatz 1 erneut aufgegriffen. Es geht um einen gewaltunterworfenen Sohn. Bei einem freien Sohn hätte es wie bei einem Fremden kein Problem gegeben. Auch hier entsteht wie beim Sklaven zwischen dem *procurator* und dem Herrn wegen des Gewaltverhältnisses kein Rechtsverhältnis im strengen Sinne des Wortes.

Auch hier ist ἐπίτροπος der Ausdruck für *procurator*. Daß es in R II «Machthaber *(šallīṭā)* und ἐπίτροπος» und in D «ἐπίτροπος und Machthaber» heißt, wird daran liegen, daß in der gemeinsamen Vorlage das griechische Fremdwort am Rand durch das

---

[4] Der Thesaurus Syriacus I 340 bietet dafür weitere Belege.

[5] Nach dem Thesaurus Syriacus II 2375 soll der Ausdruck bewegliches und unbewegliches Vermögen bezeichnen. Das erscheint ohne weitere Belege willkürlich; die beiden gewählten Ausdrücke bezeichnen vielmehr das Vermögen allgemein in einem Hendiadyoin.

[6] So auch NALLINO, Il diritto musulmano nel Nomocanone 544 Fn. 1 = Racc. IV 249 Fn. 1 mit der Übersetzung von ASSEMANI zu Barhebraeus.

[7] Il diritto musulmano nel Nomocanone 542, Fn. 6 = Racc. IV 248 Fn. 6.

[8] So richtig BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 202; es geht also nicht um eine dem römischen Recht fremde Vorstellung, die Frau sei Eigentümerin ihrer *dos* geblieben, wie TAUBENSCHLAG aaO meint. Von der *dos* ist gar nicht die Rede.

syrische *šallīṭā* erklärt wurde und die Randbemerkung später in den Text eingefügt wurde, aber bei den beiden Abschriften in unterschiedlicher Reihenfolge.

IV. Erneut erscheint in der Darstellung eine konkrete Anfrage samt Antworten am Beginn der Stelle (§ 28a). Das Thema wird dann an vergleichbaren Fällen fortgesponnen. Ein System erscheint auch hier nicht; eher wird man erneut an ad hoc aufgeworfene Fragen aus dem praktischen Unterricht zu denken haben.

Kommentar zu § 29

L 32 = R III 32 = R II 14 = D 14 = R I 9 = P 12 = Ar 14 = B 14 = I 46/3

I. Thema der Stelle ist ganz klar die römische Befreiung *(excusatio)* von der Vormundschaft, ausführlich in *de excusatione* Frag. Vat. 123-247 und *de excusationibus* D. 27,1 behandelt. Aus den zahlreichen Exkusationsgründen wird hier nur ein einziger herausgegriffen, der Kinderreichtum (so auch in Frag. Vat. 191, 192, 247), der im *Codex Iustinianus* zur eigenen Titelrubrik *Qui numero liberorum se excusant* geworden ist. Wie BRUNS[1] bereits bemerkt hat, greift unser Verfasser von den drei unterschiedlichen Regelungen für Römer (3 Kinder), für Bewohner italischer Munizipien (4 Kinder), für Provinzialen (5 Kinder) nur die für Provinzialen heraus, was eindeutig auf den provinzialen Ursprung der Abhandlung hinweist. Bemerkenswert ist dabei, daß selbst in einem Reskript wie C. J. 5,66,1 alle Zahlen angegeben wurden, hier dagegen nur die Regel für die Provinz.

II. Drei zusätzliche Aussagen fallen ins Auge: Die Exkusation soll nur für den Fall der Bestellung eines Vormunds durch den *iudex provinciae* gelten, also für die *tutela dativa*, vielleicht auch für eine *tutela legitima*, die der besonderen amtlichen Bestätigung bedurfte. Aus einem Streit, wer mit den *liberi* der *SCta* oder *rescripta* gemeint sei, dürfte die Bemerkung resultieren, es zählten männliche wie weibliche Kinder gleich. Modestinus behandelt solche Fragen im 2. Buch seiner *excusationes* (D. 47,1,2,3-8); daß die *filiae* neben den *filii* zählen und die Befreiung gewähren, wird h.t. 2,7 implizit gesagt. Die Darstellung bei Modestinus zeigt im übrigen, daß es zahllose kaiserliche Konstitutionen zum Thema schon zu seiner Zeit gegeben haben mußte. Bemerkenswert auch, daß sich bei Modestinus Lösungen mit einem ἐκέλευσαν οἱ νόμοι, «die Gesetze befahlen» (z.B. D. 47,1,16,17) eingeführt finden, in einem ständigen Sprachgebrauch unseres Rechtsbuches, auch wo in beiden Quellen vom «Recht» schlechthin die Rede ist. Die Erwähnung, daß die *excusatio* bei Kindern der Geschwister oder bei fremden Kindern möglich sei, spielt wohl auf die Parallelität bei der *tutela legitima* und der *tutela dativa* an.

III. Daß *tutela* und *cura* parallel behandelt werden, überrascht nach den Erörterungen zu §§ 6 und 17 nicht. Die Einrichtungen finden sich auch in den Frag. Vat. und bei *Modestinus* parallel behandelt, ebenso in C. J. 5,66,1. Auch hier darf man also nicht an

---

Zu § 29:

[1] BRUNS-SACHAU III 202.

eine justinianische Interpolation denken. Pietro DE FRANCISCI[2] nimmt eine solche sogar für unsere Stelle an, nur weil die Ausgangsfrage allein vom *tutor* handelt.

Kommentar zu § 30

L 33 = R III 33 = R II 15 = D 15 = R I 10 = P 13 = Ar 15

I. Das römische Recht ließ zu, daß ein Erblasser seinen eigenen Sklaven im Testament freiließ und zugleich auch zum Erben einsetzte (Gai Inst. 2,186). Die Kinderlosigkeit des Erblassers war dabei eine rechtliche Voraussetzung, nicht nur eine zufällige tatsächliche Gegebenheit, wie BRUNS[1] meinte, der einen Irrtum des Verfassers unterstellt. Die rechtliche Voraussetzung ergibt sich aus den Regeln des römischen materiellen Noterbrechts,[2] wie wir sie in den §§ 1, 7 und 24 kennengelernt haben. Der Sklave kann nicht unangefochten zum Erben oder Legatar eingesetzt werden, wenn Kinder vorhanden sind, will uns der Text sagen. Insofern mag die Aussage des Textes «vulgaristisch verfärbt» bezeichnet werden.[3] Es besteht aber gar keine Notwendigkeit, mit MITTEIS[4] oder TAUBENSCHLAG[5] bei der Kinderlosigkeit als rechtlicher Voraussetzung an volksrechtliche Ursprünge zu denken.

II. Die gleichzeitige Erbeinsetzung und Freilassung im Testament ist noch das Erfordernis der Zeit; die Erbeinsetzung ohne Freilassung ist für den eigenen Sklaven nicht wirksam.[6] Erst Justinian sieht das in C. J. 6,27,5,1b ff. anders, in Parallele zum Fall, daß der Verstorbene den Sklaven im Testament zum *tutor* für seine Kinder eingesetzt hatte, ohne ihn besonders freizulassen. Wahrscheinlich trat der Wechsel aber schon vor Justinian über eine freiere Interpretation des Testaments ein; wer seinen Sklaven zum Erben einsetzte, wollte ihn wohl auch freilassen, damit er das Erbe lukrieren kann. Die Rechtsgrundlage der Freiheit war dann wohl nicht erst eine fideikommissarische Freilassung (vgl. auch § 31).

III. Hinter dem «hausgeborenen» Sklaven steht der οἰκογενής, hinter dem um Geld gekauften Sklaven der χρυσώνητος der Papyri, wie SACHAU[7] richtig bemerkt und TAUBENSCHLAG[8] aufgegriffen hat. Bedeutung hat die Unterscheidung für das Ergebnis nicht.

---

[2] Ἐπίτροπος vel κουράτωρ 30.

Zu § 30:

[1] BRUNS-SACHAU III 202f.

[2] So schon NALLINO, D'alcuni passi del «Libro siro-romano» 819ff. = Racc. IV 464ff.

[3] KASER, RP II 518.

[4] Reichsrecht und Volksrecht 338f.

[5] Il diritto provinciale, (JJP 6) 109 = Op. Min. 298f.

[6] UE 22,12; W. W. BUCKLAND, The Roman Law of Slavery, Cambridge 1908, 505 und Fn. 3.

[7] Syr. RB I 203.

[8] Das Sklavenrecht im Recht der Papyri, in: SZ 50 (1930) 140-169, hier: 151 Fn. 2 = Op. Min. II 223-257, hier: 236f. Fn. 67.

Kommentar zu § 31

L 34 = R III 34 = R II 16 = D 16a = R I 11 = P 14 = Ar 16 = 16 = I 47/7

I. Der Text beginnt mit einem Sklaven des Erblassers, der in dessen Testament ausdrücklich freigelassen wurde, und der im Testament zugleich als Vormund oder Kurator für die noch nicht volljährigen eingesetzten Erben benannt wurde. Das war rechtlich ohne weiteres zulässig.[1] Auch ein Freigelassener konnte *tutor* (oder *curator*) *testamentarius* sein, wie Ulpian D. 26,2,10,4 und Paulus D. 26,2,32,2, ebenso C. J. 7,4,10(9) (Valerianus und Gallienus, 260 n. Chr.) bezeugen.

II. Das Problem der Stelle lag jedoch im Gegenfall des Absatzes 2 des Textes: Wurde der Sklave nicht freigelassen, so war die bloße Benennung als Vormund oder Kurator im Testament hinfällig, denn er konnte diese Funktion als Sklave nicht übernehmen. Gleichwohl konnte man annehmen, daß der Benennung wegen es der unausgesprochene Wille des Erblassers war, der Sklave möge frei sein. Die oben zitierten klassischen Juristen nahmen deshalb eine fideikommissarische Freilassung an; der Sklave mußte dem Willen des Erblassers gemäß von den Erben unter Lebenden freigelassen werden. Dasselbe galt noch für C. J. 7,4,9(10),1: *ut per fideicommissum manumississe eum videatur*. Justinian argumentiert mit dem Fall in C.J. 6,27,5,1b-c; er interpretiert den Erblasser zur direkten Freilassung im Testament hin. Genau hier liegt die Bedeutung unserer Stelle. Schon vor Justinian bedeutete also die Benennung eines Sklaven im Testament als *tutor* oder *curator* der Erben ein «gutes Zeugnis der Freilassung» und führte nicht erst über das *fideicommissum* zu einem Anspruch gegen die Erben, die gewollte Freilassung zu vollziehen.[2] Wenn sich Justinian also rühmt, die vernünftige Entscheidung für die direkte Freilassung sei *a nostro iure inductum*, so erweist sich das vor dem Hintergrund unseres Rechtsbuches als falsch. Justinian setzte seine Entscheidung gegen die klassischen Texte von der fideikommissarischen Freilassung, ohne den schon eingetretenen Wandel der Zeit des 3. bis 5. Jh. n. Chr. zu beachten. Man könnte nun erwägen, ob nicht die §§ 30 und 31 eine Einheit bilden. Doch tragen beide Stellen Reskriptcharakter; § 31 ist nicht ein bloßer Anhang zu § 30. Beide Stellen sind Paraphrasen eines selbständigen Grundtextes.

III. In Absatz 2 ist nach L nur von der Bestellung als Kurator die Rede. R II und D nennen dagegen auch den Vormund (ἐπίτροπος). Dies könnte auf der Tendenz des Bearbeiters der abgeleiteten Version beruhen, den Text zu «harmonisieren» (s. Band I, Kap. 5, Abschnitt 5e), weil in Absatz 1 sowohl Vormund wie Kurator vorkommen. Bemerkenswert ist jedoch, daß in D. 26,2,32,3 und in den zitierten Codex-Stellen tatsächlich nur der *curator* erscheint. Die Lesung von L wird also auch hier vorzuziehen sein. Ob im vorliegenden Fall *tutela* und *cura* trotzdem gleichbehandelt wurden, ist eine andere Frage.

Zu § 31:

[1] BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 203. Zur Parallelisierung von Tutel und Kuratel vgl. oben zu § 5.

[2] Unklar darin BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 203 und BUCKLAND, The Roman Law of Slavery aaO; von einer stillschweigenden *manumissio* spricht DE FRANCISCI, ἐπίτροπος vel κουράτωρ 19.

Kommentar zu § 32

L 35, 36 = R III 35, 36 = R II 17, 18 = R II 74 = D 16b, 17 = D 72 = P 15, 16 = Ar 17, 18 = Ar 73 = Arm 12, 73 = Georg 12, 74

I. Die Stelle behandelt vordergründig erbrechtliche Fragen um die rechte Erbeinsetzung, indirekt geht es jedoch auch um Ehe und Ehelichkeit von Kindern. Ein Mann hatte im Ausgangsfall (§ 32a) uneheliche Kinder, die er im Testament zu Erben einsetzen wollte. Im weiteren Fall des § 32b hatte er nacheinander oder nebeneinander aus einem Konkubinat uneheliche und aus einer Ehe eheliche Kinder.[1] Es geht nun zuerst darum, ob er die unehelichen Kinder überhaupt im Testament zu Erben einsetzen dürfe, und dann, ob er die unehelichen neben den ehelichen «gleichmäßig», d.h. zu gleichen Anteilen, einsetzen dürfe. Zum dritten geht es darum, wie diese Einsetzung in beiden Varianten im Testament richtig zu lauten habe. Und schließlich findet sich auch eine Aussage, wie die beiden Arten von Kindern *ab intestato* zu behandeln seien. Dahinter wird aber noch eine andere Frage indirekt mitbehandelt, wie denn eine gesetzliche Verbindung beschaffen sein muß, aus der eheliche Kinder hervorgehen können. Die Alternative, auf die unser Text insoweit Bezug nimmt, ist die der Verbindung von Mann und Frau mit und ohne φερνή. An anderer Stelle aber, in § 87, wird unter den Verbindungen ohne φερνή noch einmal geschieden, nämlich in Verbindungen mit und ohne παῤῥησία. Dort wo die παῤῥησία übliche Ortsform für die Ehe ist, begründet sie wie die φερνή auch eine Ehe nach römischem Recht. Wo sie es aber nicht ist, begründet nur die φερνή eine rechte Ehe. Von diesem Stand geht unser Text aus; Gemeinschaft ohne φερνή ist Konkubinat. Für alle Fragen um die rechte Ehe sei auf den Kommentar zu § 87 verwiesen.

II. Die erste erbrechtliche Frage ist die, ob ein Vater, der nur uneheliche Kinder aus einem Konkubinat hat, diese im Testament zu Erben einsetzen darf. Die Frage beschäftigte uns schon bei den Sklavenkindern in § 24. Die wechselnde Einstellung der Zeit ab Konstantin I. bis zu Justinian zu den Kindern aus einem Konkubinat ist dürftig belegt; unsere Stelle widerspricht aber vollkommen der Tendenz, die aus C.Th. 4,6,2-8 zu erkennen ist. Doch zwingt uns nichts, einen Text aus vorkonstantinischer Zeit, etwa aus dem *ius*, als Vorlage unserer Stelle auszuschließen. Der Hinweis in § 32a Absatz 2, daß der Erblasser in seinem Testament doch gar nicht erwähnen muß, daß die (namentlich) Eingesetzten seine leiblichen Kinder sind, spricht eher dafür, daß der Verfasser klassisches römisches Recht bietet. Die Personen, die bedacht werden sollen, sind dann eben Testamentserben wie beliebige Fremde. Gab es keine besonderen Einsetzungsverbote und keine Frage des materiellen Noterbrechts, so war die Einsetzung unproblematisch. Die moralisierenden Einschränkungen der Zeit ab Konstantin gab es noch nicht.[2] Daher gab es prinzipiell auch keine Einschränkung, die unehelichen neben den ehelichen Kindern zu gleichen Anteilen einzusetzen (§ 32b Absatz 2).

Zu § 32:

[1] Der Text gibt keinen Anhalt für eine Unterscheidung von ἄγραφος und ἔγγραφος γάμος, wie BRASSLOFF, Zur Kenntnis des Volksrechts 73, meint. Die Annahme einer beschränkten Legitimität der Kinder aus «Ehen» ohne φερνή erschlüge auch die Pointe der Stelle.

[2] Vgl. dazu schon SELB, Reichsrecht und lokale Eheschließungsformen 108.

III. Die nächste erbrechtliche Frage ist die der Bestimmtheit der Erbeinsetzung im Testament. Der Verfasser geht dabei von einer Unterscheidung in «Kinder» und «Fremde» aus. Fremde wurden notwendigerweise namentlich eingesetzt, eheliche Kinder konnten unter dem Rechtsbegriff «Kinder» *(filii, filiae, liberi)* eingesetzt werden. Die unehelichen Kinder mußten nun wie Fremde namentlich im Testament genannt sein; auf keinen Fall waren sie allein oder neben den ehelichen Kindern von einer Einsetzung *liberi mei heredes sunto* erfaßt. Neben den ehelichen Kindern mußten die unehelichen also - wie der Text sagt - wie Fremde namentlich eingesetzt werden. Daß der Erblasser die unehelichen Kinder, wenn er sie namentlich nennt, auch noch - rechtlich unrichtig - als «seine Kinder» bezeichnet (§ 32a Absatz 2), schadet nicht. Man denke an D. 28,5,59(58),1 (Paulus): *Qui frater non est, si fraterna caritate diligitur, recte cum nomine suo sub appellatione fratris heres instituitur.* Ebenso liegt der Fall in D. 35,1,33 pr.[3]

IV. Die Aussage zum Intestaterbrecht ist klar: Nach römischem Recht erben bis zu einer justinianischen Reformkonstitution nur die ehelichen Kinder.

V. Der Aufbau der Stelle folgt einem schon bekannten Schema. Zuerst behandelt der Verfasser in § 32a eine konkrete Anfrage, wie man seine unehelichen Kinder im Testament förmlich richtig einsetzt. Bereits zur weiterführenden Erläuterung gehört dann der Fall, an dem dargetan wird, wie sich der Fehler auswirkte, uneheliche wie eheliche Kinder einfach mit *liberi mei heredes sunto* einsetzen zu wollen. Aus dieser weiterführenden Erläuterung wird dann noch die Frage aufgegriffen, wie eheliche neben unehelichen Kindern im Intestaterbrecht zu behandeln sind.

VI. Die Stelle (= L 36) ist in R II und D doppelt überliefert. Die Schreiber sind mit dem Sachverhalt am Anfang nicht gut zurechtgekommen. Zu übersetzen ist zweifellos: «Wenn ein Mann zwei Frauen hat: eine frühere oder eine spätere ohne Mitgift, ...» Es ist also gleichgültig, ob es sich bei der ersten oder der zweiten Frau um die rechtmäßige handelt. Die richtige Lesung hat nur R II 74 (nach der Hs. Bagdad 509) bewahrt. Teilweise wurde das Wort *ḥraytā* «spätere» in das im Syrischen ganz ähnlich aussehende *ḥrēṯā* «andere, zweite» verlesen (R II [R] 74, D 17), zumal *qaḏmāytā* «frühere» auch mit «erste» übersetzt werden kann. Bei dieser Lesung erschließt sich der Sinn weniger gut, so daß das Wort *ḥraytā* bzw. *ḥrēṯā* schließlich in R II 18, D 72, P 16 ganz ausgelassen ist. Auch SACHAU streicht es zu Unrecht in seiner Edition von L (wo es sinnwidrig «*und* spätere» heißt), macht aber zu R II 74 die richtige Konjektur. Der Schreiber von D 17 ergänzte den Text in falscher Weise und schrieb «eine erste mit Mitgift und eine zweite ohne Mitgift».

[3] Vgl. dazu ausführlich SELB, ebenda 109f.

Kommentar zu § 33

L 37 = R III 37 = R II 19 = D 18 = R I 12 = P 17 = Ar 19 = Arm 13 = Georg 13 = B 18 = I 26/54

I. Der Text behandelt in Absatz 1 genau wie in § 1 zunächst einen speziellen Fall aus dem römischen Pflichtteilsrecht.[1] Erst nach dessen Erörterung folgt, wie angehängt oder für Schüler wegen der Stichworte im Fall aufgegriffen, ein kurzer Traktat über römisches Intestaterbrecht. Dieser Traktat aber hält sich in den Grenzen, die der Anfragefall setzt; er beginnt nämlich mit den Seitenverwandten. Damit bleibt auch diese Stelle in dem uns nun schon geläufigen Muster der Darstellung: Eine *interpretatio* beginnt mit der Paraphrase des vorgegebenen Grundtextes und setzt in einem Traktat fort.

II. Der Anfragefall aus dem Pflichtteilsrecht ist klar: Ein Mann hatte Söhne und Töchter. Die Söhne waren kinderlos vorverstorben, die verheirateten Töchter waren unter Hinterlassung von Kindern ebenfalls vorverstorben. Der Großvater setzte nun diese Tochterkinder[2] testamentarisch zu Erben ein. Die vorhandenen agnatischen Verwandten, Brüder des Erblassers oder deren Söhne, Vatersbrüder oder deren Söhne, überging er. *Ab intestato* wären sie im Range vor den nur kognatisch verwandten Tochterkindern zur Erbschaft berufen gewesen, wie der Traktat ab Absatz 2 zeigt. Der Erblasser durfte sie dennoch im Testament übergehen. Ein Recht, die Erbeinsetzung als lieblos *(de inofficioso testamento)* anzufechten, wird ohnehin nur den Brüdern oder Schwestern selbst zugestanden. Eine entsprechende Entscheidung findet sich auch in einer diokletianischen Konstitution von 294 n. Chr.: C. J. 3,28,21: *cum nemo eorum qui ex transversa linea veniunt exceptis fratre et sorore ad inofficiosi querellam admittatur.* Die Brüder des Erblassers aus unserem Fall aber mußten im Anfechtungsprozeß bei einer Abwägung *uter dignior sit* hinter die Tochterkinder zurücktreten.

III. Der angehängte Traktat zum Intestaterbrecht entspricht dem, was wir schon aus § 1 wissen.

1. Er beginnt mit den Brüdern des Erblassers als gradnächsten Agnaten. Ihnen folgen im nächsten Grad deren Kinder. Zwar ist auch die Übersetzung «Söhne» statt «Kinder» möglich, doch präzisiert der aus § 1 Absatz 15 Satz 1 bekannte Satz *ultra consanguineas* die Übersetzung. Hatte er keine Brüder, so kamen die Vatersbrüder als nächste Agnaten zum Zug. Die Möglichkeit einer Konkurrenz mit den Bruderskindern ist dem Verfasser gar nicht bewußt geworden; geht er doch davon aus, daß es an Brüdern fehlt. Es handelt sich in § 33 eben nicht um einen Gesetzestext. Von den Agnaten nennt der Verfasser dann weiter nur noch die Söhne der Vatersbrüder. Wieder ist γένος nicht Hinweis auf ein Parenteldenken. Ganz farblos werden Grade oder Gruppen von Erbanwärtern damit bezeichnet.

2. Wie in § 1 geht der Verfasser anschließend zu den Kognaten über. Er nennt hier zuerst die Söhne der Töchter des Erblassers, dann die Söhne der Schwestern des Erblassers.

Zu § 33:

[1] BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 203 sieht nur Intestaterbrecht behandelt.

[2] Die Literatur, die an die Fehlübersetzung zu L «Söhne seines Hauses» statt «Söhne (Kinder) seiner Töchter» anknüpft, kann übergangen werden; vgl. NALLINO, D'alcuni passi del «Libro siro-romano» 827f. = Racc. IV 471f. Es handelt sich um eine vom Syrischen her leicht erklärliche Verlesung.

Die Söhne der Tanten fehlen im Unterschied zu § 1. Von weiteren Kognaten ist nicht mehr die Rede.

3. Ein Prinzip wird aber besonders aufgegriffen, von dem in § 1 schon einmal die Rede war: *feminae ad hereditates legitimas ultra consanguineas successiones non admittuntur.* Der Verfasser verallgemeinert diesen Gedanken irrtümlich aus dem agnatischen Erbrecht für alle gesetzlichen Berufungsarten. Er übersieht dabei auch noch, daß im «ersten Grad» - bei den Schwestern selbst - noch eine Ausnahme galt.

Kommentar zu § 34

L 38 = R III 38 = R II 20 = D 19 = R I 13 = P 18 = Ar 20 = Arm 14 = Georg 14

I. Der in den verschiedenen syrischen Handschriften unterschiedlich korrumpierte Text, der noch dazu in Arabisch oder Armenisch unverständig weiterübersetzt wurde, war lange Zeit Gegenstand einer überreichen Literatur. Er läßt sich mittlerweile, nicht zuletzt mit Hilfe neugefundener Handschriften, vollständig im Original wiederherstellen.[1] Im übrigen ist mit einer Korrektur der Übersetzung der textlich klaren Textstellen den nicht sprachkundigen Rechtshistorikern noch einmal die Basis vieler ihrer Erwägungen entzogen worden. Insbesondere die richtige Lesung und Erklärung des Wortes ἀνάγκη[2] als «Pflicht» anstelle von ἄλλα ὠνέακα als «zweite Kaufurkunde» erledigte die gesamte darauf gegründete, überreiche und geistvolle Diskussion um einen Rücktritt eines ersten Käufers, um eine καταγραφή für den zweiten Käufer im Namen des ersten, um einen ersten Käufer als βεβαιώτης für den zweiten, um eine καταγραφή zur Dokumentation eines Verzugs u. a. m. Die als geschliffener Gesetzestext gelesene Stelle wurde zudem - in ihrer unzulänglichen deutschen Übersetzung - mit einem Scharfsinn zerlegt, der in der rechtshistorischen Literatur seinesgleichen sucht.

II. Nach dem korrekten Text wurde gerade keine Arrha gegeben. Dennoch hat ihre Erwähnung in Verbindung mit § 46 zu zahlreichen Thesen um die Konfusion römischer und griechisch-hellenistischer Kaufvorstellungen zu einem syrischen Recht geführt.[3]

Zu § 34:

[1] Die neuen Handschriften waren zur Zeit des früheren exegetischen Versuches von SELB, Das Problem rechtlicher Bindung an den Konsensualkauf im Syrisch-Römischen Rechtsbuch, in: SDHI 28 (1962) 27-64, noch unbekannt oder unzugänglich.

[2] Zur Text- und Übersetzungskritik auf dem Stand von 1963 vgl. SELB, ebenda 27-41.

[3] SACHAU, Syr. RB I 186 zu R I 13; MITTEIS, Reichsrecht und Volksrecht 507ff.; DERS., Über drei neue Handschriften 56, mit gewagten Thesen zu den verderbten Stellen aus R I 13, Ar 20 und Arm 14.; Benedikt FRESE, Zur Lehre vom gräko-ägyptischen Kauf, in: ZvglRw 30 (1913) 129-145, hier: 140; Georges CALOGIROU, Die Arrha im Vermögensrecht in Berücksichtigung der Ostraka und Papyri, Leipzig 1911, 148-152; Demetrius P. PAPPULIAS, Geschichtliche Entwickelung der Arrha im Obligationenrecht [in griechischer Sprache], Leipzig 1911, 79f.; J. PARTSCH, in: Göttingische Gelehrte Anzeigen 1911, 713-732 = Aus nachgelassenen und kleineren verstreuten Schriften, Berlin 1931, 262-280 (Rezension zu Pappulias); DERS., Die griechische Publizität der Grundstücksverträge im Ptolemäerrechte, in: FS für Otto Lenel, Leipzig (1921), 77-203, hier: 127, 140; GIRARD-SENN, Manuel 577; Massimo MASSEI, L'arra nella compravendità, in: BIDR 48 (1941) 215-402, hier: 358-364; Mario TALAMANCA, L'arra della compravendità in diritto greco e in diritto romano, Milano 1953, 39ff.; Evaristo CARUSI, Sull' frammento L. 38 del libro di diritto siro-romano, in: BIDR 28 (1916) 261-328; DERS., Sull'arra della vendita in diritto giustinianeo, in: Studi Bonfante IV 502-564, hier: 502-564; TAUBENSCHLAG, Il

Vor allem aber haben die Handschriften- oder Übersetzungsvarianten in Arabisch und Armenisch keinen Eigenwert als Spiegel einer Entwicklungsgeschichte zu solcher Konfusion. Das sind sie nirgends; lediglich Stadien der Schreiber- oder Übersetzerphantasie zu einem einzigen in Betracht zu ziehenden Original des Rechtsbuches.[4] Der korrekte Text kennt auch nur einen einzigen abgeschlossenen Verkauf. Kein Wort rechtfertigt es, von Verzug, von einseitigem Rücktritt, von einem Selbsthilfe-Deckungsverkauf, von einem *ius poenitendi*, von einer Protest-καταγραφή, von einem *ius ad rem*, von einer Schuld ohne Haftung, von einer Drittgarantie über *fideiussores*, von einer *lex commissoria* usw. zu sprechen.[5] Der Wechsel der Meinungen und deren wahre, meist aber nur scheinbare Widerlegung kann nur als chaotisch bezeichnet werden.

III. Die im Text richtig rekonstruierte und korrekt übersetzte Stelle ist zudem nicht als Gesetzestext zu lesen, sondern als vereinfachte Darstellung des Prinzips des römischen Konsensualkaufs, etwa für Schüler. Sie sagt nichts anderes, als daß die bloße Abrede unter zwei Kaufparteien allein für sich schon die Verbindlichkeit des Kaufes begründe.[6] Und sie fügt klärend hinzu, daß es dazu weder der zusätzlichen Hingabe einer Arrha *(confirmatoria)* noch der Preiszahlung bedürfe. Das ist klassisches römisches Recht. Die Erwägungen, daß der Verkäufer allein auf Grund des Konsenses schon die Ware nicht ein zweites Mal verkaufen könne (dürfe), ist nur die beispielhafte Bekräftigung des Prinzips. Die am Rand beigefügte Ausnahme für den Fall, daß der Käufer im Einvernehmen mit dem an einem weiteren Verkauf interessierten Verkäufer nicht am Vertrag festhalten will, stört den Grundgedanken nicht.

IV. Was im weiteren Text wie in einem Schultraktat folgt, sind Aussagen zu den aus einem Konsensualkauf folgenden Pflichten der beiden Vertragsparteien. Der Verkäufer

---

diritto provinciale, (JJP 6) 115 und Fn. 108 = Op. Min. I 307 und Fn. 108; Georges CORNIL, Die Arrha im justinianischen Recht, in: SZ 48 (1928) 51-87; Gérard CHALONS-SECRÉTAN, Les arrhes de la vente sous Justinien, Lausanne 1954 (= Diss. Lausanne); J. A. C. THOMAS, Arra in sale in Justinian's law, in: TR 24 (1956) 253-278; Ernst SCHÖNBAUER, Beiträge zur Geschichte des Liegenschaftsrechts im Altertum, Leipzig 1924, 9. Zurückhaltend Fritz PRINGSHEIM, The Greek Law of Sale, Weimar 1950, 381 Fn. 6; L. WENGER, Juristische Literaturübersicht I, in: AfP 9 (1930) 104-118, hier: 117f.; F. WIEACKER, Lex commissoria. Erfüllungszwang und Widerruf im römischen Kaufrecht, Berlin 1932, 98.

[4] Anders aber MITTEIS, Über drei neue Handschriften 56; J. GILSON, L'étude du droit romain comparé aux autres droits de l'antiquité, Paris - Strassburg 1899, 202-224; PARTSCH, in: Göttingische Gelehrte Anzeigen aaO («Entwicklung» sogar innerhalb unserer Stelle); DERS., Mitteilungen aus der Freiburger Papyrussammlung 2: Juristische Texte der römischen Zeit = in: Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Classe 10 (1916) 18ff.; Francesco SCHUPFER, Le Contrattazioni nel libro del diritto siriaco-romano, in: RISG 59 (1917) 143-179; P. DE FRANCISCI, Ancora dei diritti orientali mediterranei e dei loro rapporti, in: Archivio Giuridico "Filippo Serafini" 88 (1922) 3-40, hier: 20-22. Gegen den eigenständigen Wert der Versionen oder Übersetzungen schon überzeugend NALLINO, Sul libro siro romano 203ff. = Racc. IV 513ff. Jede Einzelexegese bestätigt diesen Befund.

[5] Vgl. demgegenüber nur MITTEIS, Reichsrecht und Volksrecht 507ff.; DERS., CPR I, zu Nr. 19, S. 69ff.; DERS., Über drei neue Handschriften 56, wo er immerhin die ἀνάγκη im Text erkennt. Oder A. EHRHARDT, Justa causa traditionis, Berlin - Leipzig 1930, 183f., der MITTEIS in einer von diesem zu dieser Zeit schon aufgegebenen Meinung vom Selbsthilfeverkauf folgt. Ferner PARTSCH aaO; TAUBENSCHLAG aaO; CALOGIROU aaO; CORNIL aaO; TALAMANCA aaO; CHALONS-SECRÉTAN aaO; THOMAS aaO; CARUSI aaO; C. A. NALLINO, A proposito di alcuni studi sui diritti orientali, in: RSO 9 (1921-23) 77-92 = Racc. IV 117-135; SCHUPFER aaO; DE FRANCISCI aaO.

[6] Zustimmend YARON, Syro-Romana 145.

hat die Pflicht (ἀνάγκη), eine καταγραφή auf den Namen des Käufers zu schreiben. Der Käufer hat die Pflicht, den Kaufpreis zu zahlen. Der Verkäufer wieder schuldet die Übergabe der Sache. Das sind die Pflichten aus einem konsensualen Verkauf, bei dem die Leistungen sämtlich in der Zukunft liegen sollten.

Ob der Schlußsatz in den abgeleiteten Versionen «jenem Käufer, der von ihm *rein* gekauft hat», ursprünglich ist, läßt sich nicht sicher entscheiden. Das Adverb *rein* erinnert an das lateinische *pure*, so daß ein Kauf «ohne Vorbehalt» oder «unbefristet» gemeint wäre (vgl. D. 50,16,10: *sive pure sive in diem vel sub condicione*, I. 3,15,3: *omnis stipulatio aut pure aut in diem aut sub condicione fit*; vgl. auch D. 16,50,213). Der Satz fehlt in L, doch ist die Parallele zu den lateinischen Zitaten verlockend. Möglicherweise liegt hier also eine Verkürzung in L vor.

V. Die καταγραφή verdient besondere Beachtung. Sie wurde bereits in § 24 berührt und wird uns in § 68 noch einmal beschäftigen. Sie ist eindeutig ein Rechtsakt, zu dem der Verkäufer in der Vollziehung des Vertrages verpflichtet ist. Der Schriftakt, der den Namen des Erwerbers festhält, ist aber sicher keine abstrakte Übereignungserklärung, sondern dient der beweisrechtlichen Sicherung des Käufers. Man darf also die καταγραφή nicht im Sinne Justinians C. J. 4,12,17,2 verstehen; sie ist kein nach mündlicher Abrede noch schriftlich abzuschließender Kauf.

Kommentar zu § 35[1] (und § 101)

L 39 = R III 39 = R II 27, 28 = D 26, 27 = R I 19, 20 = P 19, 20 = Ar 27, 28 = Arm 21, 22 = Georg 21, 22 = I 22/2

I. Die Stellen §§ 35 und 101 befassen sich mit römischem Sachmängelrecht beim Sklavenkauf. Der Verfasser unterscheidet dabei beide Male zwei grundsätzlich verschiedene Fallgestaltungen. Im einen Fall hatte der Verkauf κακῇ αἱρέσει, im anderen Fall καλῇ αἱρέσει stattgefunden. Die Fallgestaltungen ergeben sich danach aus verschiedenen typischen Vertragsbedingungen. Hinter der κακῇ αἱρέσει steckt ein Vertrag *bonis condicionibus*, wie er sich etwa bei Papinian in D. 21,1,54 und in römischen Verkaufsurkunden wie P.BL 229 = FIRA III Nr. 132 oder P.bibl.univ.Giss. Nr. 566 = P.SB III 6304 = FIRA III Nr. 134 findet.[2] Dahinter wieder steckt eine Garantieerklärung des Verkäufers gegen verborgene Sachmängel, konkret gegen Krankheit, Epilepsie («Dämon») und Fugitivität. Der Verkauf κακῇ αἱρέσει wird auch als ἁπλῇ ὠνή, d.h. einfacher Verkauf, bezeichnet, als *simplaria venditio* der römischen Quellen (D. 21,1,48,8), bei der die Haftung für Sachmängel vertraglich ausgeschlossen wurde.[3] MEMMER kann hier zum Vergleich gräko-ägyptische Papyri heranziehen.[4] Die Entsprechung unserer Texte geht

Zu § 35:

[1] Der Kommentar folgt gänzlich der überaus ausführlichen Abhandlung von Michael MEMMER, Der "schöne Kauf" des "guten Sklaven". Zum Sachmängelrecht im Syrisch-römischen Rechtsbuch, in: SZ 107 (1990) 1-45.

[2] Vgl. MEMMER aaO 11f. Fn. 41-44.

[3] So bereits GIRARD-SENN, Manuel 597 und Fn. 1 mit Adhémar ESMEIN, Melanges d'histoire du droit et de critique, Paris 1886 (Ndr. Aalen 1970), 414.

[4] AaO 17.

bis zur Parallelität von Urkundenformeln. Der Wortlaut aus § 35 Absatz 4 «sei er gut oder schlecht, mit der Abmachung, daß keiner sich gegen seinen Partner wende» ist nichts anderes als die Klausel τούτον τοιούτον ἀναπόριφον. Sprache und Herkunft der Formulare dürfen uns jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß dem dispositives römisches Sachmängelrecht zugrunde liegt.

II. Das Recht zur Rückgabe des Sklaven, der einen Dämon hat, d.h. an Epilepsie leidet, wird auch beim «einfachen Kauf» gewährt. MEMMER weist hier überzeugend auf eine weitere Parallele in den gräko-ägyptischen Papyri hin, wo es heißt: ἀναπόριφον πλὴν νόσου καὶ ἐπαφής. Wieder wird nicht eigentlich eine gesetzliche Regelung geboten - der Hinweis auf den νόμος ist nur ein Hinweis auf das Recht schlechthin -, sondern Vertragsrecht im Rahmen der rechtlichen Dispositionsfreiheit.

III. Trotz ähnlicher Formulierungen liegt nicht eigentlich ein Kauf mit Redhibitionsabrede zum Zweck der Probe vor.[5] Das *displicere* und *redhibere* ersetzt beim Kauf auf Probe den Nachweis des konkreten Sachmangels, ein erweitertes Sachmängelrecht war damit geschaffen. Hier in §§ 35 und 101 war jedoch der Mangel erst noch nachzuweisen. Allein die Fristberechnung sollte hier von der Erprobung abhängen. Mit Recht sieht MEMMER in den Formularen eine Konkretisierung des *tempus utile* der Quellen; die Frist begann nicht, bevor der Sklave erprobt werden konnte, also nicht schlechthin mit dem Kaufabschluß.[6]

IV. Die Ansprüche des Käufers halten sich in bekannten Grenzen: Rückforderung des Kaufpreises gegen Rückgabe des Sklaven samt Ersatz eventuellen Folgeschadens (aus einem Diebstahl). Während aber das ältere römische Recht bei Unmöglichkeit der Rückgewähr des Sklaven, etwa des geflohenen *fugitivus*, käuferfreundlich eine *cautio ut emtor hominem persequatur* ... genügen ließ, führte C. Th. 3,4,1 = C. J. 4,48,5 (Theodosius, 386 n. Chr.) die unbedingte Rückgabepflicht bei Wandlung ein. Diesen neuen Rechtszustand bietet unser Rechtsbuch.

Kommentar zu § 36 und § 40

L 40 = R III 40 = R II 93 = D 90 = R I 61a = P 68a = Ar 92 = Arm 92 = Georg 93

Die Emanzipation (zur Form vgl. die Erläuterungen zu § 3) beendete die *patria potestas* über den freigelassenen Sohn oder die freigelassene Tochter. Hatte der Sohn zur Zeit der Emanzipation aber selbst wieder Kinder, so waren diese dem Vater (des Vaters) unterworfen. Der Großvater konnte dabei die Enkel, während er den Sohn emanzipierte, *in potestate retinere* (Gai Inst. 1, 133). Die nach der Emanzipation dem Sohn geborenen Kinder standen aber nicht mehr unter der Gewalt des Großvaters. Das Beispiel von der Tochter zeigt wohl ein Glossem des Vorlagetextes «*aut filiam*» an, denn der weitere Text spricht nur noch vom Sohn. Materiell wäre das Glossem auch

[5] MEMMER aaO 27, nach Karlheinz MISERA, Der Kauf auf Probe im klassischen römischen Recht, in: Aufstieg und Niedergang der römischen Welt, hrsg. von H. Temporini und W. Haase, W II 14 (Berlin - New York 1982) 524-582, hier: 536-539, und Frank PETERS, Die Rücktrittsvorbehalte des römischen Kaufrechts, Köln - Wien 1973, 83ff. und 127ff.

[6] AaO 25f.

nicht weiterzuführen gewesen, da die Kinder der Tochter ohnehin nicht in die Gewalt dieses Großvaters fallen konnten. Genau diese Konsequenz findet sich in § 40.

Kommentar zu § 37

L 41 = R III 41 = R II 29 = D 28 = R I 21 = P 27 = Ar 29 = Arm 23 = Georg 23 = N IV 3b = O 160 = 67/14

Das Thema «δίκη für jemanden sprechen» ist uns bereits aus §9 bekannt. Es geht bei der δίκη um einen Zivilprozeß, konkret um die Unfähigkeit eines Sklaven, in einem solchen Prozeß als Beauftragter aufzutreten.[1] Die Aussage ist so selbstverständlich, daß es schwerfällt, die Textvorlage zu eruieren.

Kommentar zu § 38

L 42 = R III 42 = R II 94 = D 91 = R I 61b = P 68b = Ar 93 = Arm 93

I. Der erste Satz handelt von der Emanzipation eines Sohnes durch den Vater als Gewalthaber. Wieder ist es schwierig, für die fast selbstverständliche Aussage eine Textvorlage zu finden.

II. Der zweite Satz fügt eine Folgefrage an, die eigentlich nicht mehr das enge Thema, sondern die *manumissio* ganz allgemein betrifft. Die Worte «aber ... auch» dürfen uns dabei nicht, wie BRUNS[1], dazu verleiten, an eine doppelte Emanzipation durch Vater und Großvater zu denken. Auch muß im Text nicht ergänzt werden, daß der zu Emanzipierende keinen Vater mehr hat. Der Großvater als Inhaber der väterlichen Gewalt kann, wenn er Sohn und Enkel zugleich unter seiner Gewalt hat, sie unabhängig voneinander emanzipieren (vgl. zu §§36 und 40). Allerdings bereiten die Lesarten aller Versionen Schwierigkeiten. Das Subjekt des Satzes «wenn er will» kann vom Inhalt her nur der Großvater sein. Man würde erwarten: «Wenn der Großvater will, daß er auch ihn (den Enkel) löst, kann er es.» Der ursprüngliche syrische Text bleibt ungewiß. Die arabische Version übersetzt nicht wörtlich und umgeht die Schwierigkeit: «Wenn sein väterlicher Großvater (es) will, ist es auch ihm erlaubt.»

Kommentar zu § 39

L 43 = R III 43 = R II 61, 60 = V 59, 58 = D 59, 58 = P 49, 48 = Ar 60, 59 = Arm 61, 60 = Georg 63, 61

I. Drei verschiedene Fälle, in denen ein Mann etwas «auf den Namen» seiner Frau kauft, werden behandelt. Die «Frau seiner Jugend» wird als Ehefrau gegen die «Witwe»

Zu § 37:

[1] So schon BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 210, mit RUDORFF, Legum saecularium Constantini Theodosii et Leonis capita 109.

Zu § 38:

[1] BRUNS-SACHAU III 211.

gestellt. Und bei der «Frau seiner Jugend» wird danach unterschieden, ob sie neben der φερνή auch noch Paraphernalvermögen erworben hat. BRUNS fand den Unterschied unter den Frauen «völlig sinnlos».[1] Er meinte, in den beiden ersten Fällen sei das römische Verbot von Schenkungen unter Ehegatten behandelt. Dazu paßte dann aber auf keinen Fall die Entscheidung mit der Witwe. Hier fand BRUNS das Thema behandelt, wem die Kaufansprüche zustehen sollten, dem Mann, der sie nicht erwerben wollte, oder der Frau, der er sie nicht erwerben konnte.

Weder der eine noch der andere thematische Ansatz ist richtig. Alle drei Entscheidungen sind dem gleichen Thema zuzuordnen. Und das Thema ist ein ganz anderes, nämlich *si sub alterius nomine res empta erit* wie in C. Greg. 3,7. Der Gegensatz der Beispiele der «Frau seiner Jugend» und der «Witwe» aber beruht auf der Darstellungsweise, die dem Hörer oder Leser den Ausgangspunkt lebensnah schildern wollte. Die «Frau seiner Jugend»[2] ist die junge, zum ersten Mal verheiratete Frau, die außer ihrer φερνή kein Vermögen in die Ehe eingebracht hat, solches Vermögen allenfalls später von seiten ihrer Familie durch Erbschaft oder auf andere Weise als Paraphernalgut erwirbt. Die «Witwe» aber steht für die bereits einmal verheiratete, wirtschaftlich viel selbständigere Frau, die wahrscheinlich eigenes Vermögen mit in die Ehe gebracht hat.

II. 1. In C. Greg. 3,7 werden unter dem oben genannten Titel zwei Konstitutionen zusammengefaßt und mit einer gemeinsamen *interpretatio* wiedergegeben. Weder im Text der Konstitutionen noch in der *interpretatio* ist vom Thema des Schenkungsverbotes die Rede. Auch in unserer Stelle ist nirgends angedeutet, warum der Mann beim Kauf den Namen der Frau als Erwerberin nennt. Dafür gibt es viele Gründe, vor allem solche der Verschleierung der Eigentümerstellung. Damit ist auch ein weiteres mögliches Thema ausgeschlossen; es geht nicht um die Zuordnung der Käuferstellung bei der Obligation, sondern um die Frage, wer bei dem bereits abgewickelten Kauf denn als Eigentümer der gekauften Sache anzusehen ist. Insoweit ist C. Greg. 3,7 eindeutig: ... *non potest vindicare* ... oder *dominum faciunt*. In unserer Stelle verwirrt nur die traditionelle Übersetzung «... daß er nicht wirksam ist ... »; in der Tat geht es um die *sachenrechtliche Wirkung* des gesamten Kaufgeschäfts, nicht aber die Gültigkeit der Obligation, im dritten Fall in der Erörterung ausgedrückt, ob die Witwe denn «Herrin», d.h. Eigentümerin der gekauften Sache werde.

2. C. Greg. 3,7 behandelt die Frage nach drei möglichen Indizien für den Eigentumserwerb des Mannes oder der Frau. Schon PS 2,17,14(15) hatte die drei Indizien genannt: In wessen Name gekauft wurde, mit wessen Geld gekauft wurde und wem die Sache tradiert wurde. Genau damit befassen sich auch C. J. 3,32,10 und 19 in diokletianischer Zeit: Die *instrumenta* mit den dort angegebenen Namen sind bei der Frage, wer

---

Zu § 39:

[1] AaO 211. Daß die «Frau seiner Jugend» ohne φερνή gewesen sei und hier Frauen im ἄγραφος und ἔγγραφος γάμος gegenübergestellt seien, behauptet St. BRASSLOFF, Zur Kenntniss des Volksrechtes in den romanisirten Ostprovinzen des römischen Kaiserreiches, Weimar 1902, 91f. Die Annahme findet im Text keine Stütze. Dagegen zu Recht schon NALLINO, Παῤῥησία e nozze senza scrittura 58ff. = Racc. IV 319f.

[2] Bereits aus dem Alten Testament bekannt: γυνὴ (ἐκ) νεότητος (Prov. 5,18; Mal. 2,14.15; Is. 54,6). Vgl. dazu NALLINO, Παῤῥησία e nozze senza scrittura 74ff. = Racc. 320ff. und YARON, Syro-Romana 141.

Eigentümer einer gekauften Sache sei, keine stärkeren Hinweise als *indicia cetera.* Allein die Tatsache, daß nach dem Urkundentext «im Namen» der Frau gekauft wurde, kann also für sich noch nichts entscheiden. So behandelt dann unser Text nacheinander diese drei *indicia* an konkreten Fällen, für die wir sonst keine Überlieferung haben.

III. Im ersten Fall hatte ein junger Mann ein junges Mädchen geheiratet; für das Mädchen zumindest ging es um die erste Ehe, wie es auch der Gegenfall der Witwe zeigt. Der Mann kaufte etwas und benannte die Frau als Erwerberin. Der gezahlte Kaufpreis stammte aber allein vom Mann, genau wie in C.Greg. 3,7,2.[3] Die junge Frau hatte nämlich in diesem Fall überhaupt noch kein Paraphernalvermögen, aus dem der Kaufpreis hätte gezahlt werden können, ein klares Indiz gegen einen Eigentumserwerb der Frau. Halten wir uns den Unterschied des Grundfalles zu dem Fall mit der Witwe vor Augen, so wurde hier nicht speziell an die Frau tradiert. Damit müssen wir wohl davon ausgehen, daß der Mann der *possessor* war. Die Quintessenz der Stelle also lautet: Allein der Umstand, daß der Name der Frau als Erwerberin des Kaufgegenstandes genannt wurde, rechtfertigt es nicht, sie als Eigentümerin anzusehen, wenn der Kaufpreis vom Mann stammt und dem Mann tradiert wurde. Genau das ist die Entscheidung aus C.Greg. 3,7,2.

IV. In der weiteren Diskussion wurde nun der Grundfall dahin abgewandelt, daß die «Frau seiner Jugend» während der Ehe von seiten ihrer Verwandtschaft Paraphernalgüter erlangt hatte und daß der Kaufpreis gerade daraus beglichen wurde. Damit gab es außer der Benennung der Frau als Vertragspartei noch ein weiteres Indiz dafür, daß sie Eigentümerin der Kaufsache sei, im Sprachgebrauch der *interpretatio* von C.Greg. 3,7 der «bessere Eigentümer». Was vorher Indiz für den Erwerb durch den Ehemann war, wurde nun zum Indiz für den Eigentumserwerb der Frau.

V. Die Diskussion des Grundfalles aus III. wird auch in der *interpretatio* zu C.Greg. 3,7 weitergeführt, aber nicht um den Fall aus IV., sondern um den Fall, daß die Frau im Kauf als Erwerberin genannt wird, der Mann aber aus seinen Mitteln zahlt, der Frau freilich der Besitz (νομή) übertragen wird. In der *interpretatio* zu C. Greg. 3,7 wird jetzt der Frau das Eigentum zugesprochen, der Mann auf einen Anspruch gegen die Frau verwiesen, *pecuniam recipere.* In unserer Stelle glaubt man einen Abklatsch dieser *interpretatio* zu lesen, im Fall um das Element aus dem praktischen Leben angereichert, daß es sich bei der Frau um eine Witwe handelt, die ihr Vermögen selbst verwaltet und in Besitz hat und der der gekaufte Gegenstand tradiert wurde. Es fehlt nur die Angabe, aus wessen Mitteln der gekaufte Gegenstand bezahlt wurde. Nach C.Greg. 3,7 kam es darauf für die Entscheidung über den Eigentumserwerb gar nicht an. Wesentlich war nur, daß die Frau Vermögen hatte, zu dem sie den gekauften Gegenstand überhaupt erwerben konnte. Das war bei der Witwe unseres Textes wohl der Fall.

---

[3] Der Umstand, daß der Kaufpreis von ihm stammt, wird im Syrischen dadurch betont, daß das Wort «Habe» mit dem Possessivsuffix versehen ist und zusätzlich das selbständige Possessivpronomen nachsteht: *men neḵsau(hi) dīleh* «von seiner eigenen Habe» (vgl. NÖLDEKE, Syrische Grammatik S. 171 [§ 225 B]).

Kommentar zu § 40

L 44 = R III 44 = R II 95 = D 92 = P 69 = Ar 94 = Arm 94 = Georg 95 = Q

Vgl. den Kommentar zu § 36.

Kommentar zu § 41

L 45 = R III 45 = R II 96 = D 93 = P 70 = Ar 95 = Arm 95 = Georg 94

I. Das Hauptproblem unserer Stelle war zunächst die Rekonstruktion eines vollständigen Textes, dann die korrekte Übersetzung in den richtigen *termini technici*. Diese Rekonstruktion des in den verschiedenen Handschriften verschieden defekten Textes ist seit dem Vorliegen von Dam 8/11 etwas leichter geworden. Sie kann davon ausgehen, daß der Text aus vier Teilen besteht. Den Anfang bildet die allgemeine Anfrage, *ob* denn ein vom Erblasser nach dem Diktat nicht mehr subskribiertes Testament wirksam sei. Darauf folgen zwei verschiedene Fallgestaltungen mit unterschiedlichen Antworten. Schließlich wird die Anfrage in einer Schlußantwort zur zweiten Fallgestaltung wieder aufgegriffen.

1. BRUNS[1] ahnte nur dem groben Sinne nach, worum es in unserem Text geht. Sein Kommentar hing letztlich an dem unzulänglichen Text aus L 45 und dessen wenig tauglicher Übersetzung durch SACHAU. Der später gefundene Text aus R II 96 war zwar etwas vollständiger, aber immer noch nicht aufschlußreich genug; vor allem aber hafteten der Übersetzung noch die alten Mängel an.[2] Erst NALLINO kam dem Sinn der Stelle durch eine korrigierte Übersetzung näher, obwohl er noch immer nicht den besten Text hatte.[3] Dam 8/11 bietet neue Hilfen. SELBS älterer Erklärungsversuch[4] muß heute stark korrigiert werden; vor allem wegen des Schlußsatzes, der nun weitab von den bisherigen Lesungen und vor allem Übersetzungen zu verstehen ist.

2. Man erwartet im Schlußsatz eine zusammenfassende Antwort auf die eingangs gestellte Frage, ob denn ein imperfektes Testament überhaupt Wirkungen entfalten könne. Und der dabei die Perfektion hindernde Mangel war ausschließlich jener der fehlenden *subscriptio* des Testamentsverfassers, der wegen des überraschenden Todes seine Hand nicht mehr unter das Testament setzen konnte. Die bisherigen Übersetzungen gehen aber zumeist von einem anderen Schluß aus. In L 45 geht es nach SACHAU um drei Zeugen, die vor dem Sterbenden das Testament besiegeln;[5] in P 70 um den Sterbenden, der das Testament selbst siegelt; in R II 96 ebenso. Vielleicht hat sich der Übersetzer von der arabischen oder armenischen Übersetzung leiten lassen. Alle Erfindungen von

---

Zu § 41:

[1] BRUNS-SACHAU III 212f. Ganz auf ihn vertrauend Georgios S. MARIDAKIS (Μαριδάκης), Τὸ ἀστικὸν δίκαιον ἐν ταῖς νεαραῖς τῶν Βυζαντινῶν αὐτοκρατόρων, Athen 1922, 267.

[2] SACHAU, Syr. RB I 108f. mit Anm. S 194.

[3] D'alcuni passi del «Libro siro-romano» 828-831 = Racc. IV 472-475.

[4] Zur Bedeutung 90-97; gegen diesen Versuch richten sich auch die Bedenken von YARON, Syro-Romana 130.

[5] So auch NÖRR, Bespr. zu Selb 569, der weitergehende Erwägungen zum byzantinischen Drei-Zeugen-Testament anstellt.

Unterschriften oder Siegeln von Zeugen oder Siegeln des Erblassers sind gravierende Hindernisse des Verständnisses. Ohne alle Konjekturen und in voller Übereinstimmung mit der Fragestellung im Einleitungssatz heißt es, daß das über den ἔκδικος perfizierte Testament genau so wirksam sei wie jene Testamente, unter die die Sterbenden selbst noch ihre Hand haben setzen können. Hier ist zuzugeben, daß SELB sich in seinen früheren Annahmen noch zu stark von der Literatur hat leiten lassen.[6] Es geht also nicht um ein Nottestament, bei dem drei Zeugen genügen, sondern um ein 7-Zeugen-Testament, dem die *subscriptio* des Testierenden fehlt.

II. Die bisherigen Übersetzungen waren aber nicht nur in diesem Schlußsatz für den Juristen irreführend. Denn ganz allgemein wurden gleiche Ausdrücke verschieden und verschiedene Ausdrücke gleich, vor allem völlig untechnisch in einer so technischen Disziplin wie dem Testamentsformalismus übersetzt.

1. Vom Erblasser, der das Testament machen will, heißt es gleichbleibend ܢܣܒ *naṣṣaḥ*. Er «schreibt» das Testament also nicht, er verfaßt es, indem er es «diktiert». Der «Thesaurus Syriacus»[7] belegt *dictare* oder ὑπαγορεύειν als Bedeutung, Karl BROCKELMANN[8] ebenso. Beides ist auch der Fachausdruck lateinischer oder griechischer juristischer Quellen für das mit Hilfe eines Urkundenschreibers errichtete Testament.[9] Inhaltlich wird das in der Stelle selbst bestätigt, wenn es im zugehörigen Zeugeneid heißt: «Wir haben aus dem Mund jenes Mannes dies gehört, was in diesem Testament geschrieben ist.»

2. Vom Urkundenschreiber, dem νομικός, heißt es durchweg ܟܬܒ *ktaḇ*. Er allein «schreibt» das Testament im technischen Sinne auf Grund des Diktats des Erblassers.

3. Vom Erblasser aber heißt es wieder anders, nämlich ܒܗ ܟܬܒ *ktaḇ bāh*. Er «unterschreibt» das Testament, das ein anderer geschrieben hat, in der technischen Sprache des römischen Rechts heißt das *subscribit*. Der Schlußsatz bietet dafür auch noch das Synonym «seine Hand darunter setzen». Das hat nichts mit der Unterschrift unter ein vom Erblasser selbst geschriebenes Testament zu tun. Der Erblasser perfiziert lediglich das Testament durch seine *subscriptio*. Darauf hat bereits NALLINO hingewiesen, ist aber nicht konsequent geblieben.[10] Auf keinen Fall ist aber irgendwie vom Siegeln die Rede. Die Tätigkeiten aller Beteiligten sind demnach bei korrekter Übersetzung scharf voneinander abgegrenzt: Der Erblasser *diktiert* das Testament dem νομικός vor Zeugen, die somit über den Inhalt informiert werden. Der νομικός *schreibt* das Testament nach dem Diktat des Erblassers nieder. Und im Regelfall *subskribiert* der Erblasser die Urkunde. Diese *subscriptio* kann aber ersetzt werden, indem die Beteiligten, wahrscheinlich die im Testament genannten Erben, mit dreien der insgesamt sieben Zeugen vor den ἔκδικος der Stadt gehen, der die Zeugen unter Eid zum Vorgang hört und einen entsprechenden *Aktenvermerk* unter das Testament macht. Dieser Aktenvermerk ersetzt die *subscriptio* durch den Erblasser.

---

[6] AaO 96.

[7] Sp. 3390f. und Supplement 284.

[8] Lexicon Syriacum S. 625b (1. Aufl.: addenda S. 508, 301b addendum 4).

[9] C.J. 6,23; Bas. 35,2; PREISIGKE, Fachwörter 174 unter ὑπαγορεύω; DERS., Wörterbuch der griechischen Papyrusurkunden, 2. Band, Berlin 1927, 638f.; CPR 1, Nr. 18, 24, S. 52; P. Cairo Masp. Nr. 67151, 49 (Catalogue II 85-101), letzterer besprochen von H. LEWALD in: SZ 33 (1912) 620-628, hier: 625-628.

[10] Auseinandersetzung mit ihm bei SELB, Zur Bedeutung 91.

III. Der Text geht also von einem 7-Zeugen-Testament aus. Das Testament ist jedenfalls wegen des Mangels einer *subscriptio* des Erblassers *imperfectum*. Zwei Fälle werden nun dennoch gegeneinander gestellt, um darzulegen, wann das Testament durch den beschriebenen behördlichen Vorgang perfiziert werden kann und wann nicht. Im ersten Fall fehlte es deshalb an einer *subscriptio*, weil der Erblasser sich am Ende des Diktats entschlossen hatte, doch lieber ein anderes Testament zu diktieren. Es ist nicht davon die Rede, ob er das dann auch getan hat,[11] es kommt darauf ja auch gar nicht an. Allein der kundgetane *Wille*, das eben diktierte noch imperfekte Testament nicht gelten zu lassen, genügte, die spätere Perfizierung vor dem *defensor civitatis* zu verhindern. Ganz anders im zweiten Falle. Hier überraschte der Tod den Erblasser nach dem Ende des Diktats und der Niederschrift; er wollte, aber er *konnte* nicht mehr subskribieren. Hier konnte das imperfekte Testament noch perfiziert werden. Die Art und Weise solcher Perfektion wird genau beschrieben. Als übrig gebliebenes, sonst nicht überliefertes Zeugnis für die wechselhafte Geschichte des späten Testamentsformalismus[12] ist unsere Stelle von großem Wert.

IV. Eine ähnliche Einrichtung zum 7-Zeugen-Testament zeigt sich in § 88. Auch dort werden von den sieben Testamentszeugen, jetzt aber bei der Eröffnung des Testaments, «zwei oder drei» aufgeboten. Dort wie in unserer Stelle geht es um Beweisfragen zum Testamentsinhalt und die dafür erforderliche Zahl von Zeugen. Sie bezeugen in unserem Text § 41 freilich nicht das Diktat des Erblassers; das hatten sie unter den sieben Zeugen schon am Ende des Testaments getan. Sondern sie bezeugen, daß der Erblasser nur durch den Tod an der eigenen Unterschrift gehindert war.

V. Interessant ist die Terminologie der Amtspersonen und der amtlichen Vorgänge. Der anscheinend rechtlich gebildete Urkundenschreiber heißt νομικός.[13] Er begegnet uns im Rechtsbuch auch sonst als Urkundenschreiber (§ 26). Der ἔκδικος der Stadt kommt nur an dieser Stelle und in § 88 in ähnlichem Zusammenhang vor. Die Formulierung im Kontext legt nahe, daß es in jeder Stadt einen solchen Beamten gab. Es ist anzunehmen, daß er speziell mit dem Urkundenwesen zu tun hatte. In dieser Funktion ist er beim Testament vor Justinian sonst freilich nirgends bezeugt. Justinian, der das überkommene Amt in Nov. 15 nur reformiert, beschreibt aber in caput 3 eine seiner Aufgaben mit πράττεσθαί τε παρὰ τοῖς ἔκδικοις καὶ διαθηκῶν ἐμφανίσεις καὶ δωρεῶν καὶ πᾶν εἴτι τῶν τοιούτων ἐστὶν ὑπομνημάτων ἴδιον (bei den ἔκδικος die *insinuatio* von Testamenten und Schenkungsversprechen durchzuführen und alles dessen, was dergleichen ὑπομνήματα eigen ist). Noch 415 n. Chr. (C.Th. 8,12,8) war der ἔκδικος der Bevölkerung nur zuständig, wenn es in der *civitas* oder dem *oppidum* keine Magistrate gab. Unsere Stelle kennt wie § 88 eine derartige Einschränkung nicht mehr. Justinian schreibt das nur noch fest.[14] Der Verfasser des Textes erweist sich als Praktiker des

[11] Es geht also gar nicht um die Konkurrenz eines alten und eines neuen Testamentes, wie BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 213 meinte.

[12] Vgl. KASER, RP II 478ff. (§ 283 II).

[13] Von M. G. SIRIVIANOU, The Oxyrhynchus Papyri, vol. LVI, London 1989, S. 175, zu P. Oxy Nr. 3874, 39, mit «lawyer» übersetzt.

[14] Vgl. jetzt auch R. M. FRAKES, The Syro-Roman Lawbook and the *Defensor Civitatis*, in: Byzantion 68 (1998) 347-355.

Urkundenwesens. Leider teilt er uns hier den Wortlaut der ὑπομνήματα, von denen er wie Justinian spricht, nicht mit; doch dürfte der Inhalt der Eidesleistung ihren Kern gebildet haben. Wohl aber findet er sich in C. Th. 8,12,8 aus 415 n. Chr. bei Schenkungsversprechen und deren *insinuatio apud acta*.[15]

Kommentar zu § 42

L 46 = R III 46 = R II 97 = D 94 = Ar 96 = Arm 96 (-)

I. Die Grundregel der *lex Falcidia*[1] ist bereits in § 25 wiedergegeben. In unserer Stelle wird sie angewandt. Dabei ist von mehreren Legataren die Rede, die nach dem Inhalt des Testaments insgesamt mehr als drei Viertel des Nachlasses erhalten sollen. Die Anwendung ist wohl oft Gegenstand von Anfragen an die kaiserliche Kanzlei und von Reskripten gewesen, wie C. J. 6,50 zeigt. Im Ausgangsfall lautet die Lösung, daß die Legate im Verhältnis *(pro modo legatorum)* gekürzt werden, bis dem Erben seine Quart verbleibt, wie das ein Reskript der Kaiser Severus et Antoninus von 197 n. Chr. (C. J. 6,50,2) etwas genauer ausdrückt.

II. Bestehen Nachlaßschulden - unter ihnen werden die Steuerschulden *(annonae)* besonders hervorgehoben -, so sind sie bei der Berechnung der falcidischen Quart vom Aktivnachlaß abzuziehen. Unsere Stelle drückt das ganz technisch aus, genau wie C. J. 6,50,6: Es wird die Rechnung gemacht *(ratio)* und dabei jede Schuld abgezogen *(deducitur)*. Dann erst beginnt die Berechnung der Quart. Die Legatare zählen also nicht selbst zu den Nachlaßgläubigern.

Kommentar zu § 43

L 47 = R III 47 = R II 98 = D 95 = P 71 = Ar 97 = Arm 97 (96) = Georg 96

I. Texte zur διάλυσις waren in der kaiserlichen Reskriptenpraxis des 3. Jh. wohl recht zahlreich. Zum Vergleich können weiter die in den *Sententiae Syriacae* enthaltenen Stellen §§ 48-51 herangezogen werden. Unser Rechtsbuch enthält demgegenüber nur einen einzigen Text zur διάλυσις. Und dieser Text bietet weder einen konkreten Fall aus dem Themenkreis noch gesetzliche «Bestimmungen» aus C. Th. 2,9,3.[1] Nicht einmal

---

[15] Vgl. Roland GANGHOFFER, L'évolution des institutions municipales en Occident et en Orient au Bas-Empire, Paris 1963, besonders 164ff.

Zu § 42:

[1] Daß es darum geht, steht bereits bei BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 214; NALLINO, D'alcuni passi del «Libro siro-romano» 835ff. = Racc. IV 479ff.; TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 117 = Op. Min. I 309.

Zu § 43:

[1] So aber BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 214; ihm folgen FERRINI, in: FIRA. II 773 Fn. 2, und G. G. ARCHI, Studi sulle fonti del diritto nel tardo impero romano. Theodosio II e Giustiniano, Cagliari 1987, 138.

die *interpretatio* dazu ähnelt unserem Text. Vielmehr liegt ein Traktat zum wesentlichen Inhalt einer διάλυσις und den daraus resultierenden Folgen vor.

II. Die διάλυσις unseres Textes ist ein Auseinandersetzungsvergleich. In diesem Vergleich, in Cons. 1,1 als *de rebus dividendis pactio*, sonst als *transactio* bezeichnet, wurden anscheinend Verpflichtungen festgelegt, die zu erfüllen waren. Die Auseinandersetzung, die sich in der διάλυσις fand, interessierte unseren Verfasser nicht näher, er berichtet nur darüber, wie sie mit Sanktionen bewehrt werden sollte. Die Details dazu beschreibt der Text: Die Parteien vereinbaren, daß sie fernerhin keine Ansprüche mehr gegeneinander erheben werden. Sie legen eine Buße, die in der insoweit parallelen Stelle § 78 πρόστιμον genannt wird, fest. Und sie beschwören beide die Einhaltung mit einem Eid. Die Folgen der Nichteinhaltung dieser Abrede werden angeschlossen: Der Eidesverstoß führt zur *infamia*. Und die vereinbarte Buße wird fällig. Die Abrede ist uns als *stipulatio Aquiliana* bekannt.[2] Die Buße wird dem Gegner gezahlt; entgegen der Meinung von BRUNS[3] ist insoweit § 78 ganz klar. Das πρόστιμον aus § 78 mit Mult zu erklären, geht fehl. Es handelt sich nicht um die von MITTEIS[4] behandelte späte Fiskalmult.[5]

III. Während L nur von einer «Buße an Gold» die Rede ist, erweitert die Bearbeitung (hier vertreten durch die Hss. RII, D und P) den Text wie folgt: «als Buße eine Unze Gold oder soviel, wie beiden gefällt, in die Auseinandersetzungsurkunde zu schreiben». Grund dafür könnte sein, daß der Bearbeiter, wie auch sonst (s. oben Band I, Kap. V, Abschnitt 5) den Text durch einen bestimmten Betrag anschaulicher machen wollte. Möglicherweise hatte aber auch vorher jemand am Rand das Wort «Gold» durch «Unze» als Geldbetrag verdeutlicht. Nachdem es dann bei einer Abschrift in den laufenden Text geraten war, konnte die unmotivierte «(eine) Unze» nicht stehen bleiben, sondern der Bearbeiter sah sich veranlaßt, auf die Vertragsfreiheit der Parteien hinzuweisen.

Kommentar zu § 44

L 48 = R III 48 = R II 75 = D 73, 74 = R I 70, 71 = P 58, 59 = Ar 74 = Arm 74, 75 = Georg 75, 76 = 74 = I 62/6. 7

I. Es geht um die Status-Rechtsfolgen des Zusammenlebens einer freien Frau mit einem fremden, d.h. ihr nicht gehörenden Sklaven. Im römischen Recht sollte nach einem *SC Claudianum* aus dem Jahre 52 n. Chr. eine freie Römerin, die sich wider den Willen des Eigentümers eines Sklaven mit dem Sklaven zum *contubernium* verband, Sklavin werden. So lautete dem Sinne nach der Text[1] des *senatus consultum*, der uns

---

[2] Zur Entwicklung dieser *stipulatio* in der Spätantike und zum promissorischen Eid vgl. LEVY, Weströmisches Vulgarrecht 47, 136 und DERS., West-östliches Vulgarrecht und Justianian 10 = Ges. Schr. I 270.

[3] AaO.

[4] Reichsrecht und Volksrecht 523ff.

[5] Ältere Zweifel von SELB, Zur Bedeutung 178 und Fn. 49 sind nicht aufrechtzuerhalten.

Zu § 44:

[1] Zu den Zielen des *senatus consultum* vgl. Wulf Eckart Voss, Der Grundsatz der "ärgeren Hand" bei Sklaven, Kolonen und Hörigen, in: Römisches Recht in der europäischen Tradition. Symposium aus Anlaß des 75. Geburtstages von Franz Wieacker, Ebelsbach 1985, 117-184, hier: 132f.

nicht im Wortlaut überliefert ist.[2] Die in den Berichten darüber verwendeten Ausdrücke *coire, se coniungere* oder *contubernium sequi* müssen nicht dem Originaltext entstammen;[3] sie können ebensogut der späteren juristischen Diskussion zu verdanken sein. Das gilt noch mehr für die in den juristischen Texten auftauchende *denuntiatio* oder gar dreifache *denuntiatio.* Als von der Sache her notwendige Formalisierung des Widerspruchs des *dominus* dürfte sie das Ergebnis längerer juristischer Praxis sein.[4] Gerade in diesem Punkt gibt es aber für die Entwicklungsgeschichte des Instituts offene Fragen. Manlio SARGENTI[5] nimmt schon für den Text des *SC Claudianum* das Erfordernis dreifacher *denuntiatio* an. Andere Autoren halten die *denuntiatio* für eine spätklassische[6], die dreifache *denuntiatio* gar für eine nachklassische Einrichtung.[7] Die Abschaffung des *SC Claudianum* durch Justinian und die Entfernung einschlägiger Texte aus den Juristenschriften der Digesten - D. 16,3,27 ausgenommen - verwehrt uns leider den Einblick, wie man sich die Klärung und den Nachweis des Widerspruchs des Herrn und des *contubernio perseverare* in der hohen Klassik vorstellte. Da die Entwicklung seit Konstantin (C.Th. 4,12[11]) nicht geradlinig verläuft,[8] helfen uns hierin auch die erhaltenen spärlichen Zeugnisse der Spätzeit nicht weiter. Das ist der Hintergrund für die Exegese unserer Stelle.

II. Ein weiteres Problem der Stelle ist der Status der Kinder aus einer Verbindung einer freien Frau mit einem Sklaven. Die Lösung ergibt sich für das römische Recht zum Teil aus allgemeinen Regeln, die noch dazu als *ius gentium* über das römische Recht hinausreichen. Zum Teil gibt es spezielle römische Regelungen, von denen uns Gai Inst. 1, 84-86 berichtet. Wurde die freie Frau Sklavin, so waren ihre nachher geborenen Kinder aus der Verbindung mit dem Sklaven ohne Zweifel Sklaven nach *ius gentium.* Blieb sie dagegen im *contubernium* eine Freie, was ihr das *senatus consultum* durch *pactio* mit dem Herrn zugestand, so wären die Kinder nach *ius gentium* ebenfalls frei gewesen, so wie es Hadrian dann gegen das *senatus consultum* und eine ältere Sonderregelung wieder verfügte (Gai Inst. 1,84 «*sed postea* ... »). Die Sonderregel des *senatus consultum* aber war, daß die Frau trotz der für sich selbst paktierten Freiheit Sklaven gebäre. Und diese Sonderregel wieder griff nur auf eine ältere zurück, die sich noch nicht mit der Mutter, sondern nur mit den Kindern aus dem *contubernium* beschäftigte. Von dieser älteren Regelung wissen wir aus Gai Inst. 1,85 und 86.[9] Sie dürfte freilich andere Voraussetzungen ins Spiel gebracht haben als später das *SC Claudianum*, nämlich das Wissen der freien Frau bzw. ihr Nichtwissen (Gai Inst. 1,85: *credebat*;

---

[2] Tacitus, Annales XII 53; Sueton, *Vespasian* 11; Gai Inst. 1,84 und 91; UE 11,11; PS 2, 21a; Sent. Syr. § 58; C. Th. 4,12(11); Tertullian, *ad uxorem* 2,8.

[3] A.M.: Voss aaO 131 für *se coniungere*.

[4] Voss aaO 131f.

[5] Il diritto privato nella legislazione di Costantino, Milano 1938, 44ff.

[6] Sigmund Wilhelm ZIMMERN, Geschichte des römischen Privatrechts bei Justinian, Band 2, Heidelberg 1826, 730; ihm folgend MITTEIS, Reichsrecht und Volksrecht 369f.

[7] E. LEVY, Der Hergang der römischen Ehescheidung, 1925, 28f.

[8] SELB, Sententiae Syriacae 150f. zu Sent. Syr. § 58

[9] So letztlich auch Voss aaO 130.

1,86: *sciebat*). Das *pactum* jedenfalls bezog sich allein auf die Frau, nicht auf die Kinder.[10] Auch diesen Hintergrund benötigen wir für die Exegese unserer Stelle.

III. Diese Exegese muß vorweg beachten, daß unsere Stelle kein Teil eines systematischen Werkes und schon gar nicht Teil eines Gesetzgebungswerkes ist. Auch hier zeigt sich das Schema der freien Assoziation von zusammengehörenden Fragen ohne ein Ziel der Vollständigkeit. Zusätzlich ist noch zu beachten, daß die Darstellung als Paraphrase eines ohnehin vorliegenden Grundtextes lebensnah sein will.

1. Die Möglichkeiten der Fallgestaltung waren - legen wir Gai Inst. 1,84-86 zu Grunde - zwei, praktisch aber drei: a) Eine freie Frau verband sich mit einem fremden Sklaven im Hause des Herrn; sie zog also in das fremde Sklavenquartier. Wo Gaius ganz theoretisch die *pactio* mit dem Herrn als Ausnahme von einer Grundregel hervorhebt, hat er aber praktisch bereits wieder drei, nicht zwei Möglichkeiten berührt. Die Frau konnte gegen den Willen oder mit dem Willen des Herrn einziehen. Zog sie mit dem Willen des Herrn ein, so konnte in der Einigung *(pactio)* ihr Sklavenstatus oder ihre Freiheit festgelegt sein. In einer untechnischen Sicht der Einigung konnte die eine Variante als «sich in die Sklaverei schreiben» - bei schriftlicher Einigung -, die andere aber als positives «sich nicht in die Sklaverei schreiben» bezeichnet werden, wie wir das in unserem Text finden. Von der Variante einer Einigung aus, wie immer sie aussah, gab es jedenfalls keinen Anlaß, von einer *denuntiatio* zu handeln. b) Eine freie Frau zog den fremden Sklaven in ihr eigenes Haus. Hier gab es nun sicher das Problem der *denuntiatio*. Daß der Verfasser jetzt nicht auch noch die *pactio* und das Schicksal der Kinder erörterte, werden wir nach der Absicht der Darstellung nicht zu Schlußfolgerungen systematischer Art verwenden dürfen.

2. Genau im Rahmen dieser Möglichkeiten bewegt sich unser Verfasser. a) Zieht die Frau mit Zustimmung des Herrn des Sklaven ins Sklavenquartier, und räumt ihr der Herr in der Einigung nicht den Fortbestand der Freiheit ein («sich in die Sklaverei schreiben»), so wird die Frau Sklavin *ex SCto Claudiano*. Damit zusammen wird der Status der Kinder behandelt. Sie werden Sklaven nach der *ius-gentium*-Regel. b) Zieht die Frau mit der Zustimmung des Herrn ein und räumt ihr selbst der Herr in der Einigung den Fortbestand der Freiheit ein («sich nicht in die Sklaverei schreiben»), so bleibt sie frei *ex SCto*. Die in der Folge geborenen Kinder aber werden nach der vorhadrianischen Regelung Sklaven. c) Zieht der Sklave zu der Frau, so muß der Herr seine Rechte durch (drei?) παραγγελίαι wahren.

3. Damit fallen die bisher in der Literatur gebotenen Exegesen zu § 44 weitgehend in sich zusammen. MITTEIS[11] hielt die Distinktion, je nachdem die Frau den Mann oder der Mann die Frau empfange, für unrömisch, nämlich für volksrechtlich oder doch für eine vulgare Verbindung römischer und orientalischer Vorstellungen.[12] Daß im ersten Fall keine Denuntiation gefordert werde, hielt er für eine Verschärfung gegenüber dem römischen Recht. Und in der Entscheidung über den Status der Kinder bei *pactio* der

[10] Vgl. nur Voss aaO 166 mit Fn. 66.

[11] Reichsrecht und Volksrecht 365f.

[12] Mit Walter ERDMANN, Die Ehe im alten Griechenland, München 1934, 193f.; jetzt gefolgt von Voss aaO 157f.

Mutter mit dem Herrn des Sklaven sah er einen Anklang an Gortyn VI 55 bis VII 4 und einen Widerspruch gegen römisches Recht. Daß sich die Frau in die Sklaverei schreibe, erinnere eher an die Selbstverknechtung der Frau.[13] D. H. MÜLLER[14] fand gegen den Widerspruch von MITTEIS[15] Anklänge an den *Codex Hammurabi*. TAUBENSCHLAG[16] und Stephan BRASSLOFF[17] schlossen sich MITTEIS an, letzterer mit der Besonderheit, daß die Schrift, durch die sich die Frau in die Sklaverei geschrieben habe, ein ἄγραφος γάμος gewesen sei. Biondo BIONDI[18] nennt das alles Phantasterei, sieht aber selbst unsere Stelle ebenfalls als unrömisch an. BOSSOWSKI[19] findet das Recht Gortyns, mit römischem gemischt, wobei das römische Recht christliche Züge trage. SARGENTI[20] spricht von syrischem Vulgarrecht unbekannter Herkunft. Nur NALLINO[21] sah römisches Recht wiedergegeben, gab freilich letztlich keine Begründung, wegen der unzutreffenden Annahme, die Verbindung der Frau mit dem Sklaven sei «vero e proprio matrimonio». Allein BUCKLAND[22] erkannte, daß die *pactio* der Frau die Freiheit wahrte oder nicht wahrte, genau wie bei Gaius.

4. Nur die abgeleiteten Versionen sprechen von einer dreifachen Aufforderung durch den Herrn des Sklaven. L nennt hier keine Zahl. Die dreifache Abmahnung durch den Herrn findet sich sicher bei Julian in C.Th. 4,11,6 und bei *Arcadius et Honorius* in C.Th. 4,12,5. Die *interpretatio* zu letzterer Stelle «*sine trina denuntiatione mulier servo iuncta non fit ancilla*» formuliert sie nur negativ. Angesichts dieser Stellen ist nicht auszuschließen, daß der Text in L verkürzt ist. Er muß es jedoch nicht sein. Der Bearbeiter könnte die Zahl auch aus § 89 entnommen haben, wo - in anderem Zusammenhang - drei Aufforderungen verlangt werden, abgesehen davon, daß die Dreizahl wegen ihrer Beliebtheit ohnehin nahelag, wenn man überhaupt eine Zahl angeben wollte. Angesichts dieser Unsicherheit läßt sich nicht behaupten, daß die dreifache *denuntiatio* bereits fest etabliert war. Zur Entwicklungsgeschichte der Institution würde unser Text ohnehin nichts beitragen.

---

[13] So jetzt auch Voss aaO 157f.

[14] Das Syr.-röm. Rechtsbuch und Ḥammurabi 188 (Separatdruck: 52).

[15] Das syr.-röm. Rechtsbuch und Hammurabi.

[16] Il diritto provinciale, (JJP 6) 105 = Op. Min. I 294.

[17] Zur Kenntniss des Volksrechtes in den romanisirten Ostprovinzen des römischen Kaiserreiches, Weimar 1902, 82ff.

[18] Il diritto romano cristiano, vol. II, Milano 1952, 402 Fn. 1 und Vicende postclassiche del SC. Claudiano, in: IURA 3 (1952) 142-154, hier: 152.

[19] Quo modo 393.

[20] AaO 48 Fn. 4.

[21] Ancora il Libro siro-romano 82 = Racc. IV 295f.

[22] The Roman Law of Slavery, Cambridge 1908, 412.

Kommentar zu § 45

L 49, 50 = R III 49, 50 = R II 30, 31 = D 29, 30 = R I 23 = P 28 = Ar 30, 31 = Arm 24, 25 = Georg 24, 25 = I 63/8, I 65/23

A

Bei dem griechischen Fremdwort ܐܢܐܦܓܪܦ *('n'wpgrp')* liegt nach der Schreibung in L 50 das bisher allgemein angenommene griechische ἐναπόγραφος[1] für *adscripticius* eher fern. Möglich wäre diese Gleichung nur dann, wenn man davon ausgeht, daß die beiden Buchstaben *n* und *w* (bei *w* ist die Aussprache *u* oder *o* möglich) vertauscht sind: ܐܢܘܦܓܪܦ *('n'pwgrp')*. Bei der überlieferten Schreibung ist vielmehr an ἐνυπόγραφος zu denken; das Ālaf vor einem Vokal am Silbenanfang ist nicht ungewöhnlich und hat nichts mit einem griechischen Alpha zu tun, und der Spiritus asper sowie das griechische o müssen im Syrischen nicht ausgedrückt werden. BROCKELMANN[2] versteht das Wort in der Tat als ἐνυπόγραφος. In den juristischen Texten ist für *(colonus) adscripticius* allerdings nur ἐναπόγραφος belegt[3]; ἐνυπόγραφος gibt es zwar auch, doch bedeutet es etwas ganz anderes, nämlich «mit vollziehender Unterschrift versehen, vollzogen»[4], was in unserem Text keinesfalls paßt.

Für ἐνυπόγραφος sprechen auch die Lesarten in den abgeleiteten Versionen (B). Ihr Bearbeiter scheint allerdings den Ausdruck verändert zu haben. In P 28 lautet die Entsprechung *da-ktīḇ b-hwpgrpa*[5] «der geschrieben ist in *hwpgrpa*». In D lautet die Stelle *ktīḇ b-hwgrpa* «geschrieben in *hwgrpa*». R II formuliert *kṯāḇā b-hpwgrpa*, worin *kṯāḇā*, «Buch, Urkunde», die Präposition *b-* «in» und *hpwgrpa* stecken könnte; der Text kann in der vorliegenden Form jedoch nicht stimmen. Es besteht wegen des *h* aber kein Zweifel, daß der Bearbeiter bei dem Fremdwort an das griechische ὑπόγραφος gedacht hat. Die syrische Endung *-ā* kann durchaus auch griechische -ος wiedergeben,[6] sie deutet nicht unbedingt auf griechisch -α oder -η, so daß nicht etwa ὑπογραφή gemeint sein muß, das von der üblichen Bedeutung «Unterschrift» her auch nicht paßt. *b-hpwgrpa* «in *hpwgrpa*» ist geradezu die Übersetzung von ἐνυπόγραφος. Der Zusatz «geschrieben» oder «Urkunde» deutet auf den Versuch des Bearbeiters hin, den Begriff teilweise zu übersetzen.

Bei P erklärt SACHAU das Wort in der Fußnote zum Text mit ἐνυπόγραφος, während er in der Übersetzung ἐναπόγραφος einsetzt.[7] In der Übersetzung von R II geht er von

---

Zu § 45:

[1] BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 215. Vgl. auch etwa Preisigke, Fachwörter 75; DERS., Wörterbuch der griechischen Papyrusurkunden, 1. Band, Berlin 1925, 483.

[2] Lexicon Syriacum 30a. BROCKELMANN kennt nur unseren Beleg. Bei der weiter angegebenen Stelle «AS 1 42₁₉» handelt es sich um die Ausgabe der Version L von LAND, Anecdota Syriaca, nicht - wie man nach dem Abkürzungsverzeichnis annehmen müßte - um eine Stelle aus Paul DE LAGARDE, Analecta Syriaca, London 1858.

[3] Ulrich WILCKEN, Grundzüge und Chrestomathie der Papyrusurkunden, Leipzig - Berlin 1912, Band I, 1. Hälfte, 325f.; Matthias GELZER, Studien zur byzantinischen Verwaltung Ägyptens, Leipzig 1909, 70f.

[4] PREISIGKE, Wörterbuch der griechischen Papyrusurkunden, 1. Band, Sp. 503.

[5] Der Schreiber, der das Wort sicher nicht kannte, hat es - wie es scheint - in *bh upgrp'* getrennt.

[6] Vgl. NÖLDEKE, Syrische Grammatik 84f. (§ 144) (für Namen).

[7] BRUNS-SACHAU I 48 bzw. II 54.

einer Textverderbnis aus und schreibt hier in der Übersetzung ἐναπόγραφον. Bei VÖÖBUS herrscht Konfusion: Er emendiert in seinen beiden Ausgaben von D den Text jeweils zu ܐܦܘܓܪܦܐ[8] (= in der ἀπογραφή) und setzt in der Übersetzung *'nāpographā*[9] bzw. *āpographā*[10] ein. Beim Synodicon schreibt er in der Fußnote zum Text: «Ms: ܐܦܘܓܪܐ pro ܐܦܘܓܪܦܐ, ἀπογραφή», in der Fußnoten zur Übersetzung dagegen: «ܐܦܘܓܪܐ, ἐναπόγραφον»; in seiner zweiten Ausgabe (unter Verwendung zweier Abschriften von D) heißt es: «ܐܦܘܓܪܐ ABC pro ܐܦܘܓܪܦܐ, ἀπογραφή; ܐܦܘܓܪܐ, ἐναπόγραφον», in der Fußnote zu dieser Übersetzung aber nur: »ἐναπόγραφον».

Die anderen Versionen führen nicht weiter. RIII 50 umschreibt das Fremdwort mit «der aus einer anderen Ordnung (τάγμα)[11] ist». In Ar 28 steht an der betreffenden Stelle «der Mann eines anderen», womit aber auch das syrische «der nicht der Seine ist» (so RII, D und P) wiedergegeben sein kann. Arm 25 vermeidet das griechische Fremdwort ebenfalls: «Wer einen Soldaten aufnimmt, der nicht der Seine ist und geschrieben ist im Register *(divanagir* <Diwanbuch>[12]) anderer ...» Die auf der armenischen beruhende georgische Version (§25) bietet: «Wer den Diener anderer aufnimmt, der nicht sein Krieger ist und geschrieben ist im Register (*samdivnos cigni* <Buch des Diwans>) anderer ...»

Wegen der insoweit gegebenen Übereinstimmung von L mit den abgeleiteten Versionen muß man annehmen, daß jedenfalls der Archetypus fälschlich die syrische Entsprechung für ἐνυπόγραφος bot. Möglich ist, daß der syrische Übersetzer, der im Griechischen kaum etwas anderes als ἐναπόγραφος vorgefunden haben kann, irrtümlich ἐνυπόγραφος zugrunde legte,[13] möglich ist aber auch, daß ein späterer Abschreiber bei dem ursprünglichen ܢܦܘܓܪܐ *'n'pwgrp'* die zwei oben genannten Buchstaben umstellte.

B

I. Es geht im ersten Fall um das Delikt der wissentlichen Sklavenverheimlichung. Die im Text vorgesehene Strafe der Versklavung des Täters zugunsten des Geschädigten gibt es aber in keiner bekannten römischen Quelle. BRUNS[14] beschränkt sich in seiner Exegese auf diese Feststellung. D. H. MÜLLER[15] sieht die Vorlage im *Codex Hammurabi*, obwohl die Strafe dort die Todesstrafe ist. MITTEIS[16] widerspricht ihm deshalb. YARON[17] hält dagegen die Sklaverei als Milderung der Todesstrafe für möglich. BUCKLAND[18] be-

---

[8] Synodicon II, Text, S. 111; The Syro-Roman Lawbook. I 14, 14.

[9] Synodicon II, Übersetzung, S. 117.

[10] The Syro-Roman Lawbook II 12f.

[11] Ein gebräuchliches syrisches Fremdwort. Ein entsprechender Rückschluß auf die griechische Vorlage wäre irreführend.

[12] *diwān* (persisch-arabisch) «Stammrolle (des Militärs), Rechnungsbuch (der Verwaltung)».

[13] Ein solcher Irrtum scheint auch KASER, RP II 145, Fußnote 23, unterlaufen zu sein, der - anders als die von ihm zitierte Literatur - ἐνυπόγραφος anstelle von ἐναπόγραφος schreibt.

[14] BRUNS-SACHAU III 215.

[15] Das Syr.-röm. Rechtsbuch und Ḫammurabi 179 (Separatdruck: 43).

[16] Über drei neue Handschriften 9; DERS., Das syr.-röm. Rechtsbuch und Hammurabi 288.

[17] Syro-Romana 145f.

[18] The Roman Law of Slavery, Cambridge 1908, 269 Fn. 6 und 402 Fn. 2.

schränkt sich auf die Vermutung asiatischen Ursprungs. Recht hat wohl BELLEN[19], der eine gewohnheitsrechtliche Abwandlung einer bekannten konstantinischen Konstitution annimmt (C. J. 6,1,4), nach welcher der Täter den verheimlichten *servus* zusammen mit einem weiteren Sklaven ausliefern und 20 *solidi* zahlen, notfalls eine Züchtigung erleiden sollte. Erstaunlich ist nämlich, daß die Wiedergabe dieser Konstitution in ET 84 genau wie unsere Stelle den *servus* und *colonus* kombiniert;[20] der Tatbestand könnte aus der Vorlage für unsere Stelle stammen: *quisquis servum sive colonum alienum sciens fugitivum susceperit* ... Die anschließende Folgerung *ipsum domino ... et eiusdem meriti alterum reddat* hätte freilich schon kräftig mißverstanden werden müssen, um wie unser Text formuliert zu werden. PARTSCH weist aber auf die *lex Romana Wisigothorum* 9,1,2 hin,[21] wo sich eine durchaus praktikable Abwandlung des *alterum reddat* findet: Wer den anderen Sklaven nicht liefern kann, wird eben selbst versklavt. Die Tat konnte ja nicht gut folgenlos bleiben, wenn der Täter den anderen Sklaven nicht zu liefern in der Lage war. Die in C. J. 6,1,4 vorgesehene Züchtigung löste ja nur die uneinbringliche Geldbuße ab. Einmal mehr stellen wir eine besonders auffällige Parallele des Orients zum entfernten Westen des Reiches fest.

II. Die in ET 84 wie eine Glosse eingefügte, in unserer Stelle selbständig abgehandelte Parallele *sive colonum* könnte eine Vorlage in einer Stelle wie C. J. 11,10(9),3 haben. Dort findet sich für einen verwandten Fall, den der Verheimlichung eines ebenso adskribierten Manufakturarbeiters *(fabricensis)*, die Strafe der Heranziehung des Täters zum gleichen Stand. Es ist nicht auszuschließen, daß die Lösung dieses Falles Schule machte und verallgemeinert wurde. Wie wir aus dem Traktat des § 76 erfahren, war die diskretionäre Gewalt des Provinzialstatthalters in Strafsachen recht groß.

Kommentar zu § 46

L 51 = R III 51 = R II 32 = R II 99 = D 31 = D 96 = R I 22 = P 21 = Ar 32 = Ar 98 = Arm 26 (27) = Arm 98 (97) = Georg 26 = Georg 97 = N IV 12a = I 59/1

I. Als erste Kritik an der überreichen Literatur, die sich um § 34 und § 46 gebildet hat, ist auch hier zu bemerken, daß die syrischen Handschriften und die arabischen oder armenischen Übersetzungen nur eine einzige originale Version repräsentieren. Die in der Literatur viel zitierte und ihrer Eigenständigkeit wegen hervorgehobene Stelle P 21 z.B. bietet keine évolution juridique[1], sondern nur sekundäre Textveränderungen. Ar

[19] Studien zur Sklavenflucht im römischen Kaiserreich, Wiesbaden 1971.

[20] Das hat bereits Theo MAYER-MALY, Locatio conductio, Wien - München 1956, 20 und Fn. 35, 226 und Fnn. 12, 13 bemerkt.

[21] Besprechung zu Sachau, Syr. RB I 434.

Zu § 46:

[1] So aber J. GILSON, L'étude du droit romain comparé aux autres droits de l'antiquité, Paris - Strasbourg 1899, 202ff.; ebenso D. P. PAPPULIAS, Geschichtliche Entwickelung der Arrha im Obligationenrecht [in griechischer Sprache], Leipzig 1911, 79f.; J. PARTSCH, Mitteilungen aus der Freiburger Papyrussammlung 2: Juristische Texte der römischen Zeit, in: Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Classe 1916, 10. Abh., 18ff.

und Arm stammen aus der Fehlerhaftigkeit der Tradition des syrischen Vorlage-Textes oder aus Mißverständnissen der Übersetzer. Die darauf gegründeten Meinungen, die mit Scharfsinn auch noch den Wortlaut der deutschen Übersetzung wie einen Gesetzestext strapazieren, haben keinen Bestand.[2]

II. In § 34 ist schlicht das römische Prinzip des Konsensualkaufes ausgesprochen, die Verbindlichkeit des Konsenses ohne Rücksicht auf die Hingabe einer Arrha und die Preiszahlung. Damit schien § 46 in eklatantem Widerspruch zu stehen, wo von einer Arrha und ihren Folgen die Rede war. Wie ein Blickfang hat dabei das Wort Arrha gewirkt, hat die Meinungen gebündelt auf den hellenistischen Kauf gelenkt. Und der Widerspruch zu § 34 wurde, begünstigt durch eine lange nicht gelöste Textverderbnis in jener Stelle, zu Lasten von § 34 gelöst; § 34 wurde zu römisch-hellenistischem oder rein hellenistischem Recht (vgl. zu § 34). Lesen wir den Text aus § 46 ohne alles Vorverständnis, so sagt er uns folgendes: Ein Käufer hatte beim Kauf einer Sache eine Arrha gegeben. Dahinter können zwei Erscheinungen stehen; einmal kann es darum gehen, daß der Käufer einfach die Arrha «gibt»; doch könnte auch eine Arrhalabrede (νόμος ἀῤῥαβώνων) mit Arrhahingabe gemeint sein. Zwei Folgen schließen sich an. Einmal will der Verkäufer nicht zum Verkauf stehen, dann will es der Käufer nicht. «Zurücktreten» ist ebensowenig technisch-dogmatisch zu lesen wie «nicht mehr kaufen will». Will der Verkäufer nicht zum Verkauf stehen, hat der Käufer einen Anspruch auf die doppelte Arrha; das spricht für eine Arrhalabrede. Will aber der Käufer nicht zum Verkauf stehen, so verfällt seine Arrha an den Verkäufer; dieses Ergebnis läßt sich als rechtlich vorgesehen oder in der Arrhalabrede vereinbart denken.

1. Eine weit verbreitete Meinung sah in § 46 den Rechtsstand des hellenistischen Ostens wiedergegeben: Ein an sich unverbindlicher Konsensualkauf war mit einer Arrhahingabe verbunden, damit er auf diese Weise - als nachfolgender Barkauf - indirekt erzwungen werden konnte.[3] Allein von der Rechtsfolge, dem Schicksal der Arrha aus, wäre die Meinung vom hellenistischen Rechtsstand nur dann gerechtfertigt gewesen, wenn keine andere Rechtsordnung dieselbe Abrede mit derselben Rechtsfolge kannte.

2. BRUNS[4] prüfte diese Frage zum römischen Recht. Er sah dort jedoch nur die klassische *arrha confirmatoria*, die dem Beweis des durch den Konsens bereits geschlossenen Kaufes[5] diente (Gai Inst. 3,139). Eine Arrha als Reu- und Rücktrittsrecht habe das

---

[2] Auf P 21 als «echten» Text gründet besonders BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 216-219 seine Meinung, doch auch L. MITTEIS, CPR I, Nr. 19, S. 69f.; G. CALOGIROU, Die Arrha im Vermögensrecht in Berücksichtigung der Ostraka und Papyri, Leipzig 1911, 106; PAPPULIAS, Geschichtliche Entwicklung der Arrha im Obligationenrecht aaO 79; J. PARTSCH, in: Göttingische Gelehrten Anzeigen 1911, 713-732. = Aus nachgelassenen und kleineren verstreuten Schriften, Berlin 1931, 262-282; M. MASSEI, L'arra nella compravendita, in: BIDR 48 (1941) 215-402, hier: 359ff.; M. TALAMANCA, L'arra della compravendita in diritto greco e in diritto romano, Milano 1953, 42; G. CHALONS-SECRÉTAN; Les arrhes de la vente sous Justinien, Lausanne 1954; J. A. C. THOMAS, Arra in sale in Justinian's law, in: TR 24 (1956) 253-278, hier: 257.

[3] MITTEIS, CPR I, zu Nr. 19; A. ESMEIN, Un traité de Droit Syro-Romain du V^e^ siècle, in: DERS., Mélanges d'histoire du droit et de critique, Paris 1886 (Ndr. Aalen 1970), 403-417, hier: 413; CALOGIROU aaO 106; PAPPULIAS aaO; THOMAS aaO 253ff.; CHALONS-SECRÉTAN aaO; GIRARD aaO (oben zu § 34 Fn. 3); PARTSCH, in: Göttingische Gelehrte Anzeigen aaO 262ff.; TALAMANCA aaO 39ff., 42; MASSEI aaO 125ff.

[4] BRUNS-SACHAU III 216ff.

[5] Soweit auch GILSON aaO 221.

römische Recht nur über eine besondere Vereinbarung gekannt. Davon sei hier nicht die Rede. BRUNS denkt anscheinend an eine Fallgestaltung, bei welcher der Käufer ohne weitere Abrede eine (große) Arrha real hingab, und er liest Verfall und doppelte Rückgabe als von Rechts wegen, nicht aber aus einer Abrede unter den Parteien anfallende Konsequenzen des Rücktritts.[6]

3. Der Durchbruch zur richtigen Interpretation geht von WIEACKER[7] aus, der meinte, daß der römische Jurist, dem eine Arrhal*abrede* vorlag, die den Verfall der Arrha beim Käuferrücktritt und die Zahlung des *duplum* der Arrha beim Verkäuferrücktritt vorsah, diese Abrede[8] nach römischem Recht als erweiterte *lex commissoria* qualifizieren mußte. Die Erscheinung, daß Vertragsformulare griechisch-hellenistischer Denkweise vor römische Juristen gelangten und von diesen nach römischem Recht qualifiziert wurden, finden wir nicht nur im Rechtsbuch vielfach, sondern auch in *Scaevolas* Responsen[9] und in kaiserlichen Reskripten[10]. Die Gedankenwelt der verschiedenen Rechtsordnungen gerät damit nicht etwa durcheinander; es tritt keine Vermischung der Rechtsordnungen ein. Da der Formalismus der römischen Stipulation längst obsolet war, besteht auch keine Schwierigkeit, in der Strafabrede über das *duplum* einen gültigen Vertrag zu sehen.[11] Ein Zusammenhang mit der justinianischen Regelung des Arrhalkaufs, wie ihn andere Autoren[12] sehen, besteht nicht.

Kommentar zu § 47

L 52 = R III 52 = R II 100 = D 97 = Ar 99 = Arm 99 (98) = Georg 98

I. Schon BRUNS[1] hat klar erkannt, daß es sich um die römische Annahme an Kindes Statt handelt, sei es über eine *arrogatio* in Absatz 1 und 2, sei es über eine *datio in adoptionem* in Absatz 3. Der Text bietet dabei einen kleinen Traktat, der zuerst von der *arrogatio* einer Person *sui iuris* handelt, dann von der *adoptio*, bei der ein Vater den Sohn aus seiner väterlichen Gewalt entläßt *(emancipatio)* und ihn durch *in iure cessio*

---

[6] Darin folgt ihm G. CORNIL, Die Arrha im justinianischen Recht, in: SZ 48 (1928) 51-87, hier: 74, 78.

[7] Lex commissoria. Erfüllungszwang und Widerruf im römischen Kaufrecht, Berlin 1932, 102f.; er bezieht freilich die §§ 34 und 46 des Rechtsbuches nicht ein.

[8] Zum Formular WIEACKER aaO 103 Fn. 3; H. J. WOLFF, Consensual contracts in the papyri?, in: JJP 1 (1952) 55-79; hier 72ff.

[9] B. KÜBLER, Griechische Tatbestände in den Werken der kasuistischen Literatur, in: SZ 28 (1907) 174-210.

[10] Vgl. dazu die Kommentare zu §§ 35, 58, 88.

[11] E. LEVY, Zu den Rücktrittsvorbehalten des römischen Kaufs, in: Symbolae Friburgenses in honorem O. Lenel, Leipzig (1935), 108-142; hier 136 = Ges. Schr. II 281.

[12] M. L. MARASINGHE, Arra - Not in dispute, in: RIDA[3] 20 (1973) 349-353; J. A. C. THOMAS, A Postscript on Arra, in: IURA 10 (1959) 109-112; DERS., Arra reagitata, in: Butterworth South African Law Review 1956, Durban 1960, 60-63; E. VOLTERRA, Diritto romano e diritti orientali, Bologna 1937, 258ff.; H. J. WOLFF, Die Grundlagen des griechischen Vertragsrechts, in: SZ 74 (1957) 26-72.

Zu § 47:

[1] BRUNS-SACHAU III 221ff.; zustimmend TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 106 = Op. Min. I 295; ebenso C. G. BERGMANN, Beiträge zum römischen Adoptionsrecht, Lund 1911, 11ff.

fremder Gewalt unterwirft. Implizit berichtet er von Adoptionsverträgen, von Zuständigkeiten, von Urkundsakten und von der Genehmigung durch *rescriptum principis* oder Dekret des Provinzstatthalters.

II. Die im Text genannten Zuständigkeiten und Urkundsakte hielt BRUNS für «zweifelhaft». Hinter dieser Meinung steht jedoch die heute als nicht zutreffend erkannte Prämisse, es habe sich von der Klassik bis zu Justinian nichts beim Vorgang der Adoption verändert.

1. Die Arrogation war spätestens seit Diokletian nur mehr möglich, wenn ein kaiserliches Reskript sie erlaubte (C. J. 8,47(48),6,8). Die historische Arrogation *per populum* erscheint in dieser Zeit nur noch in der westlichen Gaiusfortschreibung.[2] Unser Text verlangt - der Schlußsatz ist insoweit vollständiger - ein *rescriptum principis* oder eine *indulgentia principalis* für den Akt vor dem Provinzstatthalter.[3] Dieses Erfordernis bezieht sich auf die Arrogation eines Gewaltfreien. Die Form der *arrogatio* selbst muß sich in dieser Zeit bereits der Form der *adoptio* angenähert haben, insofern in beiden Fällen schriftliche Vertragsurkunden zu errichten waren. Der *iudex* der *arrogatio* ist dabei niemand anderer als der *praeses provinciae*, von dessen Zuständigkeit in C.J. 8,47(48),2 die Rede ist und wie er im Rechtsbuch auch in den §§3 und 53 als *iudex* (der Provinz) bezeichnet wird. Die über die Arrogation errichtete Bestätigungsurkunde ist keine Privaturkunde der Parteien der Adoption, die dem *praeses* vorgelegt wird (C. J. 8,47(48),4), sondern ein Rechtsakt vor dem *praeses* mit einem amtlichen Protokoll, wie der Text es korrekt nennt, einem ὑπόμνημα.

2. Die Adoption im engeren Sinne ist die eines Gewaltunterworfenen, welcher der Idee nach noch immer von einem *pater familias* in die Gewalt des *pater adoptans* übertragen wird. Das Schema der kombinierten *manumissio* und *in iure cessio* wird beibehalten,[4] auch wenn mit einiger Sicherheit der alte Formalismus der *emancipatio* mit seinen drei Manzipationen schon durch eine neuere Form ersetzt war, wie § 3 zeigt. Der Urkundsakt vor dem ἡγεμών, wie jetzt der *praeses provinciae* genannt wird, mit ὑπομνήματα, ist der Form nach wohl derselbe wie der bei der *arrogatio*. Das Wort ἡγεμών für den Provinzstatthalter erscheint noch einmal in § 75 und ist dort ebenfalls synonym für *iudex (provinciae)* gebraucht. ἡγεμών ist auch der in den Papyri Ägyptens seit Diokletian gebrauchte Ausdruck für den *praeses provinciae*.[5]

3. Der Ausdruck «durch das Gesetz der Söhne» ist für sich nicht sehr aufschlußreich. Er ist aber nichts anderes als eine wörtliche Übertragung von «*iure filiorum*» bzw. der griechischen Entsprechung dazu. Das adoptierte Kind erhielt den Status eines Kindes in *patria potestate.*

---

[2] KASER, RP II 208 Fn. 14.

[3] Weitere verwandte Formeln bei BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 222 Fn. 7; unser Text wird von B. ALBANESE, Le persone nel diritto privato romano, Palermo 1979, 224f. Fn. 79 und 235 Fn. 130, in die Erwägungen einbezogen.

[4] So schon von BRUNS aaO gesehen.

[5] PREISIGKE, Fachwörter 97; Hugh H. MASON, Greek Terms for Roman Institutions. A lexicon and analysis, Toronto 1974, 52.

Kommentar zu § 48

L 53 = R III 53 = R II 33 = D 32 = R I 24 = P 22 = Ar 33 = Arm 27 (26) = Georg 27

Der Text behandelt ganz undifferenziert einen Kauf durch einen Sklaven. Nur die sachenrechtliche Aussage ist dabei einigermaßen klar: Was der Sklave kauft, wird Eigentum seines Herrn (Gai Inst. 2,87).[1] Die Aussage, daß der Sklave überhaupt fähig ist, einen Kauf abzuschließen, mag auch noch in der Stelle behandelt sein. Aber der Schlußsatz ist eher eine platte Wiederholung denn eine weitere Aussage, daß der Sklave den Herrn auch schuldrechtlich verpflichten könne. Die Vorlage für einen derartigen Text ist kaum zu eruieren. In der Literaturform der *interpretatio* kann es sich um eine einfache *definitio* aus dem *ius* handeln, die von einem Stichwort im Grundtext ausgelöst wurde.

Kommentar zu § 49

L 54 = R III 54 = R II 101 = D 98 = Ar 100 = Arm 100 (99) = Georg 99 = I 27/60 (?)

I. BRUNS[1] hatte von der ihm vorliegenden Übersetzung aus keine Chance, den Text sinnvoll zu erklären. Seine Vermutungen gehen sämtlich fehl. Es ist der Legatsempfänger, der keine *familia* hat, nicht der Erblasser.[2] Aber selbst wenn man den Text gegen BRUNS insoweit korrigiert, bleibt er, versteht man ihn nicht rechtlich-technisch, unerklärbar. Wer ist es, der keinen Familienangehörigen hat, wohl aber Vater oder Großvater? Man muß hier u. E. den Sprachgebrauch aus dem Erbrecht in § 1 oder den Emanzipationstext in § 3 heranziehen: Der Emanzipierte hat seine bisherige *familia* im Rechtssinne verloren, er ist seiner bisherigen *familia* rechtlich fremd, auch wenn deren Mitglieder noch leben. Das agnatische Band zum Vater oder zum Großvater fehlt also nach der Emanzipation, auch wenn diese Personen noch am Leben sind. Für den Westen des römischen Reiches haben uns schon vor langer Zeit H. DEGENKOLB[3] und H.F. HITZIG[4] auf ähnlich mißver-

Zu § 48:

[1] So schon BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 224.

Zu § 49:

[1] BRUNS-SACHAU III 224.

[2] Anderer Meinung - BRUNS-SACHAU folgend - YARON, Syro-Romana 140f., der einen Legatar damit bezeichnet sehen will, der nicht mit dem Erblasser «verwandt» ist. Seine Bedenken gegen SELBS Übersetzung: dem Legatar, «der keine Familie hat» (Zur Bedeutung 143) sind nicht von der Hand zu weisen, auch wenn wohl nicht *d-lā (h)wā leh* zu lesen ist, sondern - mit L und D - *d-lā hāwē leh* (Partizip). Das kann zwar «er hat nicht» heißen, aber YARON ist zuzustimmen, daß das im Syrisch-römischen Rechtsbuch sonst anders ausgedrückt wird, nämlich durch *d-lait leh*. Geht man von der juristischen Interpretation und der scheinbaren Paradoxie des ersten Satzes aus (s. oben im Text), erscheint es aber nicht ausgeschlossen, daß ein Kopist (vor der Spaltung der Überlieferung in L und B), dem der Satz unsinnig erschien, die von YARON vermißte Formulierung *d-lait leh* «verbessert» und daraus den jetzt vorliegenden Text gemacht hat. Er ergibt allerdings auch keine einwandfreie Übersetzung (YARON: the testator «was not family to him»?!). Dem Schreiber von D war diese neue Formulierung offenbar nicht geheuer und er hat versucht, ihn zu verbessern («der nicht *in* der Familie ist»).

[3] In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft 50 = 3. Serie, Band 14 (1912) 507-520, hier: 512.

[4] Beiträge zur Kenntniss und Würdigung des sogen. westgotischen Gaius, in: SZ 14 (1893) 187-223, hier: 197.

ständliche, nur noch dem Eingeweihten verständliche Benennungen des *emancipatus* hingewiesen. Dort heißt es z. B. *homo sine patre* oder *qui patrem non habet* (Gai Ep. 1,5,1 und 2,3,3) ohne Rücksicht darauf, daß der Vater noch lebt. So verstehen wir dann auch eine Formulierung, die an den Ausdruck *filius familias* anknüpfend davon spricht, daß jemand keine *familia* habe. Die Parallelität der Ausdrucksweise in so weit voneinander entfernten Regionen des Reiches ist wieder einmal erstaunlich.

II. Daß der Erwerb eines Emanzipierten nicht seinem Vater bzw. Großvater zufällt, ist klar. Anders wäre das beim *filius familias*, jedenfalls vor der Einführung der Regelungen zu den *bona materna* oder *materni generis*. Daß die Mutter in R II 101 fälschlich von einem unverständigen Abschreiber hinzugefügt wurde, ist danach sicher; denn Vater oder Großvater sind die Repräsentanten der aufgehobenen *patria potestas*, nicht aber die Mutter. Da es um einen Emanzipierten geht, ist aus dem Text auch keine Einsicht in die Vermögensfähigkeit von Hauskindern zu gewinnen.[5]

III. Das Thema der Stelle ist aber gar nicht der Vermögenserwerb, sondern ein anderes. Es wird aber mit einer prinzipiellen Aussage zum Vermögenserwerb vorbereitet, weil sonst nicht verständlich wäre, was folgt. Thema der Stelle ist, daß der Emanzipierende als *parens manumissor* gesetzlicher Vormund *(tutor)* bzw. Kurator[6] für den noch minderjährigen *emancipatus* war. Als solcher hatte er eine Verwaltungsbefugnis über das Mündelvermögen. Diese Befugnis enthielt aber keinerlei Nutzungsrechte.[7] Ein Zugriff auf das Mündelvermögen ergab sich jedoch (in Verbindung mit dem Verwaltungsrecht) über einen Unterhaltsanspruch des bedürftigen Verwandten aufsteigender Linie (D. 25,3,5,13). Das Kaiserrecht erkannte solche Unterhaltsansprüche an.[8] Sie waren im Verfahren der *extraordinaria cognitio* vor dem Konsul, in der Provinz vor dem *iudex provinciae*, zu verfolgen.[9] Dieser hatte die Bedürftigkeit zu prüfen. Da derselbe *iudex provinciae* aber auch Vormundschaftsbehörde war (vgl. § 6), konnte er den Anspruch auch gleich mit seiner Anerkennung durchsetzen, indem er dem *parens manumissor* die zweckgebundene Verfügung erlaubte.

IV. Bemerkenswert ist, wie das Rechtsbuch auch hier zu seinem Ruf kommt, volksrechtliche Einrichtungen wiederzuspiegeln. MITTEIS[10] geht fälschlich davon aus, daß der Text von einem Haussohn handle. Die Vermögensfähigkeit des Haussohnes erklärt er dann mit einem nicht überlieferten Reichsgesetz oder mit partikulärem Gewohnheitsrecht. TAUBENSCHLAG[11] macht daraus gleich eine volksrechtliche Vermögensfähigkeit der Hauskinder.

---

[5] Die entsprechenden Erwägungen bei NÖRR, Bespr. zu Selb 568 Fn. 21 gehen daher fehl.

[6] Zur Parallele von *tutor* und *curator* vgl. zu den §§ 5, 6, 29 und 31.

[7] Es geht also nicht um die *bona materna* oder *materni generis*, auf die BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 224 hinweist.

[8] Vgl. nur Erich SACHERS, Das Recht auf Unterhalt in der römischen Familie der klassischen Zeit, in: FS Fritz Schulz, Weimar 1951, 1. Band, 310-363; DERS., Patria potestas XV. Unerhaltsleistung, RE 22 (1953) 1113ff.

[9] Emilio ALBERTARIO, Sul diritto agli alimenti, Milano 1925 = Studi di diritto romano, vol. I, Milano 1933, 249-279.

[10] Reichsrecht und Volksrecht 211.

[11] Il diritto provinciale, (JJP 6) 106 und Fn. 19 = Op. Min. I 295 und Fn. 18.

Kommentar zu § 50

R II 102 = D 99 = Ar 101 = Arm 101 (100) = Georg 101 = B 99

Ein von der Rechtsordnung zu seinem Amt berufener Vormund konnte unter bestimmten Umständen ein *beneficium excusationis* erlangen. Abhandlungen über solche *excusationes* von der Berufung zum *tutor* sind umfangreich überliefert, etwa in D. 27,1 oder Frag. Vat. 123-247. Wer von der Möglichkeit einer solchen *excusatio* aber nicht Gebrauch gemacht hatte und die *administratio* des Amtes eines Vormunds einmal begonnen hatte, konnte sich nicht mehr auf ein *beneficium excusationis* berufen. Er hatte es grundsätzlich verloren, wie uns das Ulpian in Frag. Vat. 154 an Hand eines Reskripts der *divi fratres* zeigt, ebenso Philippus in einem in C. J. 5,63,2 überlieferten Reskript aus 245 n. Chr.[1] Ein solches Reskript war wohl auch die Vorlage unserer *interpretatio.*

Kommentar zu § 51

L 55, 56 = R III 55, 56

I. Die drei Aussagen gehören zusammen. Das zeigt schon der Darstellungsplan. Zuerst nimmt die Frau ein Darlehen mit ihrem Gatten, dann nimmt es der Mann mit seiner Frau auf. In beiden Fallgestaltungen geht es um die verbotene Interzession der Frau nach dem *SC Vellaeanum*. Das haben bereits RUDORFF[1] und BRUNS[2] zu Recht festgestellt, die Darstellung also auf römisches Recht zurückgeführt.[3]

II. Im ersten Fall geht es um eine Frau, die ein Darlehen nimmt, und neben der sich korreal ihr Ehemann - in der Schuldurkunde festgehalten - mitverpflichtet, das erhaltene Darlehen zurückzuzahlen. Für die Anwendung des *SC Vellaeanum* war nun entscheidend, ob die Frau damit eine eigene oder eine fremde Obligation übernahm (C. J. 4,29,1). Das wieder sollte nicht davon abhängen, ob die Schuldurkunde sie als Schuldnerin nannte, sondern ob die Frau von beiden *correi debendi* materiell die Schuldnerin oder nur die Interzedentin war (C. J. 4,29,2). Die juristische Diskussion zum Thema ist von dem Gedanken geprägt, in wessen Interesse die Verpflichtung übernommen wurde, ob die Frau oder der Mann wirtschaftlich gesehen Nutznießer des Darlehensgeschäftes war. Nur wenn dem Mann das Darlehen wirtschaftlich zugute kam, kam der Frau die *exceptio* aus dem *SC Vellaeanum* zu. Es lag damit ein Schuldbeitritt in fremdem Interesse vor. Der Text gibt zwei Beispiele, in denen der Darlehensbetrag eindeutig der Frau zugute kam: Sie nahm das Geld selbst in Empfang oder es wurde auf ihre *bona materna* oder

---

Zu § 50:

[1] Vgl. schon MITTEIS, Über drei neue Handschriften 58; DE FRANCISCI, 'Επίτροπος vel κουράτωρ 43; TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 108 = Op. Min. I 297; SELB, Zur Bedeutung 198.

Zu § 51:

[1] Legum saecularium Constantini Theodosii et Leonis capita 108ff.

[2] BRUNS-SACHAU III 225.

[3] Zustimmend TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 112 = Op. Min. I 303.

materni generis verwendet. Interzession lag aber vor, wenn der Darlehensbetrag für eine Angelegenheit des Mannes verwendet wurde.[4]

III. 1. Im zweiten Fall geht es um einen Mann als Darlehensnehmer, neben dem sich seine Frau - wiederum in einer Schuldurkunde festgehalten - verpflichtete, ein erhaltenes Darlehen zurückzuzahlen. Der Mann tritt hier als Darlehensnehmer in den Vordergrund, seine Frau tritt seiner Schuld nur bei. Wahrscheinlich wurde das schon in der Gestaltung der Urkunde deutlich. Die Frage der Verpflichtung der Frau zur Rückzahlung des auf die Angelegenheiten des Mannes verwendeten Darlehens wird auch hier ganz kurz behandelt und anscheinend als nicht weiter problematischer Fall eines Verstoßes gegen das *senatus consultum* gesehen.

2. Zentral geht es jetzt nämlich um eine zusätzliche reale Interzession der Frau über eine Pfandbestellung. Dabei tritt der Ehemann nach außen als Pfandbesteller auf. Es ist anzunehmen, daß die Frau der Pfandbestellung zugestimmt hat,[5] genau wie in einer Variante aus C.J. 4,29,5 *(quod si consensisti)* oder C.J. 4,29,7 *(ea consentiente)*. Die Pfandsachen waren im Beispielsfall Einzelsachen der Frau oder das gesamte Paraphernalvermögen. Auch die Interzession mit Sachen fiel unter das *senatus consultum*, wie C.J. 4,29,5.6.7 zeigen. Das Ergebnis ist, daß die Frau nicht nur nicht zahlen muß, sie kann auch ihre Pfandsachen wieder an sich nehmen, d. h. vindizieren.

Kommentar zu § 52

L 57 = R III 57

I. Der Einleitungssatz führt eindeutig zum Thema der römischen *querela inofficiosi*. Das haben schon RUDORFF[1] und BRUNS[2] erkannt. Die «Beschwerde» (ܩܒܠܬܐ) ist *terminus technicus* für die *querela (inofficiosi)*, so auch in Sent. Syr. § 3. Im griechischen Vorlagetext stand wahrscheinlich μέμψις wie in den Basilikentexten.[3] BRUNS liest in diesem Einleitungssatz ἑκατοστόν; ein ähnlicher Ausdruck ist, wie eine Suche ergab, nicht in den syrischen Lexika überliefert. Er hängt sicher mit dem Zentumviralgericht zusammen, vor das die *querela* bis zum Ende der Klassik zu bringen war.[4] In der Zeit, in der unsere Quelle frühestens entstand, war in der Provinz die Zuständigkeit des *praeses provinciae* gegeben *(iudex provinciae)*[5]: C.J. 3,28,17. Das schließt aber nicht aus, daß die *querela* noch irgendwie nach ihrer Herkunft als Klage vor dem Zentumviralgericht benannt wurde. In den Digesten sind, wohl durch die justinianischen Kompilatoren, alle Hinweise

---

[4] So schon die Exegese bei Philipp E. HUSCHKE, Die Lehre des Römischen Rechts vom Darlehn und den dazu gehörigen Materien, Stuttgart 1882, 58.

[5] So auch BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 225, während sich seine Exegese sonst zu weit vom Text entfernt.

Zu § 52:

[1] Legum saecularium Constantini Theodosii et Leonis capita 115.

[2] BRUNS-SACHAU III 225.

[3] So schon BRUNS, ebenda Fn. 3.

[4] BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 225.

[5] M. WLASSAK, Centumviri, RE 3 (1899) 1949f.

auf das Zentumviralgericht gelöscht worden. Und doch hat sich bei Scaevola (D. 5,2,13, *libro tertio responsorum*) der Ausdruck *centumvirale iudicium* als synonym für die *querela inofficiosi* erhalten. Da es kein griechisches Pendant für eine so spezielle Benennung gab, liegt es nahe, daß ein griechischer Übersetzer sich seinen Ausdruck selbst bildete, in Bas. 42,1,70 schol. 1 ἑκατονάνδριον δικαστήριον, in der Vorlage zu unserem Text eben ἑκατοστόν (δικαστήριον), es sei denn, diese Form sei - was unwahrscheinlich ist - gerade dem syrischen Übersetzer zu verdanken.

II. Die zuerst genannte Frist von einem Jahr wurde schon von RUDORFF und BRUNS mit dem Erwerb der *bonorum possessio* durch die Kläger der *querela* in Verbindung gebracht. Nun gibt es gerade zu diesem Text außer RIII 57 keinerlei Parallelversion zu L 57. Wir wissen also nicht, ob wir es mit einer vollständigen Darstellung zu tun haben. Es fehlt nämlich an jeder Angabe, was denn der Kläger innerhalb des genannten Jahres zu unternehmen habe, während bei der nachher genannten 5-Jahre-Frist klar ist, daß sie für die *querela* selbst gilt. Es bleibt demnach nur eine Rekonstruktion der Aussage von der Sache her.

Zum Erwerb der *bonorum possessio* war eine allgemeine ediktale Frist von 100 Tagen vorgesehen; ausgenommen für Eltern und Kinder des Erblassers, hier betrug die Frist ein Jahr (D. 38,9,1,12). Nun ist aber umstritten, welche Rolle die *bonorum possessio* hier spielte. Eine verbreitete Meinung sah vor der Erhebung der *querela* eine *bonorum possessio litis ordinandae gratia* erfordert und berief sich dafür auf Ulpian D. 5,2,8 pr. und auf C.Th. 2,19,1: Den prätorischen Erben sollte dadurch die Parteistellung für die *querela* verschafft werden.[6] Ungeklärt ist dafür jedoch, in welcher Verbindung in dieser Zeit *hereditatis petitio* und *querela* standen.[7] Immerhin kann man aus C.J. 3,28,34 und D. 5,2,8,13 eine solche Verbindung für die vorjustinianische Zeit erschließen. Auf jeden Fall mußte nach unserem Text der Kläger der *querela* innerhalb eines Jahres nach dem Erbfall vorweg beim *praeses provinciae* seine γνώμη, d.h. seine Meinung oder seine Absicht, darlegen, die *querela* zu erheben.

III. Die zweite Frist, eine 5-Jahre-Frist, ist die der *querela* selbst. Sie ist wohl, folgen wir dem Bericht bei Justinian (C.J. 3,28,34) *post aditam hereditatem* zu rechnen, d.h. sie beginnt nach dem Akt, der innerhalb der Jahresfrist zu setzen war, zu laufen. Die Frist ist vielfach bezeugt, z. B. in D. 5,2,8,17 und in C. Th. 2,19,5. Die I. Th. 2,19,5 läßt freilich diese Frist *a die mortis defuncti* laufen. Davon ist in der Konstitution selbst nicht die Rede. Doch ging es um enterbte Kinder, war für sie die *querela* zur Zeit der *interpretatio* schon mit der *hereditatis petitio* verbunden?

---

[6] RUDORFF aaO; BRUNS aaO; Hugo KRÜGER, Querela inofficiosi testamenti, in: SZ 57 (1937) 94-111, hier: 103ff.; Pasquale VOCI, Diritto ereditario romano, vol. 2, Milano 1963, 703; Matteo MARRONE, Di nuovo in materia di *querela inofficiosi testamenti*, in: Studi in onore di Emilio Betti, vol. 3, Milano 1962, 399-410, hier: 404ff.; KASER, RP I 712 und Fn. 23; a. M. Otto LENEL Edictum Perpetuum. Ein Versuch seiner Rekonstruktion, 3. Aufl., Leipzig 1927 (NDr. Aalen 1956) 142 *(bonorum possessio intestati)*, und Gerhard von BEŞELER, Fruges et paleae, in: Scritti in onore di C. Ferrini pubblicati in occasione della sua beatificazione, vol. 3, Milano 1948, 256-304, hier: 289, der die Digestenstelle für interpoliert erklärt.

[7] Vgl. dazu KASER, RP II 518 und Fn. 30 und Dieter SIMON, Summatim cognoscere, in: SZ 83 (1966) 142-218, hier: 158ff.

IV. Für Minderjährige lief die Frist von fünf Jahren nicht; so *Valerianus et Gallienus* C.J. 2,40(41),2 unter Berufung auf ein älteres Reskript derselben Kaiser. Eine eigene *in integrum restitutio* war hier nicht erfordert. Unser Text bezeugt das für einen *minor*.[8] Der ῥωμαῖος, ein Soldat, ist wohl als Beispiel für alle Personen, die *rei publicae causa abfuerunt*, angeführt. Er kann - unser Text behandelt ihn freilich technisch wie den *minor* - eine *in integrum restitutio* gegen den Fristablauf begehren; den Ediktstext dafür bietet D. 4,6,1,1, die Anwendung auf den Soldaten findet sich in D. 4,6,45.[9]

Kommentar zu § 53

L 58 = R III 58 = R II 103 = D 100 = R I 63 = P 72 = Ar 102 = Arm 102 (101) = Georg 102

I. Der Text hat eine klare Gliederung. Er beginnt mit einem Adoptivsohn und verneint, daß das einmal begründete Kindschaftsverhältnis durch eine einseitige Verstoßung seitens des *pater adoptans* aufgehoben werden könne. Dieser Gedanke wird in Absatz 2 auf die Verstoßung eines leiblichen Sohnes übertragen. In Absatz 3 wird sodann für beide Arten von Kindern eine «Ersatzlösung» für die Verstoßung angeboten, nämlich die *emancipatio* vor dem dafür zuständigen *praeses provinciae*.

II. Die Hauptaussage in Absatz 1 spricht von einer «Verstoßung», ohne anzugeben, wie sich der *pater adoptans* diese vorgestellt hat und welche rechtlichen Folgen sie haben sollte. Es liegt nahe, ein Reskript aus C. J. 8,46(47),6 (Diocletianus et Maximianus, 288 n. Chr.) zum Vergleich heranzuziehen: *Abdicatio, quae Graeco more ad alienandos liberos usurpabatur et apoceryxis dicebatur, Romanis legibus non comprobatur.* Unser Text könnte ein spezielleres Reskript für einen Fall eines Adoptivsohnes als Grundtext paraphrasiert haben, der die Verstoßung dieses Adoptivsohnes *more graeco* ohne Wenn und Aber für unwirksam erklärte. «Verstoßung» hieße demnach ἀποκήρυξις.[1] Daß die Anfrage sich auf eine griechische Rechtseinrichtung beruft, ist eine Erscheinung, die bei Anfragen aus dem Osten häufiger vorkommt. Daß es sich um eine praktizierte Rechtseinrichtung[2] handelte, ist möglich; mit einer theoretischen Anfrage ist in einem derartigen Reskript eher nicht zu rechnen. Die Ablehnung ist nun keine «Aufhebung» eines Rechtsaktes durch Rom für den griechischen Bereich.[3] Man kann auch nicht gut von einem «Verbot» sprechen. Es wird lediglich für das Verfahren vor römischen Gerichten angesprochen, daß der Akt einer ἀποκήρυξις rechtlich ohne Bedeutung ist. Welche Bedeutung der Akt nach griechischer Auffassung gehabt hätte, interessiert den römischen Juristen

---

[8] So schon RUDORFF und BRUNS aaO.

[9] Im Ergebnis schon RUDORFF und BRUNS aaO.

Zu § 53:

[1] Umfassend dazu Michael WURM, Apokeryxis, Abdicatio und Exheredatio, München 1972; Rezension: Peter E. PIELER, in: Gnomon. Kritische Zeitschrift für die gesamte klassische Altertumswissenschaft 48 (1976) 170-176.

[2] YARON, Syro-Romana 129, für eine dahinter stehende, dem römischen Recht fremde «legal practice» im Orient. Anders wollte SELB auch nicht verstanden werden.

[3] So aber BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 226.

nicht. In unserer Stelle nennt er lakonisch eine «Verstoßung» als Ziel, in C.J. 8,46(47),6 ist mit der Übersetzung *abdicatio* für ἀποκήρυξις und dem Ziel *ad alienandos liberos* nicht viel mehr ausgesagt.[4]

III. 1. Die Paraphrase eines Reskripts zur ἀποκήρυξις aus dem Ende des 3. Jh. behandelte von der Vorlage her nur diese Art der «Verstoßung». Sehen wir in unserem Gesamttext aber eine späte *interpretatio* zu einem Reskript, bestehend aus Paraphrase des Grundtextes, Übertragung der Entscheidung auf einen ähnlichen Fall und Vorschlag zur Lösung der sich aus der Ablehnung ergebenden Situation, so mußte sich eine *interpretatio duplex* ergeben. Das für die ἀποκήρυξις in der Paraphrase zu findende Wort *abdicatio* bezeichnete Mitte des 5. Jh. n. Chr. sehr wahrscheinlich schon dasselbe, was es in Inst. 1,11,3 heißt, eine strafweise Enterbung oder Emanzipation. Von der Emanzipation als Lösung handelt der Verfasser spezieller in Absatz 3. In Absatz 2 scheint er nur ganz allgemein von der *abdicatio* des leiblichen Sohnes zu handeln. Damit kommt die *interpretatio duplex* ins Spiel. Während die *abdicatio*-ἀποκήρυξις schlechthin unwirksam war, war die *abdicatio-emancipatio-exheredatio* es nur, wenn sie grundlos geschah. Die Gleichsetzung von rhetorischer *abdicatio* und juristischer *exheredatio*[5] wird darin sichtbar.

2. Ein beachtlicher Teil der bisherigen Diskussion zum Absatz 2 hängt an der umstrittenen Übersetzung von ܐܪܟܝܣ oder ܐܪܟܣ, wobei der ersteren Lesung wegen der Übereinstimmung von L und D der Vorzug zu geben ist, zumal der allein unterscheidende Buchstabe Yōḏ (ܝ) auch in RII erscheint. Wer nämlich den Text der Stelle wie einen Gesetzestext las, konnte nicht übersehen, daß die Einleitung zu Absatz 2 eigentlich genau die gleiche apodiktisch verneinende Aussage wie zu Absatz 1 verlangt: «Auch erlauben die Gesetze nicht ... ». Jeder das Verbot einschränkende Zusatz störte, so etwa das «ohne Grund» bei BRUNS-SACHAU zu L 58 oder bei SACHAU, Syrische Rechtsbücher I, zu RII 103 und RI 63 oder bei VÖÖBUS zu D 100 («without due cause»)[6]. BRUNS wollte daher jene Textvarianten vorziehen, die nur vom Adoptivsohn handelten, nämlich P 67 und Arm 101.[7] TAUBENSCHLAG[8] kombinierte die Übersetzung mit seiner These vom Volksrecht: Das Rechtsbuch kenne die Apokeryxis doch, wende sie aber auf den leiblichen Sohn nur eingeschränkt an. Ein Teil der älteren Diskussion[9] stützte sich auf Ar 102 und die Aussage, daß man das leibliche Kind nicht leer wegschicken dürfe, wofür man griechische bzw. orientalische Ursprünge fand. NALLINO[10] sprach der Version zu Recht

---

[4] Zur Bedeutung der griechischen ἀποκήρυξις vgl. WURM aaO.

[5] WURM aaO 101. Die Verstoßung als rechtliche Enterbung spielt eine zentrale Rolle bei dem juristisch gebildeten Kirchenvater Asterios von Emesa; vgl. dazu W. KINZIG, Erbin Kirche. Die Auslegung von Psalm 5,1 in den Psalmenhomilien des Asterius und in der Alten Kirche, Heidelberg 1990 (= Abh. der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse 1990, 2. Abh.) 20, 34ff.

[6] Synodicon II (Übersetzung) 141; WURM aaO 90.

[7] BRUNS-SACHAU III 226.

[8] Il diritto provinciale, (JJP 6) 106f. = Op. Min. I 296.

[9] Vgl. einfach SELB, Zur Bedeutung 87 Fn. 5.

[10] Apokeryxis e diseredazione 709ff. = Racc. IV 383ff. gegen MÜLLER und KOHLER und ihrem Verweis auf den *Codex Hammurabi* § 191, ferner gegen MITTEIS: ALBERTONI, L'apokeryxis, 1923, und Fulvio MAROI, Intorno all'adozione degli espostii nell'egitto romano, Raccolta di scritti in onore di Giacomo Lumbroso, Milano 1925, 377-406, hier: 382f.

jeden Eigenwert ab. Dennoch kam YARON[11] darauf zurück, weil auch er wie der Araber das syrische Wort der Vorlage mit «leer» im Sinne von «mit leeren Händen» übersetzen will.[12] NALLINO resignierte letztlich vor dem Text. Der Versuch von SELB einer Übersetzung mit «wirksam», «geeignet», «gültig»[13], der die Parallelität der Aussagen in Absatz 1 und 2 halten sollte, ist bei neuer Betrachtung nicht mehr haltbar. WURM[14], der umgekehrt die Parallelität dadurch erhalten wollte, daß er auch für die ἀποκήρυξις einen Grund verlangte, ist nicht besser zu bewerten. Die römische *abdicatio* des Interpreten aus dem 5. Jh. verlangte Gründe;[15] die ἀποκήρυξις des Reskripts aus dem 3. Jh. war schlechthin unwirksam.

Das erklärt die Schwierigkeiten unseres Verfassers. Er interpretiert einen Text, an dem er in der Paraphrase selbst nichts ändern konnte oder wollte. In der darüber hinaus reichenden Erläuterung zur *abdicatio* des leiblichen Kindes aber bringt er den mit der Vorlage nicht ganz harmonierenden Rechtsstandpunkt der eigenen Zeit ein.

3. Daß die *abdicatio - exheredatio* nicht grundlos geschehen dürfe, ergibt sich aus zahlreichen Zeugnissen zur *querela inofficiosi testamenti*. Hier sei nur auf § 7 verwiesen. Aus diesem Grund dürften die enterbenden Verfügungen den Grund für die Enterbung oder die Beschränkung auf den «Pflichtteil» (vgl. § 7) gleich angeführt haben, wie umgekehrt die Testamentsformeln die eingesetzten Erben in ihrem Verhalten zum Erblasser rühmten.[16] Der juristisch gebildete Kirchenvater Asterios,[17] ein Autor aus der Mitte des 5. Jh., zeigt, wie das bei der Enterbung geschieht: «Wenn er aber Söhne hat, die (ihn) kränkten, legt er einerseits schriftlich die Gründe dar, (die) gegen sie (sprechen), und enterbt sie dann» (Homilie 6,7).[18]

IV. Im letzten Absatz behandelt der Interpret die sich aus dem Verbot des Absatzes 1 ergebende Frage nach einer römischen Ersatzlösung. Er schlägt dafür die *emancipatio* vor dem *praeses provinciae* vor.[19] Diese *emancipatio* beseitigt das personenrechtliche Band der väterlichen Gewalt, läßt aber die kognatische Verwandtschaft und damit das kognatische Erbrecht bestehen.[20] Da diese Emanzipation ohne Zustimmung, ja sogar gegen den Willen des *filius familias* stattfinden kann, erzielt sie in Verbindung mit einem enterbenden Testament fast genau die gleiche Wirkung wie eine ἀποκήρυξις.

---

[11] Syro-Romana 144ff.

[12] Im Vergleich mit Deuteronomium 15,13.

[13] Der sich Albert DIETRICH in seiner Rezension zu SELB, Zur Bedeutung, anschloß, in: SZ 83 (1966) 504ff.

[14] AaO 91.

[15] Vgl. P. VOCI, Storia della patria potestas da Costantino a Giustiniano, in: SDHI 51 (1985) 1-72, hier: 24.

[16] Vgl. KINZIG aaO 19.

[17] Vgl. KINZIG aaO allgemein.

[18] Nach KINZIG aaO 113.

[19] Vgl. oben § 3.

[20] Vgl. oben § 3.

Kommentar zu § 54

L 59 = R III 59 = R II 104 = D 101 = P 73 = Ar 103 = Arm 103 (102a) = Georg 103a = Q = O 216

I. Ausgangspunkt der Darstellung ist wohl die Paraphrase einer der in diokletianischer Zeit zahlreichen Reskriptaussagen zu Anfragen über die «Haftung für Schulden von Verwandten». Man vgl. dazu C.J. 4,12 bzw. 4,13 mit den Titeln *ne uxor pro marito vel maritus pro uxore vel mater pro filio emancipato vel libertus pro patrono conveniatur* oder *ne filius pro patre vel pater pro filio emancipato vel libertus pro patrono conveniatur* und Stellen aus Sent. Syr. wie §§ 2, 21, 27 und 28. Im Ausgangsfall des Absatzes 1 - wohl einem Reskript - geht es nur um die Haftung des Vaters für den Sohn; doch werden nach Art eines Traktats weitere Fälle angefügt wie die abgelehnte Haftung für die Mutter, für den Schwiegervater und die Brüder (Geschwister?). In § 127 des Syrisch-römischen Rechtsbuches werden zwei Aussagen daraus wiederholt: Der Vater haftet nicht für den Sohn, die Brüder nicht füreinander. Es ist unklar, woher die Meinung kommt, man könne Verwandte füreinander haftbar machen. Die Stellen aus dem *Codex* und aus den *Sententiae Syriacae* deuten eher auf Übergriffe der Fiskalverwaltung, nicht gerade auf volksrechtliche Vorstellungen von einer allgemeinen Verwandtenhaftung.[1]

II. Anders als unser Text unterscheidet aber C.J. 4,13,1 (Gordianus, 238 n. Chr.) zwischen dem gewaltfreien und gewaltunterworfenen Sohn, wenngleich er in beiden Fällen zum gleichen negativen Ergebnis kommt, soweit es um die allgemeine Verwandtenhaftung geht. Beim gewaltfreien Sohn macht er eine Ausnahme für den Fall, daß der Vater für den Sohn gebürgt hat *(fidem suam obstrinxit)*; dieser Fall wird in unserem Text in Absatz 2 als Ausnahme nun aber bei allen dort genannten Verwandten aufgegriffen. Beim gewaltunterworfenen Sohn macht er eine Ausnahme für den Vater, der ein *iussum* zu einem Darlehen gegeben hat; dieser Fall wird in unserem Text in Absatz 1 als Ausnahme angeführt.

III. Es sieht aus, als sei unser Text als *interpretatio* zu C.J. 4,13,1 entstanden. Soweit andere Fälle von Verwandten genannt werden, in denen eine Haftung verneint wird, zeigt diese *interpretatio* über die Paraphrase des Reskripts hinaus Züge eines Traktats.

Kommentar zu § 55

R II 105 = D 102 = Ar 104 = Arm 104 (102b) = Georg 103b

I. Die Aussage der Stelle ist überaus speziell. Sie könnte aus einem Reskript oder aus einer Monographie zum Thema *de administratione tutorum* stammen. Im Bereich dieser Mündelverwaltung waren manche Verwaltungsmaßnahmen des *tutor* von der Genehmigung der Behörde abhängig, welche die Aufsicht über den Vormund führte. Das war in der Provinz der *praeses* (auch *iudex*) *provinciae*. Selbstverständlich konnte sich der Vormund auch einmal von sich aus direkt an die kaiserliche Kanzlei um ein *iussum* wenden, wie uns Absatz 2 zeigt.

Zu § 54:

[1] Vgl. SELB, Sententiae Syriacae, zu den genannten §§ 2, 21, 27 und 28.

II. Die Maßnahme, wegen welcher der Vormund an das «Vormundschaftsgericht» verwiesen wird, ist die Erteilung einer Prozeßführungsbefugnis. Der Vormund ist an sich der rechte Prozeßvertreter für das Mündel und prozessiert in einer Treuhänderrolle eigenen Namens um ein fremdes Recht.[1] Diese Treuhänderstellung des Vormunds war nun nicht einfach durch die Bestellung eines Prozeßprokurators zu übertragen, wie das sonst eine Partei als *dominus litis* tun konnte *(procurator ad litem)*. War doch der *tutor* selbst schon eine Art *procurator litis*. Das ἐντολικόν hätte in diesem Falle für einen Teilbereich der Verwaltung der Vormundschaft einen eigenen *tutor* oder Mittutor geschaffen. Das aber konnte nur der *praeses provinciae* verfügen.[2]

Kommentar zu § 56

L 60, - = R III 60, - = R II 106, 107, 34 = D 103, 104, 33 = R I -, -, 25 = P -, 74, 29 = Ar 105, 106, 34 = Arm 105 (103), 106 (104), 28 (28, 29) = Georg 104, 105, 28, 29 = Q = O 216f. = I -, -, 65/25

I. 1. Es gibt in § 56c Absatz 1 und 2 (= P 29 = R I 25 = R II 34) einen zu § 56a Absatz 1 entfernt ähnlichen Text, der von einem Sklaven als Täter ausgeht und weiter von anderen Taten als «Raub» handelt. BRUNS[1] hat P 29, R I 25 und R II 34 fälschlich als Parallelen zu § 56a gelesen. Auch D 33 ist keine bloße Parallele zu Absatz 1. Vielmehr handelt es sich überall um eigene Aussagen. Ar 105 und Arm 103 wieder sind wirkliche Parallelen; die Übersetzer haben sich jedoch unter einem λῃστής nichts vorzustellen vermocht.

2. Mit der Tötung eines Räubers ist die eigenmächtige Bestrafung, Lynchjustiz, gemeint. Es ist nicht etwa die Notwehr verboten. In dieser allgemeinen Form freilich findet sich keine literarische Vorlage für unseren Text. Ebenso allgemein ist dann auch die Angabe der Behörden, welchen die Strafverfolgung obliegt; genannt wird einfach die Obrigkeit. «Oder» führt nur eine terminologische Alternative für diese Obrigkeit im Strafbereich ein.

II. Es geht in § 56b nochmals um den Ausschluß der eigenmächtigen Bestrafung, nun aber um den Ausschluß der Blutrache, die im Orient vielleicht verbreiteter als im Westen war. Schon § 56a wandte sich gegen die Selbstjustiz beim Räuber, und § 56c Absatz 1 wiederholt das beim Sklaven. Hier wie dort wird betont, daß der Täter der Obrigkeit auszuliefern ist. Mit welcher Behörde wir es dabei zu tun haben, wird erneut nicht näher ausgeführt.

III. Die Tötung des Sklaven, der ein Verbrechen begangen hat, das den Tod verdient, ist der letzte «Fall» der Reihe aus den § 56 a bis c. Bei der Bestrafung eines Sklaven

---

Zu § 55:

[1] Vgl. KASER-HACKL, ZP 210 (§ 29 I).

[2] Der Hinweis bei MITTEIS, Über drei neue Handschriften 58, auf die Mittutoren, die von vornherein bestellt waren (D. 26,7,3 und 4), trägt nichts bei.

Zu § 56:

[1] BRUNS-SACHAU III 227.

spielt auch in dieser Epoche noch die - längst abgelehnte - Idee eine Rolle, der Eigentümer habe ein *ius vitae necisque* gegenüber dem Sklaven.

IV. § 56, von dem in L (§ 60) nur der erste Absatz erhalten geblieben ist, wurde zum Argument, L nicht generell als beste Version anzusehen; drei weitere Absätze einer einheitlichen Aussage fehlen in L, können aber aus den Parallelen zusammengetragen werden (vgl. Band I, Kap. IV, Abschnitt 1e aa). Die Einheit von § 56a, b und c ist durch § 56c Absatz 2 schlagend dargetan. Er faßt nämlich nicht nur die Fälle aus § 56a bis § 56c Absatz 1 in den Fällen «Tötung des Räubers», «Tötung des Mörders» und «Tötung des Sklaven» in der korrekten Reihenfolge zusammen, sondern verfügt nun erst für alle drei zusammengefaßten Fälle die Konsequenz des Verstoßes gegen die Verbote. Als Konsequenz für eine isolierte Aussage zum Sklaven, wie sie P 29 oder R II 34 bietet, ist der Schlußsatz schlechthin unverständlich, denn der «Räuber» wie der «Mörder» kommen völlig unvermittelt in die Abhandlung.

Kommentar zu § 57

R II 108 = D 105, 106 = R I 65 = P 75 = Ar 107, 108 = Arm 107, 108 (105, 106) = Georg 106, 107 = O 217 = I 67f. /15. 16

I. Es geht um die Strafe für eine förmliche falsche Anklage *(accusatio)*, von der indirekt in § 70 die Rede ist. Die Strafe für die falsche Anklage war eine Art Talion. Der Ankläger sollte dieselbe Strafe erleiden, die auf der angeklagten Tat stand. Das war theoretisch klar; da aber die meisten Strafen in der Provinz in der diskretionären Gewalt des *praeses provinciae* lagen, war die Strafe für das Anklägervergehen praktisch wieder ebenso diskretionär.

II. In § 70 geht es nur um den Fall, daß die Strafe für den Ankläger anfällt, der nicht zu seiner Anklage steht (ܩܡ); das Thema war dort also das *SC Turpillianum.* In seiner *accusatio* hatte der Ankläger versprochen zur Anklage zu stehen und das Versprechen durch Bürgen gesichert. In unserer Stelle macht D einen Unterschied. Absatz 3 spricht von dem, der nicht zur Anklage steht (لا ܩܡ), Absatz 2 aber auch von der *calumnia,* wenn der Ankläger den Beweis nicht führt (لا ܣܡ). Geht man davon aus, daß dies der ursprüngliche Text ist, kommen wir wieder auf C.Th. 9,1,11 zurück, wo der Ankläger bei der *inscriptio* der Anklage zur Kenntnis nehmen muß, daß ihm die «entsprechende» Strafe drohe *(sibi impendere congruam poenam)*. In C.Th. 9,1,11 tritt diese Folge dann ein, wenn der Ankläger den Nachweis nicht führt: *si quod intenderit non probaverit.* In unserer Stelle scheint demnach sowohl der Tatbestand des *destitit (ad SC Turpillianum)* als auch der des *non probaverit* behandelt zu sein *(de calumniatoribus)*.

III. Unser Verfasser gibt ein Beispiel zum Text: Wer jemanden wegen Mordes anklagt - auf Mord steht als Regel die Todesstrafe - und den Nachweis nicht führt, muß selbst die Todesstrafe erleiden.

Kommentar zu § 58

R II 35, 36 = D 34, 35 = P 30 = Ar 35, 36 = Arm 29, 30 (30, 31) = Georg 30, 31

I. 1. Der zusammengehörende Text ist in den Handschriften R II 35 und 36 und in D 34 und 35 willkürlich getrennt worden. In einem ersten Teil behandelt der Verfasser ein ganz konkretes Problem fideikommissarischer Freilassung unter der Auflage der *operae* zugunsten der Kinder als Erben, wahrscheinlich nach einem Reskripttext. Im zweiten Teil zählt der Verfasser dann aber schulmäßig auf, bei welchen Freilassungsformen und in welcher Weise eine derartige Auflage angebracht werden konnte.

2. BRUNS[1] widmete dem Text nur wenige Zeilen. Er fand, daß er von einer bedingten Freilassung handle, wozu ihm die ganz andere Übersetzung von SACHAU (»... unter der Bedingung freilassen will ... ») den Anlaß gab. Zum Thema des bedingt Freigelassenen *(statu liber)* biete, so meint er, der Text aber sowenig Neues wie zu den Formen der Freilassung. BRUNS hat sich geirrt. Der Text gewährt in einer ganzen Reihe von Fragen neue Einsichten.

II. 1. Die Übersetzung des Ausdrucks, daß der Sklave freigelassen werden solle لـ ... على, lautet richtig «mit der Bestimmung». Gemeint ist mit dem Ausdruck eine Vertragsklausel bzw. Testamentsklausel schlechthin, nicht gerade eine juristische Bedingung im technischen Sinn. Die Auslegung dieser Vertragsklausel könnte dann allenfalls ergeben, daß es sich bei ihr um eine *condicio* im technischen Sinne handelt. Gegen eine echte Bedingung und damit eine bedingte Freilassung spricht aber der weitere Text. Der *statu liber* ist bis zur Erfüllung der Bedingung unfrei; unser Text aber spricht eindeutig davon, daß der Freigelassene bei dem Erben arbeite, während er bereits frei ist.

2. Es geht im Ausgangsfall auch nicht um eine Freilassung unter Lebenden, sondern von Todes wegen. Der Freigelassene selbst sollte nicht beim Freilasser «bleiben» und «arbeiten», sondern bei dessen Sohn oder Kindern als dessen Erben. Damit ist ein Erbfall vorausgesetzt. Nun konnte sich zwar ein Freilasser von seinem Freigelassenen unter Lebenden *operae* in der Weise versprechen lassen, daß sie zuerst ihm selbst und dann, nach seinem Tod, seinen Kindern als «Erben» geleistet werden sollten.[2] Hier aber sollten die *operae* überhaupt nur den Kindern als Erben geleistet werden. Die Freilassung, von der im Absatz 1 die Rede ist, stand also im Testament.

3. Bei direkter testamentarischer Freilassung aber wieder gab es nach römischem Recht keine Möglichkeit, *operae* einseitig zu bestellen; denn diese wurden nur durch eidliches Versprechen oder durch *stipulatio* unter Lebenden begründet. Zu denken ist daher an eine fideikommissarische Freilassung, die den Erben damit belastete, den Sklaven unter Lebenden freizulassen. Nur hier wäre dann eine Gelegenheit gewesen, *operae* unter Lebenden aufzuerlegen.

Genau hier lag aber ein Problem für den römischen Juristen, das, vielleicht in einem kaiserlichen Reskript, zum Anlaß unserer Erörterung geworden sein könnte. War einem Erben rein die Freilassung fideikommissarisch auferlegt, so konnte er grundsätzlich

---

Zu § 58:

[1] BRUNS-SACHAU III 294.

[2] Vgl. dazu Wolfgang WALDSTEIN, Operae libertorum. Untersuchungen zur Dienstpflicht freigelassener Sklaven, Stuttgart 1986, 328 und 338ff.

keine *operae* bei dieser auferlegten Freilassung fordern; darin wäre eine unerlaubte Einschränkung des *fideicommissum* gelegen gewesen. Nun konnte der Erblasser aber schon die Zuwendung der fideikommissarischen Freiheit eingeschränkt haben, indem er sie im Testament «abzüglich von *operae*» verfügte. Gegen eine solche unbestimmte Verfügung konnte man dann aber immer noch einwenden, sie lasse dem Erben zu viel Freiheit bei der Belastung des Freigelassenen. Was aber sprach gegen die schon im Testament bestimmt auferlegten, das *fideicommissum* in bestimmter Weise einschränkenden *operae*? WALDSTEIN[3] hat in einem von Ulpian D. 38,1,7,4 wiedergegebenen Reskript Hadrians über die *operae* bei fideikommissarischer Freilassung ein absolutes Verbot der Auferlegung gesehen. Dieselbe Aussage findet sich noch einmal bei Papinian D. 38,1,42 und bei Ulpian D. 30,95, dieselbe in C.J. 6,3,5 und 6,3,10 (beide Alexander).

4. Das Verbot galt aber nicht ausnahmslos: Nach Paulus D. 40,5,33 pr. und Marcian D. 38,2,29,1 darf immerhin der Sohn des Erblassers bei der fideikommissarischen Freilassung *operas imponere*, sofern nach dem Testament diesem Sohn die vollen Rechte eines Patrons gewährt werden sollten. Den Schlüssel zur Ausnahme liefert uns u.E. unsere Stelle. Auch hier geht es um den Sohn oder die Kinder des Erblassers, denen die Freilassung als Erben auferlegt war. Es geht aber auch um einen Fall, in dem das Testament selbst die Auferlegung von *operae* verfügte und sie hinreichend präzisierte: Der Freigelassene sollte «für eine bestimmte Zahl von Jahren» beim Erben, der der Sohn war, «wohnen» und «arbeiten». Das ist in D. 40,5,33 pr. und D. 38,2,29,1 verdeckt. Gerade bei Paulus D. 40,5,33 pr. ist der Schluß *hoc enim potuisset* ... nur dann ein verständliches Argument, wenn man davon ausgeht, daß der Sohn und Intestaterbe bei direkter statt fideikommissarischer Freilassung durch den Erblasser die - genau bestimmten - *operae* zumindest indirekt hätte verlangen können.[4] Hatte nämlich der Erblasser die Freilassung selbst unter der Bedingung im Testament verfügt, daß genau bestimmte *operae* nicht etwa geleistet, sondern nur versprochen wurden (so bei Marcellus D. 40,7,24 und bei Paulus D. 40,4,36), so wurden sie ja auch erst unter Lebenden begründet, wenn der Freizulassende die Bedingung erfüllen wollte. Der Text betraf also einen *statu liber*, bei dem die Bedingung der Freilassung das Versprechen bestimmter *operae* war. Da das Testament im genannten Fall entfallen war,[5] blieb die gleichwohl aufrechtzuerhaltende Freilassungsverfügung nur als fideikommissarische möglich; diese aber konnte nicht weiter gehen als die über die direkte Freilassung zu erreichende, nämlich durch bestimmte *operae* eingeschränkte Position.

Bei Marcian D. 38,2,29,1 lag der Fall anders: Der mit dem Sklavenlegat bedachte Sohn sollte den freizulassenden Sklaven dann mit *operae* belasten dürfen, wenn das Testament das vorsah, *ea mente, ut plenum ius patroni habeat.* Die Ausnahme allein auf das verwandtschaftliche Naheverhältnis zu gründen, war auch hier nicht gefordert. Reihen wir unseren Text hier ein, so scheint es, als hätten die Juristen der Spätzeit eine Harmonie der Ergebnisse hergestellt: Die Lehre von der Vererbung bereits zu Lebzeiten des Erblas-

---

[3] AaO 186ff.

[4] Der Ausdruck *operas imponere* muß beides decken, das Verlangen der *operae*, die schon über eine Bedingung «begründet» waren, und das Begründen unter Lebenden.

[5] WALDSTEIN aaO 194 liest den Text, als ob die *bonorum possessio contra tabulas* am Nachlaß des Freigelassenen bestehe.

sers begründeter *operae*, die Lehre von der Zulassung der *stipulatio «sibi liberisque suis»*, die Begünstigung der Kinder und Erben als Nutznießer der bedingten Freilassung, ob die Bedingung nun das Versprechen der *operae* oder deren Leistung war, schließlich die Auferlegung von *operae* bei fideikommissarischer Freilassung mußten doch irgendwie auf denselben Effekt hinauslaufen.

III. 1. Der Text gibt, was BRUNS noch nicht gesehen hatte, den Wortlaut einer Abrede wieder, die bei der fideikommissarischen Freilassung zu deren Inhalt werden sollte. Der Freigelassene sollte für eine bestimmte Anzahl von Jahren bei den Erben/Kindern des Freilassers «bleiben» oder «wohnen», d. h. griechisch παραμένειν. Das Formular entspricht damit der griechischen παραμονή-Klausel.[6] In dieser Zeit des «Bleibens» sollte der Freigelassene den Arbeitsanordnungen des Freilassers oder der Erben folgen. Wirtschaftlich entsprach die Arbeitsleistung, die im Text nicht genauer genannt ist, den römischen *operae*, zumindest konnte der Text einer solchen Klausel von einem römischen Juristen als Versprechen von *operae* gedeutet werden, dementsprechend bei testamentarischer[7] fideikommissarischer Freilassung als deren Einschränkung.

2. Ob nun die griechisch-hellenistische παραμονή eine bedingte oder unbedingte Freilassung war und ob sie ein Schuld- oder Statusverhältnis begründete, kann hier offenbleiben.[8] Die rechtliche Qualifikation des sicher unter dem Eindruck der παραμονή entstandenen Wortlauts der Klausel war auf jeden Fall Sache des römischen Juristen, der sich mit dem Fall beschäftigte. Er übernimmt damit nicht die fremde παραμονή. Die ganz andere Frage, ob es eine die Freilassung resolutiv bedingende παραμονή gab und ob sich die Idee der Rücknahme der Freilassung in römischen Quellen zeigt, etwa in C.J. 7,16,30 und 6,3,12,[9] interessiert hier nicht weiter. Eine «Vermischung» eines volksrechtlichen und eines reichsrechtlichen Instituts[10] fand jedenfalls nicht institutionell statt.

IV. Der Anlaßfall, die Auferlegung von *operae* bei der Anordnung einer fideikommissarischen Freilassung im Testament, wird in der Schulerörterung fortgesponnen. Der Verfasser fühlt sich herausgefordert, nun andere Freilassungsformen darzustellen, bei der man die *operae libertorum* einsetzen konnte. Genannt wird Freilassung «untereinander», d.i. vielleicht die Freilassung *inter amicos*,[11] und die *manumissio in ecclesia*, die uns im Rechtsbuch mehrfach begegnet.[12] Es folgt die Freilassung vor dem *iudex*, d. h. dem *praeses provinciae*, und die testamentarische Freilassung, von denen ebenfalls bereits die Rede war.[13]

---

[6] Zum Stand der Forschung jetzt WALDSTEIN aaO 92ff.

[7] Zur Auferlegung der παραμονή im Testament vgl. Jacques LAMBERT, Les operae liberti. Contribution à l'histoire des droits de patronat, Paris 1934, 68.

[8] Zum Meinungsstreit darüber ausführlich WALDSTEIN aaO 93-102.

[9] LAMBERT aaO 63f. und P. DE FRANCISCI, Il P. Jandanae 62, in: Aegyptus. Rivista italiana di egittologia e di papirologia 1 (1920) 71-82, hier: 80f.

[10] So aber TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 109 Fn. 53 = Op. Min. I 299.

[11] Der Passus ist nur in R II überliefert.

[12] So in §§ 19, 114.

[13] Oben § 53.

Kommentar zu § 59

L 61 = R III 61 = R II 78 = D 78 = R I 36 = Ar 78 = Q = B 78

Die Stelle enthält keine bloße Wiederholung von § 16 in leicht veränderter Textierung. Der Verfasser hat das Thema aus anderer Fragestellung ein zweites Mal aufgegriffen. In § 16 geht er von der Frage nach der Infamie aus, zu der die Verletzung der Wartefrist führte. In unserer Stelle geht er direkt von der Wartefrist aus. Was folgt, ist zu § 14 bereits besprochen. Freilich ist bei den Folgen des Verstoßes jetzt auch noch der Verlust der Erbschaft neben der des Legats erwähnt. Der Ausdruck «Ehre», *honos* hat durchaus seinen Platz im Text, er ist keine Verschreibung; nur die *honestior mulier* hat im Testament Anspruch auf *honos*, ein Ehrengeschenk.

Kommentar zu § 60

L 62 = R III 62 = R II 62 = V 60 = D 60 = R I 34 = P 50 = Ar 61 = Arm 62 = Georg 62

Der Tatbestand des Raubes einer Jungfrau findet sich auch in Sent. Syr. § 72; dort ist freilich die Strafe im Text ausgefallen; vielleicht wurde der Täter dort auch des Lebens beraubt wie in unserem Text. Der Doppeltatbestand findet sich genauso in der Titelrubrik aus C. Th. 9,24: *De raptu virginum vel viduarum.* Die Strafe ist dort nach C. Th. 9,24,2 die Todesstrafe *(poena capitalis)*.[1]

Kommentar zu § 61

L 63 = R III 63 = R II 76 = D 75 = R I 72, 73 = P 60a = Ar 75 = Arm 76 = Georg 77 = I 48/6

I. Der Anfragende hatte Zweifel an der Gültigkeit der Erbeinsetzung, die der Mann für seine Ehefrau im Testament verfügt hatte. Die Zweifel werden in Absatz 2 letztlich zurückgewiesen. Was aber hatte solche Zweifel begründet? Und weshalb werden sie zurückgewiesen?

Die Zweifel ergeben sich aus den Anordnungen der *lex Papia Poppaea* aus augusteischer Zeit.[1] Kinderlose Ehegatten konnten danach untereinander nur eine *decima* ihres Vermögens vererben.[2] Hatten sie jedoch ein Kind oder mehrere Kinder aus der gemeinsamen Ehe, die noch lebten, so gab es keine Beschränkung der Erbeinsetzung. Auf jeden Fall aber konnte eine Ehefrau die *decima* neben ihrer *dos* erhalten.

II. Die Beschränkung auf die *decima* findet sich in UE 15,1, der Hinweis auf die *dos* steht in UE 15,4: *hoc amplius mulier praeter decimam dotem capere potest legatam*

Zu § 60:

[1] Das hat schon BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 228 erkannt.

Zu § 61:

[1] Vgl. dazu KASER, RP I 724.

[2] Dieses Thema sah BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 228 in Absatz 1 angeschlagen.

sibi.[3] Die Sonderfälle aus UE 15,2 und 3 fehlen in unserer Stelle. Schon in UE 15,4 ist es nicht leicht zu verstehen, warum gesagt wird, daß die Frau *(dotem capere potest legatam sibi)* die vermachte *dos* erhalten sollte. Dazu muß man sich vorstellen, daß die Ehegesetzgebung die *dos* mit in die nachteiligen Folgen einbezog, wenn gegen die Verbote verstoßen wurde. So heißt es z.B. in UE 16,4, daß ein *SC Calvisianum* die *dos* in die nachteiligen Folgen einbezog: *Itaque mortua muliere dos caduca erit.* Die Straffolge an der *dos* war aber bei bloßer Kinderlosigkeit der Ehe nicht erforderlich; die *dos* war beim Tod des Mannes also an die Frau herauszugeben; ein ausdrückliches Legat über die *dos* berührte die sonst gegebene Grenze der *decima* nicht. UE 15,4 und unser Text stellen das klar.

III. Konstantin I. hob mit C. Th. 8,16,1 alle Beschränkungen dieser Art auf. Es ist nun erstaunlich, daß der Verfasser die Wiedergabe dieser Konstitution zum Anlaß nimmt, die Probleme des *ius vetus* darzustellen. Das hat nur in einer Lehrdarstellung einen Sinn, die unmittelbar dem Reformgesetz folgt. Denn daß es sich um ganz konkrete, UE 15,1-4 entsprechende praktische Anfragen aus der Zeit nach der genannten Konstitution gehandelt habe, ist höchst unwahrscheinlich.

Kommentar zu § 62

L 64 = R III 64 = R II 109 = D 107 = Ar 109 = Arm 109 (107) = Georg 108

I. Jemand kaufte ein Landgut, einen Sklaven oder eine andere Sache. In der καταγραφή ließ er aber den Namen eines anderen als Erwerber eintragen. Er selbst dagegen ließ sich den Besitz am gekauften Gegenstand übertragen und nutzte ihn. Er zahlte auch Abgaben dafür *(annonae)*. Die καταγραφή und die Abgaben deuten darauf hin, daß der Grundfall nur das Landgut betraf, die weiteren Beispiele unkoordiniert im Sachverhalt eingefügt sind. Ferner wurde der Kaufpreis aus seinen, des Käufers, Mitteln genommen.

II. Das Problem war, wer in diesem Falle als Eigentümer der gekauften Sache angesehen werden mußte. Schon in § 39 war ein derartiger Fall behandelt; dort war es die Ehefrau, in deren Namen der Ehemann gekauft hatte. Hier wie dort geht es nur um die sachenrechtliche Seite des Falles. Es wird nicht danach gefragt, wen auf der Käuferseite die Verpflichtung zur Preiszahlung trifft, war doch der Kaufpreis auch schon gezahlt. Der Verfasser stellt lediglich Indizien für den Eigentumserwerb zusammen: In wessen Namen gekauft wurde, wer den Besitz an der Kaufsache erlangte, wer die *annonae* zahlte und aus wessen Mitteln der Kaufpreis beglichen wurde. Genau die gleiche Suche nach Indizien für den Eigentumserwerb findet sich in den beiden Stellen zu C. Greg. 3,7 *si sub alterius nomine* ... und zum Titel C. 4,50. Hier wie dort wird die «Schrift» für sich allein als schwaches Indiz genommen, genau wie es in C.J. 4,50,6,2 heißt: *res gesta potior quam scriptura habetur.* Die reale Besitzübertragung, die Herkunft der Mittel für den Erwerb und die Steuerzahlung dominieren.

---

[3] Dazu Riccardo ASTOLFI, La lex Iulia et Papia, Padova 1970, 114 Fn. 58.

III. An keiner Stelle unseres Textes ist zu erkennen, daß allein wegen des *si sub alterius nomine* ... der Versuch zu finden sei, die direkte Stellvertretung einzuführen.[1] Die Reskriptenpraxis der Kaiser des 3. Jh. war genausowenig gegen einen die direkte Stellvertretung zulassenden Urkundenbrauch des Ostens gerichtet, wie noch PARTSCH[2] meinte. Es gab einfach mannigfache Gründe, den wahren Erwerber über den Inhalt der Urkunde zu verschleiern. Das Thema der Stelle war auch nicht das Erfordernis der Schriftform der καταγραφή, was MITTEIS annahm.[3] Der Fragesteller ging nicht von dem Problem aus, ob eine καταγραφή geschrieben wurde, sondern ob es von Bedeutung war, wessen Namen sie trug. Der Schlußsatz von der Preiszahlung gehört zentral zum Text, genau wie in § 39 und in einer Reihe von Codexstellen der zitierten Titel. Er ist also nicht nachträglich zugefügt.[4] Mit diesem Satz wurde nämlich in Fällen der Verwaltung fremden Vermögens ein Indiz gegen die *traditio* und für die *scriptura* gewonnen. Die ganze Stelle als Bestimmung mit hellenistischem oder orientalischem Charakter zu charakterisieren,[5] geht sicher fehl.

IV. Die καταγραφή taucht im Grundverkehr auf. Sie wird auch in §§ 22, 34 und 39 erwähnt, soweit es wahrscheinlich um ein Landgut geht. Erklärt wird sie nirgends. Am ehesten wird sie als förmliche Übereignungserklärung verstanden werden können. Denn obligatorisch bindend war auch bei Grundstücken schon der konsensuale Kauf. Demgemäß wird die καταγραφή des § 34 auch als Akt der Erfüllung des dort behandelten, konsensual bindenden Kaufes verstanden.

V. Die Steuerzahlung als Indiz spielt auf C. Th. 3,1,2 und I. Th. an, wonach beim Kauf einer *villa*, also eines Landhauses, *tributum rei ipsius* zu zahlen war.

Kommentar zu § 63

L 65 = R III 65 = R II 110 = D 108 = Ar 110 = Arm 110 (108) = Georg 109

I. Der erste Teil der Stelle handelt von einem Verbot für Provinzialbeamte, von ihrem jeweiligen (regionalen und sachlichen) Verwaltungsbereich Unterworfenen irgendetwas zu kaufen.[1] Die Konstitutionen aus C.Th. 8,15,1-8 bezeugen ein solches Verbot. Als wichtig erweist sich jedoch, daß dasselbe Verbot auch in C.Th. 3,1,8 und 9 zu

---

Zu § 62:

[1] Das Zugeständnis bei SELB, Zur Bedeutung 181 Fn. 65, war überflüssig.

[2] Besprechung zu Sachau, Syr. RB I, 434. Zu den «griechischen» Auffassungen in den Reskripten vgl. Fritz PRINGSHEIM, Der Kauf mit fremdem Geld, Leipzig 1916, 114ff.

[3] Reichsrecht und Volksrecht 517; ähnlich A. EHRHARDT, Justa causa traditionis, Berlin - Leipzig 1930, 181f.

[4] So aber PARTSCH Besprechung zu Sachau, Syr. RB I, 434.

[5] TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 115 = Op. Min. I 306; J. GAUDEMET, La formation du droit séculier et du droit de l'église aux IV^{e} et V^{e} siècles, Paris 1957, 122 und Fn. 10; 2^{e} édition 1979, 131; VOLTERRA, Un ipotesi 33.

Zu § 63:

[1] So schon BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 229.

finden ist, jetzt aber unter dem Thema «Kauf», mit dem Stichwort der *venditiones per potentiam extortae.*

Valentinian III. hat das Verbot im Jahre 451 n. Chr. für den Westen aufgehoben. Damit stellt sich die Frage, ob es sich in unserer Stelle deshalb noch findet, weil die vorgesehene Publikation im Osten des Reiches nicht stattgefunden hat[2] oder ob es zu älterem Vorlagematerial des Rechtsbuches gehört[3]. U.E. liegt das Problem darin, ob das Rechtsbuch überhaupt einen Zustand *geltenden* Rechts belegen will. Schon bei der Frage der Trauerzeit in §§ 16 und 59, wo jeweils ein Rechtsstand aus der Zeit vor 381 n. Chr. (C. Th. 3,8,1) wiedergegeben ist, mußte das bezweifelt werden.

II. Der Vergleichsfall mit dem gewöhnlichen Gläubiger, der vom Schuldner nichts kaufen darf, schien unter dem Gesichtspunkt einer *venditio per potentiam extorta* doch etwas weit hergeholt. Daher meinte schon BRUNS[4], es handle sich um das speziellere Verbot für den Pfandgläubiger, mit dem Schuldner einen bedingten Kauf über die Pfandsache *(lex commissoria)* abzuschließen.[5] Im Vertragsformular war tatsächlich die *lex commissoria* in die Form eines bedingten Kaufs gekleidet.[6] Die Verbindung der beiden so entfernten Fälle erklärt sich vielleicht aus dem Aufbau des *Codex Theodosianus*, den unser Verfasser vor sich gehabt haben dürfte. Dort steht das erste Verbot in den Schlußstellen von C. Th. 3,1; darauf folgt unmittelbar das Verbot der *lex commissoria* in C. Th. 3,2. Der Schlußsatz erklärt sich dann leicht daraus, daß die Bezahlung der konkreten gesicherten Schuld das Pfandrecht zum Erlöschen brachte und damit auch die *lex commissoria.* Dann konnte der frühere Gläubiger den einstigen Pfandgegenstand kaufen.

Kommentar zu § 64

L 66 = R III 66 = R II 48 = V 43 = D 43 = R I 30 = P 77 = Ar 48 = Arm 38 (39) = Georg 39 = O 204f., 221 = I 60/7

I. Es wird hier die vorjustinianische *longi temporis praescriptio decem vel viginti annorum* (C. J. 7,33) *(longi temporis praescriptio)* angesprochen.[1] Die bisherigen Übersetzungen lassen schon klar erkennen, daß der Verfasser zwei Fragen aufgreift, die nach der *possessio continuata nec interrupta inquietudine litis* und die nach der Anwendung der kürzeren oder längeren Frist. Was aber bislang nicht zu erkennen war, ist die Hauptaussage, auf welche Fälle nämlich die *longi temporis praescriptio* angewandt wurde. BRUNS geht vom Fall aus, daß jemand eine fremde Sache vom Nichtberechtigten

---

[2] BRUNS aaO.

[3] MITTEIS, Über drei neue Handschriften 19f.: Ältere Redaktionsstufe.

[4] BRUNS-SACHAU III 230f.

[5] Für ein allgemeines Kaufverbot aber Mariano SAN NICOLO, Beiträge zur Rechtsgeschichte im Bereiche der keilschriftlichen Rechtsquellen, Oslo 1931, 218ff.

[6] Papinian Frag. Vat. 9. Vgl. für den Westen LEVY, Weströmisches Vulgarrecht 188ff., und für den Osten Ernst RABEL, Nachgeformte Rechtsgeschäfte, in: SZ 28 (1907) 354ff. zur πρᾶσις ἐπὶ λύσει.

Zu § 64:

[1] Insoweit schon BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 231f.

erworben hat, und daß nun der Eigentümer gegen den Besitzer auf Herausgabe klagt. Den Pfandgläubiger, der zweimal erwähnt wird, hält er nur für den, der den fortdauernden Besitz unterbricht. Insoweit muß ihm dann auch die Darstellung reichlich umständlich erscheinen. Es geht aber gar nicht um irgendeine ἀγωγή, eine «Klage, die eingeklagt wird», sondern um einen ἀγωγός, eine Wasserleitungsservitut, als Beispiel für ein dingliches Recht neben dem anderen dinglichen Recht, dem Pfandrecht.

II. Beim «Forderer» *(petitor)* unseres Textes, für den der «Kauf» (genauer: der kaufweise Erwerb durch einen Dritten) nach Ablauf der Ersitzungsfrist «wirksam», also nachteilig ist, muß man daher an den dinglich Berechtigten denken, der durch den «Kauf», d.h. durch die damit in Gang gesetzte *praescriptio* sein beschränktes dingliches Recht verliert. Der Subjektwechsel im gleichen Satz hat das verdeckt. Welche «Forderung» er verliert, d. h. technisch genauer welches dingliche Recht oder welche dingliche Klage, klingt einmal bei den Beispielen der «Störung» der Fortdauer des Besitzes an - im ersten Teil des Textes - , dann aber noch einmal im Zusammenhang mit den Konsequenzen des Fristablaufs: Es geht um einen Servitutsberechtigten, ferner um einen Pfandgläubiger oder um einen sonstwie dinglich Berechtigten, dessen «Herrschaft an der Sache», dessen Klage und Recht durch die *longi temporis praescriptio* zunichte gemacht werden. Zwar heißt es im Schlußsatz «der Besitz (νομή) erlangt wurde, der nicht der seine ist»; gemeint ist aber nicht die Sache selbst, sondern der «Besitz», der dem dinglich Berechtigten kraft seines Rechtes zusteht. Die *longi temporis praescriptio* betrifft hier also allein die Ersitzung der Freiheit von dinglichen Belastungen. Insofern sind die bisherigen Exegesen weitgehend überholt. Unsere Stelle wird zugleich zum einzigartigen Dokument für die spätantike Ersitzung der Freiheit von Rechten.

1. KASER[2] hält die positive Ersitzung einer Wasserleitungsservitut durch *longi temporis praescriptio* in C.J. 3,34,2[3] glaubhaft bezeugt. Unser Text bezeugt nun das Gegenstück für die Freiheitsersitzung und rechtfertigt es damit, PS 1,17,1 und 2 ohne Bedenken schon für die klassische Zeit in solchem Sinne zu lesen. U.E. kann man nun auch C. J. 3,34,10 besser verstehen; hinter dem Verlust der Servitut durch Nichtgebrauch *(non utentem spatio temporis amississe)* steht mit einiger Wahrscheinlichkeit ein Fall der Anwendung der *longi temporis praescriptio* wegen einer dazwischen geschobenen Veräußerung des pflichtigen Grundstücks.

2. Besser belegt war schon bisher die Befreiung des Erwerbers von der Belastung des erworbenen Gegenstandes mit einem Pfandrecht.[4] In C.J. 7,36,1 (Gordianus) heißt es: *creditori a possessore longi temporis praescriptio obicitur* und in C.J. 7,36,2 *(Diocletianus et Maximianus) nec data pignori praedia post intervallum longi temporis tibi auferenda sunt*, wobei von der kaiserlichen Kanzlei auch noch auf eine reiche eigene und ältere Reskriptenpraxis verwiesen wird.

3. Fast wichtiger noch als die beiden Beispiele ist die aus der Einleitung des Textes (Absatz 1) zu erkennende Verallgemeinerung des Gedankens. Ganz konsequent wird

---

[2] RP I 445 (§ 105 IV).

[3] Mit P. BONFANTE, La "longi temporis praescriptio" delle servitù, in: Scritti giuridici varii, II., Torino 1918, 956-965, gegen S. SOLAZZI, Requisiti e modi di costituzione delle servitù prediali, 2. Aufl., Napoli 1954, 164f.

[4] Vgl. KASER, RP I 469 (§ 110 IV).

von der Idee der *praescriptio* als einer dinglichen Klage aus jede dingliche Klage einbezogen, die den Besitzverlust zur Voraussetzung hat.

4. Die Nähe der *praescriptio* zur Klageverjährung drückt sich im Wortlaut unseres Textes aus; doch hatte der Verfasser ohnehin keinen Fall vor Augen, in dem der Erwerber den Gegenstand vom Pfandgläubiger konkret mit einer *rei vindicatio* oder vom Servitutenberechtigten mit einer *actio negatoria* verlangte und sich dann einer *exceptio* gegenübersah. Vieles spricht für eine materielle Betrachtung des Klageausschlusses beim Dritten als «Ersitzung»[5], vor allem, daß die justinianischen Juristen in C.J. 7,39,8 pr. für das alte Recht, über das sie berichten, annehmen, es habe das Ergebnis der *longi temporis praescriptio* nicht anders verstanden, als Justinian es jetzt klarstelle, daß nämlich der durch die *longi temporis praescriptio* Begünstigte ein Recht erwerbe, das er seinerseits verfolgen könne *(actionem ad vindicandam habere sancimus)*.[6]

III. In der Einleitung wird das Erfordernis ungestörten Besitzes über die gesamte Zeit der Ersitzung aufgestellt. Worin die Störung besteht, wird nicht gleich dargetan. Der Störung wird jedenfalls die παραγγελία gleichgehalten.

1. Störung ist wohl die rechtzeitige Klage. Es findet sich in gleichem Zusammenhang in Sent. Syr. § 57, daß «niemand eine Forderung gegen ihn erhoben hat». In unserem Text werden ganz fallbezogen solche «Forderungen», *inquietudines* im Sinne der römischrechtlichen Texte, genannt, die Pfandklage *(actio pigneraticia in rem)* und jede andere dingliche Klage. Aus dem Text der Konstitution des Septimius Severus, mit dem er die *longi temporis praescriptio* einführt, wird damit die Voraussetzung aufgegriffen, daß sich der Ersitzende die gesamte Zeit über *sine ulla controversia in possessione*, ἀνεύ τινος ἀμφισβητήσεως ἐν τῇ νομῇ befunden haben müsse.

2. Die *controversia* war noch in diokletianischer Zeit allein durch eine Klage gegeben; der maßgebliche Zeitpunkt für die Störung des Besitzes war die *litis contestatio*.[7] Anders als noch in Sent. Syr. § 57 wird in unserer Stelle die *controversia* auch durch eine παραγγελία bewirkt. Darin sieht schon BRUNS[8] eine schriftliche Klageankündigung. Und er erkennt einen Wandel von Diokletian (C.J. 3,32,26 und 7,33,10) zu Konstantin I. (C.J. 3,19,2). Es handelt sich um die *litis contestatio* des Denuntiationsprozesses aus § 75.

3. Die Frist von 10 oder 20 Jahren hängt in unserer Stelle leider an einer nicht ganz klaren Übersetzung des Syrers aus dem Griechischen. Gleichwohl ist eines klar; hätte die griechische Vorlage πόλις gehabt, so hätte der Syrer das auch mit «Stadt» übersetzt. So wählt er den Ausdruck ܐܬܪܐ, «Ort», «Gegend», «Region», «Provinz», der immerhin aus § 29 ganz klar ist, wo es um den *iudex* oder *praeses provinciae* geht. Dieter NÖRR[9] hat sicher Recht, wenn er unter Berufung auf BGU I 267 und P.SB 22 annimmt, in Ägypten habe man auf die Polis abgestellt. Aber ein historischer Bericht bei Justinian

---

[5] Dieter NÖRR, Die Entstehung der *longi temporis praescriptio*. Studien zum Einfluß der Zeit im Recht und zur Rechtspolitik in der Kaiserzeit, Köln - Opladen 1969, 95ff.

[6] Zweifelnd anscheinend NÖRR ebenda 111 und Fn. 9.

[7] J. PARTSCH, Die *longi temporis praescriptio* im klassischen römischen Rechte, Leipzig 1906, 38, 41.

[8] BRUNS-SACHAU III 231.

[9] AaO 80f.

läßt erkennen, daß es die Streitfrage gab, ob nicht auf die Provinz abzustellen sei (C.J. 7,33,12 pr.). In den Landgebieten Kleinasiens und Syriens kam es wohl eher auf die *provincia* als auf die Polis an. Bemerkenswert ist dabei jedoch, daß Sent. Syr. § 57 auf die *praesentia* oder *absentia* abstellt, genau wie PS 5,2,3 und 5,5a,8.[10]

4. Was den Gegenstand der *longi temporis praescriptio* betrifft, so erhalten wir aus unserer Stelle leider keine weitere Information als sie uns schon Sent. Syr. § 57 gibt. Bei einer Servitut über eine Wasserleitung war sicher ein Grundstück Gegenstand der *longi temporis praescriptio*. Aber schon beim Pfand sind wir nicht mehr sicher, da das Recht an einem Grundstück ebenso wie an einer Mobilie[11] begründet sein konnte. Die Beispiele sind auch nicht instruktiv, denn mit der «anderen νομή» konnten auch Mobilien gemeint sein.

IV. Dem Soldaten (*miles*, ῥωμαῖος) wird ein «Dienstnehmer des Heeresdienstes» gleichgestellt. Aus der Wortkomposition ist im syrischen Text noch das στρατιώτης der Vorlage zu erkennen. U.E. geht es hier um die Arsenalarbeiter *(fabricenses)*, deren Tätigkeit als *militia* bezeichnet wird (vgl. C. Th. 10,22,6 und Nov. Iust. 85,3,1).

Kommentar zu § 65

L 67a = R III 67a = R II 81 = D 76 = R I 35a = Ar 76 = Arm 77 = Georg 78 = Q = O 215

I. Schon RUDORFF[1] führte das für Frauen verfügte Bürgschaftsverbot der Stelle auf römische Quellen zurück. BRUNS[2] folgte ihm darin. Grundlage des Verbots war das *SC Vellaeanum* (PS 2,11), das den Frauen aber nicht nur die Bürgschaft, sondern auch jede andere Art der Interzession verbot. Freilich wird erst bei korrekter Übersetzung klar, daß es auch in unserem Text um mehr als die Bürgschaft geht. Nach der sprachlich ebenfalls möglichen, aber unzutreffenden Übersetzung des letzten Halbsatzes bei SACHAU «auch nicht *in* einer einzigen Sache» und bei dem dann naheliegenden Verständnis von «Sache» als «Angelegenheit» oder «Anlaßfall» blieb nur ein platter Sinn. Selbstverständlich galt das Verbot nicht erst, wenn die Frau mehrmals bürgte. Nach unserer Übersetzung geht es aber nicht um die platte Sequenz eines trivialen Autors. Vielmehr geht es um die Interzession «mit» einer Sache, d. h. um die Verpfändung einer Sache, die der Frau gehörte, für eine fremde Schuld. Ein Beleg dafür ist Pomponius et Ulpianus D. 16,1,32,1. «Mit einer Sache bürgen» heißt interzedieren.

II. Die recht allgemeine Aussage deutet eher auf eine Paraphrase einer Juristenaussage als eines Reskripts. Nicht ausgeschlossen ist ferner, daß der Grundtext, zu dem die vorliegende *interpretatio* verfaßt wurde, im weiteren Sinne eine Pfandbestellung durch eine Frau als Dritte behandelte. Die *interpretatio* gäbe dann nur eine *definitio* zum *SC Vellaeanum* wieder.

---

[10] Vgl. auch PARTSCH aaO 49ff.

[11] Für Grundstücke GIRARD-SENN, Manuel 324 Fn. 1.

Zu § 65:

[1] Legum saecularium Constantini Theodosii et Leonis capita 108ff.

[2] BRUNS-SACHAU III 232.

Kommentar zu § 66

L 67b = R III 67b = R II 77 = D 77 = Ar 77 = Arm 78 = Georg 79 = B 77 = I 68/17

I. Die Stelle gehört trotz ihrer räumlichen Nähe nicht zum Interzessionsverbot des § 65. Der Zusammenhang zum Mandat wird auch nicht über ein Kreditmandat oder über ein Mandat zu bürgen hergestellt. Von der dem Absatz 1 ähnlichen Aussage in § 28, wonach die Frau ihrem Mann ein ἐντολικόν geben dürfe, unterscheidet sich unser Text in einem wesentlichen Punkt: In § 28 geht es um die Ermächtigung zur allgemeinen Güterverwaltung, hier dagegen um ein spezielles Einziehungsmandat.

II. In einem Gesetzestext müßte man den Wenn-Satz des zweiten Absatzes als rechtliche Voraussetzung für die Gewährung einer Vollmacht für einen anderen als den Ehemann ansehen. So darf man den Text aber nicht lesen. Er ist nichts als Teil einer Erläuterung der Aussage des Absatzes 1, die in einer Art Gegenfall nun angibt, was eine Frau tun soll, die keinen Ehemann (mehr) hat, dem sie Vollmacht erteilen kann. Erkennen wir auch hier die Form der *interpretatio* zu einem Grundtext, dessen Inhalt uns im Rechtsbuch nicht mitgeteilt wird, der aber dem Leser, für den das Rechtsbuch oder seine Einzeltexte bestimmt war, bekannt war, so gibt das ein unlösbares Problem. Die Aussage des Absatzes 1 könnte nämlich selbst Hauptinhalt des Grundtextes gewesen sein; sie könnte aber auch eine Folgeaussage gewesen sein, zu der in weiterer Folgerung Absatz 2 gefügt wurde. Man stelle sich vor, daß ein Reskript den geltend gemachten Anspruch eines Ehemannes, von Rechts wegen das Paraphernal-Vermögen der Ehefrau verwalten zu dürfen, zurückwies. Die Erläuterung einer klaren negativen Aussage konnte sich darauf beschränken, die Vollmachtslösung vorzuschlagen. Der zweite Absatz würde sich damit freilich vom Thema des Grundtextes entfernen. Doch finden sich Folgeerwägungen dieser Art, bei der jeweils assoziativ nur an die vorhergehende Aussage angeknüpft wird, häufiger.

Kommentar zu § 67

L 68 = R III 68 = R II 111 = D 109 = Ar 111 = Arm 111, 112 (109, 110) = Georg 110, 111 = Q = O 217 = I 68/18

I. Der erste Teil des Textes, Ausgangspunkt der weiteren Abhandlung in zwei Folgeaussagen, befaßt sich mit Unrechtshandlungen der Kinder gegen ihren Vater. Dabei geht es noch nicht um ein Recht zur Anklage unter dem Stichwort *qui accusare non possunt*, sondern um das häusliche Züchtigungsrecht des Vaters für interne Vergehen und die Hilfe, die er dafür *de plano* - zum Unterschied von *pro tribunali* - beim *praeses provinciae* in Anspruch nehmen konnte.[1] Dieser Teil des Textes entspricht dem zweiten Teil von C.J. 8,46(47),3 (Alexander, 227 n. Chr.): ... *si in pari contumacia perseveraverit, eumque praesidi provinciae oblaturus dicturo sententiam, quam tu quoque dici volueris.* Damit widerlegt unsere Stelle auch die Thesen von der Interpolation des Satzes ... *eumque* ...

Zu § 67:

[1] Siehe schon Walter SELB, Vom *ius vitae necisque* zum beschränkten Züchtigungsrecht und zur magistratischen Züchtigungshilfe, in: The Irish Jurist 1 (1966) 136-150, hier: 136ff.

volueris, vertreten von Pietro BONFANTE[2] und Fernand DE VISSCHER[3], weil die Zeit noch das *ius vitae necisque* gekannt habe.

II. An die freie Wiedergabe des Grundtextes aus C. J. 8,46(47),3 im ersten Absatz schließen sich zwei durchaus folgerichtige Assoziationen an. Von ihnen war im Grundtext sicher nicht die Rede; doch passen sie durchaus zu einer *interpretatio*, die mehr als bloße Paraphrase des Grundtextes sein will.

1. Die erste Assoziation ist durch den Gegensatz der häuslichen und außerhäuslichen Verfehlungen gekennzeichnet. Der Interpret kann nun antithetisch das Verbot der *accusatio* im Verfahren *pro tribunali* einführen. Dabei unterscheidet er im Ausdruck säuberlich die Beschuldigung zur Einleitung einer Züchtigungshilfe im Verwaltungsverfahren *(de plano)* und die offizielle *accusatio* im Strafverfahren *(pro tribunali)*. SACHAU hat zwar zu L 68 der Unterscheidung noch Rechnung getragen («beschuldigen» - «anklagen»), in der Übersetzung zu RII 111 aber findet sich bei gleicher Textlage beide Male das gleiche Wort («verklagen»). Das Verbot zur *accusatio* durch den Vater ist nirgends belegt.[4] In dem größeren Katalog der Anklageverbote des § 23 ist es nicht enthalten. Wahrscheinlich sind die Anklageverbote im Verfahren *pro tribunali* sämtlich einer fallbezogenen Spruchpraxis um konkrete Zulassungsbegehren zu verdanken. Unser Text gehört dazu und zeigt in Verbindung mit dem Katalog des § 23 eine Tendenz zur Regelbildung.

2. Die zweite Assoziation geht thematisch über die erste hinaus. Im engeren Thema erwartete man, daß nur vom Verbot der Anklage der Väter (Eltern) durch die Söhne (Kinder) die Rede sein werde, wie § 23 Absatz 4 es zeigt. «Vor Gericht treten» ist aber ein neuer Ausdruck im Text, der auch etwas Neues bezeichnet. Es ist von einem allgemeinen Klageverbot zwischen Kindern und Eltern die Rede, das auch Zivilverfahren erfaßt. BRUNS[5] bezog den Ausdruck gleichwohl nur auf die *accusatio*. Nicht gesagt ist im Text, ob nur von Hauskindern die Rede ist. Prozessual wäre der Ausschluß bei Hauskindern zu begründen gewesen, wie in Sent. Syr. § 79.[6] Denn Hauskinder sind weitgehend prozeßunfähig. Hier geht es um Klagen wie Anklagen von Kindern schlechthin. Das führt uns eher zu C.J. 2,2,1 und 2 zum Thema *de in ius vocando*. In beiden Stellen ist festgehalten, daß der *praeses provinciae* einen Prozeß von Kindern gegen Eltern gewöhnlich untersagt, weil man darin einen Verstoß gegen die *pietas* sah. Unser Text verfestigt diese Tendenz zur Regel. Er könnte aus PS 1,1[B],1 genommen sein: *parentes naturales in ius vocari nemo potest.*

---

[2] Corso di diritto romano, vol. 1, Roma 1925, 83f.

[3] Le régime romain de la noxalité, Bruxelles 1947, 175 und Fn. 38. Anders B. ALBANESE, Note sull'evoluzione storica del ius vitae ac necis, in: Scritti in onore di Contardo Ferrini pubblicati in occasione della sua beatificazione, vol. 3, Milano 1948, 343-366, hier: 348, weil die Interpolationsannahme zu Unrecht von der Fortgeltung des *ius vitae necisque* ausgehe.

[4] BRUNS-SACHAU III 233.

[5] AaO.

[6] SELB, Sententiae Syriacae 171.

Kommentar zu § 68

L 69 = R III 69 = R II 112 = D 110 = Ar 112 = Arm 113 (111) = Georg 112

I. Es geht zunächst um eine Schenkung unter Vorbehalt des Nießbrauchs für den Schenker. Problem dabei war die Erfüllung des Traditionserfordernisses für den beabsichtigten *sofortigen* Eigentumserwerb zum Zeitpunkt der Abfassung der δωρεά-Urkunde, genau wie unser Text es in der Antwort auf die Frage sagt. Es geht nicht um die Gültigkeit der Schenkung an sich. Die Antwort ist, daß das Eigentum zur Zeit der Abfassung der Urkunde übergeht, weil die *traditio* im Vorbehalt des Nießbrauchs liegt. BRUNS[1] wies dabei bereits auf C.Th. 8,12,8 (*Honorius et Theodosius*, 415 n. Chr.) hin, wo vorübergehend das Gegenteil dekretiert war. Es hieß dort ... *sancimus, ne ususfructus exceptio pro traditione possit intellegi.* Verlangt wurde nun eine besondere Form *apud acta.* Aber schon zwei Jahre später hoben dieselben Kaiser in C. Th. 8,12,9 die Regelung wieder auf und stellten den alten Rechtszustand wieder her *(ius pristinum renovamus)*, nach dem in der *retentio ususfructus* die *traditio* lag. Die Abrede war eben das klassische *constitutum possessorium*, über dem freilich wieder einmal der Schatten der mangelnden Publizität lag.

II. Der Textverfasser spinnt den Gedanken aber weiter; er fragt, wie der Schenker dem Empfänger dann nachher auch noch den vorbehaltenen Nießbrauch zuwenden könne. Noch PS 3,6,32 läßt das nur durch *in iure cessio* geschehen. Unser Text verlangt einen schriftlichen Verzichtsvertrag. Die Schriftform wird nicht wegen des Schenkungsaktes gefordert, sie ist vielmehr die zur «Schrift» degenerierte *in iure cessio*.

III. TAUBENSCHLAG[2] nimmt die Stelle als Beleg für seine These, daß im Sachenrecht des Rechtsbuches ganz allgemein mehr Volksrecht als sonst zu finden sei; speziell die Eigentumsübertragung habe durch «Schrift» geschehen müssen. Die Stellen §§20, 22, 39 und 58 sind dabei einfach nicht beachtet, abgesehen von der unzutreffenden Exegese unserer Stelle. Eine *traditio per chartam* entnimmt Salvatore RICCOBONO[3] der Version Ar 112; ihr kommt jedoch als sekundärer Version eigener Aussagewert nicht zu.

Kommentar zu § 69

L 70 = R III 70 = R II 113 = D 111 = Ar 113 = Arm 114 (112) = Georg 113

Es geht um eine *divisio*, einmal aus Anlaß einer Erbteilung, einmal aus Anlaß der Teilung einer Gemeinschaft. Dabei sieht es so aus, als habe der Verfasser des Textes die schon von BRUNS[1] genannten Reskripte C. J. 3,36,12 (Gallus et Volusianus, 252 n. Chr.,

---

Zu § 68:

[1] BRUNS-SACHAU III 234.

[2] I diritto provinciale, (JJP 6) 112 = Op. Min. I 303.

[3] La c. 1 Cod. de donat. VIII, 53 e La forma delle donazioni a personae exceptae, in: Mélanges F. P. Girard, tome II, Paris 1912, 415-467, hier: 440.

Zu § 69:

[1] BRUNS-SACHAU III 234; zustimmend WIEACKER, Societas 231f.

über eine Erbteilung unter Brüdern) und C.J. 3,37,4 pr. (Diocletianus et Maximianus, 294 n. Chr., Teilung einer *res communis*) textnahe paraphrasiert. Es wird ausdrücklich verneint, daß eine Schriftform erfordert sei. In C.J. 3,37,4 pr. wird generell auf andere Beweismöglichkeiten *(aliis probationibus)* hingewiesen. Unser Verfasser hat im Zeugenbeweis eine der anderen Möglichkeit beispielhaft aufgegriffen.

Kommentar zu § 70

L 71 = R III 71 = R II 114 = D 112 = Ar 114 = Arm 115 (113) = Georg 114 = O 217

I. Der erste Teil der Aussage hält fest, daß eine *accusatio* nur zugelassen wurde, wenn der Ankläger vorher Bürgen stellte. Solche Bürgen werden in der Kaiserzeit mehrfach als *fideiussores de exercenda lite* erwähnt: Ulpian D. 48,2,7,1; C.J. 9,1,3 (Alexander, 222 n. Chr.); C.J. 9,45,1 (Antoninus) und 2 (Gordianus 239 n. Chr.).[1] Die Bürgschaft war dabei Teil einer *inscriptio* (C.J. 9,1,3; 9,45,1; C.Th. 9,1,11) oder *subscriptio* (C.J. 9,45,2 und D. 48,2,7 pr.) über deren Inhalt in D. 48,2,7,1 etwas zu erfahren ist: *quod crimen obiciant et praeterea perseveraturos se in crimine usque ad sententiam.* Sie diente wohl dazu, dem falsch Beschuldigten die Garantie für den Ersatz seiner durch die Beschuldigung erwachsenen Kosten zu geben (C.J. 9,1,3).

Die Pflicht des Anklägers war es, die einmal förmlich vorgebrachte *accusatio* bis zu ihrer Beendigung durchzuführen. Indirekt wird überall dort Bezug auf den Inhalt genommen, wo die Rede davon ist, daß der Ankläger die Anklage unerlaubt fallen ließ (*destitit*: C.J. 9,45 passim). Auch unser Text nimmt darauf Bezug; der Ankläger versicherte nämlich in der *inscriptio*, daß er «zur Anklage stehe und stehen werde».[2] Der Text zeigt sich also auch hier urkundennahe.

II. Im zweiten Teil des Textes wird die strafrechtliche Konsequenz der unerlaubten Abkehr von der Anklage, des *destitisse* dargetan. Noch in den Codexstellen des 3. Jh. wird einfach auf eine diskretionäre Bestrafung *extra ordinem* verwiesen. Unser Text sieht dagegen schon eine Art Talion vor; der Ankläger soll die Strafe für die angeklagte Tat erleiden.[3] Das findet sich schon in älteren Reskripten, wenn wir auf D. 47,15,6 vertrauen *(eadem poena adficiantur)*;[4] sie scheinen die üblichen Strafen aus der *extraordinaria cognitio* zu Regeln konkretisiert zu haben. Klar ausgesprochen wird die *poena* aber dann auch noch in C.Th. 9,1,11 (Valentinianus, Valens et Gratianus, 373 oder 368 n. Chr.: *sibi impendere congruam poenam*)[5] und C.Th. 9,1,14 (Gratianus, Valentinianus et Theodosius, 383 n. Chr.), mit I. Th. *(similem poenam quam reo intendit, conscripserit*

Zu § 70:

[1] So schon BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 234f.

[2] Zustimmend YARON, Syro-Romana 146; Herbert PETSCHOW, Altorientalische Parallelen zur spätrömischen calumnia, in: SZ 90 (1973) 14-35, hier: 33.

[3] So schon BRUNS aaO; MITTEIS, Das syr.-röm. Rechtsbuch und Hammurabi 287; PARTSCH, Besprechung zu Sachau, Syr. RB I, 436.

[4] So E. LEVY, Von den römischen Anklägervergehen, in: SZ 53 (1933) 151-233, hier: 167 = Ges. Schr. II 379-432, hier: 389.

[5] Zustimmend PETSCHOW aaO.

subiturum); ferner in C. Th. 9,1,19 pr. = C. J. 9,2,17 pr. = C.J. 9,46,10 (Honorius et Theodosius; 423 n. Chr.). Es mag sein, daß der Spätzeit die orientalischen Vorstellungen von der *talio* bekannt waren. Unsere Vorlagen und schon gar unsere Stelle müssen sich aber keineswegs direkt auf orientalische Belege zurückführen lassen.[6] Die Ähnlichkeit mit § 16 der Statuten der Theologenschule von Nisibis ist nicht so stark, als daß sich eine Abhängigkeit in der einen anderen Richtung behaupten ließe.[7]

Kommentar zu § 71

L 72 = R III 72 = R II 115 = D 113 = R I 62 = Ar 115 = Arm 116 (114) = Georg 100

I. Es geht um eine *adoptio*, nicht um eine *arrogatio* einer Person *sui iuris*. Bereits in § 53 wurde der Fall erörtert, daß jemand einen Adoptivsohn «verstoßen» wollte. Hier wird nur noch deutlicher ausgedrückt, welches Ziel der *pater adoptans* damit verbinden wollte, nämlich die Enterbung. Dieses Ziel soll durch die römische *emancipatio* erreicht werden. Beim Adoptivsohn bedeutete nämlich die *emancipatio*, daß alle *iura adoptionis* beseitigt werden (Ulpian D. 38,6,1,6 und Pomponius D. 1,7,14). Jegliche Intestaterbberechtigung entfiel damit, die zur *bonorum possessio contra tabulas* legitimiert hätte.[1] Das zeigt uns auch die justinianische Konstitution C. J. 8,47(48),10 pr. und 1 als altes Recht.

II. Im Text ist nicht gesagt, ob die *emancipatio* auch gegen den Willen des Adoptivsohnes stattfinden konnte. Beim leiblichen Sohn kam das jedenfalls durchaus in Frage. Vom Ziel her möchte man das auch für den adoptierten Sohn annehmen. Auch spricht § 53 dafür, wo die strafweise *emancipatio* in ihrer Funktion neben die - abgelehnte - ἀποκήρυξις gestellt wird. Möglich ist freilich auch, daß der Verfasser nur das Instrument der Emanzipation nennen wollte, den Weg aber offen ließ, auf dem der *pater adoptans* dazu gelangte. Vielleicht mußte der Adoptierte im konkreten Fall froh sein, wenn eine Affäre auf diese Weise beendet wurde.

Kommentar zu § 72

R II 116 = D 114 = Ar 116 = Arm 117 (115) = Georg 115

I. Die Rekonstruktion des Textes macht größere Schwierigkeiten. Zum einen ergibt sich erst aus Absatz 2 und Absatz 3, daß in Absatz 1 eine bestimmte Tat, nämlich die

---

[6] A.M.: MÜLLER, Das Syrisch-römische Rechtsbuch und Ḥammurabi 177 (Separatdruck 41); wie hier PETSCHOW aaO 33f.

[7] SACHAU, Syr. RB I 194; I. GUIDI, Gli statuti della scuola di Nisibi, in: Giornale della Società Asiatica Italiana 4 (1890) 186; A. VÖÖBUS, The Statutes of the School of Nisibis, Stockholm (1962) (= Papers ETSE 12) 82. Der Text lautet: «Ein Bruder, der seinen Gefährten irgendeines Vergehens anklagt und (es) nicht beweist und er gefunden wird, daß er lügnerisch über ihn gesprochen hat, empfängt die Strafe, die dem Vergehen angemessen ist, dessen er seinen Gefährten angeklagt hat.»

Zu § 71:

[1] So schon BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 235.

Tötung, fehlt. In Absatz 2 ist der Satz nicht vollständig. Schließlich zeigt sich allein in dem Satzfragment aus D am Schluß eine weitere Aussage. Ob darauf die Zusätze in Ar und Arm beruhen, ist fraglich; wenn ja, wäre sie mit Phantasie, aber kaum aufgrund einer besseren Vorlage vervollständigt worden.

II. «Ohne Gefahr» (ἄνευ κίνδυνος, ἀκίνδυνος) meint dasselbe wie *citra periculum* aus Papinian D. 48,1,14: Der Vater der ermordeten Frau konnte dort das *iudicium publicum* gegen den mutmaßlichen Täter ohne *calumnia*-Risiko betreiben. Ein Reskript des Alexander in C.J. 9,46,2 sagt dasselbe von einer Mutter, die ohne Furcht vor *calumnia* den Tod ihres Sohnes verfolgen kann. Dasselbe sagt C.J. 9,46,3 von den Kindern eines Ermordeten. Damit ist die «Familie» aus unserem Text beschrieben.[1]

III. Vom Thema der «Gefahr» aus *de calumniatoribus* ist kein großer thematischer Sprung zu den «Fremden» aus Absatz 3, die Bürgen stellen müssen, um anklagen zu können. Denn die Befreiung vom Risiko der *calumnia* hat ihr Gegenstück schon in der Befreiung der Familie von der mit der *accusatio* sonst verbundenen *inscriptio* samt Bürgenstellung in Fällen der Ermordung von Familienmitgliedern. Dafür gibt es indirekte Zeugnisse; etwa bei Ulpian D. 48,2,4: Auch wer aus anderem Grund allgemein kein *ius accusandi* hatte, konnte doch wegen des Todes *liberorum [vel parentium]*[2] *vel patronorum suorum* Anklage erheben. Ebenso bei Macer in D. 48,2,11 pr. und Gordian in C.J. 9,1,9.

Kommentar zu § 73

R II 117 = D 115 = Ar 117 = Arm 118 (116) = Georg 116

I. Das Problem ist einfach zu beschreiben: Ein Angeklagter klagte den Ankläger seinerseits an, wohl um das eine durch das andere Verfahren zu beeinflussen oder um die gegen ihn gerichtete Anklage dadurch hinfällig werden zu lassen, daß der andere durch die Verurteilung das Anklagerecht verlor. Die Stelle nennt nun indirekt ein Prinzip, wonach mit der zweiten Anklage gewartet werden mußte, bis die erste Anklage erledigt war. Denn in der Ausnahme von diesem Prinzip konnte die Gegenanklage dann angenommen werden, wenn sie ein schwerwiegendes Verbrechen betraf.

II. 1. Die Stelle gibt hier im Prinzip C.Th. 9,1,12 = C.J. 9,1,19 (Gratianus, 374 oder 375 n. Chr.) wieder, wonach dem Angeklagten erst nach Erledigung seines Verfahrens die Möglichkeit gegeben wurde, seinerseits Anklage gegen seinen Ankläger zu erheben. Mit der Erledigung ist in der Konstitution und damit wohl auch in unserer Stelle ein Freispruch gemeint, wie es sich noch deutlicher aus I.Th. ergibt. Denn, wer in einem *iudicium publicum* verurteilt war, war nicht mehr fähig, Anklage zu erheben: Ulpian *libro secundo de adulteriis* (D. 48,2,4).

Zu § 72:

[1] Exegese schon bei PARTSCH, Besprechung zu Sachau, Syr.RB I, 436 und Arthur STEINWENTER, Die Konzilsakten als Quellen profanen Rechtes, in: Mnemosyna Pappulias (ΜΝΗΜΟΣΥΝΑ ΠΑΠΠΟΥΛΙΑ), hrsg. von Peter G. VALLINDAS, Athen 1934, 245-251, hier: 248. Vgl. auch schon SELB, Zur Bedeutung 198 Fn. 143.

[2] Eingefügt von MOMMSEN.

2. In C.Th. 9,1,12 wie in unserer Stelle fehlt dabei die Aussage, die in C.J. 9,1,19 inseriert ist: *suas suorumque iniurias* konnten die Angeklagten immer verfolgen. PARTSCH[1] vermutet, daß hier eine vorjustinianische Interpolation vorliege; u. E. sind eher zwei Konstitutionen zusammengefaßt, von denen die zweite sonst nicht separat überliefert ist[2].

3. Die Ausnahme bei schweren Gegenanklagen findet sich in der zitierten Konstitution C.Th. 9,1,12 ebenfalls nicht. Wohl aber befaßt sich schon ein Reskript der Kaiser Severus und Antoninus von 195 n. Chr. (C.J. 9,1,1) mit dem Problem. Dort heißt es freilich zusätzlich, daß die schwerere Anklage zuerst behandelt werden muß.

Kommentar zu § 74

L 73, 74 = R III 73, 74 = R II 37 = R II 118 und R II 38 = R II 79 = D 36, 37 = R I 26 = P 31, 32 = Ar 37 = Ar 118 und Ar 38 = Ar 79 = Arm 31, 32 (32, 33) = Georg 32, 33 = I 62/4. 5

I. Die beiden in L getrennten Texte über den Mann und über die Frau gehören zusammen. Beider Thema ist *quibus ad libertatem proclamare non licet*. Der Anlaß für die Versagung der Freiheitsklage ist jeweils angegeben: Ein freier Mann oder eine freie Frau erklärten auf Anfrage von sich, daß sie Sklave bzw. Sklavin seien. Der Anlaß dazu war ein Verkauf des Mannes bzw. der Frau durch einen Dritten oder - allein bei der Frau - die Hingabe in einer *dos* als Sklavin. Beim Mann ist noch als besonderer Fall zugefügt, daß er beim Verkauf mit dem Verkäufer gemeinsame Sache machte und den erlangten Kaufpreis mit ihm teilte oder mit ihm verzehrte.

II. BRUNS[1] sieht nur einen einzigen vergleichbaren Tatbestand im römischen Recht, den des Verkaufs *ad pretium participandum*. Roberto REGGI[2] trennt aus der Stelle zwei Tatbestände, den eines Verkaufs *ad actum gerendum* und den des Verkaufs *ad pretium participandum*. Der zweite Fall habe den ersten in aller Regel eingeschlossen, so daß sich daraus die Wendung «besonders wenn ... » erklären lasse. Damit wäre dann auch die Veräußerung in einer *dos* eingeschlossen gewesen. BRUNS mußte demgegenüber bei der *dos*-Hingabe irgendeine Beteiligung an einem Erlös unterstellen.[3]

III. 1. Die klassischen Texte zum Thema sind schwer nebeneinander zu verstehen. Der Verfasser unseres Textes stand anscheinend vor den gleichen Schwierigkeiten, die wir heute noch haben. Seine Aufgabe hat er freilich besser gelöst als die moderne Literatur zum Thema. Die römischen Quellen zeigen jedenfalls keine einheitliche Meinung, sondern Divergenzen und Kompromißversuche.[4]

Zu § 73:

[1] Besprechung zu Sachau, Syr. RB I, 436.

[2] So schon SELB, Zur Bedeutung 198 Fn. 144.

Zu § 74:

[1] BRUNS-SACHAU III 235f.

[2] Liber homo bona fide serviens, Milano 1958, 298ff.

[3] AaO 236.

[4] A. M.: KASER, RP I 292 und II 131: Nur *ad pretium participandum*.

2. Eine ganz klare Meinung vertritt Ulpian in D. 40,13,1 pr. und 1: Die *proclamatio ad libertatem* wird nur dem versagt, der sich bewußt hat verkaufen lassen *(se venum dari passus est)* und dabei den Kaufpreis ganz oder zum Teil erhalten hat *(pretium partitus est)*. Nur Kurzfassungen dazu scheinen D. 40,12,14 *(dolo malo passi sunt)* und D. 40,12,16 pr. *(veniit decipiendi emptoris causa)* zu bieten. Hermogenian teilt diese Auffassung in D. 40,12,40, die uns weiter in einem Reskript des Alexander (C. J. 7,16,5: *non alias ... quam si participandi pretii gratia consensum servituti dedisse probetur*) und des Gordian (C.J. 7,18,1: *dispar causa est eius, qui dissimulata condicione sua distrahi se passus est, et eius, qui pretium participatus est*) begegnet.

3. Bei Pomponius (D. 40,13,3) wird nur von *se passi sint venire* gesprochen; ebenso bei Paulus in D. 40,12,23,2; 40,12, 33; 40,13,4. Der andere Standpunkt hätte ohnehin nicht zur Versagung der Freiheit geführt, wo es darum ging, daß sich eine freie Person nicht verkaufen, sondern verschenken, zur *dos* geben, zum Pfand bestellen oder zum Nießbrauchsgegenstand machen ließ (D. 40,12,23,1). Unser Text steht auf diesem Standpunkt, nicht auf dem Ulpians. Diokletian behandelt einen Fall der Hingabe zur *dos* in C.J. 7,16,16; er entscheidet aus anderen Gründen negativ, nicht etwa weil keine Preisteilung vorlag.

4. Saturninus (D. 40,14,2 pr.) zieht sich elegant aus der Affäre, nämlich wie unser Verfasser mit seinem «besonders wenn ... ». Tatbestand ist für ihn allein das *se venire passus est*; dafür kann er sich mehr als ein einziges Motiv vorstellen. Eines davon führt er mit *scilicet ut pretium ad ipsum perveniret* an. Er zitiert Hadrian mit der Meinung, die später Ulpian aufgreift. Hadrian aber räumte noch eine Reuemöglichkeit ein, die Rückgabe des Kaufpreises. Andere Motivationen sind möglich und keinesfalls stets verwerflich. Die wirtschaftliche Situation der Spätzeit mag manchen Armen bewogen haben, sich, um zu überleben, selbst in die Sklaverei zu geben.

5. Allen genannten römischen Quellen ist gemeinsam, daß einer Person, die noch keine 20 Jahre alt war, als sie das Geschäft geschehen ließ, die *proclamatio* nicht verwehrt werden durfte. Damit stimmt unser Text überein.

6. Bedenken bestehen, C.Th. 4,8,6 und die I.Th. als Vorlage zu nennen.[5] U.E. bezieht sich dieser Text nur auf den Kindesverkauf durch den Vater oder den *nutritor*.

III. TAUBENSCHLAG[6] nahm zu Unrecht partikuläre Vorstellungen des Orients an. BOSSOWSKI[7] hielt eine Mischung römischen und peregrinen Rechts für gegeben; auch das ohne jede Berechtigung. Auch die Konsumation des Kaufpreises beim Verkäufer ist keine orientalische Idee, wie Evaristo CARUSI[8] meinte, sondern eher eine traurige Anwendung der Beteiligung am erzielten Preis: Der Verkäufer hatte den Verkauften schon einige Zeit «durchgefüttert» und behielt den Preis aus diesem Grund für sich.

---

[5] So aber REGGI aaO und einst SELB, Zur Bedeutung 184 Fn. 774 und 75.

[6] Il diritto provinciale, (JJP 6) 104 = Op. Min. I 293 und Fn. 4.

[7] Quo modo 372.

[8] AaO 575.

Kommentar zu § 75

L 75, 76 = R III 75, 76 = R II 47, 46 = V 45, 44 = D 45, 44 = P -, 76b = Ar 47, 46 = Arm 40, 39 (41, 40) = Georg 41, 40

I. Die erste Frage, die sich stellt, ist, ob L mit R III oder R II, V, D, Ar, Arm und Georg die richtige Reihenfolge der auf jeden Fall zusammengehörenden Aussagen bieten. Schon von der Gedankenführung her liegt es näher, in L eine Umkehr der originalen Abfolge zu sehen. Der Verfasser wollte die Folgen der Fristversäumung darstellen. Dazu genügte es zunächst, die Grundfrist von vier Monaten zu nennen. Nach der Darstellung der Folgen der Fristversäumung kam er dann auf die Fristvarianten zu sprechen.

Das stimmt auch allein mit der Darstellungsform überein, die wir sonst im Rechtsbuch finden. Die *interpretatio* orientiert sich an einem Grundtext, den sie zumeist paraphrasiert, dann aber auch noch ergänzend erläutert. Die nächste Quelle zu unseren beiden Stellen, die als paraphrasierter Grundtext in Frage kommt, ist Nov. Val. 35,14 mit *interpretatio De petitoribus vero ... exsolvat.* Damit befaßt sich aber L 76. Die Abhandlung über die Grundfrist von vier Monaten, deren Unterbrechung in den Erntemonaten *(de feriis)* und die Fristen für die Einlassung des Beklagten ist vom ersten Satz aus der *interpretatio* im Breviar zu Nov. Val. 35,14 *(intra quattuor menses)* bzw. unserer *interpretatio* («gehört es sich, daß vier Monate abgelaufen sind») veranlaßt, folgerichtig eine Zusatzinformation, wie der Paraphrase zum Grundtext folgt.

II. Das Ganze ist jedenfalls ein Traktat über Fristen und deren Folgen im Denuntiationsprozeß der späten Kaiserzeit. Bei richtiger Textrekonstruktion und sachgerechter Übersetzung gewinnen wir eine Reihe wertvoller neuer Einsichten zum Thema. Dieses Thema ist auch der älteren Literatur[1] nicht verborgen geblieben; ihre Diskussion beruht jedoch zu einem ganz großen Teil auf dem damals allein bekannten und leider defekten Text von L sowie auf den für den Juristen wenig hilfreichen Übersetzungen von J. P. N. LAND[2] und SACHAU[3]. Die Terminologie des Textes ist weitaus technischer, als man bislang erkannt hat. Der Traktatverfasser hat sich nämlich recht eng an die Wortwahl seiner Vorlagen gehalten, die im folgenden genannt werden. Und er bleibt, auch wenn seine Darstellung nicht sehr anspruchsvoll ist, in einem geschlossenen Gedankengang. Am ehesten dürfen wir vermuten, daß in der Vorlage für den syrischen Übersetzer ein Schultraktat zu finden ist.

III. Der römische Denuntiationsprozeß des 4. und 5. Jh., vielleicht auch schon des ausgehenden 3. Jh., ist aus den justinianischen Quellen weitgehend getilgt. Auch die Texte des *Codex Theodosianus* und Nov. Val. 35 zu diesem Prozeß setzen seine Details mehr voraus als daß sie sie regeln.[4] Will man sich aus den verstreuten Regelungen die

---

Zu § 75:

[1] Vgl. BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 236-244 und seine Auseinandersetzung mit WIEDING, BETHMANN-HOLLWEG und RUDORFF.

[2] Anecdota syriaca. Collegit edidit explicuit, Lugduni Batavorum 1862, 1. Band, 47 (Text); 2. Band, 141f. (Übersetzung).

[3] BRUNS-SACHAU I 19f. (Text); II 22f. (Übersetzung). Die Übersetzung von SACHAU zu R I-III ist eher noch schwerer zu verstehen; diejenige von VÖÖBUS, Synodicon II zu Dam. 8/11 ist gänzlich unbrauchbar.

[4] KASER-HACKL, ZP 566 (§ 86).

relevanten Fristen zusammenstellen, so hat man einige Schwierigkeiten. Unser Text gibt nun ein Gesamtbild. Da es die griechische Terminologie war, welche die frühen Interpretationen lenkte und weil die technische Sprache unseres Textes uns noch weit mehr lenken kann, sei - wie bei BRUNS[5] - die Erklärung der *termini* an den Beginn gestellt.

1. Die παραγγελία steht schon in § 64 für die römische *denuntiatio*. Dort soll sie in der Lage sein, die *longi temporis praescriptio* zu unterbrechen. Hier entspricht sie der *denuntiatio* der Texte aus C.Th. 2,4-7. Prozessual verstanden wurde wohl auch die dreifache (?) παραγγελία zum *SC Claudianum* aus § 44 und zum Pfandverkauf aus § 82. Über die Verwendung des Ausdrucks παραγγελία in der byzantinischen Rechtssprache berichtet bereits BRUNS hinreichend. *Denuntiari (denuntiatio)* ist der lateinische *terminus technicus* aus C. Th. 2,4,2.3.4 und 6 für die Prozeßeinleitung *(litis denuntiatio)* durch den Kläger mit Hilfe der Zustellung der Klageschrift.[6] Erstaunlich ist, daß in der westgotischen *interpretatio* zu den genannten Stellen der Ausdruck *denuntiatio* nicht vorkommt. Dafür steht *litem forte commoverit* (I.Th. 2,4,1) *contestari ... litem* (I.Th. 2,4,2, ähnlich I.Th. 2,4,4) und *contestatio* (I. Th. 2,4,3). In unseren Texten ist dagegen der *terminus* in griechischer Version erhalten geblieben. In Nov. Val. 35,14 steht im Text dafür *editio actionis*, in der *interpretatio* dazu ist der Vorgang lediglich frei umschrieben.

2. Mit der προθεσμία ist stets eine Frist gemeint, wo der Ausdruck im Rechtsbuch vorkommt, so in den §§ 83, 94, 103 und 104. In § 75 wird der Ausdruck für prozessuale Fristen gebraucht, für die in C. J. 3,11,1 (Diocletianus et Maximianus, 294 n. Chr.) und durchweg in C. Th. 2,4-7 das Wort *dilatio (temporis)* steht. Die Basiliken bestätigen diese Übersetzung ins Griechische, wie ebenfalls bereits BRUNS gezeigt hat. Die Fristen werden begehrt - sei es von den Klägern, sei es von den Beklagten - und im Einzelfall gewährt oder versagt, wobei sich aus der Praxis Begrenzungen aus Reskripten wie C.J. 3,11,1 oder aus allgemeinen Konstitutionen wie C. Th. 2,7,3 ergeben haben dürften.

3. In den nun reicher vorhandenen Versionen syrischer Sprache ist das Wort διαπόντιος klar belegt. Er entspricht dem *transmarinus* einer lateinischen Vorlage, ein Ausdruck, der stets im Zusammenhang mit einer 9-Monats-Frist erscheint, in C.J. 3,11,1, in C.Th. 2,7,3 und eben als διαπόντιος in unserer Stelle.

4. Der ἡγεμών unseres Textes findet sich bereits in § 47 und bezeichnet dort den Provinzstatthalter *(praeses provinciae = iudex provinciae)*. In der römischen Vorlage war hier wohl das Wort *rector* (C. Th. 2,4,2) zu finden, so daß unter dem mit «oder» eingeführten *iudex provinciae* derselbe Funktionär gemeint ist, der ἡγεμών = *rector provinciae* also nur erklärt wird. Unwahrscheinlich ist, daß auf Titulaturunterschiede angespielt ist.

5. Der ܡܬܒܥ des Textes (§ 75b Absatz 1), zu deutsch «Forderer» entspricht dem «*petitor*» der einschlägigen Vorlagen, z. B. C.Th. 2,6,2. «Kläger» kann die Person einstweilen nicht genannt werden. Sein ܡܬܒܥܢܐ «Prozeßgegner» (ebenda) ist der «*adversarius*» der lateinischen Urvorlage, z. B. in C.Th. 2,7,3. Die «Sachen» sind die *negotia* der Vorlagen. Die «freien Monate» sind die μῆνες σχολάζοντες.[7]

---

[5] BRUNS-SACHAU III 237f.

[6] KASER-HACKL, ZP 566f. (§ 86 II 1).

[7] BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 238.

IV. Die genannten Fristen begegnen uns sämtlich im Denuntiationsprozeß, zunächst einmal die Frist von vier Monaten als jene Frist, die auf die παραγγελία des *petitor* folgt. Nicht jeder Prozeß freilich mußte auf diese Weise mit *denuntiatio* und Frist begonnen werden. Es sind zahlreiche Befreiungen davon bekannt.[8] Darauf spielt auch unser Text an, wenn er die Darstellung auf einen «Prozeß auf Grund einer Frist» oder auf «Rechtssachen, die mit Frist vor dem Richter verhandelt werden» (§ 75b Absatz 1 und 3). § 75b Absatz 3 macht besonders deutlich, daß alles, was über die παραγγελία und die darauf folgende Frist gesagt wurde, nur dann von Bedeutung war, wenn der Prozeß überhaupt eine δίκη war, die mit προθεσμία zu verhandeln war. Damit wird auf C.Th. 2,4,6 (Arcadius, Honorius et Theodosius, 406 n. Chr.) angespielt, wo für einige aufgezählte Angelegenheiten und für alle Streitigkeiten mit geringem Streitwert ein schnellerer Prozeß vorgesehen war, bei dem der *petitor* sein Begehren *sine ulla temporum mora* beim Richter vorbringen konnte.

1. Der *petitor* soll den Prozeß mit einer παραγγελία[9] eröffnen. Diese wird dem *adversarius* geschickt. Dabei wird die Art und Weise, wie sie dem Gegner geschickt wird, nicht behandelt.[10] Die παραγγελία soll jedenfalls nach den Texten aus C.Th. 2,4-7 und Nov. Val. 35,14[11] dem Gegner Gelegenheit geben, sich auf den Rechtsstreit vorzubereiten und zu antworten. Mit Recht entnimmt BRUNS[12] den Texten, daß der Prozeß nicht etwa in den genannten vier Monaten abgeschlossen sein mußte. Zu der anderen Frage aber, ob der Prozeß nun innerhalb dieser vier Monate oder erst nach Ablauf der vier Monate, d.h. am letzten Tag der Frist, beginnen solle, gibt auch unser Text keine Auskunft. Vieles spricht für die erste Meinung.[13] Die Frist von vier Monaten ergibt sich aus Nov. Val. 35,14 samt *interpretatio*; sie findet sich jedoch auch schon bei Konstantin I. (C.Th. 2,6,1, 316 n. Chr.).[14]

2. Die Berechnung der Frist von vier Monaten geschieht unter der Beachtung von Gerichtsferien. In den Monaten Juli und Oktober sollen keine Prozesse stattfinden; also sollen sie auch nicht in die Frist eingerechnet werden, wahrscheinlich auch nicht in die weiteren Fristen, mit denen wir uns noch zu beschäftigen haben. Die Festlegung oblag in den Provinzen dem *praeses* (D. 2,12,4: *ex consuetudine cuiusque loci*). Valentinian I. nennt an anderer Stelle (C.Th. 2,8,19 pr. = C.J. 3,12,6(7),1; 389 n. Chr.) die beiden Erntemonate aus Sommer und Herbst als gerichtsfrei. Die *interpretatio* dazu ist in der Datumsangabe präziser. Unser Text, der den ganzen Juli und den ganzen Oktober nennt, weicht davon ab. Die Benennung der Monate ist orientalisch, nicht römisch, und sie entstammt in der orientalischen Form dem Original, ist also nicht sekundär. Das zeigt

---

[8] KASER-HACKL, ZP 569f. (§ 86 IV).

[9] Vgl. dazu auch PERNICE, Amoenitates iuris, in: SZ 7 (1886) 91-112, hier: 103; MITTEIS, CPR I, zu Nr. 19, S. 94; A. STEINWENTER, Die Litiskontestation im Libellprozesse, in: SZ 50 (1930) 184-211, hier: 188 Fn. 3.

[10] Schlußfolgerungen dazu, wie im Streit zwischen BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 241f., und RUDORFF, Legum saecularium Constantini Theodosii et Leonis capita 115-118, verbieten sich.

[11] Auch nach BRUNS aaO die nächste Quelle zu unserem Text.

[12] BRUNS-SACHAU III 241, gegen WIEDING.

[13] So KASER-HACKL, ZP 568 (§ 86).

[14] Weitere Belege bei KASER-HACKL, ZP 568, Fn. 18 (§ 86 II 2).

der Versuch der Rückübersetzung in die römische Benennung oder der Hinweis auf die Grundregel für Rom selbst. Das zeigt, daß die *interpretatio* im Osten des Reiches entstanden war, und zwar in einer der orientalischen Provinzen. Es bestätigt auch die zum Textaufbau und zur Darstellungsform geäußerte Annahme, dieser Teil des Textes sei eine Paraphrase des Grundtextes mit weiteren Erläuterungen, hier zur Berechnung der vier Monate.

3. Ließ der *petitor* die Frist von vier Monaten verstreichen, ohne den Prozeß zu betreiben, so war - abgesehen von einer Kostenersatzpflicht - zunächst nur das angestrebte Verfahren hinfällig. Der materielle Anspruch des *petitor* blieb unberührt. So formuliert es Nov. Val. 35,14: *pulsatus... integro petitori negotio liber abscedat*; ebenso die *interpretatio*: *ille, quem conpulit ... liber abscedat, salva tamen integritate negotii illius petitoris* ... Damit konnte der *petitor* jederzeit noch einmal mit der παραγγελία beginnen. Genau das sagt unser Text. Wahrscheinlich hat BRUNS recht, wenn er meint, daß in unserem Text wie bei Valentinian III. der ältere Rechtszustand überwunden war, nach dem vorher die Erlaubnis zum Neubeginn besonders erbeten werden mußte. So kann man es jedenfalls C. Th. 2,6,1 und 3 für die konstantinische Zeit entnehmen.

4. Versäumte nun der *petitor* nach der zweiten Prozeßeinleitung mit παραγγελία die Frist nochmals - aus Arglist oder Vorsatz, wie unser Text sagt -, so ist nicht nur der Prozeß hinfällig, der begonnen wurde. Jetzt ist das *negotium* selbst, d. h. die Rechtssache im materiellen Sinne, hinfällig; der *petitor* ist gehindert, sein Recht jemals wieder geltend zu machen.

IV. Die Fristen von 3, 6 und 9 Monaten sind solche, die nach unserem Text dem *adversarius* gewährt werden, wenn der *petitor* den Prozeß innerhalb der 4-Monats-Frist eröffnet hatte. Kommt es doch nach § 75a Absatz 4 auf die Verhältnisse des *adversarius* an. Das stimmt mit C. Th. 2,4-7 insoweit überein, als die dort genannten *dilationes* vornehmlich dem *adversarius* gewährt werden und dazu dienen, diesem die Verteidigung zu ermöglichen. Bemerkenswert ist, daß C. Th. 2,7,1 diese Verteidigung genau wie unser Text beschreibt, nämlich *ad ... proferenda instrumenta vel testes*. Die Aufzählung der Fristen selbst könnte direkt aus C. J. 3,11,1,1 stammen: *si ex ea provincia ubi lis agitur vel persona vel instrumenta poscentur, non amplius quam tres menses indulgeantur: si vero ex continentibus provinciis, sex menses custodiri iustitiae est: in transmarina autem dilatione novem menses computari oportebit.* Daß die dem Gegner gewährte Frist von der dem Kläger gewährten unabhängig sein muß, betont C. Th. 2,7,2 (Konstantin, 327 n. Chr.).

V. Eine Vorlage der Paraphrase im Grundtext Nov. Val. 35,14 zu sehen, bedarf der besonderen Erklärung. Der Grundtext ist nur im Breviar überliefert, gehört demnach sicher zum Rechtsbestand des Westreiches. In den Osten könnte er nun durch eine Publikation auf Grund der aufrechterhaltenen Idee der Staatseinheit gelangt sein. Wäre der Text nämlich östlichen Ursprungs gewesen, so wäre er sicher in den 438 n. Chr. publizierten *Codex Theodosianus* gelangt, bevor er im Westen separat hätte publiziert werden können. Es sei denn, es handelte sich in der gesamten Novelle 35 geradezu um einen aus dem Osten stammenden, dem Westen übersandten Sammel-Nachtrag zum *Codex Theodosianus*, der im Osten als solcher verlorenging, was sonst übrigens für

andere *novellae leges* ebenfalls gilt.[15] Das Problem wird uns bei der Konstitution des Leo aus § 87, erhalten lediglich noch in Nov. Val. 35,8-10, noch einmal beschäftigen. Das Rechtsbuch spricht für die Entstehung im Osten.

VI. Aus der verschiedenen Abfolge der Texte (§ 75a und § 75b) ergibt sich die Frage, wie wir die Divergenz erklären sollen. Gerade weil wir uns hier nicht damit helfen können, L sei originalnäher als alle anderen Versionen, taucht die zentrale Frage nach der Gestaltung der Vorlage auf. Wir gehen einmal davon aus, daß für den Verfasser oder Mitschreiber der gehörten *interpretatio* eine lateinische oder griechische Paraphrase des Grundtextes im Vordergrund stand, hier die oströmische Version von Nov. Val. 35,14. Zu dieser Grundtextparaphrase kam nun eine Notiz, ausgelöst vom Lemma προθεσμία. Standen die Texte, Paraphrase und Notiz, nebeneinander, so fiel einem mit der Literaturgattung nicht vertrauten Herausgeber oder Übersetzer, der das Nebeneinander der Texte aufzulösen hatte, die Wahl schwer, welchen Text er zunächst und welchen er zuletzt reihen sollte. Es kann deshalb sein, daß die Reihenfolge in L und RIII die des griechischen Original bewahrt hat.[16] Es spricht aber nichts dagegen, die Reihenfolge in den bearbeiteten Versionen für die ursprüngliche zu halten und eine Umstellung in L anzunehmen; sie kann etwa dadurch entstanden sein, daß § 76b zunächst versehentlich ausgelassen und dann nach § 75a nachgetragen wurde.

Kommentar zu § 76

(a) = L 77 = R III 77 = R II 119 = D 116 = R I 44a = Ar 119 = Arm 119 (117) = Georg 117 = O 218 = I 69/23

(b) = L 78a = R III 78a = R II 120 = D 117 = Ar 120a = O 218

(c) = R II 121 = D 118 = R I 66a = Ar 120b = Arm 120 (118) = Georg 118 = Q = I 69/24α

(d) = L 78b = R III 78b = R II 122 = D 119 = R I 66b = Ar 121 = Arm 121 (119) = Georg 119 = O 218 = I 69/24β

(e) = L 79 = R III 79 = R II 39 = D 38 = R I 27 = P 37 = Ar 39 = Arm 33 (34) = Georg 34 = O 217

(f) = L 80 = R III 80 = R II 123 = D 120 = R I 66c = Ar 122 = Arm 122 (120) = Georg 120 = O 218 = I 69/24γ

(g) = L 81 = R III 81 = R II 124 = D 121 = R I 44b = Ar 123a = Arm 123 (121) = Georg 121 = O 218

(h) = L 82 = R III 82 = R II 125 = D 122 = Ar 123b = Arm 124 (122) = Georg 122 = O 218

I. 1. Es handelt sich um eine Reihe von strafrechtlichen «Bestimmungen», die durch die - noch dazu in den einzelnen Versionen unterschiedlichen - Paragraphenzählungen zu Unrecht voneinander getrennt sind. Der Schlußabsatz zeigt ganz deutlich die ursprüngliche Einheit der Darstellung, denn er faßt alle dargestellten poenae kurz und oberflächlich zusammen. Weitere Zusammenfassungen, die einzelne Versionen da oder dort bieten, sind sekundär.

---

[15] Vgl. Antonio GUARINO, Storia del Diritto Romano, 8. Aufl., Napoli 1990, § 264.

[16] Hierfür sprächen auch die Überlegungen im Zusammenhang mit der Tabelle in Band I Kapitel IV 2 i (S. 84) (rückläufige Reihenfolge in Spalte I).

2. Fügt man die in den Editionen auseinandergerissenen Stellen wieder zusammen, so wird deutlich, daß wir es mit Themen zu tun haben, die auch in Justinians Kompilation eine Nahebeziehung zueinander haben, in den Digesten Buch 47 und im Codex Buch 9: *De furtis, de abigeis, de effractoribus, stellionatus, stuprum, ad legem Iuliam de vi privata.*

3. Bei der Suche nach einer konkreten literarischen Vorlage stoßen wir auf Werke, die sich mit Strafen befaßten oder zumindest größere Kapitel *de poenis* enthielten. Man denkt an das diskretionäre Strafverfahren der Provinzialstatthalter, an Claudius Saturninus und seinen *liber singularis de poenis paganorum* (D. 48,19,16)[1] oder an Macer und seine *libri de officio praesidis* (D. 48,19,12), an Venuleius Saturninus und seine *libri de officio proconsulis* (D. 48,19,15), an Paulus und seinen *liber singularis de poenis paganorum* (z. B. D. 48,10,23) und seine *libri de officio proconsulis* (z.B. D. 48,8,5) und vor allem an Ulpians *libri de officio proconsulis*, die sich in den *libri* 8, 9 und 10 besonders mit den *poenae* befaßten. Aus dieser Art Literatur stammt die Vorlage unseres Verfassers, die wohl in ganz vereinfachter Weise wiedergegeben worden ist.

4. Die originale Fassung ist aus den verschiedenen Redaktionen mit ihren besonders reichlichen Verstümmelungen, Verschreibungen und Übersetzungsmängeln nur schwer zu rekonstruieren. Dennoch zeigt sich, daß unsere *interpretatio* einen Tatbestand mehr genannt haben muß, als man es nach L bislang annahm, den Menschenraub aus § 76c, was nun durch D bestätigt ist. Der Menschenraub ist in einigen Versionen zum Thema Abigeat geraten.

II. Die erste Stelle handelt vom Diebstahl. Es widerspräche völlig dem Charakter der für die Provinz gedachten Strafrechtsabhandlung, wenn sich in der Stelle altes XII-Tafel-Recht zum *fur nocturnus* und zum Dieb *qui telo se defendit* fände. BRUNS[2] nimmt das aber an. Er hätte sich auch auf eine Darstellung wie die *Collatio* (7,1 und 2) berufen können. Auch dort wird noch in später Zeit das XII-Tafel-Recht referiert. Freilich hat die *Collatio* eine ganz besondere Zielsetzung, die des Vergleichs römischen mit noch älterem mosaischen Recht. Dabei geben die XII-Tafeln nicht einmal eine Strafe, sondern nur ein Tötungsrecht wieder. Unser Text handelt eindeutig von Strafen.

1. Die Strafe für jene Diebe, die zur Tageszeit stehlen und ohne Waffen unterwegs sind, ist die zivile *poena furti*. Coll. 7,4,1 drückt das so aus: *fures ad forum remittendi sunt diurni*; sie fallen also aus der *extraordinaria cognitio* des Statthalters heraus. Ähnlich heißt es bei Marcian in D. 47,17,2: *sed si interdiu furtum fecerunt, ad ius ordinarium remittendi sunt.* Die Höhe der Geldbuße (im Schlußabsatz als ζημία bezeichnet) wird nicht genannt. Sie könnte im *quadruplum* bestanden haben (vgl. dazu unten IV.).

2. Die Strafe für den Dieb zur Nachtzeit ist der Ermessensentscheidung des Provinzstatthalters überlassen. Generalpräventive Erwägungen entschieden wohl über den Einsatz der möglichen Strafen. Ulpian (D. 47,17,1) nennt nun für den nächtlichen Dieb eine Verurteilung zu zeitlich begrenzter Zwangsarbeit als Regel. Claudius Saturninus verweist

---

Zu § 76:

[1] Vgl. statt aller Roberto BONINI, D. 48, 19, 16 (Claudius Saturninus *de poenis paganorum*), in: RISG, Serie 3, Band 10 (1959-1962) 119-179.

[2] BRUNS-SACHAU III 244.

demgegenüber darauf (D. 48,19,16,9 und 10), daß manche Verbrechen in bestimmten Provinzen schwerer als in anderen bestraft wurden: *eadem scelera in quibusdam provinciis gravius plectantur.* Bereits eine Verschärfung der Zwangsarbeit zu einer solchen *ad metalla*, also zur Bergwerksarbeit, kam der Todesstrafe sehr nahe, weshalb Callistrat die Strafe *ad metalla* in D. 48,19,28 pr. als unteren Grad der Todesstrafe nennt. Schon PARTSCH[3] erinnerte an dieses diskretionäre Strafrecht[4] im Zusammenhang unserer Stelle.

3. Für bewaffnete Diebe sah schon Ulpian in D. 47,17,1 die *metalli poena* als Regelstrafe vor, wenn es sich nicht um *personae honestiores* handelte. Eine Verschärfung im Sinne von D. 48,19,16,9 und 10 konnte dann in der Tat nur noch die *capitis amputatio* sein.

III. Auf das Delikt des *stuprum* (§ 76b) steht noch bei Paulus in PS 2,26,12 und 13 = Coll. 5,2,1 und 2 die Todesstrafe nur bei gewaltsamem *stuprum*[5] oder unter den erschwerenden Umständen aus Paulus D. 47,11,1,2. *Constantius et Constans* verfügen dann in C.Th. 9,7,3 (342 n. Chr.) die Todesstrafe bei jedem *stuprum*. Bestätigt wird das nochmals von Valentinianus, Theodosius und Arcadius in C.Th. 9,7,6 = Coll. 5,3 von 390 n. Chr. Die Gesamtdarstellung provinziellen Strafrechts, auf die sich unser Verfasser stützt, muß also nach 342 n. Chr. entstanden sein. Die Freiheit des Provinzstatthalters wird ihre Grenze sicher in derart apodiktischen Kaisergesetzen gefunden haben.

IV. Es geht in § 76c um die gewaltsame Entführung von Menschen, «Menschenkinder» im Sinne des orientalischen Sprachgebrauchs, was den arabischen Übersetzer wohl veranlaßte, mit «Kinder» zu übersetzen. Die gewaltsame Entführung als *crimen violentiae* fiel unter die *lex Iulia de vi publica et privata* (C.J. 9,12,3, Diocletianus et Maximianus, 293 n. Chr.). Im Regelfall war als Strafe die Todesstrafe vorgesehen (C.Th. 9,10,1, Konstantin 317 (?) n. Chr., und C.Th. 9,18,1, Konstantin 315 n. Chr.). Nicht gesichert ist freilich SELBS frühere Annahme, die Bemerkung «seien sie Sklaven, seien sie Freie» beziehe sich auf die Täter. In ET 21, bei der Entführung von *virgines et viduae*, wird die Bemerkung «seien sie Sklaven, seien sie Freie» auf die Opfer bezogen. Hat am Ende unser Verfasser diesen spezielleren Tatbestand vor Augen gehabt?

V. 1. Es ist in § 76d vom Betrug als Delikt die Rede. Dieselbe Wortbedeutung von ܚܕܝܥ findet sich übrigens in § 95, wo der Kontext keinen Zweifel daran läßt, daß es um Täuschung und Betrug geht. R I 66 (Teil 2) enthält das gleiche Wort, daher den gleichen Tatbestand, auch wenn dort SACHAU das gleiche Wort ohne Kommentar mit «Verleumdung» übersetzt; übrigens auch in Arm 119. Die Strafen lassen an ein *iudicium publicum* denken. Worin der «Betrug» konkret bestand, bleibt im Text unklar.

2. BRUNS[6] nahm an, es gehe um *crimen falsi* und *crimen stellionatus*. U.E. geht es nur um das allgemeinere *crimen stellionatus*. Die Strafe für dieses Delikt bestimmt allein

---

[3] Bespr. zu Sachau, Syr. RB I, 427.

[4] Vgl. auch schon SELB, Zur Bedeutung 185 Fn. 77.

[5] So schon BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 244; ebenso MITTEIS, Das syr.-röm. Rechtsbuch und Hammurabi 288 gegen D. H. MÜLLER und seine Erklärung aus dem *Codex Hammurabi* § 14. Barhebraeus vergleicht die *leges imperiales*, d. h. unser Rechtsbuch, mit dem mosaischen Gesetz, vgl. NALLINO, Il diritto musulmano 564f. = Racc. IV 273f. Die Stelle handelt nicht vom Kinderdiebstahl; der zweite Teil des Textes aus Ar 120 bildet einen eigenen Tatbestand des «Menschenraubs», vgl. unten VI.

[6] BRUNS-SACHAU III 244.

der *praeses provinciae* in seiner *cognitio* (Ulpian, *libro octavo de officio proconsulis* D. 47,20,3 pr.). Während aber Ulpian das *crimen*, das kein *crimen legitimum* war, beschreibt (h. t. 3,1), befaßt sich unsere Stelle allein mit der Strafe. Ulpian vermerkt dazu (h. t. 3,2), daß es keine *poena legitima* dafür gebe; wenn unsere Stelle stereotyp von der Strafe nach den νόμοι spricht, darf das nicht als «Gesetz» verstanden werden; gemeint ist das «Recht». Das Ermessen des *praeses provinciae* bestimmt also die Strafe, wie unser Text sagt, nach der Schwere der Tat. Für die *honestiores* ist in D. 47,30,3,2 und unserer Stelle die zeitweise Verbannung als Strafe vorgesehen, von der unser Text spricht. Für die *humiliores* ist in h.t. 3,2 nur verfügt, daß die Strafe *opus metalli* nicht überschreiten dürfe.[7] Unser Text erwähnt hierzu nur eine der minderen Strafen, die Prügelstrafe. Die Todesstrafe der abgeleiteten Versionen beruht auf einer leicht erklärlichen Verlesung: ܡܘܬܐ «Tod» statt ܡܗܐܬܐ «Schläge».

VI. In § 76e geht es - modern gesprochen - um Hehlerei, nach römischer Auffassung um das Delikt *furtum*.

1. Die Strafe des *quadruplum* für einen Fall des einfachen *furtum* schien den am archaischen oder klassischen römischen Recht orientierten Betrachtern des Rechtsbuches schlicht falsch. Noch C.J. 6,2,11 (Diokletian) kennt die Unterscheidung in *duplum* und *quadruplum*. Daher suchte man nach Sondertatbeständen, die ein *quadruplum* als Buße rechtfertigten, oder nach anderen als römischen Vorlagen. FERRINI[8] glaubte, die archaische Strafe des Vierfachen für ein *furtum lance et licio quaesitum* aus Gai Inst. 3,192.194 zu erkennen. Ihm folgte MITTEIS[9], der ganz allgemein annimmt, das Rechtsbuch enthalte ganz altes und ganz spätes Recht nebeneinander.[10] Dabei wendete er sich gegen D.H. MÜLLER und dessen Erklärung der Stelle aus dem *Codex Hammurabi* §§7 und 9-11.[11] BRUNS[12] hielt demgegenüber ein Mißverständnis unseres Verfassers für möglich, der das *furtum ex incendio, ruina* usw. nicht recht verstanden habe.

2. Eine Lösung gibt auch nicht, daß gerade ein Sklave Sachen seines Herrn entwendet. Für das *furtum* des Hehlers war es gleichgültig, wer der Dieb war. Das anschauliche Beispiel hat wohl den Sklaven als Täter ins Spiel gebracht.

3. Übersehen aber war, daß unsere Quelle der Spätantike zugehört, und in der nachklassischen Entwicklung des Westens zur Zeit der Entstehung des Rechtsbuches an die Stelle der Kumulation von Sachverfolgung und *poena* eine einheitliche Klage auf das Vierfache getreten war: ET 58 und 59, LRBurg 4,3 und 12,1. Was LEVY[13] für den Westen des Reiches dargetan hat, treffen wir nun einfach auch im Osten.

---

[7] Zur Thematik: BONINI aaO 146f.; Rolf RILINGER, Humiliores - honestiores. Zu einer sozialen Dichotomie im Strafrecht der römischen Kaiserzeit, München 1988.

[8] Beiträge 106.

[9] Über drei neue Handschriften 23.

[10] NALLINO griff später diese These wieder zentral auf: Sul libro siro romano 227-230 = Racc. 542-545.

[11] Das Syrisch-römische Rechtsbuch und Ḫammurabi 178 (Separatdruck 42); MÜLLER zieht für den Vergleich übrigens Ar 39 als «beste Version» heran, weil sie die fünffache Erstattung verlangt. Argumente aus den sekundären Versionen verbieten sich jedoch schlechthin.

[12] BRUNS-SACHAU III 244f.

[13] Weströmisches Vulgarrecht 316.

VII. In § 76f folgt wieder ein *crimen*, das *crimen* des Abigeats, der Raub von Tieren in größerer Zahl durch Wegtreiben (Ulpian D. 47,14,1 und Callistrat D. 47,14,3, PS 5,18,2 = Coll. 11,1ff.).[14]

1. Die Strafe dafür reichte nach einem hadrianischen Reskript vom Tod durch das Schwert bis herunter zu zeitlicher Zwangsarbeit, je nach der Notwendigkeit der Generalprävention (D. 47,14,1 pr.). Genau das drückt auch unsere Stelle aus. Konsequent wird wie in der Vorlage, dort freilich genauer für *personae honestiores* (D. 47,14,4 = Coll. 11,8,3), die Möglichkeit der Verbannung erwähnt.

2. Der Raub von «Menschen» - nicht «Sklaven», wie BRUNS den Text verändert - gehört nicht zum Tatbestand des Abigeats. Wir dürfen darin auch nicht eine unverständige Glosse des Verfassers sehen. Vielmehr ist in dieser Weise wegen der gleichen Folge der Todesstrafe ein eigener Tatbestand integriert worden, der oben unter IV. schon behandelt wurde.

VIII. Das Delikt aus §76g ist kein Einbruch durch Aufbrechen einer Mauer, wie BRUNS[15] und PARTSCH[16] meinten, und wie SELB[17] früher auch annahm. Griechisch oder syrisch ist die Straffolge für Einbruch kaum.[18] Sicher wäre es nicht ausgeschlossen, daß auch hier das Verschärfungsrecht des Statthalters denjenigen, *qui perforavit muros* (vgl. D. 48,13,13) oder der ein *furtum* beging *effracto perforatoque pariete*, aus Generalprävention härter bestrafte. Näher liegt aber, daß der *effractor* hier kein Einbrecher, sondern ein gefährlicher Ausbrecher war, von dem Ulpian in D. 17,18,1 pr. (wieder aus *libro octavo de officio proconsulis*) handelt. Hier findet sich die Todesstrafe im Text.

IX. Die Schlußzusammenfassung (§ 76h) nennt BRUNS[19] «albern». Vielleicht verstehen wir sie aber nur nicht richtig. Der Verfasser hat hier wahrscheinlich Ähnliches versucht, wie Callistrat in D. 48,19,28, der dort die *poenarum gradus* aufzählt. Selbstverständlich liegen die Zusammenfassungen auf ganz verschiedenem Niveau. Es geht dem Verfasser darum, daß Vorsatztaten nach der Schwere der Schuld verschieden streng bestraft werden sollten und konnten. Und er nennt aus dem Kreis der möglichen «Strafen» die strengste und die mildeste. Todesstrafe bzw. Verbannung - für *honestiores* - war die strengste Strafe; am unteren Ende stand die Geldstrafe.

X. Erwähnen sollte man noch, um alle Zweifel zu beseitigen, ein Delikt, das nur in der armenischen Version (Ed. BRUNS-SACHAU § 118) vorzukommen scheint. Der Text lautet nach der Übersetzung von SACHAU: «Diejenigen, welche Freien ihre Erbschaft stehlen, sind todesschuldig.» Tatsächlich gibt es ein römisches Delikt *crimen explicatae hereditatis*. Doch hat SACHAU den armenischen Text falsch übersetzt. Von einer Erbschaft ist keine Rede. Der Text ist zu übersetzen: «Leute, die Freie in die Sklaverei stehlen, sind todesschuldig.» Es handelt sich um nichts anderes als eine freie Übersetzung von §76c. Dies ergibt sich auch aus der Abfolge der Texte (vgl. die Konkordanztabellen).

---

[14] So schon BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 245.

[15] BRUNS-SACHAU III 245.

[16] Bespr. zu Sachau, Syr. RB I, 434.

[17] Zur Bedeutung 186 Fn. 83; vorschnell zustimmend YARON, Syro-Romana 147.

[18] So aber TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 118 = Op. Min. I 311.

[19] BRUNS-SACHAU III 245.

Kommentar zu §77

L 83, -, 84 = R III 83, -, 84 = R II 126, 127, 128 = D 123, 124, 125 = R I 45, -, 46 = Ar 124, -, 125 = Arm 125, 126, 127 (123, -, 124) = Georg 123, -, 124 = I 52/9.10

I. Drei in den Handschriften voneinander getrennte Stellen gehören thematisch zusammen. Alle behandeln sie die Schuldenhaftung des im Testament eingesetzten Erben. Zusammen könnten sie einen Traktat gebildet haben. Dafür spricht nicht nur der Aufbau der Gedanken in der Abfolge Annahme der Erbschaft - Ausschlagung der Erbschaft - Frist für die Ausschlagung - παραχώρησις der Erbschaft, sondern auch die vom ersten Thema der Erbenhaftung für Schulden des Erblassers her noch nicht geforderte Beschränkung auf den Testamentserben. Mehrere Aussagen werden also aneinandergereiht:

II. 1. Der Testamentserbe des Falles aus § 77a Absatz 1 tritt die Erbschaft an. Damit haftet er für die Schulden des Erblassers, und zwar ohne gegenständliche oder wertmäßige Beschränkung auf den Nachlaß, ausgedrückt in dem Satz «daß er alles bezahle, auch wenn die Schuld höher ist als die Erbschaft». Der Antritt der Erbschaft ist im Syrischen mit ܩܪܒ, wörtlich «sich nähern», bezeichnet. Wir dürfen nach der Terminologie in unserer Stelle wie schon in § 10 davon ausgehen, daß dahinter in der römischen Vorvorlage *adire* stand, also der ausdrückliche Erbantritt.

2. Der Testamentserbe tritt die Erbschaft nicht an (Absatz 2). Dann haftet er auch nicht für die Schulden des Erblassers. Hier ist zur Ergänzung auf § 10 zu verweisen, wo ausgedrückt ist, daß niemand zur Annahme einer Erbschaft gezwungen wird. Wenn sie jedoch stattgefunden hat, ist eine Ausschlagung nicht mehr möglich.

III. 1. Unser Text nennt eine Frist von elf Monaten für den aus einem Testament berufenen Erben, in der er sich über die Annahme oder Ausschlagung der Erbschaft klar werden konnte (§ 77b). MITTEIS[1] hat in einer ausführlichen Besprechung der Stelle keine Vorlage für eine solche bestimmte Frist gefunden. Nach seiner Meinung gibt es bis zu Justinian auch keine derartige Frist. Justinian aber nennt in C. J. 6,30,22 eine Frist von 90 Tagen. MITTEIS löst das Problem, indem er diesen 90 Tagen ab Testamentseröffnung weitere 60 Tage der Inventarerrichtungsfrist zuzählt,[2] um zu elf Monaten zu gelangen. Mit dieser Annahme gewinnt MITTEIS auch noch ein gewichtiges Argument für seine Theorie von der Entstehung des Rechtsbuches in nachjustinianischer Zeit. Die Prämisse ist bedenklich.

2. Richtig ist, daß in der Klassik auf Bitte des Erben der Prätor *tempus ad deliberandum* gewährte, wenn ein Gläubiger den Erben zu diesem Zweck laden ließ. Die Frist lag im Ermessen des Prätors, sollte mindestens 100 Tage betragen und konnte verlängert werden (D. 28,8,1;2 - D. 28,8,3 und 4). Noch C. J. 6,30,9 *(Diocletianus et Maximianus)* spricht von einer Frist nach Ermessen. Es bleibt also als Lösung nur eine präzisere Regelung der vorjustinianischen Zeit, die den Kompilatoren zum Opfer gefallen ist.

Zu § 77:

[1] Über drei neue Handschriften 48-50.

[2] KASER, RP II 543 zu Recht: Nur insgesamt 90 Tage, nämlich 60 Tage zur allgemeinen Erwägung und 30 Tage zur Inventarerrichtung.

IV. 1. Der Testamentserbe tritt die Erbschaft nicht an. Er schlägt sie auch nicht aus. Er setzt aber eine Handlung, die für die Schuldenhaftung die gleichen Wirkungen wie eine Erbschaftsannahme haben soll (§ 77c). Das läßt an zwei Einrichtungen des römischen Rechts denken, einmal an eine *pro herede gestio*, die der ausdrücklichen Annahme der Erbschaft gleichsteht, zum anderen an ihr Gegenstück, die *omissio hereditatis*, die unter bestimmten Umständen zur Haftung des Ausschlagenden für die Legate aus dem Testament führt. Daher ist es bemerkenswert, daß gerade der Fall einer Testamentserbschaft diskutiert wird und daß jetzt die Legatare in den Vordergrund gerückt werden. Weiter ist es auffällig, daß die Wendung «oder eine Schuld schuldet» und (am Ende) «und er bezahlt» wie angehängte Glossen wirken.

2. Die für die Haftung gleichgeachtete Handlung des Testamentserben wird in einer Weise umschrieben, die zu gravierenden Mißverständnissen Anlaß geben kann und gegeben hat. Es geht nämlich nicht um zwei Alternativen, die mit «oder» aneinandergereiht werden, wie BRUNS[3] gemeint hat, also nicht um eine «Zuwendung» oder «Schenkung» einerseits und eine παραχώρησις andererseits. Sondern es geht um eine einzige Handlungsweise, die, wo sie in L zum zweiten Mal genannt ist, mit ihrer griechischen Bezeichnung «παραχωρεῖν[4] und ihrem syrischen Synonym ܫܒܩ eingeführt wird. Es ist eine häufige Erscheinung in den originalnahen syrischen Versionen, daß der technische griechische Ausdruck aus der griechischen Vorlage zuerst transskribiert und dann syrisch übersetzt wird oder - wie hier - umgekehrt zuerst syrisch übersetzt, dann aber auch noch mit dem griechischen Ausdruck präzisiert wird. In den abgeleiteten Versionen wird das griechische Fremdwort bei der ersten vorkommenden Stelle gegenüber L ergänzt; das beruht wohl auf der harmonisierenden Tendenz des Bearbeiters (s. oben Band I, Kap. V, Abschnitt 5e), weil er offenbar von zwei Handlungen, dem Zuwenden und Abtreten, ausgegangen ist.

3. Eine zweite Schwierigkeit ist, ܫܒܩ richtig zu übersetzen. Belege für die bei SACHAU gewählten Übersetzungen «Schenkung» oder «Verpfändung» gibt es wohl, doch die allgemeinere Bedeutung lautet einfach «zuwenden». Es gibt in unserem Text keinen Anlaß, gerade eine der speziellen Bedeutungen zu wählen. Gemeint ist also, daß der Testamentserbe über die angefallene (deferierte), aber nicht ausdrücklich angenommene Erbschaft durch παραχωρεῖν zugunsten eines anderen verfügte. Kein Zweifel besteht, daß der Gegenstand der Verfügung nicht die einzelnen Gegenstände der Erbschaft, sondern «die Erbschaft» als solche ist.

V. Die prinzipiellen Aussagen zur Schuldenhaftung § 77a sind nicht weiter problematisch, wohl aber der Fall mit dem παραχωρεῖν (§ 77c).

1. BRUNS[5] hat dem Ausdruck eine längere Abhandlung gewidmet. Mittlerweile haben bessere Lesungen seine Vermutung, der Text in L 84 handle von einer παραχώρησις, bestätigt. Er vermutete zu Recht, es sei in der lateinischen Vorlage für den griechischen

---

[3] BRUNS-SACHAU III 246; ähnlich Armando TORRENT, Venditio hereditis. La venta de herencia en Derecho Romano, Salamanca 1966, 95.

[4] Vgl. dazu Band I, Kap. VIII, Abschnitt 1 h (aa) (S. 181).

[5] BRUNS-SACHAU III 245ff. Vgl. auch Hans-Albert RUPPRECHT, Rechtsübertragung in den Papyri. Zur Entwicklung der Parachoresis und der Ekchoresis, in: Gedächtnisschrift für Wolfgang Kunkel, hrsg. von Dieter NÖRR und Dieter SIMON, Frankfurt am Main 1984, 365-390.

Verfasser oder Übersetzer der Vorlage des Syrers von einer *cessio* die Rede gewesen. Und er sieht es für naheliegend an, daß die Parteien eine *in iure cessio* vorhatten, die im Glossar des Philoxenos nach Gai Inst. 2, 35-37 und 3, 85-87 mit ἐν δικαστηρίῳ παραχωρεῖν übersetzt ist.[6] Auch im vorliegenden Text ist nicht von dem Substantiv παραχώρησις auszugehen, sondern von einer Verbalform, nämlich dem Infinitiv παραχωρῆσαι mit dem anschließenden syrischen Verb «machen», was mit «abtreten» zu übersetzen ist (vgl. Band I, Kap. VIII, Abschnitt 1h aa).

2. Bei seiner Exegese hat BRUNS nun zwei Schwierigkeiten. Wir wissen aus Gai Inst. 2,35-37 und 3,85-87, daß bei einer testamentarischen Erbschaft eine wirksame *in iure cessio* ausschied. Es gab sie nur bei der Intestaterbschaft. Weiter wäre bei einer wirksamen *in iure cessio* im Falle der Intestaterbschaft der Zedent gerade nicht Erbe geworden und damit aus der Schuldenhaftung ausgeschieden; der Zessionar wäre dagegen - und zwar ganz allein - zur Bezahlung der Schulden herangezogen worden. BRUNS vermerkt dazu, daß es eine Haftung, ohne daß man Erbe wurde, nicht gegeben habe. BRUNS wollte diesen Widerspruch zum gajanischen Text aus einer mit der Zeit veränderten Auffassung von der *in iure cessio* erklären. Man habe sie letztlich wie einen Erbschaftsverkauf angesehen, habe einen stillschweigenden Erbantritt *(pro herede gestio)* darin erblickt und sei damit zu einer Haftung des Zedenten gelangt. Damit sei auch der Unterschied zwischen Testaments- und Intestaterben obsolet geworden. FERRINI[7] scheint nicht so recht an den Wandel einer Institution zu glauben und hält einen Irrtum des Verfassers für möglich. Worin aber sollte er sich geirrt haben? Zugleich über die Anwendbarkeit der *in iure cessio* beim Testament und ihre Folgen für den Zedenten?

3. Im Text wird betont, daß die Zession vor dem Erbantritt geschah. Der Testamentserbe wollte mit der *cessio* den Erbantritt sicher vermeiden; das ist gerade der Sinn seiner *cessio*. Nun gab es eine ausführliche Diskussion der Klassiker darüber, wann eine *pro herede gestio* vorlag (z. B. Ulpian D. 29,2,20 und 21), und noch im *Codex Theodosianus* wird der zentrale *adfectus adeundae hereditatis* (C. Th. 15,14,9) behandelt,[8] der für eine *pro herede gestio* maßgebend war. In einem zentralen Fall, in dem der Testamentserbe die Erbschaft letztlich erwerben wollte, obwohl er von der *omissio hereditatis* Gebrauch machte, konnte daher die Jurisprudenz nicht mit einer *pro herede gestio* helfen, sondern der Prätor mußte eigens im Edikt Vorsorge treffen, daß der ausschlagende Testamentserbe, der dann als Intestaterbe wieder auf der Bildfläche erschien, wenigstens den Legataren gegenüber so behandelt wurde, als habe er die Erbschaft angenommen (*Si quis omissa causa testamenti ab intestato possideat hereditatem*: D. 29,4). Das gleiche Problem des fehlenden *adfectus adeundae hereditatis* mußte sich u. E. zeigen, wenn der Testamentserbe eine im Recht nicht vorgesehene *in iure cessio hereditatis* versuchte. Sie war vom *animus* des Zedenten her nicht als eine *pro herede gestio* zu verstehen. Die Rechtsparömie aus D. 50,17,6 - Ulpian *libro sexto ad edictum - non vult heres esse, qui ad alium transferre voluit hereditatem* scheint wie für unseren Fall formuliert, auch wenn sie herkömmlich zur *omissio hereditatis* gelesen wird. Da in der justinianischen Überlieferung

---

[6] E. RABEL, Nachgeformte Rechtsgeschäfte, in: SZ 27 (1906) 290-335, hier: 321.

[7] FIRA II 780 Fn. 2; für einen Wandel der Institution TORRENT aaO 116, 131; auf S. 139 aber mit NALLINOS genereller Meinung für altes *ius civile*.

[8] Vgl. statt aller dazu KASER, RP II 526 und Fn. 22.

alle Texte zur *in iure cessio* getilgt wurden,[9] findet sich kein sonstiger Beleg, wie man eine fehlgegangene *in iure cessio hereditatis* durch einen Testamentserben behandelte.

4. Nun wird bei der *omissio hereditatis* im Edikt aber nur der Fall behandelt, daß der ausschlagende Testamentserbe selbst die Erbschaft dann *ab intestato* doch erlangte, lediglich die Legatare damit verkürzte, die ohne das ausgeschaltete Testament nichts erlangen konnten. Den Kommentatoren des Edikts begegneten alsbald Fälle, in denen der Testamentserbe durch die Ausschlagung einen anderen als sich selbst als Intestaterben begünstigte. Der Ediktswortlaut traf in diesem Fall, in dem durch die Ausschlagung des Testamentserbes ein Dritter Intestaterbe wurde, nicht zu. Er traf selbst dann nicht zu, wenn der Testamentserbe den Gegenwert des Nachlasses vom Intestaterben als Preis für die *omissio hereditatis* erhielt, wie es in D. 29,4,2 pr. der Fall war. Ulpian entscheidet sich aber mit einem hadrianischen Reskript für die analoge Anwendung des Edikts und damit für eine Haftung des ausschlagenden Testamentserben, um mit D. 29,4,1,10 zu sprechen: *atque si hereditatem adisset*. Hat nun ein Jurist oder ein kaiserliches Reskript die fehlgegangene *in iure cessio hereditatis*, die ja der Idee nach auch nur zugunsten eines Intestaterben möglich war und sich dadurch wesentlich vom Erbschaftsverkauf unterschied, wie eine als Transfer verstandene *omissio hereditatis* beurteilt? Die Beschränkung auf die Testamentserbschaft und die Haftung gegenüber den Legataren sprechen dafür. Das angereihte «oder eine Schuld schuldet» könnte in der Tat eine unverständige Glosse sein. Sie ist wahrscheinlicher, als daß der Verfasser gegen die allgemeine Meinung einen Satz kreiert hätte, daß eine *pro herede gestio* auch in der angestrebten aber nichtigen *in iure cessio* durch einen Testamentserben liege.

VI. Die Darstellung endet hier in der Paraphrase eines speziellen Falles, vielleicht eines Reskripts (§ 77c). Was vorausgeht ist eine Einleitung zur Schuldenhaftung von Erben (§ 77a) und zur Ausschlagsfrist (§ 77b).

Kommentar zu § 78

L 85 = R III 85 = R II 129 = D 126 = Ar 126 = Arm 128 (125) = Georg 125

I. Ein ähnlicher Text ist bereits in § 43 enthalten und dort besprochen. Doch ist in § 43 ausschließlich von einer διάλυσις die Rede, während hier der Verfasser zwar von einer διάλυσις ausgeht, im weiteren aber von allen Geschäften handelt, zu deren Durchsetzung Eid und Buße eingesetzt werden. Auch im weiteren Bereich dürfte es freilich um Abreden gehen, in denen Rechtsverhältnisse endgültig abgewickelt wurden. Bei solchen schriftlichen Abreden trat nun jeweils jene Klausel auf, die hier besprochen wird, eine Klausel, in der es darum geht, die Endgültigkeit der Auseinandersetzung zu garantieren.

II. Die Garantie besteht zunächst einmal in dem Versprechen, auf die durch die Auseinandersetzung erledigten Angelegenheiten nicht mehr zurückzukommen. Traditionell diente im römischen Recht dazu die *stipulatio Aquiliana*. Als ihr sanktionierender

[9] Ausgenommen die hier nicht einschlägige Stelle in D. 44,4,4,28; dazu Francesco DE MARTINO, Note in tema de in iure cessio hereditatis, in: Studi in onore di Siro Solazzi, Napoli 1948, 568-589, hier: 583; TORRENT aaO 115.

Inhalt wird für die Spätzeit ein Eid genannt, der nach C. Th. 2,9,3 (= C. J. 2,4,41 = Zitat in Cons. 1,11) bei Gott geschworen wurde *(invocato dei omnipotentis nomine)*. Wurde der Eid gebrochen, indem eine der Parteien doch wieder auf die erledigte Angelegenheit zurückkam *(non inplendo promissa)*, so wurde diese Partei mit der Infamie belegt und mußte «ein Betrag Gold», die verabredete Vertragsbuße, zahlen. In unserem Text steckt das hinter dem «Tadel», der unschwer als die μέμψις der byzantinischen Quellen zu erkennen ist. Die Buße - mit dem griechischen Ausdruck πρόστιμον bezeichnet - ist die von den Parteien für den Fall der Zuwiderhandlung versprochene Bußsumme *(poena)*. Sie hat mit der Fiskalmult, wie MITTEIS sie in «Reichsrecht und Volksrecht» bespricht,[1] nichts zu tun.

III. Die Darstellung könnte durchaus eine *interpretatio* zu C. Th. 2,9,3 bieten. Es werden die *pacta et transactiones* des Textes umschrieben, es erscheinen der Eid und die Buße aus den schriftlichen Abreden und es wird als Folge des Verstoßes gegen die in C. Th. 2,9,2 auch sogenannte *stipulatio Aquiliana* die *infamia* genannt.

Kommentar zu § 79

L 86 = R III 86 = R II 130 = D 127 = R I 47 = Ar 127 = Arm 129 (126) = Georg 126

I. Es geht um einen Vertrag zwischen zwei Männern, der im Text zunächst kurz mit «Bruderschaft schreiben» bezeichnet wird. Diese Bezeichnung geht wohl auf die griechische Vorlage des syrischen Übersetzers zurück, die ἀδελφοποιία, ἀδελφοποιησία oder ἀδελφοποίησις gelautet haben mag. BRUNS[1], NALLINO[2] und KOSCHAKER[3] haben die Einrichtung ausführlich in den byzantinischen Quellen verfolgt. Für die Zeit vom 3. bis 5. Jh. gibt es jedoch für die Einrichtung nur das Zeugnis aus C.J. 6,24,7, ein Reskript aus diokletianischer Zeit, und unsere Stelle. Dabei geht es um eine Rechtseinrichtung, nicht nur um eine allgemeine Verbrüderung oder Blutsbrüderschaft. Für beide Stellen hat sich eine reiche Literatur interessiert, wobei die Autoren kaum einmal auch nur in einer Teilfrage übereinstimmen.

II. Was man sich unter der Einrichtung «Bruderschaft schreiben» vorzustellen habe, ist am ehesten noch in unserer Stelle beschrieben. Zwei Männer - die nach dem Text nicht etwa leibliche Brüder sind[4] - wollten einen Vertrag schließen, nach dem alles, was sie erworben haben und was sie erwerben werden, gemeinsam sein sollte. Das sollte wechselseitig gelten, auch wenn der Text mit «wenn ein Mann ... » beginnt; entscheidend

---

Zu § 78:

[1] 523ff.

Zu § 79:

[1] BRUNS-SACHAU III 254ff.; zu den Quellen: B. ALBANESE, Le persone nel diritto privato romano, Palermo 1979, 235 und Fn. 130.

[2] Intorno al divieto romano imperiale dell'affratellamento e ad alcuni paralleli arabi, in: Studi Riccobono III, Palermo 1936, 319-357 = Racc. 585-631.

[3] 'Adoptio in fratrem', in: Studi Riccobono III, Palermo 1936, 359-376.

[4] A. M.: KOSCHAKER aaO 375.

ist, daß gemeinsam sein soll, was sie beide haben und demnächst erwerben. Die Formel erinnert an die Gütergemeinschaft einer *societas (omnia quae habet habiturusque est)*, muß aber hier wohl darüber hinaus eine weitere Bedeutung haben. Denn der Verfasser bezieht die Abrede auch auf die familienrechtlichen Beziehungen und gewinnt gerade damit einen Grund für die Ablehnung der Einrichtung.[5] Gegen eine bloße Vermögensgemeinschaft wie bei einer römischen *societas*[6] wäre im übrigen kein Einwand zu erheben gewesen. Zur Rekonstruktion des Vertragsinhaltes ist C.J. 6,24,7 weit weniger geeignet. Der Hinweis, daß sich jemand *per adoptionem* einen Bruder schaffen wollte, ist eher dem römischen Versuch der Beschreibung der Einrichtung als dem typischen Vertragsinhalt zu verdanken.[7] Es bliebe noch die Erbeinsetzung als Teil des Gesamtgeschäfts aus C.J. 6,24,7; sie ist jedoch recht unspezifisch. Auf dieser ungenauen Grundlage ist die Aussage, in C.J. 6,24,7 handle es sich um eine andere Art des Bruderschaftsvertrages als in unserer Stelle, etwas gewagt. Umgekehrt ist es bedenklich, anzunehmen, unsere Stelle biete den ursprünglicheren Text des Reskripts aus C.J. 6,24,7.[8] Allein die Version Ar 127 spricht von einer Zuwendung einer Erbschaft; doch ist das ein sekundärer Einfall des arabischen Übersetzers oder Interpreten.[9] Alle auf Ar 127 gegründeten Thesen[10] mögen vielleicht für die arabische Völkerkunde von Bedeutung sein; mit unserem ursprünglichen Text haben sie nichts zu tun. Schlußfolgerungen aus der «Gemeinschaft der Weiber und Kinder» auf den Inhalt des Vertrages sind wohl zu riskant. Worin sie genau bestehen soll, ist nicht gesagt. Es sieht so aus, als habe der kaiserlichen Kanzlei bereits das Wort ἀδελφοποιία genügt, um den Vertrag zu verwerfen, weil man sich dahinter eine Art von antiker «Kommune» vorstellte.

III. Während in unserer Stelle aus den Schlußworten von der peregrinen «Kommune» der römische «ordre public» zu erkennen ist, der es verbietet, dem Vertrag irgendeine Wirksamkeit vor römischen Gerichten zuzuerkennen, gibt C.J. 6,24,7 seine Begründung nicht so leicht preis. Der Vater des Anfragenden hatte den *frater adoptatus* in einem Testament zu einem Teil des Nachlasses als Erben eingesetzt. Direkt geht es der kaiserlichen Kanzlei also nur um diese Erbeinsetzung. Man konnte nun erwägen, die Erbeinsetzung mit der falschen Motivation des Erblassers, die Bruderschaft sei wirksam vereinbart, unwirksam sein zu lassen.[11] Das wäre dem Willen der Parteien - man muß an wechselseitig errichtete Testamente denken, auch wenn nur das eine davon vor Gericht kommt - aber

---

[5] Unklar ist, wie É. CUQ, Les actes juridiques susiens, in: Révue d'Assyriologie et d'Archéologie orientale 28 (1931) 47-71, hier: 52f. auf die Idee kommt, in unserer Stelle sei nur eine Gütergemeinschaft gewollt, die Weiber- und Kindergemeinschaft gerade ausgeschlossen.

[6] WIEACKER, Societas 225 bezieht die Texte unter diesem Gesichtspunkt ein, suggeriert aber eine Gemeinsamkeit von fortgesetzter Hausgemeinschaft unter Erben und künstlich geschaffener Hausgemeinschaft.

[7] Zur Frage der irrigen Qualifikation vgl. NALLINO aaO (Fn. 2) 329 = Racc. 595f.

[8] NALLINO, ebenda 334f., 356 = Racc. IV 602f., 629f. und WIEACKER, Societas 225ff.

[9] So schon zu Recht E. VOLTERRA, La L. 7 C. de her. inst. 6, 24 e due documenti di Susa recentemente scoperti, in: BIDR 41 (1933) 289-304.

[10] Giovanni TAMASSIA, L'affratellamento (ἀδελφοποιία). Studio storico-giuridico, Torino 1886, 57ff.; NALLINO aaO 334f. = Racc. IV 602f.; KOSCHAKER aaO (Fn. 3) 368ff.

[11] Thalelaios, Schol. 2 ad Bas. 35,13,17 (G.E. HEIMBACH, Basilicorum libri LX, Band 3, Leipzig 1843, 606); ihm folgt TAMASSIA aaO 52.

nicht gerecht geworden. Fritz SCHULZ[12] nimmt zu Recht an, daß es nicht der Irrtum über die rechtliche Wirksamkeit des Bruderschaftsvertrages war, der für die Erbeinsetzung maßgebend war. Die dahinter stehende reale Nahebeziehung des Erblassers zum eingesetzten Erben war vielmehr das durchaus beständige Motiv, so wie es D. 28,5,59(58),1 formuliert: *qui frater non est, si fraterna caritate diligitur ...*[13] Die Lösung, *heres institutus* für interpoliert zu erklären und anzunehmen, der *frater adoptatus* habe die *portio hereditatis* - im untechnischen Sinne verstanden - auf Grund des Vertrages innegehabt,[14] erscheint willkürlich. Die *heredis institutio* war eben nicht isoliert von der vertraglichen Abrede über die Bruderschaft zu sehen. Die Parteien konnten entweder zur Bruderschaft unter Lebenden Gütergemeinschaft schaffen oder sie konnten das von Todes wegen tun. Im letzten Falle konnten sich die Parteien aber nicht auf das jeweils unabhängige Testament der anderen Partei verlassen; sie mußten sie als wechselseitige Testamente in den Vertrag aufnehmen.[15] Daß die kaiserliche Kanzlei dann die Testamente mit dem Vertrag verwarf, dessen Bestandteil sie bildeten, ist kaum erstaunlich.[16]

IV. Der vertragliche Ursprung der Anfrage zu C.J. 6,24,7 wird zu Recht in südslawischen oder thrakischen Gewohnheiten gesucht.[17] Für den Bereich, in dem unser Rechtsbuch entstand, gibt es keinen derartigen Hinweis. Wurde ein publiziertes Reskript paraphrasiert, so konnte es theoretisch aus allen Teilen des Reiches stammen. Da das Rechtsbuch kein Spiegel syrischen Landrechts ist, kann auch nicht von dieser Prämisse aus auf einen syrischen Landesbrauch geschlossen werden.[18] Immerhin ist die Möglichkeit orientalischen Ursprungs der Anfrage nicht ausgeschlossen, da eine ἀδελφοποιία genannte Einrichtung auch dort überliefert ist.[19] Chrysostomos, *De caeco et Zachaeo*,[20] spricht freilich von einer ἀδελφοποιία, die nur die Konsequenz einer Adoption ist. So wie die υἱοποιία den Annehmenden zum Vater macht (πατροποιία), so macht sie dessen Kinder zu Brüdern des Angenommenen.

V. In C.J. 6,24,7 wird durch die Einleitung ein Problem aufgeworfen, das auch für unsere Stelle existiert. «*Nec apud peregrinos ... facere poterat*» heißt es dort. Soll das

---

[12] Der Irrtum im Beweggrund bei der testamentarischen Verfügung, in: Gedächtnisschrift für Emil Seckel, Berlin 1927, 70-144, hier: 105f.

[13] Darauf weist KOSCHAKER aaO 361 Fn. 3 hin.

[14] SCHULZ aaO; dagegen NALLINO aaO 328 = Racc. IV 594.

[15] So schon TAMASSIA L'affratellamento aaO 47ff. und VOLTERRA, La L. 7 C. de her. inst. aaO 6,24 aaO 293ff.

[16] An eine «rechtsgeschäftliche» Erbeinsetzung mit Bezug auf orientalische Vorbilder denken CUQ aaO und KOSCHAKER aaO 362ff. *heres institutus* und *portio hereditatis* scheinen mir dagegen zu sprechen. Bei einem Erbvertrag hätte sich der römische Jurist kaum in dieser Weise ausgedrückt.

[17] Vgl. dazu TAMASSIA aaO 47f.; WIEACKER, Societas 226ff.; KOSCHAKER aaO 373 und NALLINO aaO 330 und Fn. 21 = Racc. IV 597, Fn. 1.

[18] Dagegen schon NALLINO aaO 337 und 342 = Racc. IV 605 und 612.

[19] NALLINO aaO; KOSCHAKER aaO.

[20] Patrologia Graeca, ed. J.P. Migne, tom. 59, Paris 1862, 605; zitiert auch bei Helmut ENGELMANN - A.B. ÜNER, Inschriften aus dem Museum von Karaman (Lycaonia), in: Anzeiger der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse 129, Wien 1992, 1-24, hier: 9 (Nr. 8), für eine Inschrift mit einem πατροπυητός.

heißen, daß ein Bruderschaftsvertrag auch *bei* den Peregrinen verboten war, bei denen der Fall mit seiner Abrede gerade entstand? So verstanden KOSCHAKER[21] und SEGRÉ[22] den Satz. Oder war der Vertrag aus römischer Sicht nicht nur für Römer, sondern auch für Peregrine verworfen? An welche Reichsbewohner, die vor römische Gerichte kamen, hatte man aber nach 212 n. Chr. noch unter der Bezeichnung Peregrine zu denken? Waren es Römer mit Doppelstatus, die, sofern sie nicht den ordre public mit ihren heimischen Verträgen verletzten, weiter nach heimischem Recht lebten?[23] Die Frage ist ohne weitere Quellen nicht zu lösen.

Kommentar zu § 80

L 87 = R III 87 = R II 131 = D 128 = Ar 128 = Arm 130 (127) = Georg 127

Hier wird ein Satz isoliert ausgesprochen, der sich schon in § 40 in anderem Zusammenhang findet und indirekt auch in § 36 zu erkennen ist: Nach dem agnatischen Prinzip gehörte nur die Tochter selbst zu den Gewaltunterworfenen des römischen Hausvaters; die Kinder der Tochter gehörten in eine andere *familia*, die des Vaters der Kinder. Wie selbstverständlich geht der Verfasser von ehelichen Kindern aus. Der Typus dieser *interpretatio* ist der einer *definitio* zu einem Stichwort aus dem Grundtext. Er selbst scheint sonst der Interpretation nicht bedurft zu haben.

Kommentar zu § 81

L 88 = R III 88 = R II 59 = V 57 = D 57 = P 47 = Ar 58 = Arm 59 = Georg 60 = B 57

I. Es handelt sich um ein Mädchen, das wegen des Todes seines Vaters bereits *sui iuris* war. Als *filia familias* hätte sie nämlich zur Vermählung die Zustimmung ihres *pater familias* benötigt. Diese Frau wollte eine Ehe eingehen, ohne die Zustimmung der nächsten Verwandten, es werden die Mutter und die Brüder genannt, einzuholen. In der Antwort wird unterschieden, ob sie noch *minor*, d. h. über 12 aber unter 25 Jahren war oder nicht mehr. Als *minor* mit einem Kurator benötigte sie die Zustimmung eben dieses Kurators zur Eheschließung. Die Formulierung läßt aber keinen Zweifel, daß die Frau sich auch in diesem Fall ihren Partner auswählte, der Kurator sie also nicht ohne ihren Willen in die Ehe geben konnte. Als Volljährige aber konnte die Frau ohne die Zustimmung des Kurators, der jetzt nicht mehr für sie zuständig war, und der nächsten Verwandten heiraten.

II. Soweit es um die volljährige Frau geht, entspricht unsere Stelle einem Reskript des Gordian von 241 n. Chr. (C.J. 5,4,8): Die Verwandten als solche haben keine *auctoritas*, bei der Eheschließung mitzureden; allein der Wille der Nupturienten ist maßgebend. Bei Minderjährigen wird im gleichen Reskript unterschieden: Der Kurator hat bei der Eheschließung selbst *(in copulandis nuptiis)* kein Mitspracherecht. Genau

[21] AaO 367.

[22] Di nuovo sull'editto di Caracalla, in: BIDR 32 (1932) 191-211, hier: 196 Fn. 1.

[23] Zu solchen und ähnlichen Fragen mit reicher Literatur NALLINO aaO 324ff. = Racc. IV 589ff.

das berichtet schon Paulus (D. 23,2,20 *libro singulari ad orationem divi Severi et Commodi*) unter Berufung auf eine als Senatsbeschluß bezeichnete kaiserliche Konstitution und ein klärendes Reskript der Kaiser Severus und Antoninus. Die *administratio negotiorum*, zu welcher der *curator* berufen war, war aber immer dann berührt, wenn es um den Abschluß ehegüterrechtlicher Abreden ging, die mit der Eheschließung verbunden waren. Unser Text differenziert hier nicht. BRUNS[1] konstatiert eine Ungenauigkeit, SARGENTI[2] sieht einen vom römischen Recht abweichenden orientalischen Brauch, TAUBENSCHLAG[3] ordnet die Lösung speziellem römischem Provinzialrecht ein, von dem wir aber sonst nichts wissen. SELB hat früher die Meinung vertreten, der Verfasser habe von seiner östlichen Ehevorstellung aus Eheschließung und Ehegütervertrag in eins gesetzt und deshalb die Zustimmung des Kurators verlangt.[4] Die Zustimmung des Kurators lag jedoch für den Verfasser auf der gleichen rechtlichen Ebene wie die der nächsten Verwandten, der Mutter und der Brüder; dort aber ging es nicht um den Ehegütervertrag, sondern um die Gattenwahl und den Ehekonsens. Auch trennt der Verfasser beim Kurator auf der einen Seite die Gattenwahl der Frau und auf der anderen Seite die Zustimmung des Kurators; auch das spricht gegen ein Fehlverständnis des Verfassers.

III. Die Erklärung ergibt sich u.E. aus einer nachklassischen Entwicklung. BRUNS hat in seiner Darstellung die Zeit zwischen Gordian, also der Mitte des 3. Jh. n. Chr., und den beiden einschlägigen Zeugnissen in C.Th. 3,7,1 mit I. Th. = C.J. 5,4,18 (Valentinianus, Valens et Gratianus, 371 n. Chr.) und in C. J. 5,4,20 (Honorius et Theodosius, 408/409) übersprungen. Der Stand in diesen beiden Konstitutionen war eindeutig gegenläufig zur Entwicklung im 3. Jh. n. Chr.: Die minderjährige emanzipierte Tochter stand unter der *cura* des *parens manumissor*, der bei der Eheschließung ein Mitspracherecht hatte. War der Vater tot, so war *pro honestate coniunctionis* die Entscheidung der nächsten Verwandten *(propinqui)* - wohl der Mutter oder der Brüder - zu erfragen, bei Meinungsverschiedenheiten war der *iudex* heranzuziehen. C. J. 5,4,20 legt nahe, daß ein Dritter als *curator* in dieser Frage nur benötigt wurde, wenn es an *propinqui* fehlte.[5] Unsere Stelle zeigt einen Mittelweg zwischen der Klassik und der Spätzeit: Die *propinqui* werden mit ihrem Mitspracherecht zurückgewiesen; es konnte also nicht zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen und dem *curator* über die rechte Gattenwahl kommen. Ein Mitspracherecht des *curator* war jedoch bereits anerkannt. Siro SOLAZZI[6] war es, der hier auf P.Lips 41[7] verwies. Dort finden wir einen unserer Stelle entsprechenden Beleg für

---

Zu § 81:

[1] BRUNS-SACHAU III 258; gefolgt von DE FRANCISCI, 'Επίτροπος vel κουράτωρ 41ff.

[2] Il diritto privato nella legislazione di Costantino, Milano 1938, 115f.

[3] Il diritto provinciale, (JJP 6) 110f. = Op. Min. I 300f.

[4] Zur Bedeutung 188 Fn. 89; heute noch B. ALBANESE, Le persone nel diritto privato romano, Palermo 1979, 523, Fn. 490: esperienza giuridica non romana. Als römisch erkannte SOLAZZI die Entscheidung, Le nozze della minorenne, in: Atti della Reale Accademia delle Scienze di Torino 51 (1916) 749-774, hier: 751 = Scritti di diritto Romano II, Napoli 1957, 147-165, hier: 149.

[5] Vgl. KASER, RP II 163.

[6] Le nozze della minorenne aaO mit weiterer Literatur zu P. Lips 41.

[7] Griechische Urkunden der Papyrussammlung zu Leipzig, hrsg. von Ludwig MITTEIS, Leipzig 1906, I Nr. 41, S. 137-143.

die Zustimmung eines *curator*. Daß sie sich nur wegen güterrechtlicher Regelungen finde, ist auszuschließen. Auch C. Th. 3,5,5 mit I. Th. (Constantinus, 332 n. Chr.) legt indirekt nahe, daß es doch zu den Aufgaben eines *curator* gehörte, *puellam despondere* und dann *in matrimonium tradere*. Freilich nennt die Stelle auch die *propinqui* neben dem *curator*, die in unserer Stelle eindeutig zurückgewiesen werden.

Es sieht so aus, als hätte unsere Stelle noch mit der Klassik das Rechtsband betont, die Familienbande noch dem außerrechtlichen Bereich überlassen. Mit Konstantin könnte dann eine Entwicklung begonnen haben, die das außerrechtliche Mitspracherecht der *propinqui* zum rechtlichen erhob. Das Rechtsband aber war bei Gordian noch allein die *patria potestas* oder die *cura* des *parens manumissor*, in unserer Stelle jedoch auch die cura ganz allgemein, wenn es sich um eine minderjährige Waise handelte.

Kommentar zu § 82

L 89 = R III 89 = R II 132 = D 129 = Ar 129 = Arm 131 = Georg 128

I. Die Stelle bietet einen Fall, in dem mehrere Brüder einen Teilungsvertrag geschlossen hatten. Dabei waren einerseits volljährige, andererseits Brüder unter *tutela* oder *cura* beteiligt. Sie enthält drei Hauptaussagen: 1. Daß eine «Teilung», lateinisch *divisio*, keiner Schriftform bedarf. 2. Daß sie, obwohl es sich um eine *transactio*, also um einen Vergleich handelte, nicht gänzlich unanfechtbar war; Arglist, Zwang oder Diebstahl beim Geschäft selbst konnten immer noch geltend gemacht werden. 3. Daß die minderjährige Partei der Teilung noch drei Jahre lang nach Erreichen des 25. Lebensjahres die Möglichkeit hatte, eine *restitutio in integrum* gegen den Vertrag zu verlangen. Die Stelle faßt dabei die Aussagen so verschiedener Art wie in einer Lehrabhandlung zusammen, fügt dazwischen die platte Sequenz über die Folgen von Arglist und Betrug ein, und schließt mit einer ebenso platten Zusammenfassung: Geteilt ist geteilt.

II. Das Thema der *divisio* könnte einschlägige Stellen aus Sammlungen zum Titel *communi dividundo* oder *familiae erciscundae* zusammengefaßt haben. Ähnliches sehen wir in Cons. I oder II (FIRA II 593ff.) und in der *Appendix legis Romanae Wisigothorum* I (FIRA II 669ff.).

1. Eine Schriftform war für die *divisio* nicht vorgesehen. Das zeigen Reskripte der Kaiser Gallus und Volusianus (C. J. 3,36,12; 252 n. Chr.) und Diocletianus und Maximianus (C. J. 3,37,4 pr.; 294 n. Chr.).

2. Immer wieder genannte Gründe für eine Anfechtung einer an sich streitbeendigenden *divisio* sind *vis* und *metus* (Cons. 1,6 ex corp. Greg. l.II), *mala fides* (Cons. 1,8 nach einem Reskript des Alexander), fehlende *bona fides* (Cons. 2,7 nach einem Reskript der Kaiser *Diocletianus et Maximianus*) und *fraus* (Cons. 2,3-5). C. J. 3,38,3[1] (Diocletianus et Maximianus) nennt *fraus* und *dolus* als Anfechtungsgründe. Sent. Syr. § 48 nennt die Arglist, Sent. Syr. § 50 nennt Arglist und Furcht als Anfechtungsgründe. Doch auch der etwas unerwartete «Diebstahl» gehört hierher; er findet sich in C. J. 3,36,3 (Antoninus), wo ein Miterbe sich vorweg etwas aus der Erbschaft weggenommen hatte. Selbstver-

Zu § 82:

[1] Darauf wies BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 258f. hin.

ständlich war damit die Teilung auf falscher Grundlage abgeschlossen, waren doch nicht alle Nachlaßgegenstände in die Teilung einbezogen worden.

3. Bereits Diocletianus und Maximianus verfügten in C. J. 3,37,4,1, daß ein *minor (quinque et viginti annis)* die *in integrum restitutio* nur innerhalb eines *praefinitum tempus* nach Wegfall der Verhinderung geltend machen dürfe. Die Frist wird dort nicht genannt, es wird jedoch noch die Frist des Edikts gewesen sein, ein *annus utilis*. In einer konstantinischen Neuregelung (C. Th. 2,16,2; 315 oder 319)[2] wird sie verlängert, für Rom auf 5 Jahre nach Erlangung der Volljährigkeit, für Italien auf 4 Jahre, für die Provinzen auf 3 Jahre. Unser Text bietet bemerkenswerter Weise nur den die Provinz betreffenden Ausschnitt. Und er formuliert genau wie in der Konstitution: *usque ad conpertum annum vicesimum et octavum.* «Das Frühere zu verlangen» scheint terminologisch das *in integrum restitui* aufzugreifen, das in einer Vorlage wie C. Th. 2,16,2 zu finden war.

IV. Nach WIEACKER[3] soll der letzte Satz ausdrücken, daß die Wirkung der Teilung nur eine Umwandlung in Quotenzuständigkeit bei aufrecht bleibender Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft sei. Dieses unrömische Ergebnis weist WIEACKER dann dem östlichen Volksrecht zu. Der Satz wird damit sicher überinterpretiert. Er bietet eine Zusammenfassung auf platter Ebene, wie häufig auch in anderen Stellen. Hier heißt es lediglich: Geteilt ist eben im Normalfall geteilt.

Kommentar zu § 83

L 90 = R III 90 = R II 80 = D 79 = R I 74 = P 60b = Ar 80 = Arm 79 = Georg 80 = I 47/6, 48/7

I. Eine Mutter wollte wohl ihren Ehemann vom Genuß und der Verwaltung des in ihrem Testament den gemeinsamen Kindern[1] zugewendeten Vermögens ausschließen, indem sie für diese zugleich mit der Zuwendung einen *tutor* bzw. einen *curator* im Testament bestellte. Die *patria potestas* des Mannes über seine Kinder hätte jedoch jede Vormundschaft oder Kuratel ausgeschlossen, wie bereits BRUNS[2] erkannt hat. Darüber hinaus wäre es aber nach klassischem Recht, was BRUNS übersieht, gar nicht möglich gewesen, den Kindern etwas zuzuwenden; alles was ihnen zugewendet wurde, erwarb ihr *pater familias*.

Anders aber ist die Situation seit der konstantinischen Zeit; und nur vor diesem Hintergrund ist der Versuch der Erblasserin überhaupt sinnvoll: Das von der Mutter den Kindern gesetzlich oder testamentarisch vererbte Gut wurde nun dem *pater familias* und den Kindern gemeinsam zugewiesen, geradezu zwischen ihnen im Eigentum geteilt.[3]

---

[2] So schon BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 258f.

[3] Societas 232.

Zu § 83:

[1] Nach der sekundären syrischen Bearbeitung: den Kindern ihres Sohnes. Das Problem bliebe auch in diesem Fall das gleiche.

[2] BRUNS-SACHAU III 259.

[3] Vgl. statt aller KASER, RP II 217f. mit weiterer Literatur. Vgl. auch unten § 129 zu den *bona materni generis*.

Die Basis unserer Frage zu Vormundschaft oder Kuratel ist also die Entwicklung des Rechts an den *bona materna*, wie es sich seit C. Th. 8,18,1 = C. J. 6,60,1 (319 oder 315 n. Chr.) gestaltet, in C. Th. 8,18,2.3.6 und 9 (= C.J. 6,60,3) und schließlich noch bei Leo (C. J. 6,60,4). Was die Mutter also ihren Kindern im Testament zuwendete, konnte ihren Kindern jetzt als Trägern zustehen. Damit erst konnte überhaupt die Frage der Verwaltung dieses Vermögens auftauchen. Der wunde Punkt der mit der Nutzung des Vermögens der Mutter verbundenen Verwaltung durch den *pater familias* war nämlich das Risiko der Kinder, durch diese Verwaltung in ihren Rechten geschmälert zu werden, wie es die *interpretatio* zu C.Th. 8,18,1 besonders deutlich macht. Am Verwaltungsrecht des *pater familias* wurde dennoch nicht gerüttelt. Die Entscheidung lautete daher, daß die Mutter dem Ehemann als *pater familias* das Verwaltungsrecht nicht durch die Bestellung eines *tutor* oder *curator* für die Kinder schmälern könne.

II. Nach dem Tode des *pater familias* konnte die Mutter nun als Erblasserin, nicht gerade als Mutter, einen *curator* im Testament bestellen, falls es keinen allgemeinen Vormund gab. Dessen Verwaltungsrecht ist jedoch auf die hinterlassenen *bona materna* beschränkt. BRUNS sah darin einen Widerspruch zum römischen Recht.[4] Betrachten wir aber die von ihm und von KASER[5] herangezogenen Stellen näher, so spiegeln sie einen Wandel, der aus dem *curator* einen Testamentsvollstrecker machte.[6] Modestin formuliert es in D. 26,2,4 am besten:[7] *quasi in rem potius quam in personam tutorem dare videatur.* Daß unser Text anders als D. 26,2,4 nicht von der noch erforderlichen behördlichen *confirmatio* der Bestellung spricht, liegt am Darstellungsziel, so wie ja auch Scaevola in D. 26,3,11 nur davon handelt, ob der von der Großmutter mit dem *fideicommissum* eingesetzte *curator* sein Amt auch übernehmen muß. Zu Unrecht bleibt bei BRUNS auch das Reskript des Alexander aus C.J. 5,28,4 unbeachtet, wonach eine Mutter ihren Kindern im Testament durchaus *tutores* bestellen kann, sofern sie die Kinder zu Erben einsetzt. Auch hier stand die noch erforderliche *inquisitio* einfach nicht zur Debatte (vgl. C.J. 5,29,1). KASER nennt als anderslautende Stellen Neratius D. 26,3,2 pr., Papinianus D. 31,76,6, Paulus D. 27,1,32 und Alexander C.J. 5,29,1. Doch behandelten Neratius und Alexander eine allgemeine Tutorenbestellung durch die Mutter, die nicht auf die hinterlassenen *bona* beschränkt war, ja gar nicht erkennen läßt, daß sie mit einer Erbeinsetzung zusammenhängt. In D. 27,1,32 ist die Einsetzung des *pupillus* als *heres* durch die Mutter vorgesehen, im übrigen geht es aber wie in D. 31,76,6 nur um die Gültigkeit eines Legats für den *tutor*.

Im Zeitalter des Regimes der *bona materna* bestand noch stärker als in der Spätklassik ein Anlaß, dem Zuwender solcher *bona* zu erlauben, durch einen speziellen *tutor* oder *curator* vorzusorgen, daß die *bona* in ihrem Sinne verwaltet wurden.

---

[4] BRUNS-SACHAU III 217f.

[5] RP II 224 und Fn. 3 (§ 232 II) ohne Beachtung unserer Stelle.

[6] Zur Konfusionstendenz DE FRANCISCI, ἐπίτροπος vel κουράτωρ 17.

[7] Die Mutter kann einen *tutor* aufstellen, wenn sie den Sohn zum Erben einsetzt.

Kommentar zu § 84

L 91 (ergänzt aus Fragment New York) = R III 91 = R II 56 = D 54 = R I 32 = P 45 = Ar 55 = Arm 56 (57) = Georg 57 = C = G 26 = B 54 und «Kanones der griechischen Könige» = I 36/3

I. Ausgangspunkt der Erläuterung ist, daß wir es mit einem Traktat zum Thema der konstantinischen Konstitution aus C. Th. 3,5,6 = C. J. 5,3,16 aus dem Jahre 336 n. Chr. zu tun haben. Alle wirklichen Unterschiede zum Text der Konstitution entsprechen dem Darstellungsziel und der dem Rechtsbuch eigenen, hier vielleicht am deutlichsten hervortretenden Darstellungsweise einer lebensnahen, nicht immer sehr tiefschürfenden und keine Vollständigkeit erstrebenden Paraphrase für Schüler, denen ein Originaltext auf jeden Fall vorlag. Es geht also nicht, wie BRUNS[1] meinte, um eine «Zugabe» zur Konstitution, auch nicht lediglich um eine «verwandte constantinische Bestimmung» nach MITTEIS[2]; die lokalen Züge sind allenfalls der Paraphrase zu verdanken und gehören nicht dem zentralen Inhalt[3] der Konstitution selbst zu.

II. Das Thema der genannten konstantinischen Konstitution ist *de sponsalibus et ante nuptias donationibus* (C.Th. 3,5). Nach römischem Verständnis sind mit der *sponsa* und dem *sponsus* die «Verlobten» unserer modernen Terminologie eines Eheversprechens *de futuro* gemeint, mit den *sponsalia* die «Verlobung». Gerade in der Begegnung mit dem Orient oder doch einer orientalischen Sprache ist dazu hervorzuheben, daß wir mit dem Ausdruck «Verlobung» die **sponsalia de futuro* von der Eheschließung als **sponsalia de praesenti* unterscheiden. Damit stand aber der syrische Übersetzer einer griechischen Vorlage römischen Rechts vor einer großen Übersetzungsschwierigkeit.[4] Er hatte als Vorlage für die Verlobung wohl μνηστεία adäquat zu übersetzen, obwohl ihm in seiner Sprache und Vorstellung mit dem Gegenstand einer solchen «Verlobung» auch das rechte Wort fehlte. Die andere Vorstellungswelt des Orients kennen wir gut aus dem Eherecht der orientalischen Kirchen, wie es sich wohl auf gemeinorientalischen Vorstellungen beruhend bis heute in den Quellen erhalten hat.[5] Danach sind *mḵīrā* und *mḵīrtā* Partner (nicht unbedingt auch Abschlußpartner) eines Ehevertrages, der die Nupturienten anders als die römische Verlobung schon vor der Heimführung in einigen Ehewirkungen verband. Das muß uns, nachdem wir es erkannt haben, für unsere Stelle nicht weiter interessieren, da es hier nicht eigentlich um die orientalische Institution der *mḵirūṯā* geht, sondern um das Problem des Syrers, *sponsus*, *sponsa* und *sponsalia* aus römischer Vorstellung richtig oder wenigstens näherungsweise richtig zu übersetzen. Die Rück-

---

Zu § 84:

[1] BRUNS-SACHAU III 259.

[2] Reichsrecht und Volksrecht 305 Fn. 2.

[3] A.M.: P. KOSCHAKER, Der Archidikastes, in: SZ 29 (1908) 1-47, hier: 16 Fn. 3; E. VOLTERRA, Studio sull'arrha sponsalicia, in: RISG N. S. 2 (1927) 581-670, hier: 652 = E. VOLTERRA, Scritti giuridici I, Napoli 1991, 3-92; M. SARGENTI, Il diritto privato nella legislazione di Costantino, Milano 1938, 124f.; Lucien ANNÉ, Les rites de fiancailles et la donation pour cause de mariage sous le Bas-empire, Louvain 1941, 74ff., 101 Fn. 1, 298ff., 303/4 Fn. 1.

[4] Dasselbe findet sich bei Sent. Syr. § 66 und 102.

[5] Zuletzt SELB, OrKiR II 255-259f.

übersetzung erlaubte hier sogar die Worte «Verlobter», «Verlobte», «Verlobung» und «Verlöbnis».

III. 1. Die Darstellungsweise der konstantinischen Konstitution C.Th. 3,5,6 ist als Ausgangspunkt des Vergleichs leicht zu durchschauen. Das *principium* und § 1 enthalten je vier Fallvarianten, die zum besseren Vergleich mit Nummern bezeichnet werden sollen. Im *principium* handelt es sich zuerst um folgenden für die Zwecke des Darstellungsvergleichs vereinfachten Grundfall:

a) Die Braut wird bei den *sponsalia* beschenkt. *Interveniente osculo* - hier wird der Kuß in den Vordergrund gerückt - stirbt im einen Fall der Bräutigam (Nr. 1), im anderen Fall die Braut (Nr. 2). In beiden Fällen sollen die Geschenke geteilt werden.

b) Die Braut wird bei den *sponsalia* beschenkt, es kommt aber nicht zum Brautkuß. Wieder stirbt entweder der Bräutigam (Nr. 3) oder die Braut (Nr. 4). In beiden Fällen werden alle Geschenke zurückgegeben.

Im § 1 folgt darauf der in der Konstitution als selten bezeichnete Fall, daß die Braut den Bräutigam beschenkt:

c) Der Bräutigam wird von der Braut beschenkt. Es stirbt *osculo interveniente* der Bräutigam (Nr. 5) oder die Braut (Nr. 6). Das Geschenk fällt auf jeden Fall zurück.

d) Der Bräutigam wird von der Braut beschenkt, es kommt aber nicht zum Brautkuß. Es stirbt der Bräutigam (Nr. 7) oder die Braut (Nr. 8). Das Geschenk fällt auch hier auf jeden Fall zurück.

2. Der nun vorliegende syrische Text ist gegenüber L 91, wie er BRUNS zur Verfügung stand, und gegenüber den Versionen RI und RII, wie er späteren Interpreten unserer Stelle vorlag, vollständiger. Dazu gibt es eine wesentliche Korrektur der Übersetzung von SACHAU zu L 91 in R II 56[6], von BAARS und DE BOER[7] zur später gefundenen Ergänzung von L 91 und von VÖÖBUS[8] zu D 55. Ein nun möglicher Vergleich der Darstellung soll den Text zu diesem Zweck zunächst etwas vereinfacht wiedergeben:

a) Die *sponsalia* wurden abgeschlossen; dabei wurden der Braut von Mannesseite Geschenke gegeben. Der Bräutigam starb vor der Eheschließung, aber nachdem der Braut das Brautgemach geworden war, und der Bräutigam sie gesehen und geküßt hatte (Nr. 1). Die Lösung lautet: Die Geschenke werden geteilt.

b) Die *sponsalia* fanden wie unter 1. statt. Der Bräutigam aber hatte aus der Ferne um die Braut gefreit; es kam nicht zum «Brautgemach» usw. Der Bräutigam starb nämlich vorher (Nr. 3). Alle Geschenke sollen zurückfallen.

c) Die *sponsalia* fanden wie unter 1. statt. Die Braut starb. Da sich der Fall an 2., nicht an 1. anschließt, liegt es näher, daß er eine Variante bietet, in der der Braut das Brautgemach usw. noch nicht geworden ist (Nr. 4). Es sollen alle Geschenke zurückfallen.

Im Vergleich mit C. Th. 3,5,6 fänden wir hier also die Nummern 1, 3 und 4 behandelt. Nun findet sich auch in Sent. Syr. §102 eine Paraphrase zu C.Th. 3,5,6; diese aber beschränkt sich leicht ersichtlich auf die Fallvarianten Nr. 1 und 2. Bemerkenswert ist

---

[6] Syr. RB I 88f.

[7] In: Symbolae iuridicae et historicae Martino David dedictae, edd. J.A. ANKUM, R. FEENSTRA, W.F. LEEMANS, Leiden 1968, I 45-53.

[8] Synodicon II, 124/128.

jedoch im Vergleich zu unserer Stelle, daß in Sent. Syr. § 102 genau wie in der Konstitution nur vom Brautkuß die Rede ist, nicht aber vom Brautgemach und davon, daß der Bräutigam die Braut «gesehen» hat. Sent. Syr. § 102 bietet eher eine «Summe» als eine freie Paraphrase.

3. Nun findet sich in I.Th. noch eine weitere Paraphrase zu C.Th. 3,5,6. Sie bietet folgenden Aufbau der Darstellung:

a) Die Braut wird bei den *sponsalia* beschenkt. Der Bräutigam stirbt *interveniente osculo* (Nr. 1). Das Mädchen teilt die Geschenke mit der erbberechtigten Familie des Mannes.

b) Die Braut wird bei den *sponsalia* beschenkt. Der Bräutigam stirbt, bevor es zum Brautkuß kommt (Nr. 3). Sämtliche Geschenke fallen zurück.

c) Der Bräutigam wird bei den *sponsalia* beschenkt. Es stirbt die Braut, sei es daß *intercesserit osculum aut non intercesserit* (Nr. 6 und Nr. 8). Die Verwandten der Braut dürfen alles zurückfordern.

Im Vergleich mit C.Th. 3,5,6 finden wir hier die Nummern 1, 3, 6 und 8 behandelt. Drei verschiedene Summen oder Paraphrasen greifen also zur Erläuterung derselben Codex-Stelle verschiedene Teile daraus auf. Entstammte die Paraphrase jeweils dem Unterricht, so war diese Darstellungsweise durchaus genügend, ist doch anzunehmen, daß den Hörern der volle Text der Konstitution ohnehin vorlag. Damit verbieten sich alle Argumente, die bei einem Spiegel geltenden Rechts zulässig wären, Argumente aus der Lücke, geradezu e contrario. Es ist also falsch, wie BRUNS es tut, aus der I.Th. herauszulesen, deren Verfasser habe entgegen der konstantinischen Konstitution nur der überlebenden Braut die Hälfte der Brautgeschenke gewähren wollen.[9] Dasselbe gilt für unsere Stelle. Die jeweiligen «Lücken» bestehen nicht in der Regelung, sondern in deren interpretativer Darstellung. Alle Schlußfolgerungen auf inhaltliche Abweichungen im Regelungstext der Vorlage verbieten sich.

4. Die Konstitution erörtert in perfekter Parallelität auch eine Gruppe von vier Fällen (Nr. 5 bis Nr. 8), die sich schon nach der Meinung des Gesetzgebers selten ereignet haben dürfte, daß nämlich die Braut dem Bräutigam bei den *sponsalia* Geschenke macht. Die lebensnahe Interpretation der *verba* des Gesetzes in unserer Stelle läßt es nicht verwunderlich erscheinen, daß der Verfasser nicht weiter auf Fälle einging, die sich ohnehin kaum ereigneten. Der kurze Schlußsatz genügte für die Darstellung. Damit haben wir eine Leitidee vor uns, die uns bei der Paraphrase von Konstitutionen schon häufiger begegnet ist.

IV. Die Paraphrase der einzelnen Aussagen der Konstitution ist detailliert und gewährt über den Text der Konstitution hinausreichende Einsichten.

1. C.Th. 3,5,6 handelt lakonisch von *sponsalia*. Auch für den Verfasser der I.Th. war ohne weiteres klar, was darunter zu verstehen sei; er wiederholt daher nur *sponsalibus celebratis*. Unser Text gibt dagegen geradezu den Inhalt der Erklärung der Braut wieder, die zu den *sponsalia* führte, nämlich daß sie sich dem Bräutigam als Ehefrau vermählen werde.[10] Nach C.Th. 3,5,6 sind es Vater, Tutor, Kurator oder Verwandte, welche das Mädchen «verlobten» und «in die Ehe gaben»; C.Th. 3,5,11 fügt noch die Mutter hinzu.

[9] Vgl. schon SELB, Zur Bedeutung 100.

[10] Zur Form der römischen *sponsalia* vgl. statt aller KUNKEL, Römisches Recht § 141.

In unserer Paraphrase wird dagegen nur der Standardfall behandelt, daß die Eltern der Braut für diese die Erklärung abgeben. Die Erklärung durch die Eltern der Braut paßt nun durchaus auch für die orientalische *mkīrūṯā*, so daß wir nicht sicher sein können, von welcher Vorstellung der Verfasser bei seiner Formulierung ausging. Beide Vorstellungen lassen die für den vollen Bestand der Ehe entscheidende Phase in der Zukunft; und bei beiden Akten ist die Mitwirkung der Braut selbst noch nicht unbedingt erfordert.

2. Die Konstitution geht weiter davon aus, daß bei den *sponsalia* oder danach der Braut vom Bräutigam Sachen geschenkt werden: *rebus donatis*. In unserem Text werden die Geschenke darüber hinaus zur Erläuterung beispielhaft genannt. Aber sie werden dabei anders als in der Konstitution auch noch unterschieden. Das geschieht in unserer Stelle nur in der Terminologie, in der verwandten Stelle zum Verlöbnisbruch (§ 85) wird der Unterschied jedoch durch die Beschreibung weit deutlicher. Zum einen geht es in unserer Stelle um das, was «als Arrha» gegeben wurde; das ist vom «Ring» und vom «Schmuck aus Gold» gesagt. Daneben stehen die «Geschenke an anderen Sachen», die nicht unter der Bezeichnung «Arrha» erscheinen. In der Antwort wird diese Zweiteilung der Geschenke dann nochmals aufgegriffen: Zurückzugeben ist, was «als Arrha» oder was «als Geräte» - in der griechischen Vorlage wohl σκεύος, lateinisch *suppellex* - gegeben worden war. In § 85 werden ebenfalls zwei Gruppen von Geschenken unterschieden, aber deutlicher, weil dort für die Gruppen verschiedene Konsequenzen gelten: Zum einen geht es um das, was die Braut oder deren Eltern am ersten Tag «als Arrha» empfangen haben, nämlich am Tag der *sponsalia* mit der Funktion der *arrha confirmatoria*. Zum anderen geht es um spätere Geschenke. Der Ring ist also in unserem Text kein bloß konfirmatorisches Zeichen der *sponsalia*, sondern neben dem Goldschmuck *arrha sponsalicia*[11] als Geschenk. Im Text der Konstitution ist jedoch von solchen Unterscheidungen noch nicht die Rede. Bringt der Verfasser der Paraphrase etwa späteres Gedankengut herein, wie es seit C.J. 5,1,3 (Gratianus, Valentinianus et Theodosius, 380 n. Chr.) klar bezeugt ist und sich in § 85 nach C.J. 5,1,5 (Leo et Antheminus, 472 n. Chr.) dokumentiert? Mit einer derartigen *interpretatio* unter Einbezug späterer Entwicklungen ist schon bei der *interpretatio* aus dem Breviar zu rechnen. Sie zeigt sich auch an anderen Stellen des Rechtsbuches. Damit liegen in unserer Stelle zwischen dem interpretierten Text und der *interpretatio* selbst mindestens 44 Jahre, wenn die *interpretatio* nicht wie die zu § 85 erst mindestens 136 Jahre später entsteht.

Der Ring ist im Grundtext sicher Teil der Geschenke, in unserer Stelle *arrha sponsalicia*. Das schließt jedoch nicht aus, daß er nach der Meinung des Verfassers bereits ein Symbol ist. Die ab dem 8. Jh. in der syrisch-orthodoxen Kirche obligatorische Form der Eheschließung, auch schon die der *mkirūṯā*, integriert wohl eine längst liturgisch übliche Ringsegnung.[12] Bemerkenswert an ihr ist, daß es nur einen einzigen Ring dabei gibt, denjenigen, der vom Bräutigam dem Priester und von diesem der Braut übergeben wird.

3. *Interveniente osculo* - also das Geschehnis eines Brautkusses - wird in C.Th. 3,5,6 zum Kriterium, ob die Geschenke ganz oder nur zur Hälfte an die Eltern oder Brüder (Geschwister) der Braut zurückfallen, wenn der Bräutigam vor der Eheschließung (vor der Heimführung nach der Vorstellung des übersetzenden Orientalen) stirbt. Die I. Th.

[11] Dazu rechtsvergleichend KASER, RP II 160f.

[12] SELB, OrKiR II 257f.

beschränkt sich darauf, das wörtlich wiederzugeben. Auch Sent. Syr. § 102 spricht nur davon, ob der Bräutigam die Braut geküßt hat oder nicht. BRUNS[13] hat sich mit der älteren Literatur auseinandergesetzt, woher denn die Idee einer derart teuren Bezahlung des Brautkusses vor der Eheschließung komme. Aus seiner Darstellung überzeugt am ehesten der Hinweis auf eine byzantinische Tradition, wonach die Verlobung durch Arrha (ἀῤῥαβών) und Kuß (φίλημα) stattfinde.[14] Dabei ist es ganz selbstverständlich, daß bei einer Werbung aus der Ferne Arrhalvertrag und erste persönliche Begegnung der Nupturienten auseinanderfallen. Ähnlich geht es in C. Th. 3,5,6 um zwei Stufen desselben Rechtsaktes mit verschiedenen Rechtsfolgen, nicht um zwei getrennte Rechtsakte.

Der Verfasser der Paraphrase in unserer Stelle erläutert das *interveniente osculo* seiner Vorlage auf seine Weise und aus seiner Sicht. Dabei tut er aber von seiner orientalischen Vorstellung aus des Guten zuviel.[15] Er deutet den Kuß als «Brautgemach» für die Braut; der Bräutigam sieht sie und küßt sie dabei. Mit dem Brautgemach wird sonst aber bereits der wesentliche Teil der «Heimführung» beschrieben,[16] d. h. ein Teil der Perfektion der nach orientalischer Vorstellung mit der *mḵirūṯā* bereits beginnenden Eheschließung. Nach der Heimführung gab es aber das Problem, von dem die Stelle handelt, nicht mehr. Das sieht sogar Jahrhunderte später Barhebraeus noch bei der Lektüre desselben Textes des Rechtsbuches.[17] Er sieht die Heimführung noch in der Zukunft. Den «Kuß» aber sieht er als Vergehen, das die Braut erst recht zur vollen Rückerstattung verpflichtet. Den «Kuß» versteht dabei NALLINO[18] schon in der Vorlage, nämlich der konstantinischen Konstitution, als «Euphemismus», das «Brautgemach» also als vorehelichen Geschlechtsverkehr, gerade «zur Probe».

4. C. Th. 3,5,6 gewährt die Rückforderung den *heredes* des Verstorbenen *cuiuslibet gradus sint et quocumque iure successerint*, ebenso I. Th. Nach unserer Stelle steht die Rückforderung den Eltern des verstorbenen Bräutigams zu, dann den agnatischen Brüdern (Geschwistern) desselben, nicht aber seiner weiteren Familie, von der in der Fall- und Problemdarstellung noch die Rede ist. Daß von den Agnaten bei den Geschwistern die Rede ist, zeigt der Ausdruck «im γένος nahe», wie er uns auch in § 1 begegnet. Es muß aber kein Widerspruch zum römischen Recht sein, wie BRUNS meint, daß die Eltern nebeneinander und vorweg genannt werden. Das Recht des noch lebenden *pater familias* schloß zunächst einmal alle Erbberechtigten aus (vgl. zu § 1). Zudem läßt auch C. Th. 3,5,6 (ebenso C. Th. 3,5,2,3 und 4) im Dunkel, wie die Rückforderung denn geschieht, wenn der *sponsus* nicht selbst, sondern ohnehin seine Eltern die Schenker sind.

Gewichtig aber ist der Unterschied, daß nach der Konstitution alle *heredes* des Bräutigams, auch fernere Verwandte zur Rückforderung berechtigt sind, nach unserem Text aber nach den Brüdern (Geschwistern) niemand mehr, so daß die logische Konsequenz

---

[13] BRUNS-SACHAU III 259ff.

[14] Ebenda 261.

[15] Vgl. schon SELB, Reichsrecht und lokale Eheschließungsformen 102.

[16] Zur Form vgl. SELB, OrKiR II 258.

[17] Nomokanon VII,5 zu *lex LIV imperatorum*, s. A. MAI, Scriptorum veterum nova collectio, tom. X, Roma 1838, 74 (Übersetzung); oben Band II, Kap. III, 13 (zu § 84).

[18] Il diritto musulmano nel Nomocanone 572 Fn. 2 = Racc. IV 281 Fn. 2.

ist, daß die Braut in diesem Fall die nächste Anwärterin ist und alles erhält, nicht nur die Hälfte. Erklärung dieses Unterschiedes kann eigentlich nicht sein, daß der Verfasser die Vorlage falsch verstanden hat; zu deutlich ist dort das *cuiuslibet gradus et quocumque iure*. Die Frage muß offenbleiben.

5. «Essen und Trinken», wohl die Kosten des Festes der *sponsalia* (*mḵirūṯā*) sind von der Schenkungsregelung ausgenommen. Sie werden denen, die sie getragen haben, nicht erstattet. Davon ist in der Konstitution nicht die Rede. Der Verfasser wollte aber mit der Bemerkung nochmals illustrieren, was denn in diesem Zusammenhang als Schenkung anzusehen sei. Mit der Entscheidung trifft er die römischen Vorstellungen genau. Mit dem Fest werden gesellschaftliche Verpflichtungen erfüllt, keine *liberalitas* oder *munificentia* ausgeübt. YARON[19] findet hier Anklänge an mittelassyrisches Recht und den Babylonischen Talmud. Aber war das Ergebnis nicht einfach von jeder «Vernunft» gefordert?

Kommentar zu § 85

R II 57 = V 55 = D 55 = R I 33 = P 46a = Ar 56 = Arm 57 (58) = Georg 58, 59 = G 26 = O 184 = I 37 oben/4

I. 1. Während sich § 84 mit dem Verlöbnis befaßt, das durch den Tod eines der Nupturienten aufgelöst wurde, handelt der vorliegende Text vom Verlöbnisbruch.[1] Einmal wollte der Mann, einmal wollten die Eltern der Frau das Verlöbnis nicht mehr erfüllen. Wie in § 84 waren aus Anlaß der Verlobung Geschenke gegeben worden, wobei beide Male Arrhalgeschenke von anderen Geschenken unterschieden werden; jedesmal aber geht es um gegebene Geschenke, nicht um versprochene wie bei der δωρεά. Hier hat nun die Unterscheidung Folgen, während sie bei § 84 nur im Sachverhalt erwähnt wird. Der syrische Übersetzer hat hier noch einmal die gleichen Schwierigkeiten wie in § 84, die μνηστεία institutionell richtig zu übersetzen.

2. Die Darstellungsform ist wie in § 84 ein Traktat, nun eben zum Verlöbnisbruch. Erneut geht der Verfasser von einem Ausschnitt aus einer Konstitution, nämlich C.Th. 3,5,2 = C.J. 5,3,15 (Constantinus, 319 n. Chr.), gerade zum Verlöbnisbruch, aus und fügt dieser Grundlage eine Regelung von Leo und Anthemius, C.J. 5,1,5, von 472 n. Chr. bei, soweit diese der älteren Regelung derogiert. Dazu bildet er einen recht praktischen Ausgangssachverhalt, der dem in § 84 entspricht. Das läßt erneut erkennen, daß der Verfasser bei der Konstitutionendarstellung ein bestimmtes Darstellungsmuster durchhält.

II. 1. Der Inhalt der Darstellung ist nach zwei Möglichkeiten gegliedert: Weigert sich der Mann, die Frau heimzuführen, so verfallen die von ihm gegebenen Geschenke an die Braut, genau wie in C.Th. 3,5,2 pr. = C.J. 5,3,15 pr.: *omnia, quae sunt tradita,*

[19] Syro-Romana 131.

Zu § 85:

[1] Ein Vergleich unseres Textes, wie am Rande auch des § 84, mit dem Codex Hammurabi, der Bibel, dem Talmud und dem römischen Recht findet sich bei GIRARD-SENN, Manuel 164 Fn. 2.

non reposcat im Sprachgebrauch der *interpretatio*. Weigern sich aber die Eltern der Braut, ihre Tochter in die Ehe zu geben, so fallen alle Geschenke an den Mann zurück, sehen wir zunächst von der Sonderregelung für Arrhalgeschenke ab, genau wie in C.Th. 3,5,2,1 = C.J. 5,3,15,1: *tunc sponso eiusque heredibus sine aliqua deminutione redhibeantur*. Wieder wird - wie in § 84 - der seltenere Fall, daß die Frau dem Mann etwas geschenkt hat (C. Th. 3,5,2,2 = C.J. 5,3,15,2), vom Rechtsbuch nicht erwähnt.

2. Die I.Th. bietet von den danach zu erwägenden vier Fällen überhaupt nur noch den ersten Fall und verweist im übrigen - wie unser Text zeigt, zu Unrecht - auf derogierende spätere Regelungen. Unser Text unterscheidet zum 2. Fall, dem der Weigerung von seiten der Braut, nach der Art der Geschenke; für die Brautgeschenke wird auf die konstantinische Grundregel zurückgegriffen, für die Arrhalgeschenke auf C.J. 5,1,5 (Leo et Anthemius, 472 n. Chr.): *arrarum sponsalium nomine usque ad duplum teneatur.* Das *duplum* für die Arrhalgeschenke entspricht der Funktion der *arrha sponsalicia.* Aber völlig praktisch geht der Verfasser für seine Welt, in der Frauen in die Ehe gegeben werden, nur davon aus, daß die verantwortlichen Eltern - nach dem Sachverhalt zu ergänzen: oder die Brüder oder sonstige nahe Verwandte - die Frau nicht in die Ehe geben, und eben diese Eltern auch die Arrha in Empfang genommen haben (C.J. 5,1,5,1). Die Unterscheidung der Konstitution nach Frauen *minoris aetatis* und anderen (C.J. 5,1,5 pr.) wird daher gar nicht mehr referiert.

3. Die Konstitution nennt einfach die Arrha. Unser Text grenzt sie von anderen Brautgeschenken ab, was deshalb schwierig war, weil es um die gleichen Gegenstände gehen konnte: Ring, Goldschmuck, Münzen. Arrha sind aber für den Verfasser des Rechtsbuches die Geschenke des ersten Tages, d. h. des Verlobungstages, die als Zeichen des Abschlusses des Vertrages gegeben wurden. Die weiteren Geschenke sind als «Ehrengeschenke» bezeichnet, wohl Zeichen der Zuneigung.

4. Die *interpretatio* des Rechtsbuches geht in der Darstellung des Absatzes 1 von einer Konstitution des Jahres 319 n. Chr. aus und ergänzt deren Aussage aus einer Konstitution des Jahres 472. Das zeigt erneut, daß die *interpretatio* des Rechtsbuches zur Zeit ihrer Abfassung aktuell sein wollte, genau wie jene des Breviars.

5. Die Regelung zur *arrha sponsalicia* gibt zugleich einen Einblick in ein Stück Wissenschaftsgeschichte. RICCOBONO[2] nahm an, C.J. 5,1,5 sei von Justinian bei der Aufnahme in den Codex tiefgreifend verändert worden; aus dem *quadruplum* Leos I. sei ein *duplum* geworden. Dasselbe mußte er dann auch für Schol. Sin. 6,12 annehmen; ebenso für das Syrisch-römische Rechtsbuch, das damals die Regelung nur in P, Ar und Arm überlieferte. Aber welch phantastische Idee, eine Quelle für interpoliert zu halten, die allem justinianischen Eingriff mit absoluter geschichtlicher Sicherheit entzogen war, anstatt sie als sicheren, unverdächtigen Beleg für die Echtheit des Textes in C.J. 5,1,5 und Schol. Sin. 6,12 zu nehmen!

---

[2] *Arrha sponsalicia secondo la const. 5 de sponsalibus 5,1*, Miscellanea nel cinquantesimo anno di insegnamento di F. PEPERE, Napoli 1900, 139ff., zitiert nach NALLINO, Sul libro siro-romano 222 Fn. 70 = Racc. IV 536 Fn. 1.

Kommentar zu § 86

L (ergänzt aus Fragment New York) = R III 92 = R II 133 = D 130 = R I 48 = Ar 130 = Arm 132 (129) = Georg 129

I. Das Thema der Stelle ist der Status von Findelkindern. Dabei handelt es sich um eine Paraphrase von C. Th. 5,9,1 *de expositis*, einer Konstitution Konstantins I. von 331 n. Chr.[1] Was die Konstitution im Tatbestand ganz einfach eine Kindesaussetzung nennt, wird in der Paraphrase unserer Stelle ganz ausführlich aus dem Leben beschrieben. Zumeist wurden eben «Kinder der Unzucht» ausgesetzt oder Kinder, deren Eltern diese aus Armut nicht ernähren konnten. Die bevorzugten Plätze der Aussetzung waren die Kirchen und die Badehäuser. Da es zumeist Neugeborene waren, die man aussetzte, ist mit der ersten Ernährung durch Milch wohl die Ernährung durch eine Amme gemeint.

II. Zwei Zeiten werden erwähnt, zu denen die Frage des Status anscheinend am häufigsten aufgeworfen wurden. Zum einen wird auf die Zeit der Volljährigkeit des Aufgenommenen abgestellt (Absatz 2); denn dann konnte der Aufgenommene selbst die Statusklage erheben, um seine Freiheit darzutun. Zum anderen ergab sich die Statusfrage wohl dann, wenn beim Tod des Aufnehmenden dessen Erben die Findelkinder als Sklaven zum Nachlaß ziehen wollten (Absatz 3), diese aber ihre Freiheit behaupteten. Hier zeigt sich deutlich der praktische Sinn des Verfassers.

III. Die Lösung der Rechtsfrage ist nach der Konstitution an sich einfach: Es war dem Aufnehmenden überlassen, ob er das Findelkind zum einen oder zum anderen Status aufnehmen wollte. Freilich war es ohne besondere Beweisvorkehrungen für das Findelkind nicht leicht, den Willen des Aufnehmenden nachzuweisen, es zum freien Status aufzunehmen. Der Text nennt ein Indiz, an dem man sich orientieren konnte. Zog der Aufnehmende das Findelkind wie sein eigenes Kind auf, d. h. hielt er es wie seine eigenen Kinder, die er zur gleichen Zeit hatte, so sprach alles für den Willen, dem Findelkind den Status des Freien zu gewähren. Brachte er aber z. B. das Kind im Sklavenquartier unter oder behandelte er es wie seine Sklaven sonst, so war das ein Indiz für die Wahl des Sklavenstatus. Sent. Syr. § 98 nennt einen Weg, die auftretenden Beweisschwierigkeiten zu vermeiden, die Aufnahme in den Sklavenstatus vor einem ταβουλάριος, einem öffentlichen Urkundenschreiber. Die Konstitution C. Th. 5,9,2 (Honorius et Theodosius, 412 n. Chr.) eröffnete daneben die Möglichkeit, die Kindesaufnahme und zugleich die Statuswahl vom Bischof oder von Klerikern bestätigen zu lassen.

IV. Die Aufnahme zum Freien führt nach Sent. Syr. § 77 und 98 gleichwohl noch zur Verpflichtung des Aufgenommenen, bis zum 20. Lebensjahr «Dienste» zu leisten.[2] Diese Frage wird in unserer Stelle überhaupt nicht berührt.

Zu § 86:

[1] So schon MITTEIS, Über drei neue Handschriften 57f.

[2] Vgl. SELB, Sententiae Syriacae, zu §§ 77 und 98, und M. MEMMER, Ad servitutem aut ad lupanar. *Ein Beitrag zur Rechtsstellung von Findelkindern nach römischem Recht - unter besonderer Berücksichtigung von §§ 77, 98 Sententiae Syriacae*, in: SZ 108 (1991) 21-93.

V. Die Darstellung folgt ziemlich genau dem Text der Konstitution, die mit *Quicumque puerum vel puellam ... collegerit ac suis alimentis ad robur provexerit* beginnt. Die Erklärung ist ausführlicher als die der *interpretatio* aus dem Breviar.

Kommentar zu § 87

L 92 (am Anfang ergänzt aus Fragment New York), 93 = R III 93, 94 = R II 51, 52 = V 50, 51 = D 50, 51 = R I 31, - = P 40, 41a, 41b = Ar 51, 52 = Arm 44, 45, 51 (45, 46, 52) = Georg 45, 46, 52 = N II 13 = O 186 = B «Kanon der Könige», 87, «Kanon der griechischen Könige» = I 29/11.12, vgl. I 6/12

I. 1. Zwei in allen Versionen durch deren sekundäre Zählung getrennte, aber unmittelbar aufeinanderfolgende Stellen gehören zusammen. Sie bilden einen ausführlichen Traktat zum Ehegüterrecht der Zeit Leos I., der sich um eine Leo I. selbst zugeschriebene Konstitution gruppiert. Die Absätze 1 bis 5 von § 87a bilden eine Einleitung, die Absätze 5-10 geben die Konstitution paraphrasierend wieder, § 87b bietet - geradezu als Gegenstück zu § 87a über Ehen mit Gütervertrag - eine Abhandlung über die Rechtsfolgen einer Ehe ohne Gütervertrag.

2. Die Einleitung ist ihrerseits wieder gegliedert: Auf den zentralen Hinweis, daß wir Leo I. ein Ehegüterrechtsgesetz verdanken (§ 87a Absatz 1), folgt eine theoretische *definitio*, was unter Mitgift und Eheschenkung zu verstehen ist (Absatz 2), eine Aufzählung der wichtigsten Gegenstände aus den Gütermassen (Absatz 3) und ein Hinweis auf regionale Verschiedenheiten im Verhältnis der Mitgift- und Eheschenkungshöhe zueinander (Absatz 4).

3. Ein thematisch engerer Ausschnitt aus derselben Konstitution des Leo, der auch hier ausdrücklich als Urheber zitiert wird, findet sich in § 27. Dort geht es nur um den Fall, daß die Frau in der Ehe stirbt und über ihre Mitgift zu entscheiden ist. Die Unterscheidung in Ehen mit und ohne Güterverträge wieder wird auch in § 32 aufgegriffen; dort geht es um die Frage der ehelichen Kindschaft und folgerichtig des gesetzlichen Erbrechts und des materiellen Noterbrechts. Zum Thema gehört auch noch § 115, wo am Rande auf eine Konstitution des Leo verwiesen wird, ebenso § 108, wo auf der Basis der Regelung des Leo der Fall besprochen wird, daß der Ehemann in der Ehe stirbt und über das Schicksal von Mitgift und Eheschenkung zu entscheiden ist.

4. Es gibt im Rechtsbuch einen zweiten Traktat über Ehegüterrecht, der sich auf eine oder mehrere Konstitutionen des Theodosius stützt und eine ältere Rechtsschicht beschreibt. Für einen Vergleich sei auf den Kommentar zu § 115 verwiesen. Beide Traktate zusammen geben uns einen Einblick in die im Ehegüterrecht oft sprunghaft wechselnden legislativen Versuche der Zeit zwischen Diokletian und Justinian.

II. Die Einleitung (Absätze 1 bis 4) beginnt mit einem Bericht über ein Gesetz (νόμος) des Leo. Nun kann νόμος sonst auch einfach das objektive Recht bezeichnen, etwa Juristenrecht. Hier dagegen geht es um einen νόμος, den der Kaiser «erlassen» hat, also um eine kaiserliche Konstitution. Das zeigt auch der Hinweis auf den zeitlichen Geltungsbereich der Konstitution: «von der Zeit an, zu der er (das Gesetz) erließ ... ». Der Hinweis ist zudem im Zusammenhang mit Absatz 10 zu lesen: Intertemporale

Regelungen sind nur in Reformgesetzen zu erwarten, nicht im *ius*. Vorweg sei hier bemerkt, daß uns unter dem Namen des Leo keine derartige Konstitution bekannt ist.

1. Nach der Einleitung geht es in der Konstitution um Ehen mit φερναί. Damit stellt sich uns zunächst ein terminologisches Problem. Denn hier ist wohl etwas anderes gemeint als sonst zumeist im Text, wo mit φερναί der Plural von φερνή, also Mitgiften, in Parallele zu δωρεά und δωρεαί, also Eheschenkungen, bezeichnet ist. Der Ausdruck φερναί bezeichnet hier den Ehegütervertrag, der Abreden sowohl über die φερνή als auch über die δωρεά enthält. Dieselbe Bedeutung von φερναί findet sich nochmals bei der Regelung, was mit Urkunden aus der Zeit vor Leo zu geschehen hat und ebenso in der Schlußabhandlung über den Gegensatz von Ehen «mit φερναί» und Ehen «in παῤῥησία». Dort wird sogar eine unsere Auffassung bestätigende ausdrückliche Definition für φερναί gegeben: «Dokumente zwischen Mann und Frau, die φερναί genannt werden».[1] In eventuellen lateinischen Vorlagetexten dürfte hier ein Ausdruck wie *instrumentum dotale* zu finden gewesen sein. Bemerkenswert ist dabei, daß die *scholia Sinaitica* im griechischen Text für *instrumentum dotale* das Wort προικῶον in byzantinischem Griechisch enthalten (5,9), unser Text aber stets das Wort φερναί dafür bietet, das dem Sprachgebrauch der griechischen Papyri des 3. bis 5. Jahrhunderts entspricht.

2. Ein gewichtiges inhaltliches Problem sind sogleich die «Abmachungen» dieses *instrumentum dotale*, die nach dem Prolog vom Kaiser «bestimmt» sind oder von denen es im weiteren Text einmal heißt, der Kaiser habe sie «festgesetzt». Dabei geht es nicht etwa um eine Formvorschrift zur schriftlichen Abfassung von Ehegüterverträgen. So liest aber BRUNS[2] den Text. Er meint, Leo I. habe ein Gesetz erlassen, in dem die schriftliche Aufzeichnung der Abreden über Mitgift und Eheschenkung vorgeschrieben, deren Inhalt aber der Parteienvereinbarung oder der Gewohnheit überlassen worden sei.[3] U.E. geht es nur um den Inhalt der Ehegüterverträge.

Was aber soll noch für die Abreden übrig bleiben, wenn über das Schicksal der Ehegüter doch schon durch Gesetz bestimmt ist? Die Antwort ergibt sich aus einer Vorstellung von dispositivem Recht, die wir auch heute noch ähnlich formulieren. Der Gesetzgeber hat ganz bestimmte Ordnungsvorstellungen, die seiner Meinung nach in jedem ordentlichen Vertrag stehen sollten, denen aber die Disposition der Parteien - in gewissen Grenzen des ordre public und der guten Sitten - vorgeht. Vereinbaren die Parteien aber in einer bestimmten Frage nichts, so gilt, was der Gesetzgeber sich als richtig vorstellt. Vergleichen wir damit Nov. Th. 14, so sieht der Gesetzgeber sein Ziel darin, durch seine Regelung das Richtige als Inhalt von Abreden vorzubereiten: *Officium est imperatoriae maiestatis his etiam, qui nondum nati sunt, providere et in parentum contractibus futuris quoque liberis fructum naturae debitum praeparare.* Daß die Parteien trotz des «befohlenen» Inhalts in gewissen Grenzen Dispositionsfreiheit haben, ergibt sich schon aus einem ersten Vergleich unserer Stelle mit ihrer «Vorlage» in Nov. Val. 35,8-10. Jene Regelung gilt nämlich ausdrücklich *nullis interpositis condicionibus*, d. h. für den Fall, daß die Parteien nichts vereinbart haben. Genau das hat unser Verfasser

---

Zu § 87:

[1] Zur Doppelbedeutung von φερναί hat sich schon SACHAU, Syr. RB I, 193, geäußert.

[2] BRUNS-SACHAU III 295.

[3] Zustimmend TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 111 und Fn. 69 = Op. Min. I 302.

mit seinen Formulierungen zwischen Vertrag und Gesetz seinen Hörern oder Lesern zu verdeutlichen versucht. Die «Abmachungen», auf die der Kaiser drängt, damit sie die Wechselfälle einer Ehe für das Schicksal von Mitgift und Eheschenkung einfangen, sind eben die *condiciones interpositae*. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die originale Konstitution zumindest im Prolog einen noch deutlicheren Hinweis auf das Verhältnis von Regelung und Parteiendisposition enthielt. Leider ist sie nicht im Original erhalten. Nov. Val. 35,8-10 enthält nur eine Inhaltsangabe.

Das Verhältnis von *pacta et leges* im Bereich der Dotalabreden beschäftigte übrigens schon C.Th. 3,13,2 (Julianus, 363 n. Chr.). Die Konstitution unterscheidet *retentiones* aus dem *ius* und *retentiones* aus *pacta*. Letztere müssen *legibus consentanea esse*. Die *interpretatio* dazu umschreibt das mit *cum lege concordant.* Das *ius* der *retentiones* aber soll sich nach I.Th. 3,13,2 in *Pauli sententiis* unter dem Titel *de dotibus* oder in *Pauli responsis* unter dem Titel *de re uxoria* finden.[4]

3. Unser Text beruft sich, gestützt auch noch durch §§ 27, 105 und 108, auf eine Konstitution des oströmischen Kaisers Leo. Deren Inhalt ist - wie bereits erwähnt - unter dem Namen des Leo I. weder im *Codex Iustinianus* noch in einer anderen Sammlung - ausgenommen eben in unserem Traktat - überliefert. Eine inhaltliche Parallelität aber läßt uns fragen, ob die Leo zugeschriebene Regelung nicht unter dem Namen Valentinians III. im Westen überliefert ist, in Nov. Val. 35,8-10. Diese Novelle vom 15. April 452 n. Chr., adressiert an *Firminus, praefectus praetorio et patricius*, ist sicher keine Originalkonstitution, sondern eine die Texte stark straffende Sammelpublikation mehrerer thematisch weit voneinander entfernter Konstitutionen. Nun handelt es sich bei weströmischen Konstitutionen, die in die weströmischen Sammlungen eingegangen sind, auch um jene Konstitutionen aus dem östlichen Reichsteil, die zum Zwecke der Publikation in das Westreich übersandt worden sind. Belege dafür gibt es bislang bis zur Zeit von 468 n. Chr. (NovAnth 3) für eine Novelle des Leo aus 468 n. Chr.[5] Genau diesen Weg kann die Konstitution Leos I. nicht gegangen sein, über die in den §§ 27, 87, 108 und 115 berichtet wird. Valentinian III. wurde 455 n. Chr. ermordet, Leo I. regierte von 457-474 n. Chr. Die Novelle 35 trägt jedenfalls den Namen Valentinians III.[6] und das Datum des 15. April 452 n. Chr. Und alle vier Stellen im Rechtsbuch nennen eindeutig Leo als Urheber der Regelung. Die Alternative, daß der Nachtrag zum *Codex Theodosianus* aus dem Westen stammt und im Osten erst nach 457 n. Chr. publiziert wurde, wird von Paul M. MEYER[7] deshalb verneint, weil keine Konstitution seit 432 n. Chr. in den *Codex Justinianus* gelangt sei. Doch berichtet Nov. Th. 2,3 von einer Aufforderung des Theodosius an Valentinian: *et invicem mihi et provincialibus et populis orientalibus cavenda observandaque cum suae manus adumbratione transmitti, quaecumque per idem temporis spatium vestra perennitas generaliter promulgavit.* War unsere Sammlung in Nov. Val.

---

[4] Zu den Rückverweisen auf *ius civile* vgl. E VOLTERRA, Sulla legge citazioni, in: Atti della Accademia dei Lincei, Memorie, Classe di Scienze morali, storiche e filologiche, serie VIII, vol. XXVII, Roma 1983, 185-267, hier: 189ff. = E. VOLTERRA, Scritti giuridici VI, Napoli 1994, 415-497.

[5] Vgl. L. WENGER, Die Quellen des römischen Rechts, Wien 1953, 541, Fn. 112.

[6] Zur fehlenden Nennung des Marcianus vgl. Codex Theodosianus. Vol. II: Leges Novellae ad Theodosianum pertinentes edidit adiutore Th. MOMMSENO Paulus M. MEYER, Berlin 1905 (Ndr. Hildesheim 1990), CIII.

[7] Ebenda XI.

35, nur fünf Jahre später, die Antwort des Westens an den Osten, die dort zur Sammelpublikation der gesamten Novelle unter dem Namen Leos I. führte? Es liegt nahe.

4. Die Definitionen von φερνή und δωρεά, wie sie unser Text in Absatz 2 bietet, standen sicher nicht in der Konstitution. Die Darstellungsfigur der *definitio* ist jedoch aus der Interpretationsliteratur, wenngleich bislang nur in seltenen Beispielen aus dem Breviar bekannt, demgegenüber im Rechtsbuch mehrfach zu finden.[8] Daß unser Verfasser aber für seine Hörer und Schüler in der Verdeutlichung weiter geht, als die im Breviar überlieferten *interpretationes*, hat sich schon mehrfach gezeigt. Für Schüler ist es wohl auch gedacht, wenn gleich praktische Beispiele für mögliche Gegenstände in Mitgift und Eheschenkung genannt werden (Absatz 3). Der Orient als Ursprung wird im Beispiel der Kamele sichtbar. Das Beispiel gehört allerdings nicht zur Originalversion (L), ist also erst einer sekundären Orientalisierung (in B) zu verdanken.

5. Wieder begegnet uns ein terminologisches Problem. Für die φερνή wie für die δωρεά heißt es zunächst gleichermaßen, daß ein Partner sie dem anderen zuwendet, «bringt».[9] Wo der Brauch des Westens dem νόμος des Ostens in der Höhe des Beitrags gegenübergestellt wird, heißt es einmal aber genauer, daß die φερνή «gebracht», die δωρεά aber «geschrieben» wird. In der Tat wurde die Mitgift real gebracht und allenfalls die Rückgabe «geschrieben»; die Eheschenkung aber war ein Versprechen für den Sicherungsfall, sie wurde immer nur versprochen. Das klingt noch einmal an, wenn der Verfasser für den Fall des Todes der Frau meint, daß der Mann die zugewendete Eheschenkung dadurch «nimmt», daß er sie «für sich behält», nicht etwa von den Erben der Frau herausverlangt.

6. Problematisch ist auch, wo der eigentliche Inhalt der Konstitution beginnt. Zwei Möglichkeiten kommen in Frage. Zum einen könnten bereits die Ausführungen über das Verhältnis von Mitgift und Eheschenkung zueinander schon zum Inhalt gehören. Andererseits könnte man daran denken, diese Ausführungen noch zur Einleitung zu lesen, die Paraphrase des Textes erst mit den Worten «Die Abmachungen aber, die der Kaiser festsetzte ... » beginnen zu lassen (Absatz 5). Das liegt näher.

a) Nach einer ausdrücklichen Anordnung für den «Westen», daß die φερνή und die δωρεά einander in der Höhe entsprechen müßten, hat man bisher schon gesucht, sie aber nicht gefunden. Dasselbe gilt für den «Osten» und die Relation, daß dort die δωρεά die Hälfte der φερνή ausmachen müsse. Die Regeln der verschiedenen Provinzen werden in Absatz 3 als νόμος bezeichnet. Da aber νόμος eine weite Bedeutung hat, ist aus der Terminologie nichts abzuleiten. Wo die Regeln dann aber konkretisiert werden, ist von «Gewohnheit» die Rede. Die weite Bedeutung von νόμος spricht demnach eher für örtliches Gewohnheitsrecht als für gesetzliche Regelungen, zumal differente gesetzliche Regelungen für verschiedene Provinzen wenig wahrscheinlich sind.

b) Entscheidend ist u.E., was überhaupt mit dem «Westen» und dem «Osten» gemeint ist. Sicher ist, daß wir die Ausdrücke nicht wie sonst in der west- und ostsyrischen Literatur als antiochenischen Westen und persischen Osten verstehen dürfen.[10] MIT-

[8] Vgl. schon SELB, Zur Bedeutung 234-236.

[9] Vgl. schon SELB, Zur Bedeutung 131.

[10] Vgl. dazu Peter KAWERAU, Die jakobitische Kirche im Zeitalter der syrischen Renaissance, Berlin 1960, 14, 25 Fn. 147, 27 Fn. 148.

TEIS[11] dachte beim Westen zunächst an den Okzident; darin folgt ihm Alfred MANIGK unter Berufung auf Nov. Mai. 6,9.[12] Später meinte MITTEIS,[13] gefolgt von SACHAU[14] und NALLINO,[15] daß der «Westen» Kleinasien und die «Stadt des Reiches» Konstantinopel seien, wie Arm 45 es interpretiert.[16] Sicher ist, daß der Hinweis auf Ost und West nicht in der Konstitution stand, sondern auf einer externen Information des Verfassers des Traktats beruht. Damit dürfen wir nicht von vornherein die offizielle rechtliche Vorstellung von Ostrom und Westrom darunter vermuten, sondern eher die eigene Vorstellung eines Orientalen, der das byzantinische Ostreich wahrscheinlich von Antiocheia in Syrien aus gesehen noch einmal aufgliedert.[17]

c) Eine Hilfe ist letzlich auch nicht, was Nov. Val. 35,9 an Information bietet. Es heißt dort: *Pars vero feminae tantum dare debebit quantum sponsalibus maritus intulerit, ut dantis et accipientis sit aequa condicio, ne placita futuraque coniunctio uni lucrum, alteri faciat detrimentum.* Die Frauenseite mußte demnach als *dos* genausoviel geben wie der Mann als Eheschenkung einbrachte. Es ging nicht etwa um die gleiche Lukrationsquote wie in C.J. 5,14,9 (Leo et Anthemius, 468 n. Chr.) und in C.J. 5,14,10 (Justinian). Das meint unser Rechtsbuchtext und das zeigen ganz deutlich auch die vom Verfasser gegebenen Beispiele. Als in Westrom publizierte oströmische Reformregelung Leos I. hätte sie aber das ganze Ostreich erfaßt und dort keinen Raum mehr für lokales Brauchtum gelassen. Im Osten ist es erst Justinian, der in Nov. Just. 97,1 die gleiche Höhe von *dos* und *donatio* bei der Bestellung vorschreibt, weil er sieht, daß die bisher verordnete Gleichheit der Lukrationsquoten bei verschiedener Höhe der *dos* und *donatio* ohne Wirkung bleibt. Justinian fügt seinem Reformgesetz in NovJ 97,1 aber ausdrücklich zu, daß er damit die Gleichheit der Höhe *in omni dicione* verordne. Zwei Schlußfolgerungen sind möglich: Entweder gab es vor seiner Zeit unterschiedliche gesetzliche Regelungen im Ost- und Westreich, was Nov. Val. 35,9 als ausschließlich weströmische Regelung erklären würde, oder es gab auch im Ostreich eine Region («der Westen» unseres Textes), in der eine Regel wie in Nov. Val. 35,9 - eventuell kraft Übernahme durch Leo - galt. Die erste Deutung würde nicht ausschließen, daß es im Ostreich regional unterschiedliches Brauchtum gab. Einen Hinweis könnte uns eine justinianische Konstitution aus 527 n. Chr. geben: C.J. 5,3,19 pr.-3. Sie geht von der unbestrittenen Möglichkeit aus, die *dos* während der Ehe zu erhöhen und erörtert das Problem, ob dann auch die *donatio ante nuptias* in gleichem Maße erhöht werden dürfe, obwohl an sich (bis zu C.J. 5,3,20 von 531-533) das Schenkungsverbot während der Ehe galt. Die *donatio* durfte erhöht werden. Das setzte aber eine Praxis voraus, die an sich auf die

---

[11] Reichsrecht und Volksrecht 291ff.

[12] MANIGK, Bespr. zu Sachau, Syr. RB 397.

[13] Über drei neue Handschriften 38.

[14] Syr. RB I 187.

[15] Sul libro siro romano 224 = Racc. IV 538 und Παῤῥησία e nozze senza scrittura 65ff. = Racc. IV 309ff.

[16] Im 13. Jh. schreibt der Syrer Barhebraeus wohl zutreffend: «Und im Westen, das heißt im Gebiet von Konstantinopel, ... Im Osten aber und im Gebiet von Antiocheia ... » (vgl. Band II 385).

[17] Eine *interpretatio triplex* erwägt SACHAU, Syr. RB I 187: Ostrom-Westrom, Syrien-Kleinasien, Persien-Westsyrien.

gleiche Höhe von *dos* und *donatio ante nuptias* achtete. Und selbst die ausdrückliche Ausnahme der *donatio ante nuptias* als *donatio propter nuptias* (§ 8) vom Schenkungsverbot während der Ehe galt nur, wenn die *donatio ut dotis quantitatem non excedant* (§ 5) oder *ut aequis passibus utraque ambulet tam dos quam donatio* (§ 6) umfaßte.

III. Bislang gewinnt man aus der romanistischen Literatur den Eindruck sprunghafter und in den Quellen nicht vollständig dokumentierter Entwicklung des Ehegüterrechts des 4. und 5. Jh. n. Chr. Für die Einordnung unserer Stelle ist daher die vorläufige Identifikation mit einer leonischen, vielleicht in Nov. Val. 35,8-10 nur fragmentarisch erhaltenen Konstitution inhaltlich weiter zu verfolgen.

1. Der Aufbau der Absätze 6-10 unseres Textes gliedert sich wie folgt:

a) Schicksal der Ehegüter, wenn der Mann die Frau ohne ihr Verschulden verstößt.

b) Schicksal der Ehegüter, wenn die Frau den Mann ohne sein Verschulden verläßt.

c) Schicksal der Ehegüter, wenn der Mann in der Ehe stirbt.

d) Schicksal der Ehegüter, wenn die Frau in der Ehe stirbt.

e) Intertemporale Regelung für den Fall, daß die Ehegüterverträge aus der Zeit vor dem Erlaß der Reformkonstitution Leos I. stammen.

Zu einer vollständigen Regelung fehlen - parallel zu a) und b) - die Fälle, daß sich ein Ehegatte dem anderen gegenüber vergeht. Hier ist der Traktat zur theodosianischen Regelung in § 115 vollständiger.

2. Das Schicksal von *dos* und *donatio ante nuptias* beim Tod des Ehemannes ist die erste mögliche Parallele der Nov. Val. 35,8-10 und des Rechtsbuches. Weder die Konstitution selbst noch die inhaltlich etwas weiter reichende *interpretatio* dazu aus den westgotischen Sammlungen noch unsere Stelle bieten freilich insoweit ein volles System, sondern in verschiedener Weise fragmentarische Aussagen. Grundfall ist, daß der Ehemann stirbt und ihn seine Ehefrau überlebt. Als Varianten kommen nun in Betracht, daß die Eltern des Vaters noch leben (oder zumindest ein Elternteil) und daß aus der Ehe Kinder hervorgegangen sind und noch leben. Alle Aussagen sind wieder vor dem Hintergrund zu lesen, daß sowohl eine φερνή als auch eine δωρεά bestellt worden ist. Folgende Systemaussagen erwartet man demnach:

a) Die Eltern des verstorbenen Ehemannes leben noch; aus der Ehe sind Kinder vorhanden. Dieser Fall wird weder für das Schicksal der φερνή noch für das der δωρεά in unserer Stelle oder in einer der oben genannten Quellen behandelt.

b) Die Eltern des verstorbenen Ehemannes leben noch; aus der Ehe sind keine Kinder vorhanden. Die gesamte φερνή soll nach unserer Stelle an die überlebende Ehefrau fallen. In der Novelle Valentinians ist von der *dos* nicht die Rede; hier konnte sich der Gesetzgeber auf frühere Konstitutionen zurückziehen (§ 8: geregelt wird, *quae anterioribus constitutis non sunt evidenter expressa*), nicht aber ein Traktatverfasser. Weiter soll die Hälfte der δωρεά an die Eltern des Mannes fallen (Novelle und *interpretatio*), die andere Hälfte an die überlebende Frau. Unser Text behandelt den Fall nicht.

c) Der Fall, daß auch die Eltern des Ehemannes tot sind und Kinder vorhanden sind, wird nirgends behandelt.

d) Waren die Eltern des Ehemannes tot und keine Kinder vorhanden, so sollte nicht nur die ganze φερνή, sondern wohl auch die halbe δωρεά an die Frau fallen. Zur Mitgift

finden wir diese Aussage in der *interpretatio*, obwohl der Gesetzestext selbst keinen Anlaß dazu gibt. In unserer Stelle ist das genau die Aussage des Absatzes 8. Die Lösung für den Anfall der δωρεά steht in der Novelle und in der *interpretatio*, ebenso in der bearbeiteten Version unserer Stelle (R II, V, D, P, R I). In den Fassungen von L und R III, die an sich als ursprünglicher anzusehen sind, soll sie dagegen die *ganze* δωρεά bekommen. Auch hier läßt sich keine sichere Entscheidung über die ursprüngliche Lesart treffen. Da kurz vorher von der «ganzen Mitgift» die Rede war, könnte in L versehentlich aus der «halben δωρεά» eine »ganze δωρεά» geworden sein. Ein versehentlicher Wechsel in den bearbeiteten Versionen von «ganze δωρεά» zu «halbe δωρεά» wäre vom Kontext her weniger gut nachzuvollziehen. Auch unter rechtsgeschichtlichen Gesichtspunkten ist die Lesart «halbe *donatio*» vorzuziehen. Es wäre mehr als seltsam, wenn Leo I. aus der Novelle Valentinians III. gerade diese Teilaussage nicht übernommen hätte.

e) Weiter ist der Vorrang der *condiciones interpositae* ein Problem. Es wird für den Fall des Todes des Mannes nirgends behandelt, was zu geschehen hat, wenn die Parteien andere Abreden getroffen haben, als sie das dispositive Recht verfügte.

3. Das Schicksal von *dos* und *donatio ante nuptias* beim Tod der Ehefrau, während der Ehemann überlebt, ist der nächste Grundfall. Er wird insgesamt weit dichter in seinen Varianten abgehandelt als der Fall, in dem der Ehemann stirbt.

a) Leben die Eltern der Frau und sind Kinder aus der Ehe vorhanden, so bleibt die δωρεά beim Mann. Diese Aussage findet sich nur in unserer Stelle. Die Novelle befaßt sich nur mit folgendem Problem: Die φερνή muß der Mann zur Hälfte an die Eltern (Vater) der Frau herausgeben. Dem folgt auch die *interpretatio*. Unsere Stelle formuliert dasselbe Ergebnis wieder von der anderen Seite: Der Ehemann nimmt die Hälfte der *dos* für sich. § 27 bietet demgegenüber dieses Ergebnis von beiden Seiten. Doch wird aus § 27 deutlich, daß der Ehemann diese eine Hälfte der *dos* «im Namen der Kinder» erhält. In unserer Stelle ist dasselbe bei der kurzen Formulierung hinzuzudenken, weil der Verfasser nicht differenziert. In der Novelle und der *interpretatio* dazu findet sich dieselbe Einschränkung in § 10.

b) Nach unserer Stelle gilt das auch, wenn die Frau keine Kinder hat. Der Mann behält die ganze δωρεά und die halbe φερνή. Nun aber behält er die Hälfte der Mitgift zu freiem Eigentum für sich, nicht nur «im Namen der Kinder». Die andere Hälfte der *dos* fällt an die Eltern der Frau. Die δωρεά behält der Mann nach unserer Stelle ganz, während sich in der Novelle wie in der *interpretatio* keine Aussage dazu findet.

c) Sind die Eltern der Frau aber gestorben und Kinder der Frau vorhanden, so fällt die φερνή gänzlich an den überlebenden Ehemann. Unsere Stelle enthält dazu keine Aussage, wohl aber die Novelle in § 10 und die *interpretatio* dazu. Die Hälfte der *dos* bekommt der Ehemann danach, um sie für die Kinder zu verwalten, die andere Hälfte, um sie auf die eigene Lebenszeit zu nutzen. Bestätigt wird der Anfall einer Hälfte an die Kinder noch durch das Recht der Frau, zu ihren Lebzeiten über diese Hälfte zugunsten dieser Kinder zu verfügen; so unsere Stelle in Absatz 9 und die *interpretatio* zur Novelle: *si marito superstite intestata defecerit.* Der Interpret aus unserer Stelle bringt damit auch noch das Problem des materiellen Noterbrechts herein: Eine Frau, die Kinder hat, darf zwar letztwillig über die *dos*-Hälfte verfügen, ist in der letztwilligen Verfügung aber inhaltlich nicht frei. Eine Aussage zum Schicksal der δωρεά fehlt überall.

d) Sind die Eltern der Frau tot und fehlt es an Kindern, so erhält der Mann beide Gütermassen zur Gänze. Zwar enthält die Novelle selbst dazu keine Aussage, doch ergänzt schon die *interpretatio* die Aussage in dieser Weise. Der Interpret in unserer Stelle läßt über die Testierregel erkennen, daß die Frau ohne Kinder das volle Recht zur testamentarischen Verfügung über einen Halbteil der *dos* hat, der somit ihr selbst zusteht. Die Konsequenz für den Fall, daß die Frau nicht testamentarisch über diesen Teil der *dos* verfügt, wird nicht ausgesprochen. Wird sie *ab intestato* beerbt oder fällt der Halbteil an den Mann wie in der *interpretatio* zur Novelle? Hier mögen die Meinungen der Interpreten auseinandergegangen sein. Eine gewisse Parallelität zur δωρεά spricht für die letzte Lösung; der weströmische Interpret der Novelle hat wohl nur an den Fall der *ab intestato* verstorbenen Ehefrau gedacht und den Mann als nächsten Erben angesehen.

e) Bereits aus c) und d) wird klar, daß das Testierrecht der Ehefrau über eine Hälfte der *dos* gegenüber dem Anfall an den Ehemann oder die Intestaterben Vorrang hat.

f) In jedem Fall wird hier aus dem Text der Novelle klar, daß wenigstens bei der φερνή die Bedingungen des Ehegütervertrages Vorrang vor der gesetzlichen Regelung haben. Vom System her gesehen, mußte das auch für die δωρεά gelten.

4. Unsere Stelle, nicht aber die Nov. Val. 35, bietet eine Aussage auch für den Fall, daß der Mann seine Frau, ohne daß er ihr einen Schuldvorwurf machen konnte, verstieß: Die Frau ist nun genau in der Situation, in der ihr zu ihrer Versorgung φερνή und δωρεά zur Gänze zukommen müssen. Woher stammt diese Aussage? Da der Verfasser nicht differenziert, müssen wir ihm darin vertrauen, daß auch diese Aussage auf Leo zurückzuführen ist. C.J. 5,17,8,5 (Theodosius et Valentinianus, 449 n. Chr.) faßt die Lösung vom Mann aus gesehen kurz zusammen: *dotem redhibeat et ante nuptias donationem amittat*. Zusammen mit dem Gegenfall, der unter 5. zu behandeln ist und in C.J. 5,17,8,4 angeführt wird, ist die Aussage Teil einer auf *Theodosius et Valentinianus* zurückgeführten neukomponierten Konstitution, die zum Teil auf Nov. Th. 12 zum Scheidebrief (439 n. Chr.), zum Teil auf eine andere Konstitution zurückgeht, die von 449 n. Chr. stammte. Es bleibt nur die Vermutung, daß Leo in seiner Nov. Val. 35 übernehmenden Konstitution auf jene ältere Regelung verwiesen hat, die folglich dann auch nicht mehr publiziert werden mußte. Der Interpret aber, der einen umfassenden Traktat verfassen wollte, mußte die Fälle aufgreifen.

5. Unsere Stelle bietet allein auch eine Regelung für den Fall, daß die Frau den Mann verließ, ohne daß dieser ihr durch ein Verschulden einen Anlaß dazu geboten hatte (Absatz 7). Die Folge war, daß die Frau - spiegelbildlich zu 4. - beide Gütermassen verlor. Die Aussage könnte aus C. J. 5,17,8,4 stammen. Daß die Frau den schuldlosen Mann verließ, bedeutete eben ihr Verschulden. Dennoch handelt der Verfasser unseres Traktats nicht weiter von den Fällen der verschuldeten Scheidung. Wir werden darauf an anderer Stelle noch einmal zurückkommen.

6. In der Stelle § 115, die noch besonders besprochen wird, finden wir einen Traktat über eine Güterrechtsregelung des Theodosius II. Sie wird in Absatz 10 als die «früheren Gesetze» dem jüngeren des Leo gegenübergestellt. BRUNS[18] und SOLAZZI[19] fanden es sonderbar, daß beide Regelungen nebeneinander aufgenommen wurden. War das eine

[18] BRUNS-SACHAU III 266.

[19] La restituzione della dote 315.

Gedankenlosigkeit des Kompilators? Oder war es, wie MITTEIS[20] meinte, ein Mangel an Umsicht? Oder war es, mit PARTSCH[21], eine Reaktion des am hellenistischen, theodosianischen Recht hängenden Verfassers gegen das von ihm abgelehnte leonische Gesetz? Allein schon die falsche Annahme von einem Spiegel geltenden Rechts spricht gegen diese Theorien.[22] Wir finden übrigens auch in den Codices ständig altes und neues Recht nebeneinander. Noch mehr aber spricht dagegen, daß das Rechtsbuch einen guten Anlaß hat, älteres und neueres Recht nebeneinander anzuführen, ein Anlaß, der sich in jedem Güterrechtsgesetz finden könnte.

Das Gesetz des Leo I. enthält nämlich neben inhaltlichen Regelungen auch eine Verweisung auf andere inhaltliche Regelungen, eine Verweisung, die wir im heutigen Sprachgebrauch als intertemporales Recht[23] bezeichnen würden. Jedes Reformgesetz stand vor der Frage der Anwendung auf Verhältnisse, insbesondere Urkundeninhalte, die unter der Herrschaft einer älteren Regelung entstanden waren. Schon die Einleitung zum leonischen Gesetz wies auf seine Geltung *ex nunc* hin, schloß also eine Anwendung auf ältere Verhältnisse, nämlich früher geschlossene Ehen und Ehegüterverträge, aus. In der intertemporalen Regelung wird nun festgehalten, daß die Entscheidungen das jeweilige Recht, das die φερναί bei ihrer Entstehung beherrschte, heranziehen sollten.[24] Soweit man sieht, ist diese Regelung im Rechtsbuch für das römische Recht einzigartig. In der justinianischen Sammlung waren solche Übergangsregelungen aus aufgenommenen älteren Konstitutionen durch Zeitablauf überflüssig geworden. Stattdessen finden wir nun eine ähnliche Übergangsregelung für die justinianischen Reformen in C. J. 5,13,1,16c.

IV. Ehen ohne φερναί im Sinne von Ehegüterrechtsverträgen und damit ohne die Bestellung von φερναί und δωρεαί im Sinne von Mitgiften und Eheschenkungen wurden schon in § 32 beurteilt. Dort ging es freilich nur um eine Vorfrage für die Frage der ehelichen Kindschaft, hier dagegen stehen die Ehen mit und ohne φερναί nach dem νόμος oder Brauchtum verschiedener Völker direkt zur Beurteilung. Die Frage, wie sich unsere Quelle zu dem νόμος und dem Brauchtum der verschiedenen Gegenden des römischen Reiches stellt, ist dabei zu einer ganz zentralen Frage der geschichtlichen Einordnung unserer Quelle geworden. MITTEIS[25] hat sie am deutlichsten formuliert, wenn er meinte, daß sich hier wie sonst zeige, wie erfolglos der «Kampf» des römischen Reichsrechts gegen die Gewohnheiten des Orients gewesen sei. Die reichsrechtliche Maxime, daß nicht die *tabulae nuptiales* eine Ehe ausmachten, habe sich letztlich doch nicht durchgesetzt. Vor Jahren schon hat SELB dem entgegengesetzt, daß die *Constitutio Antoniniana* vom Jahre 212 n. Chr. allein bewirkte, daß jetzt nur häufiger als in der Zeit vorher dem römischen Recht fremde, volksrechtlich geprägte Fakten zur Beurteilung nach Reichsrecht anstanden.[26]

---

[20] Reichsrecht und Volksrecht 248 Fn.1

[21] PARTSCH, Neue Rechtsquellen 376ff., 380

[22] Vgl. schon SELB, Zur Bedeutung 105f.

[23] Vgl. unten zu § 130. Zustimmend zum intertemporalen Recht YARON, Syro-Romana 132.

[24] Dazu sei auf SELB, Zur Bedeutung 106ff., verwiesen.

[25] Reichsrecht und Volksrecht 218.

[26] SELB, Reichsrecht und lokale Eheschließungsformen 99ff.

1. In § 32 waren nebeneinander Kinder aus Verbindungen mit und ohne φερνή zu beurteilen, ob sie eheliche Kinder seien. Der Verfasser beurteilte am Fall die Verbindung mit φερνή als Ehe und die Kinder daraus als eheliche Kinder. Die Verbindung ohne φερνή beurteilte er als Konkubinat und die Kinder daraus als uneheliche Kinder. In der vorliegenden Stelle befaßt er sich zunächst nur mit Verbindungen mit φερνή, die er ganz selbstverständlich als Ehen behandelt. Dann aber informiert er darüber, daß diese Betrachtung nicht die allein mögliche sei; es gebe nämlich Verschiedenheiten des Brauchtums bei der Begründung einer Ehe, und für den νόμος sei allein das jeweilige Brauchtum maßgebend, ob eine Ehe begründet sei oder nicht. Der νόμος ist also das römische Recht, dessen Standpunkt außerhalb, ja über den zitierten regional oder personal maßgeblichen Bräuchen liegt. Wo wir das jeweilige Brauchtum finden, ist nicht angegeben.[27]

2. Die Stellen § 32 und § 87 sind in der Literatur viel besprochen. Der Dualismus einer Ehe mit und ohne schriftlichem Ehegütervertrag hat zu mannigfachen Hypothesen angeregt. BRASSLOFF[28] fand die schon für Ägypten zu Unrecht[29] festgestellte Unterscheidung von ἄγραφος γάμος und ἔγγραφος γάμος nun auch im syrischen Bereich. Damit legte er der Verbindung ohne φερναί in § 32 den Charakter einer Ehe minderen Rechts bei.[30] Die Kinder aus der schriftlosen Ehe sind damit für ihn ebenfalls eheliche Kinder, was bei § 32 in den gequälten Versuch mündet, diese mindere Ehelichkeit zu verneinen, wenn Kinder aus beiden Arten von «Ehe» miteinander konkurrierten. Daß die testamentsrechtliche Pointe der Stelle § 32 erschlagen wird, wenn es nicht um das Nebeneinander legitimer und illegitimer Kinder geht, wird nicht bemerkt. Außerdem zeigt unsere Stelle § 87 unzweifelhaft, daß Ehen mit φερναί und Ehen in παῤῥησία Einrichtungen verschiedener Regionen sind, nicht institutionell nebeneinander im gleichen Raum und in demselben Brauchtum gesucht werden dürfen. PARTSCH[31] ist BRASSLOFF gefolgt. MITTEIS[32] hat die These übernommen, soweit er im Rechtsbuch ein Analogon zum angeblichen ägyptischen Dualismus findet. Arnold EHRHARDT[33] nennt die Verbindung unserer Texte mit dem ἄγραφος γάμος eine reine Hypothese. Entschiedener und begründeter Widerspruch aber findet sich erst bei NALLINO.[34]

Was aber war dann die Ehe in παῤῥησία? BRUNS[35] sah darin eine Anspielung auf das römische *consensus facit nuptias*; was aber der Darstellung als Brauchtum, der dem

---

[27] Zur Sitte der Ehe mit Dotalurkunden vgl. SELB ebenda 105 und Fn. 41.

[28] Zur Kenntniss des Volksrechtes in den romanisirten Ostprovinzen des römischen Kaiserreiches, Weimar 1902, 73ff.

[29] Vgl. H. J. WOLFF, Written and unwritten marriages in hellenistic and postclassical Roman law, Haverford, Penns. 1939.

[30] AaO 70ff.

[31] PARTSCH, Neue Rechtsquellen 389f.

[32] Neue Rechtsurkunden aus Oxyrhynchos, in: AfP 1 (1901) 343-354, hier: 345ff.

[33] Παῤῥησία, in: Symbolae Friburgenses in honorem O. Lenel, Leipzig (1935), 80-107, hier: 86.

[34] Παῤῥησία e nozze senza scrittura 58ff. = Racc. IV 301ff.
Vgl. auch neuerdings Gian Luigi FALCHI, Matrimonio «*cum scriptis*» e «*sine scriptis*» nel Libro siro-romano di diritto, in: SDHI 61 (1995) 875-887, der allerdings die handschriftlichen Gegebenheiten nicht berücksichtigt, vor allem der sekundären Version P zu große Bedeutung beimißt, und damit teilweise zu unzutreffenden Ergebnissen kommt.

[35] BRUNS-SACHAU III 267f.

römischen νόμος zur Beurteilung gegenübersteht, sicher widerspricht. MITTEIS[36] deutete sie als mündliche Ehe in Antithese zur Schriftehe; das sagt nicht viel. BRASSLOFF[37] übersetzt «in παῤῥησία» mit *publice, palam*, so daß der ἄγραφος γάμος geradezu eine öffentliche Form bekam. EHRHARDT[38] verstand *libertas, licentia* darunter; der Sinn bleibt dunkel. Ähnlich ist es bei PETERSON[39], der zur Bedeutung von «Vertraulichkeit», «vertrauter Umgang» kommt. Die *libertas* dann als *manus*-freie Ehe zu deuten, wurde schon von Hans Julius WOLFF zurückgewiesen.[40] NALLINO[41] befaßte sich am gründlichsten mit παῤῥησία und las es als «Vertrauen» *(familiaritas)*. YARON[42] fand zurück zu «öffentlich».

3. Allein die Deutung bei NALLINO führt mit leichter Abwandlung weiter. Die Ehe «in» παῤῥησία ist geradezu auf Treu und Glauben[43] eingegangen, weil es der Frau hier an den finanziellen Sicherungen gegen die Wechselfälle des Ehelebens, insbesondere an einer Sicherung gegen die Verstoßung durch den Mann fehlt. Diese Sicherung besteht nicht in der Schrift selbst, sondern allein in deren sichernden Inhalt. Demgemäß sagt unsere Stelle dann auch ausdrücklich, was der Frau droht, wenn ihr «Ereignisse zustoßen», obwohl ihre Ehe eine gültige Ehe ist, nicht anders als eine Ehe mit φερναί: Sie ist ohne finanzielle Sicherheit. Die παῤῥησία ist also gar keine eigenständige Eheform, als die man sie bisher gelesen hat. Sie bedeutet nur das Fehlen aller finanziellen Sicherung durch die im Ehevertrag sonst zu findenden Abreden über Mitgift und Eheschenkung.[44] Die Ehefrau war hier dem Mann auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

Die möglichen positiven Elemente des Vorganges der Eheschließung in παῤῥησία, das eigentliche Brauchtum zur Eheschließung werden daneben nur angedeutet, die Krönung und die Heimführung.[45] Und es darf uns nicht entgehen, daß zur Ehe mit φερναί überhaupt nichts dazu bemerkt ist, welche Formen der Eheschließung neben dem Abschluß des Ehegütervertrages sonst noch üblich sind. Die «vielen Völker», die sich nicht der φερνή bedienten, hatten wohl auch ganz verschiedene Bräuche der Eheschließung.

4. Der Beurteilungsstandpunkt, von dem aus die Gesetzlichkeit der Ehen aus so verschiedenen Regionen betrachtet wurde, liegt auf jeden Fall außerhalb aller anzutreffenden Bräuche der Regionen. Es ist der übergeordnete Standpunkt des römischen νόμος. Nur darin besteht die juristische Problematik der Berührung von römischem Recht und «Volksrecht».[46] Das Ergebnis ist klar: Ehen mit Dotalinstrument werden genauso aner-

---

[36] Reichsrecht und Volksrecht 226.

[37] AaO 82.

[38] AaO.

[39] Zur Bedeutungsgeschichte von παῤῥησία, in: FS für R. Seeberg I 1929, 284ff.

[40] AaO 83ff.

[41] Παῤῥησία e nozze senza scrittura = Racc. IV 301ff.

[42] Syro-Romana 148f.

[43] NÖRR, Bespr. zu Selb 566 Fn. 10, lobt SELB zu Unrecht für die Eleganz der von BRASSLOFF vertretenen und unhaltbaren These *(publice)*.

[44] Die von B. ALBANESE, Le persone nel diritto privato romano, Palermo 1979, 94 und 104, angenommene erbrechtliche Benachteiligung der Frau ohne φερναί gibt es nicht. Es geht nur um eine selbstverständliche tatsächliche Folge der fehlenden Sicherung.

[45] Vgl. dazu für den Bereich der syrisch-orthodoxen Kirche SELB, Orient. Kirchenrecht II 258.

[46] So schon SELB, Reichsrecht und lokale Eheschließungsformen 112.

kannt wie Ehen ohne Dotalinstrument. Was eine Ehe war, mußte sich für den römischen Juristen aus den ihm geläufigen Indizien für einen Ehewillen ergeben. Demgemäß sind die Quellen zahlreich, in denen sich römische Juristen gegen die Auffassung aussprachen, die *tabulae nuptiales* seien die einzigen Indizien für einen Ehewillen, und auf andere mögliche Indizien verwiesen.[47] Wo freilich die φερναί so eingeführt waren, daß ohne sie nach der Vorstellung der Ehepartner und ihrer Umgebung ein Zusammenleben ohne φερναί nur ein Konkubinat war, konnte auch der römische Jurist nicht umhin, den Ehewillen zu verneinen und ein Konkubinat anzunehmen. Und wo im Sinne von C. Th. 3,7,3 = C. J. 5,4,22 *pompa etiam aliaque nuptiarum celebritas omittatur*, war auch nach der Meinung des römischen Juristen keine Ehe gegeben, wenn sich der Ehewille nach der Ortssitte ausschließlich *in pompa* und *celebritas* manifestierte und andere *indicia* für einen Ehewillen regional nicht zur Debatte standen. Der römische Jurist lehnt keine ihm fremde Form ab und er erkennt keine ihm fremde Form rechtlich an; er qualifiziert sie nur vor dem Hintergrund der römischen Frage nach dem Ehewillen.

Kommentar zu § 88

L 94, 95 = R III 95, 96 = I -, 48/8

I. 1. Es handelt sich um einen Traktat zum Thema «Testamentseröffnung» bei einem Siebenzeugentestament. Die Darstellung ist überaus detailliert und bietet dazu ganz präzise Wortformulare für die bei der Testamentseröffnung erforderlichen Handlungen und Erklärungen aller Beteiligten. Es ist nur erstaunlich, daß der Text bislang unverwertet geblieben ist; bei KASER[1] ist er zum Thema der Testamentseröffnung nicht einmal erwähnt. Die Einleitung zum Traktat berichtet zunächst über das Siebenzeugentestament. Und sie gibt den für uns überaus wichtigen Anlaß zur förmlichen Testamentseröffnung wieder, daß nämlich die Legatare Gewißheit über die Legate und die Sklaven Gewißheit über ihre Freilassung haben wollen.

2. Der Traktat gliedert sich in drei Teile. Am Beginn wird der Regelfall behandelt: Der Testamentsverfasser und damit die Zeugen waren bzw. sind gleichermaßen dort zu Hause, wo der Erbe lebt und das Testament eröffnen lassen muß (§ 88a Absätze 1-6). Es folgt der Fall, daß das Testament an einem Ort errichtet worden ist, von dem die Zeugen nicht oder nicht leicht zum Ort gebracht werden können, wo sich der Erbe und das Testament befinden (Absätze 7-9). Schließlich geht es um Testamente armer Leute, deren geringwertiger Nachlaß die Unkosten einer förmlichen Testamentseröffnung nicht wert ist (§ 88b). Die Textüberlieferung führt den letzten Teil als eigenen Paragraphen. Die Abtrennung aber ist schon deshalb willkürlich, weil sich bei der Erwähnung der Kosten ein ausdrücklicher Rückbezug auf die Fälle förmlicher Testamentseröffnung vor dem städtischen ἀρχειώτης findet.

---

[47] Hier darf auf SELB, ebenda 99ff., 113ff., verwiesen werden.

Zu § 88:

[1] RP II 484f. (§ 283 V).

II. 1. a) Die Beschreibung der Vorgänge und der Muster der dabei abzugebenden Erklärungen der Beteiligten ist so plastisch, wie wir sie nur noch einmal - freilich nicht berichtend, sondern angewandt - in der ravennatischen Urkunde FIRA III 175ff. über die Testamentseröffnung, mit der wir uns noch auseinandersetzen müssen, finden. Schon BRUNS[2] hat gesehen, daß die in unserer Stelle angeführten Organe der Stadt nicht denen der höheren Reichsverwaltung entsprechen. Unsere Organe müssen wir jedenfalls in der Stadt einer griechischsprachigen Provinz suchen. Und die Verweisung in einem Reskript des Valerian aus 256 n. Chr. (C.J. 6,32,2) auf die *mores locorum* zur Form der Testamentseröffnung dürfte weniger Varianten der von der Sache her doch einheitlich gebotenen Vorgänge und Erklärungen als gerade die örtlichen Zuständigkeiten betreffen.

b) Die sachliche Zweckmäßigkeit der Vorgangsweise ist kaum zu bestreiten: Für den Nachweis der Echtheit des Testamentes war es wichtig, daß die bei der Eröffnung noch verschlossen und versiegelt vorliegende Testamentsurkunde (Nov.Th. 16 = C.J. 6,23,21 pr.: *signatam vel ligatam vel tantum clausam ... scripturam*) zumindest von einem Teil der ehemaligen Testamentszeugen inspiziert wurde, daß diese ihre eigenen Signaturen und Siegel wie die ihrer Kollegen für echt und unversehrt erklärten, daß gerade sie unter behördlicher Aufsicht die Verschlußfäden lösten und damit das Testament öffneten, daß die Öffnung von den Zeugen auf dem Original des Testaments vermerkt wurde, daß die Abschriftnahme vom ἀρχειώτης auf dem Original notiert wurde und daß die beglaubigte Abschrift anschließend in das Archiv aufgenommen und so öffentlich zugänglich wurde, während der Erbe das Original wieder an sich nahm.[3] Er hatte es nach der Vorstellung des Verfassers unseres Textes vorher im Besitz, es war nicht etwa öffentlich hinterlegt. BRUNS vermißt im Vorgang eines zu Unrecht, nämlich die öffentliche Rezitation des geöffneten Testaments *(publica recitatio)*. Sie wird zwar erst im zweiten Teil des Textes erwähnt (Absatz 9), doch besteht kein Anlaß anzunehmen, sie sei im Regelfall der Eröffnung unterblieben. Der Vergleich mit anderen römischen Quellen ist insgesamt weit frappanter, als man es nach BRUNS annehmen würde.

2. a) BRUNS erörtert nicht den Anlaß zur förmlichen Testamentseröffnung im Drängen der Legatare und Freigelassenen. Das ist aber deshalb wichtig, weil das Thema der Stelle präziser im Nachklang zum klassischen *interdictum de tabulis exhibendis* zu sehen ist. Dessen Funktion war es, den privaten Interessen aller im Testament Bedachten zu nützen, im Unterschied[4] zum *Edikt testamenta quemadmodum aperiantur inspiciantur et describantur*, das vielleicht im Gefolge der *lex Iulia vicesimaria* über die Erbschaftssteuer entstand. Um das letztere geht es hier nicht. Vergleiche mit der bekannten ägyptischen Praxis zum Erbschaftssteuerrecht[5] sind daher nur in Grenzen möglich. Der Kommentar Ulpians zu dem privaten Interessen dienenden Edikt *de tabulis exhibendis* klingt in unserem Text an; dort ist in D. 43,5,1,7 das Interesse des Sklaven - Freigelassenen -, über das Testament und dessen Eröffnung seinen Status zu erfahren, und in D. 43,5,3,13-15

---

[2] BRUNS-SACHAU III 269f.

[3] Letzteres nimmt schon BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 271 an.

[4] Vgl. dazu KASER, RP II 484.

[5] Vgl. R. TAUBENSCHLAG, The law of Greco-Roman Egypt in the light of the papyri, Warsaw 1948, 203f.; DERS., Die Geschichte der Rezeption des römischen Privatrechts in Aegypten, in: Studi Bonfante I (1930) 367-440, hier: 394 Fn. 167-173 = Op. Min. I, 181-289, hier: 220 Fn. 167-173.

das Interesse des Legatars, das Legat zu erfahren, anerkannt. Unser Text steht also in der Tradition des Edikts *de tabulis exhibendis*, zu dem es noch einen Codextitel (C.J. 8,7) *de tabulis exhibendis* gibt.

b) Im Regelfall geht es um jenen Teil der sieben Testamentszeugen, die als Eröffnungszeugen fungieren. Im Testament des G. Longinus Castor (Ende des 2. Jh. n. Chr.) aus Ägypten (FIRA III 146ff.) sind sie im griechischen Text als σφραγισταί, im lateinischen als *signatores* bezeichnet; ebenso werden sie in einem Testament σφραγισταί genannt, das Ende des 2. Jh. n. Chr. zum Gegenstand eines Prozesses in Ägypten wurde (FIRA III 170ff.); ihre Tätigkeit wird als ἐσφράγισαν beschrieben. In der in FIRA III 175ff. publizierten ravennatischen Urkunde von 474 n. Chr. wird aber das *signaculum* und die *superscriptio* unterschieden. Ebenso finden wir in Nov.Th. 16,1,2-8 = C.J. 6,23,21 pr. *subscribere et signare*. Das bedeutet die Lösung für das Übersetzungsproblem, das SACHAU nicht gelöst hat, der ܫܡ und ܚܬܡ gleichermaßen mit «Siegeln», als Hendiadyoin verstanden, übersetzt. Er konnte sich auf den Thesaurus Syriacus[6] berufen, wo tatsächlich «siegeln» für beide Ausdrücke belegt ist; doch gibt es bei ܫܡ auch Belege für eine Bedeutung als «abschließen», «perfizieren», «unterzeichnen».[7]

c) Von den 7 Zeugen, die bei der Testamentsabfassung anwesend waren, müssen nach unserem Text zumindest 2 oder 3 bei der Eröffnung zugezogen werden. Nach Ulpian D. 29,3,6 sollen es *maior pars signatorum*, d. h. zumindest 4, sein. In den ravennatischen Eröffnungsprotokollen, von denen oben bereits eines zitiert wurde (FIRA III 175ff.)[8], waren es von 3 bis zu 6 Zeugen, die anwesend waren. In der Urkunde aus FIRA III 170ff. waren es 4, ebenso in FIRA III 146ff. Danach bestehen Zweifel, ob bei Ulpian D. 29,3,6 eine feste Regel wiedergegeben ist, deren Verletzung die Eröffnung fehlerhaft machte. Eher könnte man an die praktische Zweckmäßigkeit oder eine Empfehlung denken.

d) Die Tätigkeit der Zeugen bei der Eröffnung des Testaments ist genau beschrieben, und doch bleibt eine Frage offen. Die Zeugen identifizierten wohl nicht nur ihre eigene Unterschrift auf der *scriptura exterior* des verschlossenen Testaments und die Unversehrtheit der eigenen Siegel, sondern die Unversehrtheit aller Siegel. Und sie bestätigen das auf dem Original des Testaments, das in der Folge durchaus noch einmal benötigt werden könnte, dann aber durch den Eröffnungsvermerk schon den Beweis für seine Echtheit trägt.

e) Das Testament wird dadurch geöffnet, daß die Schnur, die mit einem Siegel versehen den Verschluß bildete, durchgeschnitten (*linum incidatur*: FIRA III 177) oder auf sonstige Weise gelöst wird. In unserem Text steht «lösen» für das Eröffnen. Dabei ist der ἀρχειώτης Augenzeuge (Absatz 3). Das Testament wird alsdann vorgelesen, so wie es im zweiten Fall unseres Textes mitgeteilt wird (Absatz 9). Dem entspricht in C.J. 6,32,1 *publice recitetur*, in FIRA III 151 *recitatum*, in FIRA III 177 *per ordinem rec(itetur)*.

---

[6] I 1410 und I 1427.

[7] So schon SELB, Sententiae Syriacae 130-132 (zu Sent. Syr. §34).

[8] Vgl. dazu KASER, RP II 484 Fn. 58.

f) Der ἀρχειώτης[9], ein städtischer Beamter, der das Archiv verwaltet, beaufsichtigt und protokolliert die Eröffnung des Testaments, nicht viel anders als es die Magistrate in Ravenna tun (FIRA III 175ff.). Der Erbe läßt dann von den *tabulae testamenti* - im Osten vielleicht ein Pergament oder ein Papyrus -, die von Labeo D. 10,2,4,3 als *tabulae authenticae*, bei uns als αὐθεντικόν bezeichnet werden, Abschriften herstellen. Bei Labeo heißen sie *tabulae descriptae*, hier ἀντίγραφον. Der Archivbeamte erhält eine solche Abschrift für das Archiv, die durch die Vermerke des Erben und des Archivars nach Absatz 3-5 zur beglaubigten Abschrift wird, die nun durch das dem Erben wieder überlassene Original vertreten wird (Absatz 6).

3. Der Erbe und das Testament, das er in Besitz hat, befinden sich aber nicht immer am Ort der Errichtung. Der Text nennt als Beispiele den Kaufmann oder den Soldaten oder den Beamten, bei denen es sich ereignen kann, daß sie in der Fremde testieren. Das in der Fremde errichtete Testament wurde anschließend an den Heimatort, an dem sich der Erbe befand, übersandt. Nichts anderes sagt uns der Text in seiner etwas umständlichen Diktion. Der Erbe ist damit in der schwierigen Situation, daß er zur Testamentseröffnung nicht die notwendigen Testamentszeugen aus dem Ort der Abfassung beibringen kann; die Reisemöglichkeiten waren nicht dieselben wie heute und die Gelegenheitszeugen, z.B. eines Militärlagers, konnten mittlerweile in alle Welt gelangt sein.

a) Das erfordert, was die Eröffnungszeugen betrifft, ein anderes Verfahren, weil man ohne die Testamentszeugen auskommen muß. Der Erbe muß beim ἔκδικος der Stadt, der uns schon einmal bei der Testamentserrichtung begegnet ist,[10] ansuchen, das Testament beim Archivbeamten der eigenen Stadt eröffnen zu dürfen. Dieser ἔκδικος weist dann den Archivbeamten an, das zu tun. Nun aber werden sieben «andere Zeugen» als Eröffnungszeugen statt der Testamentszeugen beigezogen, deren Zeugnis dann der Sache nach auch etwas verändert ausfällt. Sie bezeugen den Verschluß des Testaments und die Unverletztheit der Siegel samt Subskriptionen der Testamentszeugen; im übrigen verfährt man wie im Regelfall. Es sieht so aus, als habe dem Verfasser ein Fall wie aus C.J. 6,32,2 (Valerianus et Gallienus, 256 n. Chr.) vorgeschwebt, wo ebenfalls das Testament in der Fremde errichtet war, anschließend dem Erben übergeben wurde, der es in seiner Heimat *(patria)* eröffnen lassen wollte, die Zeugen der Errichtung aber nicht dorthin bringen konnte. Das Reskript aus 256 n. Chr. verweist auf *leges moresque locorum*. Wo im Reskript der *praeses provinciae* die besondere Art der Eröffnung des Testaments verfügt, ist es in unserer Stelle der ἔκδικος der Stadt *(defensor civitatis)*. Die ehrbaren Männer als Eröffnungszeugen sind zur Zeit unserer *interpretatio* zu sieben Zeugen geworden. Und deren Siegelung des eröffneten Testaments wird in unserer Stelle zur Bestätigung gemäß Absatz 9.

4. Das eben beschriebene Verfahren muß wohl erhebliche Unkosten verursacht haben; BRUNS[11] spricht von Sporteln. Bei geringem Wert des Nachlasses, besonders in den ärmlichen Verhältnissen der Dörfer, bildeten sich demgemäß billigere *mores locorum* der Testamentseröffnung heraus (§ 88b). Als die Autoritäten christlicher Dörfer werden

---

[9] Zu ihm ausführlich BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 269f.

[10] Vgl. oben zu §41. Hier erscheint er in einer neuen Funktion. Vgl. jetzt auch R.M. FRAKES, The Syro-Roman Lawbook and the *Defensor Civitatis*, in: Byzantion 68 (1998) 347-355.

[11] BRUNS-SACHAU III 271.

genannt: (christliche) Priester, Diakone, Dorfälteste, letztere vielleicht für die nichtchristliche Bevölkerung. Den Verfasser wird man schon danach im Vorderen Orient oder in Kleinasien suchen müssen. Damit erfahren wir auch noch mehr über die kirchliche Organisation. Die Kirche des Dorfes - gemeint ist das Areal einer orientalischen Kirche mit Wohnungen, Gemeinderaum und Kultraum - wird von einem οἰκονόμος verwaltet. Er verwahrt die Abschrift des Testaments wie alle δικαιώματα in seinem Archiv. Wir erfahren auch etwas über die dörfliche Verwaltung. Die «Ältesten, die das Dorf verwalten», sind die πρεσβύτεροι κώμης, die uns sonst nur in der besser belegten ägyptischen Verwaltung begegnen und dort in eben diesem Ausdruck nur bis zur Mitte des 3. Jh. n. Chr. urkundlich belegt sind und dazu noch ungewiß ist, ob es sie noch neben den christlichen πρεσβύτεροι gibt. Dazu erscheint auch eine Aufgabe, von der bisher in den Papyri nicht die Rede war.[12]

III. 1. Die Darstellung geht von einem gültigen Siebenzeugentestament aus. Sie regelt nicht dessen Errichtung wie Nov. Th. 16,1 = C. J. 6,23,21 (Theodosius et Valentinianus, 439 n. Chr.). Das Thema ist also nicht *quemadmodum testamenta ordinantur* (C. J. 6,23), sondern *quemadmodum aperiantur testamenta et inspiciantur et describantur* (C. J. 6,32 und D. 29,3). Ein ähnlich umfassender Traktat zur Testamentseröffnung findet sich sonst freilich nirgends. Er ist wohl eine originale Komposition des Verfassers einer *interpretatio*, deren Grundtext wir freilich nicht kennen. Rücken wir die in der bisherigen Betrachtung etwas vernachlässigten Absätze 1-2 in den Vordergrund, so könnte ein Text *de tabulis exhibendis* (Wer hat ein Recht, die Eröffnung des Testaments zu verlangen) der Anlaß sein, ab Absatz 3 die Art und Weise zu erörtern, in der diese Testamentseröffnung zu erfolgen habe.

2. Die Texte zum Inhalt der Protokolle der Testamentseröffnung waren gewiß nicht gesetzlich vorgeschrieben, sondern übliche Praxis. Ebenso spiegelt die Regelung für dürftigere Nachlässe eine anerkannte Praxis, nicht eine Anordnung in einer Konstitution.

Kommentar zu § 89

L 96, 97 = R III 97, 98 = R II 134, 135 = D 131, 132 = R I 49, - = Arm 133, 134 (130, 131) = Georg 130, 131 = O 213 = I 55/30

I. Die beiden in den verschiedenen Versionen getrennten Texte gehören zusammen. Sie wurden durch die sekundäre Paragraphenzählung willkürlich getrennt. Die jeweiligen Einleitungen - Darlehen mit Pfand oder Darlehen ohne Pfand auf Treu und Glauben - sind ganz aufeinander zugeschnitten. Thematisch sind hier Teile von § 109, zum Inhalt der *denuntiatio*, und von §§ 99 und 109, zum Schuldschein, mitzubehandeln.

II. Im ersten Fall geht es um ein Darlehen, das durch ein real hingegebenes Pfand (Faustpfand) gesichert wird. Das Darlehen wird fällig, der Gläubiger benötigt sein Geld und er will die Pfandsache durch Verkauf verwerten.

[12] Vgl. Preisigke, Fachwörter 145f.; Friedrich Oertel, Die Liturgie. Studien zur ptolemäischen und kaiserlichen Verwaltung Ägyptens, Leipzig 1917 (Ndr. Aalen 1965) 146ff.; Alfred Tomsin, Etude sur les πρεσβύτεροι des villages de la χώρα égyptienne, in: Académie royale de Belgique. Bulletin de la classe des lettres et des sciences morales et politiques, 5e Série, tome 38, Bruxelles 1952, 95-130, 467-532.

1. Vor der Verwertung der Pfandsache muß der Gläubiger diese Verwertung dem Schuldner ankündigen. Diese Ankündigung, die in unserer Stelle nur in indirekter Rede eingeführt wird, erscheint in § 109 im wörtlichen Zitat. Der Gläubiger teilt dem Schuldner wörtlich mit: «Nimm dein Pfand und gib mir das Meinige»; gemeint ist mit dem «Meinigen» die Darlehenssumme. Der Vergleich von § 109 und unserer Stelle gibt nun zwei Probleme auf. In unserer Stelle ist zuerst von der Mahnung, dann von drei παραγγελίαι die Rede. In § 109 ist nur von einer Mahnung die Rede. BRUNS[1] fand, daß der Verfasser hier wenig Umsicht zeige, wenn er einen Text mit einer Mahnung neben einen anderen mit drei Mahnungen stelle. FERRINI[2] sieht eine ältere und eine jüngere Regelung darin; der Verfasser habe sich hier wie im ganzen Werk nicht die Mühe der Koordination der Texte gemacht. In unserer Stelle gibt es aber nicht eine Mahnung und dann drei παραγγελίαι *(denuntiationes)*, sondern die in § 89a Absatz 1 genannte Mahnung als Inhalt der einzelnen *denuntiatio* wurde dreimal, zu verschiedenen Zeiten, wiederholt. Und § 109 spricht sich an sich wie Absatz 1 nur über den Wortlaut der einzelnen Mahnung aus, nicht über die erforderliche Zahl der Mahnungen.

2. Dennoch stehen die beiden Texte nun einmal vor dem Hintergrund lateinischer Quellen, die einmal von einer, einmal von drei *denuntiationes* sprechen. Die Übereinstimmung unserer Stelle mit PS 2,5,1 und den dort ganz allgemein als erforderlich genannten drei *denuntiationes* ist klar, der Inhalt klingt auch ähnlich an: *ut pignus luat* (er möge sein Pfand auslösen), *ne a se distrahatur* (damit es von ihm nicht verwertet werde). In Ulpian D. 13,7,4 ist für den Regelfall aber nur von einer einzigen *denuntiatio* die Rede; lediglich beim Verkauf gegen eine Abrede, *ne distraheretur*, sind drei *denuntiationes* gefordert.[3] Der Vergleich mit einer angenommenen Divergenz zweier Stellen im Rechtsbuch lag für die Literatur nahe.

Die Unterschiede haben zur Annahme einer Entwicklung geführt, die von der einfachen *denuntiatio* zur dreifachen *denuntiatio* bei Vorliegen eines *pactum de non vendendo* und schließlich zur allgemein geforderten dreifachen *denuntiatio* führte. Das hat aber nichts mit der Entwicklung des Verkaufsrechts selbst zu tun,[4] sondern nur mit der Art der Ankündigung des freihändigen und für den Pfandschuldner nachteiligen Verkaufs.[5]

3. Der Pfandverkauf selbst und die nachfolgende Abrechnung werden in unserer Stelle plastisch beschrieben. Was noch zur Erfüllung der Schuld fehlt, nachdem der Erlös des Pfandverkaufs abgezogen worden war, konnte weiter gefordert werden - so auch C.J. 8,27(28),3 (Alexander, 223 n. Chr.) gegen Zweifel, die ebensogut laienhaft wie volksrechtlich sein konnten. Das *superfluum* ist dem Schuldner herauszugeben - so auch C.J. 8,27(28),20 (Diocletianus et Maximianus, 294 n. Chr.). Und der Pfandverkauf

---

Zu § 89:

[1] BRUNS-SACHAU III 272.

[2] Beiträge 103ff.

[3] Der Verdacht der justinianischen Interpolation, MOMMSEN Fn. 14 mit WINDSCHEID, ist kaum gerechtfertigt.

[4] SELB, Zur Bedeutung 188f. Fn. 96.

[5] LEVY, Weströmisches Vulgarrecht 188; DERS., Westen und Osten 251 = Ges. Schr. I 177; DERS., West-östliches Vulgarrecht und Justianian 16 = Ges. Schr. I 274; B. BIONDI, Vicende postclassiche del SC. Claudiano, in: IURA 3 (1952) 142-154, hier: 148f.; Alberto BURDESE, Lex commissoria e ius vendendi nella fiducia e nel pignus, Torino 1949, 164 und Fn. 4. Für einen Widerspruch zwischen unserer Stelle und § 109 ist auch GIRARD-SENN, Manuel 830 Fn. 4.

mußte sich am Wert der Pfandsache orientieren; verschleudern durfte der Gläubiger die Sache nicht.

III. Der Gegenfall geht ebenfalls von einem Darlehen aus. Doch gibt es keine Pfandsicherung wie im ersten Fall. Der Gläubiger gibt das Darlehen allein auf Vertrauensbasis (πίστις).

1. Daß es kein Faustpfand gibt, wird deutlich gesagt. Das Problem aber ist die ebenfalls nicht gegebene «χάρτης» mit dem Inhalt der Anerkennung der Schuld. RUDORFF[6] zog den Mangel einer *charta* als negative Voraussetzung zur Pfandnahme durch den Gläubiger: War eine *charta* gegeben, so durfte der Gläubiger die Pfandnahme durchführen. BRUNS[7] spricht sich dagegen aus, weil die Einrichtung dem römischen Recht fremd sei. An eine Exekutivurkunde nichtrömischer Herkunft dürfen wir in der Tat nicht denken.[8] Die Lösung ergibt sich aus einem Vergleich mit den §§ 99 und 109. Der typische Schuldschein enthielt üblicherweise die Klausel der Generalverpfändung zu besitzlosem Pfand. Der Text sagt also nichts anderes, als daß ein Pfand weder specialiter «gegeben» noch generaliter «paktiert» war.

2. Die Hauptfrage war nun, ob der Gläubiger das Recht eigenmächtiger Pfandnahme hatte. Die Antwort ist klar verneinend.[9] Es mag sein, daß die Anfrage oder der Anlaß, den Fall zu diskutieren, von einer hellenistischen Auffassung bestimmt war, nach der man aus einer vollstreckbaren - hier gar nicht vorliegenden - Urkunde exekutiv ein Pfand nehmen konnte.[10] Jedenfalls wenden sich zahlreiche Konstitutionen gegen die eigenmächtige Pfändung,[11] auf die Gläubiger zu allen Zeiten ohne alle Vorbilder kamen.

3. Die eigenmächtige Pfandnahme war ein Gewaltdelikt. Schon BRUNS[12] zitiert hier das *decretum divi Marci* zur verbotenen Selbsthilfe. Die aus der verbotenen Tat folgende *actio vi bonorum raptorum* ist eine Bußklage, die (annal) auf das Vierfache des Sachwertes ging (vgl. die Reskripte aus C.J. 9,33,1-5). Unser Text formuliert das nur etwas umständlich als die Sache oder den Sachwert nebst dem Dreifachen. Das *decretum divi Marci* aus Callistratus D. 4,2,13 = D. 48,7,7 verfügte zusätzlich, daß der Gläubiger nach der Eigenmacht das *ius crediti* nicht habe. BRUNS vermißt das in unserem Text zu Unrecht: Das *decretum* wird nur - der Text aus D. 4,2,13 = D. 48,7,7 läßt das zu - einschränkend interpretiert: Der Gläubiger kann so lange nicht klagen, als er nicht das *quadruplum* geleistet hat; hat er die ursprüngliche Ordnung hergestellt, kann er seine Gläubigerrechte wieder ausüben.

---

[6] Legum saecularium Constantini Theodosii et Leonis capita 120.

[7] BRUNS-SACHAU III 273.

[8] Richtig schon A. MANIGK, Gräko-ägyptisches Pfandrecht, in: SZ 30 (1909) 272-328, hier: 308 Fn. 1; DERS., Gläubigerbefriedigung durch Nutzung, Berlin 1910, 75ff.; gegen MITTEIS, Reichsrecht und Volksrecht 426ff.; Philipp E. HUSCHKE, Die Lehre des Römischen Rechts vom Darlehn und den dazu gehörigen Materialien, Stuttgart 1882, 116 Fn. 2; BRASSLOFF, Quellen der byz. Rechtsgeschichte 307 Fn. 1.

[9] Zur älteren, auf falscher Übersetzung beruhenden Diskussion vgl. BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 272f.

[10] Selbst das ist umstritten, KASER, RP II 329f. mit Literatur zur Klausel καθάπερ ἐκ δίκης.

[11] Neu ist Sent. Syr. § 90; vgl. dazu SELB, Sententiae Syriacae 179 mit weiteren Hinweisen.

[12] BRUNS-SACHAU III 272.

Kommentar zu § 90

L 98 = R III 99 = R II 136 = D 133 = R I 50 = Arm 135 (132) = Georg 132 = N IV 14a = O 224 = I 76/1

A

1. Die Versionen L und B unterscheiden sich in einem Punkt. Nach R II 136, D 133 und R I 50 soll der Eigentümer des unteren Hauses (Stockwerkes) das Doppelte der Auslagen für die Reparatur erhalten, wenn sie ihm der Eigentümer des oberen Hauses nicht innerhalb von vier Monaten erstattet. In L ist davon keine Rede, vielmehr «soll der Eigentümer des oberen Hauses dem Eigentümer des unteren Hauses geben». Was er geben soll, ist nicht ausdrücklich gesagt. Wahrscheinlich ist im Text von L etwas ausgefallen, gemeint wird aber das obere Haus sein (vgl. unten die Ausführungen unter B). In der Version R III 99 lautet die Rechtsfolge «geht der Obere hinaus», was vermutlich ebenfalls auf den Verlust des Eigentums hindeutet. Vielleicht hat ein solcher nicht ganz klarer Text zu einer Änderung in den abgeleiteten Versionen geführt, auch wenn sie ebenfalls davon auszugehen scheinen, daß der Eigentümer des oberen Hauses sein Eigentum verliert; der Text ist allerdings unklar. ʿAḇdīšōʿ hilft nicht weiter: er bringt zwei genau wörtliche Zitate: im Nomokanon führt er R I an, im *Ordo iudiciorum* R II. Die «doppelte» Erstattung der Auslagen ist sachlich kaum begründet. Das aus anderen Stellen des Rechtsbuches bekannte *duplum* wird wohl auf einer Text«verbesserung» des Bearbeiters beruhen, der den möglicherweise unvollständigen Text nicht verstand und meinte, ein «doppelt» ergänzen zu sollen. Die armenische Version (§ 132) weicht stark ab.

2. Lexikalisch auffällig ist im ersten Absatz das Verb *ʿbaḏ* in der Bedeutung «reparieren» (eigentlich: «machen»). Im zweiten Absatz wird stattdessen *bnā* «bauen» verwendet (im ersten Absatz kommt bereits das von derselben Wurzel abgeleitete Substantiv *benyānā* «Bau», hier: «Reparatur» vor), ferner *assī* bzw. *ettassī* «(die Baufälligkeit) heilen» und «geheilt werden». Bei *ʿbaḏ* könnte man an das Versehen eines Kopisten denken, weil die gleiche Verbalform kurz darauf in der üblichen Bedeutung nochmals vorkommt («und es nicht macht») und weil die Version R III dafür an der ersten Stelle das unauffällige *atqen* «ausbessern» hat. Gegen einen Schreibfehler spricht aber, daß *ʿbaḏ* im dritten Absatz nochmals vorkommt: »(die Mauern) zu reparieren». BROCKELMANN wird es deshalb wohl zu Recht in der Bedeutung «reparavit» in sein *Lexicon Syriacum* aufgenommen haben.[1]

3. L und R III sprechen im dritten Absatz von zwei oder drei «Eigentümern» *(mārā)* der Häuser, während in den abgeleiteten Versionen dafür das im Syrischen ähnlich aussehende Wort *meḏyārā* «Wohnungen» steht. Letzteres kommt in L immerhin am Schluß einmal vor, so daß wir davon ausgehen können, daß in dem Paragraphen vom Stockwerkseigentum die Rede ist. *baitā* «Haus» wird deshalb auch in diesem Sinn zu verstehen sein.

Zu § 90:

[1] 504a.

B

I. 1. Thema der Stelle ist die *oratio divi Marci*, formell ein Senatsbeschluß, der nach dem Antrag des Kaisers Marcus Aurelius im Senat benannt ist. Sein Inhalt läßt sich aus fragmentarischen Zitaten oder Berichten rekonstruieren, nicht zuletzt an Hand der neu gefundenen Quelle Sent. Syr. § 56.[2] Um dem Verfall der städtischen Bauten Einhalt zu gebieten, wurden die Grundeigentümer indirekt zur Reparatur gezwungen. Wer als Geldgeber für die Reparatur eines Hauses kreditiert hat (D. 42,5,24,1 und D. 42,3,1 = D. 12,1,25), wer für den gleichen Zweck als Kreditmandatar aufgetreten ist (D. 20,2,1), wer als beliebiger Bauführer das Haus auf seine Kosten reparieren ließ (Sent. Syr. § 56) und wer als *socius* auf seine Kosten das gemeinsame Haus reparieren ließ (D. 17,2,52,10 und C.J. 8,10,4), hatte nicht nur seinen Darlehensanspruch, Geschäftsführungs- oder Mandatsanspruch auf Aufwendungsersatz bzw. Sozietätsanspruch auf Ausgleich, sondern auch einen Anspruch auf gesetzliche Verzinsung der Aufwendung, und bei Nichtzahlung ein schnelles *privilegium exigendi* zur Verwertung des reparierten Objekts. Im Fall der *societas* gab es zudem das besondere Privileg, daß dem *socius*, der die Aufwendungen zur Reparatur gemacht hatte, der Miteigentumsanteil jenes *socius* zufiel, der nicht bereit war, die anteilig auf ihn entfallenden Aufwendungen zu ersetzen.

2. Unser Text handelt ganz eindeutig von mehreren Stockwerkseigentümern[3], die in Anbetracht des Gesamtobjektes *socii aedificii* sind. Auf sie wird die *oratio divi Marci* angewandt.

Es geht nicht um superfiziarisches Eigentum, wie Jean GAUDEMET[4] meint. BRUNS, auf den GAUDEMET sich beruft, erwägt den Gedanken zwar, lehnt ihn aber ab. Nach PASTORI[5] geht es um einen vulgaren Begriff von *superficies*, den das Rechtsbuch übernommen habe und der sich den provinzialen Verhältnissen nähere. Er beruft sich dafür auf LEVY[6]. Das mag durchaus sein; doch bleibt festzuhalten, daß die zentrale Frage die *societas* betrifft. Und sie ist bei Miteigentümern, Stockwerkseigentümern und Superfiziaren die gleiche. In drei Richtungen gehen dabei die Erwägungen: Der eine Stockwerkseigentümer

---

[2] SELB, Sententiae Syriacae 143ff.

[3] BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 273; BRASSLOFF, Quellen der byz. Rechtsgeschichte 310 Fn. 1; D. PAPPULIAS, Zur Geschichte der Superficies und des Stockwerkeigentums, in: SZ 27 (1906) 363f.; Stanislaus PINELES, Die communio pro diviso, in: GrünhZ 30 (1902) 767-778, hier: 768; Egon WEISS, Communio pro diviso und pro indiviso in den Papyri, in: AfP 4 (1908) 330-365, hier: 334. Ein guter Beleg dafür sind P.SB 14 und P.Mon. Nr. 9 (s. Byzantinische Papyri in der K. Hof- und Staatsbibliothek zu München, hrsg. von August HEISENBERG und Leopold WENGER, Leipzig - Berlin 1914, 103-114). Sie bezeugen eine Praxis der Veräußerung von Stockwerken. Zum Stockwerkseigentum in Palästina vgl. auch Catherine SALIOU, Les lois des bâtiments. Voisinage et habitat urbain dans l'empire romain, Beyrouth 1994 (= Instiut Français d'Archéologie du Proche-Orient. Bibliothèque archéologique et historique, tome 116), 78-80.

[4] Etude sur le régime de l'indivision en droit romain, Paris 1934, 268 Fn. 1.

[5] Le influenze del diritto postclassico nella configurazione del rapporto superficiario, in: Atti dell'Accademia romanistica Costantiniana. IX convegno internazionale [1989], Perugia 1993, 121-137, hier: 128f.

[6] West Roman Vulgar Law. The Law of Property, Philadelphia 1951 (= Memoirs of the American Philosophical Society 29); B. BIONDI, Besprechung zu E. Levy, West Roman Vulgar Law, in: SDHI 17 (1951) 339-348.

darf gegen den Willen des säumigen anderen die notwendigen Reparaturen am Haus durchführen und Ersatz dafür verlangen. Vier Monate hat der andere höchstens Zeit, die Aufwendungen zu ersetzen; in dieser Zeit ist der Betrag des Aufwendungsersatzes zu verzinsen. Findet der Ersatz bis dahin nicht statt, so fällt das Eigentum am reparierten Stockwerk an den Anspruchsberechtigten.

II. 1. Bei der ersten Erwägung um das Recht zum Ersatz der Aufwendungen findet sich zum wahrscheinlichen Reskript der Vorlage ein Parallelfall, der von schlichten römischen Miteigentümern als *socii aedificii* handelte (C.J. 8,10,4 Philippus A. et Philippus C., 245 n. Chr.). Einen Parallelfall von *socii* mit Anteilen an einer *insula* behandelte auch ein Responsum Papinians, zitiert von Ulpian in D. 17,2,52,10. An einen normalen Ersatzanspruch über eine *actio pro socio*, den D. 17,2,52,10 erwägt, war auch bei Stockwerkseigentümern zu denken. Der Wortlaut der *oratio* wird aber wohl jeden Aufwand *ad refectionem aedificii* abgedeckt haben.

2. Der Aufwendungsanspruch war zu verzinsen. Das war wohl in der *oratio* besonders angeordnet. Denn die Verzinsung war auf die Zeit von vier Monaten nach der Aufwendung beschränkt; das konnte sich nur in einer positiven Anordnung finden, nicht auf der Meinung eines Juristen oder eines Reskripts beruhen. Genau so ist D. 17,2,52,10 a. E. zu verstehen: Die *oratio* selbst beendet nach vier Monaten den Zinsanspruch. Dann kann der Berechtigte den Verfall des fremden Miteigentumsanteils geltend machen. Der Zinssatz ist in unserem Text nicht genannt, wohl aber in C.J. 8,10,4: *cum centesimis nummis*.

3. In der Anwendung der sachenrechtlichen Konsequenz der *oratio divi Marci* auf den vorgegebenen Fall zeigt sich, daß das römische Recht das provinzielle Stockwerkseigentum anerkannte.[7] In D. 17,2,52,10 und C.J. 8,10,4 erwarb der *socius aedificii* den ideellen Miteigentumsanteil, in unserer Stelle erwarb er konsequenter Weise das auf seine Kosten reparierte Stockwerk zu Eigentum.

4. Die Berechnung des Kostenersatzes machte keine Schwierigkeiten, wenn man - wie im Grundfall - annahm, daß der Eigentümer des unteren Stockwerkes das obere Stockwerk reparierte. Es gab kein Eigeninteresse des unteren Eigentümers, das in die Rechnung miteinzubeziehen gewesen wäre. Der Bestand des unteren Stockwerks hing nicht von dem des oberen ab. Die Reparatur ist ganz im Sinne der *oratio divi Marci* rein fremdnützig. Das war anders, wenn ein oder mehrere untere Stockwerke baufällig waren und ein oberer Eigentümer reparierte. Der Verfasser geht ganz konsequent davon aus, daß dem oberen Eigentümer Ersatz der Aufwendungen nur im wahren Ausmaß des fremden Interesses zu gewähren war. Ein anteiliges Eigeninteresse verkürzte das Maß des Aufwendungsersatzes. Eigeninteresse aber war *pro rata* das Interesse am Erhalt der Substruktur des eigenen Stockwerks: Die unteren Stockwerke tragen letztlich auch die oberen.

5. Als eigener Fall wird der der *paries communis* genannt. Verfällt sie und läßt einer der Miteigentümer sie reparieren, so gibt es den gleichen Ersatzanspruch. Der Fall

---

[7] So TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 112 Fn. 78 = Op. Min. I 303; gefolgt von VOLTERRA, Un ipotesi 36. Dagegen, weil Stockwerkseigentum vom römischen Juristen a priori abgelehnt worden wäre, YARON, Syro-Romana 149.

mehrerer *socii aedificii* wird konsequent fortgeführt. Das öffentliche Interesse vereinfacht das frühere Verfahren der *cautio damni infecti* auch hier.[8]

Kommentar zu § 91

L 99 = R III 100 = R II 137 = D 134 = R I 51a = Arm 136 (133) = Georg 133 = Q = N IV 8b = O 219f. = I 57/36

I. Es geht um die Auslegung von Verpfändungsabreden, die an Stelle der Zinszahlung eine Nutzung des Pfandobjekts durch den Darlehensgläubiger vorsehen. Wir sprechen von einem antichretischen Pfand. Auch bei der Antichrese gibt es keinen uniformen Fruchtbegriff[1] zu diskutieren, sondern lediglich differenzierende Abreden. Ein Einfluß hellenistischer Denkformen auf die Differenzierungen in den Abreden[2] ist nicht zu beweisen; das wirtschaftlich Sinnvolle wird wohl überall gleich gedacht. Insgesamt waren vier verschiedene Abreden zu beurteilen, die jeweils «anstelle von Zinsen des Geldes» die Nutzung zusprachen: An einem Grundstück die Nutzung allgemein, an einem Last- oder Reittier spezieller die Nutzung der Arbeitsleistung, an einer Herde wieder die Nutzung allgemein und an einer Sklavin wieder die Nutzung der Arbeitsleistung.

Daß die antichretischen Abreden an sich wirksam sind, wird nur kurz berührt. Es mag sein, daß es gegen die Gültigkeit der Antichrese Bedenken gab, doch war diese Art der Pfandnutzung sicher nur kraft besonderer Abrede zulässig.[3] Die Abreden liegen nun einmal vor; ihr Text ist bekannt; nun sollen sie ausgelegt werden. Es geht auch nicht um die Frage aus PS 2,5,2, ob denn die Tierjungen, die der Nutzung nicht unterfallen, mitverpfändet sein sollen, und um die andere Frage aus D. 7,1,68 pr. a. E., ob sie dann mitgenutzt werden dürfen.[4] Es ist daher auch nicht anzunehmen, daß unser Verfasser im gesamten Text eine Paraphrase eines Kaisergesetzes bietet, wie MANIGK meint.[5] Eher berichtet er über Juristenmeinungen oder kaiserliche Reskripte zur Auslegung. Die Frage um die Nutzung von Sklavinnen und weiblichen Tieren war freilich nicht auf das Nutzpfand beschränkt, wie die §§ 108, 109 und 126 zur *dos*-Nutzung zeigen. Daher sind Diskussionsbelege über das Maß der Nutzung überall dort zu finden, wo ähnliche Fragen auftauchten, etwa in D. 22,1, D. 23,3 und 4 oder in D. 7,1.

II. 1. Der Ausgangsfall des kleinen Traktats von der Nutzung eines verpfändeten Grundstücks ist unproblematisch. Eine Diskussion darüber, welche Nutzungen mit der

---

[8] Zur Anwendung der *oratio divi Marci* vgl. Antonio PALMA, Iura vicinitatis, Torino 1988, 218ff., 226, ohne freilich unsere Stelle einzubeziehen.

Zu § 91:

[1] Es gibt also nicht das «Nutzpfand» schlechthin, wie man aus KASER, RP I 384, 470 entnehmen könnte; anders bereits RP II 319 Fn. 2.

[2] KASER, RP II 314 Fn. 15.

[3] Egon WEISS, Pfandrechtliche Untersuchungen. I. Abteilung, Weimar 1909, 44f.; dazu Silvio ROMANO, Appunti sul pegno dei frutti nel diritto romano, Padova 1931, 29ff.; gegen WEISS stellt sich A. MANIGK, Gläubigerbefriedigung durch Nutzung, Berlin 1910, 71 Fn. 1.

[4] Anders noch SELB, Zur Bedeutung 190 Fn. 99.

[5] AaO.

Verpfändung verbunden waren, ergab sich dagegen bei der Verpfändung mit der Abrede, daß die Dienste[6] bestimmter Einzeltiere anstelle der Zinsen überlassen würden. Esel und Stute sind auch als weibliche Tiere Zug-, Trag- oder Reittiere. Sie werden für gewöhnlich nicht wegen der Eselsmilch oder der Fohlenzucht gehalten. Daher sind die in einigen Versionen, aber nicht in L, zu findenden weiteren Tiere, nämlich Schaf und Kuh, eher die Glosse eines unverständigen Bearbeiters; beide sind keine «Arbeitstiere». Bei den Arbeitstieren aber galt, daß die Verpfändung unter Nutzung ihrer Arbeit statt der Zinsen nur die Arbeitsleistung erfaßte, die Jungtiere aber dem Verpfänder beließ, ohne daß ein «Fruchtbegriff» hätte diskutiert werden müssen.[7]

2. Das nächste Beispiel ist das einer verpfändeten Herde. Hier wurde dem Gläubiger die Nutzung der Herde an Stelle der Zinsen eingeräumt. Drei Fragen werden hier behandelt: Welches die normale Nutzung von Schafen und Ziegen ist, dann, ob Tierjunge überhaupt «Früchte» der Herde sind, und schließlich die Frage, wie sich das Prinzip der Wahrung der Substanz («Eisern-Vieh-Regel») bei einer Herde auswirkt, in der Tiere sterben und geboren werden.

a) Es gab bei den klassischen Juristen eine nur dürftig belegte allgemeine Diskussion darüber, ob Tierjunge zu den Früchten gehören (D. 7,1,68,1 und 7,1,70,2).[8] Wie sich schon bei 1. zeigte, hing das wohl von der Abrede und deren Auslegung ab, diese aber wieder von der zu nutzenden Tierart. Der Nachwuchs bei Kleinvieh, *fetus pecorum*, war stets Frucht: D. 7,1,68,1. Die Tierjungen beim als Herde verpfändeten Herdenvieh waren es nicht; unser Verfasser steht bei der Schafherde oder Ziegenherde auf dem Standpunkt, daß die Fruchtziehung an sich nur die Schafwolle oder die Ziegenwolle umfasse, nur sie ist «anstelle von Zinsen des Geldes», nicht aber die Tierjungen.

b) Gleichwohl weist der Verfasser dann einen Teil der Tierjungen dem Nutznießer zu. Und es sieht so aus, als geschehe das *propter impensas*. Dazu führen uns, daß Hirt und Hirtenhund die wesentlichen Aufwendungen des Nutzungsberechtigten sind, wenn der Pfandgläubiger im Besitz der Herde ist, ferner der Schlußsatz aus § 108, wo die Entscheidung über die Zuweisung eines Teiles der Tierjungen an den Pfandgläubiger von der Erwägung getragen wird, daß die Tiere ja auch vom Pfandgläubiger unterhalten worden sind.

c) Das Prinzip aber, daß die Herde für den Herrn Bestand haben muß, bedeutet, daß die Jungtiere zuerst auf die Ausgangszahl der Herde verrechnet werden müssen, bevor ein etwaiger Überschuß *propter impensas* an den Pfandgläubiger fällt. Dies findet sich auch bei Ulpian-Pomponius in D. 7,1,68 bis D. 7,1,70 pr.-5. Dort freilich geht der Jurist von der Annahme aus, daß die Tierjungen «Früchte» seien und dem Pfandgläubiger zufielen. Wahrscheinlich war von einem anderen Vertragstext die Rede. Ein Ergebnis freilich mußte das gleiche wie bei der gegenteiligen Auffassung und der Aufwandsregel sein: die Substanz des Pfandes, bei der Herde ihre Zahl, mußte auf jeden Fall gewahrt

---

[6] Bei KASER, RP I 384 als mögliche «Früchte» von Tieren nicht genannt.

[7] Zum Fruchtbegriff und den Jungtieren jetzt umfassend Johanna FILIP-FRÖSCHL, *Partus et fetus et fructus.* Bemerkungen zur rechtlichen Behandlung der Tierjungen bei den Römern, in: Ars boni et aequi. FS für Wolfgang Waldstein zum 65. Geburtstag, hrsg. von Josef SCHERMAIER und Zoltán VÉGH, Stuttgart 1993, 99-121.

[8] Vgl. dazu FILIP-FRÖSCHL aaO mit reicher Literatur.

bleiben.[9] Es geht nicht um einen Fruchtbegriff, sondern um einen wirtschaftlichen Ertrag.

d) Gäbe es nicht die Entscheidung aus unserer Stelle, wonach die Tierjungen gerade nicht «anstelle von Zinsen», also keine nutzbaren Früchte der Herde sind, so könnte man auch an eine Lösung unter Anwendung der Maxime aus C. J. 7,51,1 (Diocletianus et Maximianus, 294 n. Chr.) denken: Der Pfandgläubiger erhält die vom Pfandschuldner auf dessen eigene Kosten gezogenen Nutzungen, zu denen auch die Tiere gehören, aber unter Abzug der Unkosten, praktisch unter Verrechnung der Überzahl der Jungtiere auf die Unkosten der Aufsicht, womit die Überzahltiere dem Pfandschuldner verbleiben. Das setzte aber ein besitzloses Pfand voraus. Nach dem Wortlaut des Textes ist diese Lösung nicht ganz ausgeschlossen.

3. Die verpfändete Sklavin wurde nach dem Pfandvertrag ausdrücklich so verpfändet, daß dem Gläubiger ihre Dienstleistungen an Stelle der Zinsen zukommen sollten. Schon aus diesem, nicht erst aus einem begrifflichen oder humanen Grund gehörten die Kinder, die die Sklavin gebar, nicht dem Pfandgläubiger, sondern dem Eigentümer der Sklavin. Die Begründung im Schlußabsatz führt aber ein Argument ein, das ohne Rücksicht auf die Abrede Sklavenkinder überhaupt nicht zu den Früchten rechnete. Gaius, *libro secundo rerum cottidianarum* (D. 22,1,28,1) scheint uns im Schlußsatz zu begegnen: *Partus vero ancillae in fructo non est itaque ad dominum proprietatis pertinet: absurdum enim videbatur hominem in fructu esse, cum omnes fructus rerum natura hominum gratia comparaverit.* Aus der «Natur der Sache» ist in unserem Text die «Güte Gottes» geworden, ansonsten ist das Zitat gewahrt. Wir haben eine für den Fall nicht interessierende Lesefrucht vor uns. Ulpian vertritt in D. 23,3,10,2 bei der *dos*-Nutzung und in D. 7,1,68 pr. (mit *Brutus*) beim *ususfructus* die gleiche Auffassung; ähnlich ein Reskript des Alexander in C.J. 8,24(25),1 von 230 n. Chr.[10]

III. Die Darstellungsform scheint einem bewährten Muster zu entsprechen: Am Beginn steht die Frage nach der Zulässigkeit der Abrede einer Antichrese, behandelt am Fall der Grundstücksnutzung. Die bejahende Äußerung könnte einem Reskript entstammen. Was ab Absatz 2 folgt, ist ein schulmäßiger Traktat zum Ausmaß der Nutzung bei anderen Gegenständen der Antichrese. Ähnliche Traktate finden sich in §§ 95, 108 und 119 (Absatz 5-9) zum Thema *soluto matrimonio dos quemadmodum petatur*.

Kommentar zu § 92

L 100 = R III 101 = R II 138 = D 135 = Arm 137 (134) = Georg 134

I. Der Fall ist trotz der etwas umständlichen Darstellung völlig klar: Ein Darlehensgeber hatte sich doppelt, nämlich nebeneinander durch eine Bürgschaft und durch Pfänder, gesichert. Bei Fälligkeit und Nichterfüllung hielt er sich an die Pfänder und verwertete sie durch Verkauf. Dabei trat der Bürge als Käufer auf. Der Schuldner und Verpfänder kam nachher zu Geld und wollte die Pfänder beim Bürgen auslösen.

---

[9] Zum *grex* vgl. statt aller FILIP-FRÖSCHL aaO 110f.

[10] Zum Problem vgl. M. KASER, Partus ancillae, in: SZ 75 (1958) 156-200, hier: 159f.; Bruno HUWILER, Homo et res: Skizzen zur hellenistischen Theorie der Sklaverei und deren Einfluss auf das römische Recht, in: Mélanges Felix Wubbe, Fribourg 1993, 207-272, hier: 255ff. mit weiteren Hinweisen.

Schon BRUNS[1] hatte gesehen, daß sich die Entscheidung bei Paulus in D. 17,1,59,1 (vom Bürgen darf der Verpfänder einlösen, vom beliebigen Dritten als Erwerber aber nicht) und in einem Reskript des Alexander in C. J. 2,20(21),1 (vom Bürgen als Erwerber darf der Verpfänder einlösen) findet. Paulus stützt seine Meinung auf das zwischen dem Schuldner und seinem Bürgen bestehende Mandatsverhältnis und findet in der Weigerung des Bürgen einen Treueverstoß des Mandatars. Das Reskript stützt sich gleichermaßen auf doloses Verhalten des Bürgen.

II. Leider ist das - noch im modernen Recht des BGB ungelöste - Problem nicht berührt, warum es gerade der Pfandgläubiger ist, der an der Schuld «hängen» bleiben soll, nicht der Bürge. Aus keiner der drei Stellen ergibt sich, daß der Gläubiger zuerst gegen den Pfandgläubiger vorgehen müsse, um Befriedigung zu erlangen.[2] Unsere Stelle stimmt im Schlußsatz durchaus mit C.J. 8,19(20),2; 8,23(24),1,2; 8,27(28),7 und 4,46,1 überein, was TAUBENSCHLAG[3] ohne ersichtlichen Grund bestreitet.

III. Der Text paraphrasierte wohl ein Reskript, das ähnlich wie C.J. 2,20(21),1 lautete. Der breite Einleitungssatz, der das Verwertungsrecht des Pfandgläubigers ausführt, diente nur der Hinführung zum konkreten Problem; er fand sich kaum im Reskript selbst.

Kommentar zu § 93

L 101 = R III 102 = R II 139 = D 136 = Arm 138 (135) = Georg 140

I. Es geht um das römische Kreditmandat.[1] Der Auftrag, Kredit zu gewähren, steht, wie es in D. 17,1,32 und in C.J. 4,35,10 heißt, der Bürgschaft gleich. Das ist eine vereinfachende späte Betrachtungsweise, die wir gleichermaßen im Westen wie im Osten des Reiches finden. Hellenistischen Einfluß dabei anzunehmen,[2] ist willkürlich.

II. Ganz so platt, wie es nach dem Kommentar von BRUNS[3] scheinen mag, ist die Aussage nicht. Die Klage des Beauftragten geht an sich auf Ersatz aller Aufwendungen in fremdem Interesse. Das Kapital, genau gesagt das Kapitalrisiko, war nun sicher in diesem Sinne aufgewendet. Die Zinsen jedoch, die der Darlehensnehmer dem Darlehens-

---

Zu § 92:

[1] AaO 275.

[2] A.M.: Egon WEISS, Pfandrechtliche Untersuchungen. I. Abteilung, Weimar 1909, 49f.; zweifelnd KASER, RP II 321 Fn. 26.

[3] Das römische Privatrecht zur Zeit Diokletians, Op. Min. I 3-177, hier: 138.

Zu § 93:

[1] So schon BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 275; BRASSLOFF, Quellen der byz. Rechtsgeschichte 307; G. BORTOLUCCI, Il mandato di credito, in: BIDR 27 (1914) 129-191, hier: 133ff.; H. STOLL, Übersicht über die italienische Rechtsliteratur, in: SZ 47 (1927) 535 Fn. 4; LEVY, West-östliches Vulgarrecht und Justinian 11 = Ges. Schr. I 271. Mit der Übertragung einer Forderung, so NALLINO, Il diritto musulmano nel Nomocanone 542 Fn. 6 = Racc. IV 248 Fn. 6, hat das ἐντολικόν hier nichts zu tun.

[2] So aber TAUBENSCHLAG, Das römische Privatrecht zur Zeit Diokletians aaO 150.

[3] BRUNS-SACHAU III 275.

geber und Mandatar schuldete und nicht zahlte, waren ein Problem. Es findet sich in C.J. 4,35,18 (Diocletianus et Maximianus, 294 n. Chr.) behandelt:

> *Post solutionem a se factam, qui dari mutuo mandavit, ab eo pro quo intercessit, vel successoribus eius quod solutum est etiam cum usuris post moram recte reddi postulat.*

Es geht bei Diokletian um Verzugszinsen, die schon im Verhältnis zwischen dem Gläubiger und dem Darlehensschuldner angefallen waren, nicht erst aus einem Verzug des Auftraggebers und «Bürgen» gegenüber dem Darlehensgeber resultierten. In unserem Fall geht es dagegen um die vertraglich vereinbarten Darlehenszinsen. Wer das Kreditmandat noch als echtes Mandat sah und dem Gläubiger Aufwandsersatz gewährte, mußte die Entbehrung des Kapitals etwas künstlich als Teil des Aufwandes ansehen. Wer aber mit dem Kreditmandat schon den Schritt zur Institution «Bürgschaft» getan hatte, für den war diese Schwierigkeit überwunden. Der Bürge *(fideiussor)* haftete auf *idem quod Maevius debet*, und dazu gehörten nun auch einmal die vereinbarten Darlehenszinsen, nicht anders als in C. J. 4,35,18 die gesetzlichen Verzugszinsen.

III. Der Text paraphrasierte wohl ein Reskript wie C.J. 4,35,18, freilich für Vertragszinsen. Die konkrete Aussage wird durch einen Satz zum Kreditmandat eingeleitet, der sich in dieser Form auch schon im Reskript selbst gefunden haben könnte.

Kommentar zu § 94

L 102, 103, 104 = R III 103, 104, 105 = R II 89 = R II 153b, 90a, b = D 87a = D 144b, 87b, c = R I 60, 42, - = P 66, 67a, b = Ar 88, 89a, b = Arm 88, 89a, b = Georg 89, 90a, b = G 23 (teils) = E = B 87, 82 = I 20f./20, 34/17

A

§ 94 weist starke Übereinstimmungen auf mit § 125 (nur vorhanden in: D 143, 144 = R II 153 = Arm 145, 146 = Georg 142, 143), auch wenn die Reihenfolge der Absätze völlig anders ist. § 94a Absätze 1-4 stimmt fast wörtlich mit den entsprechenden Absätzen von § 125 überein, bei § 94b und § 94c Absatz 1 und 2 zeigen sich aber bereits größere Unterschiede und § 94c Absatz 3 paßt nur noch thematisch entfernt zu § 125 am Ende. Anders als bei den sonstigen Fällen, in denen ein und derselbe Paragraph der Vorlage (Archetypus α) in den abgeleiteten Versionen zweimal überliefert ist, sind die beiden Texte hier kaum durch Aufnahme eines Paragraphen der Vorlage in zwei «Durchgängen» zu erklären.[1] Es ist also davon auszugehen, daß der entsprechende Text schon in α doppelt überliefert war, einmal in dem Teil, der in der Version L erhalten ist (L 102-105), zum anderen in offenbar teilweise veränderter Form in den in L verschwundenen Schlußabschnitten.

B

I. Es geht in der Stelle zunächst um das Intestaterbrecht von Töchtern nach Vater und Mutter und um die Kollationspflicht der Töchter. Die Töchter hatten eine Mitgift zu

---

Zu § 94:

[1] Vgl. oben Band I, Kap. IV, Abschnitt 2 d (S. 77f.).

Lebzeiten des Vaters erhalten und wollten nun wohl zu gleichen Teilen wie ihre Brüder erben. Die Entscheidung lautet, daß die Mitgift in die Erbteilung, d. h. rechnerisch in den Nachlaß, einzubringen ist und dann erst die vorausgesetzten gleichen Erbanteile berechnet werden. Auf die so ermittelten Werte ist den Töchtern die Mitgift anzurechnen. Von einer Unterscheidung der Arten der *dos* ist nicht die Rede.[2] Ebenso findet sich kein Wort von der Unterscheidung ziviler und prätorischer Erben. Der Stand der allgemeinen Pflicht zur Kollation[3] des Vorempfangs ist bereits erreicht (vgl. C.J. 6,20,4). Der Titel *de collationibus* in C.J. 6,20 bietet eine Reihe von Beispielen dazu. C.J. 6,20,8 (Diocletianus et Maximianus, 290 n. Chr.) könnte inhaltlich der Grundtext zu § 94a Absatz 1-3 unserer Stelle gewesen sein. Doch ist auch eine Ähnlichkeit zu C.Th. 4,2,1 (Arcadius et Honorius, 396 n. Chr.) und I.Th. festzustellen. Die Kollationspflicht der Töchter findet sich - eher beiläufig als zentral - auch in § 125 Absatz 6.

II. Was ab Absatz 4 folgt, hat mit dieser Sonderfrage des Tochtererbrechts und der Kollationspflicht nichts zu tun. Es beginnt ein Traktat zu Fragen des Intestaterbrechts. Der Ausgangsfall (Absatz 2) wird dabei «fortgesponnen»: Nach dem Vater stirbt nun auch eines der Kinder, ein Sohn, und wird beerbt, während die Mutter lebt.

1. Zur Debatte steht das Intestaterbrecht nach dem verstorbenen Sohn dieses Ausgangsfalles. Als Erben kommen seine Brüder, seine Schwestern - die «Töchter» des Ausgangsfalles - und seine Mutter in Frage. Die wiedergegebene Regel ist aus § 1 Absatz 8 bekannt. Der Schwerpunkt ist dabei das Erbrecht der Mutter: Die Mutter erbt gleichermaßen, d. h. zu gleichem Anteil, neben allen ihren Kindern, nicht nur neben ihren Töchtern. Die Veränderung gegenüber dem *SC Tertullianum* ist damit noch einmal bezeugt.[4] Wieder zeigt sich in der *interpretatio* ein späterer Rechtszustand, der dem aus der Zeit des paraphrasierten Grundtextes nicht mehr entspricht. Es liegt keine Flüchtigkeit vor, wie NALLINO[5] meint. Seine nachgetragene Erwägung, C.Th. 5,1,7 sei wiedergegeben, weil nun auch die Frau ohne *ius liberorum* erbe, ist nicht auszuschließen, aber auch nicht erzwungen.

2. Die Diskussion zum Erbrecht der Mutter neben deren Kindern wird zu dem Fall weitergeführt, daß die Mutter des Erblassers nur mit Vatersbrüdern oder deren Söhnen konkurriert. Hier ist die Konstitution Konstantins I. (C. Th. 5,1,1) aufgenommen, wonach die Mutter, die das *ius liberorum* hat, neben den Onkeln $^2/_3$ des Nachlasses erbt. Der Text spricht zwar nicht vom *ius liberorum*, geht aber anscheinend von einer Mutter mit mehreren (zum Teil vorverstorbenen) Kindern aus,[6] so wie es die Fallentscheidung auch erfordert; gab es doch wirklich mindestens drei Kinder.

3. Es folgt ab § 94c erneut das Prinzip, daß nur die konsanguinischen Geschwister, welche der Verfasser als Agnaten des ersten Grades bezeichnet, ohne Rücksicht auf das Geschlecht zur Erbschaft berufen werden, in allen weiteren Graden aber die männlichen Mitglieder desselben Grades vor den weiblichen erben. Vgl. dazu die Kommentare zu §§ 1 und 33.

---

[2] Vgl. dazu KASER, RP I 732 und II 540; KUNKEL, Römisches Recht 480.

[3] NALLINO, D'alcuni passi del «Libro siro-romano» 786 = Racc. IV 432.

[4] Vgl. den Kommentar zu § 1.

[5] D'alcuni passi del «Libro siro-romano» 824 = Racc. IV 468.

[6] SELB, Zur Bedeutung 58.

4. Die bisherigen Übersetzungen von SACHAU haben nicht erkennen lassen, daß in der Folge der Darstellung ein Übergang zum Kognatenerbrecht allgemein stattfand. Es geht um die Abkömmlinge von Frauen, die nicht - jedenfalls nicht unter den Agnaten, für welche die unter 3. besprochene Regel galt - erben. Dabei wird besonders hervorgehoben, daß hier unter männlichen oder weiblichen Erbanwärtern nicht mehr unterschieden werden muß.

5. Vollends mißverstanden wurde in der Literatur bislang der Schlußabsatz. Der Ausdruck Geschlecht (γένος) ist kein Hinweis auf Parentelen.[7] Er bezeichnet wie in §§ 1 und 33 einfach bestimmte «Gruppen» von Erbanwärtern. Die Gruppen, die er meint, sind dann auch keineswegs Parentelgruppen: Als erstes greift der Verfasser aus dem «Geschlecht» des Vaters - gemeint sind einfach die Agnaten - die Gruppe der männlichen Agnaten heraus, die den weiblichen vorgezogen werden. Fehlen sie, so kommen erst die weiblichen Agnaten zum Zug, von denen im Satz *ultra consanguineas* die Rede ist. Und fehlen auch diese schließlich - die Kinder der weiblichen Agnaten übergeht der Verfasser -, so kommen die mütterlichen Verwandten des Erblassers zum Zug. Als allgemeines Prinzip für diese Kognatenerbfolge wird dann noch das der Gradesnähe genannt.

III. Der Traktat ist genau wie jener zu §§ 1 und 33 sehr lückenhaft, mißt man ihn an einer vollständigen Darstellung des römischen Intestaterbrechts. Als Schulerörterung, durch die Diskussion des konkreten Ausgangsfalles attrahiert, wird er jedoch verständlich. Ein sachlicher Vergleich mit § 125 soll dem Kommentar jener Stelle vorbehalten sein.

Kommentar zu § 95

L 105 = R III 106 = R II 82 = D 80 = R I 37 = P 61 = Ar 81 = Arm 80 = Georg 81 = B 80

I. Es handelt sich um einen Traktat aus dem Thema *soluto matrimonio dos quemadmodum petatur* über die Zuordnung der Sklavenkinder und der Tierjungen, wenn Sklavinnen und Tiere zur *dos* der Ehefrau gehörten. Fallen die Kinder und Tierjungen als «Früchte» der *dos* an den Ehemann oder vermehren sie die *dos*, war die Frage. Damit ist der gleiche Themenkreis berührt wie schon beim antichretischen Pfand an Sklavinnen und weiblichen Tieren in § 91. BRUNS[1] fand die Bestimmungen «sehr auffallend» und «absolut unrömisch».[2] Da er keine entsprechende generelle Konstitution über die Verteilung der Sklavenkinder oder Tierjungen fand, dachte er an eine Lokalsitte. Die gleiche Teilung findet sich bei der Mitgift (φερνή) auch noch in §§ 108 und 119.

II. Die Einleitung hebt zunächst einmal hervor, daß es grundverschiedene Lösungen für die Nutzung von Land einerseits und von Sklaven und Tieren andererseits gibt. Das war auch schon in der Einleitung zu § 91 ausgedrückt. Hier wie dort stehen wir vor der Frage, ob der Unterschied darin liegt, daß die Sklavenkinder und die Tierjungen gar

---

[7] Vgl. den Kommentar zu § 1.

Zu § 95:

[1] BRUNS-SACHAU III 275f.

[2] Dagegen schon SELB, Zur Bedeutung 191 Fn. 103.

nicht zu den Nutzungen gehörten oder darin, daß dem Mann nur die Feldfrüchte als Nutzungen ganz zufielen. In § 91 fielen sie dem Pfandgläubiger zu.

1. Das Grundprinzip für die Nutzung der Dotalgegenstände findet sich in D. 23,3,7 pr.: *Dotis fructum ad maritum pertinere debere aequitas suggerit: cum enim ipse onera matrimonii subeat, aequum est eum etiam fructus percipere.* Ebenso lautet die Regel in C.J. 5,12,20 (Diocletianus et Maximianus, 294 n. Chr.), wonach dem Mann *pro oneribus matrimonii* alle *fructus dotis* gehörten. Die *dos* wird also an sich durch den Zuwachs vermehrt, aber nicht durch Früchte, die danach dem Mann zustehen.[3] Umstritten war nun, ob *partus* und *fetus*, Sklavenkind und Tierjunges zu den Früchten gehörten.[4] Bei der Antichrese konnte man sich noch auf die Auslegung der konkreten Abrede stützen, etwa wenn eine Sklavin oder ein Tier lediglich zur Nutzung ihrer Arbeitsleistung überlassen wurden. Bei der *dos* aber mußte man wohl die Nutzung als die typische Nutzung verstehen, um den Zuwachs von der Nutzung abzugrenzen. Und man mußte dazu noch die besondere Regel beachten, die bei Herden galt, daß nämlich vorweg deren Bestand gewahrt werden mußte.

2. Für die Kinder der Dotalsklavinnen galt dabei - wie es auch in § 91 a. E. anerkannt ist[5] - Besonderes. Sie zählten schlechthin nicht zu den Früchten, sondern wurden Teil der *dos*; selbst eine besondere Abrede konnte daran nichts ändern: D. 23,3,69,9. Unser Text macht aber, so wie er da steht, keinen Unterschied zwischen Sklavenkindern und Tierjungen. Eine Textkorrektur, wie SACHAU sie zu der Handschrift RII 82 vorschlug, kann man heute nicht mehr für die rechte Lösung des Problems halten.[6] Es bleibt immerhin die Möglichkeit, daß der Text sich in der Antwort («jeder Gattung») nur noch auf Herdentiere («und sie sich an Zahl vermehren aufgrund der Jungen») bezieht, die Sklavenkinder nur in der Anfrage vorkommen. § 108 nimmt uns auch diese Möglichkeit der harmonisierenden Erklärung. Dort werden auch die Sklavenkinder wie Tierjunge verteilt. Daß die Gleichbehandlung dann freilich *partus* wie *fetus* aus dem Nutzungsvertrag ausnimmt und der Frau im Prinzip zuweist, ist eine Lösung, die auch § 108 belegt.

3. Für die Tierjungen hält Ulpian D. 23,3,10,3 fest, daß die Jungen der Kleintiere dem Ehemann (für die *onera matrimonii*) zustehen und nicht die *dos* vermehren, immer mit dem Vorbehalt für Herdentiere, wo die Zahl zuerst stets aufgefüllt werden mußte. Esel und Stute waren danach nicht inbegriffen; so auch § 91. Unser Text scheint nur von Herdentieren auszugehen, weil er davon spricht, daß zuerst die Herdenzahl aufzufüllen ist, bevor der Zuwachs an Jungen verteilt wird. In § 91 war nun für Herdentiere gesagt, daß die Tierjungen, die über die Zahl der zu ergänzenden Tiere hinausgingen, dem Gläubiger aus anderen Gründen als denen der Fruchtnutzung zugewiesen werden.

4. Dem entspricht unsere Halbteilung der überzähligen Tierjungen, denn sie wird ausdrücklich *propter impensas* verfügt. Es geht im Schlußsatz der Stelle nicht etwa um eine Begründung der Art, daß die Tiere als *fructus* dem Mann überhaupt wegen der *onera matrimonii* zustehen sollen. Sie standen ihm an den genannten Tieren gerade nicht zu. Von den Impensen war konkreter in § 91 die Rede, nämlich von den Kosten

---

[3] Vgl. KASER, RP I 333 mit weiteren Belegen.

[4] Vgl. dazu FILIP-FRÖSCHL aaO (§ 91 Fn. 7) 112f.

[5] Vgl. oben zu § 91 unter II, 3.

[6] Vgl. SELB, Zur Bedeutung 191 Fn. 103.

für den Hirten und die Hirtenhunde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es bei der Antichrese direkte Abreden solcher Art gab. Bei der *dos* aber wurde wohl eine gröbere Regel allgemein formuliert und ähnlich gestaltet.

III. Die Stelle bietet einen Traktat, der zu jedem beliebigen Grundtext paßt, der sich mit der notwendigen Rückerstattung einer Mitgift befaßte. Es ist ein solcher Grundtext in der Stelle nicht zu erkennen. Doch wissen wir bereits, daß es Grundtexte gab, die in ihrer Hauptaussage der Interpretation nicht bedurften, weil sie leicht verständlich waren.

Kommentar zu § 96

L 106 = R III 107 = R II 150 = D 156 = R I 35b = Q = O 207, 162

I. Der Verfasser bietet einen Traktat darüber, wer im Prozeß ein geeigneter Zeuge sein könne. Nach einer etwas umständlichen Einleitung, in dem der Anlaß (Mangel an Urkunden) dargestellt wird, der eine Partei zwingt, sich auf Zeugen zu berufen, wird zunächst die notwendige Zahl der Zeugen besprochen; dann werden nacheinander Fälle der Unfähigkeit, Zeuge zu sein, aufgezählt. Die Aufzählung erinnert stark an den Versuch, der sich schon bei Callistrat findet (D. 22,5,3). Die Frage der Zeugenzahl aus der Hauptaussage geht auf C.Th. 11,39,3,1 = C.J. 4,20,9,1 (334 n. Chr.) zurück. Es liegt nahe, daß der Verfasser zu Beginn diese Konstitution frei wiedergab, die weiteren Äußerungen aber aus verstreuten Belegen zusammenstellte. Die Gesamtdarstellung bei Callistrat wird insoweit nicht als solche übernommen. Zwar beginnen beide Traktate mit der Eigenschaft eines Zeugen *honestae et inculpatae vitae* und mit dem Ausschlußgrund der Freundschaft und Feindschaft, sie setzen aber verschieden fort. Auch der Stilunterschied ist nicht zu verkennen. Unser Verfasser wendete sich wohl nicht wie Callistrat an ein anspruchsvolles Publikum.

II. 1. Die Angabe «zwei oder drei» bei der Zahl der Zeugen hält Bruns[1] für unjuristisch, unrömisch, auf biblische Belege zurückgehend. Und er zitiert dafür 5. Mos. (Dtn.) 17,6 und 19,15; Matth. 18,16; 2. Kor. 13,1 und 1. Tim. 5,19. Es mag nun durchaus sein, daß die konstantinische Regel und ihre Deutung christlich-orientalisch beeinflußt waren.[2] Der Verfasser gibt aber die Konstitution, wonach es mehr als ein Zeuge sein muß, juristisch korrekt wieder; wo ein Zeuge nicht genügt, müssen es wohl zwei oder drei (oder mehr) sein (vgl. Ulpian D. 22,5,12).

2. Die Zeugen müssen ehrbare Personen sein; auch das spricht die Konstitution C.Th. 11,39,3,1 aus. Sie dürfen nicht bei bestimmten *crimina* betroffen worden sein. Der Verfasser zählt einige auf, ohne einen abschließenden Katalog geben zu wollen. Genannt werden konkret Diebstahl, Raub, Zauberei, dann wird einfach auf gleichzuachtende *crimina publica* verwiesen. Daß es weitere *crimina* in solchen Katalogen gab,

---

Zu § 96:

[1] Bruns-Sachau III 276ff.

[2] Zum biblischen Ursprung der Zeugenzahl Manigk, Bespr. zu Sachau, Syr. RB 375. Zur angeblich volksrechtlichen Praxis, von der Selb, Zur Bedeutung 192 und Fn. 104, früher ausging, vgl. Rudorff, Legum saecularium Constantini Theodosii et Leonis capita 118; Bruns (Bruns-Sachau III) 276ff.; Taubenschlag, Il diritto provinciale, (JJP 6) 118 und Fn. 132 = Op. Min. I 310 und Fn. 132; Volterra, Un ipotesi 35.

zeigt schon D. 22,5,14.[3] Dabei taucht für unseren Text aber die wichtige Frage auf, ob dem Verfasser noch bewußt war, daß er für seine Aufstellung Texte verwendete, die sich original nicht zu Prozeßzeugen, sondern zu Geschäftszeugen äußerten.[4] Die Frage wird uns unten bei der Frage nach der Bedeutung des Alters für die Zeugeneigenschaft noch besonders beschäftigen.

3. BRUNS[5] fand zu seiner Zeit noch keine Lösung für die Frage, was man unter der ἐξωμοσία zu verstehen habe. RUDORFF[6] hatte noch den Meineid darunter verstanden. BRUNS vermutete letztlich einen Konkursschuldner. Die ἐξωμοσία des attischen Prozesses[7] und der ptolemäischen Papyri Ägyptens aus dem 3. Jh. v. Chr. ist ein Eid, wegen Unkenntnis kein Zeugnis geben zu können.[8] Da der Fall unter die Unfähigkeiten eingereiht wird, muß es sich um einen Voreid gehandelt haben, der schon außerhalb des Verfahrens zu leisten war. Nun kannte auch das römische Recht einen solchen Eid *de ignorantia*.[9] U.E. findet er sich in unserer Stelle unter dem alten, griechischen Namen der ἐξωμοσία als römische Einrichtung. Man kann das Bedenken verstehen, eine griechische Einrichtung sieben Jahrhunderte später in einem fremden Rechtskreis wiederzufinden. Die Parallele des Problems und der Lösung liegt jedoch nahe; und der Ausdruck im Griechischen konnte über die Zeit hinweg stets präsent gewesen sein. Der Zeuge schwor sich aus dem Prozeß hinaus. Das zeigt uns übrigens auch noch Justinian in C. J. 4,20,16.

4. Römisch ist auch die absolute Unfähigkeit der Sklaven, Zeugen zu sein.[10]

5. Unversehens geht der Verfasser aber nun zu den relativen Unfähigkeiten über, der Unfähigkeit von Familienmitgliedern, von Freunden bzw. Feinden einer Partei, von Handelspartnern, die sonst in dergleichen Aufzählungen fehlen, aber durchaus hierher gehören. Die Familienmitglieder *(parentes et liberi)* finden sich in C. J. 4,20,6 (Diocletianus et Maximianus, 294 n. Chr.).

6. Ein besonderes Problem sind die Personen, die «an Jahren» nicht «vollendet», also noch nicht erwachsen sind. Das römische Recht kennt den Ausschluß der *impuberes*[11] als Zeugen. Unser Text definiert aber die Unmündigen als Personen unter 25 Jahren. Das könnte nun auf einem uns sonst nicht überlieferten Gesetz seit Konstantin I. beruhen.

---

[3] Vgl. M. KASER, Art. *testimonium*, RE SA, 1047f.; DERS. Infamia und ignominia in den römischen Rechtsquellen, in: SZ 73 (1956) 220-278, hier: 256 und Fn. 163; KASER-HACKL, ZP 282 (§ 53 IV); Dieter SIMON, Untersuchungen zum justinianischen Zivilprozeß, München 1969, 237.

[4] KASER, Art. *testimonium*, aaO 1047.

[5] BRUNS-SACHAU III 276ff.

[6] Legum saecularium Constantini Theodosii et Leonis capita 119.

[7] KASER, Art. *testimonium* aaO 1055.

[8] Vgl. PREISIGKE, Fachwörter 80; KASER, Art. *testimonium*, aaO 1045; Dikaiomata. Auszüge aus Alexandrinischen Gesetzen und Verordnungen in einem Papyrus des philologischen Seminars der Universität Halle (P. Hal. 1), hrsg. von der Graeca Halensis, Berlin 1913, 132; Elephantine, Fragment 2 (Elephantine-Papyri. Bearbeitet von O. RUBENSOHN, Berlin 1907, 83); P. Hibeh 197,9 (The Hibeh Papyri, vol. 2, ed. E. G. TURNER, London 1955, 70-74).

[9] Das sieht bereits Moritz A. von BETHMANN-HOLLWEG, Der germanisch-romanische Civilprozess im Mittelalter, 3. Band, Bonn 1874, 276; ebenso KASER, *testimonium* 1060; die Exomosie will er damit aber nur verglichen haben.

[10] Vgl. einfach KASER, Art. *testimonium* aaO 1047.

[11] Vgl. KASER, ebenda 1048ff.

Doch ist nicht ausgeschlossen, daß der Verfasser in seiner Vorlage nur den impubes fand, ihn aber nach seiner Vorstellung ausdeutete.

Der nicht Volljährige - in welchem Sinne immer - ist aber Anlaß für eine ganz besondere Diskussion. Der Sinn ist nur schwer aus dem schwierigen, wenn nicht gar etwas korrumpierten Text zu gewinnen. Wer zur Zeit der Aussage im Prozeß volljährig war, konnte zur Zeit des Ereignisses, über das er berichtete, durchaus noch minderjährig gewesen sein, wie immer man auch jetzt den Begriff versteht. Nun wäre es eine grobe Verallgemeinerung, anzunehmen, daß die Wahrnehmungsfähigkeit eines Zeugen, der vielleicht gerade kurz nach der Wahrnehmung volljährig wurde, durch seine Jugend absolut beeinträchtigt war. Ganz anders aber, wenn man unter der Angelegenheit, über die prozessiert wurde, einen Geschäftsvorgang versteht, für den man Geschäftszeugen benötigte, die später als Prozeßzeugen benötigt wurden. Solche Geschäftszeugen mußten bestimmte Eigenschaften haben, die zwar im Bereich «Geschäftszeugen» diskutiert wurden, später aber auch im Bereich «Prozeßzeugen» aufgenommen wurden. Es liegt nahe, daß die Unfähigkeit des *impubes*, Geschäftszeuge zu sein, am Anfang stand und später auf den Prozeß übertragen wurde. Dann aber mußte bei einem Prozeß über einen zeitlich zurückliegenden Geschäftsvorgang das von unserem Verfasser behandelte Problem entstehen.

IV. Der Eid ist nach römischem Recht ein Voreid im Prozeß; C. Th. 11,39,3 (und I. Th.) *priusquam perhibeant testimonium.* Nach unserem Text aber wird der Eid geleistet, die Wahrheit «gesagt zu haben». Hat der syrische Übersetzer hier gepatzt? Wir können es nicht ausschließen.

Kommentar zu § 97

L 107 = R III 108 = R II 45 = D 47 = P 76a = Ar 45 = Arm 52 (53) = Georg 53 = O 204, 221

A

Der Text des Paragraphen ist in allen Versionen fehlerhaft, war es also wohl schon in der gemeinsamen Vorlage. Das in L am Anfang vorkommende Wort *pursā* (πόρος) «Grund, Vermögen, Möglichkeit, Weise» gibt keinen überzeugenden Sinn («wenn ein Grund da ist und ein Mann einem anderen einen Betrag Geld schuldet»). In den abgeleiteten Versionen (D, R II, O, Ar, Arm) steht dafür - ebenfalls nicht einleuchtend - «wenn ein Christ da ist ... », in P «wenn eine Urkunde (*štārā* oder *eštārā*) da ist ... ». Letzteres trifft wohl den Sinn, zumal im folgenden mehrfach davon die Rede ist, daß «der Schuldschein» älter als dreißig Jahre ist, seine Existenz in dem behandelten Fall also vorausgesetzt wird. Wahrscheinlich hat in der Bearbeitung an der Stelle ursprünglich das Wort ܟܪܛܝܣ (χάρτης) «Urkunde» gestanden, das leicht zu dem im Syrischen ähnlichen ܟܪܣܛܝܢ «Christ» verlesen werden konnte.

Als Beispiel für ein «bestimmtes» Pfand nennen L und R III nur den Acker, doch da der folgende Satz lautet «oder etwas anderes, das *diesen* gleicht», sind die anderen Beispiele (Weingarten, Sklave, Haus) dort offensichtlich ausgefallen.

In der Hs. L kommt im zweiten Absatz noch zweimal das bereits erwähnte Wort *pursā* (ܦܘܪܣܐ) vor. Bei der ersten Stelle ist es wieder unverständlich und sicher durch das im

syrischen Schriftbild ähnliche *parṣōpā* (ܦܪܨܘܦܐ) «Person» der abgeleiteten Versionen (R II, D und P) zu ersetzen, zumal in R III das inhaltlich gleiche *nāš* «jemand» hat. An der zweiten Stelle steht es aber in allen Versionen zu Recht.

Der nochmalige Hinweis auf die Gesetze des Theodosios in Absatz 4, der in L fehlt, wird ein Zusatz des Bearbeiters sein; er findet sich in R II, D, M und O (oberer Apparat, lit. l), in P werden allgemein die «christlichen Kaiser», in Arm «die Gesetze» genannt.

B

I. Es geht thematisch um die Klagenverjährung nach dem Zitat, konkret um jene, die Theodosius II. in C.Th. 4,14,1 pr. (424 n. Chr.) = C.J. 7,39,3 pr. verfügt hat, die freilich auch in Nov. Val. 27,3-8 und Nov. Val. 35,12 zitiert wird, als sei gerade unsere Ausnahme aufgehoben. Für alle bis dahin zeitlich unbegrenzten Ansprüche sollte nach 30 Jahren der *actio* eine *praescriptio longi temporis* möglich sein. Eine einzige Ausnahme sollte für den Pfandgläubiger gelten; seine Pfandklage sollte nur dann der *praescriptio* unterworfen sein, wenn sich die Pfandsache nicht mehr beim Schuldner selbst befand: *eodem etiam in eius valente persona, qui pignus vel hypothecam non a suo debitore, sed ab alio possidente nititur vindicare.* Genau das sagt unser Text überaus wortreich, mit Beispielen und mit Folgerungen, so als sollten Schüler instruiert werden. Der Verfasser will nicht den bloßen Text der Konstitution wiedergeben, sondern ihn erläutern. Diese Form der Darstellung findet sich allenthalben im Rechtsbuch. Leider enthält die *interpretatio* aus dem Breviar insoweit nur noch den Abrogationsvermerk nach Nov. Val. 27.

II. Die von BRUNS[1] festgestellten inhaltlichen Divergenzen zwischen der Konstitution C.Th. 4,14,1 pr. und unserer Stelle gibt es nicht. BRUNS geht erneut zu Unrecht davon aus, daß unser Text wie ein Gesetzestext zu lesen sei. Nur so kommt er dann auch zu seiner unhaltbaren Auffassung, C. Th. 4,14,1 sei schon im *Codex Theodosianus* interpoliert; nur unsere Stelle aus dem Rechtsbuch gebe den Originaltext wieder.

1. BRUNS kann darin zugestimmt werden, daß im *Codex Theodosianus* der Text der Konstitution ohne seine originale Einleitung (Prooimion) aufgenommen worden ist, sich aber diese Einleitung in unserem Text findet. Das weist darauf hin, daß unser Verfasser den Text nicht aus der Fassung im *Codex Theodosianus* genommen haben kann. R II 45 und D 47 enthalten weitere Ausschmückungen, die sekundär sind, d. h. den Verfassern dieser Redaktionen zuzuschreiben sind.

2. Um die Grundaussage des *principium* der Konstitution zu erläutern, greift unser Verfasser am Beginn des Textes aus der Fülle der Möglichkeiten nach C.Th. 4,14,1 pr. eine spezielle *actio personalis* auf, konkret das Beispiel einer Geldschuld. Sicher steht in der Konstitution kein solches Beispiel; das verbietet schon die generalisierende Gesetzesaussage. Im Lehrtraktat hat das Beispiel aber seinen Platz. Und es ist auch keine Divergenz zur Regel, sondern Erläuterung, wenn sogleich angeführt wird, daß auch gegen die Kinder des Schuldners nicht geklagt werden könne. Zum einen ist nach 30 Jahren eine Klage rein nach der Generationenfolge eher gegen die Kinder als Erben des Schuldners als gegen den Schuldner selbst gerichtet. Zum anderen ist es auch rechtlich

---

Zu § 97:

[1] BRUNS-SACHAU III 278f.

von Interesse, daß die Kinder als Universalsukzessoren in die Stellung des Schuldners eintreten, und daß daher die Verjährungsfrist von 30 Jahren gegen die Erben nicht neu zu laufen beginnt.

3. Auch von den Bürgen und ihren Kindern ist im Text der Konstitution nicht die Rede, was BRUNS als weitere Divergenz anführt. In einer Erläuterung hat aber auch diese Aussage ihren Platz. Es war nun sicher nicht die Frage behandelt, ob die Forderung des Bürgschaftsgläubigers gegen den Bürgen ebenfalls zu den personalen Klagen gehöre, die nach 30 Jahren nicht mehr geltend gemacht werden konnten. Das wäre denn doch zu einfach gewesen. Der Verfasser der Interpretation geht vielmehr von der einmal durch Bürgschaft, einmal durch Pfand gesicherten Geldschuld aus und fragt, ob die Bürgschaft aus Gründen der Akzessorietät nach der Verjährung der Hauptschuld noch geltend gemacht werden könne, d. h. ob der Bürge sich auf die *praescriptio* der Hauptschuld berufen dürfe. Das war freilich nur dann von Bedeutung, wenn die Bürgenschuld nach der Hauptschuld begründet worden war und wenn für sie selbst die 30 Jahre noch nicht abgelaufen waren. Die Antwort ist, daß auch der Bürge nicht in Anspruch genommen werden kann, wenn die Hauptschuld der *praescriptio* unterfällt. Daß auch die Kinder des Bürgen erwähnt werden, spricht eher dafür, daß der Verfasser die Kinder, von deren Schuldenhaftung als Erben des Bürgen er ausgeht, rein faktisch einbezieht.

4. Die Konstitution nahm eine Klage besonders heraus und verfügte für sie eine Besonderheit: Der Pfandgläubiger sollte nach 30 Jahren nicht gehindert sein, gegen den Pfandschuldner vorzugehen, bei dem sich die Pfandsache befand. Gegen Dritte jedoch, die den Pfandgegenstand vom Pfandschuldner erworben haben, sollte er nicht mehr vorgehen dürfen. Unser Text führt das nun breit an Beispielen des Dritterwerbs aus. Zunächst aber führt er in seiner Erläuterung Beispiele für Pfandgegenstände an, die üblicherweise bei einer speziellen Verpfändung in Frage kommen, nämlich Äcker, Weinberge, Sklaven, ein Haus oder anderes. Die Formulierung «bestimmt und bekannt» aus Absatz 2 bezeichnet eine derartige spezielle Verpfändung von einzelnen Gegenständen. *Specialiter* heißt es z.B. in C.J. 8,13(14),2 und in D. 20,1,6.

5. Von diesen speziell verpfändeten Gegenständen nimmt unser Verfasser an, daß sie durch Übereignung in den Besitz eines Dritten gelangt sind. Und er nennt die Rechtsgründe solcher Übereignungen, zu denen sämtlich Besitzübertragungen erforderlich waren: Schenkung, Kauf, Eheschenkung, Doshingabe oder «auf andere Weise». Das Pfandrecht blieb in diesen Fällen seiner Dinglichkeit wegen bestehen. Der Dritte, der im Besitz der Sache war, konnte sich aber wie der Bürge auf die Akzessorietät des Pfandes berufen. Das war dem im Besitz der Pfandsachen gebliebenen Schuldner und Pfandbesteller dagegen nicht möglich; ihm gegenüber konnte der Pfandgläubiger vindizieren. Umgekehrt nimmt der Verfasser von den generell verpfändeten Sachen an, daß sie nicht veräußert wurden. Es geht um ein Generalpfand über *omnia quae habet habiturusque est*, wie auch unser Text sagt. Wir wissen leider nicht, ob mit dem Generalpfand ein Veräußerungsverbot verbunden war. Doch ist der Gedankengang des Verfassers ohnehin nicht tiefschürfend. In den Besitz eines Dritten im Sinne von C.Th. 4,14,1 pr. konnten auch diese Sachen gelangen.

6. Nach der Wiedergabe des Ausnahmefalles der Pfandklage kehrt der Verfasser zur Grundaussage zurück. Die *praescriptio* sollte sonst für jedwede Klage über jedwede Angelegenheit gelten. Und der Verfasser bietet dafür auch gleich Beispiele der Erläuterung,

nicht etwa - wie in einem Gesetzestext - einen abgeschlossenen Katalog. Er nennt zuerst nochmals die «Schuld», worunter er wohl eine Geldschuld versteht, dann die Erbschaftsklage, die Klage aus einer gesetzlichen Forderung *(actio ex lege)*, die Teilungsklage, ein Beispiel einer Deliktsklage *(vi bonorum raptorum)*, die Grenzteilungsklage *(actio finium regundorum)* - von der BRUNS fälschlich behauptet, er finde sie in unserer Stelle nicht -, schließlich die Klage aus einer Wasserleitungsservitut, sei es im ländlichen, sei es im städtischen Bereich (νομαί und ἀγωγοί). Die *petitio finium regundorum* macht ein Problem. Im Schlußsatz von C.Th. 4,14,1 heißt es, daß diese *petitio iure durabit.* Hatte unser Interpret eine Fassung der Konstitution vor sich, die wie C.J. 7,39,3 pr. diesen Satz nicht mehr enthielt? WIEACKER[2] hat für eine Reihe von Stellen eine größere Nähe zwischen I.Th. und C.J. als zwischen C.Th. und C.J. vermerkt. Wir haben hier einen ähnlichen Befund.

9. Schon der Ausnahmefall der *actio pigneraticia in rem* zeigt, daß nach der Meinung unseres Interpreten unter «jeder Klage» auch dingliche Klagen erfaßt sind. Die Beispiele von Wasserleitungsgerechtigkeiten zeigen das noch einmal deutlich. In der Konstitution selbst war von ihnen nicht besonders die Rede. Wir verdanken sie dem Verfasser des Rechtsbuches.

10. BRUNS rügt, daß unser Text den weiteren Inhalt der Konstitution nicht aufgenommen habe. Nun wissen wir aber aus der I.Th. zu C.Th. 4,14,1, daß die Konstitution *in reliquis rebus fuerit abrogata.* Trägt unser Verfasser dem Rechnung oder interessierte ihn nur das Grundproblem?

Kommentar zu § 98

L 108, 109, 110 = R III 109, 110, 111 = R II 53, 54, 55 = D 52a, b, 53 = R I 56a, b, 57a = P 42, 43, 44 = Ar 53a, b, 54 = Arm 53, 54, 55 (54, 55, 56) = Georg 54, 55, 56 = Tim = Q = I 39/2β, 12α

I. Die in den Handschriften getrennten zwei oder drei Stellen sind Teil eines geschlossenen Traktats zum Thema *de incestis nuptiis* und durch die sekundäre Paragraphenzählung willkürlich getrennt worden.[1] Die Darstellung beginnt mit dem Verbot, daß niemand die Frau seines Bruders zur Frau nehme. Dieses Verbot wird an Hand einer Konstitution der Kaiser Constantius und Constans (C.Th. 3,12,2; 342 n. Chr.) behandelt, vielleicht ergänzt um eine nicht überlieferte Konstitution des Julian Apostata[2] zur Möglichkeit einer kaiserlichen Dispens (vgl. den Hinweis in C.J. 5,5,9) und um die Folgen der inzestuösen Ehen aus C.Th. 3,12,3 = C.J. 5,5,6 (Arcadius et Honorius, 396 n. Chr.). Eigenartig ist nur, daß die I.Th. 3,12,2 ziemlich wörtlich als C.J. 5,5,5 (Valentinianus, Theodosius et Arcadius, 393 n. Chr.) publiziert worden ist. C.J. 5,5,9 (Zeno, 476-484) behauptet von sich, diese Dispensen aufgehoben zu haben. Unser Verfasser erläutert

[2] Lateinische Kommentare 269ff.

Zu § 98:

[1] So schon SELB, Zur Bedeutung 192.

[2] VOLTERRA, Il Libro Siro-Romano 305 = Scritti giuridici V 51, meint, die Dispensmöglichkeit stamme von dem Usurpator Basiliscus.

jedenfalls das Eheverbot samt Prolog aus C.Th. 3,12,2 nach allen Richtungen - einen Ansatz dazu könnte er in C. Th. 3,12,4 (Honorius et Theodosius 415 n. Chr.) gefunden haben -, geht dann zum Eheverbot mit Nichten[3] und Tanten über und schließlich zum Eheverbot mit der Stiefmutter oder der Konkubine des Vaters.

2. Der Traktat unserer Stelle ist eine Lehrdarstellung für Schüler. Damit unterscheidet er sich wesentlich von anderen Gesamtdarstellungen zum Thema *de incestis nuptiis*, etwa von Gai Ep. 1,4,2ff. oder von Coll. 6 oder von der Darstellung im *Codex Gregorianus* nach Diokletian (Coll. 6,4,5).[4] Dort geht es überall um «Systeme», während in unserer Stelle bestimmte Konstitutionen als Ausgangspunkte für eher assoziative Erwägungen benutzt werden.

II. 1. Das Verbot für den Mann, die Frau des Bruders zur Frau zu nehmen[5] steht am Beginn. Es folgt das Verbot für die Frau, den Bruder ihres Mannes zu heiraten (C.Th. 3,12,4 und I. Th.). Schließlich geht der Verfasser wieder zum Verbot für den Mann zurück, die Schwester seiner Frau zu heiraten: C.Th. 3,12,2 und 4 samt I.Th. Auffällig ist eine sprachliche Parallele zu I.Th. 3,12,2, denn dort ist die Wendung gewählt *uni viro duas sorores habendi penitus licentia denegatur*, wo unser Verfasser «wie sozusagen zwei Schwestern» seiner Falldarstellung anfügt.[6]

2. Der gesamte ausführliche Absatz über die Gründe, die der Gesetzgeber für seine Maßnahme hatte, ist nichts anderes als eine ermüdende Paraphrase eines moralisierenden Prologs. Am ehesten fand sich ein solcher Prolog in einer ersten, konstantinischen Regelung, von der in C. Th. 3,12,3 die Rede ist. Die Kapitalstrafe legt das nahe. Der Prolog dürfte wohl nur einen der Anlaßfälle genannt haben. Die konstantinische Regelung ist uns leider nicht überliefert.

3. Der Text im Rechtsbuch läßt eine Dispens vom Verbot zu. Das wird wiederum ziemlich wortreich wie für Schüler ausgeführt. Das Gesuch um die Dispens an die kaiserliche Kanzlei wird durch eine σάκρα beschieden. Es spricht einiges dafür, daß es gerade Julian Apostata war, der die Dispens einführte. Zeigt doch C. Th. 3,12,2, daß die *veteres*, d. h. die Zeit vor Konstantin I., in der Frage der Verwandtenehen großzügiger waren, und Julian war es, der auf vielen Gebieten den Rechtszustand der alten Zeiten wiederherzustellen trachtete.

4. Die Folgen der verbotswidrigen Verbindung werden nach zwei Richtungen beschrieben. Zum einen werden die Kinder aus der verbotenen Verbindung nicht als eheliche Kinder angesehen. Die Ehe ist also im modernen Sprachgebrauch nichtig. Das Ergebnis findet sich schon bei Ulpian und Paulus (Coll. 6,2 bzw. 3), im *Codex Gregorianus*

---

[3] Schon in C.Th. 3,12,1 von Konstantin I. ausgesprochen, vgl. BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 280, doch fehlt in unserem Text jeder Hinweis auf die dort vorgesehene Todesstrafe.

[4] Vgl. dazu Mario AMELOTTI, Per l'interpretazione delle legislazione privatistica di Diocleziano, Milano 1960, 71 Fn. 37.

[5] Vgl. BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 280; Egon WEISS, Endogamie und Exogamie im römischen Kaiserreich, in: SZ 29 (1908) 340-369, hier: 367f.; MITTEIS, Reichsrecht und Volksrecht 223 Fn. 1; ARCHI, L'"epitome Gai" 147f.; M. Antonio DE DOMINICIS, Riflessi di costituzioni imperiali del Basso Impero nelle opere della giurisprudenza postclassica, o. O. 1955, 57; R. BONINI, Considerazioni in tema di impedimenti matrimoniali nel diritto postclassico e gustinianeo, in: Studi Biondi I, Milano 1965, 485-516, hier: 498ff.

[6] In Gai Ep. 1,4,7 ebenso zu finden.

unter dem Namen Diokletians (Coll. 6,4,3) und in Gai Ep. 1,4,8. Das Ergebnis der Nichtigkeit der Ehe wird im Schlußkapitel unserer Stelle (§ 98c) noch einmal aufgegriffen. Die Konsequenz ist, daß die Kinder aus der Verbindung kein gesetzliches Erbrecht haben. Zum anderen werden aber auch private Strafen für die Mitwisser bei der Verbindung verordnet; sie werden strafweise von der Erbschaft ausgeschlossen. Was das genau heißt, wird unten zum nächstfolgenden Eheverbot genauer ausgeführt werden.

III. 1. Im nächsten Teil des Eheverbotskataloges (§ 98b) werden zunächst die Ehe eines Mannes mit der Tochter des Bruders[7] oder der Tochter der Schwester behandelt. Es fällt hier auf, daß der vorher so auf Vollständigkeit bedachte Verfasser genau wie C.Th. 3,12,1, aber anders als C.Th. 3,12,3 nicht die beiden Fälle behandelt, daß die Frau den Sohn des Bruders oder der Schwester heiratet.

2. Von einer Dispens ist genau wie in C. Th. 3,12,3 nicht mehr die Rede. Die Folgen für die Kinder aus der Verbindung sind wieder die gleichen wie oben beschrieben. Die Kinder sind nicht *filii legitimi*, so wenig deren Mutter *uxor* ist. Aus diesem Grund scheidet ein gesetzliches Erbrecht dieser Personen aus. Präziser aber als vorher wird nun ausgeführt, daß auch für die Mitwisser der Verbindung ein gesetzliches Erbrecht ausscheidet. Darüber hinaus wird den Partnern der ungesetzlichen Verbindung auch das Testierrecht genommen.[8] Interessant ist das Beispiel, das für die Mitwisserschaft oder Zustimmung geboten wird, nämlich das Ehrengeschenk bei der Heimführung. Hier tritt erneut das Problem für den syrischen Übersetzer hervor, *nuptiae* mittelbar richtig zu übersetzen. Er wählt aus seiner völlig anderen Vorstellung[9] jenen Teil der orientalischen Eheschließung, bei dem üblicherweise die Ehrengeschenke gebracht werden, das Gastmahl mit der Heimführung der Braut. Auffallend ist, daß C. Th. 3,12,3 und I.Th. den Partnern der verbotenen Ehe auch die *donandi facultas* nehmen und die *dos* dem Fiskus zuweist, wovon in unserer Stelle nicht die Rede ist.

3. Die Fälle der verbotenen Ehe mit der Tante mütterlicherseits oder väterlicherseits finden sich in keiner der zitierten Konstitutionen, wohl aber in Gai Ep. 1,4,4.

4. Sollte es aus den Familien der beiden Nupturienten jeweils keine gesetzlichen Erben geben, die nicht Mitwisser sind, so fällt der erblose Nachlaß an den Fiskus, der im griechischen Vorlagetext mit ταμιεῖον wiedergegeben war, und den der Bearbeiter richtig mit dem «Schatzhaus des Kaisers» erklärt. C.Th. 3,12,3 und I. Th. enthalten die Vorlage dafür.

IV. Das Verbot, die Stiefmutter zu heiraten (Inst. 1,10,7),[10] ist insofern auffallend, als sonst nicht auch von der Schwägerschaft in der geraden Linie die Rede ist. Doch gelten in einem Lehrtraktat andere Regeln als in einem systematischen Gesetz. Das Verbot ist begleitet von dem anderen, die Konkubine des Vaters zu heiraten. Schon BRUNS verwies auf Ulpian D. 25,7,1,3 und C.J. 5,4,4 (Alexander). Der Verfasser nahm aber eher das kaiserliche Reskript mit seinem klaren Verbot zur Vorlage: *Liberi concubinas parentum suorum uxores ducere non possunt.*

---

[7] Zu Gai Ep. 1,4,3 und 4 vgl. ARCHI, L'"Epitome Gai" 147f.

[8] Vgl. BONINI aaO 491ff.

[9] Vgl. oben zu § 84 (II.).

[10] BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 280.

V. 1. Der Schlußteil (§ 98c) exemplifiziert die erbrechtlichen Folgen für die Kinder am Fall einer Konkurrenz von ehelichen und von unehelichen Kindern aus verbotener Ehe. Es gibt Kinder aus einer ersten Ehe des Mannes. Diese erste, gesetzmäßige Ehe wird, ohne daß ein Grund dafür ersichtlich wäre, am Rande auch noch in anderer Hinsicht als gesetzmäßig vorgestellt, als Ehe mit φερνή im Unterschied zur Ehe ohne φερνή oder wie es in § 87 heißt: in παῤῥησία. Damit konkurrieren Kinder aus einer verbotenen Ehe, wobei der Verfasser die Fälle aus I-III wiederholt, dabei aber nicht vollständig ist.

2. Selbst wenn wir annehmen, daß der Traktat keine systematische Vollständigkeit erstrebt, fällt doch auf, daß die wichtigen Fälle der *consobrini et consobrinae* fehlen.[11] Wahrscheinlich hat der Verfasser zu seiner Zeit bereits keinen Vorlagetext mehr dazu gefunden, war doch das ursprüngliche Verbot (siehe Gai Ep. 1,4,6) im Osten des Reiches im Jahre 405 aufgehoben worden, wie uns C. J. 5,4,19 *(Arcadius et Honorius)* zeigt.

Kommentar zu § 99

L 111 = R III 112 = R II 140 = D 137 = R I 51b = Arm 139 (136) = Georg 135 = Q

A

In L fehlen die Wörter «seine οὐσία, das ist übersetzt». Das griechische Fremdwort kommt auch in den §§ 42, 126 und 127 vor, ohne daß es dort erklärt wird, doch spricht das nicht dagegen, daß es hier im ursprünglichen Text gestanden hat. Es ist kein Grund ersichtlich, weshalb es erst der Bearbeiter der abgeleiteten Versionen eingefügt haben sollte. Die folgenden Wörter, die sich auch in L finden, nämlich «sein Besitz oder alles was ihm gehört», klingen eher wie eine Erklärung eines Fremdwortes. Daß in R I genau die gleichen Wörter wie in L fehlen, hängt damit zusammen, daß in dieser Version Fremdwörter möglichst vermieden werden. Die Kurzversionen R III und Q sind für unsere Frage ebenso unergiebig wie die armenische Übersetzung.

Der Paragraph enthält eine weitere Schwierigkeit. Nach der Art von Schuldscheinen sollen angesehen werden die Mitgift (φερνή), die Eheschenkung (δωρεά) und eine weitere Forderung, doch ist das betreffende Wort in allen Versionen verderbt. L, R III und D lesen dort «Braut», ein Begriff, der im Syrisch-römischen Rechtsbuch sonst nirgends vorkommt, sondern in anderer Weise ausgedrückt wird. Auffällig ist weiter, daß das Wort in L im Plural steht, was keinen Sinn gibt. Es kommt hinzu, daß der unmittelbar folgende Bedingungssatz in den Versionen stark abweicht und teilweise sinnlos ist (vgl. den Apparat der Übersetzung); er spiegelt die Versuche der Schreiber wider, aus dem Text noch etwas zu machen. Keine Version bietet eine brauchbare Lesung, auch nicht R II. Mit großer Sicherheit ist SACHAUS Vorschlag zu R II richtig, statt ܚܠܠܐ o. ä. ܚܠܠܝ «ihre Erträge, Nutzungen» zu lesen; das Wort ist nicht nur vom Schriftbild her fast identisch, sondern verträgt in dem Zusammenhang auch den Plural sowie das weibliche Personalsuffix. Von Nutzungen im Zusammenhang mit der φερνή oder der δωρεά ist im übrigen auch in den §§ 11 und 68 die Rede.

[11] Vgl. dazu KASER, RP II 166 und Fn. 33.

B

I. 1. Bereits BRUNS[1] hat erkannt, daß die dem Konkursprinzip so klar widerstreitende Aussage der rangmäßigen Befriedigung der Gläubiger nur zu verstehen ist, wenn man annimmt, daß die Schuldurkunden die Bestellung einer Generalhypothek enthielten. Mit dem Rückzahlungsversprechen in der Urkunde war wohl stets die Bestellung einer *hypotheca* über das Gesamtvermögen des Schuldners verbunden. Daher geht es auch im Text, wenn die οὐσία erklärt wird, um «alles was er hat» *(omnia quae habet)*, wie im Wortlaut der Bestellung einer Generalhypothek. Bei sukzessiver Bestellung von Generalhypotheken aber galt für die Befriedigung aus dem Vermögen der Satz *prior tempore potior iure*, der kaum klarer als im Text formuliert werden könnte.

2. Eine standardisierte Vereinbarung eines Generalpfandrechts in der Schuldurkunde nahmen bereits MANIGK[2], Egon WEISS[3] und Fritz PRINGSHEIM[4] an. Mit der volksrechtlichen Klausel der Vollstreckung καθάπερ ἐκ δίκης hat unsere Stelle dagegen, entgegen der Auffassung von MITTEIS[5], nichts zu tun. Von einem Schuldschein dieser Art mit Generalhypothek geht übrigens auch § 100 aus; § 100 identifiziert geradezu Schuldschein und Verpfändung *quod habet habiturusque est.*

II. 1. Schwieriger sind die ehegüterrechtlichen Ansprüche einzuordnen. Die Stelle spricht von drei verschiedenen Ansprüchen der Frau, von dem auf Rückzahlung der Mitgift (nach Beendigung der Ehe) und auf Rückzahlung der *donatio ante nuptias* (nach Beendigung der Ehe), beide Male samt Nutzungen. Für alle diese Ansprüche bestand eine pfandrechtliche Sicherung am Vermögen des Mannes durch Generalhypothek im insoweit wohl standardisierten schriftlichen Ehegütervertrag (φερνή). Es ist nicht etwa ein *pignus tacitum* - geradezu eine gesetzliche Generalhypothek - gemeint. Demnach kommt es auch hier auf den Zeitpunkt des Abschlusses des Gütervertrages an, um den Rang der darin vereinbarten Generalhypothek zu bestimmen. Es ist ganz konsequent, die φερναί unter die Schuldverträge einzureihen.[6]

2. Vor diesem Hintergrund wird die spätere justinianische Reform viel besser verständlich. Die *hypotheca* für die ehegüterrechtlichen Ansprüche wird nun am Ende der Entwicklung immer angenommen, ob sie nun vereinbart war oder nicht *(hypotheca tacita)*; und ihr Rang wird durch die Anordnung eines Vorrangs vor allen anderen Generalhypotheken verbessert.[7]

Zu § 99:

[1] BRUNS-SACHAU III 280f.

[2] Gläubigerbefriedigung durch Nutzung, Berlin 1910, 77.

[3] Pfandrechtliche Untersuchungen. I. Abteilung, Weimar 1909, 118ff.

[4] Besprechung zu Pierre Noailles, L'inaliénabilité dotale de la Novelle 61, 1919, in: SZ 44 (1924) 551-556, hier: 554f.

[5] Reichsrecht und Volksrecht 430 Fn. 2.

[6] Zur Bezeichnung als φερναί, auch wenn in der Urkunde dann nicht nur von der Mitgift, sondern auch von der *donatio ante nuptias* die Rede war, vgl. oben § 87.

[7] KASER, RP II 193.

Kommentar zu § 100

L 112 = R III 113 = R II 141 = D 138 = Arm 140 (137) = Georg 136

I. Die Stelle gibt das Formular der Bestellung einer Generalhypothek wieder,[1] wie sie standardgemäß mit der Schuldurkunde verbunden war (vgl. § 99). Das Problem war nun, ob trotz der Formel *omnia quae habet habiturusque est* nicht doch gewisse Gegenstände von der Verpfändung ausgenommen waren. Das wird traditionell als Problem der Auslegung des Vertrages gesehen. BRUNS gibt dafür bereits einige Beispiele nach D. 20,1,6: Was man *specialiter* nicht verpfänden würde, sollte nach dem Willen der Parteien auch von der Generalhypothek nicht erfaßt sein. Für den bäuerlichen Bereich kann man sich leicht vorstellen, daß die *boves aratorii* als die wichtigsten Produktionsmittel nicht zur Kreditsicherung gegeben sein sollten.

II. Eine Verwechslung mit der Ausnahme der *boves aratorii* von der Exekution (Konstantin C.J. 8,16,7 und 8), an die BRUNS denkt,[2] ist wenig wahrscheinlich. Das bestellte Generalpfand kann man kaum mit dem Exekutionspfand verwechseln. Näher liegt, daß unsere Stelle einen sonst verlorenen Beleg für die restriktive Auslegung des vertraglich bestellten Generalpfandes gibt, die dann in einem verwandten Themenbereich zum Vorbild für die genannte Konstitution wurde. D.H. MÜLLER[3] wollte auch diese Regel unmittelbar auf den *Codex Hammurabi* zurückführen; dagegen wandte sich bereits MITTEIS.[4]

Kommentar zu § 101

L 113 = R III 114 = R II 40, 41 = V 39, 40 = D 39, 40 = R I -, 28 = P 36, 35 = Ar 40, 41 = Arm 34, 35 (35, 36) = Georg 35, 36 = O 210

Es wird auf den Kommentar zu §35 verwiesen; die §§35 und 101 gehen über weite Passagen völlig parallel. Woher die doppelte Behandlung kommt, ist schwer zu erraten. Wahrscheinlich hat der Verfasser zu einem Sachmangeltext zweimal dieselbe *interpretatio* gegeben.

Kommentar zu § 102

L 114, 115 = R III 115, 116 = R II 83, 84 = D 81, 82 = R I 75, 59 = P -, 62a = Ar 85, 82 = Arm 81, 82 = Georg 82, 83 = B 81, 82

I. Die in den verschiedenen Versionen getrennten Bestimmungen über Krankheiten der Frau und vermögensrechtliche Scheidungsfolgen gehören zusammen. Sie bilden

---

Zu § 100:

[1] So schon BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 281; TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 113 = Op. Min. I 304.

[2] BRUNS-SACHAU III 282; die Möglichkeit erwägt auch NÖRR, Bespr. zu Selb 570, kommt aber letztlich zu einem *non liquet*.

[3] Das Syrisch-römische Rechtsbuch und Ḫammurabi 184 (Separatdruck 48).

[4] Das syr.-röm. Rechtsbuch und Hammurabi 291.

einen geschlossenen Traktat. Zunächst ist von einer geistigen Erkrankung der Frau die Rede; der Dämon bezeichnet wie in §§ 35 und 101 die Epilepsie. Dann (§ 102b Absatz 1) geht der Verfasser zu anderen körperlichen Leiden über, wobei er mit dem geheimen Leiden, das die Frau vom Mann trennt, wohl die Beiwohnungsunfähigkeit meint. Beide Arten von Krankheiten nimmt der Mann zum Anlaß, eine Scheidung auszusprechen, deren Wirksamkeit anscheinend nicht problematisch ist. Es geht nur um die Folgen vermögensrechtlicher Art. Ist die Krankheit nach der Eheschließung eingetreten, so schuldet der Mann der Frau die ganze Mitgift und die ganze Eheschenkung, wobei ganz exakt ausgeführt wird, daß die «gebrachte» Mitgift zurückzuzahlen, die «geschriebene», d. h. nur versprochene Eheschenkung zu zahlen ist.

Die Lösung entspricht dem, was wir zu §§ 27 und 87 kennengelernt haben und was uns noch einmal in § 115 begegnen wird: Es ist für die Frau genau der Fall der unverschuldeten Scheidung eingetreten, für den die vermögensrechtliche Sicherung durch *dos* und *donatio ante nuptias* ebenfalls gedacht war. Bei Ulpian heißt es dementsprechend (D. 24,3,21,7 a. E.), daß im Normalfall der Erkrankung das Ereignis von beiden Partnern getragen werden muß *(quid enim tam humanum est, quam ut fortuitis casibus mulieris maritum vel uxorem viri participem esse)*, die Scheidung durch den Mann in diesem Fall verschuldet wäre *(culpa sua nuptias esse diremptas)*. Freilich unterscheidet Ulpian bei der geistigen Erkrankung noch den leichteren und den schwereren Fall, in dem es keine Hoffnung auf Heilung mehr gab. Im letzten Fall findet er, daß *nullius culpa videatur esse matrimonium dissolutum.* Unser Verfasser folgt entweder der Unterscheidung nicht oder er reiht die Epilepsie nicht unter die schweren Krankheiten ein.

II. Im Falle der Epilepsie unterscheidet der Verfasser jedoch noch danach, ob sie vor oder nach der Eheschließung eingetreten ist. Die Unterscheidung wäre auch bei dem geheimen körperlichen Leiden des § 102b Absatzes 1 möglich gewesen; doch geht der Verfasser dort nur auf den Fall der nachträglichen Erkrankung ein. Es galt wohl in beiden Fällen, der geistigen wie der körperlichen Erkrankung, dasselbe. Die Folge einer Verschweigung des Leidens ist für die Frau, daß sie ihre Mitgift zurückbekommt, daß ihr aber nicht die zur nachehelichen Versorgung gedachte Eheschenkung ausbezahlt wird. Modern gesprochen hätten wir es mit einer Eheanfechtung, nicht einer Scheidung zu tun. Der römische Jurist denkt anscheinend auch hier in der Kategorie der von der Frau verschuldeten Scheidung. Ulpian nimmt zu dieser Frage in seiner Abhandlung nicht Stellung.

III. YARON[1] sieht hier orientalisches Recht wiedergegeben und vergleicht die Stelle mit dem Palästinensischen und Babylonischen Talmud (Mischnah, Kethuboth 7, 7f.). Allein schon die dortige Unterscheidung von der vertraglich versprochenen und der heimgeführten Frau widerstrebt dem Vergleich.

IV. Der Schlußsatz von der bloßen Trennung der Ehegatten liest sich wie eine extreme Kurzfassung der Erörterungen bei Ulpian in D. 24,3,21,8.[2] Hat unser Verfasser

Zu § 102:

[1] Syro-Romana 136f.

[2] So schon BRUNS aaO.

eine *Epitome Ulpiani* für seine *interpretatio* verwendet? Der Grundtext bleibt freilich im dunkeln.

Kommentar zu § 103

L 116 = R III 117 = R II 142 = D 139 = R I 67 = Arm 141 (138) = Georg 137 = G 45 = Q = N IV 18a = I 77 unten/1

I. Ärzte und Lehrer werden bei den vielfältigen Befreiungen schon früh nebeneinander genannt: Paulus D. 50,4,18,30.[1] Im *Codex Theodosianus* wird die Kombination zur Titelrubrik: C. Th. 13,3 *de medicis et professoribus*[2], obwohl andere Berufe in den unter diesem Titel gesammelten Konstitutionen ebenfalls behandelt werden.

1. Die Befreiung der beiden Berufe von der Kopfsteuer *(tributum capitis)* wird in C.J. 10,53(52),4 und 5 schon für die vordiokletianische Zeit bezeugt und später immer wieder direkt oder indirekt bestätigt (C. Th. 13,3 = C. J. 10,53(52)). Daß der Verfasser von den verschiedenen[3] *immunitates* steuerlicher Art nur die Kopfsteuer nennt - die Gewerbesteuer gehört nicht hierher -, ist seiner grob vereinfachenden Darstellung zu verdanken. Er stellt einfach die Kopfsteuer für den Kreis der sukzessive in die Befreiung aufgenommenen personalen Belastungen. Die einfache Darstellung läßt an eine Titelsumme denken.

2. Das χρυσάργυρον (*auri atque argenti praestatio*: z.B. C. Th. 13,1,4) war eine Gewerbesteuer, von der in C.Th. 13,1 *(de lustrali collatione)* die Rede ist. Anastasius schafft sie ab: C.J. 11,1,1. Diese Steuer war nicht von der Befreiung von den *immunitates* und *privilegia* erfaßt. Sie gehörte also eigentlich gar nicht hierher. Das Ergebnis ist freilich richtig. Denn die *medici et professores* hatten - aus ganz anderem Grund - diese Steuer nicht zu zahlen. Ihre Tätigkeit war kein *negotium* im Sinne der Steuerpflicht, die Ärzte und Professoren keine *negotiatores* im Sinne von C.Th. 13,1,1. Und daß die Angehörigen solcher Berufe sich neben ihrer ärztlichen bzw. unterrichteten Tätigkeit noch als Händler oder Schankwirte oder anderes versuchten, war nicht anzunehmen.

3. Die Belastung *(onus)* mit der Pflicht, Vormund für Unmündige oder Kurator für *minores* zu sein, gehört dagegen wieder zum Thema. Sie wurde von der *immunitas* erfaßt:[4] D. 27,1,6,8 und C. Th. 13,3,1,3.

II. Die ganze Abhandlung liest sich wie ein am Titel der Sammlung im *Codex Theodosianus* orientierter Traktat einfachster Art. Auffallend ist, daß der Titel so wie im *Codex Theodosianus (de medicis et professoribus)*, nicht wie im *Codex Justinianus (de professoribus et medicis)* wiedergegeben ist. Der Einschub «in den Städten und auf dem

---

Zu § 103:

[1] Vgl. schon BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 283.

[2] Im C.J. 10,53(52) *de professoribus et medicis.*

[3] Vgl. C. Th. 13,3,3.

[4] So schon BRUNS aaO. Zum Einfluß der Befreiung in die allgemeine Formel *ab omni functione et ab omnibus muneribus publicis vacare praecipimus* vgl. jetzt unter Hinweis auf unsere Stelle G. CRIFO, C. Th. 16.2.2 e l'esenzione dei chierici dalla tutela, in: Atti dell'Accademia romanistica Costantiniana, vol. IV, Rimini 1981, 712-737, hier: 728ff. Er sieht die Befreiung nicht von der generellen Entlastung von *munera* aus, wohl aber von den anderen *immunitates*.

Land» wird seinen Sinn gehabt haben. Bruns meint, der Text spiele darauf an, daß die Kopfsteuer nach C.Th. 13,10,2 im Jahre 313 n. Chr. für die Städte aufgehoben worden sei. Eher scheint mir eine Anspielung darauf gegeben zu sein, daß die Texte zu den *immunitates* in den Quellen des öfteren an städtische Verhältnisse anknüpften und die Anwendung auf das Land besonders genannt werden mußte.

Kommentar zu § 104

L 117 = R III 118 = R II 49 = D 48 = P 83 c, d = Ar 49 = Arm 41, 42 (42, 43) = Georg 42, 43 = G 45 = N IV 18b = I 77 unten/2

A

Die Versionen L und B weichen hier (und in § 105) so stark voneinander ab, daß sie nur in getrennten Spalten ediert werden können. Ob L verkürzt oder B erweitert wurde, läßt sich kaum feststellen.[1]

B

I. Die Stelle führt eine Reihe von Privilegien für die Kirche Christi und den christlichen Klerus auf Kaiser Konstantin I. zurück. Es geht im einzelnen um die Zuerkennung einer *dignitas* an die Kleriker, um Unterhalt für die Kleriker aus der Staatskasse je nach Rang, um Befreiung der Kleriker von bestimmten Steuern, um Befreiung der Kleriker aus der Unterwerfung unter ihre Väter, d. h. unter die *patria potestas*, und schließlich um Schenkungen an kirchliche Einrichtungen. Die Darstellung gibt sich ganz ausdrücklich als geschichtlicher Rückblick auf die wohlwollende Einstellung Konstantins des Großen gegenüber der gerade eben frei gewordenen christlichen Kirche. Sie will nicht von vornherein als aktuelle Darstellung des Rechtszustandes in der Zeit der Entstehung der Quelle verstanden werden, wenngleich dem Leser doch irgendwie suggeriert wird, die gewährten Privilegien beständen fort. Denkt man sich aber die Stelle als - historische - *interpretatio* zum gesamten Codextitel C. Th. 16,2 *de episcopis, ecclesiis et clericis*, so stand sie für den Leser oder Hörer ohnehin vor dem Hintergrund der ihm bekannten und vorliegenden Grundtexte aus diesem Codextitel. Den dort noch als gültig angeführten *privilegia* wird durch die Rückführung auf Konstantin I. eine Art höherer Weihe gegeben.

II. Bruns[2] geht von der Unwahrheit der Aussagen des ganzen Paragraphen aus. Er findet in der Stelle ein Hauptzeichen, daß das Rechtsbuch als Gesamtwerk von einem Kleriker verfaßt sei, der da und dort eben die kirchlichen Interessen durch seine Art der kirchenfreundlichen Darstellung habe wahren oder bestärken wollen. Damit reiht er unseren Text in die Reihe der «konstantinischen Schenkungen» und damit Fälschungen ein. Diese negative Bewertung geschieht aus zwei Gründen vorschnell; hat hier etwa der antikirchliche Liberale Bruns den Historiker Bruns überholt? Zum einen wäre in einer *interpretatio* mit einer Fälschung der Geschichte bei Vorliegen klarer Texte aus C. Th. 16,2 gar nichts gewonnen gewesen. Man müßte dann schon annehmen, daß der ganze

---

Zu § 104:

[1] S. Band I, Kap. V, Abschnitt 6 (S. 108).

[2] Bruns-Sachau III 284f. und ihm folgend Sachau, Syr. RB I, S. XVI.

§ 104 nachträglich in die Quelle inseriert worden sei. Das aber ist nicht wahrscheinlich. Zu stark sind die textlichen Anklänge an die Stellen aus C.Th. 16,2, wie sich noch zeigen wird. Zum anderen sind die einzelnen Privilegien zwar recht grob ausgeführt, aber im Prinzip durchaus historisch; auch das wird im Detail noch gezeigt. Daß der Redaktor von P - wie häufig sonst auch - in der Begründung und im Umfang noch übertreibend seine Extrazutaten gibt, sagt nichts über die Echtheit des Originals. Auch die Einleitung ist nicht verdächtig. Gemessen an manchen originalen Prooimien der kaiserlichen Kanzlei[3] wirkt sie geradezu nüchtern.

III. 1. Die Zuerkennung einer Würde *(dignitas)* an höhere Kleriker ist für Konstantin I. nicht bezeugt, aber auch nicht ausgeschlossen. Das richtig gelesene Rechtsbuch läßt damit wieder eine Frage auftauchen, die nach einer überreichen Literatur weitgehend beantwortet zu sein schien.[4] Hat Konstantin I. den Klerus mit profanen Titeln und Insignien geradezu nobilitiert? Theodor KLAUSER[5] hat das für die Bischöfe angenommen. Dagegen haben sich andere Autoren vehement ausgesprochen.[6] Unsere Belegstelle blieb dabei unbeachtet. Leider vermag auch sie keine letztliche Klarheit zu schaffen. Die Echtheit der Stelle ist, soweit sie vom ἀξίωμα spricht, nicht über jeden Zweifel erhaben, weil sie in L fehlt und damit auf den späteren Bearbeiter zurückgehen kann. Eindeutig ist sie: Alle jene Grade des Klerus, die ein ἀξίωμα hatten, ehrte er besonders. Das erinnert an den Bericht des Eusebios, Kirchengeschichte 10,2,2, wonach den einzelnen Bischöfen kaiserliche Schreiben, Ehren (τιμαί) und Vermögenszuwendungen zugingen. Aber wir müssen damit rechnen, daß ein Verfasser der Mitte des 5. Jh. aus seinen historischen Erkenntnissen heraus eine seiner Zeit geläufige Einrichtung zu weit in ihren Ursprüngen zurückdatiert. Sicher ist jedenfalls, daß es zu seiner Zeit bereits eine gut ausgebildete profane Titulatur für Kleriker gab. Zwar ist C.J. 10,32(31),60 mit C.J. 1,3,21 kein Beleg, weil die letztgenannte Stelle von einer Gleichsetzung in einem Privileg, nicht aber in der Titulatur handelt.[7] Und leider sind die Konstitutionen des Titels *de dignitatibus* aus C.Th. 6,1 vollständig verlorengegangen. Aber aus C.Th. 6,1 *de dignitatibus* ist zu erkennen, daß die allgemeine Zuerkennung von *dignitates* bis zu Konstantin I. zurückreichte. Für die *dignitas* steht in unserer Stelle ἀξίωμα, in C.J. 1,3,41,19 (Justinian) steht dafür ἀξία.

---

[3] E. VOLTERRA, Il problema del testo delle costituzioni imperiali, La critica del testo, in: Atti del II. Congresso internazionale della Società italiana del Diritto, Florenz 1971, 821ff.; Peter E. PIELER, Byzantinische Rechtsliteratur, in: Herbert HUNGER, Die hochsprachliche profane Literatur der Byzantiner, 2. Band, München 1978, 352ff. unter Berufung auf H. HUNGER, Prooimion, 1964, 27ff.; Gerhard RIES, Prolog und Epilog in Gesetzen des Altertums, München 1983, 166-211.

[4] Vgl. Elisabeth HERRMANN, Ecclesia in Re Publica. Die Entwicklung der Kirche von pseudostaatlicher zu staatlich inkorporierter Existenz, Frankfurt/Main 1980, 335ff.

[5] Der Ursprung der bischöflichen Insignien und Ehrenrechte, Bonner akademische Reden I 1949/53, 15; DERS., Bischöfe auf dem Richterstuhl, in: Jahrbuch für Antike und Christentum 5 (1962) 172-174; DERS., Kleine abendländische Liturgiegeschichte, Bonn 1965, 37ff.

[6] Evangelos CHRYSOS, Die angebliche "Nobilitierung" des Klerus durch Kaiser Konstantin den Großen, in: Historia 18 (1969) 119-128; Ernst JERG, Vir venerabilis. Untersuchungen zur Titulatur der Bischöfe in den außerkirchlichen Texten der Spätantike als Beitrag zur Deutung ihrer öffentlichen Stellung, Wien 1970; Santo MAZZARINO, Besprechung zu Instinsky, Bischofsstuhl und Kaisersthron, München 1955, in: IURA 7 (1956) 345-352.

[7] So richtig HERRMANN aaO 336.

2. Als weiteres Privileg der Kleriker nennt unsere Stelle - aber nur in der bearbeiteten Version - die Gewährung von Unterhalt aus der Staatskasse (*fiscus*, griechisch ταμιεῖον - wie es noch der syrische Text beibehält). Dabei werden die bedachten Kleriker schon in der Einleitung aufgezählt, ihre Gesamtheit wird als Klerus bezeichnet, und auf ihre Rangunterschiede in den Stufen des Klerus wird hingewiesen. Der Ausdruck *clerici* ist den Rechtsquellen gemäß (vgl. Constantinus, 313 n. Chr.,[8] C.Th. 16,2,1), griechisch wohl κλῆρος. Die Abstufungen unter den Klerikern werden als *gradus* bezeichnet (vgl. Leo, 472 n. Chr., C. J. 1,3,33(34)). Der Klerikat ist in der gleichen Stelle als Sammelbegriff zu finden: *in eodem clericatus gradu*. Die Aufzählung der Kleriker dürfte freilich für die konstantinische Zeit unvollkommen sein; es fehlt der *exorcista* vor dem Lektor und nach ihm der *ostiarius*. Aufzählungen von Klerikern finden sich durchaus im Text von Konstitutionen; so stehen in C. Th. 16,2,24 die Presbyter, Diakone, Subdiakone, Exorzisten, Lektoren und Türsteher korrekt in der Gradesfolge aufgereiht. Die Aufzählung der Kleriker nach ihrem Rang muß also nicht die Zutat eines späteren Abschreibers oder des Bearbeiters der abgeleiteten syrischen Versionen sein.

Eine Konstitution über die Gewährung von Unterhalt aus der Staatskasse ist nicht überliefert. Als generelles kaiserliches *mandatum* (Verwaltungsanweisung) Konstantins I. aus der frühen Zeit der neuen Toleranz ist die Regelung aber nicht ganz unwahrscheinlich, als spezielle Regelung für bestimmte Kirchen sogar wahrscheinlich. Verwaltungsanweisungen dieser Art waren wohl auch die Restitutionsanordnungen des «Edikts von Mailand» (Lact. de mort. persec. 45,1 und 48,2; Eusebios, Kirchengeschichte 10,5,2-14 διάταξις). Unterhaltsanweisungen könnten zur Restitution der ersten Zeit nach der Anerkennung gehört haben. Jedenfalls ist die Verteilung der gewaltigen Summe von 3000 *folles* durch den kaiserlichen *rationalis* an Bischof Caecilian für verdiente Kleriker des Bistums Karthago bezeugt (Eusebios, Kirchengeschichte 10,6,1-5). Der Verfasser hat eben noch die Erlässe des Konstantin gekannt, von denen Eusebios berichtet. Daß sich in den Rechtsquellen davon nichts erhalten hat, verwundert uns nicht. Die in der geänderten Einstellung der Zeit zur Wiedergutmachung gewährten Privilegien konnten nach der geschehenen Restitution ohnehin entfallen. Zum Teil mußten sie - wie übrigens alle schnell gewährten Privilegien für Kleriker - alsbald zurückgenommen werden, weil sie den Eintritt in den Klerikerstand, vor allem in die unteren Ränge, erheblich förderten und damit zu einer zu großen Belastung der Staatskasse wurden.

3. Die Befreiung der Kleriker von «allen Steuern» ist sehr großzügig formuliert. Nach den beiden im Text gegebenen Beispielen betrifft sie die Kopfsteuer *(capitatio)* und die Gewerbesteuer (*collatio lustralis*, χρυσάργυρον), allenfalls noch gleichartige, nämlich persönliche Steuern. Die Grundsteuern *(annonae)* für die persönlichen Besitztümer der Kleriker sind damit bereits aus dem Privileg ausgenommen. Das entspricht C.Th. 11,1,1 (Constantius, 360 n. Chr.)[9], wo nicht die Güter der Kleriker, sondern nur die der Kirchen selbst ausgenommen werden.

---

[8] Zur Datierung Gian Luigi FALCHI, La tradizione giustinianea del materiale theodosiano (C.Th. XVI), in: SDHI 57 (1991) 1-123, hier: 6.

[9] KRÜGER korrigiert in Theodosiani libri XVI, edidit adsumpto apparatu P. Kruegeri Th. MOMMSEN, Berlin 1905 die *inscriptio* an Constantinus zu Recht auf Constantius.

Eine Äußerung zur Ausnahme der Kleriker von der Kopfsteuer findet sich nicht unter den Regeln, die Konstantin zu den Befreiungen der Kleriker erließ. C.Th. 16,2,26 (Gratianus, Valentinianus et Theodosius, 381 n. Chr.), wo die Kleriker ausgenommen werden, scheint jedoch eher eine ältere Regel über die *capite censos* einzuschärfen als eine neue zu schaffen. Indirektes Zeugnis für die Echtheit ist in unserer Stelle auch die Ausnahme ländlicher Kleriker von der Befreiung (C.Th. 16,2,33, Arcadius et Honorius, 398 n. Chr.), ebenso C.J. 1,3,16 (Honorius et Theodosius, 409 n. Chr.).

Für die *lustralis collatio*, die Gewerbesteuer, erfahren wir dagegen Genaueres. Konstantin I. verfügte zunächst eine volle Befreiung der Kleriker von dieser Steuer. Der Beleg findet sich in C.Th. 16,2,10, der in der Überlieferung richtig auf das Jahr 320 n. Chr. und Konstantin I. zu datieren ist,[10] Constantius, et Julianus 357 n. Chr. haben das Privileg für Kleriker als *negotiatores* erneuert und seinen Grund in *statuta nostri genitoris*, d. h. des Konstantin I., gesehen. Schon drei Jahre später aber verfügen dieselben Kaiser nach Beschlüssen der Synode von Rimini in C.Th. 16,2,15, daß die Befreiung der Kleriker nur gelte, *si exiguis admodum mercimoniis tenuem sibi victum vestitumque conquirent.*[11] Anscheinend war die frühere Annahme, aller Erwerb der Kleriker aus deren *negotiationes* komme den Armen zugute (C.Th. 16,2,10 und 14), falsch. Die völlige Abschaffung der Gewerbesteuer zu Beginn der Herrschaft des Anastasios (C.J. 11,1,1) war unserem Verfasser jedenfalls nicht mehr bekannt.

4. Unklar bleibt, ob der Verfasser mit der Erwähnung «aller Steuern» auch die *munera* einschloß. Konstantin I. hatte eine solche Befreiung zunächst allgemein verfügt (C.Th. 16,2,2 aus 319 n. Chr.: *ab omnibus omnino muneribus excusentur*; ebenso Eusebios, Kirchengeschichte 10,7,2). Hier wird aber noch deutlicher als oben bei den Steuern, daß dieses Privileg nur kurze Zeit zu halten war. Wegen der «Flucht» zu den Klerikern (*ad clericorum nomen ... confugere*: C.Th. 16,2,3 [Constantinus, 320 n. Chr.]) aus den *munera curialia* mußte es noch von Konstantin selbst zurückgenommen werden (C.Th. 16,2,3 und 6). Genügte doch nach C.Th. 16,2,2 schon eine der niederen Weihen, um den überaus beschwerlichen *munera curialia* zu entkommen. Denn wie in unserem historischen Bericht aus dem Rechtsbuch unterschied diese Konstitution nicht zwischen den verschiedenen Graden der Kleriker. Sie verwies vielmehr auf das Selbstverständnis der eben frei gewordenen Kirche, wer Kleriker war *(qui clerici appellantur)*. Für die Zeit des 5. Jh. n. Chr. scheint das Thema der Bindung an die *munera* erledigt. Vielleicht hat der Verfasser diese *munera* deshalb nicht erwähnt. Das spräche aber für einen objektiven historischen Bericht im übrigen; denn hier hätte sich ein Rückgriff auf Konstantins Zeiten aus klerikaler Tendenz gelohnt.

5. Eine besondere Schwierigkeit bietet die Aussage, daß die Kleriker von der «Unterwerfung unter ihre Väter» frei sein sollten. Bruns[12] versteht den Satz als Befreiung der Kleriker von der väterlichen Gewalt. Er findet dafür freilich keine Vorlage in römischen Quellen. Zu erwägen wäre, ob der Satz die Unterwerfung der Väter selbst meint, nicht

[10] Krüger im krit. Apparat zur Stelle nach der Ausgabe von Mommsen aaO. A.M. (für Constans und 353 n. Chr.): Falchi aaO 22f.

[11] Zur Einschränkung der Befreiung von der *lustralis collatio* vgl. Lucio de Giovanni, Chiesa e stato nel Codice Theodosiano, Saggi sul libro XVI, Napoli 1980, 70.

[12] AaO.

die der Kinder unter die ihrer Väter, im Sinne von *patres familias*. Dann könnten familiäre Abhängigkeiten, wie sie etwa im Kolonat oder in berufsständischen Bindungen zu finden sind, gemeint sein. Doch auch dafür findet sich keine Vorlage; eher eine gegenteilige Aussage in C. J. 1,3,16. Die «Eltern» im Sinne von Vätern und Vorvätern aus Absatz 4 führen uns jedoch zu C. J. 1,3,33(34), einer Konstitution des Leo I. von 472 n. Chr. Dort ist die Rede davon, daß Bischöfe, Presbyter und Diakone in *patris avique aut proavi potestate* stehen und Vermögen erworben haben. Dieses Vermögen *(id peculium)* soll den Klerikern zur freien Verfügung unter Lebenden und Toten zustehen. Hat unser Verfasser diese «Unterwerfung» gemeint? Die Vermögensunfähigkeit war in der Tat das wesentliche Element der «Unterworfenheit». Die Literatur seit BRUNS sieht einen Widerspruch zwischen unserer Stelle und C.J. 1,3,33(34).[13] Anderer Meinung ist Lucetta DESANTI[14]; die Autorin hält die Texte zu Recht für vereinbar.

6. Bei den Geschenken für die Kirche Christi «in jeder Stadt» könnte man an die Einrichtung oder Ausstattung von kirchlichen Heimen für arme Brüder und Schwestern, für Witwen und Waisen denken, doch auch an Stiftungen für die Kirchengemeinden allgemein. Der Ausdruck «κοινόν der Kirche» (kaum wie R II: «κανών der Kirche») präzisiert aber die Aussage. Die Zuwendung ging tatsächlich an die Kleriker, so wie C.Th. 16,2,10 und 16,2,35 von den *coetus* der Kleriker der einzelnen Kirchen sprechen. Vermögenszuwendungen fanden freilich kaum direkten Niederschlag in allgemeinen Konstitutionen. Eusebios berichtet in seiner Kirchengeschichte (10,6) aber von regelmäßigen Subsidien an Korn und Lebensmitteln für Klerus, Witwen und Arme, die Julian auf ein Drittel reduzierte. Und nach Theodoret (Kirchengeschichte 1,1,1) gab es Instruktionen an Beamte über jährliche Zuwendungen an die Städte für Klerus, Witwen und Arme, bezahlt aus der Schatzkammer, dem ταμιεῖον, an die heiligen Kirchen.[15] Eine ähnliche Stelle findet sich in der syrischen Chronik des Jakob von Edessa: «Kaiser Konstantinos teilte zu und legte nieder tägliche Kost (ܕܝܪܐ = *plur.*; διάριον = diarium)[16] für die Kirche und die Klöster sowie die Witwen und alle jene, die den göttlichen Dienst halten.»[17] Hatte unser Verfasser «seine Kirchengeschichte» gelesen, als er die historische Einleitung zum Titel C. Th. 16,2 schrieb? Der Hinweis auf die Städte («in jeder Stadt») läßt auch an C.Th. 16,2,40 (Honorius et Theodosius, 412 n. Chr.) denken, wo von *ecclesiae urbium singularum habeantur immunes* die Rede ist. Hat unser Verfasser mit den Geschenken auch solche *immunitates* gemeint? Immerhin wird z.B. die Befreiung

---

[13] J. GAUDEMET, L'Eglise dans l'Empire Romain, Paris 1958, 174 Fn. 3; José Luis MURGA, Sobre la anómala «peculiaridad» de la constitución C.I. 1. 3. 33 (34) del emperador Léon, in: IURA 19 (1968) 33-66, hier: 44 Fn. 31, 46 Fn. 37; DERS., Donaciones y testamentos "in bonum animae" en el derecho romano tardio, Pamplona 1968, 228f.

[14] Vestali vergini cristiane, in: Atti dell' Accademia romanistica Costantiniana 1988 (1990) 473-488, hier: 475-479.

[15] Vgl. dazu Arnold H. JONES, The later Roman empire 284-602, 3 Bände, Oxford 1964, Band II 898f. und III Fn. 66.

[16] Vgl. Thesaurus Syriacus I 892 s. v. *dyry'n*, wo das Wort fälschlich von δωρεά abgeleitet wird; richtig Supplementum zum Thesaurus Syriacus 90a s. v. *dy'ry'*.

[17] E.-W. BROOKS, Chronicon Iacobi Edesseni, in: Chronica Minora III, Paris 1905, 1907 (= CSCO 5, 6) 288 (Text), 215 (lateinische Übersetzung). Aufgenommen auch in der Chronik Michaels des Syrers, s. Jean-Baptiste CHABOT, Chronique de Michel le Syrien, Band 2, Paris 1899, 257 (Übersetzung).

von der *capitatio* nur dem Stadtklerus gewährt (C.Th. 16,2,33, Arcadius et Honorius, 398 n. Chr.). Oder meinte er die *salaria* aus C.J. 1,2,12,2 (Valentinianus et Marcianus, 451 n. Chr.), die den Kirchen für den Unterhalt der Armen aus öffentlichen Mitteln gewährt wurden? Die Formulierungen in der Stelle sind zu allgemein, um eine endgültige Aussage zu wagen.

7. Der Schlußabsatz, der von einem Gebet der Kirchen für das Kaisertum der Rhomäer spricht, ist ebenfalls nicht aus der Luft gegriffen. Wieder stoßen wir auf Eusebios, nun in der Kirchengeschichte (10,8,10; ähnlich 10,8,16), wo von einem Gebet für die Kaiser die Rede ist: ὑπὲρ αὐτοῦ πρὸς τὸν θεὸν εὐχεῖς, gemäß 1. Tim. 2,1f.

8. Die Stelle spricht nicht ausdrücklich von einer Befreiung der Kleriker von *tutela* und *cura*. Giuliano CRIFO[18] nimmt das jedoch aus der sonstigen Parallelität zwischen §§ 103 und 104 wie für die *professores et medici* an und sieht im Schluß von Absatz 3 eine Anspielung, die sich u.E. jedoch nur auf die Steuern bezieht. Viel bedeutsamer ist jedoch die Bemerkung CRIFOS[19], daß § 104 auch ein Negativzeugnis sein könne. War nämlich der Verfasser der Entwicklung gefolgt, wie wir sie für die *munera*[20] im engeren Sinne annehmen dürfen,[21] so gab es Mitte des 5. Jh. n. Chr. die Befreiung nicht mehr.

Kommentar zu § 105

L 118 = R III 119 = R II 50 = V 49 = D 49 = P 83e = Ar 50 = Arm 43 (44) = Georg 44 = G 45 = N IV 18c = O 158 = B «Leon» = I 77 unten/3

I. Die kleine Abhandlung berichtet über ganz verschiedene Maßnahmen der Kirchenpolitik Leos I., der seit 457 n. Chr. Kaiser des römischen Ostreiches war. Drei Fragenkreise werden aufgegriffen: Das Thema *de haereticis* - in C.Th. 16,5 als Titel zu finden, in C.J. 1,5 in ähnlicher Weise in den Titel eingegangen -, ferner das Thema *de feriis* in Verbindung mit der Sonntagsheiligung - vgl. die Titel C.Th. 2,8 und C.J. 1,3 -, ferner zwei Teilfragen aus dem Themenkreis *de episcopis et clericis* - umfassender in C.Th. 16,2 bzw. C.J. 1,3 zu finden. Wie in § 104 gibt der Verfasser eher summarische Hinweise auf die kirchenpolitischen Maßnahmen als Detailinformationen. BRUNS[1] hat mit HAENEL[2] zwanzig solcher Gesetze Leos I. aus dem *Codex Iustinianus* notiert.

II. Die erste Aussage referiert nur ganz knapp, daß Leo I. in seiner Regierungszeit gegen Häretiker vorging und die Orthodoxie in der Frage der Dreifaltigkeit stützte. BRUNS nannte als mögliche Quellen für diese Aussage C.J. 1,5,9-11. Nun betrifft aber C.J. 1,5,9 nicht gerade den Sturz der Häretiker, sondern im Gegenteil deren menschen-

---

[18] AaO (zu § 103) 729, 730.

[19] AaO 730.

[20] Zur Frage, ob die *munera* einmal die Befreiung von der *tutela* und *cura* umfaßten, vgl. statt aller CRIFO aaO, bes. 716ff.

[21] Vgl. unter 4.

Zu § 105:

[1] BRUNS-SACHAU III 285.

[2] Corpus legum ab imperatoribus romanis ante Iustinianum latarum, Leipzig 1857, Index Legum 78-81.

würdige Behandlung nach dem Tode. Und C.J. 1,5,11 betrifft die Lehre der Manichäer, nicht gerade jene Häresien, die sich um die Lehre von der Dreifaltigkeit Gottes gebildet hatten, und die vor Leo zuletzt in Ephesos, im Jahre 431 n. Chr. (Nestorios), und in Chalkedon, im Jahre 451 n. Chr. (Eutyches) verurteilt worden waren. Die Aussage «er stürzte die Häretiker» muß aber gar nicht irgendeine neue oder alte Verdammung irgendeiner Häresie durch eine kaiserliche Konstitution enthalten, wie wir sie für die Nestorianer ohnehin bereits in C.J. 1,5,6 (Theodosius et Valentinianus, 435 n. Chr.) und für die Lehre des Eutyches, Apollinaris und Dioskoros in C.J. 1,5,8 (Marcianus[3], 455 n. Chr.) finden können. Es liegt vielmehr näher, nach Maßnahmen zur *Durchsetzung* dieser Verdammungen zu suchen. Und hier bietet sich zwanglos C.J. 1,5,10 aus der Zeit zwischen 466 und 472 n. Chr. an. In dieser Konstitution werden alle Übereignungen annulliert, durch die Kirchenvermögen aus den Händen der Orthodoxen in die Hände häretischer Gruppen oder Personen gelangt war oder noch gelangen sollte. Der Interpret der Konstitution, nämlich unser Verfasser, spricht genau wie C.J. 1,5,10 schlicht von der *orthodoxa religio* einerseits und den *haeretici* andererseits. Damit nimmt er keinen anderen Standpunkt ein als den der reichskirchlichen Konstitution. Er nimmt nicht selbst irgendwie erstmals Partei. Es ist auch gar nicht anzunehmen, daß ein Nestorianer oder ein monophysitischer Westsyrer diese Seite der Tätigkeit des Leo rühmend aufgegriffen hätte. Eine Interpretation gegen den Text wäre aber bei dessen Vorliegen ohnehin nicht weit gediehen. Der Verfasser, der einfach Leo I. wiedergibt, hatte auch keinen Anlaß, bekanntzugeben, wen er selbst für einen Häretiker im Sinne der Konstitution hält. Daher liegt es nahe, daß die Nennung des Nestorios oder des Mani (in Ar) sekundären Textversionen zuzuschreiben ist, nicht dem Original.

III. Unter den Gesetzen des Leo I., welche die Sonntagsruhe betreffen, ist C.J. 3,12,9(11) (Leo et Anthemius, 469 n. Chr.) zu verstehen. Speziell das *principium* verfügt, daß der Sonntag als christlicher Festtag *nec ullius exactionum vexationibus* profaniert werden dürfe. In § 1 wird das näher ausgeführt: *ut a cunctis exsecutionibus excusetur*. Das soll im Detail heißen, es soll keine *admonitio*, keine *exactio*, keine *apparitio*, keine *advocatio*, keine *cognitio* und schließlich keine Tätigkeit der *praecones* geben. Das alles deutet auf Exekutionstätigkeiten.[4] Der Interpret faßt das in unserer Stelle freilich so zusammen, als gehe es um Ladung, Prozeß und Erkenntnis: Es soll die Tätigkeit der Richter und anderer Amtsträger ruhen; völlig parallel dazu werden in § 3 der Konstitution die *iudices* und *apparitores* genannt, in unserem Text in Absatz 3 die Richter und deren Diener, die *officiales*. Die verbotene Amtstätigkeit ist aber nach unserem Text die, daß niemand am Sonntag einen anderen «ergreife»; es geht also letztlich doch um *exactio* und *exsecutio* wie in der Konstitution des Leo I. Angeführt werden Tätigkeiten und Personen aus der amtlichen Vollstreckung der nachklassischen Periode.[5] «Ergreifen» ist dabei die Personalexekution: Der Schuldner unseres Textes ist am Sonntag nicht der gerichtlich angeordneten Festnahme ausgesetzt. Die ziemlich genaue Übernahme der

---

[3] Eine falsche *inscriptio* in der Sammlung, vgl. MOMMSEN/KRÜGER 2 und 19.

[4] Anders im Thema C. Th. 8,8,3 (Gratianus, Valentinianus et Theodosius, 386 n. Chr.): keinerlei Rechtsstreit.

[5] Vgl. dazu KASER-HACKL, ZP 625 (§ 96 III)

Terminologie des Vorlagetextes aus C.J. 3,12,9(11) spricht demnach dagegen, daß L die Originalversion bietet und ein späterer Redaktor das Original der Konstitution entsprechend ergänzte. Der Vorgang ist umgekehrt: L gibt hier eine verkürzte Fassung des Originals, das in R II erhalten geblieben ist.

Vom Gesetz Leons über die Sonntagsheiligung berichten syrische historische Quellen. In der Chronik des Ps.-Dionysios von Tellmaḥrē heißt es: «Im Jahre 776 (n. Chr. 464/5) erließ Kaiser Leon ein Gesetz, daß niemand es wage, am Sonntag zu arbeiten, noch es wage, am heiligen Sonntag Zither, Trompete, Trommel oder irgendein Musikinstrument zu spielen, sondern daß alle (mit der Arbeit) aufhörten, sich jeder in der Kirche versammele und jeder ruhe.»[6] Von dort ist es leicht verkürzt in die Chronik Michaels des Syrers gelangt.[7]

IV. Aus demselben Themenbereich der Exekution folgt ein weiterer Text. BRUNS führte ihn auf C.J. 1,3,32(33) zurück. Unter dem Titel *de episcopis et clericis* verfügte Leo I. im Jahre 472 n. Chr. nach dem *principium* der Konstitution für *sacerdotes et clerici, cuiuscumque gradus sunt, monachique*, daß sie nicht in *extranea iudicia pertrahantur*. Und es wird ausdrücklich beigefügt: *ex nullius penitus maioris minorisve sententia iudicis*. Genau diese drei Aussagen finden sich parallel in unserem Text, folgt man der Redaktion aus R II: Begünstigt sind die Priester, alle sonstigen Kleriker (Fachausdruck: Söhne der Kirche) und die Mönche. Sie dürfen nicht - weder am Sonntag, noch an normalen Tagen - (sc. an fremde Gerichte) «übergeben» werden. Und es ist gleichgültig, ob sie wegen viel oder wenig übergeben werden sollen.

V. Die gleiche Konstitution des Leo I., C.J. 1,3,32(33) ist in § 5 auch die Vorlage für die etwas verwirrenden Aussagen zu den Gebühren geworden (Absätze 4). Die dort genannten *exsecutores* oder *apparitores* - Gehilfen des Vollstreckungsgerichts - sind mit den *officiales* unseres Textes identisch. Ihnen steht nach der Konstitution *sportularum gratia* ein bestimmter Betrag zu, den der Schuldner zu zahlen hat. Die Konstitution bestimmt diesen Betrag für die Hauptstadt mit einem *aureus* für Kleriker aus der Provinz; für die Tätigkeit in der Provinz selbst darf der Beamte 2 *solidi* nehmen, in geringeren Sachen aber nur ein halbes As. Der Interpret setzt statt des As den Denar, ansonsten hat er die Münzen aber wohl etwas durcheinander gebracht. Die Folgeaussage, daß bei Mehrforderung das *duplum* zurückzugewähren ist, steht nicht in der Konstitution. In unserem Text ist sie eine Aussage des Interpreten. Sie ist systemgerecht und wird später auch bei Zeno in C.J. 12,60(61),7,9 für die Rückerstattung durch *exsecutores et exactores* angeführt: Sie haben das *duplum* zu zahlen (διπλάσιον δίδωσι).

---

[6] I.-B. CHABOT, Incerti Auctioris Chronicon Pseudo-Dionysianum vulgo dictum, I, Louvain 1927, 1949 (= CSCO 91, 121) 227 (Text), 169 (lateinische Übersetzung).

[7] J.-B. CHABOT, Chronique de Michel le Syrien, Band II, Paris 1899, 140 (Übersetzung), Band IV, Paris 1907, 249 (Text).

Kommentar zu § 106

L 119, 120, 121 = R III 120, 121, 122 = R II 151a, b, c = D 157a, b, c = P 83 a,b, - = Not -, 92 = G -, 45 = N IV 14b = O 224f. = I 77 oben/2.4 (?)

A

In L 119 ist eine Lücke erkennbar. In der Vorlage war offenbar das längere Stück «für sie Straßen (zogen) ... und in sie Wasserleitungen hineinführten» ausgefallen, vielleicht wegen des wiederholten *lhēn* (Homoioteleuton) oder aus einem anderen Grund. Der Schreiber von L oder einer Vorlage scheint die Lücke erkannt zu haben und ergänzte sie mit der Notlösung «und sie machten alles». Im folgenden wechseln in L die Verben fälschlich vom Plural in den Singular, so daß Gott als Urheber der Maßnahmen erscheint. SACHAU vermerkt in seiner Ausgabe von L den Singular nur an der ersten Stelle *(w-sām)*, doch stehen auch die anschließenden Verben in der Handschrift eindeutig im Singular; in der Ausgabe von LAND sind die Lesarten von L richtig angegeben.

B

I. In L 119-121 ist deutlich ein einheitlicher Traktat durch die Ausgabe von BRUNS-SACHAU auseinandergerissen worden. Die Stelle bietet nämlich in § 106a eine Art gemeinsamer Vorrede zum Städtebau und dessen Bauvorschriften und zugleich zu den Landmaßen im Rahmen der Steuerschätzung. Die Bauvorschriften aus § 106a werden in § 106b aufgegriffen, die Landmaße erscheinen im Detail in § 106c.

1. Im ersten Teil der Vorrede ist eine Fehlübersetzung bei SACHAU bemerkenswert. Die ἀγωγαί des Wassers sind die Aquaedukte. Sie werden aber nicht etwa in die in der Stadt gebauten «Festungen» geleitet, sondern in Wasserbehälter. Der syrische Übersetzer hat aus der Vorlage *castellum* oder im Plural *castella* (griechisch κάστρα) wörtlich, aber nach seiner Vorstellung übersetzt *(bīrtā)*, und damit den deutschen Übersetzer SACHAU wie auch den englischen Übersetzer VÖÖBUS irregeführt. *Castellum* ist nicht die «Burg» («castle»), sondern das «Wasserschloß», d. h. der zentrale Wasserbehälter, dem wir z.B. in D. 8,2,19 begegnen: *ex castello ... aquam capit.*

2. Aus dem zweiten Teil der Vorrede fällt das μιλιάριον auf, das an den römischen Straßen in Form von Steinsäulen errichtet war.[1] Die Meile als Längenmaß wird im Text nun in 1000 Schritte geteilt *(mille passuum)*. Zugefügt wird aber noch eine andere Einteilung der Meile zu 500 Ruten, wobei man jede Rute - wohl eine übliche genormte Meßlatte - zu 8 *ammīn* rechnet, *ammīn* bereits von SACHAU mit «Ellen» übersetzt. Schon Theodor MOMMSEN[2] hat erkannt, daß hier nicht einfach römische Reichsmaße wiedergegeben waren. Das römische System ergäbe bei einer römischen «Elle» von eineinhalb Fuß die «Rute» zu je 12 Fuß und damit pro Meile und 500 Ruten je 6000 Fuß. Will man 5000 Fuß pro Meile erreichen, muß man die «Elle» zu eineinviertel Fuß rechnen. MOMMSEN und ihm folgend BRUNS[3] nehmen daher an, daß die Römer in Syrien ihr

---

Zu § 106:

[1] G. RADKE, Art. Miliarium, in: Der kleine Pauly 3, Sp. 1299f.

[2] Syrisches Provinzialmass und römischer Reichskataster, in: Hermes. Zeitschrift für classische Philologie 3 (Berlin 1869) 429-438 mit weiteren Hinweisen.

[3] BRUNS-SACHAU III 286.

Meilensystem offiziell mit dem ägyptisch-philetärischen Maß verbunden haben, bei dem pro «Elle» nur eineinviertel Fuß gerechnet wurden. Näher liegt es aber anzunehmen, daß der Darsteller zunächst die römische Meile zu 1000 Schritten beschrieb, dann aber das römische Maß in der *interpretatio* für seine Hörer korrekt in das heimische Maß mit seinen 500 Ruten und in die Rute mit ihren heimischen 8 «Ellen» zu je eineinviertel Fuß übersetzte. Eine offizielle Verbindung der Maßeinheiten kann das wohl nicht genannt werden. Es gab einfach verschiedene Längenmaße nebeneinander. Es ist der Interpret, der die römische Maßeinheit für seine an das lokale Maß gewohnten Hörer «übersetzt».

II. Die Darstellung der Bauvorschriften betrifft nur das Bauen in der Stadt. Bruns[4] möchte die Vorschriften auf ein Städtebaugesetz des Leo I. zurückführen, das nicht erhalten, wohl aber in einem Baugesetz des Zeno erwähnt ist (C.J. 8,10,12,1 und 4). Leos Gesetz wäre dann vor dem großen Brand von Konstantinopel 496 n. Chr. erlassen worden. Zenos Gesetz wurde von Heinrich Dirksen[5] ausführlich behandelt. Er geht insbesondere auf das Verhältnis des Gesetzes des Zeno zu angeblich zwei Vorläufergesetzen des Leo ein,[6] über die Zeno referierte. Die Referate des Zeno aber betreffen nur ein einziges Gesetz, das zweimal erwähnt wird, in § 1 und in § 4. Sie geben für unsere Themen nur eine einzige Aussage, aus der wir erkennen, daß die privaten Wohngebäude zwar das *spatium legitimum* zu wahren hatten, faktisch aber in ununterbrochener Folge nebeneinander gebaut waren: § 1.[7] Dirksen[8] will das *spatium legitimum* nur zur gegenüberliegenden Straßenseite gewahrt wissen. Der Vergleich mit unserer Stelle will auf dieser Basis nicht so recht gelingen. Ferrini[9] hat daher die Vorlage für unsere Stelle in einem Werk des Julianos Askalonita[10] «νόμοι ἤτοι ἔθη τὰ ἐν παλαιστίνῃ τοῦ ἀσχαλωνίτου ἰουλιάνου τοῦ ἀρχιτέκτονος» gesucht. Eine andere Regelung als die leonische liegt ohnehin näher, denn wo sonst im Rechtsbuch Regelungen des Leo I. erscheinen, werden sie auch mit seinem Namen versehen. Hier ist auf Justinians Anordnung in C.J. 8,10,13 zu verweisen (531 n. Chr.), der die für die Hauptstadt Konstantinopel erlassene Regelung des Zeno aus C.J. 8,10,12 auf alle Städte des römischen Reiches ausdehnte und damit provinziale und voneinander verschiedene Regelungen wenigstens zum Teil durch eine einheitliche Regelung ersetzte. Haben wir es hier also in diesem Sinne mit einer vorzenonischen Bauordnung für Antiocheia oder allgemein für die Städte der östlichen Provinzen zu tun?

1. Erstes Thema der Aussagen zum Städtebaurecht ist der seitliche Abstand der mit der Front an Straßen (πλατεῖα) und Plätze (στοαί) grenzenden Privathäuser voneinander. Diese Häuser konnten nun durch eine kleine Gasse (*angiportus*, στενωπός) oder durch einen Zwischenraum voneinander getrennt sein. Dabei wird am Rande für Gassen,

---

[4] AaO.

[5] Das Polizei-Gesetz des Kaisers Zeno über die bauliche Anlage der Privathäuser in Konstantinopel, in: Abh. der königlichen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Phil. und histor. Classe 1844, Berlin 1845, 83ff.

[6] AaO 90ff.

[7] § 4 befaßt sich mit der Bauhöhe, von der in unserem Text nicht die Rede ist.

[8] AaO 100.

[9] Beiträge 113.

[10] Aus Harmenopoulos II 4.

Straßen und Plätze vermerkt, daß sie Gemeineigentum waren (vgl. C.J. 8,11,20 und 8,10,12,3). Demgegenüber waren die Zwischenräume zwischen den Häusern weiterhin Privateigentum. Aus dem Gemeineigentum wird begründet, daß es ein Recht gab, Türen, Fenster und Wasserauslässe auf Straßen, Plätze und Gassen zu führen. Für die Gassen gab es dabei nach § 106b Absatz 1 ein bestimmtes Maß der Anlagebreite, das aber nicht genannt wird.

2. Waren die Gebäude seitlich nicht durch Gassen voneinander getrennt, so mußten sie in bestimmten Fällen durch Zwischenräume voneinander getrennt sein. Diese Zwischenräume hingen von der baulichen Anlage ab, je nachdem, ob die seitlichen Mauern Fenster und Wasserauslässe enthalten sollten. Die Regel ist also für Neubauten oder Wiedererrichtungen gedacht, bei denen ein solcher Zwischenraum noch gewahrt werden konnte.

a) Daß sich hinter dem Ausdruck ܟܪܘܢܐ die Bedeutung Wasserauslaß, griechisch χρουνός, verbirgt, hat FERRINI[11] dargetan und bei SACHAU[12] dafür Gefolgschaft gefunden.

b) Eine Crux ist bei der Passage über die großen Fenster mit Säulen das in diesem Zusammenhang gebrauchte griechische Fremdwort. Nach L lautet der Text: «Wenn aber die Fenster groß und breit sind und eine kleine Säule zwischen beiden steht, ...» Es folgt das griechische Fremdwort, aber in einer Form, daß es wie ein syrisches Wort aussieht («das sie nehmen» oder «damit sie nehmen»). Nach RII heißt es: «... und kleine Säulenhallen (στοά) zwischen ihnen beiden stehen, was DNQWMBLWN genannt wird, ... ». D und O sind zu übersetzen: «Wenn aber die Fenster groß und breit sind und eine kleine Säulenhalle zwischen ihnen beiden steht, die (*plur.*, also auf die Fenster bezogen) DYWQWMBLWN (D: DYQWMNWN) genannt werden, ... ». Das syrische Wort ܕܝܩܘܡܒܠܘܢ DYQWMBLWN (δικύμβαλον?) ist nur in dem Lexikon des Bar Bahlūl belegt,[13] doch könnte sich dieser Schriftsteller vom Ende des 10. Jh. auf unseren Text beziehen. Einen wirklichen Beleg für ein von der Bedeutung passendes griechisches Wort δικύμβαλον scheint es nicht zu geben.[14] Es liegt deshalb eine Verschreibung nahe. Als einschlägiger griechischer Architekturbegriff bietet sich διάστυλον «lichter Abstand zwischen Säulen» *(intercolumnium)* an.[15] Allerdings erfordert dieser Vorschlag einiges an Konjekturen. Die syrische Form könnte ܕܝܩܘܡܒܠܘܢ oder - als Ausgangspunkt wahrscheinlicher - ܕܝܩܘܒܠܘܢ gelautet haben. Wenn daraus ܕܝܩܘܡܒܠܘܢ geworden sein soll, müßte das ܒ zu ܡܒ geworden sein, was ohne weiteres denkbar ist. Der fünftletzte Buchstabe ܐ könnte zu ܢ verlesen worden sein. Und es erscheint auch nicht ganz ausgeschlossen, daß bei einem fehlenden Verständnis des Syrers für den griechischen Ausdruck aus dem - vielleicht undeutlich geschriebenen oder beschädigten - ܠ ein ܕ geworden ist. Diese Änderungen müßten schon vor der Spaltung der Überlieferung in L und die Bearbeitung B vorgenommen worden sein. Die späteren Verschreibungen in L

[11] Beiträge 112.

[12] Syr. RB I 195.

[13] Thesaurus Syriacus I Sp. 891. Er erklärt es arabisch mit «die Seite des Segels» (vgl. SACHAU, Syr. RB I 196), was hier keinen Sinn gibt.

[14] SACHAU ebenda.

[15] Vgl. H. G. LIDDELL - R. SCOTT, A Greek-English Lexicon, 9. Aufl., Oxford 1940 (mit mehreren Ndr.), 413b.

und RII entstammen einem häufigen Lesefehler, nämlich ein ן *(n)* für ein י *(y)* zu nehmen. Der Text muß aber noch weiter ergänzt werden. Die Übersetzung könnte versuchsweise lauten: «Wenn aber die Fenster groß und breit sind und kleine Säulen (da sind und) zwischen (je) zweien von ihnen ein Diastylon besteht, ziemt es sich für den Eigentümer des Gebäudes, daß er einen Abstand von vier Ellen ... freiläßt.» Dabei ist vorausgesetzt, daß mit Diastylon ein bestimmtes Maß gemeint ist;[16] wenn die Säulen um soviel auseinander sind, muß das gegenüberliegende Gebäude den größeren Abstand von vier Ellen einhalten. Die Versionen R II, D und O klingen so, als ob das Fremdwort ein anderes Wort erklärt («das D. genannt wird»). Diese Möglichkeit scheidet aber aus, wenn tatsächlich der Abstand zwischen den Säulen gemeint ist. Der Bearbeiter der abgeleiteten Versionen konnte also anscheinend mit dem ihm vorliegenden Text nichts Rechtes anfangen.

c) Die νομή, Plural νομαί, bezeichnen den Teilungsstreifen zwischen den Gebäuden, den jeder der beiden Eigentümer freilassen mußte, wenn es von seiner Seite aus - nicht etwa von der des Nachbarn aus - baulich erfordert war. Im Thesaurus Syriacus[17] wird als Bedeutung *spatium legitimum* angegeben; doch ist als Beleg dafür eben nur unsere Stelle angegeben. Im Griechischen bezeichnet νομή u. a. auch «Teilung» oder «Grenze», «Abgrenzung». Von hier aus wird der Text zu verstehen sein. *Lex fundi* - wie BRUNS[18] meint - heißt νομή sicher nicht.

d) Der Zwischenraum, der zwischen den Häusern auf gesamter Länge des Baues zu beachten war, variierte nach den baulichen Anlagen. Erlaubter Weise durften zum Nachbarn hin Fenster und Wasserauslässe bestehen. Doch mußten dann Abstände gewahrt werden, um dem Nachbarn gegenüber, der noch nicht gebaut hatte, kein fait accompli z.B. eines Lichtrechts zu schaffen. Hatte der Nachbar aber schon ohne Fenster und Wasserauslaß bis zur Grenze gebaut, so war es ohnehin nicht sinnvoll, ein Fenster in die eigene Wand einzulassen, das kein Licht bieten konnte. Der Abstand beträgt zwei *ammin*, «Ellen», wenn Fenster- und Wasserauslaß oder auch nur ein Wasserauslaß gebaut wurde, das sind beim Landesmaß 2 ½ Fuß. Bei großen Fenstern sind es vier *ammīn*, d.h. 5 Fuß. Gab es aber keine Wasserauslässe und keine Fenster oder nur Fenster «im Dach», so bestand keine Notwendigkeit eines Zwischenraumes. Von einem *spatium legitimum* ist also gerade nicht die Rede, wie es noch von Papirius Justus in D. 8,2,14 nach einem kaiserlichen Reskript als erforderlich bezeichnet wurde. Die Meinung von BRUNS geht also fehl, hier sei noch vom alten *ambitus* die Rede.

III. Der kurze Abschnitt der Einleitung über die Landflächenmaße allgemein (§ 106a Absatz 2) leitet einen mit § 106c Absatz 2 ½ beginnenden längeren Abschnitt über die steuerliche Bonitätsbewertung der Ländereien ein. Vorweg ist noch einmal von der «Rute» die Rede. Die angegebenen Landmaße sind: Das *iugerum* (nicht wie im Text *iugum*) zu 2 πλέθρα, das πλέθρον ein Quadrat zu 100 Ruten Seitenlänge, also zu 10 000 Quadratruten. Ganz sicher ist das *iugum* (ἰούγον) bei der Bewertung der Ländereien nur eine Rechnungseinheit im Sinne eines genormten Jochertrags, die zum realen Landmaß

[16] LIDDELL - SCOTT aaO: «having the space of three diameters between the columns».

[17] Sp. 2322.

[18] AaO.

in Beziehung gesetzt wird. Bei der Angabe der Maße aber ist noch das reale *iugerum* gemeint.[19] Auch hier dürfte der Verfasser das offizielle römische *iugerum* mit dem richtigen römischen Maß verstanden haben; er hat es wieder für seine Hörer nur auf sein Provinzialmaß, nämlich 2 Plethra, umgerechnet.

1. Aus unserer Stelle erfahren wir, daß unter Diokletian eine neue Vermessung und steuerliche Bewertung des Landes für die Grundsteuer *(annonae)*, zumindest aber eine neue Bewertung stattfand. Sie ist uns sonst nicht überliefert. Daß der Verfasser sie als jüngste Regelung bietet, spricht eher für ihre Geltung noch bis in das 5. Jh. n. Chr. Eine im Jahr 1904 gefundene Inschrift aus Ephesos[20] könnte uns eine ergänzende Information bieten. Aus Anlaß einer Petition, die das den Gemeinden in Asia unter Konstantin I. weggenommene Grundvermögen betraf, ergeht eine kaiserliche Konstitution der *Augusti Valentinianus, Valens* und *Gratianus*, die am Rande des eigentlichen Themas verfügt, eine allgemeine Aufstellung für die ganze Provinz Asia zu machen. Sie soll *disquirere per omnem Asiam provinciam fundos iugationemque memoratam, qui in praesentem diem habeant, qua ratione possideant et quantum per iuga singula rei privatae nostrae annua praestatione dependant* ...

Der Text geht also davon aus, daß es traditionelle Regeln der *iugatio* gab und daß die einzelnen Grundstücke nach diesen Regeln eingestuft waren. Er geht weiter davon aus, daß es eine jährliche Abrede an den Fiskus *per iuga singula* gab, die in einer Fiskalquote des Ertrags bestand.

Steuereinheit[21] war 1 ἰούγον, der wohl in Geld genormte Ertrag eines Steuerjoches. Der Text gibt keinen Anlaß, die *annonae* eines *iugum* (ἰούγον) anzugeben; sie dürften auch in der Fiskalquote variabel gewesen sein. Unbekannt ist, ob die Maßnahme allgemein war oder nur eine bestimmte Provinz betraf. Die Bewertung folgte dabei der Anbauart und der Bodengüte innerhalb der Anbauart. Das System ist einfach[22]:

a) Weingärten sind am höchsten bewertet; hier ergeben stets 5 reale *iugera* ein Steuer-*iugum*.

b) Saatland für Weizen oder Gerste erscheint in drei Klassen, wohl nach Bodengüte; je 20, 40 oder 60 *iugera* ergeben 1 *iugum*.

c) Ölbaumkulturen erscheinen in zwei Klassen; in der ersten Klasse ergeben 225 (? im Text: 220) Stämme (s. unten Abschnitt 2) 1 *iugum*, in der zweiten Klasse ergeben 450 Stämme 1 *iugum*.

d) Bergland, das weniger fruchtbar oder schwerer zu bebauen war, wurde von den *censitores* nach Gutachten von unabhängigen, nämlich ortsfremden Gutachtern nach seinem Getreideertrag eingeschätzt.

e) Weideland wurde nach Bodengüte mit einer fixen συντέλεια von 1, 2, 3 oder mehr Denaren pro Dorf besteuert. Indirekt wird das in C.Th. 7,7 und C.J. 11,61 bestätigt,

---

[19] A. M.: MOMMSEN aaO 431.

[20] Dazu zuletzt, mit reicher älterer Literatur, André CHASTAGNOL, La législation sur les biens des villes au IVe siècle à la lumière d'une inscription d'Éphèse, in: Atti dell'Accademia romanistica Costantiniana. VI Convegno internazionale, Perugia 1986, 77-104. Hier wird dessen Edition und französische Übersetzung zugrundegelegt.

[21] So schon F. C. von SAVIGNY, Vermischte Schriften, 2. Band, Berlin 1850, 67ff., gefolgt von BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 287.

[22] CHASTAGNOL aaO 85 war es bekannt.

wo die Eigentümer von Weideland dagegen geschützt werden mußten, daß bei ihnen zusätzlich auch noch die *animalia militum* zur Weide getrieben wurden.

2. Bei der Bewertung der Ölbaumhaine lasen die Herausgeber LAND und SACHAU in L die Maßeinheit ebenfalls als «Rute» (*qanyā*). SACHAU macht im Text zwar keine Emendation kenntlich, merkt in der Übersetzung aber an: «Ruthen Conjectur. Handschrift: bases».[23] Er hat also das Wort *kannā* (nicht: *qanyā*) richtig gelesen, kannte aber damals nur dessen Bedeutung «Basis, Fundament». Es kann aber auch «Stamm (eines Baumes)» heißen.[24] Später bei der Ausgabe und Übersetzung von RII 151b gab er das Wort richtig an und wies im Kommentar auf die richtige Bedeutung hin.[25] MOMMSEN[26] hatte hinter den angeblichen «Ruten» bei der Bewertung der Ölbaumhaine immerhin den einzelnen Stamm oder die einzelne Baumgrube vermutet. BRUNS[27] ließ es offen. Die Diskussion darüber ist mit der richtigen Lesung und Übersetzung aber gegenstandslos.

3. Joachim MARQUARDT[28] vertrat die Auffassung, unsere Stelle zeige gar keinen Unterschied von realen *iugera* und Steuer-*iuga*. Vielmehr seien stets mehrere *iugera* real zu einem *iugum* zusammengefaßt worden. Schon BRUNS hat demgegenüber eingewendet, daß es nach unserer Stelle nicht darum geht, daß mehrere *iugera* ein *iugum* ergeben, sondern daß mehrere reale *iugera* die Steuerleistung *(annonae)* eines Steuer-*iugum* ergeben, d.h. schulden. BRUNS hat im übrigen auch detailliert gezeigt, daß ein solches Verfahren der realen Zusammenlegung völlig unpraktisch gewesen wäre.

Kommentar zu § 107

L 122 = R III 123 = R II 143 = D 140 = Arm 142 (139) = Georg 138 = G 45 = N IV 18e = O 222 = I 77 unten/5

I. Thema der Stelle ist eine *condictio ob causam*, gestützt darauf, daß die erwartete Gegenleistung nicht erbracht worden sei. Die *condictio* wird hier korrekt mit ἀνατρέπειν (nicht ἀνατροπή)[1] wiedergegeben. Im ersten Teil der Stelle scheint der Anfragende der Auffassung gewesen zu sein, er hätte dem Arzt nur leisten müssen, wenn der Erfolg der Heilung wirklich eingetreten sei. Er wird dahin beschieden, daß die wirkliche Heilung, also der Erfolg, nicht die *causa* für die Leistungspflicht des Patienten sei.

Daß der Arzt eine περιόδευσις gemacht habe, steht nur in den abgeleiteten Versionen. Als ursprünglich ist eine Verbalform von περιοδεύειν anzunehmen (so auch die Hs. L); der Ausdruck bedeutet wohl nur «behandeln». Ob man einen «umherziehenden» Arzt annehmen soll, von dem auch in D. 27,1,6,1 die Rede zu sein scheint, ist fraglich. Es

---

[23] BRUNS-SACHAU I 33 bzw. II 37 FN. 4.

[24] S. z. B. Thesaurus Syriacus I Sp. 1761.

[25] Syr. RB I 134f. bzw. 197.

[26] AaO 430, 437.

[27] BRUNS-SACHAU III 287f.

[28] Römische Staatsverwaltung, 2. Band, 2. Aufl., Leipzig 1884 (Ndr. Darmstadt 1957) 219ff.

Zu § 107:

[1] Vgl. Band I, Kap. VIII, Abschnitt 1 h (dd) (S. 182).

bliebe dann auch dunkel, wie relevant das für die Entscheidung war. Erwartete man vom umherziehenden «Wunderheiler» mehr als vom ansässigen «Hausarzt»? BRUNS scheidet zu Recht aus, daß der Ausdruck eine besondere Kur bezeichne.[2]

Der Versuch der Anwendung der *condictio ob causam* beim Arzt, dem Rechtsanwalt und der Hure auf die Vorleistung des Kunden könnte bedeuten, daß man hier auch im 5. Jh. noch nicht an ein echtes Synallagma dachte. Die erwartete Gegenleistung für das gezahlte Honorar war vielleicht auch zu dieser Zeit noch nicht als geschuldet gedacht.[3]

II. Der erste Vergleichsfall[4] ist der des Rechtsanwalts, des σχολαστικός. In D. 19,2,38,1 heißt es, daß die Rechtsanwälte ihr Honorar auch dann «verdient» haben, *si per eos non steterit, quo minus causam agant*. Und diese Konsequenz wird aus einem allgemeinen Satz aus D. 19,2,38 pr.[5] abgeleitet, der für alle Fälle der *locatio conductio* gelten soll. So wenig die Heilung letztlich in der Hand des Arztes liegt, so wenig schuldet der Anwalt den Erfolg des Prozeßgewinns. Doch auch in D. 19,2,38,1 denkt Paulus nicht an eine Obligation, sondern wie in unserem Text, daß der Empfänger des Honorars dieses nicht zurückgeben müsse.

III. «Höchst anstößig und sonderbar» findet BRUNS[6] die Gleichsetzung der Huren- und der Anwaltstätigkeit. Nimmt man den Textteil «und Huren» ernst, so war die Rückforderung des Honorars ohnehin wegen des sittenwidrigen Handelns des Gebers ausgeschlossen (D. 12,5,1 pr. mit D. 12,5,4,3). Ein solcher Sprung in der Thematik ist auch einem weniger kundigen Verfasser kaum zuzutrauen. Daher spricht einiges dafür, daß hier schon in der Originalvorlage[7] eine unanständige Randbemerkung des Vortragenden untergebracht war, ein übler Scherz für angehende Rechtsanwälte, der den Grundgedanken auf die Huren übertrug, wonach sie ihr Honorar verdient hätten, auch wenn bei den Kunden der erstrebte Erfolg nicht eingetreten sei.

IV. Die Stelle ist in ihrem Aufbau ein schönes Beispiel für die Darstellungsform der östlichen *interpretatio*. Der Interpret eines Reskripts oder eines Responsums eines Juristen wie Paulus zum Arztfall bietet zunächst eine Paraphrase dieses Reskripts oder Responsum (Absatz 1). Dann geht er zu einer Erläuterung durch den ähnlichen Fall beim Scholastikos über. Und in dieser Erläuterung bringt er auch noch seinen unanständigen Scherz mit dem Vergleichsfall der Huren unter. Wer in der Stelle ein Gesetz sucht, geht sicher fehl.

---

[2] BRUNS-SACHAU III 289. Zu den beiden griechischen Ausdrücken vgl. auch das Kapitel VIII über die Fremdwörter in Band I (Abschnitt 1 h cc, S. 182).

[3] Anders die herrschende Meinung (vgl. KASER, RP II 403 und Fn. 25) für den Westen.

[4] Die Schlußfolgerung geht vom Arztfall zum Fall des Anwalts, nicht umgekehrt wie BRUNS aaO meint.

[5] Schon von BRUNS aaO zitiert; die ebenfalls genannte Stelle D. 50,13,1,10 trägt jedoch zur Sache nichts bei.

[6] BRUNS-SACHAU III 290.

[7] Arm 139 und Dam 140 lassen die Huren aus, versehentlich oder gewollt, sie bieten nicht die bessere Lesung, wie BRUNS aaO meint. Für eine Probe trockenen Humors auch YARON, Syro-Romana 160.

Kommentar zu § 108

L 123 = R III 124 = R II 91 = D 88 = R I 43 = Ar 90 = Arm 90 = Georg 91 = B 80 (richtig: 88) = I 18/8

I. Die Stelle beginnt mit einem Grundsatz der Zuteilung von *dos* und *donatio ante nuptias* nach dem Tod des Mannes in kinderloser Ehe, wie wir ihn aus § 87 kennen und wie er dort auf Leo I. zurückgeführt wird. Die Frau bekommt ihre ganze *dos* und die Hälfte der *donatio ante nuptias.*

Ein folgender Traktat greift daraus die Pflicht zur Rückerstattung der *dos* auf und erörtert den Umfang der Rückerstattungspflicht. Erneut geht es nicht um eine gesetzliche Regelung, was BRUNS[1] erwägt, sondern um die Übersetzung des Grundprinzips durch die Juristen, wonach - soweit nicht die Mitgifturkunde ausdrücklich Regelungen trifft - die Modalitäten der Rückerstattung der Billigkeit zu folgen haben. Es handelt sich dabei im gesamten Text nicht um eine *dos aestimata*, da sonst die Probleme der *aestimatio* im Zeitpunkt der Rückgabe nicht entstanden wären. Es handelt sich auch nicht um eine *dotis aestimatio* mit Wahlrecht für die Frau, im Falle der Eheauflösung den geschätzten Geldbetrag oder die Dotalgegenstände selbst zu wählen.[2]

II. 1. Die Kleidung der Frau wird als erster Gegenstand der Rückerstattung genannt (Absatz 2). Und dieser Gegenstand ist in der Ehe verbraucht worden. Die Frau hat gleichwohl einen Anspruch auf Rückerstattung. Der Wert der Kleider kann nun aber nicht als *aestimatio* im Gütervertrag genannt worden sein, denn er ist erst umständlich nachträglich zu ermitteln. Interessant ist der Einblick, den der Praktiker des Urkundenwesens gibt, was alles im Gütervertrag bei den zur *dos* gehörenden Gegenständen vermerkt war, hier die Herkunft der Kleidung. Der Verbrauch der Kleider in der Ehe geht jedenfalls zu Lasten des Ehemannes.

2. Der Goldschmuck oder die Geräte aus Silber und die Ländereien aus Absatz 3 und 4 geben besondere Probleme auf. Daß sie wie die Kleider verbraucht werden, ist auszuschließen. Also kommt in erster Linie die Rückerstattung der Gegenstände selbst in Frage; diese aber scheint nicht möglich zu sein. Die Gold- oder Silbersachen könnten aber verlorengegangen sein; das aber wieder ist bei den zugleich genannten Ländereien nicht möglich. Es bleibt nur die Annahme des erlaubten Verkaufs; dieser Fall wird im folgenden bei den Sklaven zu Absatz 5 erwogen. Wieder ist jedenfalls der Wert erst nachträglich, bei Eheauflösung, zu ermitteln und wird nicht schon bei Ehebeginn in einer urkundlichen *aestimatio* festgehalten. Oder lautete für den Verfasser die Standardabrede so, daß die Gegenstände in Natur herausgegeben, falls aber nicht mehr vorhanden, zum Neuwert im Zeitpunkt der Eheauflösung ersetzt werden sollten?[3]

3. Bei Sklaven wird nun ausdrücklich zuerst die Rückerstattung in Person verfügt. Sind sie verkauft worden, erhält die Frau den «Preis» (τιμή), wobei nicht gesagt ist, ob es sich um den beim Verkauf erzielten Verkaufspreis oder um den Anfangswert bei

---

Zu § 108:

[1] BRUNS-SACHAU III 290.

[2] Die frühere Auffassung von SELB, Zur Bedeutung 191f. und Fn. 103 ist nicht aufrechtzuerhalten.

[3] Zu den Varianten der Formulare Alfredo CALONGE, Aestimatio dotis, in: Anuario de Historia del Derecho Espagnol 35 (1965) 5-57, hier: 41ff.

Eheschließung oder um den Schätzwert bei Eheauflösung handelt. Das Wort τιμή kann alles das bedeuten. Der Tod der Sklaven geht jedenfalls zu Lasten der Frau. Dasselbe wird dann auch für die in der *dos* gebrachten Tiere gesagt.

III. Fast unversehens geht der Verfasser von den in der *dos* gebrachten Gegenständen zu den Sklavenkindern und Tierjungen über. Die hier gebotene Lösung entspricht dem, was in § 95 zum gleichen Thema ausgeführt worden ist.[4] Hier besteht nun kein Zweifel, daß der Verfasser die Sklavenkinder genau wie die Tierjungen behandelt. Die Halbteilung bei diesen geht aber klar davon aus, daß beide, Tierjungen wie Sklavenkinder, gerade nicht zu den Früchten zählen; sie ist wohl wieder das Ergebnis einer pauschalen Berücksichtigung der vom Mann aufgebrachten Impensen auf die Erziehung der Sklavenkinder und die Aufzucht der Tierjungen durch den Nutznießer, den Ehemann. Bei den Herdentieren geht der Verfasser jedoch nicht wie in § 95 auf die Frage ein, ob nicht vor der Teilung der Herdenjungen zuerst wieder die volle Zahl der Herde herzustellen ist.

IV. Die Analogie zu den in der *dos* gebrachten Bienenstöcken bleibt reichlich dunkel. Geht es nur um deren Restitution oder auch um die Vermehrung durch Schwärme?

Kommentar zu § 109

L 124 = R III 125 = R II 144 = D 153

Die Mahnung, um die es hier inhaltlich geht, wurde bereits zu den §§ 89 und 92 besprochen. Ebenso ist die sich an die vergebliche Mahnung anschließende Pfandverwertung dort bereits besprochen. Der Gläubiger mahnt nicht die Schuld ein, sondern er kündigt als Pfandgläubiger dem Pfandschuldner die Verwertung der Pfandsache an, falls nicht geleistet werde. Warum wird aber bestimmt, daß das Darlehen «ohne Schriftstücke», aber unter Bestellung eines Spezialpfandes gegeben wurde? Weil der Verfasser damit das im «Schuldschein» übliche Generalpfand an allem, was der Schuldner hat und haben wird, dem Spezialpfand gegenüberstellt, das der Gläubiger bereits im Besitz hat und nun ohne gerichtliche Mithilfe verwerten kann. Handelte es sich um ein besitzloses Generalpfand, so mußte der Gläubiger erst auf die Herausgabe der Pfandgegenstände klagen, um sie zu verwerten. Der übliche Schuldschein als Grundlage einer Generalverpfändung ist uns bereits in § 99 begegnet.

Kommentar zu § 110

L 125 = R III 126 = R II 145 = D 141 = R I 52 = Arm 143 (140) = Georg 139 = N IV 7a = O 219 = I 55/28

Die im Text genannte Frist (προθεσμία) ist eine in der Schuldurkunde selbst angegebene Zahlungsfrist. Der Verfasser des Textes gibt ein Beispiel, nicht etwa eine gesetzliche Frist. Das Verlangen vor Ablauf dieser Zahlungsfrist ist eine klassische *pluris petitio*

[4] Vgl. auch § 91 zur Antichrese beim Pfand.

tempore.[1] Damit ist die Regelung zeitlich vor Zeno einzuordnen, der nach dem Bericht aus Inst. 4,6,33 die alte *pluris petitio* abschaffte.

Kommentar zu § 111

L 126 = R III 127 = R II 58 = V 56 = D 56 = P 46b = Ar 57 = Arm 58 (-)

I. Die Stelle hat bisher keine befriedigende Erklärung gefunden. Fest steht, daß ein Vater seine Tochter in die Ehe gab. Fest steht auch, daß der Vater dem Schwiegersohn eine Mitgift in einer Mitgifturkunde versprach, wobei die Verpflichtung auf Geld oder andere Sachen lautete. Weiter geht die Stelle davon aus, daß die Verpflichtung aus der Mitgifturkunde ganz oder teilweise nicht erfüllt wurde. Nimmt man diese Aussagen aus Absatz 1 und fügt Absatz 3 hinzu, so bietet sich das Thema der *querela* oder *exceptio non numeratae dotis* (C.J. 5,15) an. Die Praxis, in der Mitgifturkunde die versprochene *dos* auch gleich als empfangen zu quittieren, um das notwendige Versprechen auf Rückerstattung der empfangenen *dos* nach Beendigung der Ehe anzufügen, ist ihr Hintergrund.

Als Gesetzestext ist die Gesamtdarstellung ganz gewiß nicht zu verstehen. Sie will angesichts der Aussage aus Absatz 3, daß bei der genannten Urkundenpraxis nach fünf Jahren die Berufung auf die Nichtauszahlung der *dos* nicht mehr möglich ist, keinen normativen, sondern einen praktischen Ausweg bieten. Dieser Ausweg wird also nicht etwa verordnet, sondern ergibt sich aus der dem Verfasser auch sonst geläufigen Kautelarjurisprudenz. Es mag durchaus sein, daß der Fall aus Absatz 1 und die Konsequenz aus Absatz 3 in einem Reskript zum Thema aus C. J. 5,15 zu finden waren. Die *interpretatio* dazu schrieb aber das Thema in praktischer Weise fort.

II. 1. BRUNS[1] befaßte sich ganz ausführlich mit der im Text genannten Frist von drei oder fünf Tagen, nach deren Ablauf die ganze *dos* oder Teile daraus nicht geleistet waren. BRUNS denkt an eine sonst nicht überlieferte gesetzliche Frist. Eine Anspielung an die überkommenen Fristen, etwa an die drei Jahresraten für Geld oder die 10 Monate für bewegliche Sachen, sieht er mit Recht nicht darin. Die Alternative von drei oder fünf Tagen Frist wäre freilich recht seltsam, zumal kein Hinweis darauf gegeben wird, wann die eine oder die andere zutreffen soll. Nimmt man aber den Anfang als reine Falldarstellung und läßt die Entscheidung erst mit «soll» folgen, so stellen sich die Fristen als bloße Fallbeispiele für den Urkundeninhalt dar.

2. Die weitere Diskussion geht davon aus, daß der Vater - hier erscheint daneben auch die Mutter als Bestellerin der *dos* - zum Leistungszeitpunkt nicht oder doch nicht vollständig erfüllt und den Schwiegersohn um Leistungsaufschub bittet. Vor dem Risiko des Schwiegersohnes, eines Tages den Anspruch auf die versprochene und schon quittierte *dos* zu verlieren (Absatz 3), war nun ein Weg zu finden, der den Interessen der beiden Parteien Rechnung trug. Der Praktiker findet ihn. Die Schwierigkeit für BRUNS lag darin,

---

Zu § 110:

[1] So schon RUDORFF, Legum saecularium Constantini Theodosii et Leonis capita 111; BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 291.

Zu § 111:

[1] BRUNS-SACHAU III 291.

daß das Cheirographon, das im Text zweimal vorkommt, seinen konkreten Sinn jeweils erst aus dem Kontext gewinnt. In der Tat wäre eine «Urkunde», daß die *dos* ausgezahlt sei, «so widersinnig, daß man eine Corruption des Textes annehmen muß».[2] Die erste «Urkunde» bedeutet für BRUNS dann eine Fristsetzung gegen den Vater mit der Konsequenz Stundung, der später die reale Zahlung folgt, die dann in der zweiten «Urkunde» quittiert wird.

U.E. handelt es sich beim ersten Cheirographon um einen wirklichen Schuldschein, wie er uns im Rechtsbuch mehrfach begegnet. Dieser Schuldschein enthielt eine abstrakte Novation des Versprechens aus der Mitgifturkunde. In ihr war notwendigerweise auch von einem neuen Leistungstermin die Rede. Daß es sich um eine Novation handelt, ergibt sich mittelbar auch aus dem Schlußsatz, denn die genannte Urkunde gewährt eine Klage über die für die Ansprüche aus der Mitgifturkunde genannten fünf Jahre hinaus. Eine bloße Stundung hätte diesen Effekt der Klagebegründung nicht gehabt. Die abstrakte Novation brachte aber sofort ein Problem mit sich: Nun hatte der Schwiegersohn zwei Klagen, mit denen er gegen Vater - und Mutter - der Frau vorgehen konnte. Die folgende Quittung - das zweite Cheirographon - sollte vorsorgen, daß der Schwiegersohn neben dem novierten Anspruch nicht auch noch den aus dem Ehegütervertrag geltend machte.

3. Die fünfjährige Verjährung des Anspruchs aus der Mitgifturkunde ist nach Absatz 3 klar bezeugt.[3] BRUNS findet aber eine solche fünfjährige Verjährung für die Klage auf die Mitgift als dem römischen Recht «unbekannt».

a) Ausgangspunkt der rechten Erklärung ist der Brauch, in die Dotalurkunde über die Bestellung der *dos* neben dem Versprechen der *dos* bereits eine Empfangsbestätigung aufzunehmen, der dann in derselben Urkunde das Rückzahlungsversprechen für die Wechselfälle der Ehe folgen konnte (C.J. 5,15,3, Justinianus: *In dotibus, quas datas esse dotalibus instrumentis conscribi moris est, cum adhuc nulla datio, sed pollicitatio tantum subsecuta sit* ...). Die Empfangsbestätigung wurde also ausgestellt, bevor noch die *dos* zu leisten war und bevor sie real geleistet wurde. Wir kennen diese Übung von der Darlehenspraxis, wo die Entwicklung des Darlehens vom Realkontrakt zum schriftlichen Rückzahlungsversprechen solche Empfangsbestätigungen mit sich brachte. Die Abfassung der Urkunde samt Quittung lag dort notwendigerweise vor der Auszahlung des Darlehens. Die Übung führte dazu, der mit der Rückgabestipulation verbundenen Empfangsquittung in der Urkunde nur beschränkten Beweiswert für die wirkliche Hingabe des Darlehens bzw. der *dos* zuzumessen. Die *querela non numeratae pecuniae* und *non numeratae dotis* ist daraufhin entwickelt. Mit ihrer Hilfe konnte die Beweislast für die Auszahlung wieder dem Gläubiger überbürdet werden, der die Rückzahlung geltend machte. Die Frist aber für diese Klage betrug fünf Jahre. Wir finden sie in § 52 für eine andere *querela* genannt, die *querela inofficiosi testamenti*, ferner in C. Herm. 1,1, I.Th. 2,27,1, LRBurg 31 und C.J. 4,30,14.

b) BRUNS geht ebenfalls von der *querela non numeratae dotis* und ihrer Frist aus. Aber er will diese *querela* gegen die im Text genannte Quittung richten, die der Schwie-

---

[2] BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 292.

[3] Die Versuche von SELB, Zur Bedeutung 138ff., die *actio* als *cautio* zu verstehen, sind nicht zu halten. Die Bedenken YARONS, Syro-Romana 139 sind zutreffend.

gersohn *nach* Erhalt der realen Zahlung ausstellte. Sachlich wäre das nur dann verständlich, wenn auch diese Quittung den nicht geschehenen Empfang der Dotalgegenstände bestätigt hätte und damit ebenso ohne wahre Erfüllung gegeben worden wäre.[4] Die Quittung aber «löst» nur die Verpflichtung aus dem Dotalversprechen, so wie eben die Novation mit der Tilgung der früheren Schuld verbunden ist. Es bleibt also dabei, daß sich die auf fünf Jahre beschränkte *querela non numeratae dotis* gegen die Empfangsquittung im Dotalinstrument selbst richtete. Die Beispiele für solche Quittungen aus der Papyrologie sind zahlreich und für die Zeit vor Justinian belegt.[5]

c) Der Schlußsatz unserer Stelle spricht nun davon, daß die Klage des Ehemannes auf Auszahlung der *dos*, wenn sie sich nur auf das Dotalinstrument als die «frühere» Schuld stützen konnte, nur fünf Jahre lang geltend gemacht werden konnte. Der Verfasser hat damit ganz konsequent die Frist für den Ausschluß der *querela non numeratae dotis* als Frist für die Verjährung des Anspruchs auf die *dos* verstanden. Wer eine vorweggenommene Quittung gegeben hatte, konnte eben nach fünf Jahren die quittierte Forderung nicht mehr geltend machen, weil er die Quittung nicht mehr anfechten konnte.[6]

d) «Höchst sonderbar» findet BRUNS[7] die Quittungsurkunde, die der Schwiegersohn nach Erhalt des Schuldscheins gibt. Die richtige Bezeichnung der Urkunde mit dem Ausdruck ἀπόλυσις ist nunmehr für die Edition geklärt, obwohl in den Redaktionen mannigfache Verschreibungen im Umlauf sind, die die Literatur irregeführt haben und heute nicht mehr in die Diskussion einbezogen werden sollten.[8] Damit gewinnen wir auch den Sinn der «Quittungsurkunde» aus dem Text. Nach Andreas B. SCHWARZ[9] teilt sich die Menge hellenistischer Quittungsurkunden in einfache Bestätigungen, erhalten zu haben (ἀπέχειν), und in Aufhebungen des Schuldverhältnisses ohne Rücksicht auf den Erhalt der Leistung. Nur die letzteren[10] wurden λύσις, περίλυσις, ἀπόλυσις oder ἐπίλυσις genannt, eine ἀπόλυσις erscheint in BGU IV 1139,9; P.Oxy XII 1562,14[11]; P.Ross. IV 16,5 (VIII)[12]; P.Lond. V 1731,18[13] und P.Tebt.Mich. I 61b 276 und 279[14].

---

[4] E. LEVY, Die querela non numeratae pecuniae, in: SZ 70 (1953) 214-246, hier: 233 = Ges. Schr. I 437, bestreitet mit Heinrich Rudolph GNEIST, Die Formellen Verträge des neueren römischen Obligationenrechts in Vergleichung mit den Geschäftsformen des griechischen Rechts, Berlin 1845, 90, und mit Benno FRESE, Die Lehre von der Quittung, in: SZ 18 (1897) 241-284, hier: 274, daß es vor Justinian eine Klage gegen die spätere regelrechte Quittung gegeben habe und weist darauf hin, daß die Klagefrist dann auch nur 30 Tage umfaßt habe. Zu GNEIST vgl. bereits SELB, Zur Bedeutung 137 und Fn. 11.

[5] Vgl. SELB, Zur Bedeutung 137 und Fn. 11.

[6] Hier hat SELB seine früher vertretene (Zur Bedeutung 138) und von NÖRR (Bespr. zu Selb 569) kritisierte Meinung geändert.

[7] BRUNS-SACHAU III 292.

[8] Vgl. dazu den kritischen Apparat und SELB, Zur Bedeutung 140f.

[9] Die öffentliche und private Urkunde im römischen Ägypten, Leipzig 1920 (= Des XXXI. Bandes der Abh. der phil.-hist. Klasse der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, N° III), 103ff.

[10] Beispiele hat SELB bereits gegeben (Zur Bedeutung 141 Fn. 23).

[11] The Oxyrhynchus Papyri. Part 12, ed. Bernard P. GRENFELL - Arthur S. HUNT, London 1916, 276f.

[12] Papyri russischer und georgischer Sammlungen [P.Ross. - georg.], hrsg. von Gregor ZERETELI, IV: Die Kome - Aphrodito Papyri der Sammlung Lichačov, ed. Peter JERNSTEDT, Tiflis 1927, 57-61.

[13] Greek Papyri in the British Museum, vol. 5, ed. H.I. BELL, London 1917, 188-191.

[14] The Tebtynis Papyri. part I, ed. Bernard p. GRENFELL - Arthur S. HUNT - J. Gilbart SMYLY, London 1902, 194-234.

Genau um eine solche ἀπόλυσις geht es in unserem Text; die Bestätigung, die nach unserem Text lautet: «Ich habe bekommen und es wurde erfüllt», entspricht genauestens den Wendungen aus den Papyri ἀπέχειν καὶ πεπλήρωσθαι. Nicht der reale Empfang wurde bestätigt,[15] wie BRUNS meinte, sondern das Schuldverhältnis aus der Dotalurkunde wurde aufgehoben, durch ein neues im Schuldschein ersetzt und wegen der (abstrakten) Novation zu Recht wie nach einer Zahlung quittiert.[16] Der Schuldner sollte nicht in die Lage kommen, daß der Gläubiger ihn sowohl aus dem Dotalinstrument als auch aus dem Schuldversprechen in Anspruch nahm.

Kommentar zu § 112

L 127 = R III 128 = R II 146 = D 149 = R I 68 = Arm 151 (148) = Georg 148 = N IV 11a = I 57/1

I. Die hier genannte παραθήκη ist nicht, wie BRUNS[1] meint, ein römisches *depositum.* Die Gegenstände werden nicht zur unentgeltlichen Verwahrung gegeben. Vom Wort her ist dabei παραθήκη nicht aufschlußreich genug, denn die Wortbedeutung ist überaus weit und wäre letztlich nur über die Umstände des Falles und die Abrede unter den Parteien zu fassen.[2] Das zeigt sich im Rechtsbuch an einer Reihe anderer Stellen deutlicher. So wird der Kommentar zu § 127 eine παραθήκη zeigen, die vom Kontext her Sachmiete, Leihe oder *contractus mohatrae* sein konnte. Das verbindende Element war die fremdnützige Überlassung einer Sache, während das *depositum* gerade das Musterbeispiel eigennütziger Überlassung einer Sache ist. § 133 zeigt ebenfalls eine παραθήκη, hinter der eine fremdnützige Überlassung einer Sache stand, wie sich aus der Entscheidung über die Aktivlegitimation zur Klage ergibt.

II. 1. Der Inhalt der παραθήκη unseres Falles erschließt sich aus dem angeführten Haftungsmaß. Die Haftung wird nämlich eindeutig an Ereignissen besprochen, die wir mit dem römischen Recht als Fälle höherer Gewalt *(vis maior)* bezeichnen. BRUNS[3] spricht demgegenüber von Beispielen zufälligen Untergangs und erfaßt damit das ganze Spektrum von unverschuldeten Ereignissen. SACHAU macht das noch deutlicher, wenn er dem undifferenzierten Zufall das Verschulden entgegenstellt. In Wirklichkeit geht es aber um die Abgrenzung der Haftung für niederen Zufall einerseits und höhere Gewalt[4] andererseits. Wo die Haftung für Verschulden von der für Zufall abzugrenzen gewesen wäre, hätte der Verfasser seine Beispiele auch höchst ungeschickt gewählt, erwartete doch ein Hörer das Standardbeispiel des Diebstahls für den Zufall. Es ist auch kaum

---

[15] In diesem Sinne aber will SACHAU, Syr. RB I 193 den Text ergänzen: «nach erfolgter Zahlung».

[16] Skeptisch gegenüber dieser Erklärung WIEACKER, Bespr. zu Selb, Zur Bedeutung, in: SZ 83 (1966) 509.

Zu § 112:

[1] BRUNS-SACHAU III 294.

[2] Vgl. dazu schon SELB, Zur Bedeutung 153-159.

[3] BRUNS-SACHAU III 294.

[4] So schon Fritz SCHULZ, Rechtsvergleichende Forschungen über die Zufallshaftung in Vertragsverhältnissen II-V, in: ZvglRw 27 (1911) 145-186, hier: 173f.

denkbar, daß unser Verfasser, wie SCHULZ[5] meint, Vorlagen wie Coll. 10,3 und 8 mißverstand; denn dort besteht kein Zweifel, daß, wo es um ein *depositum* geht, nur gefragt ist, ob der Verwahrer nur für *dolus* einzustehen habe, also keinesfalls für irgendeinen Zufall hafte. So ergibt sich vom Ausgangspunkt des *depositum* aus, den BRUNS wählt, keine Erklärung der Stelle aus dem römischen Recht. Der Versuch bei PARTSCH[6], die Stelle von einer *fiducia cum amico* aus zu erklären, fand keine Zustimmung; SCHULZ[7] und HAYMANN[8] verneinten, daß der Fiduziar über *dolus* hinaus haftbar gewesen sei. Davon abgesehen gab es das Institut der *fiducia cum amico* in der Zeit der Entstehung unseres Textes nicht mehr. So blieb der Literatur bis zur Abhandlung von SELB[9] nur die Feststellung, daß der Satz unrömisch sei. Die sich daran anschließenden Vermutungen, es handle sich in der Stelle um einen Niederschlag orientalischer Rechtsgedanken,[10] oder es zeige sich ein Einfluß des Rechts von Gortyn,[11] oder die Regel trage hellenistischen Charakter,[12] sind Mutmaßungen aus Verlegenheit. Beim reinen *depositum* ist wohl keine Rechtsordnung der Welt so ungerecht, den in fremdem Interesse handelnden normalen Depositar für Zufall haften zu lassen.

2. Wichtig für die Diskussion um den Zufall ist, daß der Text großen Wert auf die Feststellung legt, daß die hingegebene Sache nicht einfach so verbrannt ist, sondern daß auch das Haus, in dem sie war, gebrannt hat. Und die Vergleichsbeispiele mit dem Einfall der «Plünderer (Feinde?)» und dem Beutezug der «Räuber» sind ebenfalls Musterbeispiele für höhere Gewalt. Damit dürfen wir die Vergleichstexte nicht wie BRUNS in Coll. 10 *(de deposito)* suchen, es sei denn im Schlußtext 10,9, wo ein Paulusresponsum am Beispiel des gewerbsmäßigen Depositars (Lagerhausvermietung) das reine *depositum* verläßt und für die *locatio conductio* von *horrea* festhält, daß dem Lagerhalter höhere Gewalt nicht zugerechnet werden dürfe. Vielmehr geht es um Texte zu *casus, quibus resisti non potest* (Gaius D. 13,6,18 pr.), nämlich das *incendium* z.B. aus D. 13,6,5,4; D. 13,6,18 pr.; D. 44,7,1,4 und Sent. Syr. § 4 und der *latronum hostiumve incursus* z.B. aus D. 13,6,18 pr.; PS 2,4,3; C.J. 4,23,1 und 4,24,6. Unsere παραθήκη muß demnach einen Fall fremdnütziger Überlassung enthalten, etwa eine Leihe.[13]

---

[5] AaO.

[6] Besprechung zu Sachau, Syr. RB I, 427.

[7] AaO.

[8] Textkritische Studien zum römischen Obligationenrecht, in: SZ 40 (1919) 167-350, hier: 279.

[9] Zur Bedeutung 155ff.; gegen die einfache Gleichsetzung von *depositum* und παραθήκη auch NÖRR, Bespr. zu Selb 570 und YARON, Syro-Romana 141f.

[10] P. KOSCHAKER, Rechtsvergleichende Studien zur Gesetzgebung Hammurapis, Königs von Babylon, Leipzig 1917, 56; MÜLLER, Das Syrisch-römische Rechtsbuch und Hammurabi 193 (Separatdruck 57) zu R I 55 d (= 59 nach der Zählung von MITTEIS) unter Hinweis auf *Codex Hammurabi* § 125.

[11] SCHULZ aaO (oben Fn. 4) 177; HAYMANN aaO; Wilhelm FELGENTRAEGER, Antikes Lösungsrecht, Berlin - Leipzig 1933, 81f.; E. LEVY, Verschollenheit und Ehe in antiken Rechten, in: Gedächtnisschrift für Emil Seckel, Berlin 1927, 145-193, hier: 189 = Ges. Schr. II 86f. halten griechischen Einfluß für möglich.

[12] TAUBENSCHLAG, Il diritto provinciale, (JJP 6) 115 = Op. Min. I 307 und Fn. 107.

[13] Im Ergebnis ablehnend, für ein unentgeltliches Depositum: F. WIEACKER, Besprechung zu Selb, Zur Bedeutung, in: SZ 83 (1966) 504-512, hier: 509.

III. 1. Dem Ausdruck »als παραθήκη hinstellen (wörtlich: setzen, stellen, legen)» entsprach wohl in der Vorlage παρατίθεσθαι. In Sent. Syr. §4 finden wir demgegenüber einen rein syrischen Ausdruck gewählt: ܐܦ̈ . παραθήκη und παρατίθεσθαι sind Ausdrücke, die wir in den zeitgleichen Papyri finden.[14] Am bemerkenswertesten ist daraus, daß die παραθήκη dort stets den Akzent treuhänderischen Anvertrauens trägt[15] und damit das hier belegte Haftungsmaß rechtfertigt. Mit der altgriechischen Paratheke einerseits und der byzantinischen Paratheke andererseits hat diese Paratheke nichts zu tun.[16]

2. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der paraphrasierte lateinische Vor-Vorlagetext einen griechischen Vertragstext wiedergab, der die Typenfrage löste, so wie es in den griechischen Digestenstellen zur Paratheke der Fall ist: Modestin D. 31,34,7 (παρακατατίθεμαι σοι), Scaevola D. 32,37,5 (ἄτινα ἔλαβον παρακαταθήκην) und D. 40,5,41,4 (ἐν παρακαταθήκῃ σε ἔχειν). Die Paratheke wäre damit in unserem Text keine unpräzise Übersetzung eines lateinisch bezeichneten Vertragstypus, sondern Kurzformel für einen in der Paraphrase weggelassenen konkreten Vertragstext mit einer Überlassung zu eigenem oder überwiegend eigenem Interesse des Empfängers.

Kommentar zu § 113

R II 42 = V 41 = D 41 = R I 29 = P 33 = Ar 42 = Arm 36 (37) = Georg 37

I. Es scheint, als gebe der Text eine konkrete Fallentscheidung wieder. Ein Freigelassener hatte aus seiner Verbindung mit einer Sklavin, die er nach seiner Freilassung begründet hatte, Kinder. Als er starb, machte der Freilasser und Patron sein Erbrecht nach dem Freigelassenen geltend. Die Kinder des Verstorbenen aber machten geltend, daß sie ihm im Erbrecht vorgingen. Sie werden dahin belehrt, daß sie nicht «Kinder» des Freigelassenen im Rechtssinne seien, die allein den Patron vom Erbrecht ausgeschlossen hätten. Vorausgesetzt ist dabei, ohne daß es ausgesprochen wurde, daß es zwischen der Sklavin und dem Freigelassenen kein *conubium* gab: UE 5,5 und 9; ebenso PS 2,19,6. Daher geht die Annahme TAUBENSCHLAGS[1] fehl, das Rechtsbuch habe unter dem Einfluß des Volksrechts eine Ehe zwischen Sklaven und Freien anerkannt. Das Problem wäre bei solcher Gegebenheit nicht entstanden.

II. Über den Status der Kinder als Freie oder Sklaven ist nichts ausgesagt. Die Entscheidung wäre auch dann richtig gewesen, wenn es sich um freie Kinder aus einer sonst ungültigen Ehe gehandelt hätte. Die alte *iuris-gentium*-Regel, wonach aus der Verbindung *ex ancilla et libero* nur ein Sklave geboren werde (Gai Inst. 1,82 und 85; UE 5,8 und 9) lebte in der Nachklassik aber noch fort, wie uns Sent. Syr. § 99 zeigt.

---

[14] Vgl. Friedrich WEBER, Untersuchungen zum gräko-ägyptischen Obligationenrecht, München 1932, 146. Zur Paratheke als Darlehen vgl. E. SACHERS, Die Verschuldenshaftung des Depositars, in: FS Paul Koschaker, II. Band, 80-112, hier: 96f.

[15] Dieter SIMON, Quasi-παρακαταθήκη, in: SZ 82 (1965) 39-66, hier: 58ff., 65f.

[16] Vgl. SELB, Zur Bedeutung 153 Fn. 1.

Zu § 113:

[1] Il diritto provinciale, (JJP 6) 109 = Op. Min. I 298; ähnlich YARON, Syro-Romana 150f.

Kommentar zu § 114

R II 43 = V 42 = D 42 = P 34 = Ar 43 = Arm 37 (38) = Georg 38

I. Die Freilassung des Sklaven vor der «Kirchengemeinde» als Zeugen ist schon nach § 19 die «schönere» Form der Freilassung *inter amicos*. Erwähnt wird diese Form auch in § 58. Daneben gibt es selbstverständlich die Freilassung vor dem *iudex provinciae* oder durch Testament (§ 58). Unser Text stellt nun nicht, wie man nach der Übersetzung bei Sachau annehmen könnte, die *manumissio in ecclesia* als einzig richtige Freilassungsform dar, sondern er beschreibt die Formalisierung der schon länger praktizierten *manumissio in ecclesia* in einer Welt, die bereits eine feste Kirchenorganisation mit Bischöfen, Chorbischöfen oder Periodeuten, Presbytern und Laien kennt. Die konstantinische Regelung in C. J. 1,13,1 und 2 wird vorausgesetzt.

II. Der Text ist ähnlich wie § 19 eine aktualisierende *interpretatio* der Konstitutionen zur *manumissio in ecclesia* vor dem Hintergrund vorderorientalischer Kirchenorganisation im 5. Jh. Die *interpretatio* nimmt dabei, wie schon § 19, die Einteilung in Stadt und Land als gegeben an. Der Periodeutes ist noch immer nur eine andere Bezeichnung für den historisch älteren Chorbischof. Aber anders als in § 19 tauchen hier Zahlen von Presbytern auf, die anwesend sein müssen. Solche Zahlen finden sich in keiner Konstitution. Der Interpret hat sie wohl auch nicht frei erfunden. Eher entsprachen sie einer immerhin seit mehr als hundert Jahren dauernden Praxis. Auch ist die Regelung für Dorfgemeinden ohne gerade anwesenden oder dort residierenden Chorbischof neu. Gewagt wäre die Annahme, sie fände sich in der verlorengegangenen dritten Konstitution Konstantins I. zum Thema. Auch hier dürfte sich eine Praxis niedergeschlagen haben, wie man die *antistites* der Konstitutionen zu verstehen hatte.

Kommentar zu § 115

R II 44a = V 46a = D 46a = P 38 = Ar 44a = Arm 46-49 (47-50) = Georg 47-51a

I. 1. Die in der Handschrift L nicht enthaltene Stelle bietet eine Anordnung zum Scheidebrief und einen ausführlichen Traktat zum Ehegüterrecht. Die Einleitung zum Traktat beruft sich darauf, daß er eine Konstitution des Theodosius über die φερναί der Frau wiedergebe. Mit den φερναί meint er «Güterverträge», nicht etwa «Mitgiften». So bezieht er neben der Mitgift (φερνή) ständig auch das Schicksal der Eheschenkung (δωρεά) in die Betrachtung ein. Eine Konstitution des Theodosius wird damit sicher zum Anlaß für den Traktat. Nicht gesagt ist damit, daß der gesamte Text als kaiserliche Anordnung zu verstehen ist. Die Einleitung verweist zudem auf eine spätere Konstitution des Kaisers Leo. Diese Verweisung ist sicher erst dem Verfasser des Traktats zuzuschreiben; sie kann nicht schon in der Konstitution gestanden haben. Der Verfasser muß aber bereits eine Gesamtdarstellung vor Augen gehabt haben, in der diese jüngere Konstitution vorgestellt oder behandelt wurde. Das spricht dafür, daß die Traktate aus § 87 und § 115 nicht isoliert entstanden sind und erst im Rechtsbuch verbunden wurden, sondern daß sie schon im Blick aufeinander entstanden sind. Vor allem wird klar, daß der Text aus § 115 erst unter oder nach Leo I. geschrieben wurde.

2. Der Traktat behandelt in einer durchaus geordneten, wenngleich systematisch unvollkommenen Weise das Schicksal von φερνή und δωρεά bei Auflösung der Ehe. Er gliedert seine Aussagen wie folgt:

a) Einleitung, die das Thema formuliert und eine zeitliche Einordnung bietet.
b) Vorschrift über den Scheidebrief.
c) Scheidung aus Verschulden des Mannes und Schicksal von φερνή und δωρεά.
d) Scheidung aus Verschulden der Frau und Schicksal von φερνή und δωρεά.
e) Tod des Mannes in der Ehe und Schicksal von φερνή und δωρεά.
f) Tod der Frau in der Ehe und Schicksal von φερνή und δωρεά,
  aa) ohne Kinder gehabt zu haben,
  bb) mit Hinterlassung von Kindern,
  cc) kinderlos, mit Hinterlassung eines Vaters,
  dd) mit *retentiones* des Mannes an der φερνή für vorverstorbene Kinder,
  ee) mit *retentiones* des Mannes an der φερνή nach der Dauer der Ehe,
  ff) samt Testierrecht der Frau und Intestaterbrecht nach der Frau hinsichtlich des jeweils nicht an den Mann oder Vater fallenden Teils der φερνή.

II. Der Traktat ist thematisch etwas vollständiger als der zu § 87 an Hand der Konstitution des Leo I. Er beginnt wie C. J. 5,17,8 pr., eine Konstitution, die in die justinianische Sammlung aus einer bereits neu komponierten Konstitution des Theodosius et Valentinianus von 449 n. Chr. eingegangen ist, die wiederum Nov. Th. 12 pr. (aus 439 n. Chr.) in ihrem eigenen *principium* aufgenommen hatte, nämlich mit der Regelung zum Scheidebrief *(repudium)*.

1. Von hier aus begann in der Literatur die Suche nach weiteren Vorlagen für unseren Traktat. MITTEIS[1] und BRUNS[2] ordneten die weiteren Aussagen einer bislang unbekannten vorjustinianischen Konstitution zu, bezweifelten aber die Angabe, daß *Theodosius* deren Urheber gewesen sei. Denn außer Nov. Th. 12 sind die beiden anderen unter dem Namen des Theodosius zum Ehegüterrecht überlieferten Konstitutionen C. Th. 3,16,2 und C. J. 5,17,8 nicht die Quelle der Aussagen in unserer Stelle. SOLAZZI[3] und ZANZUCCHI[4] dachten an nicht überlieferte legislative Versuche des Theodosius. U.E. bietet jedoch Nov. Th. 12,1 selbst die Lösung. Dort ist zum weiteren Thema der Bußen für Eheverfehlungen lakonisch verfügt, daß alle älteren Konstitutionen abgeschafft sein sollten, die einmal den Mann, einmal die Frau nach Auflösung der Ehe mit Abzügen an φερνή bzw. δωρεά büßten. Dafür sollten wieder die *veteres leges responsaque prudentium* gelten. Diese waren ohnehin heranzuziehen, soweit es um das Schicksal der Ehegüter nach dem Tod eines der Ehegatten ging. Derartige Verweise gibt es noch andere. CANNATA[5] nennt C. Th. 3,13,2 (Julianus, 363 n. Chr.), wo der Text die alten Rechtsverhältnisse wiederherstellt und die I. Th. dazu (Satz 2) vermerkt, daß die *lex* selbst diese nicht

---

Zu § 115:

[1] Reichsrecht und Volksrecht 249.

[2] BRUNS-SACHAU III 266.

[3] La restituzione della dote 314ff. und 390ff.

[4] Il divieto delle azioni famose 41.

[5] I rinvii al *"ius"* nella *"interpretatio"* al Codice Theodosiano, in: SDHI 28 (1962) 292-315, hier: 311f.

darstelle, man also im *ius* nachforschen müsse: *hoc est in Pauli sententiis sub titulo de dotibus requirendum aut certe in Pauli responsis sub titulo de re uxoria.* CANNATA[6] nennt weiter C. Th. 3,16,2 (Honorius, Theodosius et Constantius, 421 n. Chr.), wo der Text ebenso verfügt *iuris antiqui ... cauta servari* und die I. Th. dazu auf *Paulus in libro responsorum dicit sub titulo de re uxoria.* Unser Text geht weit über solche Verweisungen hinaus; er füllt sie nämlich aus.

2. Was unter den alten Gesetzen und Juristenäußerungen zu verstehen ist, sieht man, wenn man das Auf und Ab der Regelungen zur *poena* bei Eheverfehlungen von Konstantin I. bis zu Nov. Th. 12 verfolgt.[7] Der strafweise Verfall der Mitgift findet sich bei Konstantin in C. Th. 3,16,1 (331 n. Chr.), dem ersten Reformator des Scheidungsrechts als Verfall an den anderen Ehegatten. Julian Apostata hob in durchaus antichristlicher Einstellung diese moralisierende Regelung mit C. Th. 3,13,2 (363 n. Chr.) wieder auf und bestimmte, daß die *retentiones* wie früher nach *ius* und nach *pacta*, die sich in den Grenzen der Gesetze hielten, beurteilt werden sollten. Was man unter der Bemerkung *cum lege concordant* oder *legibus consentanea* zu verstehen hat, ergibt sich klar aus einer vorkonstantinischen Praxis, nach der immer wieder *pacta* über die *dos* auf ihre Vereinbarkeit mit dem Recht, nämlich mit der *bona fides* der *formula* über die *dos*-Rückgewähr, untersucht wurden. Man muß nur Sent. Syr. §§ 18 und 19, Frag. Vat. 120, D. 23,4,12 pr. und C.J. 5,14,6 zum Thema lesen, um einen Eindruck vom prekären Verhältnis der klassischen *retentiones* aus dem *ius*, als Juristenrecht verstanden, und den Vereinbarungen in konkreten *pacta dotalia* zu bekommen. Die *interpretatio* zu Julians Konstitution dreht nicht ohne Grund die Reihenfolge in *pacta* und *ius* um: Die *pacta* standen im Vordergrund, sie verdrängten das dispositive Recht, mußten sich aber doch in den Grenzen des ordre public oder zwingender kaiserlicher Anordnungen wie z.B. Nov. Th. 14 oder C. J. 5,17,8 halten. Ganz klar heißt es dazu in C. J. 5,17,8,8: *Pactiones sane, si quae adversus praesentia scita nostrae maiestatis fuerint attemptandae, tamquam legum contrarias nullam habere volumus firmitatem.* Eine neue Reform unter Honorius, Theodosius et Constantius von 421 n. Chr. (C. Th. 3,16,2) knüpfte wieder an Konstantin an. Nur die Regeln, *quae in iure de retentionibus statuta sunt pro numero filiorum*, sollten weitergelten, die *poenae* an *dos* und *donatio ante nuptias* aber wieder eingeführt werden. Bereits ein Jahr nach der Einführung des *Codex Theodosianus* im Osten des Reiches (438 n. Chr.) hob die Nov. Th. 12 diese Regelung wieder auf (439 n. Chr.). Wie der Inhalt des Traktats zeigt, hält er bei diesem Stand. Daß die Entwicklung nach Nov. Th. 12 und C.J. 5,17,8 (beide unter Theodosius) unter Leo I. noch einmal zurückgeht, hat uns zu § 87 und C.J. 5,17,8 bereits beschäftigt.

3. Zu Unrecht suchen wir daher überhaupt nach einer Konstitution des Theodosius II., die alles das ausspricht, was in unserer Stelle steht. KASER hat seine frühere Annahme, das Rechtsbuch gebe eine theodosianische Konstitution undeutlich wieder oder verfälsche sie in hellenistischem Sinne, in der 2. Auflage seines Handbuchs nicht mehr aufrecht-

[6] AaO.

[7] Weitere Literatur dazu: ZANZUCCHI, Il divieto delle azioni famose 36ff.; P. BONFANTE, Corso di diritto Romano, vol. I, Roma 1925, 257ff.; SOLAZZI, La restituzione della dote 314ff., 390ff.; H. J. WOLFF, Doctrinal trends in Postclassical Roman Marriage Law, in: SZ 67 (1950) 261-319; Mario LAURIA, Matrimonio - dote in diritto Romano, Neapel 1952, 59ff.; KASER, RP II 120f.

erhalten.[8] Gänzlich spekulativ ist die Meinung von PARTSCH[9], unsere Stelle referiere die ursprüngliche Form der später interpolierten Konstitution C.J. 5,17,8. Dem steht schon entgegen, daß uns ein Stück aus C.J. 5,17,8 in § 120 überliefert ist, das nicht anders als der bei Justinian überlieferte Text lautet. Zu Unrecht suchen wir dann auch im übrigen - bei den Lösungen im Falle des Todes eines Ehegatten - nach Anordnungen in bestimmten Konstitutionen, die in den Traktat übernommen sein könnten. Das ist im einzelnen bei der Kommentierung leicht nachzuvollziehen. Es geht insoweit also um den theodosianischen Rückgriff auf *pacta* und *ius*.

III. 1. Der Traktat beginnt seine Aussagen mit der Anordnung zum *repudium* aus Nov. Th. 12. Die Paraphrase führt für Schüler genauer als die Konstitution selbst aus, daß der Scheidebrief nicht nur vom Mann, sondern auch von der Frau geschickt werden kann. Der Name des Scheidebriefs *(repudium)* wird in einer interessanten Weise eingeführt. Das griechisch-lateinische Wort ῥεπούδιον steht nicht, wie sonst üblich, vorrangig im Text und wird dann durch ein syrisches Wort erklärt, sondern dem syrischen Wort wird das in der Vorlage enthaltene Wort nachgereiht; dabei dürfte es in der lateinischen Form *repudium* geboten worden sein. Die griechische Transskription ist bereits eine Unterstellung. Wie uns die *Scholia Sinaitica* zeigen, gibt es die lateinisch, griechisch oder gar gemischt geschriebene Form lateinisch belassener Ausdrücke. Diesen Sachverhalt bestätigt übrigens auch ein langes «Scholion» zur 123. Kathedralhomilie des Patriarchen Severos von Antiocheia (512-518 n. Chr.).[10] Es behandelt den hebräischen Gottesnamen und stammt wahrscheinlich von dem westsyrischen Bischof Jakob von Edessa, der die syrische Übersetzung der griechisch gehaltenen Homilien im Jahre 701 n. Chr. überarbeitete.[11] In dem Scholion wird ausgeführt, daß der Gottesname Yahwe in griechischen Übersetzungen mit hebräischen Buchstaben wiedergegeben worden sei, was zu der irrigen griechischen Lesung ΠΙΠΙ des hebräischen יהוה *(Yhwh)* geführt habe. Dann führt er eine Parallele an: «Wir sehen nämlich, daß jene, welche die Gesetze der Römer übersetzt und sie in die griechische Sprache übertragen haben, viele Ausdrücke aus der römischen Sprache darin belassen haben, ... Sie haben jene Ausdrücke, die sie belassen und nicht übersetzt haben, nicht mit griechischen Buchstaben geschrieben, sondern sie mit Buchstaben der römischen Schrift geschrieben. Und auch die Jetzigen, die Kauf- und Mitgiftsurkunden (ܟܬܒ̈ܐ ܕܡܩܕ̈ܫܢ ܘܟܬܒ̈ܐ ܕܢܣ̈ܒ) in griechischer Sprache schreiben, schreiben entsprechend jenen Gesetzbüchern ebenso diese römischen Ausdrücke innerhalb des Textes und der griechischen Schrift mit denjenigen römischen Schriftzeichen, mit denen sie auch bei den Römern geschrieben sind.»[12]

---

[8] Vgl. RP II (1. Auflage) 131 Fn. 12 und RP II 190 Fn. 15 (§ 223 II).

[9] Besprechung zu Sachau, Syr. RB I, 426 und 437 Fn. 4.

[10] Les Homiliae Cathedrales de Sévère d'Antioche. Traduction syriaque de Jacques d'Édesse. Introduction générale à toutes les homélies. Homélies CXX à CXXV. Éditées et traduites en français par MAURICE BRIÈRE, Paris 1961 (= Patrologia Orientalis XXIX, fasc. 1 [= No. 138] 694-711).

[11] Das Scholien erscheint nämlich in der älteren Übersetzung des Paulos von Kallinikos, wie die Handschriften zeigen, noch nicht. Zu ihr vgl. BRIÈRE aaO 17-33. Zu der Bearbeitung Jakobs von Edessa vgl. BRIÈRE 33-50. Vgl. auch die Beschreibung der 868 n. Chr. geschriebenen Handschrift Brit. Libr. Add. 12,159, in der das Scholion überliefert ist: WRIGHT, Catalogue II 534-546, insbesondere 545.

[12] BRIÈRE 200-203.

Daß man aus dem *repudium* das Vergehen, das den Grund der Verstoßung bildet, erfährt oder erfahren soll, ist Teil der Paraphrase, nicht eine Anordnung des Textes in Nov. Th. 12.

2. Die vom Mann verschuldete Scheidung führt dazu, daß die Frau sowohl die *dos* als auch die *donatio ante nuptias* gänzlich erhält. Das ist der Sinn der beiden Gütermassen, welche der Frau eine Versorgung bieten sollen, wenn der Mann sie verstößt, um sich etwa einer jüngeren Frau zuzuwenden. Dieser Sinn schlug sich in den üblichen Bestellungs- und Rückstellungsabreden bei *dos* bzw. *donatio ante nuptias* nieder. Verschuldete dagegen die Frau die Scheidung, so behielt der Mann die *donatio ante nuptias*, die Frau erhielt aber dennoch ihre gesamte *dos* ohne Abzüge *propter mores* usw. zurück. Die Lösung ergab sich auch hier ganz einfach aus der Versorgungsfunktion der *dos*, so wie sie sich in den üblichen Bestellungsabreden bzw. Rückstellungsabreden niederschlug. Während die von Frauenseite stammende *dos* die Frau auch dann sichern sollte, wenn sie zu Recht vom Mann verstoßen wurde oder ihn zu Unrecht verließ, bestand kein Grund, ihr die *donatio ante nuptias* zuzuwenden, wenn gerade sie den Grund für die Auflösung der Ehe gesetzt hatte.

3. a) Starb der Mann in bestehender Ehe, so erhielt die Frau ihre *dos* zurück und die vom Mann versprochene Eheschenkung. Erneut ist das die Folge der Funktion der beiden Gütermassen und der Standardabreden in den Ehegüterverträgen. Die Frau soll in die Lage versetzt werden, nach dem Tod des Ehemannes entweder sich als Witwe selbst zu erhalten oder mit Hilfe ihrer Ausstattung eine neue Ehe einzugehen. Beide Gütermassen fallen der Frau ohne Beschränkung zu. Es ist im Text noch nichts von einer Tendenz zu spüren, die δωρεά den Kindern des verstorbenen Mannes zu bewahren, eine Tendenz, die schon mit Nov. Th. 14 von 439 n. Chr. für den Fall der Wiederheirat der Frau begonnen hatte.

b) Die Gleichbehandlung der Gütermassen, die beide ohne Wiederheirat der Frau noch nicht den Kindern bewahrt werden mußten, hat Francesco BRANDILEONE[13] bewogen anzunehmen, es sei der besondere Fall vorgelegen, daß die *donatio ante nuptias* im Ehegütervertrag als *dos* rückgeführt worden sei *(donatio in dotem redacta)*. Wenige Monate nach Erlaß der Nov. Th. 12 verfügte nämlich Nov. Th. 14 für die entsprechende Vertragspraxis der *donatio in dotem redacta*, daß sich - jedenfalls im Falle der Wiederheirat der Frau, ferner für ein bevorzugtes Erbrecht der Kinder an der *donatio* - nichts daran ändern solle, daß die *donatio ante nuptias* den Kindern des Mannes bewahrt werden solle.

Die Annahme BRANDILEONES ist nicht zwingend. Vor Nov. Th. 14 war außerhalb des Falles der Wiederheirat der Frau die *donatio* im Regelfall noch nicht den gemeinsamen Kindern zu bewahren. Von der Wiederheirat handelt unser Text aber nicht. Also war es gleichgültig, ob der Vertrag die *donatio* als solche benannte oder in die *dos* überführte.

4. Das Schwergewicht der Darstellung liegt eindeutig bei dem Fall, daß die Frau in bestehender Ehe starb. Hier geht es also nicht mehr um die Versorgung des hinterbliebenen Ehegatten, sondern allein um die Frage der Trennung der Familienvermögen nach dem Ende der Ehe.

---

[13] Scritti di storia del diritto privato italiano. I, Bologna 1931, 142.

a) War die Ehe kinderlos geblieben, so «behielt» der überlebende Ehemann die *donatio ante nuptias*, d. h. die Auszahlung unterblieb. Zum Schicksal der *dos* gab es die differenzierenden Regeln aus den Absätzen 7ff.

b) Gab es Kinder aus der Ehe, die noch am Leben waren, so erhielt der überlebende Ehemann *dos* und *donatio*, beides aber nur «im Namen der Kinder». Hier war nach den üblichen Ehegüterverträgen aus der Zeit des Theodosius II. dafür gesorgt, daß beide Gütermassen den gemeinsamen Kindern bewahrt wurden, wie es dann Nov. Th. 14,3 zwingend für die *donatio ante nuptias* beim Tod des Mannes und für die *dos* beim Tod der Frau verfügte: *communibus liberis servare*. Das bedeutete, daß das Eigentum an die Kinder fiel (z. B. Nov. Th. 14,4) und daß der überlebende Ehegatte keine Veräußerungsmacht hatte (z. B. Nov. Th. 14,5).[14]

c) Gab es keine Kinder aus der Ehe, so waren zwei Fälle denkbar: Die Kinder waren entweder vorverstorben oder die Ehe war kinderlos geblieben. Absatz 7 befaßt sich mit dem erstgenannten Fall und ergänzt damit Variante a). Die Entscheidung über die *donatio ante nuptias* bleibt in diesem wie den folgenden Fällen gleich. Variiert wird ab Absatz 7 nur die Entscheidung über die *dos*. Für die *dos* tauchen nun die alten *retentiones* auf, hier die *retentiones propter liberos*, ohne daß freilich nach *dos adventicia* oder *profecticia* gefragt wird. In den Zahlenangaben ist sie neu. In UE 6,4 geht die *dos profecticia* an den Vater der Frau zurück *quintis in singulos liberos in infinitum relictis penes virum*. Der Mann erhält also ohne Höchstbegrenzung ein Fünftel der *dos* für jedes Kind (so auch Frag. Vat. 108). Nur für den Fall der Scheidung (den unser Text nicht behandelt) werden in UE 6,9 und 10 und in Frag. Vat. 106-108 und Schol. Sin. 12 a. E. *sextae* genannt, diese aber genau wie in unserem Text maximal für drei Kinder. Es ginge zu weit, mit ZANZUCCHI[15] einfach anzunehmen, ein unverständiger Verfasser habe in unseren Text die pönalen *sextae* aus der Scheidung hereingebracht. Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß die Vertragspraxis[16], über die das Rechtsbuch berichtet, die *retentiones* anders kannte, als es in der subsidiären rechtlichen Regelung aus UE 6,4 und 6,9-10 verfügt war. Die beiden Arten der *retentio*, über die in UE und in Frag. Vat. berichtet wird, könnten ohnehin Modelle sein, die in der Vertragspraxis irgendwo zum Standard gehörten, nicht aber überall in gleicher Weise verwendet wurden. Paulus legt diese Annahme in Frag. Vat. 106 immerhin nahe. Frag. Vat. 106 behandelt nämlich ein Problem der Auslegung des Dotalvertrages, nicht einer im *ius* überlieferten Retentionsregel.

d) Die *retentiones* nach der Zahl der Ehejahre sind auf jeden Fall ohne jegliches Vorbild in den bislang bekannten römischen Quellen. Wiederum stehen wir vor der Frage, ob wir überhaupt nach einer rechtlichen Regelung suchen dürfen, nicht vielmehr die übliche Vertragspraxis wiedergegeben ist. Es darf nicht übersehen werden, daß in der Praxis der Ehegüterverträge seit jeher die Abreden gerade für den Fall kinderloser Ehe sehr ins Detail gegangen sein dürften. Denn gerade hier war zwischen den Interessen des überlebenden Ehegatten und denen der Familie des zuerst versterbenden Ehegatten zu vermitteln, falls nicht auch noch Interessen der an der Bestellung der *dos* beteiligten

[14] Leider fehlt noch immer eine genauere Untersuchung, was genau *servare* alles im Wandel seit dem 4. Jh. heißt.

[15] Il divieto delle azioni famose 41.

[16] Zustimmend YARON, Syro-Romana 132f.

Dritten zu beachten waren. Die Zuteilung der *dos* nach der Zahl der Ehejahre kennt drei Stufen: Nach 3 Ehejahren erhielt der überlebende Ehemann 1/4 der *dos*, nach 5 Ehejahren 1/3, nach 12 Ehejahren 1/2. Vor Ablauf von drei Ehejahren erhielt danach der Ehemann in kinderloser Ehe keinerlei Anteil an der *dos*.

e) Alle im Rechtsbuch in den Absätzen 7-9 besprochenen *retentiones* des überlebenden Ehemannes ließen einen Rest der φερνή, über den noch zu entscheiden war. Im Falle der *retentio propter liberos* ist das zumindest die Hälfte der φερνή. Anders als bei der *retentio* nach der Zahl der Ehejahre ist hier nicht ausgeführt, daß dieser Rest an den Vater der Frau fällt und ohne Vater zur testamentarischen Disposition der Frau steht. Doch ist hier wohl nur die Darstellung lückenhaft. Die *dos* geht generell an den Vater der Frau, soweit sie nicht an den Ehemann fällt, ob als *dos profecticia* oder *adventicia* ist nicht gesagt.

f) Fehlen sowohl Kinder der Frau als auch ihr Vater, so fällt der Rest der φερνή im Zeichen der Bewahrung des Familienvermögens nicht an den Mann, sondern an die verstorbene Frau, wie es der Text ausdrückt. Genauer gesagt fällt er entweder in ihre testamentarische Verfügung oder in ihren *ab intestato* vererbten Nachlaß (Absätze 8-10). Die Grundlage dafür war hier ganz gewiß keine rechtliche Regelung, sondern der Standardinhalt der Ehegüterverträge. Dafür sprechen die Wendungen im Text unserer Paraphrase überdeutlich. Verdeckt war das freilich lange Zeit durch die Übersetzung von Sachau[17]: Der Mann «schlägt» beim Todesfall der Frau zum Rest der φερνή nichts «vor». Er «bringt» ihn ihr auch nicht am Sterbetag, damit sie dann darüber verfüge. Sondern er «bringt» (im Sinne von «überläßt» oder «gewährt») ihr den Rest der φερνή schon im Gütervertrag für den Fall ihres Todes, damit sie darüber testamentarisch verfügen könne. Die Vertragsvorlagen mit der lateinischen Wendung *cum moreretur* sind deutlich zu erkennen. So ist es auch wörtlich in § 16 festgehalten, wo es heißt: » ... kann sie mit(hilfe) einer Klausel der Abmachung über ihre Mitgift (φερνή) für den, welchen sie will, (etwas) im Testament schreiben und geben».[18] Der Vertrag über die φερνή gewährte der Frau, worüber sie dann im Testament verfügte.

g) Die letzte Konsequenz dieser vertraglichen Zusage im Ehegütervertrag ist, daß dieser nicht an den Ehemann oder den Vater fallende Rest der φερνή ohne Testament der Frau wie sonstiges Vermögen der Frau *ab intestato* vererbt wurde. Darüber gab es in der Spätklassik eine bereits eingehende juristische Diskussion. Denn, wer die Abfassung eines Testaments durch die Frau als echte Bedingung der Zuwendung im Ehegütervertrag las, hatte ohne Testament keine Zuwendung an die Frau und keinen Nachlaßgegenstand der Frau. Die Gegenmeinung unbedingter Zuwendung setzte sich demgegenüber durch. Die im Ehegütervertrag geäußerte Absicht, ein Testament abzufassen, um über die φερνή oder einen Teil davon zu verfügen, wurde nur als Motiv für den Vorbehalt der φερνή oder eines Teils davon verstanden. In C.J. 5,12,25, einem Reskript aus diokletianischer Zeit, heißt es: *Si mulier dotem a viro dari stipuletur, ut de ea testari possit, cum ordinationis testamenti cogitatio mortis antecedens tempus significat nec condicionem, sed causam continet, intestata quoque muliere defuncta stipulationem committi proficiet.*

[17] Ausführliche Kritik schon bei Selb, Zur Bedeutung 114f.

[18] Zustimmend Yaron, Syro-Romana 133f.

Die im Text genannten nächsten Intestaterben sind dann die Brüder (und Schwestern?) der Frau und - was sich aus einem Vergleich mit § 1 ergibt - die weiteren Agnaten.

Kommentar zu § 116

R II 44b = D 46b = P 39 = Ar 44b = Arm 50 (51) = Georg 51b

I. Es geht um ganz spezielle Begräbniskosten, nämlich die für Dinge, die mit der Frau begraben werden. BRUNS[1] vermutete, daß es sich um Kleider der Frau gehandelt habe. Ar 44 und Arm 51 enthalten insoweit Ausschmückungen, die nicht dem Original zu verdanken sind. Die Erben sollen nun diese Kosten entsprechend ihrem Anteil an der Erbschaft tragen. Daß die Kosten des Begräbnisses die Erben als solche treffen, ist römisch (D. 11,7,12,4 und 14,7; C.J. 3,44,3), ebenso die *pro-rata*-Regelung für Miterben (D. 10,2,51 und C. J. 8,31,2).

II. Nun steht die Stelle aber in RII 44, D 46 und Ar 44 am Ende einer längeren güterrechtlichen Abhandlung. Dennoch ist nicht anzunehmen, daß sie über irgendeine Assoziation mit dieser zu tun hat.

Kommentar zu § 117

R II 85a = D 83a = R I 38 = P 62b = Ar 83a = Arm 83 = Georg 84

I. Eine Frau wollte sich von ihrem Ehemann scheiden. Noch aber war es nicht zur Scheidung gekommen. Die Frau beabsichtigte nur, «eines von ihren Kindern» nach der künftigen Scheidung «mitzunehmen» und «zu verwalten». Dabei ging es sicher nicht um ein beliebiges von ihren Kindern, auch nicht um ein bestimmtes, von ihr beliebig gewähltes Kind, sondern genau um jenes, von dem sie behauptete, es stamme nicht von ihrem Ehemann. Auch ging es nicht um die bloße Obsorge für dieses Kind, das der Frau ungeachtet der bestehenden *patria potestas* des früheren Ehemannes mit der Aufgabe *morari ac nutriri* überantwortet wurde, wie im Falle C.J. 5,14,1 und Sent. Syr. § 17. Vielmehr geht es um die vormundähnliche Stellung der außerehelichen Mutter, die sich in genau jenem Ausdruck zeigt, der sonst in den Rechtsquellen die Befugnisse des Vormunds umschreibt, nämlich *administrare*, «verwalten». Man vergleiche dazu die §§ 6 und 83 («Kinder verwalten»).

II. Um dieses Ziel zu erreichen, mußte die Mutter anscheinend noch während bestehender Ehe eine Maßnahme setzen, um bei der Scheidung dann das betreffende Kind als uneheliches Kind «mitnehmen» zu dürfen. Rechtstechnisch steht dahinter die Abwehr der *patria potestas*, mit der der Ehemann die Frau daran hindern konnte, das Kind aus seinem Bereich zu entfernen. Die beschriebene Maßnahme ist, daß die Frau etwas «bekanntgibt». Dahinter steht erneut ein technischer Ausdruck, der uns auch sonst entweder als *profiteri (apud acta)* (§ 6) oder zumindest als förmliche private Mitteilung (im Testament) (§ 32) bekannt ist. Wer hier der Adressat des Bekenntnisses ist, ist freilich

Zu § 116:

[1] BRUNS-SACHAU III 295.

aus dem Text selbst nicht zu entnehmen. SELBS frühere Annahme[1], es handle sich mit Sicherheit um eine *professio apud acta* oder *in actis*, läßt sich nicht aufrechterhalten. Die angenommene Parallele des Sachverhalts zu D. 22,3,29,1 ist nicht gegeben, wenngleich es sich um eng verwandte Sachfragen handelt. Dort hatte die bereits geschiedene Frau ein Kind geboren und bei der Geburt in das Geburtsregister als *spurius* eintragen lassen.[2] Hier aber möchte die Frau vor der Scheidung und nicht im Zusammenhang mit einer aktuellen Geburt etwas «bekennen». Es wäre auch bei bestehender Ehe nicht Sache der Frau gewesen, irgendeine Eintragung in das Register zu veranlassen. Man müßte schon annehmen, sie hätte sich bei der Eintragung als bereits geschieden geriert. Der Inhalt der «Bekanntgabe» ist freilich gleich, daß nämlich das Kind nicht vom Ehemann bzw. früheren Ehemann abstamme.

Der Text hört mit dieser Maßnahme der Frau auf. Das mag daran liegen, daß er im nächsten Satz inhaltlich abbricht und zu einer völlig anderen Frage übergeht. Schon die Redaktoren von P und R I, ebenso die Übersetzer in Ar und Arm hatten Schwierigkeiten, den bereits in ihrer Vorlage zu findenden abrupten Übergang zu bewältigen. Die etwas gewaltsam anmutenden Versuche sprechen für sich. Jedenfalls erfahren wir nicht, wie das Verfahren nach dieser Mitteilung der Frau weiterging. Unwahrscheinlich ist von vornherein, daß allein die Erklärung der Frau den Ehemann um seine väterlichen Rechte brachte, sowenig das nach der Scheidung die *professio in actis* nach D. 22,3,29,1 vermochte.

III. 1. Das Thema der Stelle ist jedenfalls *de liberis agnoscendis*. Und wir werden an das unter Vespasian ergangene *SC Plancianum de liberis agnoscendis* erinnert, über das Ulpian im 34. Buch *ad edictum* (D. 25,3,1 und 3) berichtet. In einer der Aussagen des *senatus consultum* geht es um die Anerkennung von Kindern, die nach der Scheidung geboren wurden. Die schwangere geschiedene Frau konnte dem Mann innerhalb von 30 Tagen nach der Scheidung mitteilen *(denuntiare)*, daß sie schwanger sei. Der Mann konnte dann der Frau mitteilen, daß sie nicht von ihm schwanger sei; er konnte aber auch untätig bleiben oder *custodes* schicken. Das Verhalten des Mannes hatte bestimmte Wirkungen für ein nachfolgendes, also davon unterschiedenes Feststellungsverfahren um den Status des Kindes, das *praeiudicium*.[3]

2. Unser Text spricht nun aber nicht von einem *nach* der Scheidung geborenen Kind, denn die Scheidung steht erst bevor. Hier sah ein anderes *senatus consultum* aus der Zeit Hadrians vor, daß in gleicher Weise wie beim *SC Plancianum* vorzugehen sei, wenn sich das Problem der Kindesanerkennung bei bestehender Ehe *(constante matrimonio)* ergab: Ulpian D. 25,3,3,1. Das Verfahren des *SC Plancianum* mit seinen wechselseitigen *denuntiationes* wurde damit auch auf Kinder anwendbar, die während der Ehe

---

Zu § 117:

[1] Zur Bedeutung 195 Fn. 130.

[2] Vgl. dazu Egon WEISS, Die Rechtsstellung der unehelichen Kinder in der Kaiserzeit, in: SZ 49 (1929) 260-273; Fritz SCHULZ, Roman registers of births and birth certificates, in: BIDR 55-56 (1951) 170-206, hier: 178f.; Fabio LANFRANCHI, Ricerche sul valore giuridico delle dichiarazione di nascita in diritto romano, Bologna 1951.

[3] Vgl. dazu statt aller Karl HACKL, *Praeiudicium* im klassischen römischen Recht, Salzburg 1976.

geboren wurden. Karl HACKL[4] will freilich entsprechend dem *SC Plancianum* die Anwendung auf Frauen, die schwanger waren, begrenzt sehen. Für bereits geborene Kinder habe es diese Maßnahme nicht gegeben. Leider gibt der knappe Hinweis Ulpians in D. 25,3,3,1 nicht viel über den Inhalt dieses SC preis. Andererseits spricht unser Text von einem bereits geborenen Kind; es wird unter den Kindern, welche die Frau bereits hat, nicht etwa ein *nasciturus* mitverstanden.

3. Schon bei der Darstellung des Sachverhalts und des Problems der Stelle D. 25,3,3,1 mußte aber im Vergleich mit der Literatur auffallen, daß sie sich quellenbedingt nur mit dem Interesse des Mannes an der Klärung des Kindesstatus samt Herausgabe oder mit der aus dem Status folgenden Alimentationspflicht des Vaters oder mit erbrechtlichen Folgefragen für konkurrierende Prätendenten befaßt. Es ist mit unserem Text daher erstmals ein ganz anderes Interesse an der Klärung des Status aufgetaucht, das der Mutter, die dem Kind den Status des ehelichen Kindes nehmen will, um es rechtlich gesichert «mitzunehmen». Die für die beiden *Senatus consulta* genannten *denuntiationes* passen daher für diese Interessenlage nicht. Man erwartet hier auf die Erklärung der Frau, das Kind stamme nicht vom Ehemann, eher eine Verteidigung des Mannes, mit der er gerade betont, das Kind sei doch von ihm gezeugt. Hat eines der beiden *Senatus consulta* auch diese Situation behandelt? Unser Text handelt jedenfalls von einem nahe verwandten Problem.

4. Wie immer aber wir diese Frage beantworten, so ist unser Text doch ein ganz beachtlicher Beitrag zum Thema. Das vorläufige Verfahren, das mit der Erklärung der Frau eingeleitet wurde, hatte eine ganz klare Funktion: Es sollte für den Fall der Scheidung eine einstweilige Zuordnung des Elternrechts bewirken. Die Frau, die eine derartige, gesellschaftlich für sie gravierende Erklärung gegenüber dem Mann abgab, konnte das Kind bei der Scheidung mit sich nehmen, bis ein nachfolgendes *praeiudicium* Klarheit über den Status des Kindes schaffte. Und je nach dem Verhalten des Mannes war wohl dessen Prozeßsituation im *praeiudicium* beschränkt oder völlig offen. Unser Text sagt darüber nichts aus. Aber eine weitere Einrichtung, durch ein Reskript der *divi fratres* (Ulpian *libro tricesimo quarto*[5] *ad edictum* D. 25,4,1 pr.) eingeführt, behandelt immerhin die Umkehrung der Interessenlage, wenn die Frau die Schwangerschaft anläßlich der Scheidung verheimlichte *(se non esse praegnatem profiteatur)* und der Mann durch eine Maßnahme sicherstellen wollte, daß er das dann geborene Kind durch ein *interdictum aut exhiberi sibi aut ducere* (D. 25,4,1,1) *iure suo* verlangen konnte. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, daß die Frau in einem Fall, in dem das Kind, um das es ging, schon geboren war, dem Mann vor oder bei der Scheidung in förmlicher Weise *profiteatur, partum non esse ex se editum.*

Kommentar zu § 118

R II 85b = D 83b = P 62c = Ar 83b = Arm 84 = Georg 85

I. Der Text beginnt, was schon aus § 117 a. E. ersichtlich wird, mit einem Textbruch. Das Subjekt des ersten Satzes muß in einem verlorengegangenen Stück des Textes

[4] Die Feststellung der Vaterschaft und der väterlichen Gewalt, in: SZ 90 (1973) 105-149, hier: 126.

[5] Vgl. die Korrektur der Verschreibung im textkritischen Apparat zur Stelle.

gestanden haben. Es handelt sich um einen Mann, der seine Braut entführt und ohne Zustimmung ihrer Eltern geheiratet hatte.

II. Die Rede ist rechtlich von einer Eheschließung ohne die erforderliche Zustimmung der Eltern der Frau. Justinian berichtet vom Erfordernis solcher Zustimmung in C. J. 9,13,1,2 a. E. unter dem Titel *de raptu virginum*: *oportet etenim, ut, quicumque uxorem ducere voluerit sive ingenuam sive libertinam, secundum nostras leges et antiquam consuetudinem parentes vel alios quos decet petat et cum eorum voluntate fiat legitimum coniugium.* In anderer Form wird darüber auch in ET 93 berichtet. Auch wenn die Stelle vom Frauenraub handelt, geht es doch nicht um die schwerwiegenden strafrechtlichen Folgen, wie wir sie in C.Th. 9,24 und C.J. 9,13 behandelt finden. Wahrscheinlich werden nur noch die zivilrechtlichen Folgen relevant gewesen sein, gab es doch eine 5-Jahres-Frist ab der Eheschließung, nach der diese strafrechtlichen Folgen nicht mehr geltend gemacht werden konnten (C. Th. 9,24). Die fehlende Zustimmung der Eltern drückt sich jedoch auch zivilrechtlich, nämlich im Mangel eines Ehegütervertrages, aus, in dem sonst φερνή und δωρεά der Frau zu ihrer nachehelichen Sicherung festgelegt waren. Die Gültigkeit der Ehe steht außer Streit. Die Stelle § 87 zeigt uns, daß nach römischer Auffassung eine gültige Ehe auch ohne diesen Ehegütervertrag («ohne φερνή») zustande kommen konnte. Und unsere Stelle spricht ausdrücklich von «ihrem Gatten».

III. 1. Die Frau ohne Mitgift ist aber vor allem nach der Auflösung der Ehe ohne Mitgift und damit ohne Sicherung. Sie hat ohne *dos*-Bestellung gegen den Ehemann keine *actio ex stipulatu* oder *actio rei uxoriae.* Unser Text stellt nun die geraubte Frau, die wegen des Raubes ohne Mitgift geblieben ist und weggeschickt werden soll, dem Mann so gegenüber, als habe sie eine Mitgift in die Ehe gebracht. Der Mann mußte ihr eine *dos* auszahlen, die er nie erhalten hatte. Der Umfang dieser *dos* bemißt sich folgerichtig nach dem, was der Vater der Frau hätte als *dos* geben können.

2. Ohne φερνή-Vertrag gab es jedoch auch die nacheheliche Versorgung durch die übliche δωρεά («das was ihr von ihrem Gatten gekauft worden wäre») nicht. Auch hier gibt es zur Wiedergutmachung für eine Frau die Entschädigung, als ob es zu einem solchen Vertrag mit δωρεά gekommen wäre. Im Unterschied zur φερνή war jedoch die δωρεά nur dann auszuzahlen, wenn die Frau vom Mann verstoßen wurde, nicht aber, wenn die Frau sich vom Mann schied. Genau diese Unterscheidung greift der Text aus § 87 auf.

3. Der Text ist, soweit ersichtlich, ohne Parallele in anderen römischen Quellen. Insofern ist er ein überaus wichtiges Zeugnis für die zivilrechtliche Behandlung des Delikts des Brautraubes.

Kommentar zu § 119

R II 86 = D 84 = R I 39 = P 63 = Ar 84 = Arm 85 = Georg 86 = B 84

I. Schon in § 95 ist ein Traktat über den Umfang der Pflicht zur Rückerstattung der Dotalgegenstände zu finden. Er widmet sich vor allem der Frage, wie weit Sklavenkinder und Tierjunge der *dos* zuwachsen oder dem Mann als Fruchtnutzung zukommen. In § 108 findet sich ein weiterer, etwas größerer Traktat zur Rückgabe der *dos*, der sich

zuerst mit den Kleidern aus der *dos*, dann mit Goldschmuck, Silbersachen und Land, schließlich wieder mit dem Zuwachs an Sklavenkindern und Tierjungen befaßt. Bei den Tieren spielen in § 108 besonders die Herdentiere eine Rolle. Im Vergleich dazu ist unser Text thematisch noch umfangreicher. Er beginnt wieder mit den Kleidern und wiederholt im wesentlichen die Lösung aus § 108, auch die Lösung für die Rückgabe von Gold, Silber und Land, alles Dinge, die keine Verschlechterung durch Verbrauch oder Zeitablauf erfahren oder gar sterben. Wieder kommen die Sklaven und die Tiere, die Sklavenkinder und die Tierjungen vor. Neu ist jedoch die Lösung über die τιμή der Sachen im Falle eines Verkaufs. Neu ist auch, daß ein Wort zur Bewertung der δωρεά verloren wird.

II. 1. Die Lösung für die gut erhaltenen bzw. die verschlissenen Kleider aus der φερνή entspricht der aus § 108. Die in § 119 Absatz 3 erwähnten τάξεις der Kleider sind sicher etwas anderes als die τιμαί dieser Kleider. Man wird sich unter den τάξεις wohl die Warenarten und Stoffarten vorzustellen haben.

2. Bei den unverwüstlichen φερνή-Gegenständen erscheinen nun neben dem Gold, d.h. Schmuck, und dem Boden auch noch die im Land gängigen Münzen, δαρεικοί. Während unsere Stelle aber insoweit nur von vorhandenen Sachen spricht, handelt § 108 auch von verkauften Sachen.

3. Bei den Tieren lernen wir nochmals die Regelung kennen, daß vorhandene Tiere *in natura* zurückzugeben sind, daß tote Tiere nicht ersetzt werden, weil sie auf Gefahr der Frau leben, und daß für verkaufte Tiere der erlangte Kaufpreis herauszugeben ist. Die Tierjungen sollen nur zur Hälfte in die *dos* fallen, die andere Hälfte soll an den Mann fallen. Das setzt, wie schon zu §§ 95 und 108 bemerkt wurde, eine Grundregel voraus, wonach die Tierjungen gerade nicht zu den Früchten gehören, die dem Mann ja zur Gänze für die *onera matrimonii* zustehen. Dem Mann kommt die Hälfte der Tierjungen zu, weil er die Tiere ja auch auf seine Kosten unterhält, also *propter impensas*. So lautet auch die Begründung in § 95 und § 119 Absatz 5.

4. Daß unsere Stelle im Streit der Meinungen um die Fruchteigenschaft der Sklavenkinder diese wie die Tierjungen behandelt, entspricht dem, was wir aus den §§ 95 und 108 wissen. Da die Tierjungen gerade nicht dem Fruchtgenuß unterfallen, ist die Gleichsetzung mit den Sklavenkindern nicht weiter bewegend. Daß § 91 zum Thema «Nutzpfand» die Sklavenkinder auch noch in einer theoretischen Erwägung von dem Begriff «Früchte» ausnimmt, steht damit durchaus im Einklang.

5. Für die δωρεά ist festgehalten, daß sie in Geld besteht (Absatz 7); das Problem der Gegenstände, wie bei der *dos*, gibt es daher nicht. Geld wird einfach nach der Summe ausgezahlt, die vereinbart ist. Ob man der kurzen Aussage entnehmen darf, daß eine Verzinsung der δωρεά ausdrücklich ausgeschlossen sein soll, erscheint zweifelhaft. Die δωρεά wird einfach erst mit dem Ende der Ehe zur Auszahlung fällig und ist aus diesem Grund während der Dauer der Ehe unverzinslich.

III. Obwohl sich die Aussagen zur φερνή ähneln, ist unser Text nicht einfach eine Wiederholung zu § 95 oder § 108. Man darf vielmehr annehmen, daß der Interpret stets zu solchen Darstellungen herausgefordert war, wenn - wie unser Text es sagt - Möglichkeiten zur Rückforderung der φερνή eröffnet waren. Die zum Teil gleichen Beispiele

und Fragen sind einfach von der Sache her verlangt. Bemerkenswert ist aber folgendes: Die einzelnen Interpretationen waren hier von vornherein in sich abgeschlossene Traktate zum Thema «Rückforderung der *dos*». Sie machen nicht den Eindruck, als seien sie im Gesamtwerk des Rechtsbuches literarisch aufeinander abgestimmt. Das spricht wieder für eine isolierte Entstehung der Teile des Syrisch-römischen Rechtsbuches, die nachträglich zusammengefügt wurden. Andere Stellen haben freilich einen gegenteiligen Eindruck hinterlassen, weil sie in der Erläuterung aufeinander Bezug nehmen, z.B. §§ 87 und 115.

Kommentar zu § 120

R II 87, 88 = D 85, 86 = R I 40, 41 = P 64, 65 = Ar 86, 87 = Arm 86, 87 = Georg 87, 88 = G = N II 17b = B 85, 86

I. Die beiden in der handschriftlichen Überlieferung getrennt gezählten Stellen gehören zu einem Traktat zusammen. Sie betrachten die Frage der «Scheidungsgründe» mit Folgen für die φερνή einmal von der Seite des Mannes, einmal von der Seite der Frau aus. Die Rede ist hier wie in der Vorlage (C.J. 5,17,8,1 *causas repudii*) zwar von «Scheidungsgründen», doch geht es nicht um Gründe, ohne die eine Scheidung überhaupt ausgeschlossen war, sondern um Gründe, welche die Frau die φερνή verlieren lassen. Ohne bestimmte Gründe kann der Mann die Frau nicht ohne φερνή verstoßen, ebenso die Frau sich vom Mann nicht ohne Verlust ihrer φερνή scheiden.

II. Eine grundsätzliche Aussage dazu kennen wir bereits aus § 87 als Gesetz des Leo. Ganz kurz ist dort von «Vergehen» des Mannes oder der Frau die Rede. Während aber dort das Prinzip auch auf das Schicksal der *donatio ante nuptias* angewandt wird, ist hier nur von der *dos* die Rede. Die Grundregel von der Folge der «Vergehen» ist auch schon im «Gesetz des Theodosius» zu finden, in § 115, auch hier auf *dos* und *donatio ante nuptias* zugleich angewandt. Die «Vergehen» aber werden in den genannten Stellen nicht angeführt. Insoweit hat unser Text thematisch ein anderes Hauptziel, wenn er gerade auf die Arten von «Vergehen» eingeht.

III. Bruns[1] und Mitteis[2] fanden in den beiden Stellen einen unvollständigen Auszug aus C.J. 5,17,8 (Theodosius et Valentinianus, 449 n. Chr.). Dieser Meinung hatte sich Selb schon früher angeschlossen.[3] Doch bleibt die Verschiedenheit der dargestellten Vergehenskataloge erklärungsbedürftig, ebenso das Fehlen der Konsequenzen bei der *donatio ante nuptias* in unserer Stelle, ebenso die Erörterung zum Verbot der Wiederheirat, ebenso das Thema der Klage gegen den Schwiegervater, ebenso das Thema der einvernehmlichen Scheidung. Andererseits scheiden die Konstitutionen aus C. Th. 3,16,1 (Constantinus, 331 n. Chr.) und C.Th. 3,16,2 (Honorius, Theodosius et Constantius, 421 n. Chr.) als Vorlagen aus. Sie handeln auch nicht von Scheidungsgründen im modernen

---

Zu § 120:

[1] Bruns-Sachau III 297.

[2] Über drei neue Handschriften 58.

[3] Selb, Zur Bedeutung 196.

technischen Sinne, verfügen aber öffentliche Strafen bei ungerechtfertigter Scheidung, nicht nur vermögensrechtliche Konsequenzen. Die Kurzfassungen von C. J. 5,17,8 in LRBurg 21 und ET 54 zeigen aber der Vorlage gegenüber Freiheiten in der Darstellung von h. t. 8,1-5, die denen unserer Stelle ähneln. Als Paraphrase eines dem Hörer vorliegenden Grundtextes mußte unsere Stelle eben nicht alle Vergehen wie im Vorlagetext aufzählen; sie konnte sich auf die wichtigsten beschränken. Auch konnte sie als *interpretatio* in Überschreitung der Paraphrase die Konsequenzen für die *dos* exemplarisch aufgreifen. Dafür konnte sie andererseits auf Randfragen wie den Scheidebrief, den rechten Beweis im Prozeß und den richtigen Beklagten bei der *actio rei uxoriae* und *actio ex stipulatu* zu sprechen kommen.

IV. 1. Der Text setzt bereits die Neuregelung des Theodosius II. von 439 n. Chr. zum Scheidebrief aus Nov. Th. 12 = C. J. 5,17,8 pr. voraus. Problematisch war für den Verfasser unserer Stelle anscheinend nur, wem der Scheidebrief zu schicken war, falls sich die Frau vom Mann schied. Als Adressat wird zuerst der Schwiegervater genannt, dann der Ehemann. Die *patria potestas*, unter der der Ehemann eventuell stand, scheint der Grund gewesen zu sein, daß auch der Schwiegervater als Adressat in Frage kam. Die Konstitution enthält dazu weder in Nov. Th. 12 noch in der Fassung in C. J. 5,17,8 pr. ein Wort. Derartige Erwägungen aus dem *ius* gehören in eine *interpretatio*, nicht aber in eine Norm. Der Text zum *repudium*, der in C. J. 5,17,8 pr. aus NTh 12 vorausgestellt wird, wird in unserer Stelle nur für die Frau erwähnt. Das läßt die Frage entstehen, ob die Reihenfolge unserer beiden Textteile nicht umgedreht werden müßte. Doch nennt auch C. J. 5,17,8 in den §§ 1-4 das *repudium* als eine bereits eingeführte Regelung.

2. a) Die «Scheidungsgründe», genau gesprochen Gründe für ehegüterrechtliche Konsequenzen, werden in dem theodosianischen Gesetz von 449 n. Chr. aus C. J. 5,17,8,2-5 genannt, dort beginnend mit den Verfehlungen der Frau, so wie unser Text mit den Verfehlungen der Frau beginnt. Die Novelle Justinians 22,15 nennt später diese Regelung als eine Theodosius' II. *(iunior)* und weist darauf hin, daß Theodosius einen Teil der «Scheidungsgründe» seiner Konstitution aus älteren Traktaten zum Thema genommen habe (h. t. pr.). Justinian will selbst noch einige Gründe dazu genannt wissen. Erstaunlich ist zunächst, daß Justinians Katalog in § 1 mit den Verfehlungen des Mannes beginnt.

b) Gegenüber der Vorlage bei Theodosius gleichen sich bei der Scheidung der Frau aus «Vergehen» des Mannes der «Raub», die - wahrscheinlich einmalige - Aufnahme einer Hure in die eheliche Wohnung und die Schläge für die Ehefrau mit der Sklavenpeitsche *(flagrum, flagellum)*, von denen es in der Vorlage nur heißt *verberibus, quae ab ingenuis aliena sunt.* Justinian gibt in § 1 seiner Novelle 22,15 die konkretere Angabe unserer Quelle: *aut etiam si flagellis super ea utatur* / ἢ καὶ μάστιξιν[4] ἐπ' αὐτὴν χρῷτο. Die Gründe für die Scheidung, welche die Frau setzt, sind übereinstimmend beim Ehebruch, beim Übernachten im fremden Haus und beim Theaterbesuch. Justinian nennt wie im Rechtsbuch als erstes Delikt die Unzucht (εἰ μοιχευομένην εὕροι), dann aber neben vielen anderen auch noch das Übernachten außer Haus und den Theaterbesuch. MITTEIS[5] hat hier auf eine interessante Parallele aus ptolemäischen Eheverträgen hinge-

[4] Im Griechischen des 5. Jh. noch φραγέλλιον.

[5] Über drei neue Handschriften 58.

wiesen, die der Frau ausdrücklich auferlegen, nicht außerhalb des Hauses des Ehemannes (gegen dessen Willen) zu übernachten.

c) Die Folgen ungerechtfertigter einseitiger Scheidung sind nach C. J. 5,17,8 fast rein zivilrechtlich; lediglich das befristete Heiratsverbot geht darüber hinaus. Von ihm ist in unserer Stelle nicht die Rede. Von den zivilrechtlichen Folgen werden nur jene, welche die *dos* betreffen, behandelt. Der Grund dafür wird in der lediglich exemplarischen Lehrdarstellung liegen. In unserer Stelle § 120 sind die Vergehensfolgen aber genau wie in § 115 die üblicherweise vertraglich vereinbarten oder *ex iure* eingeführten, nicht die in der Konstitution verordneten Folgen. Die *poena legis* aus h. t. 8,4 und 5 trifft die Frau oder den Mann, die vom *repudium* zu Unrecht Gebrauch gemacht haben: Sie verlieren *dos* und *donatio ante nuptias* an den Partner. Als Kehrseite davon, daß sie bei berechtigter Scheidung *dos* und *donatio ante nuptias* behalten, ist das freilich keine Neuerung.

d) Der Text der Konstitution betont mehrfach das *si probaverit*; eine Eigenheit nachklassischer Darstellungen überhaupt, die nicht die Tatsache der Verfehlung in den Vordergrund stellen, sondern deren Beweis. Unser Verfasser greift bei den Verfehlungen des Mannes diese Redeweise auf und führt näher aus, wie denn solche Verfehlungen von der Frau nachgewiesen werden können: durch Zeugen in einer bestimmten Mindestzahl, wie wir sie aus § 96 erfahren; mehr als ein einziger Zeuge, also zwei oder drei (oder auch mehr) müssen vorhanden sein, damit der Beweis gelingt.

e) Die ἀγωγαί des Einleitungssatzes bleiben rätselhaft; der Verfasser denkt anscheinend an Beschuldigungen, nicht an technische *actiones*. Ganz anders im Schlußteil der Stelle (§ 120b Absatz 5), wo damit eindeutig auf die *actio ex stipulatu* gegen den Schwiegervater angespielt wird. Diese *actio* aus dem Ehegütervertrag geht davon aus, daß der Schwiegervater dessen Partner war, weil der Haussohn nicht als Partner in Frage kam.

f) Der Wechsel in der rechtspolitischen Haltung zur Scheidung der Ehe zwischen 421 n. Chr. (C. Th. 3,16,2) und 449 n. Chr. (C.J. 5,17,8) zeigt sich zum einen bei der Zulassung der einvernehmlichen Scheidung in unserer Stelle: *Communi consensu* konnte sich die Frau von ihrem Mann auf jeden Fall scheiden (§ 120b Absatz 2). Ebenso wird zum anderen bei der einseitigen Scheidung des Mannes gesagt, daß sie auch aus anderen als den genannten Gründen stattfinden kann, freilich Folgen für das Schicksal der *dos* hat.

Kommentar zu § 121

R II 147 = D 154 = R I 53 = Q = O 219 = B 151 = I 56/35

I. Der erste Teil des Textes befaßt sich mit den Zinsen für Getreidedarlehen. Die Parteien des Darlehensvertrages hatten dabei einen Zinssatz ausdrücklich verabredet, nämlich pro Jahr 1/4 Modius vom Modius (ein Getreidemaß), also 25%. Die Anfrage lautet nun, ob diese Abrede gegen eine Höchstzinsregel verstößt.[1] Anders verstehen dagegen MITTEIS[2] und MANIGK[3] den Satz als die Höchstzinsregel selbst. So finden sie

Zu § 121:

[1] So schon SELB, Zur Bedeutung 198.

[2] Über drei neue Handschriften 41ff.

[3] Besprechung von: F. E. PEISER - J. KOHLER, Zur Bedeutung der assyrisch-babylonischen Rechtsurkunden, in: SZ 27 (1906) 394-405, hier: 400.

dann auch keine Vorlage in irgendeiner Rechtsordnung. Denn die einzige Belegstelle zum Zins für Getreidedarlehen in C. Th. 2,33,1 (Constantinus, 325 n. Chr.) verfügte den Satz von 50% als Maximum, nämlich 1 Modius für 2 Modii pro Jahr. Als konkrete Abrede von 25% war der Zins vor dem Hintergrund dieser Konstitution nicht zu beanstanden. Nicht mehr sagt unser Text. Wenn MITTEIS[4] auf einen Text des Hieronymus[5] hinweist, wonach bei Getreide-, Öl-, Mehl-, Wein- und anderen Naturaldarlehen üblicherweise 50%, bei gerechten Leuten aber 25% verlangt werden, so paßt das zu unserer Stelle. Die «milde» Praxis, über die Hieronymus berichtet, ist eben keine Praxis eines gesetzlichen Zinses, sondern Vertragspraxis. C.J. 4,32 *de usuris* enthält keine älteren oder späteren Regeln über den Höchstzins beim Getreidedarlehen. Aus einem Reskript Gordians (C. J. 4,32,16) ergibt sich indirekt, daß in der Zeit vor Konstantin I. die zu dieser Zeit für Naturaldarlehen geltenden höheren Zinsgrenzen - die wir im übrigen nicht kennen - nicht für Gelddarlehen umfunktioniert werden konnten, indem man etwa ein Gelddarlehen als Getreidedarlehen «maskierte».

II. Ganz korrekt wird für Öldarlehen derselbe Zinssatz wie für Getreidedarlehen angeführt. Die Formulierung könnte dabei schon eher an einen rechtlichen Höchstzins denken lassen, doch geht es auch hier nur um die Unbedenklichkeit einer Abrede, mit der für Öl 25% Zins ausgemacht wurden. Das Ölbeispiel ist dabei der erste Teil der über die originale Frage vielleicht eines Reskripts hinaus reichenden Lehrdarstellung.

III. Die Aussagen zum Gelddarlehen und dessen Zins sind ein weiterer Teil des lehrhaften Traktats, der mit dem Getreidedarlehen als konkretem Problem begonnen hatte.

1. Es geht um «Gold»; wie aber die Worte «geprägt mit dem Bild des Kaisers» zeigen, um gemünztes Gold, also Geld. Hier gab es einen rechtlichen Höchstsatz für Zinsen in den *centesimae usurae*, also mit 1 vom 100 pro Monat, wie unser Text präzise sagt. Dieser Höchstzinssatz ist mehrfach belegt: PS 2,14,2 und 4; D. 12,6,26 pr.; C. Th. 2,33,1 und 2 und I. Th.[6]

2. Der Schlußsatz über die Anrechnung der Mehrforderung auf das Kapital spricht zwar von der Forderung, also vom Zinsbegehren. Doch geht es um den auf dieses Verlangen hin bereits erlangten Zins. Ein Reskript des Severus, über das Ulpian in D. 12,6,26 pr. berichtet, behandelt das Problem der Zinsen, die über das gesetzliche Maß hinaus verlangt und erlangt worden waren. Danach sollten diese Zinsen, gegen die Grundregel vom Ausschluß der Kondiktion über nicht geschuldete Zinsen, in der Weise doch zurückgefordert werden können, indem man sie auf noch ausständiges Kapital verrechnete. Daran dachte der Verfasser unseres Textes, nicht etwa an eine Strafe für die Mehrforderung nach Art der *pluris petitio*.

IV. Der Modius wird als Mengenmaß auch in § 106 erwähnt. Wahrscheinlich fand sich in der griechischen Vorlage unseres syrischen Übersetzers sogar das lateinische

---

[4] AaO.

[5] In Ezechiel. VI zu c. 18 v. 5ff. (MIGNE, Patrologia Latina 25, 184).

[6] Zum Thema vgl. KASER, RP I 497 und II 341.

Wort lateinisch geschrieben.[7] Das Wort ἑκατοστή für 1 vom 100 pro Monat, also 12% pro Jahr findet sich im Rechtsbuch nur an dieser Stelle. Es begegnet uns aber u.a. in Kanon 6 der «Statuten der Schule von Nisibis», die im Oktober 496 n. Chr. erlassen wurden[8]: «Jemand von den Brüdern, der mehr Denare hat, als er braucht, und sie darzuleihen wünscht, soll sie nicht mit einer Abmachung (? mit Wucher?; *qṣāsā*) geben, sondern gegen Zins, wie er in der Kirche (gilt), soll er geben, das heißt soviel wie eine Hekatoste für den Denar im Jahr,[9] damit nicht, wenn er mehr erhält, die Gemeinschaft geschmäht werde.»[10] Auf die «Hekatoste der Kirche» nimmt Īšō'jahb I. (gest. 596 n. Chr.), der sich gegen das Nehmen von Zins wendet, in Kanon 12 an Jakob von Darai Bezug.[11] Der Ausdruck Hekatoste kommt auch in Kanon 15 seiner Synode vor, wo die Hekatoste als noch mäßiger Zins bezeichnet wird.[12] Wir gewinnen aus diesen Quellen aber kein Zeitargument für die Übernahme des Rechtsbuches in die ostsyrische Literatur. Dafür sind die Formulierungen zu verschieden. Im übrigen werden die gerade genannten Quellen eher mit Kanon 17 der Synode von Nikaia (325 n. Chr.) zu tun haben, in dem im Zusammenhang mit dem Zinsnehmen sowohl im griechischen wie im syrischen[13] Text schon der Ausdruck Hekatoste vorkommt.

V. BRASSLOFF[14] argumentierte daraus, daß vom Geldzins nur beiläufig in L 99 und 101 und Arm 133 und 135 (§§ 91 und 93 unserer Zählung) die Rede sei. Er fand darin den Einfluß des kanonischen Zinsverbots. MITTEIS[15] ist geneigt, ihm darin für den Redaktor von P zu folgen, da RI und RII gültige Zinsabreden eindeutig belegen. Doch ist das nur für die Wirkungsgeschichte interessant und widerspricht auch dem, was eben unter IV. ausgeführt ist.

Kommentar zu § 122

RII 148 = D 155 = RI 54 = Q = N IV 15c = O 220 = I 61/6

I. Es geht um einen gewöhnlichen Fund. Es gibt im Text keinen Anlaß, mit BOSSOWSKI[1] an einen Schatzfund zu denken, denn der Eigentümer ist bekannt, auch wenn er im

---

[7] Zu lateinischen Wörtern in griechischen Texten vgl. oben § 115 III 1.

[8] NALLINO, Il diritto musulmano nel Nomocanone 548 = Racc. IV 255; Arthur VÖÖBUS, The Statutes of the School of Nisibis, Stockholm 1962 (= Pap. ETSE 12).

[9] VÖÖBUS aaO 78: « ... that is one hundreth of a denar per year». NALLINO aaO übersetzt den nicht leicht verständlichen Kanon nicht wörtlich.

[10] VÖÖBUS aaO 78.

[11] Oscar BRAUN, Das Buch der Synhados, Stuttgart - Wien 1900, 257; J. B. CHABOT, Synodicon orientale ou recueil de synodes nestoriens, Paris 1902, 180 (Text), 439 (Übersetzung); NALLINO aaO.

[12] BRAUN aaO 220; CHABOT aaO 1151 (Text), 412 (Übersetzung); NALLINO aaO.

[13] Friedrich SCHULTHESS, Die syrischen Kanones der Synoden von Nicaea bis Chalcedon, Berlin 1908 (= Abh. der Königlichen Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen, Neue Folge, Band X, No. 2) 25 (in beiden Versionen).

[14] Quellen der byz. Rechtsgeschichte 306ff.

[15] Über drei neue Handschriften 40.

Zu § 122:

[1] Quo modo 391 Fn. 89.

Schlußsatz als «früherer Eigentümer» unter Verwechselung von Eigentum und Besitz benannt wird.[2] Auch geht es nicht um einen Sonderfall des Fundes wie in § 132. Auffällig ist nur, daß C.Th. 10,18,2 den Schatzfund genau im Verhältnis 1/4 (Finder) zu 3/4 (Grundeigentümer) verteilt. Auffällig ist weiter, daß der Fund in § 129 ganz eindeutig als Erwerbsgrund genannt wird, der Erwerb aus einem Fund durch den Haussohn dem *pater familias* zu Eigentum zufällt.

II. Eine gesetzliche Finderlohnregel ist uns aus dem römischen Recht nicht bekannt.[3] Wohl deshalb spricht Jean DAUVILLIER[4] von einer orientalischen Konzeption des Fundes, wobei er auch § 132 (= RI 55c) im Auge hat. Es geht nach dem Text auch nicht um eine Auslobung, über die ein Finderlohn möglich gewesen wäre (D. 47,2,47,7-9). Falsch ist die Annahme von DÜLL[5], das römische Recht habe den Finderlohn mißbilligt. Es durfte nur die gefundene Sache nicht zurückbehalten werden, um den Eigentümer zur Zahlung eines ausgelobten oder nicht ausgelobten Finderlohnes zu zwingen. Woher nun unsere Finderlohnregel kommt, muß einstweilen offen bleiben. YARON[6], der einen Bezug zum talmudischen Recht suchte, aber nicht fand, hielt eine griechische Quelle für wahrscheinlicher.

III. Was immer der Finder erlangen kann, erhält er nur, wenn er den Fund nicht verheimlicht. Er muß den Fundgegenstand also dem Eigentümer freiwillig zurückstellen oder zumindest bereitwillig zugeben, daß er im Besitz der Fundsache sei. Die Herausgabe weist aber wieder eher in die Richtung, daß es bei den 25% um Finderlohn geht.

Kommentar zu § 123

RII 149 = D 150-152 = Arm 152, 153 (149, 150) = Georg 149, 150 = O 221

I. 1. Die Stelle handelt vom Herbergsvertrag für mitgeführtes Vieh und von der Garantiezusage eines *stabularius* für Verluste am eingestellten Vieh. Bemerkenswert ist, daß der Reisende unseres Beispiels mit Kamelen reist. Das spricht für den orientalischen Einschlag der Fallgestaltung der Interpretation (oder eher noch der späteren syrischen Bearbeitung[1]), nicht aber schon der interpretierten Regel. Die mitgeführten Tiere werden im Ausgangsfall vom Herrn der Herberge selbst gegen Entgelt übernommen. Und sie werden so aufgenommen, daß die genaue Zahl der übernommenen Tiere vor Zeugen festgehalten wird. Da es auf die Zahl der Tiere ankommt, möchte man meinen, der Verlust bestehe in einem Diebstahl oder ähnlichem. Das Gegenstück zu dieser bezeugten Übernahme bestimmter Tiere bildet jedoch die Einstellung «in Eigenmächtigkeit» in

---

[2] MITTEIS, Über drei neue Handschriften 43 und Fn. 1, verwirft das Thema des Schatzfundes ebenfalls.

[3] MITTEIS, Über drei neue Handschriften 41ff.; Römisches Privatrecht. Auf Grund des Werkes von Paul JÖRS neu bearbeitet von Wolfgang KUNKEL, 3. Aufl., 131 Fn. 4.

[4] La parabole du trésor et les droits orientaux, in: RIDA 4 (1957) 107-115, hier: 114.

[5] Auslobung und Fund im antiken Recht, in: SZ 61 (1941) 19-43, hier: 42f.

[6] Syro-Romana 153.

Zu § 123:

[1] S. den Kommentar zu § 87 II 4 a. E.

Absatz 3, ohne besonders bezeugte Übergabe an den Herrn des Hauses. Gemeint ist damit die Übernahme ohne *receptum*, ohne Garantiezusage des *stabularius*.

2. Verständnisschwierigkeiten bereitet das Mittelstück des Textes (Absatz 2) schon im Sachverhalt. Es geht um einen Gast, der schon länger und anscheinend regelmäßig auch mit seinem Vieh in der Herberge - man stellt sich eine orientalische Karawanserei, in der alles Aufnahme fand, vor - mit dem πανδοχεῖον einkehrt. In diesem Fall übergibt er die Tiere nicht dem anwesenden Wirt, sondern in dessen Abwesenheit dessen Sohn, der als kleiner Junge bezeichnet wird. Wir wissen nicht genau, ob der Ausdruck «kleiner Junge» im Sprachgebrauch des Alltags gemeint ist oder ob sich dahinter ein Rechtsausdruck wie *impubes, minor* oder *filius familias* verbirgt. Von diesem «kleinen Jungen» werden die Tiere in gewohnter tatsächlicher Weise übernommen.

3. Eines der Tiere geht zugrunde oder verloren. Die Bezeugung der übernommenen Zahl deutet, wie oben gezeigt, nicht schon auf einen Verlust des Tieres durch Diebstahl. Jedenfalls ist das Tier nicht mehr vorhanden, und es geht um den Ersatz des Wertes, der τιμή. Das Ereignis, das den Verlust herbeiführt, muß vom Problem her gesehen ein Zufallsereignis sein, d. h. Verschulden der beteiligten Parteien scheidet aus. Es geht rechtstechnisch um die Haftung für *custodia.*

II. 1. Nach römischem Recht hafteten Stallwirte - die Entgeltzahlung gehörte damit zum Vertragstypus (D. 4,9,6 pr.) - für das eingebrachte Vieh aus dessen besonderer Übernahme *(receptum)* für *custodia.*[2] Das *permittat iumenta apud eum stabulari* war nach Gaius D. 4,9,5 pr. für diese verschärfte Haftung maßgebend. Genau das umschreibt unser Text im Ausgangsfall. Wer aber seine mitgeführten Tiere einfach so einstellte, stillschweigend und ohne jede Kontrolle «in Eigenmächtigkeit» nach Absatz 3, konnte diese Art der Haftung nicht in Anspruch nehmen. Pflegte der Gast schon länger und regelmäßig einzukehren, so konnte man die Erlaubnis zum Einstellen auch bei Abwesenheit des Herbergswirts annehmen und die übliche Garantie unterstellen, solange nur irgend jemand aus dem Haus das Vieh nachweislich übernahm. D. 4,9,3,3 (Ulpian) berichtet uns von einem Fall, in dem ein *filius familias* das Vieh übernahm, und daß daraus der *pater familias* auf den vollen Wert haftete.

2. Die Zufallsereignisse, um die es nach den römischen Quellen geht, sind *furtum* und *damnum* (vgl. D. 4,9,5 pr. und D. 47,5,1). Beim *damnum* denkt man daran, daß ein Tier von Dritten oder von anderen Tieren verletzt wird. Doch ist es in diesem Fall noch immer, wenngleich verletzt, vorhanden. Das Problem der Zahl der Tiere spielt keine Rolle. Also liegt doch ein *furtum* näher.

3. Die Folge des Verlustes war nach dem ersten Teil des Textes eine Schadenersatzpflicht des Herbergswirts. Das entspricht klar römischem Recht.[3] Die τιμή ist der wirkliche Anschaffungswert des Tieres, nicht etwa dessen Wiederbeschaffungswert.

III. Die Schwierigkeiten des Textes liegen in der Halbteilung des Schadens bei der Übernahme durch den «kleinen Jungen». Der gleiche Ausdruck «Junge» *(ṭalyā)* ist übrigens in § 127 für *filius familias* gesetzt.

---

[2] KASER, RP I 585f.

[3] So auch PARTSCH, Besprechung zu Sachau, Syr. RB I, 439; TAUBENSCHLAG aaO 115.

1. Die Halbteilung der Gefahr ist eine Besonderheit, für die es im römischen Recht keinen Beleg gibt, allenfalls im Westgotenrecht.[4] Von dort gibt es freilich keinen historisch faßbaren Weg zu unserer Quelle. Immerhin enthielt aber auch schon ET 119 eine einen anderen Fall betreffende Regelung zum *stabularius*, die sonst in den römischen Quellen nicht vorkommt.[5] Die Lösung könnte in der nachklassischen Entwicklung der honorarischen Klage *de recepto* (D. 4,9,3,5) liegen. Die klassische Diskussion zeigt, daß die strengrechtliche Klage aus dem *receptum* noch schlechthin auf *nisi restituet* oder dergleichen lautete.[6] Die Einschränkung der Haftung aus Zufall um die Fälle höherer Gewalt bedurfte noch der förmlichen *exceptio* (Ulpian/Labeo D. 4,9,3,1 a. E.). Die schon bei Ulpian geführte Diskussion um die der Aufnahme eigentlich zugrunde liegende *locatio-conductio* und die daraus resultierende Klage *ex locato-conducto* und die Frage, ob in nachklassischer Zeit nicht das *receptum* zum *pactum adiectum* wurde,[7] läßt uns jedoch fragen, ob nicht eines Tages doch das *bonae fidei iudicium* aus der *locatio-conductio* gegenüber dem strengrechtlichen *receptum* dominierte. Es könnte sich bei der Halbteilung demnach durchaus um eine Risikoteilung *ex fide bona* gehandelt haben. Oder hat der Jurist in dem besonderen Fall zwar eine *locatio-conductio* angenommen, ein *receptum* aber wegen des Alters des Übernehmers verneint und so die Halbteilung des Zufallsrisikos *ex fide bona* begründet? Beide Möglichkeiten zeigten uns in der Idee der Abkehr vom «Alles oder Nichts»-Prinzip einen beachtlichen Fortschritt juristischen Denkens.

2. Die Aussage «indem er nachweist ... » kann nicht zu der Aussage von der Haftungsteilung gehören. Es scheint, als schließe der Satz an eine neue Aussage an, die auf jeden Fall ein anderes Subjekt hatte als der vorangehende Satz. Ist bei der Haftungsteilung noch vom Gast als Subjekt die Rede, so geht es nun um den Herbergswirt als Subjekt des Satzes. Schon SACHAU[8] hatte vermutet, daß der Satzteil nicht zur Halbteilung gehört. Seine Lösung, mit Arm 150 die Worte zu dem Absatz 3 zu lesen, hilft nicht. Die Aussage ergibt dort keinen Sinn. Außerdem hat wohl der Übersetzer und Redaktor von Arm nicht einen besseren Text gehabt, sondern den unübersetzbaren Text zu verbessern versucht.

a) Die Lösung könnte in einem Textausfall liegen. Dabei muß in dem ausgefallenen Text eine Aussage zu finden gewesen sein, die in Erwägungen zur *actio de in rem verso* endete. Dem üblichen Aufbauschema solcher Texte im Rechtsbuch nach erwartet man nach den Absätzen 1 und 2 den Fall, daß ein Gast einkehrte, der *nicht* die Gewohnheit hatte, mit seinem Vieh einzukehren. Kehrte er in der Herberge erstmals ein, so kam in Abwesenheit des Herbergswirts keinesfalls ein *receptum* mit dem «kleinen Jungen» als Haussohn zustande. Damit wäre der Sprung zum letzten Fall vorbereitet, in dem der Gast die Tiere «in Eigenmächtigkeit», d. h. ohne Übernahme einfach mit in die Stallungen oder die Höfe der Herberge nahm. Im Falle der Übernahme durch einen Haussohn

---

[4] Zu einem nur sehr vage ähnlichen Fall aus dem *Codex Euricianus* (280) vgl. LEVY, Weströmisches Vulgarrecht 177 und ff.

[5] Vgl. FIRA II 704.

[6] O. LENEL Edictum Perpetuum. Ein Versuch seiner Rekonstruktion, 3. Aufl. (Leipzig 1927, NDr. Aalen 1956) 131.

[7] KASER, RP II 408 und Fn. 57.

[8] Syr. RB I 195.

haftete der *pater familias* - von einem *iussum* oder einem *peculium* ist nicht die Rede -, wenn er aus dem Geschäft bereichert war. Man denkt an den Fall aus D. 4,9,3,3, in dem ein *filius familias* oder ein *servus* in Abwesenheit des Hausherrn jemanden aufgenommen hatte. Der Jurist erörtert dort die *actio de peculio*; er hätte mangels eines *peculium* auch an eine *actio de in rem verso* denken können. Schwierigkeiten macht dabei, wie man sich die Bereicherung vorzustellen hat, geht es doch nicht um ein Erwerbsgeschäft. Doch auch die Bereicherung um den Besitz reichte aus. Hatte der Haussohn etwa furtiv eines der Tiere in den eigenen Stall des Herbergswirtes geführt, so haftete der Wirt mit der *actio ex locato-conducto* auf Rückgabe der Bereicherung.

b) Die Nähe zur Haftung des *pater familias* aus Delikt wird deutlich. Wenn nämlich der Verlust des Tieres auf dem Verhalten des Haussohnes selbst beruhte, haftete der *pater familias* auch noxal aus dem Delikt des Haussohnes, *furtum* oder *damnum*. Auch hier hätte unser Satz einen faßbaren Sinn; vor allem, wenn wir Sent. Syr. §20 in die Betrachtung einbeziehen.[9] Dort wird noch für die nachklassische Zeit eine *actio noxalis* des *pater familias* für das Hauskind bezeugt. Die Denkweise des Juristen war dort, daß der *pater familias* primär auf die Bereicherung aus dem Delikt des Hauskindes haftete, über den Rest des Schadens aber noxal.

c) Ob wir nun in Kategorien vertraglicher oder deliktischer Haftung denken, so wird doch deutlich, daß die Lösung voraussetzt, daß der Sohn des Hauses *filius familias* sein mußte, damit der Herbergswirt, sei es auch in Grenzen, in Anspruch genommen werden konnte. War der Sohn aber frei von der väterlichen Gewalt, schieden Ansprüche gegen den Wirt aus. Genau hierhin gehört das Satzfragment «..., indem andere über ihn bezeugen, daß er ein Freier ist». Wieder wechselt das Subjekt und wieder fehlt der Anschluß an den vorhergehenden Satz. Vom Kontext der Vertrags- oder Deliktshaftung her erwartet man in der Textlücke eine Aussage, wonach der Herbergswirt für seinen Sohn dann nicht noxal haftete, wenn dessen Freiheit dargetan wurde. Daß es nicht genügte, die Gewaltfreiheit des Sohnes zu behaupten, sondern daß darüber Beweis durch Hausfremde geführt werden mußte, ist selbstverständlich.

IV. Der nur in D und M (und damit kaum im ursprünglichen Text) genannte Eid des Eigentümers der Herberge und seiner Mietknechte zur fehlenden Mitwisserschaft am Verlust (Absatz 3) erinnert wieder an ET 119: Der Herbergswirt und seine Beauftragten hafteten nicht, wenn sie Eide über ihre eigene (fehlende) Mitwisserschaft und die ihrer Helfer schworen.

Kommentar zu § 124

R II 152 = D 142 = Not 93 = Arm 144 (141) = Georg 141 = B 142

I. Waisen, die noch *minores* waren, bekamen nach römischem Recht einen *curator minorum*. Dieser Kurator hatte nicht nur die Aufgabe der Vermögensverwaltung, sondern auch jene der Personenbetreuung. Aus dieser Aufgabe hatte er auch für den Unterhalt des Mündels zu sorgen. Dieser Unterhalt war zwar aus dem Vermögen zu bestreiten, welches das Mündel geerbt hatte. Reichte die Erbschaft aber für den Unterhalt nicht aus,

[9] SELB, Sententiae Syriacae 111-116 (zu §20).

so mußte der Kurator den Unterhaltsaufwand aus seinem eigenen Vermögen tragen. Dafür erhielt er prinzipiell keinen Ersatz, wie es unser Text formuliert. Etwas anderes galt jedoch, wenn das «Vormundschaftsgericht», in der Provinz der *praeses (iudex) provinciae* zu Beginn der Kuratel eine Unterhaltsanordnung getroffen hatte, in der dem Kurator der spätere Aufwandsersatz vorbehalten wurde.

II. Der Fall ist derselbe, von dem Ulpian in D. 27,4,3 pr. ganz allgemein spricht: *plus in eum impendit quam est in facultatibus*. Die Lösung bei Ulpian lautet: Der *tutor* - die Probleme liegen bei *tutor* und *curator* gleich - hat eine *actio tutelae contraria* oder eine *actio negotiorum gestorum utilis*. Das aber galt nach unserem Text anscheinend nicht für Unterhaltsaufwendungen aus der Personensorge. Wie uns die Texte aus D. 27,2 zeigen, oblag in diesem Bereich dem *praeses provinciae* in der Provinz die Festsetzung des Unterhalts für den *pupillus* oder *minor* (z.B. D. 27,2,3 pr.-5). War das Mündel bedürftig, so wurde bei einer solchen amtlichen Festsetzung weder der *tutor* (D. 27,2,3,6) noch der *curator* gezwungen *de suo eos alere*. Indirekt heißt das: War der *curator* bereit, ohne magistratische Anordnung Unterhalt zu leisten, so konnte er später keinen Aufwendungsersatz fordern; er hatte einer Verpflichtung der Sitte Genüge getan. Wollte er aber später Ersatz erlangen, so mußte er den *praeses provinciae* dazu bringen, eine besondere Unterhaltsanordnung zu treffen. In dieser Unterhaltsanordnung konnte neben der Höhe des Unterhalts dann auch der Vorbehalt des Ersatzes ausgesprochen werden.[1]

Kommentar zu § 125

R II 153 = D 143, 144 = Arm 145, 146 (142, 143) = Georg 142, 143 = E

I. Die Stelle behandelt keinen konkreten Fall. Sie bietet eine Reihe von prinzipiellen Aussagen zum römischen Intestaterbrecht nebst Beispielen, wobei sich innerhalb der Stelle Wiederholungen zeigen. Ein ordnender Geist ist nicht am Werk gewesen, von einem System des Intestaterbrechts ganz zu schweigen. Der Verfasser hantelt sich eher assoziativ fort. Er knüpft dabei in umständlichster Weise an vorher zum Ausgang genommene Fälle an, so als bespreche er zur Übung Erbrechtsprobleme mit Schülern. Einige der Aussagen kennen wir bereits aus den §§ 1, 33 und 94. Immerhin wird ein Hauptthema sichtbar. Es ist das Muttererbrecht.

II. 1. Ausgangspunkt des Traktats ist das gleiche Erbrecht aller konsanguinischen Geschwister des Erblassers, männlichen wie weiblichen. Die Einleitung über den vorverstorbenen Vater des Erblassers war eigentlich überflüssig, denn es geht nicht um das Erbrecht nach diesem Vater. Die Darstellung entspricht aber dem sonstigen Stil der Abhandlungen im Rechtsbuch. Der Faden wird fortgeführt, indem neben den Geschwistern die Mutter des Erblassers eingeführt wird. Sie erbt zu gleichem Anteil wie die zuerst genannten Geschwister. Wieder wird nicht danach unterschieden, ob die Mutter nur mit

---

Zu § 124:

[1] PARTSCH, Besprechung zu Sachau, Syr. RB I, 439 sieht im Text eine schief geratene Darstellung des Edikts über die Erziehungsaufwendungen. DE FRANCISCI, ἐπίτροπος vel κουράτωρ 43, hält unsere Stelle für einen späteren Zusatz.

ihren Töchtern oder auch mit ihren Söhnen um das Erbe konkurriert. Die Regel ist uns bereits aus § 1 und § 94 bekannt, sie wird später in Absatz 5 noch einmal wiederholt.

2. Wieder wird der Ausgangsfall wie für Schüler umständlich fortgesponnen: Auch das letzte der Kinder des vorverstorbenen Vaters stirbt und wird beerbt. Es konkurrieren um das Erbe die Mutter dieses Kindes und dessen Vatersbrüder oder deren Kinder. Daß die Mutter alleine erbt, wenn es diese Konkurrenten nicht gibt, ist nur scheinbar eine Plattheit. Ausgedrückt ist indirekt, daß es in der Fallannahme keine anderen Verwandten gibt, mit denen sie sich in die Erbschaft teilen muß. Die Aussage über die Konkurrenz mit den genannten Agnaten findet sich bereits in § 94 und ist dort besprochen.

3. Von den undeutlich bereits in § 94 genannten Verwandten von Mutterseite gibt der Text nun konkrete Beispiele. System hat die Aussage nicht. Es wird lediglich am Beispiel der Onkel und Tanten von Mutterseite und deren Deszendenz gezeigt, wie man die agnatischen Verwandten von Vaterseite und die kognatischen Verwandten von Mutterseite zu unterscheiden hat, wobei übrigens die Tante väterlicherseits nicht erwähnt wird. Mit der «τάξις der Handhabung der Erbschaften» (Absatz 4) wird auf die Intestaterbordnung angespielt.

4. In der Folge geht der Text nochmals auf das Erbrecht der Mutter ein. Das Grundprinzip aus dem *SC Tertullianum* wird aber mit C.Th. 3,8,2,1 = C. J. 5,9,3,1 (Theodosius I., 382 n. Chr.) in einem wichtigen Detail aktualisiert. Die wieder heiratende Mutter muß die vom ersten Mann stammenden Vermögensvorteile, darunter auch die Erbschaft nach ihren Kindern, eben ihren Kindern erhalten. Unser fragmentarischer Text deutet davon nur an, daß im Falle der Wiederheirat die Mutter nicht so erbt wie ohne Wiederheirat. Die genaue Aussage könnte einem alten Textausfall zum Opfer gefallen sein:

> «Die Mutter aber erbt so: Wenn sie einen anderen Mann heiratet, <erbt sie im Namen ihrer Kinder>, und wenn nicht, (erbt sie) mit ihren Kindern und den Onkeln (väterlicherseits) ihrer Kinder, wie (es) vorher geschrieben ist.»

Bemerkenswert ist, daß der Text aus C. Th. 3,8,2,1, der unseren Fall behandelt, eine ältere Regelung zum Thema *feminae, quae susceptis ex priore matrimonio filiis ad secundas transierint* aufgreift, die den Erwerb der Frau vom Mann betraf (in C.Th. 3,8,2 pr. = C. J. 5,9,3 pr. wiedergegeben). Wohl deshalb ist in C.Th. 3,8,2,1 nicht von der Wiederheirat eigens die Rede. Der Einschub in C. J. 5,9,3,1 *(matre iam secundis nuptiis funestata)* stellt das nur klar. Die Klarstellung findet sich aber schon in der *interpretatio* zu C.Th. 3,8,2,1 *(ut mulieri, cum ad alias nubtias venerit)*; ebenso greift unser Text im Zusammenhang des Erbrechts der Mutter nach ihren Kindern den Sonderfall auf, «wenn sie einen anderen Mann heiratet». Auch hier bestätigt sich die Feststellung WIEACKERS[1], die justinianische Fassung der Konstitutionen aus dem *Codex Theodosianus* liege näher bei den *interpretationes* als beim Grundtext.

Die im Text entfallene, zu ergänzende Folgerung für den Fall der Wiederheirat läßt sich aus C.Th. 3,8,2,1 = C. J. 5,9,3,1 = I.Th. 3,8,2 ergänzen: Die Mutter erbt (I. Th. 3,8,2): *ea tamen ratione, ut, dum advixerit mater, adquisitam ex hac filii aut filiae medietatem tantummodo in usufructu possideat* ... Nichts weist auf die Sonderregel aus

---

Zu § 125:

[1] Vgl. oben Kap. II 2a.

C.J. 5,9,1 (Gratianus, Valentinianus et Theodosius, 380 n. Chr.) hin, wonach die mit *indulgentia* vor Ablauf der Trauerzeit wiederheiratende Mutter gemeint ist, die ihre Kinder nicht beerbt, soweit sie ihnen zur Erlangung der *indulgentia* die Hälfte ihres Vermögens überlassen hat.

5. Das Erbrecht der Kinder steht dann in Absatz 6 noch einmal zur Debatte. Der Verfasser kehrt zum Grundfall aus Absatz 1 zurück, in dem der Vater der Erblasser ist; er spricht freilich von den Kindern wie in der bisherigen Diskussion als von Schwestern und Brüdern. Der Blick ist dabei zunächst auf die Töchter gerichtet. Denn für sie wird über ihre Kollationspflicht berichtet, falls sie verheiratet sind und zu Lebzeiten des Erblassers von diesem eine Mitgift erhalten haben, wie § 94 es genauer ausdrückt. Daran wird in Absatz 7 nochmals die Grundregel angehängt, daß die Mutter neben Söhnen und Töchtern zu gleichen Anteilen erbt (vgl. auch dazu § 1 und § 94).

6. Rein assoziativ wird dann auch von diesen Töchtern und ihrem verstorbenen Vater aus das Erbrecht dieser Töchter nach der Mutter besprochen (Absatz 8). Wie eine weitere Assoziation wirkt es, wenn bei dieser Gelegenheit dann auch über das gleiche Erbrecht der Söhne nach der Mutter berichtet wird.

III. Der Darstellungsstil ist nicht der eines Gesetzes, auch nicht der einer Paraphrase eines Gesetzes. Der Interpret hatte wohl einen Vorlagetext zu erläutern, der in Absatz 1 wiederzuerkennen ist. Von diesem Text aus erläutert er das Muttererbrecht in einem Traktat weiter und endet mit dem Erbrecht der Kinder nach der Mutter im Sinne des *SC Orfitianum.*

Kommentar zu § 126

R II 154 = D 145 = P 78 = Not 94 = Arm 147 (144) = Georg 144

I. 1. Kaum eine Stelle des Syrisch-römischen Rechtsbuches hat so viele Schwierigkeiten der Rekonstruktion geboten wie dieser Text. Nicht weniger schwierig erweist sich die Übersetzung und die juristische Erklärung. Vorweg sei gesagt, daß sich die Textpassagen, wonach ein Pfand genommen wird, verhängnisvoll ausgewirkt haben. Denn damit schienen bei oberflächlicher Lektüre - es gibt bislang nur diese - die Thesen von der eigenmächtigen Pfandnahme vorprogrammiert. Ebenso hat der Schlußabsatz in jenen Varianten, die von der Herausgabe, nicht der Herausforderung des Pfandes selbst sprechen, manche nutzlose Theorie herausgefordert.

2. BRUNS[1] hat den Text zunächst ganz richtig vom Protutor verstanden, von jemandem, der wie ein *tutor*, ohne es zu sein, die Angelegenheiten von Waisen «um Gottes Willen» besorgt. Im weiteren Text findet er aber nur noch einen «sonderbaren Fall» und «ganz fremdartige Begriffe». MITTEIS[2] und MANIGK[3] sehen noch richtig, daß einmal ein Pfand gegeben worden war, doch geht es für sie gleichwohl nicht um die Ausnutzung dieses Pfandrechts, sondern um den Zugriff auf Grund einer Exekutivurkunde καθάπερ ἐκ

Zu § 126:

[1] BRUNS-SACHAU III 298.

[2] Reichsrecht und Volksrecht 428ff.

[3] Gläubigerbefriedigung durch Nutzung, Berlin 1910, 75ff.

δίκης, und damit um die nach römischem Recht unerlaubte Privatpfändung. Während Mitteis[4] wenigstens richtig annahm, am Ende seien Nutzungen gegen Zinsen zu verrechnen und ein Überschuß an Nutzungen herauszugeben oder Zinsen aufzuzahlen, sieht Brassloff[5] die Nutzungen gegen die Kapitalschuld verrechnet und im Text einen Beleg für ein Zinsverbot.[6] Meinungsunterschiede gibt es auch zur Frage der Pfandherausgabe. Mitteis[7] meint, das Pfand habe nur nach voller Schuldtilgung herausgegeben werden müssen. Nallino[8] wollte statt «Zinsen» «Kapitalschuld» lesen und fand dazu, nach P zu unterstellen, daß die Kapitalschuld bereits durch Zahlung getilgt war; ebenso Brassloff[9], der eine Verrechnung des Kapitals mit den Nutzungen annahm. Später freilich neigte sich Nallino[10] mit Not 94 der Meinung zu, daß Nutzungen und Zinsen verrechnet würden und das im Schlußsatz in P 78 genannte Pfand eine Glosse des Syrers, die in Arm 144 genannte (Kapital-)Schuld dagegen eine Glosse von Sachau sei. Die mögliche Klage gegen das Mündel hat die Literatur ebenfalls beschäftigt. Bruns fragte sich, warum man den Gläubiger nicht darauf verwiesen habe, einen *tutor* für das Mündel bestellen zu lassen, um diesen dann zu verklagen. Ganz anders findet Sachau[11] gleich einen sachlichen Grund für die Versagung einer Klage gegen das Mündel. Er meint, es habe nach unserem Text ein Schuldenmoratorium für Mündel bis zu deren Volljährigkeit gegeben.

II. Die Lösung ist viel einfacher, löst man sich von allen Voreingenommenheiten:

1. Es ist von einem Pflegevater die Rede, der nicht zum Vormund bestellt wurde. Der Gläubiger hätte zwar einen Vormund beantragen können, um dann den Vormund auf Herausgabe des sicher schon vom Erblasser besitzlos in einer *charta* bestellten Pfandes zu verklagen, ihm weiter die zur Pfandverwertung erforderlichen *denuntiationes* zu schicken und dann das Pfand zu verwerten. Er hat es aber nicht getan und mußte es auch nicht tun, weil es einen Weg gab, der die Pfandverwertung vermied, die Interessen des Gläubigers aber dennoch wahrte. Nach modernem Recht würden wir von einer Zwangsverwaltung sprechen, die nicht zur Pfandverwertung, sondern einstweilen zur Befriedigung der Kapitalinteressen über die Nutzungen führt, so als ob gleich ein Nutzungspfand bei der Bestellung eingeräumt worden wäre. Es ist also völlig müßig, danach zu fragen, warum der Gläubiger nicht darauf verwiesen wurde, einen Vormund bestellen zu lassen. Und es geht auf keinen Fall um eine Pfandverwertung.

2. Es ist nicht einmal davon die Rede, daß eben die Pfandsache in einem Exekutionsverfahren weggenommen wurde. Das Verfahren wird vielmehr so geschildert, als habe sich der Vorgang im allgemeinen Einvernehmen abgespielt, als eine durch die Ortsbehörden oder Ortsautoritäten beaufsichtigte Maßnahme der Geschäftsführung für das Mündel, um die Pfandsache dem Mündel zu bewahren, bis es nach Volljährigkeit selbst

---

[4] AaO.

[5] Quellen der byz. Rechtsgeschichte 311.

[6] Dagegen wieder Nallino, Il diritto musulmano nel Nomocanone 579 = Racc. IV 289.

[7] AaO.

[8] AaO.

[9] AaO.

[10] Ancora il Libro siro-romano 78ff. = Racc. IV 291ff.

[11] Syr. RB I 199.

darüber entscheiden konnte, wie die Gläubigerinteressen zu befriedigen seien, andererseits dem Gläubiger und Pfandgläubiger einstweilen Befriedigung für die Zinsen über die Nutzungen der Pfandsache zu gewähren.

3. Die Ausstellung der wiedergegebenen Quittung war überaus praktisch gedacht. Es wird in der Quittung auf das bereits in der genannten *charta* begründete, nicht erst jetzt zwangsweise genommene Pfand hingewiesen. Und es wird der Zweck angegeben, zu dem der Pfandgegenstand in den Besitz des Gläubigers übergeht, damit keinerlei Zweifel über die sachenrechtliche Lage entstehen kann. Zu den Dorfautoritäten gehören auch die *qaššīšē*. Das Wort bedeutet «Älterer», «Großvater», aber auch «Presbyteros» und damit nicht zuletzt «Priester». Höchstwahrscheinlich waren in unserer Stelle damit aber ursprünglich nicht Kleriker gemeint, sondern der πρεσβύτερος κώμης. Die Stelle zeigt also nicht unbedingt einen Christen als Verfasser. Daß überhaupt nur vom Dorf die Rede ist, hängt ganz sicher damit zusammen, daß sich gerade in dörflichen Verhältnissen der Fall häufiger ereignet haben dürfte, daß man die Behörden nicht um einen *tutor* anging.

4. Das Ergebnis des in ein Nutzpfand umgewandelten Pfandes wird schnell klar: Der Pfandgläubiger zieht die Nutzungen aus Acker, Landgut, Haus oder sonstigem «Bauwerk». Und diese Nutzungen werden aufgezeichnet, damit sie am Ende gegen die Kapitalzinsen verrechnet werden konnten. Es geht nicht um eine antichretische Nutzung wie in § 91, sondern es wird aufgezahlt, wenn die Zinsen höher als der Nutzungsertrag waren, und es wird dem Mündel erstattet, wenn es sich umgekehrt verhielt. Vom weiteren Schicksal des Pfandgegenstandes und des Kapitals ist in der Stelle überhaupt nicht die Rede. Gläubiger und volljährig gewordenes Mündel mußten sich darüber eines Tages noch unterhalten. Die Rechnung wurde jedenfalls dann gemacht, wenn das Mündel den Pfandgegenstand verlangte, d. h. wohl auslösen wollte.

5. Mit der Nutzung war in diesem Falle die Verwaltung von Land verbunden. Diese Verwaltung wird in einigen Punkten näher beschrieben. So wird vom Verwalter erwartet, daß er die ἐπιτέλεσις für die ἀννῶναι mache. Gemeint ist damit, daß er die von einem Steuereinnehmer[12] erhobenen Naturalabgaben begleiche.

III. 1. In Absatz 1 wird gefragt, ob der Pflegevater für die Waisen etwas fordern könne *(nəṯba')*. Die Antwort fehlt. Die Absätze 2 und 3 behandeln nur den umgekehrten Fall, nämlich ob gegen ihn Forderungen wegen der Waisen geltend gemacht werden können *(mettba')*. Wahrscheinlich ist deshalb Absatz 1 zu emendieren (*nettba'* statt *nəṯba'*). Möglicherweise ist im Text aber auch die Lösung für den ersten Absatz ausgefallen.

2. Im Text der Quittung wechselt das Subjekt von «ich» zu «wir». Ob damit auch ein inhaltlicher Unterschied verbunden ist, läßt sich schwer sagen. Im Hinblick darauf, daß die Waisen aus der Abrechnung des Absatzes 3 profitieren können, wäre es denkbar, daß sie als Nutznießer mit gemeint sind. Die Versionen D und M bleiben bei «ich», doch ist diese *lectio facilior* kaum vorzuziehen. Die Stelle ließe sich auch übersetzten «damit er säe und dessen Erträge verzehre», aber man kann dieses Textverständnis ausschließen, weil die betreffende Passage sicherlich noch zur direkten Rede gehört.

---

[12] Vgl. jetzt für Ägypten Bernhard PALME, Das Amt des ἀπαιτητής in Ägypten, Wien 1989, besonders 78.

Kommentar zu § 127

R II 155 = D 146 = R I 55a = P 79 = Not 95a = Arm 148 (145) = Georg 145 = I 55/27α

I. Die Grundlage für die Erklärung der Stelle hat bereits BRUNS[1] gelegt; es geht um adjektizische Klagen.

1. Ausgangspunkt ist, daß ein Haussohn ein Darlehen aufnimmt, nicht zurückzahlt und entweder stirbt oder an einen unbekannten Ort flieht. Das Darlehen ist einmal für die Zwecke eines Handelsgeschäfts aufgenommen, ein andermal für persönliche Zwecke des Haussohnes. Soweit es noch vorhanden ist, steckt es also in dem Handelsgeschäft oder dem sonstigen Vermögen (οὐσία) dieses Sohnes. Unter diesem sonstigen Vermögen des Sohnes als *filius familias* sind entweder eines der frei verfügbaren und vererblichen Sonderpekulien oder die *bona materna* oder *materni generis* zu verstehen.

2. Der Gläubiger möchte sich nun an den *pater familias* des toten oder verschwundenen Darlehensnehmers halten oder - falls dieser *pater familias* verstorben ist - an dessen Erben als Nachlaßschuldner. So geben es korrekt die Anfrage und der Schlußsatz wieder, während die weitere Erläuterung gleich konkret die nächsten Erben, nämlich die Brüder, nennt.

3. Der Grundsatz lautet: Der Gläubiger kann vom Vater oder von den Brüdern als Erben des zwischenzeitlich verstorbenen Vaters nichts verlangen. Vertragspartner und Schuldner des Gläubigers ist allein der verstorbene oder verschwundene *filius familias*. Eine Ausnahme boten nach römischem Recht allein die adjektizischen Klagen. Der Hinweis auf die Bereicherung des Vaters oder seines Nachlasses und damit der Erben läßt in Absatz 2 an eine *actio de in rem verso* denken. In Absatz 3 wird die Konsequenz aus dem Grundsatz gezogen und dabei ergänzend darauf hingewiesen, daß es theoretisch auch eigenes Vermögen des *filius familias* gab, auf welches der Gläubiger zugreifen konnte.

II. 1. Die *actio de in rem verso* wird gewährt, wenn der *pater familias* (oder sein Nachlaß) direkt aus der «Paratheke der Schuld», d. h. aus dem Darlehen, oder indirekt aus dem Handelsgeschäft, in welches das Darlehen geflossen ist, bereichert ist. Die Ausdrucksweise «oder ein Bruder» in Absatz 2 ist dabei keine Unschärfe gegenüber dem einleitenden «von den Brüdern». Denn nach C. J. 4,26,7,1 (Diocletianus et Maximianus, 293 n. Chr.) hafteten die Erben bei der *actio de in rem verso* nicht als Gesamtschuldner auf die Bereicherung des Nachlasses, sondern auf ihre höchsteigene Bereicherung auf dem Weg über den Nachlaß: *de ea summa, quae in rem ipsius processit.*

Denn nur in diesem Fall paßt die weitere Aussage, daß der Gläubiger aus dem Vermögen des Sohnes befriedigt wird. Der Verfasser denkt bei seiner Anwendung der *actio tributoria* an eine Haftung *cum viribus*, nicht *pro viribus*. Damit tritt im Osten die gleiche Tendenz hervor wie im Westen des Reiches.[2]

2. Doch ist auch noch von der οὐσία des Sohnes neben dem Handelsgeschäft die Rede. Hier hätte der Gläubiger zu Lebzeiten des Sohnes gleich gegen den Sohn vorgehen

---

Zu § 127:

[1] BRUNS-SACHAU III 298f.

[2] Vgl. LEVY, Weströmisches Vulgarrecht 78, und KASER, RP II 69 Fn. 20 und 21.

können; gegen den Vater und nach dessen Tod gegen die Brüder kommt ein Anspruch insoweit nur in Frage, wenn der Sohn tot, nicht nur geflohen ist. Grundlage dieser Haftung ist, daß die Erben für die Nachlaßschulden einzustehen haben. Auch hier erscheint die Idee, daß die Erben *cum viribus* haften.

Kommentar zu § 128

RII 156 = D 147 = P 80 = Arm 149 (146) = Georg 146

I. Der Text war in RII 156 derart lückenhaft und korrumpiert überliefert, daß ihn SACHAU auch nicht mit Hilfe der ebenso schlechten Überlieferung in P 80 und Arm 146 rekonstruieren konnte. Er läßt ihn daher einfach in der Edition aus. Im Anmerkungsapparat[1] versucht er dann doch eine Rekonstruktion, aber mit vielen Hypothesen. BRUNS[2] fand den Text von P und Arm unverständlich. Der Versuch von SELB[3] ist nun durch die neuen Handschriften Dam 8/11 und M 326 weitgehend bestätigt. Seine Exegese[4] ist unbefriedigend geblieben, sie kann nun in einigen wesentlichen Punkten ergänzt werden.

II. 1. a) Der erste Gegenstand, den der Sohn (oder - nach der Anfrage - die Tochter) dem Vater genommen hatte, war eine Schuldurkunde. Sie wird im Text als eine Schuldurkunde mit Inhaberklausel beschrieben, etwa des Inhalts «Zahlung gegen Vorlage der Urkunde durch den Inhaber». Aus dem hellenistischen Bereich ist ähnliches als Urkunde mit der Klausel «παντὶ τῷ ἐπιφέροντι» bekannt.[5] Im Fall hatte diese Klausel wohl zur Folge, daß der Schuldner an den Sohn, der ihm die gestohlene Urkunde präsentierte, zahlte.[6] Hätte der Sohn die Urkunde dem Schuldner ohne Zahlung ausgehändigt, so wären Ansprüche des Schuldners gegen den Sohn oder des Vaters gegen den Sohn nicht recht verständlich. Andererseits kann die Einziehung für den Schuldner nicht befreiend gewesen sein, denn sonst hätte dieser ja den Vater auf den Sohn verweisen können. Das *furtum* an der Urkunde verhinderte den Gutglaubensschutz der Inhaberklausel.

b) Die Klage des Vaters gegen den Schuldner wird also erlaubt, weil ein *furtum* an der Urkunde vorlag. Doch wird sie nur erlaubt, wenn der Vater dem Schuldner die *actiones* gegen seinen Sohn ermöglichte. Die ἀγωγαί «geben» kann jedoch in dieser Epoche zweierlei heißen. Zum einen könnte der Vater gehalten sein, Zug um Zug gegen Zahlung der Schuldsumme oder Rückgabe der Urkunde seine *actiones* gegen den eigenen Sohn an den Schuldner abzutreten, die *actio furti* und die *condictio furtiva*.[7] Damit wäre

---

Zu § 128:

[1] Syr. RB I 200.

[2] BRUNS-SACHAU III 299.

[3] 160-165.

[4] Zur Bedeutung 165-167; kritisch dazu YARON, Syro-Romana 142.

[5] Vgl. Manfred HÄSSLER, Die Bedeutung der Kyria-Klausel in den Papyrusurkunden, Berlin 1960; dazu die Besprechungen von Johannes HERMANN, in: SZ 78 (1961) 447f.; M. AMELOTTI, in: IURA 12 (1961) 364-370 und Christoph SASSE, in: TR 30 (1962) 77-80.

[6] SELB, Zur Bedeutung 166 Fn. 23 war noch a. M.

[7] Noch D. 25,2,1; 47,2,16 und 17; Gai Inst. 4,78 verneinen eine *actio furti* und *condictio furtiva* im Verhältnis des Vaters zum Sohn, weil der Vater doch nicht gegen sich selbst vorgehen könne. Die

die Stelle ein Beleg für ein *beneficium cedendarum actionum*. Zum anderen könnte der Schuldner aber auch gegen den Sohn aus eigenem Recht vorgehen wollen, das Gewaltverhältnis ein Hindernis für diese Klage sein. Die ἀγωγαί geben hieße dann, die Klage gegen den Haussohn erlauben, eine Alternative zur *noxae deditio* wegen des Delikts gegen den Schuldner. Gingen die Rechtsbehelfe in dieser Zeit ineinander über?

2. Der andere weggenommene Gegenstand war eine verkäufliche Sache des Vaters. Dabei geht es nur noch um deren Gegenwert. Daß der Vater «das Seine» fordert, spricht nicht dagegen. Die Sache selbst war an einen Dritten verkauft worden, bei dem sie anscheinend nicht mehr real vindiziert werden konnte. Der Sohn hatte jedenfalls beim Dritten die τιμή kassiert. Um diese τιμή geht es nicht, sondern um den Wert der Sache. Ihn hatte der Dritte, der vom Sohn eine *res furtiva* erworben hatte, dem Vater zu zahlen, aber auch hier nur Zug um Zug gegen die Erlaubnis, gegen den Sohn zu klagen. Das Problem ist dasselbe wie bei der Urkunde. Der Sohn wird genau so behandelt, als hätte ein Dritter die Sache gestohlen und veräußert. Wer vom Dieb erwarb, konnte nur Zug um Zug gegen Abtretung der Ansprüche des Bestohlenen in Anspruch genommen werden.[8] Hand in Hand gingen damit direkte Ansprüche des Dritten gegen den Sohn, denen sich der Hausvater nicht entgegenstellen durfte, wollte er den Dritten in Anspruch nehmen.

Kommentar zu § 129

RII 157 = D 148 = P 81 = Arm 150 (147) = Georg 147

I. Es geht um die Vermögensfähigkeit von Hauskindern. Das klassische Prinzip des römischen Rechts ist bekannt: Was der Haussohn erwirbt, erwirbt er für den Hausvater. Von der spätklassischen Zeit an verändert sich jedoch die Rechtslage, zuerst mit der Einführung der Sonderpekulien, dann mit der Einführung der *bona materna* und *materni generis*. Darauf spielt die Unterscheidung der Fälle an. Der Erwerb des Haussohnes wird dabei nach drei Gruppen gegliedert. Zuerst wird der Erwerb des Haussohnes durch Testament oder Schenkung von Vaterseite genannt, dann der sonstige Erwerb des Sohnes durch Kauf oder Fund oder Erbschaft von Dritten, dann der Erwerb durch Testament oder Schenkung von Mutterseite.

Der Erwerb von Mutterseite wird genauer als Erwerb durch Testament oder Schenkung von den Eltern der Mutter, nicht der Mutter selbst, oder von jemandem aus der Familie der Mutter beschrieben. Dasselbe gilt für den Erwerb von Vaterseite, wohl der Parallelität wegen in gleicher Weise beschrieben. Damit wird im Wortlaut auf eine Unterscheidung angespielt, die in der Geschichte der Entwicklung der Trennung der Familienvermögen von Frauen- und Mannesseite eine Rolle spielt, die Unterscheidung der *bona materna* und der *bona materni generis* und der *bona paterna*.

II. 1. Was der Haussohn erwirbt, wird prinzipiell Eigentum des Vaters. Als Beispiele werden der Erwerb von Todes wegen (besonders durch Testament), durch Schenkung, durch Kauf oder durch Fund[1] genannt (Absätze 1-2). Die Erwerbsart spielt - wie Absatz

Nachklassik mußte aber doch zumindest, wenn der Haussohn partiell als vermögensfähig angesehen wurde, dessen Bereicherung und damit die *condictio furtiva* bejahen.

[8] Vgl. Fritz SCHULZ, Klagen-Cession im Interesse des Cessionars oder des Cedenten im klassischen römischen Recht, in: SZ 27 (1906) 82-150, hier: 95f.

4 sagt - keine Rolle. Will der Vater den Erwerb dem Sohn zukommen lassen, so muß er ihn dem Sohn eigens im Testament zuwenden oder - nach dessen Freilassung - schenken (Absatz 5).

2. In unserer Stelle ist in den Absatz 3 nicht von den *bona materna*, sondern nur von den *bona materni generis*[2] die Rede. Der *pater familias* verwaltete diese *bona*; er durfte nichts für sich davon nehmen; und nach seinem Tod fielen sie an den Haussohn. Der Gleichklang unserer Stelle mit C. Th. 8,18,6 (Gratianus, Valentinianus et Theodosius, 379 n. Chr.) ist frappant; unsere Stelle ist nichts anderes als eine freie Paraphrase dieser Konstitution. Sie erörtert das Schicksal der *bona materni generis* genau wie die Konstitution im Vergleich mit den *bona* von Vaterseite *(alii parentes)* und dem sonstigen Erwerb des Haussohnes, geht darin freilich mit den Beispielen «Fund» und «Kauf» erläuternd weiter als die Konstitution mit ihrer kurzen, generellen Aussage. Weiter wird der Erwerb durch Testament und durch Schenkung parallel in beiden Quellen genannt.

3. Der *pater familias* wird bei den *bona materni generis* gehindert, etwas zu veräußern, was sich auch in unserer Stelle findet. Vor allem aber ist beide Male nicht von einem Nutzungsrecht des Vaters die Rede.

4. Die erbrechtliche Konsequenz, daß der Erwerb von Mutterseite nicht in den Nachlaß des Vaters fällt, sondern dem Sohn nun (unbelastet von der väterlichen Verwaltung) zusteht, wird in C. Th. 8,18,6 samt *interpretatio* vorausgesetzt, in unserer Stelle aber im Schlußsatz ausdrücklich ausgesprochen. Hier könnte C. Th. 8,18,7 (Arcadius et Honorius, 395 n. Chr.) mit in die Paraphrase eingeflossen sein. Jedenfalls muß der *pater familias*, wenn er anderen Erwerb des Haussohnes diesem jetzt oder nach seinem Tod zukommen lassen will, im Gegensatz dazu den Weg der Schenkung bzw. des Testamentes wählen.

5. Aus dem sonstigen Erwerb des Sohnes fällt der Fund auf. Hat der Verfasser nur den Finderlohn als Erwerb gemeint oder doch den Erwerb der Fundgegenstände? Und meint er am Ende den Schatzfund? YARON findet eine Anspielung auf talmudisches Recht darin, wonach ein Minderjähriger für den Vater findet. Vom Haussohn zum Minderjährigen ist aber ein weiter Weg. Zu beachten ist § 122 wahrscheinlich mit einer Finderlohnregel und § 132 mit einer nicht identifizierbaren Regel über den Erwerb eines Fundgegenstandes.

Kommentar zu § 130

RII 158 = D 157d = Not 95b

I. Der Text interpretiert eine Konstitution des Leo I. Soviel ergibt sich aus Absatz 6. Und diese Konstitution befaßt sich mit intertemporalem Recht. Dazu gibt Absatz 3 die Grundregel: Es ist auf einen Sachverhalt das jeweils geltende Recht anzuwenden, d. h. das Recht, das einer der in Absatz 1 stellvertretend für divergierende Regelungen genannten Kaiser zu seiner Zeit gesetzt hatte. Doch war das wohl selbstverständlich. Interessant waren die Ausnahmen.

Zu § 129:

[1] Vgl. dazu unten 5.

[2] Nicht von den *bona materna* wie YARON, Syro-Romana 151 meint.

II. 1. Die erste Ausnahme wird in Absatz 2 genannt. Es geht um im Prozeß vorgelegte Rechtsurkunden. Der Ausdruck δικαιώματα ist im Rechtsbuch sonst nicht mehr überliefert. Doch wird er alsbald im Text mit *chartae*, d. h. Urkunden allgemein, gleichgesetzt. Das entspricht der Bedeutung von δικαιώματα in den griechischen Papyri. Friedrich PREISIGKE[1] spricht von Beweispapieren vor Gericht. Zahlreiche Papyri aus römischer Zeit bestätigen das für Ägypten.[2] Daß es um im Prozeß vorgelegte Urkunden geht, ergibt sich aus dem Text. Vorgelegt werden die Urkunden vor dem *praeses (= iudex) provinciae* oder vor den von ihm zur Urteilsfindung delegierten Richtern. Der römische Text sprach hier wohl von *cognitores*, griechisch διαγιγνώσκοντες.[3] Der syrische Übersetzer übersetzte das einfach wörtlich. Diese Urkunden tragen ein Errichtungsdatum. Nach eben diesem Datum sind sie zeitlich einzuordnen und der für ihre Zeit, nicht aber der für die Zeit der Entscheidung maßgeblichen, eventuell reformierten Rechtslage unterworfen.

2. Regelungen solcher Art sind in Konstitutionen erhalten. Die Grundregel findet sich in C.Th. 1,1,3 (Valentinianus, Theodosius et Arcadius, 393 n. Chr.), wonach alle verordneten *leges* nur jeweils künftige Rechtsstreitigkeiten betreffen. Nov. Th. 2,2 von 447 n. Chr. wendet sie auf laufende Prozesse an: Wird im Laufe des Prozesses die Rechtsordnung geändert, so folgt die Entscheidung dem neuen Recht. Die Ausnahme verfügt C.J. 1,14,7 (Theodosius et Valentinianus, 440 n. Chr.): Neue Gesetze wirken nicht auf den Inhalt von Urkunden, die in der Vergangenheit errichtet worden sind,[4] es sei denn, die Rückwirkung sei ausdrücklich angeordnet. Das geschah z.B. in C.Th. 3,2,1 = C.J. 8,34(35),3 (Constantinus, 326 n. Chr.) für Verträge mit *lex commissoria*.[5]

3. In diesem Fall waren freilich Machinationen zu erwarten. Der Urkundenschreiber konnte z.B. durch eine Zurückdatierung versuchen, die günstigere ältere Regelung anwendbar zu machen. Klar ist dabei die «Veränderung» der Zeit, die in der «Vertauschung» mit z.B. einer früheren Zeit als der aktuellen besteht: Es wird das Datum der Urkunde falsch beurkundet. Die Folge ist, daß die ganze Urkunde durch die Falschdatierung ungültig wird, nicht nur das falsche Datum der Urkunde als nicht geschrieben gilt. Um die ältere von der jüngeren Regelung zu unterscheiden, war für den *Codex Theodosianus* ausdrücklich deren Datierung angeordnet (C.Th. 1,1,1 und 1,1,6, 435 n. Chr.). Dasselbe mußte bei den posttheodosianischen Novellen gegolten haben, die außerhalb einer Sammlung zu finden waren. Darauf bezieht sich die Äußerung in Absatz 4, wonach der Urkundenschreiber auch den Befehl mit einer Zeit, die nicht die seine ist, vertauschen

---

Zu § 130:

[1] Fachwörter 60 unter Hinweis auf Ludwig MITTEIS - Ulrich WILCKEN, Grundzüge und Chrestomathie der Papyrusurkunden, 2. Band: Juristischer Teil, 2. Hälfte: Chrestomathie von L. MITTEIS, Berlin - Leipzig 1912, «31, III, 23 Anm.» (= S. 33) und Paul M. MEYER, Zum Rechts- und Urkundenwesen im ptolemäisch-römischen Ägypten, in: Klio. Beiträge zur alten Geschichte 6 (1906) 420-465, hier: 463.

[2] Z.B. P.SB 9154,13; 9228,11; 9339,26; 9462,16; 10254,14; 10288(1a),12 und (1b), 17.

[3] Vgl. MITTEIS, P.Lips I 109; allgemein Hugh J. MASON, Greek Terms for Roman Institutions. A lexicon and analysis, Toronto 1974, 35.

[4] Nicht in C.Th. 1,1,3 angeordnet; a.M. NÖRR, Bespr. zu Selb 567.

[5] Vgl. Gerardo BROGGINI, La rettroattività della legge nella prospettiva romanistica, Coniectanea. Studi di diritto romano, Milano 1966, 343-412, hier: 392f.

kann. Er datierte die angeführte Konstitution falsch, um sie auf die richtig datierte Urkunde anwendbar zu machen. Das setzte freilich die Anführung der Konstitution in der Urkunde selbst voraus, da sonst nicht die Folge der Unwirksamkeit der Urkunde verständlich wäre. Oder gab es eine solche Folge als Prozeßstrafe für die falsche Anführung einer Konstitution?

4. Eine besondere Regelung galt für Ehegüterverträge. Hier wissen wir bereits aus § 87, daß es unter dem Namen des Leo I. eine Konstitution zum Ehegüterrecht gab, die für Ehegüterverträge vorsah, sie an den Regelungen zu messen, die zur Zeit ihrer Abfassung galten. Sie findet sich in unserer Stelle wiederholt. Später hat Justinian noch einmal eine ähnliche Regelung in C. J. 5,13,1,16d verfügt, wonach seine Neuregelung des Ehegüterrechts nur auf nach deren Erlaß bestellte *dotes* anwendbar sein sollte. Warum aber werden die Ehegüterverträge eigens neben den *chartae* genannt? Sahen doch die Konsequenzen gleich aus. Gab es vielleicht insoweit nicht die Ausnahme einer besonderen Rückwirkungsanordnung?

Kommentar zu § 131

RI 55b[1] = I 55/27β

I. Einen Versuch zur Erklärung der überaus dunklen Stelle hat SACHAU unternommen,[2] und zwar mit Hilfe eines Zitats derselben Stelle bei Ibn at Taijib. Der Sinn wäre danach: Wenn sich nach der Erledigung des Prozesses herausstellt, daß der Eid falsch war, bleibt es dennoch bei der Erledigung. Unklar bleibt aber immer noch, ob es sich um einen Zeugeneid handelte oder einen Parteieid.[3]

II. Nach römischem Recht konnte gegen ein rechtskräftiges Urteil nur dessen Nichtigkeit geltend gemacht werden.[4] Die Form der Geltendmachung war die *in integrum restitutio*. Für den Kognitionsprozeß zählt KASER[5] die Gründe auf, aus denen eine solche *in integrum restitutio* geltend gemacht werden konnte. Ein Beispiel, daß ein Falscheid eines Zeugen, der sich später besinnt, einen solchen Grund abgegeben hätte, findet sich nicht. Der Fall aus Callistrat D. 42,1,33 geht im Sachverhalt darüber hinaus: *testibus pecunia corruptus*. Aber es ist ohnehin unwahrscheinlich, daß dieser und die folgenden Paragraphen, die nur in einer der späteren Bearbeitungen vorkommen, überhaupt zum Syrisch-römischen Rechtsbuch gehören.

Zu § 131:

[1] Bei MITTEIS, Über drei neue Handschriften 44 als RI 57 gezählt.

[2] Syr. RB I 187.

[3] Für einen Parteieid *(iusiurandum in litem)* MITTEIS, Über drei neue Handschriften 44.

[4] Vgl. KASER-HACKL, ZP 497f. (§ 74 II) und 614f. (§ 94 I 2).

[5] KASER-HACKL ZP 497 (§ 74 II 2).

Kommentar zu § 132

RI 55c[1] = N IV 15b = O 220 = I 61/5

I. DÜLL[2] liest den Satz, als gehe es um Fund und Finderlohn. Dem widerspricht die klare Aussage, daß die gefundenen Sachen selbst den Findern zugeteilt werden. TAUBENSCHLAG[3] meint, der Text handle von einer Fundgemeinschaft bei herrenlosen Sachen, die als κοινὸς Ἑρμής bekannt ist. Schon die Anwesenheit beim Fund ergebe das Aneignungsrecht der Finder. Aber wo gibt es herrenloses Gold auf dem Weg? Der Fund auf dem Weg spricht auch gegen einen Schatzfund.[4] So bleibt die Stelle einstweilen unerklärt. Mit dem Fall aus § 122 gibt es keine Ähnlichkeit. Dort geht es wirklich um einen Fund und wahrscheinlich um Finderlohn. Bei dem Funderwerb aus § 129 bestehen Zweifel.

II. Der Text ist freilich nur in RI überliefert. In dieser Handschrift muß aber damit gerechnet werden, daß, wie in P klarer zu erkennen ist, der Text des Rechtsbuches in der Abschreibetradition am Ende um einige aus anderen Quellen stammende Rechtsregeln angereichert wurde.

Kommentar zu § 133

RI 55d[1]

I. Wir haben leider keinen Paralleltext für RI 55d und können kaum annehmen, daß der Paragraph noch zum Bestand des Rechtsbuches gehört. Aber der Redaktor von RI hat möglicherweise eine andere römisch-rechtliche Quelle herangezogen. Er hat sicher die παραθήκη aus seiner Vorlage übersetzt vorgefunden, die Erklärung verdoppelt und dann das griechische Originalwort weggelassen. Ihm ist auch die Ausschmückung des Vorgehens gegen den Dieb zu verdanken. In der Vorlage ging es sicher nur um die *actio furti*. Vielleicht hat die Originalvorlage hier noch von einer *poena* gesprochen, die der Interpret dann prompt mißverstanden hat.

II. Das Thema der Stelle ist eindeutig die Aktivlegitimation zur *actio furti*. Handelte es sich um eine παραθήκη wie in den §§ 112 und 127, so stand die *actio furti* nur dem zu, der die παραθήκη genommen hatte, nicht dem Eigentümer der zur παραθήκη gegebenen gestohlenen Sache. Es gab eine Korrespondenz von Aktivlegitimation und Haftung: Wer dem Eigentümer gegenüber die Haftung für den Sachverlust durch Diebstahl trug, war der eigentlich Bestohlene.[2] Was hier als Abrede hinter der παραθήκη stand, wissen

---

Zu § 132:

[1] Bei MITTEIS, Über drei neue Handschriften 44 als RI 58 gezählt.

[2] Auslobung und Fund im antiken Recht, in: SZ 61 (1941) 19-43, hier: 43.

[3] Das attische Recht in der Komödie Menanders "Epitrepontes", in: SZ 46 (1926) 68-82, hier: 76ff. = Op. Min. I 623-639, hier: 632ff.; DERS., Il diritto provinciale, (JJP 6) 113 = Op. Min. I 304. Gegen griechische Herkunft MITTEIS, Über drei neue Handschriften 43.

[4] So schon MITTEIS aaO 43.

Zu § 133:

[1] Bei MITTEIS, Über drei neue Handschriften 44 als RI 59 gezählt.

[2] Vgl. dazu KASER, RP I 617.

wir nicht. PARTSCH vermutete eine *fiducia cum amico*.[3] Zweifelhaft ist aber schon, ob es diese Einrichtung zur Zeit der Entstehung der Vorlagetexte für das Rechtsbuch noch gab. Es ist auch hier jedenfalls keine Verwahrung im Sinne eines *depositum* anzunehmen; der Depositar haftete nämlich nicht für Diebstahl. Es muß sich vielmehr hier[4] um eine eigennützige Verwahrung gehandelt haben.[5] Auch zu dieser Stelle haben KOSCHAKER[6], SCHULZ[7], HAYMANN[8] und FELGENTRAEGER[9] angenommen, es handle sich nicht um römisches Recht und haben daran anschließend Vermutungen über eine nichtrömische Quelle geäußert. Diese Vermutungen sind nicht haltbar. MITTEIS[10], der ebenfalls vom *depositum* ausgeht, konstatiert eine «Confusion».

Kommentar zu § 134

RI 64[1]

I. Es handelt sich um eine Scheidungsvorschrift. Ein Mann hat seine Frau verlassen und ist eine bestimmte Zeit nicht wiedergekehrt. Die Stelle nennt Fristen, nach deren Ablauf die Frau sich vom Mann scheiden (und wieder heiraten) kann, ohne sich einen Schuldvorwurf machen lassen zu müssen. Vier verschiedene Fälle werden unterschieden:

1. Der Mann ist weggezogen, ohne je wieder etwas von sich hören zu lassen. Er ist verschollen. Denn er hat keine Vorsorge für sein Wegbleiben getroffen. Die Frau muß sieben Jahre warten. Dabei ist aus Absatz 2 zu ergänzen, daß es anscheinend gleichgültig ist, ob es sich um eine kinderlose Ehe oder eine Ehe mit Kindern handelt.

2. Der Mann ist in Kriegsgefangenschaft geraten.[2] Die Frau muß zehn Jahre auf ihn warten.

3. Der Mann lebt getrennt von seiner Familie, zahlt aber Unterhalt und Kopfsteuer für die Frau, ist also nicht verschollen. Die Frau muß fünfzehn Jahre warten, wenn sie Kinder hat.

4. Der Fall ist wie in 3. gestaltet, die Ehe ist aber kinderlos. Die Frau muß sieben Jahre warten.

---

[3] Besprechung zu Sachau, Syr. RB I, 427; ähnlich Fritz SCHULZ, Rechtsvergleichende Forschungen über die Zufallshaftung in Vertragsverhältnissen II-V, in: ZvglRw 27 (1911) 145-186, hier: 175-177.

[4] Vgl. oben zu § 112.

[5] Vgl. oben zu § 112.

[6] Rechtsvergleichende Studien zur Gesetzgebung Hammurapis, Königs von Babylon 1917, 56.

[7] AaO.

[8] Textkritische Studien zum römischen Obligationenrecht, in: SZ 40 (1919) 167-350, hier: 279.

[9] Antikes Lösungsrecht, Berlin - Leipzig 1933, 81f.

[10] Über drei neue Handschriften 45.

Zu § 134:

[1] Bei MITTEIS, Über drei neue Handschriften 44, als RI 65 gezählt.

[2] Ob hier eine *capitis deminutio* schon die Ehe auflöste und die Wartefrist direkt die Wiederheirat betrifft (so MITTEIS, Über drei neue Handschriften 47, mit dem Bericht aus Nov. Iust. 22, 14)?

II. Unterhalts- und Steuerleistung werden als Indizien dafür verwendet, daß der Mann nicht verschollen ist. LEVY sieht dagegen in seiner grundlegenden Untersuchung «Verschollenheit und Ehe in antiken Rechten»[3] in der Unterhaltssicherung für die Ehefrau ein selbständiges Tatbestandsmerkmal einer Norm, die hier wiedergegeben wird. Nur aus dieser Annahme lassen sich seine Vergleiche zwischen R I 64 und *Codex Hammurabi* §§133-135 sowie § 36 des *altassyrischen Gesetzbuches*[4] verstehen. LEVY konnte aber keine Quelle für die besondere Verbindung von Steuerfreudigkeit und Ehefestigkeit finden. Daß der Fall der Gefangenschaft ein jüngerer Einschub sei, läßt sich nicht halten. Auf dem Boden der Tendenz, die Ehetrennung durch Gefangenschaft und Verschollenheit in das Scheidungsrecht einmünden zu lassen,[5] war es verständlich, alle Fälle von vornherein unter demselben Aspekt zu behandeln.

Was LEVY zur «bestimmten» Zeit (Absatz 1) im Vergleich mit dem altindischen Recht schreibt, ist interessant, trifft aber unseren Fall nicht. Denn der Mann verläßt hier seine Frau nicht für eine vorher bestimmte Zeit, sondern einfach für einige Zeit. Die Wartefristen der Frau werden mit einem Ausdruck eingeleitet, der eine unbestimmte Zeit bezeichnet. Im Falle der Kriegsgefangenschaft war die vorherige Bestimmung der Zeit ohnehin nicht möglich. Die Meinung, unsere Stelle biete eine in den spätrömischen Rechtskreis vorgeschobene antik-östliche Anschauung, läßt sich jedenfalls darauf nicht gründen.

Ganz anders ist überzeugend, was LEVY zur Herkunft der Fristen ausführt.[6] Damit rückt er die Stelle doch wieder näher zum römischen Rechtskreis. MITTEIS vermutet ein verlorengegangenes vorjustinianisches Gesetz als Vorlage.[7]

III. Mit dem Schlußsatz von der Herausgabe der «Erbschaft» hat sich schon MITTEIS[8] beschäftigt. Es darf uns u.E. nicht stören, daß nicht nur bei der Verschollenheit, sondern auch bei der Kriegsgefangenschaft oder beim absichtlichen längeren Verlassen von «Erbschaft» die Rede ist. Gemeint ist einfach das Vermögen des Mannes, das für die Angehörigen seines γένος, d. h. nach dem Sprachgebrauch der Erbrechtsregeln für die Verwandtschaft von Vaterseite bewahrt werden mußte. Der Ausdruck صدنـ ـحـ ـهـ ـم bezeichnet hier nicht «Kinder» - es mußten ohnehin aus der Ehe keine Kinder hervorgegangen sein -, sondern «Angehörige» des γένος; «und seinen Brüdern» ist fehl am Platz; vielleicht hieß es im Original «d. h. seine Brüder». Von der Sache her ist es klar, daß die geschiedene Frau kein Recht am Vermögen des Mannes hatte, auch als Mutter von Kindern nicht.[9]

---

[3] Gedächtnisschrift für Emil Seckel, Berlin 1927, 145-193, hier: 183ff. = Ges. Schr. II 80ff.

[4] Ein altassyrisches Rechtsbuch übersetzt von Hans EHELOLF. Mit einer rechtsgeschichtlichen Einleitung von P. KOSCHAKER, Berlin 1922, 32f.

[5] LEVY aaO 167.

[6] AaO 185f.

[7] AaO 48.

[8] Über drei neue Handschriften 46ff.

[9] Vgl. die kurze Notiz bei ZANZUCCHI, Il divieto delle azioni famose 271.

Kommentar zu § 135

P 82

I. Die vier Fälle verbindet allein das Wort «Darlehen». Die rechtlichen Probleme der Fälle sind verschieden. Im ersten Fall eines Getreidedarlehens geht es um das Problem, ob auch bei erheblicher Teuerung die gleiche Menge und Qualität an Getreide zurückzugeben ist.[1] Im zweiten Fall geht es um die Gefahrtragung beim Darlehen. Im dritten und vierten Fall geht es darum, ob das Darlehen nicht eigentlich eine Gesellschaftereinlage ist, und wen dabei die Geschäftsverluste treffen.

II. 1. Beim Getreidedarlehen war vom Geschäftstypus her die gleiche Menge gleicher Güte zurückzugeben (Gai Inst. 3,90; Inst. 3,14 pr.; D. 12,1,3). Das konnte sich aber als riskant erweisen, wenn das Darlehen in einem guten Jahr mit niedrigen Getreidepreisen gegeben wurde, aber in einem schlechten Jahr mit hohen Getreidepreisen zurückzugeben war. BRUNS meinte, der Fall sei in den römischen Quellen nicht behandelt. U.E. geht Julian beim Weindarlehen durchaus darauf ein (D. 12,1,22). Dort war Wein zum Darlehen gegeben und nicht zurückgegeben worden. Da der Schuldner vor Gericht gezogen werden mußte, kam es zu einer *aestimatio* des Weines in Geld. Drei Zeitpunkte der Bewertung des Weins werden als möglich genannt: *utrum cum datum esset an cum litem contestatus fuisset an cum res iudicaretur.* Lassen wir die Unterscheidung des Zeitpunktes der *litis contestatio* und des Urteils einmal beiseite, so ging es wie in unserer Stelle um die Bewertung zum Zeitpunkt der Darlehenshingabe oder zum Zeitpunkt der Darlehensrückzahlung. Sabinus wird für die Meinung zitiert, daß die Zeit der Darlehensrückzahlung maßgebend sei, es sei denn, die Parteien hätten eine Bewertung zum Zeitpunkt der Hingabe vereinbart. Genau diese Lösung bietet unser Verfasser: Haben die Parteien nicht vereinbart, daß zum Tagespreis der Darlehenshingabe zurückzugeben sei, so bleibt es beim vollen Risiko der Verpflichtung, dieselbe Menge gleicher Güte zum höheren Tagespreis der Rückgabezeit zurückgeben zu müssen. TAUBENSCHLAG[2] legt dem Text hellenistischen Charakter bei; der Grund wird nicht ersichtlich. Die von SELB früher vertretene Erklärung[3] aus Regeln zum Vereinbarungsdarlehen ist nicht zu halten.

2. Beim gewöhnlichen Gelddarlehen, einem *mutuum*, trägt der Empfänger jedes Verlustrisiko. Mit dem «Verlust» dürfte hier der reale Geldverlust gemeint sein, nicht der Verlust durch ein schlechtes Geschäft. BRUNS[4] verwies hier auf Inst. 3,14,2. Er hätte auch C.J. 4,2,11 dafür zitieren können, wo der Geldverlust durch einen Brand geschah. Das Risiko einschließlich der höheren Gewalt trug der Darlehensnehmer.

3. Beim Darlehen für ein Handelsgeschäft, das durch die Beteiligung am Gewinn und Verlust zur Einlage eines Gesellschafters wurde, ging es um einen Verlust, der durch das Geschäft verursacht wurde. Anscheinend hatte der eine Gesellschafter Geld als Einlage gegeben, der andere einen anderen Beitrag (vgl. D. 17,2,44 und C.J. 4,37,1). Der Verfasser geht auf den Beitrag des anderen Gesellschafters nicht weiter ein; er

---

Zu § 135:

[1] So schon BRUNS (BRUNS-SACHAU III) 301.

[2] Il diritto provinciale, (JJP 6) 114, 115 und Fn. 106 = Op. Min. I 305, 307.

[3] Zur Bedeutung 197 und Fn. 137.

[4] BRUNS-SACHAU III 301.

vereinfacht den Sachverhalt sehr stark, so als sei nur der Kapitaleinsatz mißglückt oder so, als sei nur noch der Kapitaleinsatz abzurechnen.

Hier muß nicht eine Richtung zum Ausdruck kommen, die das kanonische Zinsverbot kannte und umgehen wollte.[5]

4. Beim Darlehen für ein eigenes Geschäftsunternehmen, das mißglückt ist, galten dann wieder normale Darlehensregeln. Das Verwendungsrisiko lag hier allein beim Darlehensnehmer.

[5] So aber BRASSLOFF, Quellen der byz. Rechtsgeschichte; dazu L. MITTEIS, Über drei neue Handschriften 40.

Register

Register

1. Systematisches Sachregister
2. Deutsch-syrische Wörterliste
3. Lateinische Ausdrücke
4. Griechische Ausdrücke
5. Orientalische Ausdrücke
   a) Syrische
   b) Arabische
   c) Armenische
6. Quellenregister
7. Mögliche Vorlagetexte
8. Handschriften
9. Sachregister
10. Personen
    a) Allgemein
    b) Römische Juristen
    c) Römische Kaiser
11. Geographische Namen
12. Moderne Autoren

Mit dem "Systematischen Register" (Register 1) soll in erster Linie der kritische syrische Text und die zugehörige deutsche Übersetzung in Band II erschlossen werden. Es verweist auf deren Paragraphen. Das "Syrische Wörterbuch" (Band I, Kapitel X) ermöglicht die Auffindung syrischer Wörter im kritischen Text und gibt ebenfalls die betreffenden Paragraphen an. In der «Deutsch-syrischen Wörterliste» (Register 2) sind die wichtigsten Wörter der deutschen Übersetzung, ihr syrisches Äquivalent und die wesentlichen Fundstellen angegeben. Es kann damit auch der Auffindung gesuchter Stellen dienen.

Die übrigen Register (3.-12.) sollen vor allem die Benutzung der Bände I (Einleitung) und III (Kommentar) erleichtern und geben die jeweiligen Seitenzahlen an. Soweit auf die Stellen des fortlaufend angeordneten Kommentars verwiesen wird, lassen sich von dort aus unschwer die betreffenden Paragraphen des Syrisch-römischen Rechtsbuches (SRRB) auffinden.

Parallelstellen in den Versionen, die separat herausgegeben sind, sowie in den Zitaten in der syrischen Literatur lassen sich den Konkordanztabellen (Band I Kapitel IX) sowie den Angaben in der deutschen Übersetzung entnehmen.

Stellen in den Fußnoten sind kursiv gesetzt.

«Ü» verweist auf die Überschriften, «E» auf die Einleitung und «S» auf die Schlußvermerke.

1. Systematisches Sachregister

Die Zahlen bezeichnen die Paragraphen nach der Zählung der vorliegenden Ausgabe. Verzeichnet sind alle Sachen, die in den einzelnen Paragraphen vorkommen, auch wenn sie nicht deren zentrale Themen betreffen. Das Schema der Einteilung folgt den gängigen Darstellungen zum römischen Recht.

I. Personenrecht

1. *status familiae*
   - Väterliche Gewalt allgemein §§ 2, 20, 36, 40, 49, 67, 79, 80, 120b, 128, 129
   - *filius familias* als *procurator* § 28b
   - *filius familias* und *bona materna* § 83
   - *filius familias* und *bona materni generis* § 129
   - Findelkinder § 86
   - Kleriker § 104
   - Adoption und Arrogation §§ 47, 53, 71
   - Adoptionsurkunde § 47
   - Natürliche Kinder §§ 24, 32, 113
2. Emanzipation
   - Allgemein § 36
   - Form §§ 3, 36, 53
   - Urkunde § 3
   - *peculium* bei der Emanzipation §§ 3, 19
   - Erbrecht nach Emanzipation § 3
   - Emanzipation von Minderjährigen § 38
   - Emanzipation eines Adoptivsohnes §§ 53, 71
3. Sklaverei
   - Selbstversklavung § 74
   - *SC Claudianum* § 44
   - Findelkinder § 86
   - Sklave als *procurator* § 28
   - Sklave im Prozeß § 37
   - Erwerb durch Sklaven § 48
   - Bestrafung von Sklaven § 56
   - Verheimlichung eines Sklaven § 45a
   - Kauf eines Sklaven §§ 35, 101
   - Verpfändung eines Sklaven § 91
   - Sklaven in einer Mitgift §§ 95, 108, 119
4. Sklavenfreilassung
   - Beschränkungen § 4
   - Form: *in ecclesia* §§ 19, 58, 114
   - Form: vor Zeugen § 19
   - Form: vor dem Richter § 58
   - Form: im Testament §§ 4, 30, 31, 58
   - Freilassungsurkunde § 58
   - Widerruf § 21
   - *operae libertorum* § 58
   - Freigelassene und *ius liberorum* § 8
   - Freigelassene und Erbrecht §§ 24, 30, 113
5. Kolonat § 45b
6. Infamie §§ 7, 14, 15, 43, 59, 78

7. *ius liberorum* der Freien, Freigelassenen § 8

8. *tutor* und *curator*
Altersgrenzen der Mündigkeit §§ 5, 82, 96
Testamentarische Bestellung §§ 6b, 31, 83
Gesetzliche Berufung §§ 6b, 49
Bürgengestellung § 6b
Berufung der Mutter § 6a, c
Bestellung durch die Behörde § 6c
Ausschluß und Exkusation vom Amt §§ 9, 29, 50, 103
Freigelassene als *tutor* und *curator* § 31
tutela mulierum § 81
Vormund für *bona materna* § 83
Verwaltung §§ 17, 49
Substitution § 55
Inventarpflicht § 6b
Entgelt für magistratischen *tutor* § 6c
Eheschließung und *curator* § 81
Unterhaltsersatz für *curator* § 124
restitutio in integrum des Minderjährigen §§ 52, 82

9. Pro-Tutor und Gläubigerzugriff § 126

II. Familienrecht

1. Verlobung und Verlöbnis
Allgemein §§ 84, 85
arrha sponsalicia §§ 84, 85
Verlobungsgeschenke §§ 84, 85

2. Eheverbote §§ 14, 59, 98

3. Eheschließung
Wartefrist §§ 14, 59, 134
Verwandtenzustimmung § 81
Ehe in παῤῥησία § 87b
Ehen mit und ohne φερνή §§ 32, 87

4. Ehescheidung
repudium §§ 13, 87a, 115, 120
Scheidungsgründe §§ 102, 115, 120, 134

5. Ehegüterrecht
Bestellung der Mitgift § 111
Mitgiftgegenstände §§ 95, 108, 111, 119
Verjährung der Mitgiftversprechens § 111
Maß der Mitgift und der Eheschenkung § 87a
Nachträgliche Erweiterung der Mitgift § 11
Ehegüterverträge § 87a
Ehegüterverträge und zeitlich anwendbares Recht §§ 87a, 130
Paraphernalvermögen §§ 11, 28b, 39a, 51a
Mitgift bei Scheidung §§ 13, 87a, 102, 115, 119, 120
Mitgift beim Tod des Mannes §§ 18, 87a, 108, 115, 119
Mitgift beim Tod der Frau §§ 27, 87a, 115, 119
Eheschenkung bei Scheidung §§ 87a, 102, 115, 119
Eheschenkung beim Tod des Mannes §§ 87a, 108, 115, 119
Eheschenkung beim Tod der Frau §§ 87a, 115, 119
Mitgift im Testament der Frau §§ 16, 27, 115
Mitgift und deren Früchte §§ 95, 108, 119
Mitgift und Gefahrtragung §§ 108, 119

Umfang der Rückgabe der Mitgift §§ 95, 108, 119
Generalpfand als Sicherung der Mitgift § 99
bona materna der Frau §§ 11, 39, 83
6. Eheurkunden §§ 11, 87, 99, 108, 111, 115, 118, 119, 120b, 130
7. Verbot der Ehegattenschenkung § 12
8. *SC Vellaeanum* §§ 51, 65
9. Anerkennung der Kinder § 117
10. Frauenraub und Entschädigung § 118
11. Unterhaltspflicht gegenüber den Eltern § 49
12. Adoption
Allgemein §§ 47, 53, 71
adoptio in fratrem § 79

III. Sachenrecht

1. Aneignung herrenloser Sachen und Fund §§ 129, 132
2. Besitzübertragung §§ 20, 22, 39, 62
3. καταγραφή §§ 22, 34, 62
4. Ersitzung (*longi temporis praescriptio*) § 64
5. Eigentumserwerb
durch Sklaven § 48
für die Ehefrau § 39
für andere Dritte § 62
6. Pfandrecht
Allgemein §§ 51, 89, 100
Pfandveräußerung § 97
Pfandrang § 99
Pfand und *SC Vellaeanum* § 51
Pfandverwertung §§ 89a, 92, 109
Pfandnutzung bei Antichreseabrede §§ 91, 126
lex commissoria § 64
Generalpfand §§ 97, 99, 100
Freiersitzung vom Pfandrecht § 64
Lösungsrecht § 92
Verpfändung einer Herde § 91
Verpfändung eines Sklaven § 91
Unpfändbare Gegenstände § 100
7. Servituten §§ 64, 97
8. *ususfructus*, *retentio* und Verzicht § 68
9. Miteigentümer, Stockwerkseigentümer § 90

IV. Obligationenrecht

1. Eidliche Verpflichtungen §§ 43, 78
2. Vertragsstrafen §§ 43, 46, 78
3. Novation § 111
4. Abtretung § 77c
5. *pluris petitio* § 110
6. *vis maior* §§ 112, 133

7. Vollmachtsurkunde §§ 55, 66, 93
8. Schuldurkunde §§ 51, 89b, 97, 99, 100, 110, 111, 126, 128
9. Inhaberschuldschein § 128
10. *beneficium cedendarum actionum* § 128
11. Darlehen
Allgemeines §§ 51, 89, 92, 93, 97, 99, 100, 109, 110, 127
Verlustrisiko § 135
Getreidedarlehen und Zinsabrede § 121
Getreidedarlehen und Verlustrisiko § 121
Gelddarlehen und Zinshöhe § 121
12. Kauf
Arrhalkauf § 46
Konsensualkauf § 34
Kauf auf den Namen eines anderen §§ 39, 62
Kaufabschluß und Zwang § 63
Pflichten aus Kauf § 34
Sachmängelrechte beim Sklavenkauf §§ 35, 101
13. Schenkung
Allgemeines §§ 11, 20, 22, 68
Urkunde § 468
Ehegattenschenkung § 12
lex Cincia §§ 20, 22
14. Mandat §§ 9, 28, 37, 66, 90
15. *stabularius* und *receptum* § 123
16. *societas*
societas aedificii bei Stockwerkseigentum § 90
societas aedificii bei Zwischenmauern § 90
Risiko der Geldeinlage § 135
17. διάλυσις - Vertrag, Urkunde §§ 43, 69, 78, 82
18. παραθήκη - Vertrag §§ 112, 133
19. Delikte
Kauf durch *potentiores* § 63
dolus § 82
metus § 82
eigenmächtige Pfandnahme § 89b
furtum §§ 123, 128, 133
Aktivlegitimation zur *actio furti* § 133
20. Bürgschaft bzw. Kreditmandat §§ 65, 92, 93
21. Adjektizische Klagen §§ 54, 127
communio §§ 69, 90
22. Finderlohn § 122
23. *condictio ob causam* § 107
24. *Oratio divi Marci* § 90

V. Erbrecht

1. Intestaterbrecht
der Kinder §§ 1, 3, 11, 32b, 87, 94a, 98c, 125
des Vaters § 1
der Mutter §§ 1, 94, 125
nach der Mutter §§ 94a, 125

der Geschwister §§ 1, 33, 94a, 125
der Onkel und Tanten (väterlicherseits) §§ 1, 94b, 125
der Agnaten § 1
der Kognaten §§ 1, 33, 94, 125
der *emancipati* § 3
nach den *emancipati* § 3
der unehelichen Kinder § 32
des Patrons des Freigelassenen § 113
Erbverbot § 98

2. Testamentserbrecht
Form des Testaments §§ 41, 88
Testamentsurkunde §§ 26, 41, 88
Testierbefugnis §§ 2, 3, 5, 16, 27, 98b
Einsetzungsfähigkeit §§ 7, 14, 30, 32, 33, 59, 61, 98
Einsetzung der Ehefrau §§ 14, 61
Auslegung des Testamentswortlauts § 32
Materielles Noterbrecht §§ 1, 7, 24, 30, 33, 52
Sklavenfreilassung im Testament §§ 4, 30, 31
Testamentseröffnung § 88

3. Legate
Allgemeines §§ 24, 49
lex Falcidia §§ 25, 42
SC Libonianum § 26

4. Erbschaftserwerb
pro herede gestio § 10
Erbantritt §§ 10, 77
Ausschlagung der Erbschaft §§ 10, 77
in iure cessio hereditatis §§ 10, 77
Unwiderruflichkeit der Annahme § 10
Kollationspflicht bei Vorempfang § 94
Erbenhaftung §§ 3, 42, 77, 116
Anfall an den *fiscus* § 98b
Begräbniskosten § 116

5. Erbteilung §§ 69, 82

6. Nachlaßverwalter § 83

7. Nachlaßschulden §§ 99, 127

VI. Zivilprozessrecht

1. Prozeßprokurator §§ 9, 66

2. Sklaven im Prozeß § 37

3. Denuntiationsprozeß § 75

4. *restitutio in integrum* im Prozeß § 52

5. Klagenverjährung § 97

6. Zeugen
Beweis durch Zeugen §§ 96, 120
Zeugeneid § 96
Urkundszeugen § 96
Meineid § 131

7. Beweisurkunden §§ 75a, 88b, 96130

8. Exekution
am Sonntag § 105

gegen Kleriker § 105
Exekution und *sportulae* § 105
9. *querela inofficiosi testamenti* §§ 7, 52

VII. Strafrecht und Strafprozeß

1. Straftatbestände
lex Iulia maiestatis § 23
Verheimlichung eines Sklaven § 45
Verheimlichung eines *colonus* § 45a
Eigenmächtige Tötung eines Räubers § 56a, c
Mord und Blutrache § 56b, c
Mord und Sklaventötung § 56c
raptus virginum vel viduarum § 60
Diebstahl § 76a
Betrug § 76d
Abigeat § 76c
Päderastie § 76b
Hehlerei § 76e
Entführung § 76f
Ausbrecher § 76g
2. Strafen allgemein § 76h
3. Anklagen
Anklagerecht §§ 13, 23, 67
Anklage und Bürgenstellung §§ 70, 72
Anklägervergehen §§ 57, 70, 72
Anklage und Gegenanklage § 73
Anklage am Sonntag § 105

VIII. Öffentliches Recht

1. *iudex* (= *praeses provinciae*) passim
2 Andere Amtsträger (ohne «Richter») §§ 15, 41, 47, 49, 63, 75, 88, 114, 130
3. Amtsunfähigkeit der *infames* § 15
4. Landmaße und Steuerschätzung § 106a, c
5. Steuerprivilegien
für Ärzte und Professoren § 103
für Kleriker § 104
6. Öffentliche Zuwendungen an Kleriker und Kirche § 104
7. Bauvorschriften § 106b
8. Häretikerverfolgung § 105
9. Sonntagsheiligung § 105
10. Zeitlich anwendbaren Recht § 130

2. Deutsch-syrische Wörterliste

Das folgende Register enthält den juristischen Wortschatz im weiteren Sinn. Angegeben sind die Paragraphen des Syrisch-römischen Rechtsbuches.

abführen (ἐπιτελέσαι?) ..... (ܐܦܠܚ) ܐܦܠܚ	§ 126
abmachen ..... ܫܝܡ	§ 91
abmachen ..... ܡܝ	§§ 34, 121
Abmachung ..... ܡܝܐ , ܡܝܝܐ	§§ 16, 34, 35, 87a, 121, 135
Abmachung ..... ܫܝܡ	§§ 91, 101
Abschrift (ἀντίγραφον) ..... ܐܦܣܩܦܐ	§§ 88a, 88b
Absicht ..... ܪܥܝܬܐ	§ 41
Absicht ..... ܪܥܝ	§ 76h
abtreten (παραχωρεῖν) ..... ܐܬܦܪܫ	§ 77c
agnatisch Verwandter (agnatus) ..... ܐܚܝܕܩ	§ 1
Ältester (Dorfältester) ..... ܩܫܝ	§ 88b
angefochten werden (Testament) ..... ܬܪܥ *(etpe.)*	§ 7
Angehöriger ..... ܒܬ ܐܢܫ	§ 134
Angelegenheit besorgen ..... ܥܒܕ	§§ 28a, 50, 54
Anklage (κατηγορία) ..... ܩܛܓܘܪܝܐ	§ 73
Anklage ..... ܣܟܠܬܐ	§ 70
Anklage ..... ܪܥܝܬܐ	§ 105
anklagen ..... ܣܟܠ	§§ 13, 21, 23, 57, 67, 70, 72, 73
Ankläger ..... ܪܥܝܠܐ	§ 57
Anspruch	
in Anspruch genommen werden ..... ܫܩܠ *(etpe.)*	§§ 51a, 78, 105
in Anspruch genommen werden ..... ܬܒܥ *(etpe.)*	§ 54
Anteil ..... ܩܛܠܐ	§§ 7, 115
antreten (Erbschaft) ..... ܝܬܒ	§ 77a
antreten (Erbschaft) ..... ܐܬܝܒ *(etpa.)*	§§ 10, 77a, 77c
Archiv ..... ܒܝܬ ܣܦܪܐ	§§ 88a, 88b
Archivbeamter (ἀρχειώτης) ..... ܐܪܟܝܛܐ	§ 88a
Arglist ..... ܪܡܝ	§ 82
Arrha (ἀρραβών) ..... ܐܪܒܘܢ	§§ 34, 46, 84, 85
Aufforderung (παραγγέλια) ..... ܐܬܪܥܝ	§§ 44, 64, 75a, 75b, 89a
aufnehmen (Prozeß) ..... ܩܒܠ *(af.)*	§ 75b
auftreten (im Prozeß) ..... ܥܡܕ	§§ 9, 37
Auseinandersetzung(surkunde) (διάλυσις) ..... ܦܫܩܠܘܬܐ	§ 43
Ausgabe ..... ܩܛܠܐ	§ 90
auslösen (Pfand) ..... ܦܨܐ	§ 92
Ausreißer (=*fugitivus*) ..... ܩܪܪܐ	§§ 35, 101
ausschlagen (Erbschaft) ..... ܬܪܨ *(etpe.)*	§§ 10, 77b
ausschließen (von der Erbschaft) ..... ܐܨ	§§ 7, 71
Beamter (αὐθέντης) ..... ܐܫܬܘܢܐ	§ 126
Beamter (officialis) ..... ܐܦܝܩܣܐ	§ 105B
Beauftragter ..... ܫܩܠܐ , ܫܩܝܠܐ	§§ 28a, 28b
Bedingung (beim Kauf) (αἵρεσις) ..... ܦܣܩܐ	§ 101
beerben ..... ܝܪܬ	§§ 1, 3, 27, 32b, 33, 42, 61, 77b, 87b, 94a, 94b, 94c,98a, 98b, 98c, 113, 116, 125, 129
begehen (eine Tat) ..... ܥܒܕ	§§ 56c, 57, 67, 70, 76h, 98b, 120b
Behörde (ἀρχή) ..... ܫܘܠܛܢ	§ 105

berauben ..... ܚܠܠ	§§ 14, 15, 59
berufen werden (zur Erbschaft) ..... ܐܬܦ *(etpe.)*	§§ 1, 3, 94c
beschuldigen ..... ܬܥܢ	§ 21
beschuldigen ..... ܟܥܡ	§ 57
Beschwerde ..... ܩܛܝܬܐ	§ 52
Beschwerde erheben ..... ܩܛܝ	§§ 52, 67
besiegeln ..... ܚܬܡ	§§ E, 88a
Besitz (νομή) ..... ܩܢܝܢܐ	§§ 20, 22, 39b, 62, 64, 91, 97
Besitz (οὐσία) ..... ܩܢܘܡܐ	§§ 42, 99, 126, 127
besitzen ..... ܩܢܐ	§§ 4, 19, 25, 100
Besitzer ..... ܩܢܝܐ	§ 90
besorgen (Angelegenheit) ..... ܫܟܚ	§§ 28a, 50, 54
bestimmen ..... ܦܣܩ	§§ 87a, 98a
Bestimmung ..... ܩܬܝܢܘܬܐ	§§ 12, 87a
Bestimmung ..... ܦܣܩܐ	§ 58
bestrafen ..... ܥܩܒ	§§ 56a, 56b, 56c
Betrag ..... ܩܛܠܝܢ	§§ 46, 78, 89a, 92, 97, 99, 100, 110, 111, 119
Betrag ..... ܩܝܡܐ	§§ 19, 26
Betrug ..... ܩܬܠܝܬܘܬܐ	§ 76d
Betrüger ..... ܩܛܠܐ	§ 76d
Bevollmächtigter (ἐντολεύς) ..... ܡܫܠܝܚܐ	§ 9
beweisen ..... ܐܡܢ *(af.)*	§ 120a
beweisen ..... ܩܢܐ *(pa.)*	§§ 13, 23, 49, 57, 120a, 120b, 127
Beweisurkunden ..... ܟܬܒܐ ܕܩܢܝܐ	§§ 88b, 130
bezahlen ..... ܦܪܥ	§§ 17, 54, 76e, 77a, 77c, 89a, 92, 99, 109, 110, 111, 112, 121, 133
bezeugen ..... ܣܗܕ *(af.)*	§§ 141, 96, 114, 120b, 123
Braut ..... ܟܠܬܐ , ܚܠܠܐ	§ *99*
Brautgemach ..... ܒܝܬ ܚܠܠܐ	§ 84
Bruderschaft ..... ܟܬܘܪܐ	§ 79
Bürge ..... ܟܦܠ	§§ 6a, 6b, 6c, 70, 72, 92, 93, 97
(Bürgen) stellen ..... ܣܡ	§§ 6a,6b, 6c
(Bürgen) stellen ..... ܫܒܩ	§§ 6c, 70
bürgen ..... ܟܦܠ	§§ 54, 65
Buße ..... ܩܨܨܐ	§§ 43, 76a
(colonus) adscripticius ..... ܩܛܝܢܐ ܕܐܪܥܐ	§ 45b
(dar)leihen, Darlehen geben ..... ܐܦ *(af.)*	§§ 89a, 89b, 92, 93, 109, 110, 121, 127, 135
Darlehen aufnehmen ..... ܐܦ *(pe.)*	§§ 51a, 51b, 91, 92, 99, 100, 121, 127, 135
Darlehensgeber ..... ܡܫܠܝܦ	§§ 63, 89b, 91, 92, 93, 97, 99, 126, 127, 135
Darlehensnehmer ..... ܡܫܠܘܦ	§§ 91, 127, 135
Depositum ..... ܡܫܟܢܬܐ	§ 133
hinstellen (Depositum) ..... ܣܡ	§§ 112, 133
Dieb ..... ܓܢܒ	§§ 76a, 76c, 101, 128
Diebstahl ..... ܓܢܒܘܬܐ	§§ 82, 96
dienen (als Soldat) ..... ܦܠܚ	§§ 9, 52
Dienstnehmer (soldatischer) ..... ܦܠܚ	§§ 64, 88a
Dienstposten ..... ܩܒܘܬܐ	§ 9
Dike (δίκη) ..... ܕܝܢ	§§ 9, 37
diktieren ..... ܡܠܠ *(af.)*	§ 141

Dorfältester ..... ܪܫܡ	§ 88b
doppelt, *duplum* ..... ܟܦܠ	§§ 85, 105
Ehe ..... ܟܝܢܐ	§§ 87b, 98a, 98b, 98c
heimführen (in die Ehe) ..... ܢܣܒ	§§ 39b, 87b, 95, 98c, 108
Eheabrede (Verlobung) ..... ܟܬܝܒܘ	§ 184
Eheabrede (Verlobung) ..... ܟܬܝܒܘ	§ 85
Eheabrede treffen ..... ܫܪܥ *(pa.)*	§ 84
Ehebrecher ..... ܙܢܝ	§ 160
Ehebruch ..... ܙܢܘ	§§ 7, 13, 86, 117, 120b
Ehebruch treiben ..... ܙܢ	§ 120a
Ehegatte ..... ܒܥܠ ܐܢܬܬܐ	§ 72
Eheschenkung (δωρεά) ..... ܩܬܝܢܬܐ	§§ 87a, 97, 99, 102a, 102b, 108, 115, 119
Eheschenkungsurkunde (δωρεά) ..... ܩܬܝܢܬܐ	§§ 87a, 87b
Ehre(ngeschenk) ..... ܝܩܪܐ	§§ 68, 85, 98b, 129
Eid ..... ܫܒܘܥܬܐ	§§ 43, 78, 131
Eigenmächtigkeit ..... ܫܠܝܛܘܬܐ	§ 123
Eigentum ..... ܩܢܝܢܐ	§§ 68, 97, 106b
Eigentümer ..... ܒܥܠ	*passim*
Eigentümerin ..... ܒܥܠܬ	§ 39b
"einfacher Kauf" (ἁπλῆ ὠνή) ..... ܙܒܢ ܦܫܝܛ	§§ 35, 101
Einschreibung ..... ܫܓܠܐ	§ 106c
einsetzen (als Erben, Vormund) ..... ܩܝܡ *(af.)*	§§ 1, 6c, 16, 30, 31, 61, 88a, 98b
Ekdikos (= oberster Beamter der Stadt) (ἔκδικος) ..... ܐܟܕܝܩܘܣ	§§ 141, 88a
emanzipiert (= aus der väterlichen Gewalt entlassen) (emancipatus) ..... ܐܦܪܣܩܛܘܣ	§§ 3, 71
entlassen (die Frau) ..... ܫܕܩ	§§ 87aB, 102a, 102b, 120a
entleihen ..... ܐܝܠ	§§ 51a, 51b, 91, 92, 99, 100, 121, 127, 135
entscheiden ..... ܕܝܢ	§ 73
entscheiden ..... ܕ	§ 87a
entscheiden ..... ܦܣܩ	§ 130
Entscheidungen (δικαιώματα) ..... ܕܝܩܐܘܡܛܐ	Ü
Erbe ..... ܝܪܬ	*passim*
Erbe ..... ܝܪܬܐ	§§ 58, 88a
einsetzen (als Erben) ..... ܩܝܡ *(af.)*	§§ 1, 6c, 16, 30, 31, 61, 88a, 98b
erben ..... ܝܪܬ	1, 3, 27, 32b, 33, 42, 61, 77b, 87b, 94a, 94b, 94c, 98a, 98b, 98c, 113, 116, 125, 129
erben lassen ..... ܝܪܬ *(af.)*	E, §§ 1, 7, 32a, 32b, 33, S
Erbschaft ..... ܝܪܬܘܬܐ	*passim*
antreten ..... ܐܬܐ	§ 77a
antreten ..... ܐܬܐ *(etpa.)*	§§ 10, 77a, 77c
ausschlagen ..... ܐܒܐ *(etpe.)*	§§ 10, 77b
ausschließen (von der E.) ..... ܫܕܩ	§§ 7, 71
berufen werden (zur E.) ..... ܩܪܐ *(etpe.)*	§§ 1, 3, 94c
hinterlassen werden ..... ܫܒܩ *(etpe.)*	§ 77c
ergehen (Befehl) ..... ܦܩܕ	§ 130
erheben (Steuer) ..... ܐܠܨ *(af.)*	§ 17
erlassen (Gesetz) ..... ܫܪܐ	§§ 75b, 87a, 105B, 115, 130, S
Erlös ..... ܡܫܟܚ	§ 74a
eröffnet werden (Testament) ..... ܦܬܚ *(etpe.)*	§ 88a
erstatten ..... ܦܪܥ	§§ 35, 84, 85, 87a, 89a, 89b, 101, 119, 123

Ertrag ..... ܐܒܠܐ	§§ 91, 99, 126
erwachsen ..... ܐܬܥܒܕ	§§ 5, 6b, 82
erwachsen ..... ܐܬܥܒܕ	§§ 49, 52, 96
erwerben ..... ܩܢܐ	§§ 2, 79
Fälscher (φαλσάριος) ..... ܦܠܫܐ	§ *97*
Festsetzung ..... ܫܘܝܡ , ܫܘܝܡܐ	§ 106c
fordern ..... ܬܒܥ	§§ 35,49,52,55,56b,64,66,82, 88a, 89a, 97, 101, 105, 111, 120a,120b,121,124,126, 127, 128
Forderung ..... ܐܬܒܥܝܬܐ	§§ 64, 97, 105, 127, 128
Frau ..... ܐܢܬܬܐ	*passim*
(zur Frau) nehmen ..... ܢܣܒ	§§ 39, 98a, 98b, 98c, 102a, 102b, 113, 134
sich trennen (von der Frau) ..... ܦܛܪ	§§ 87aB, 102a, 102b, 120a
frei ..... ܚܪܝܪ	§§ 28b, 59
frei werden (von der väterlichen Gewalt) ..... ܐܬܚܪܪ	§§ 16, 27
frei, Freier ..... ܚܪܝܪ ܒܪ	§§ 36,37,58, 74a,113, 114, 123
freien (Ehe) ..... ܐܬܚܬܢ	§§ 84, 85, 87b
Freiheit ..... ܐܚܐܪܘܬܐ	§§ 31, 74a, 74b
freilassen (Sklaven, Kinder) ..... ܫܪܐ *(pa.)*	§§ 3, 4, 19, 21, 24, 30, 31, 36, 38, 53, 58, 71, 113, 114
freilassen ..... ܐܦܩ *(af.)*	§ 106b
Freilassung(surkunde) ..... ܫܛܪܐ , ܫܛܪܐ	§§ 3, 36, 58, 88a, 114
Freilassung(surkunde) ..... ܫܛܪܐ	§ 58
Freischwörung (ἐξωμοσία) ..... ܐܬܬܡܡܘܬܐ	§ 96
freiwillig ..... ܒܪܝܫܝܐ	§ 117
freiwillig ..... ܡܚܐܝܪܝܬ	§ 122
Frist (προθεσμία) ..... ܐܬܝܬܚܬܐ , ܐܬܬܡܚܬܐ	§§ 75a, 75b, 90, 101, 110, 111
Frist ..... ܙܒܢܐ	§ 35
Frist ..... ܙܒܢ	§ 75a
führen (einen Rechtsstreit) ..... ܬܒܥ	§ 96
fugitivus ..... ܩܛܝܠ	§§ 35, 101
Fund ..... ܐܬܫܟܚ	§§ 122, 129, 132
Furcht ..... ܐܬܠܚܬ	§§ 122, 129, 132
Gatte ..... ܒܥܠ	§§ 6a, 11, 14, 18, 23, 28b, 51a, 51b, 59, *86*, 87a, 108, 115, 118, 120b
geahndet werden ..... ܐܬܬ *(etpa.)*	§§ 57, 76a, 76d
geben (in Verwahrung) ..... ܝܗܒ	§ 133
Gebühr (sportula) ..... ܣܠܦܛܝܩܘܢ	§ 105
Gefahr (κίνδυνος) ..... ܣܘܢܕܘܢܘܣ	§ 72
Gegner (im Prozeß) ..... ܒܥܠ ܕܝܢܐ , ܒܥܠ ܕܝܢ	§§ 75b, 96
Geldbuße (πρόστιμον) ..... ܦܪܘܣܛܝܡܐ	§ 78
Geldbuße ..... ܐܬܥܢܫ	§§ 43, 76a
Geldstrafe (ζημία) ..... ܙܝܡܝܐ , ܙܝܡܐ	§ 76h
Gemeinschaft ..... ܩܪ	§§ 79, 94a
Gemeinschaft ..... ܐܚܘܬܐ	§ 97
gerecht ..... ܙܕܝܩ	E
Gerechtigkeit ..... ܐܬܘܬܐ	Ü
Gericht ..... ܕܝܢ ܒܝܬ	§ 67
(vor Gericht) treten ..... ܐܬܐ	§§ 67, 75b
Gesandter ..... ܫܠܝܚ	§ 15
Geschenk ..... ܐܬܪܘܡܐ	E, §§ 3, 104B

Geschenk ..... ܡܬܠܐ § 84
Geschlecht (γένος) ..... ܓܢܣ §§ 1, 3, 33, 84, 94c, 134
geschuldet werden ..... ܐܬܦ (*etpe.*) §§ 89b, 108, 111, 119, 128
Gesellschaft ..... ܚܒܪܘܬܐ § 69
Gesellschafter ..... ܚܒܪܐ § 69
Gesetz (νόμος) ..... ܢܡܘܣܐ *passim*
aufgrund der Gesetze ..... ܒܟ ܢܡܘܣܐ §§ 15, 28b, 29, 35, 43, 56c, 76b, 76d, 76f, 81, 120a
in gesetzlicher Weise ..... ܒܢܡܘܣܐ §§ 11, 32b, 71, 88a, 98c, 126
von Gesetzes wegen ..... ܡܢ ܢܡܘܣܐ §§ 44, 76c, 87b
Gewalt (lateinisch: *manus*) ..... ܫܘܠܛ § 114
Gewalt (väterliche) ..... ܫܘܠܛܢܐ §§ 27, 36
frei werden (von der väterl. Gewalt) ..... ܐܬܦ §§ 16, 27
Gewalt ..... ܫܘܠܛܢ §§ 2, 5, 16, 36, 38, 53
Gewerbesteuer (χρυσάργυρον) ..... §§ 103, 104
Gewinn ..... §§ 129, 135
Gewohnheit ..... §§ 87aB, 87b, 88b
Gläubiger ..... (ܒܥܠܐ) ܕܝܢ ܕܐ §§ 89a, 89b, 97, 99, 105, 109, 110, 126, 127
Grad ..... E, §§ 1, 11, 94c
Grundstück ..... §§ 97, 106a, 108, 119, 126
Gütervertrag ..... § 115

Habe ..... §§ 3, 6c, 7, 11, 28b, 39a, 42, 89b, 98b, S
haften ..... (*eštaf.*) § 3
haften ..... (*etpe.*) § 93
Haple one («einfacher Kauf») (ἁπλῆ ὠνή) ..... §§ 35, 101
Heeresdienst (von στρατιότης, στρατεία) ..... § 64
heimführen (in die Ehe) ..... §§ 39b, 87b, 95, 98c, 108
heiraten (von der Frau) ..... §§ 6c, 11, 14, 44, 59, 81, 84, 87b, 94a, 98a, 117, 125
Hekatoste (Zins von einem Prozent) (ἑκατοστή) ..... § 121
herbeiholen (einen Zeugen). ..... (*pa.*) § 123
Herr ..... *passim*
Herrin ..... § 18
hinstellen (Depositum) ..... §§ 112, 133
hinterlassen werden (Erbschaft) ..... (*etpe.*) § 77c
Hypomnemata (ὑπομνήματα) ..... §§ 41, 47

infam, Infamer ..... §§ 14, 15, 59

Joch(ertrag, Steuerbetrag) (iugum) ..... § 106

kaiserliches Schreiben (sacra) ..... § 98a
Kapital ..... §§ 93, 110, 121
Katagraphe (καταγραφή) ..... , §§ 22, 34, 62
Kauf ..... §§ 34, 101
Kauf ..... §§ 35, 39a, 64
kaufen ..... §§ 30, 34, 35, 39a, 39b, 46, 48, 62, 63, 64, 74b, 92, 101, 106c, 123, 129
Käufer ..... §§ 34, 35, 46, 101
Kaufgegenstand ..... §§ 34, 129

Kaufpreis (τιμή) ..... ܙܒܢ	§§ 34, 35, 62, 74a, 89a, 101, 108, 109, 119, 123, 128, 135
Kinder	
freilassen (Sklaven, Kinder) ..... ܫܪܐ *(pa.)*	§§ 3, 4, 19, 21, 24, 30, 31, 36, 38, 53, 58, 71, 113, 114
Klage ..... ܬܒܥܬܐ	§§ 97, 111, 120a, 120b, 127,
Klage ..... ܟܬܒܐ	§§ 97, 128
klagen (κινῆσαι) ..... ܡܢܫܐ	§ 128
Kläger ..... ܬܒܥܝܐ	§§ 45b, 75b
kognatisch Verwandter (cognatus) ..... ܡܚܝܠܝܐ , ܡܚܝܠܐ	§ 1
Kognitoren (Richter) ..... ܕܝܢܝܐ	§ 130
Konkubine (παλλακή) ..... ܦܠܓܐ , ܦܠܓܬܐ	§§ 98b, 98c, 120b
Kopfgeld ..... ܓܘܠܬܐ	§§ 103, 104
Kosten (δαπάνη) ..... ܡܨܪܐ	§§ 88b, 90
Kurator (curator) ..... ܦܣܩ , ܦܣܩܐ	§§ 5, 6b, 6c, 9, 17, 29, 31, 81, 82, 83, 103, 124
Legat s. Vermächtnis	
leiblicher Sohn ..... ܒܪ ܒܪܐ	§§ 53, 71
leihen ..... ܐܦ	§§ 51a, 51b, 91, 92, 99, 100, 121, 127, 135
leihen, Darlehen geben *af.* ..... ܐܦ *(af.)*	§§ 89a, 89b, 92, 93, 109, 110, 121, 127, 135
Leihen (das) ..... ܬܦܐ	§ 135
leisten (Arbeit) ..... ܦܠܚ	§§ 91, 114
Lohn ..... ܐܓܪ	§§ 6c, 91, 107, 123
lösen (von der väterlichen Gewalt) ..... ܫܪܐ	§§ 3, 36, 38, 47, 53
machen (eine Urkunde) ..... ܥܒܕ	§§ 51b, 62, 89b, 110, 126
machen (eine Zusicherung) ..... ܩܡ *(af.)*	§ 6c
machen (Testament) ..... ܥܒܕ	§§ 1,3,4,5,6b,7,26,27,31,32b, 33, 77c, 87a, 94a, 115, 125
Macht(befugnis) ..... ܫܘܠܛܢ	§§ 28a, 28b, 49, 56c, 66, 68, 70, 98b, 105, 106c
Machtvollkommenheit (αὐθεντία) ..... ܫܘܠܛܢܘܬܐ	§ 17
mahnen ..... ܙܟܪ	§§ 89a, 90
mahnen ..... ܐܬܕܟܪ *(af.)*	§ 109
minderjährig ..... ܛܠܝ	§ 82
Mitgift, Pherne (φερνή) ..... ܦܪܢܐ	*passim*
Mitgiftsurkunde ..... ܦܪܢܐ	§§ 87a, 87b, 108, 111, 115, 118, 119, 120b, 130
nachweisen ..... ܐܬܝܩ	§ 123
nahe (verwandt) ..... ܩܪܝܒ	§§ 7, 56b, 84, 115
nehmen (zur Frau) ..... ܢܣܒ	§§ 39, 98a, 98b, 98c, 102a, 102b, 113, 134
Notar (νομικός) ..... ܢܘܛܪܝܘܣ	§§ 26, 41
Nutzung ..... ܥܠܠܬܐ	§§ 11, 68
Obrigkeit (ὑπατεία) ..... ܫܠܛܢܐ	§ 130
Ökonom (οἰκονόμος) ..... ܩܛܘܢܐ	§ 88b
Ordnung (τάξις) ..... ܣܕܪ	§§ 9, 105B
Ordnung (τάξις) ..... ܩܕܡ	E, §§ 3, 119, 125
Original (αὐθεντικόν) ..... ܐܘܬܝܢ	§ 88a

Paratheke, fremdnützige Überlassung (παραθήκη) ..... ܬܘܫܒܚܐ , ܦܩܕܐ	§§ 112, 127
Partei (eines Rechtsverhältnisses) ..... ܨ(ܛ)ܒ	§§ 78, 82, 87a, 90, 96
Parrhesia (παρρησία) ..... ܦܪܗܣܝܐ , ܬܘܫܒܚܐ	§ 87b
Pekulium (peculium) ..... ܦܩܠܝܘܢ	§ 19
Pfand ..... ܪܗܢܐ	§§ 51b, 64, 89a, 89b, 91, 92, 100, 109
auslösen ..... ܦܕܐ	§ 92
Preis (τιμή) ..... ܫܘܬܐ	§§ 34, 35, 62, 74a, 89a, 101, 108, 109, 116, 119, 123, 128, 135
Privileg ..... ܦܪܝܒܠܓܐ	§ 104B
Prozeß ..... ܕܝܢܐ	§§ 9, 37, 75a, 75b, 87aL, 96, 105B, 126, 130, 131
Prozeßgegner ..... ܒܥܠ ܕܝܢܐ , ܒܥܠ	§§ 75b, 96
Quittung ..... ܫܒܩܐ	§ 111
Raub ..... ܓܙܠܐ	§§ 96, 120b
rauben ..... ܫܠܐ	§§ 60, 118
rauben ..... ܥܕܐ	§ 76f
Räuber (λῃστής) ..... ܓܙܠܐ	§§ 56a, 56c, 112
Räuber ..... ܥܕܝܐ	§ 76f
Recht ..... ܕܝܢܐ	§ 101
Recht ..... ܕܝܢ , ܕܝܢܐ	§ 8
Rechtsanspruch (ἀγωγή) ..... ܐܓܘܓܐ	§ 97
Rechtsanwalt (scholasticus) . ܣܩܘܠܣܛܝܩܘܣ , ܥܘܟܠܐ	§ 107
Rechtssache ..... ܕܝܢܐ	§ 75b
Rechtssache, Rechtsstreit ..... ܕܝܢܐ	§§ 9, 37, 75a, 75b, 87aL, 96, 105B, 126, 130, 131
(einen Rechtsstreit) führen ..... ܬܒܥ	§ 96
(im Prozeß) sprechen ..... ܬܒܥ	§§ 9, 37
Richter ..... ܕܝܢܐ	§§ 3, 36, 47, 49, 52, 53, 55, 57, 58, 71, 73, 75b, 76f, 87aB, 105, 130, 134
Richter des Gebiets (iudex provinciae) ..... ܕܝܢܐ ܕܦܪܘܒܝܢܩܝܐ	§§ 6c, 15, 17, 29, 75a, 124
rückgängig machen (ἀνατρέψαι ?) ..... ܐܬܪܦܝ	§ 107
rückgängig machen ..... ܫܪܪ	§§ 20, 21, 35, 73, 84, 107
Rückzahlungsquittung (ἀπόληψις?) ..... ܐܦܘܠܝܦܣܝܣ	§ 111
Sache ..... ܡܕܡ	*passim*
Schaden tragen ..... ܐܬܦ *(etpa.)*	§ 127
Schatz ..... ܓܙ	§ *98b*
Schätzung (δοκιμασία) ..... ܐܦܘܟܝܡܐ	§ 106c
Scheidebrief ..... ܦܛܪܐ ܕܦܘܪܫܢܐ	§§ 13, 87a, 115, 120b
Scheidung (repudium) ..... ܦܘܪܫܢܐ , ܫܒܘܩܐ	§§ 13, 87a, 115, 120b
schenken ..... ܝܗܒ *(pa.)*	§ 110
Schenkung (δωρεά) ..... ܡܬܢܬܐ	§§ 11, 12, 20, 22, 68, 129
schließen (Vertrag) ..... ܣܟܡ	§ 135
schreiben (ein Testament) ..... ܟܬܒ	§§ 1, 2, 4, 5, 6b, 6c, 7, 16, 32a, 42, 61, 83, 88a, 88b, 98b
schreiben (eine Urkunde) ..... ܟܬܒ	§§ 3, 12, 14, 22, 34, 43, 51a, 78, 87a, 87b, 99, 100
Schreiben, kaiserliches (*sacra*) ..... ܣܝܡܐ	§ 98a
Schriftstück ..... ܟܬܒܬܐ	§§ 64, 69, 78, 82, 109
Schuld ..... ܚܘܒܐ	§§ 17, 75a, 77a, 77c, 89a, 89b, 97, 105, 110, 126, 127

Schuld ..... ܚܘܒܬܐ	§§ 77a, 99, 102b, 109, 110, 126
schulden (etwas) ..... ܚܒ	§§ 3, 11, 17, 42, 77a, 77c, 89a, 90, 97, 102a, 102b, 111, 119, 121, 135
schuldig bleiben ..... ܚܒ	§ 111
schuldig sein (z. B. des Todes) ..... ܚܒ	§§ 56c, 60, 76a, 76b, 76c, 76f, 76g, 76h
Schuldner ..... ܚܝܒ	§§ 63, 89a, 89b, 109, 128
Schuldurkunde ..... ܟܬܒܐ, ܟܬܒ	§§ 51a, 51b, 75a, 97, 99, 100, 110, 111
schwören ..... ܚܠܦ	§§ 41, 43, 78, 96, 120b, 131
Senator (συγκλητικός) ..... ܣܘܢܟܠܝܛܩܘܣ	§ 15
setzen (als Pfand) ..... ܫܪ	§§ 51b, 64, 89b, 91, 92, 97, 100
Siegel ..... ܚܬܡ	§§ 85, 88a
Siegel ..... ܟܬܡܐ	§ 88a
siegeln ..... ܚܬܡ	§ 88a
siegeln ..... ܟܬܡ	E, § 88a
Sklave ..... ܥܒܕ	*passim*
freilassen ..... ܫܪܐ *(pa.)*	§§ 3, 4, 19, 21, 24, 30, 31, 36, 38, 53, 58, 71, 113, 114
Sklave ..... ܓܠ	§§ 35, 101
Sklavenarbeit ..... ܥܒܘܕܬܐ	§ 114
Sklaverei ..... ܥܒܘܕܬܐ	§§ 8, 44, 45a
Sklaverei ..... ܣܘܦܪܘܢܐ	§ 74b
Sklavin ..... ܐܡܬܐ	§§ 19, 24, 44, 74b, 88a, 91, 95, 101, 108, 113, 119
Soldat ..... ܓܢܕܝܐ	§§ 52, 64
soldatischer Dienstnehmer ..... ܓܠܝܣ	§§ 64, 88a
als Soldat dienen ..... ܓܠܣ	§§ 9, 52
sprechen (im Prozeß) ..... ܡܠܐ	§§ 9, 37
Staatskasse (ταμιεῖον) ..... ܬܡܝܣܝܘܢ	§§ 98b, 104B, 106c
Statthalter (ἡγεμών) ..... ܐܓܘܡܢܐ, ܐܓܘܡܢ	Ü, §§ 47, 75a
stehen (zur Anklage) ..... ܩܡ	§§ 57, 70
stehlen ..... ܓܢܒ	§§ 76e, 101, 133
stellen (Bürgen) ..... ܣܡ	§§ 6a,6b, 6c
stellen (Bürgen) ..... ܐܚܕ	§§ 6c, 70
Steuer (annona) ..... ܐܓܪܐ	§§ 42, 62, 106c, 126
Steuer ..... ܡܟܣܐ	§§ 17, 62, 103, 104, 106c, 134
s. a. Gewerbesteuer	
Steuern leisten (συντελῆσαι) ..... ܣܘܢܛܠܣ	§ 106c
Strafbeamter ..... ܐܦܣܟܐ	§ 56a
Strafe ..... ܥܢܫ ܕܝܢܐ	§ 76b, f
Stratege (στρατηγός) ..... ܐܣܛܪܛܝܓܘܣ	§ 6c
Tat ..... ܦܥܠܐ	§§ 13, 23, 56a, 56b, 56c, 57, 67, 70, 76h, 96, 98b, 105B, 120b, 131
Tat ..... ܥܒܕ	§ 73
begehen ..... ܥܒ	§§ 56c, 57, 67, 70, 76h, 98b, 120b
Teil ..... ܡܦܠܓ	§§ 25, 90, 94b, 115, 122, 125, 132
Teilung ..... ܦܠܓܐ	§§ 69, 82
Teilung ..... ܡܦܠܓܢܘܬܐ	§ 26
Teilungsanordnung ..... ܦܩܕܢܐ	§ 88a
Testament (διαθήκη) ..... ܩܝܡܬܐ, ܟܬܒ	*passim*
angefochten werden ..... ܬܒܥ *(etpe.)*	§ 7

machen ..... ܥܒܕ	§§ 1,3,4,5,6b,7,26,27,31,32b, 33, 77c, 87a, 94a, 115, 125
schreiben ..... ܟܬܒ	§§ 1, 2, 4, 5, 6b, 6c, 7, 16, 32a, 42, 61, 83, 88a, 88b, 98b
Totschlag ..... ܩܛܠܐ	§§ 56b, 72, 76h
Totschläger ..... ܩܛܠܐ	§ 56c
trennen, sich (von der Frau) ..... ܦܪܫ	§§ 87aB, 102a, 102b, 120a
treten (vor Gericht) ..... ܥܠ	§§ 67, 75b
Treue (πίστις) ..... ܗܝܡܢܘܬܐ , ܗܝܡܢܘܬܐ	§ 89b
Übeltat ..... ܫܥܒܕܬܐ	§ 73
übereinkommen (συναλλάξαι) ..... ܫܘܝܐܠܥܒܕ	§ 128
Überlassung, fremdnützige (παραθήκη) ..... ܐܡܝܢܬܐ , ܦܩܕܕܬܐ	§§ 112, 127
Überschreibungsurkunde (καταγραφή) ..... ܟܬܒܐ ܕܐܬܪܬܐ , ܟܬܒܐ ܕܐܬܪܬܐ	§§ 22, 34, 62
überseeisch (διαπόντιος) ..... ܕܒܝܡܐ	§ 75a
ungesetzlich ..... ܠܐ ܒܢܡܘܣܐ	§ 120b
ungültig ..... ܒܛܠ	§ 12
Unterhalt ..... ܡܙܘܢܐ	§ 104B
Unterhalt ..... ܡܬܢܬܐ	§§ 91, 119, 134
unterschreiben ..... ܟܬܒ ܥܠ	§§ 41, 114, 120b
unterschreiben ..... ܟܬܒ	§§ 41, 88a
Unterzeichnung ..... ܟܬܝܒܘܬܐ	§ 88a
Unze (uncia) ..... ܐܘܢܩܝܐ	§§ 1, 7, 25
Urkunde (χάρτης) ..... ܩܛܝܪܬܐ , ܩܛܝܪܬܐ	§§ 89b, 126, 128, 130
Urkunde ..... ܟܬܒܐ	§§ 11, 47, 68, 78, 82, 87aB, 96, 126
Urkunde ..... ܫܛܪܐ	§ 111
Urkunden ..... ܒܬܝܟܢܐ	§§ 88b, 130
(eine Urkunde) machen ..... ܥܒܕ	§§ 51b, 62, 89b, 110, 126
(eine Urkunde) schreiben ..... ܟܬܒ	§§ 3, 12, 14, 22, 34, 43, 51a, 78, 87a, 87b, 99, 100
Urschrift (αὐθεντικόν) ..... ܩܘܕܡܝܐ ܕܟܬܒܐ	§ 88a
Urteil ..... ܕܝܢܐ	§ Ü, § 130, S
Väterliche Gewalt ..... ܫܘܠܛܢ ܐܒܘܬܐ	§§ 27, 36
lösen (von der väterlichen Gewalt) ..... ܦܫܪ	§§ 3, 36, 38, 47, 53
Verbannung (ἐξωρία) ..... ܓܠܘܬܐ	§§ 76d, 76f, 76h
verdienen (z. B. den Tod) ..... ܙܟܐ *(pa.)*	§§ 56c, 76h
vererben ..... ܐܬܪ *(af.)*	E, §§ 1, 7, 32a, 32b, 33, S
Verfehlung ..... ܫܠܝܬܐ	§ 76f
Vergehen ..... ܥܒܝܪܬܐ	§§ 76f, 87a, 115, 117, 120b
vergehen, sich (an jmd.) ..... ܥܒܪ	§§ 87aB, 115, 120b
Vergleich (διάλυσις) ..... ܦܫܪܢܘܬܐ	§ 78
verheiraten, sich ..... ܐܬܚܬܢ *(etpa.)*	§§ 12, 98b
verheiratet sein ..... ܐܬܚܬܢ *(etpa.)*	§ 98a
verkaufen ..... ܙܒܢ *(pa.)*	§§ 17, 34, 35, 64, 74a, 89a, 92, 101, 109, 128
Verkäufer ..... ܙܒܢܢܐ	§§ 34, 46
verklagen (κατηγορεῖν) ..... ܒܥܠ	§§ 13, 21, 23, 57, 67, 70, 72, 73
verleumden ..... ܣܟܪ	§ 57
Verleumder ..... ܣܟܠܢܐ	§ 57
Verlobte ..... ܡܚܝܡܬܐ	§§ 84, 85
Verlobter ..... ܡܚܝܡܢܐ	§§ 84, 85
Verlobung ..... ܡܚܝܡܘܬܐ	§ 84
Verlobung ..... ܡܚܝܡܘܬܐ	§ 85

Vermächtnis (legatum) ..... ܠܝܓܐ , ܠܝܓܝ	§§ 14, 24, 25, 26, 42, 49, 59, 61, 77c, 88a
Vermächtnisnehmer (legatarius) ..... ܠܝܓܝܐ	§§ 42, 77c, 88a
vermählen (einem Mann) ..... ܐܚܕ (*af.*)	§ 33
Vermögen ..... ܡܕܝܢ	*passim*
verpfänden ..... ܪܗܢ (*pa.*)	§§ 89b, 91, 97, 126
verpfändet ..... ܡܪܗܢܢ	§§ 91, 97, 126
Verpfändung ..... ܡܗܪܗܢܘܬܐ	§§ 97, 100, 126
Verpflichtung ..... ܚܝܒܐ	§§ 91, 101
versklaven ..... ܫܥܒ (*šāf.*)	§ 21
verstoßen ..... ܫܕܩ	§ 53
Vertrag ..... ܚܝܒܐ	§§ 87a, 135
schließen ..... ܥܒܕ	§ 135
Vertragsklausel ..... ܚܝܒܐ	§ 16
Vertrauen (παῤῥησία) ..... ܡܗܝܡܢܘܬܐ , ܡܗܝܡܢܘܬܐ	§ 87b
Verwahrung	
in Verwahrung geben ..... ܛܥܢ	§ 133
Verwahrgut ..... ܡܛܥܢܢܐ	§ 33
verwalten ..... ܦܠܚ	§§ 6a, 6b, 6c, 28b, 83, 88b, 117, 126, 129
Verwalter ..... ܡܦܠܚܢܐ	§§ 6c, 15
Verwaltung ..... ܡܦܠܚܢܘܬܐ	§ 63
Verwandter ..... ܩܪܝܒ	§§ 3, 84, 85, 111, 129
volljährig ..... ܡܥܠܝܢ	§§ 81, 82, 96
volljährig sein ..... ܩܡ ܒܥܠܝܢ	§§ 124, 126
Vollmacht(surkunde)	
(ἐντολικόν) ..... ܫܘܠܡܢܝ , ܫܘܠܡܢܝ	§§ 28a, 28b, 55, 66, 93
Vormund (ἐπίτροπος) ..... ܐܦܛܪܘܦܐ , ܐܦܛܪܘܦܐ	§§ 5, 6b, 6c, 9, 17, 29, 31, 50, 55, 82, 83, 103
einsetzen (Vormund) ..... ܡܩ (*af.*)	§§ 1, 6c, 16, 30, 31, 61, 88a, 98b
Vormundschaft ..... ܡܗܬܦܘܬܐ	§ 126
Wasserleitungsdienstbarkeit ..... ܫܩܝܬܐ	§ 64
Wert ..... ܝܩܪ	§ 23
Wille ..... ܨܒܝܢ	§§ 1, 33, 34, 49, 86, 102b, 117, 134
wirksam ..... ܦܥܠ	§§ 12, 22, 34, 39a, 41, 47, 48, 64, 69, 79, 82, 91, 114, 130
Würde (ἀξίωμα) ..... ܡܗܝܡܢܘܬܐ	§ 104B
zahlen ..... ܫܠܡ	§§ 17, 54, 76e, 77a, 77c, 89a, 92, 99, 109, 110, 111, 112, 121, 133
Zeuge ..... ܣܗܕ	§§ 19, 41, 69, 88a, 96
einen Zeugen herbeiholen ..... ܐܣܗܕ (*pa.*)	§ 123
Zeugnis ..... ܡܣܗܕܘܬܐ	§§ 31, 75a, 96, 120b
Zinsen ..... ܡܛܠܬܐ	§§ 11, 90, 91, 93, 121, 126
Hekatoste (Zins von 1%) (ἑκατοστή) ..... ܡܐܐܐ	§ 121
Zusicherung ..... ܡܨܐ	§ 6c
(eine Zusicherung) machen ..... ܐܡ (*af.*)	§ 6c
Zustimmung ..... ܡܗܝܡܢܘܬܐ	§ 120b
Zustimmung ..... ܡܠܬ	§ 81
zuwenden ..... ܗܒ	§ 68
zuwenden ..... ܝܗܒ (*pa.*)	§ 77c
Zwang ..... ܡܥܩ	§ 122
Zwang ..... ܚܠܨܐ , ܚܠܨܐ	§ 82

abdicatio III 121, 122
abigeus III 149
absentia III 135
acceptilatio I *187*
accusare I 191, III 17, 22, 69, 77, 80, 136
accusatio I 191, III 13, 125, 137, 139, 141
actio I 185, *188*, III 19, 205, 265
  actio de in rem verso III 257, 258, 264
  actio de moribus III 13
  actio de peculio III 258
actio ex lege III 207
  actio ex locato-conducto III 258
  actio ex stipulatu III 248, 251, 252
  actio finium regundorum III 207
  actio furti III 265, 270
  actio negotiorum gestorum utilis III 259
  actio noxalis III 258
  actio personalis III 205
  actio pigneraticia (in rem) III 134, 207
  actio pro socio III 193
  actio rei uxoriae III 248, 251
  actio tributoria III 264
  actio tutelae contraria III 259
  actio vi bonorum raptorum III 190
adfectus adeundae hereditatis III 155
adire III 6, 153, 156
administrare III 58, 245
administratio III 60, 72, 117, 123
  administratio negotiorum III 161
admonitio III 221
adoptio III 113, 114, 140, 158
  datio in adoptionem III 113
adoptivus III 13
adscribere III 83
adscripticius I 189, III 109
adulterina disciplina I 50
adulterium III 141
adversarius III 145-147
advocatio III 221
aegrotus I *182*
aestimatio III 230, 273
agere I 191
agitator I 190
agnatus I 186, 197, III 13
agnoscere III 246
ancilla III 108, 237
  partus ancillae III 196, 201
angiportus III 224
animalia militum III 228
annona I 186, 197, III 20, 130, 217, 227, 228
annus utilis III 163
antistes I 190, III 20, 74, 238
apparitio III 221
apparitor III 222
aquaeductus I 185
arrha I 187
  arrha confirmatoria III 112, 168
  arrha sponsalicia I 45, III 168, 171
arrogatio III 113, 114, 140
  arrogatio per populum III 114
auctoritas I 187, III 72, 160
  auctoritas tutoris III 71

balneum I 187
beneficium
  ~ cedendarum actionum III 266
  beneficium excusationis III 117
bona fides III 162, 240
  ex fide bona III 257
  bonae fidei iudicium III 257
bona materna III 30, 33, 48, 52, 67, 85, 116, 118, 164, 264, 267
bona materni generis III 30, 48, 52, 67, 116–118, 264, 266, 267
bona ex matris patrimonio III 49
bona nuptiala III 49
bona paterna III 266
bonis condicionibus III 96
bonorum possessio III 30, 119
  ~ contra tabulas III *127*, 140
  bonorum possessor III 66
boves aratorii III 212

calumnia III 125, 141
calumniator III 13, 125, 141
capitatio III 217, 220
capitis amputatio III 150
capitis deminutio III *271*
castellum III 223
casus III 236
causa III 228, 229
cautio damni infecti III 194
cautio iuratoria I 190
cedere I 194
celebritas III 184
censitor III 227
centesima I 189
  centesimae usurae III 253
centumvirale I 189
  centumvirale iudicium III 119
cessio III 66, 155
  in iure cessio III 113, 114, 138, 155, 156
  in iure cessio hereditatis III 66, 155, 156
charta I 196, III 190, 262, 263, 268, 269
circumire I *182*
citra periculum III 141
clericus III 40, 215, 217, 218, 220, 222
coetus III 219
cognatus I 192, 197, III 13
cognitio III 221
cognitor III 13, 268
coire III 106
collatio I *181*, III 199
  collatio dotis III 22
  collatio lustralis III 217

colonus III 111
  colonus adscripticius I 120, II 69, III 21, 109
  commissoriae cautiones III 13
condemnatio III 69
condicio I 186, III 126
  condiciones interpositae III 175, 179
condictio III 21
  condictio furtiva III 265
  condictio ob causam III 228, 229
confessor I 47
confirmatio III 61, 68, 164
coniungere III *106*
consanguineus III 49, 93, 94, 200
consensus III 252
  consensus facit nuptias III 182
consentire III 118
consiliarius III 71
consobrinus III 210
Constitutio Antoniniana I 39, III 46, 181
constitutum possessorium III 138
contestatio III 145
contractus mohatrae III 235
contribuere I *181*
controversia III 134
contubernium III 105, 106
conubium III 237
credere III 106
cretio III 66
crimen III 17, 80, 202
  crimen explicatae hereditatis III 152
  crimen falsi III 150
  crimen laesae maiestatis III 80
  crimen stellionatus III 150
  crimen violentiae III 150
  crimina publica III 202
cura III 58, 61, 65, 88, 90, 161, 162, 220
  cura minorum III 57
  curam suscipere I *182*
curator I 192, 197, III 16, 22, 58, 59, 61, 90, 161-164, 259
  curator dativus III 16
  curator legitimus III 16
  curator minorum III 258
  curator rei publicae III 71
  curator testamentarius III 16, 61, 90
  curator (= Strategе) III 71
custodia III 256
custos III 246

damnatio I 190
damnum III 256, 258
datio in adoptionem III 113
decima III 129, 130
decretum III 190
  decretum divi Marci III 190
defensor I 189
  defensor civitatis III 103, 187
deferre I 191
definitio III 11, 12, 19, 36, 115, 135, 160, 173, 176
delatio I 191
delator I 191, III 13
denuntiare I 193, III 246
denuntiatio I 193, III 106-108, 145, 146, 188, 189, 236, 246, 247, 262
deportatio I 189+
depositum I 194, III 235, 236, 271
desistere III 125, 139
dictare III 102
dignitas I 108, III 215, 216
dignus III 64
dilatio I 194
  dilatio (temporis) III 145, 147
disciplina
  adulterina disciplina I 50
dispensator I 193
displicere III 97
dividere III 105
divisio III 138, 162
dolus III 162, 236
dominus III 86, 87, 106
  dominus litis III 124
donare I *181*
  donandi facultas III 209
donatio I 189, 13, 78, 79
  donatio ante nuptias III 20, 22, 41, 47, 67, 177-179, 211, 213, 230, 242, 243, 250, 252
  donatio in dotem redacta III 242
dos I 196, III 16, 17, 20, 22, 24, 33, 41, 47, 67, 69, 72, 73, 83-86, *87*,129, 130, 142, 143, 177-180, 199-202, 209, 213, 230-234, 240, 242-244, 248-252, 269
  dos adventicia III 84, 85, 243, 244
  dos aestimata III 230
  dos profecticia III 84, 85, 243, 244
  dos recepticia III 84
duplum III 113, 151, 171, 191, 222

ecclesia III 40, 215
effractor III 149, 152
emancipatio III 13, 16, 21, 22, 113, 114, 120-122, 140
emancipatus I 112, 189, 197, III 19, 22, 43, 51, 53-55, 116, 215, 220
episcopalis audientia I 32, 37, 44-46, 51
episcopus III 40, 222
epistula III 87
exactio III 221
exactor III 222
exceptae personae III 77-79
exceptio III 117, 134
  exceptio non numeratae dotis III 232
excusatio II *53*, III 88, 117
exheredatio III 121, 122
exhibere III 188
exorcista III 217
expositus III 172
exsecutio III 221
exsecutor III 222
extranei heredes III 66

extraordinaria cognitio III 116, 139, 149

fabricensis III 111, 135
familia III 115, 116, 160
familiaritas III 183
fateri III 60
feriae III 144, 220
fetus III 201
  fetus pecorum III 195
fideicommissum III 90, 127, 164
fideiussor III 95, 198
  fideiussor de exercenda lite III 139
fides I 194
  fidem suam obstringere III 123
  s. auch bona fides, mala fides
fiducia cum amico III 236, 271
filia III 92
  filia familias III 53, 160
filius III 92
  filius derelictus III 86
  filius emancipatus III 49
  filius familias III 30, 49, 52, 116, 122, 256, 258, 264
  filius legitimus III 209
  filius naturalis III 82
fiscus I *181*, 196, III 217
flagellum III 251
flagrum III 251
follis III 217
frater adoptatus III 158, 159
frater consanguineus III 49
fraus III 162
fructus III 196, 201
  fructus dotis III 201
fugitivus III 97, 111
fur nocturnus III 149
furtum III 149, 151, 256, 258, 265

genus I 187
gradus III 217
gubernare III 87

haeretici III 220, 221
hereditas III 30, 49, 54, 55
  adfectus adeundae hereditatis III 155
  hereditas intestatorum III 54
  hereditatis petitio III 119
  omissio hereditatis III 154, 156
heres III 164
  heredis institutio III 159
  pro herede gestio III 66, 154-156
«hi, qui» III 38
homo sine patre III 116
honestus III 202
  honestiores III 150-152
  honestior mulier III 129
honos III 129
  honores III 71
hostis
  latronum hostiumve incursus III 236
humiliores III 151

hypotheca III 211
  hypotheca tacita III 211

ignorantia III 203
immunitas III 214, 215, 219
impendere III 125
impensae III 195, 201, 249
imperfectus III 103
imponere III 127
impubes III 58, 62, 203, 204, 256
incendium III 236
inculpatus III 202
incursus
  latronum hostiumve incursus III 236
indicium III 100, 184
indictio I 190, 197
indulgentia III 261
  indulgentia principalis III 114
infamia III 12, 105, 157
infamis II 35, 41, III 19, 33, 37, 62-64
iniuria III 142
inquietudo III 134
inquisitio III 60, 164
inscriptio III 39, 125, 141
insinuatio III 103
  insinuatio apud acta III 104
instrumentum III 99, 147
  instrumentum dotale III 174
  instrumenta I 188
insula III 193
intercolumnium III 225
interdictum de tabulis exhibendis III 185, 186
interpretatio I 45, 46, 50, III 46, 51, 55, 56, 65, 68, 69, 71, 80, 93, 100, 105, 115, 117, 121, 123, 135-137, 144, 146-149, 157, 160, 168, 171, 187, 188, 199, 212, 215, 224, 229, 232, 238, 251
  interpretationes I 43-46, 51
invocare III 157
«iubet lex» III 39
iudex III 114, 128, 161, 221
  iudex provinciae II 33, 41, 43, 53, 93, 181, III 60, 61, 71-73, 88, 114, 116, 118, 123, 134, 145, 238, 259, 268
iudicium publicum III 80, 141, 150
iugatio III 227
iugera I 190
iugerum III 226, 227, 228
iugum I 190, 197, III 226-228
iulius I 190, 197
iumenta III 256
ius III 13, 39, 40, 54, 84, 85, 91, 115, 174, 240, 241, 251
  ius accusandi III 141
  ius ad rem III 95
  ius civile I 41, III 26
  ius honorarium III 26, 54
  ius liberorum I 113, 121, II 37, 303, III 30, 64, 65, 199

ius poenitendi III 95
ius vetus III 130
ius vitae necisque III 125, 137
in ius vocare III 137
iure filiorum III 114
iuris peritus III 83
iusiurandum III *269*
iussum III 17, 83, 87, 123, 258

laborare I *182*
latro I 192
latronum hostiumve incursus III 236
legata I 71
legatarius I 192, 197
legatum I 192, 197, III 104
legatus III 71
lex III 40, 84, 175, 239
lex Cincia III 68, 77-79
lex commissoria III 95, 113,132, 268
lex Falcidia III 41, 81, 82, 104
lex Fufia Caninia I 61, III 56
lex generalis III 16, 34, 37
lex Iulia de adulteriis III 69
lex Iulia de vi privata III 71, 149, 150
lex Iulia municipalis III 64
lex Iulia vicesimaria III 185
lex Papia Poppaea III 129
«iubet lex» III 39
«lex praecipit» III 39
legis peritus III 83
leges I 28, 34, 37, III 39
leges laicae I 47
leges moresque locorum III 187
leges saeculares I 27, *97*, 131
liber directionum I 54
liberalitas III 170
liberi III 62, 84, 88, 92, 141, 203, 243, 24
libertas III 183
ad libertatem proclamare III 142
libertus ingratus III 77
libri singulares I 71
libri tres iuris civilis I 71
licentia III 183
lingua Aramaea I 27
lingua Romana I 27
linum incidere III 186
lis I 188
iusiurandum in litem III *269*
litis contestatio III 134
locatio conductio III 229, 236, 257
longi temporis praescriptio III 132-135, 145, 205
ludarii I 192, 197, II 35
ludus circensis I 190
lustralis collatio III 218

magistratus municipalis III 60
mala fides III 162
mandatum I 189, III 217
manumissio III 16, 98, 114
manumissio in ecclesia III 24, 54, 73-75, 128, 238
manumissio inter amicos III 73, 128, 238
manumittere II *27*
manus II *27*
mater III 260
medicus I *182*, III 214, 220
metalli poena III 150
metus III 162
miles III 65, 135
milia I 192, 197
militia III 135
mimus I 193, 197
minor III 58, 120, 160, 163, 171, 214, 256, 258, 259
modius I 55, 193, 197
mora III 146
morari III 72
mores I 31
mores locorum III 185, 187
mors
sub tempore mortis III 57
munificentia III 170
munus I *189*, II 218, 220
munera curialia III 218
mutuum III 273

nasciturus III 247
necessaritas I 186
negotiator III 214, 218
negotium III 145, 147, 214
noxae deditio III 266
nuptiae III 160, 209
de incestis nuptiis III 207, 208
nutrire III 245
nutritor III 143

obsequium III 77
officialis I 193, 197, III 221, 222
officium I 186, 196
omissio hereditatis III 154, 156
onus II *53*, III 214
onera matrimonii III 67, 201, 249
operae III 126-128
oppignare I *181*
opus metalli III 151
oratio divi Marci III 192, 193, *194*
oratio divi Severi III 68, 72, 161
ordo I 196
osculum III 166-169
ostiarius III 217
mutuum III 273

pactio III 105-108
pactum III 107, 157, 175, 240, 241
pactum adiectum III 257
pactum de non vendendo III 189
pacta dotalia III 240
palam III 183
parens manumissor III 48, 116, 161, 162
parentes III 70, 137, 141, 203
paries communis III 193

participare III 142
partus ancillae III 196, 201
passus III 223
pater
  pater adoptans III 114, 120, 140
  pater binubus III 49
  pater familias I 102, III 16, 21, 48, 49, 52, 54, 56, 73, 76, 114, 160, 163, 164, 169, 219, 255, 256, 258, 264, 267
patria III 187
patria potestas I 71, III 16, 20, 21, 52, 56, 71, 72, 97, 114, 116, 162, 163, 215, 245, 251
patronus III 141
peculium I 124, 194, 197, III 12, 19, 21, 24, 48, 52, 54, 75, 219, 258
  peculium castrense III 48, 52
  peculium quasi castrense III 48
peregrinus III 159
perforare III 152
periculum I 191
perseverantia voluntatis III 68, 77
personae exceptae III 77-79
personae honestiores III 150-152
petitio finium regundorum III 207
petitor III 145-147
pietas III 137
pignus tacitum III 211
planus
  de plano III 136, 137
pluris petitio III 231, 232, 253
poena I 194, III 17, 23, 125, 139, 149, 151, 152, 157, 240, 252, 270
  poena capitalis III 129
  poena furti III 149
  poena legitima III 151
  metalli poena III 150
pompa III 184
portio legitima III 47, 62
possessio I 193
  possessio continuata III 132
possessor III 100
postulare III 60
postulatio III 61
potentiores I 44
potestas III 219
  in potestate retinere III 97
praeco III 221
praedia rustica et suburbana III 72
praefectus I 28, 195, II 33, III 60
praeiudicium III 246, 247
praescriptio III 29, 206
  longi temporis praescriptio III 132-135, 145, 205, 206
praesentia III 135
praeses II 41
praeses provinciae I 190, II 181, III 15, 53, 54, 60, 71-73, 114, 118-120, 122, 124, 125, 128, 134, 136, 137, 145, 146, 151, 187, 259
praestatio auri atque argenti III 214
pretium I 196, III 142, 143
privilegium III 214, 215
  privilegium exigendi III 192
procurator III 86
probare III 125, 252
probatio III 139
proclamatio III 143
  proclamatio ad libertatem III 142, 143
proconsul III 149, 151, 152
procuratio I *181*
procurator I *189*, III 13, 21, 65, 87
  procurator ad litem III 124
  procurator litis III 124
  procurator omnium bonorum III 87
professio
  ~ apud acta III 246
  ~ in actis III 246
professor I 47, III 214, 220
  professores litterarum II *147*
profiteri I 47, III 247
  profiteri (apud acta) III 245
propinquus III 161, 162
provincia III 135
pubertas III 57
pubes III 57
publica recitatio III 185
publice III 183
  publice recitare III 186
pupillus III 164, 259
pure III 96

quadruplum III 149, 151, 171, 190
quarta divi Pii III 62, 63
querela
  ~ inofficiosi testamenti III 17, 46, 62-64, 118, 119, 122, 233
  ~ non numeratae dotis III 233, 234
  ~ non numeratae pecuniae III 233

raptus III 129, 248
rationalis III 217
receptum III 255-257
rector III 145
  rector provinciae I 190
recuperare I *182*
reddere III 111
redhibere III 97
regressum I *182*
relegatio I 189
religio III 221
repudium I 121, 195, 197, III 22, 23, 69, 239, 241, 242, 250-252
res
  res communis III 139
  res furtiva III 266
  res uxoria I 71
  rem pupilli salvam fore III 59
rescriptum principis III 114
responsa prudentium III 17, 23, 239
restitutio in integrum III 120, 162, 163, 269

retentio III 85, 175, 239, 240, 243, 244
retentio dotis III 69
retentio propter liberos III 85, 243, 244
retentio propter mores III 69
retentio ususfructus III 21, 138
revocatio in servitutem III 77, 78

sacra (epistula) I 195, 197
salarium III 220
scholasticus I 196
scire III 107, 111
scriptura III 131
senator I 195
senatus consultum
SC Calvisianum III 130
SC Claudianum III 23, 105, 106, 145
SC Libonianum III 82
SC Orfitianum III 261
SC Plancianum III 246, 247
SC Tertullianum III 49, 64, 65, 199, 260
SC Turpillianum III 125
SC Vellaeanum III 117, 135
servare III 243
servus III 111, 258
«si quis» III 37, 38
signaculum III 186
signare III 186
signator III 186
simplaria venditio I 186, III 96
societas III 158, 192
socius III 192, 193
socius aedificii III 192-194
solidus III 111
solvere II *59*
soror consanguinea III 49
spatium II *85*
spatium legitimum III 224, 226
specialiter III 206
sponsa III 165
sponsalia III 20, 165-168, 170
sponsus III 165, 169
sportula I 195, 197, III 222
spurius III 246
stabularius III 255, 257
stadium I 195
statu liber III 126, 127
stellionatus III 149-151
stipulatio III 126
stipulatio Aquiliana III 105, 156, 157
stirps III 50
stuprum III 149, 150
subscribere III 102, 186
subscriptio I 196, III 39, 83, 101-103
subscriptio generalis III 83
sui heredes III 66
sui iuris II *71*
sumptus I 187
superficies III 192
superfluum III 189
superscriptio III 186

suppellex III 168

tabellio I 193
tabula III 185, 186, 188
tabulae authenticae I 187, III 187
tabulae descriptae I 186, III 187
tabulae nuptiales III 181, 184
tabulae testamenti III 187
tabulae I 196
talio III 140
tempus
~ ad deliberandum III 153
~ utile III 97
sub tempore mortis III 57
testamentum I 71, 188
testamenti factio (activa) III 16, 23, 52, 53
testamentum inofficiosum III 46, 82, 93
testimonium III 204
testis III 147
theatrum I 190
traditio III 78, 79, 131, 138
traditio per chartam III 138
transactio I 188, III 105, 157, 162
transmarinus I 188, III 145, 147
tribunal
pro tribunali III 136, 137
tributum III 131
tributum capitis III 214
tutela I 71, III 58, 61, 65, 88, 90, 162, 220
tutela dativa III 88
tutela impuberum III 57
tutela legitima III 60, 88
tutela mulierum III 58
tutor I 190, III 16, 22, 58-61, 86, 89, 90, 116, 117, 123, 124, 163, 164, 259, 261-263
tutor dativus III 16, 60
tutor legitimus III 59, 60
tutor mulieris III 87
tutor testamentarius III 16, 60, 90
tyrannus I 44

uncia I 193, 197, III 20, 41
usura III 253
ususfructus III 21, 196
uter dignior sit III 93
uxor III 209
uxor in manu mariti III 49

venditio III 132
venditio per potentiam extorta III 21
veteranus I 193, 197
veteres leges III 17, 23, 239
via I 194
vidua III 129, 150
villa III 131
virgo III129, 150, 248
vis III 162
vis maior III 235
vi bonorum raptorum III 207
visitator I 194

4. Griechische Ausdrücke

Nicht aufgenommen sind die Band I, Kapitel VIII, Abschnitt 2, alphabetisch aufgelisteten griechischen Wörter sowie die grichischen Entsprechungen im "Syrischen Wörterbuch" (Band I, Kapitel X).

ἀγνάτος I 175, 179, II 25
ἄγραφος γάμος III *91*, 99, 108, 182, 183
ἀγωγή I 119, 176, 178, 179, II *85*, 135, 165, 175, 177, 185, 187, 301, 317, 327, 373, III 133
ἀγωγαί I 176, 179, III 223, 252, 265, 266
ἀγωγός II 85, 135, 155, 317, 363, 373, 375, III 133, 207
ἀ<δ>γνάτος s. ἀγνάτος
ἀδελφοποιησία III 157
ἀδελφοποίησις III 157
ἀδελφοποιία III 24, 157-159
ἀδύναμος III 37
αἵρεσις I 100, 119, 121, 176, 177, 179, II 143, 145, 151, 375, III 41, 73, 96
αἱρεσιώτης I 176, II 151
αἱρετικός I 176, II 151
ἀκίνδυνος III 141
ἄλλα ὠνέακα III 94
ἀμφισβήτησις
ἀνεύ τινος ἀμφισβήτησεως ἐν τῇ νομῇ III 134
ἀνάγκη I 175, II 59, III 94, *95*, 96
ἀναλογία II 171
ἀναπόριφον
τούτον τοιούτον ~ III 97
~ πλὴν νόσου καὶ ἐπαφής III 97
ἀνατρέπειν I 103, *182*, *186*, II *150*, 161, 377, III 228
ἀνάτρεψις I *182*, II 159
ἀνατροπή I 182, 183, III 228
ἀνατρόπησις I *182*
ἄνευ III 134, 141
ἀννῶνα I 127, 176, II 67, 83, 157, *159*, 183, 213, 235, 325, III 263
ἀντίγραφον I 176, II 117, 119, III 187
ἀξία III 216
ἀξίωμα I 176, II 149, 371, III 216
ἀπαγορεύειν III 40
ἀπαιτῆσαι I 184
ἅπάς I 183
ἀπέχειν III 234
ἀπέχειν καὶ πεπλήρωσθαι III 235
ἁπλῆ ὠνή I 179, II 61, 143, 375, III 41
ἀπογραφή II *69*, III 110
ἀποκήρυξις III 62, 63, 120-122, 140
ἀπολύειν II *53*
ἀπόλυσις II 165, 301, III 22, 234, 235
ἀῤῥαβών I 175, II 12, III 112, 169
ἀρχαί I 176, 178, II 151
ἀρχειώτης I 176, II 117, 119, III 184-187
ἀρχιτέκτων III 224
ἀτιμοῦντες II *35*
αὐθέντης I 127, 176, II 183
αὐθεντία I 119, 176, II 43, 361
αὐθεντικόν I 176, II 119, III 187

βαλανεῖον II 109
βεβαιώτης III 94

γάμος III *91*, *99*, 108, 182, 183
γένος I 175, II 25, 27, 57, 107, 111, 129, 131, 173, 175, 191, 197, 201, 227, 251, 253, 267, 283, 287, 295, 299, 307, 309, 313, 329, 339, 367, 389, III 54, 93, 169, 200, 272
γνώμη II 73, 175, III 119
γυνὴ (ἐκ) νεότητος III *99*

δαίμων I 56
δαπάνη I 176, II 119, 123, 369
δαρεικός III 249, II 121, 173, *179* , 249
δευτέρα II 157, 159, 325
δηνάριος II 107, 111, 153, 159, 179, 225, 233, 249, 251, 261, 295, 299, 301, 325, 331, 339, 341, 353, 357, 379
διαγιγνώσκοντες III 268
διαθήκη I 175, 178, II 12, *37*, *95*, 269, 331, III 103
διάλυσις I 179, II 67, 101, III 104, 105, 156
διαπόντιος I 175, II 93, III 145
διάριον III 219
διάστυλον II 157, III 225
διάταξις III 40, 217
ἡ διάταξις ἀπαγορεύει III 40
ἡ διάταξις νομοθέτει III 40
ἡ διάταξις φησί III 40
δικαιολογεῖν II *37*
δικαιώματα I 176, II 15, 121, 189, 273, 335, 359, III 188, 268
δικαστήριον
ἑκατονάνδριον δικαστήριον III 119
ἑκατοστόν (δικαστήριον) III 119
ἐν δικαστηρίῳ παραχωρεῖν III 155
δίκη I 176, II 37, 95, III 65, 98, 146
καθάπερ ἐκ δίκης III *190*, 211, 261f.
δικύμβαλον II 377, III 225
διπλάσιον III 222
δοκιμασία I 127, 176, 178, II 159
δωρεά I 112, 114, 118, 121, 124, 178, II 12, 39, 45, 47, 87, 109, 111, 115, 117, 141, 175, 187, 221, 239, 249, 279, 281, 295, 297, 303, 309, 321, 391, III 41, 103, 170, 174, 176, 178-181, 210, 238, 239, 242, 248, 249

ἐάν τις III 38
ἔγγραφος γάμος III *91*, *99*, 182

ἔθος III 224
ἑκατονάνδριον δικαστήριον III119
ἑκατοστή I 55, 121, 176, II 179, 379, 391, III 254
ἑκατοστόν I 176, II 73, III 118
ἑκατοστόν (δικαστήριον) III 119
ἑκατοστῶν II 73
ἔκδικος I 175, 177, II 65, 119III 102, 103, 187
ἐμαγκιπάτος I 175-177, II 27, 89
ἔμπειρος III 83
ἐμφανίσεις III 103
ἐναπόγραφος I 175, II 69, III 109, 110
ἐντολεύς I 104, 176, II 37, III 87
ἐντολικόν I 55, 104, 119, 121, 124, 176, II *37*, 51, 75, 85, 127, 331, 385, III 86, 87, 124, 136, *197*
ἐνυπόγραφος III *109*, 110
ἐξωμοσία II 131, 227, 371, III 203
ἐξορία I 176, II 95, 97, 217, 269, 365, 367
ἐπαφή
ἀναπόριφον πλὴν νόσου καὶ ἐπαφής III 97
ἐπερώτησις
καὶ ἐρωτηθεὶς εἶπον ἀδύναμον εἶναι τὴν ἐπερώτησιν III 37
ἐπιθεῖσαι I 184
ἐπίλυσις III 234
ἐπίσκοπος I 175, 178, II 43, 147, 167, 243, 291, 359
ἐπιτελέσαι I 127, 184, II 183
ἐπιτέλεσις III 263
ἐπιτίθημι I 184
ἐπιτροπή II *53*
ἐπίτροπος I 124, 175, 179, II 12, 51, 53, 241, 333, III 86, 87, 90
ἐπιφέρειν
παντὶ τῷ ἐπιφέροντι III 265
Ἑρμής
κοινὸς Ἑρμής III 270
ἑρμηνεία III 12
εὐχή
ὑπὲρ αὐτοῦ πρὸς τὸν θεὸν εὐχεῖς III 220

ζημία I 176, 178, II 97, 367, III 149

ἡγεμών I 47, 59, II 15, 71, 93, 197, 347, III 114, 145
ἡνίοχος II 35

θέατρον II 35, 175, 309, 355
θεός III 220

ἴδιος III 103
ἰνδικτιών II 119
ἰούγερα II 157, 159, 325
ἰούγον I 179, II 157, 159, 235, 325, 377, III 226, 227
Ἰουλιανός ἀσχαλωνίτης III 224
ἰούλιος I 175, 179, II 93

ἱππικός I 176, 177, II 35

καθάπερ ἐκ δίκης III *190*, 211, 261f.
καθολικός II 19, 147
κακὴ αἵρεσις I 177, 179, II 143, 375, III 41, 96
καλὴ αἵρεσις I 100, 119, 121, 177, 179, II 143, 145, 375, III 41, 73, 96
κανών II 15, *149*, 193, 323, 327, 335, 347, III 219
κάνονα γὰρ ἔχε τοιοῦτον III 37
κάστρα III 223
καταγραφή I 176, II 47, 59, 81, 281, 285, III 79, 94, 96, 130, 131
κατασκευή I 176, II 183, *327*
κατηγορεῖν I 180, III 77
κατηγωρία II 89
κελεύει νόμος III 39
κελεύουσιν νόμοι III 39
ἐκέλευσαν οἱ νόμοι III 88
κίνδυνος I 175, II 89
ἀκίνδυνος III 141
ἄνευ κίνδυνος III 141
κινῆσαι I 184, II 185
κίνησις I 184
κλῆρος II 149, 167, 169, 291, III 217
κληρικός I 176, II 149, 153, 233, 353
κληρονομία III 55
κογνάτος I 175, 179, II 25
κοινόν II 149, III 219
κοινὸς Ἑρμής III 270
κουράτωρ I 121, 124, 179, II 12, 183, 327
κώμη
πρεσβύτερος κώμης III 188, 263

λαμβάνειν III 237
ἅτινα ἐλαβον παρακαταθήκην III 237
λεγάτον I 176, II 41, 49, 65, 67, 71, 73, 81, 99, 117, 281, 289
λεγατάριος I 176, II 65, 67, 99, 117
λῃστής I 175, II 77, 167, 213, 269, 289, 333, 355, 361, 363, 391, III 124
λουδάριοι II 35
λύσις III 234
ἐπὶ λύσει III 132

μανθάνειν
πλέον μάθε III 37
μάστιξ
καὶ μάστιξιν ἐπ' αὐτὴν χρῷτο III 251
μέμψις III 118, 157
μῆνες σχολάζοντες III 145
μιλιάριον III 223
μίλιον II 155, 375
μῖμος I 176, II 35, 279
μνηστεία III 165, 170
μόδιος I 175, II 159, 177, 325, 377, 391
μοιχεύειν III 251

νεότης
γυνὴ (ἐκ) νεότητος III *99*

νομή I 121, 176, II 45, 47, 63, 81, 85, 125, 135, 155, 157, 213, 281, 301, 363, 371, 373, 377, III 100, 133, 135, 226
νομή (Servitut) III 207
νομή (Abstand) III 226
νομαί I 176
ἀνεύ τινος ἀμφισβητήσεως ἐν τῇ νομῇ III 134
νομικός I 175, II 49, 65, 205, 209, 281, 313, III 83, 102, 103
νομοθέτειν
ἡ διάταξις νομοθέτει III 40
νόμος (Gesetz) I 175, II 12, 135, 317, III 39, 40, 88, 97, 173, 176, 181-183
νόμος ἀῤῥαβώνων III 112
νόμοι III 40, 151
ἀπὸ τῶν νόμων Φαλκίδιον III 63
νόμων ἔμπειρος III 83
νόμοι ἤτοι ἔθη III 224
νόμος (Abstandsfläche) II 321, 323
νόσος
ἀναπόριφον πλὴν νόσου καὶ ἐπαφής III 97

οἰκογενής III 89
οἰκονόμος I 175, II 121, III 188
ὁμολογητής I *47*
ὀρθοδοξία II 149, 151
οὐγκία I 176, II 23, 35, 49, *67*, 237, 281
οὐσία I 179, II 67, 141, 183, 185, 261, 319, 327, III 19, 41, 210, 211, 264
ὀφικιάλιος II 153, 389

Παλαιστίνη III 224
παλλακή I 119, 176, II 139, 177, 337
πανδοχεῖον II 179, 379, III 256
παραγγέλλειν I 180, II 217
παραγγελία I 107, 119, 21, 124, II 69, 83, 91, 93, 121, 217, 367, III 134, 145-147, 189
παραθήκη I 121, 178, II 165, 167, 185, 319, 327, III 235-237, 270
παρακατατίθεμαι σοι III 237
παρακαταθήκη
ἅτινα ἔλαβον παρακαταθήκην III 237
ἐν παρακαταθήκη σε ἔχειν III 237
παραμένειν III 128
παραμονή III 128
παρατίθεσθαι III 237
παραχώρησις I 103, 121, 181, II *99*, III 66, 153-155
ἐν δικαστηρίῳ παραχώρησις III 155
παραχωρεῖν I 103, II 99, III 154
παραχωρῆσαι I 181
παῤῥησία I 178, II 115, 117, 221, 223, 297, 387, III 91, 174, 182, 183, 210
πατροποιία III *159*
πατροπυητός III 159
πᾶς
παντὶ τῷ ἐπιφέροντι III 265
πεκούλιον I 179, II 45
περίλυσις III 234
περιοδεία I 182
περιοδεύειν I 182, II 159, 377, III 228
περιοδεῦσαι I 182
περιόδευσις I *182*, III 228
περιοδευτής I 176, 178, *182*, II 45, 167, 291
περίοδος I 182
ΠΙΠΙ III 241
πίστις I 176, II 121, III 190
πλατεῖα II 155, 321, 375, 377, III 224
πλέθρον II 157, 159, 235, 325, 377, III 226
πλέον μάθε III 37
πόλις III 134
πόρος II *149*, III 204
πρᾶσις ἐπὶ λύσει III *132*
πράττεσθαι III 103
πρεσβύτερος III 188
πρεσβύτερος κώμης III 188, 263
προθεσμία I *62*, 121, II 93, 95, 123, 143, 163, 165, 259, 293, 301, 351, 369, 375, 377, III 145, 146, 148, 231
προικῶον III 174
προοίμιον II 359
πρόστιμον II 101, III 105, 157

ῥεπούδιον I 124, 177, 179, II 39, 115, 169, 177, 391, III 241
ῥωμαῖος I 59, 177, II 15, 19, 37, 75, 85, 119, 149, 159, 193, 197, 273, 325, 363, III 120, 135

σάκρα I 176, 179, II 137, 229, III 41, 208
σημείωσαι III 37
σκεύος III 168
σπόρτουλον I 176, 177, II 153
στάδιον I 177, II 35
στενωπός III 224
στοά II *155*, *157*, 321, 323, 327, 233, 353, 375, 377, III 224, 225
στρατεία I 121, II *85*, 363
στρατηγός I 121, 124, 176, 79, II 33, 277, III 71
στρατιώτης II 85, III 135
συγκλητικός I 176, II 41, 305, III 71
σύγκλητος II 201
συνάλλαξις I 184
συναλλάσσειν I 184, II 185
συναλλάξαι I 184
σύναξις I 184
συνήγορος II 201, 341, 353
συντέλεια I 181, III 227
συντελέσαι I 127, 181, II 159
σφραγιστής III 186
σφραγίζειν III 186
σχῆμα II 149
σχολάζειν
μῆνες σχολάζοντες III 145
σχολαστικός I 176, 182, II *41*, 161, III 229
ταβουλάριος III 172

τάγμα I 176, II 207, 211, III 110
τάξις I 113, 175, 176, II 15, 21, 27, 37, 153, 173, 181, 197, 249, 253, 261, 273, 287, 323, 347, 389, III 249, 260
ταμιεῖον I 121, 181, II 139, 159, 229, 263, 325, III 209, 217, 219

τιμή I 175, II 57, 59, 83, 91, 121, 145, *149*, 161, 163, 171, 175, 179, 185, 191, 207, 213, 215, 233, 241, 243, 247, 253, 257, 285, 291, 295, 309, 319, 321, 369, 379, III 230, 231, 249, 256, 266
τιμαί (Ehren) III 216
τρίτη II 159, 325

υἱοποιία III 159
ὑπαγορεύειν III 102
ὑπατεία II 189
ὑπόγραφος III 109
ὑπογραφή II *69*, III 109
ὑποδιάκονος II 147
ὑπόμνημα III 114
ὑπομνήματα I 176, 179, II 65, 71, III 24, 41, 103, 104, 114

Φαλκίδιον
ἀπὸ τῶν νόμων Φαλκίδιον III 63
φερνή I 176, II 12, 109, 115, 117, 141, 161, 165, 169, 173, 177, *185*, 189, 231, 255, 295, 297, 301, 309, 367, III 72, 91, 99, 174, 176, 178-184, 200, 210, 211, 238, 239, 244, 248, 250
φερναί III 181, 238
φημί
ἡ διάταξις φησί III 40
φίλημα III 169
φραγέλλιον II 177, III *251*

χάρτης I 177, II 121, 183, 185, 189, 319, 327, III 190, 204
χώρα I 176, II 43, 147, 287
χρουνός III 225
χρυσάργυρον II 147, 149, 269, 341, 353, III 214, 217
χρυσώνητος III 89
χωρεπίσκοπος II 167, 243

ὠνέακα
ἄλλα ὠνέακα III 94
ὠνή
ἁπλῆ ὠνή I 179, II 61, 143, 375, III 41

5. ORIENTALISCHE AUSDRÜCKE

Nicht aufgenommen sind Wörter, die nur als Beleg für Varianten erwähnt sind, die griechischen Fremdwörter und die im "Syrischen Wörterbuch" aufgelisteten Wörter. Die Ausdrücke werden alle in Umschrift geboten, die Reihenfolge richtet sich nach dem lateinischen Alphabet, nur ʿAyin (ʿ) ist am Ende eingeordnet.

a) Syrisch

āmar nā «nämlich» I 104
ammā «Elle» III 223
ammhūṯā «Sklaverei» I 117
audī «bekennen» I 47
aṯrā «Ort, Möglichkeit» I 116, III 134

badōqā «Forscher, Lehrer» I 48
baitā «Haus» III 191
bīrtā «Wasserschloß, -behälter» III 223
bnaiyā «Söhne, Kinder» III 52
bnay gensā «Angehörige» III 272
bnay qyāmā III *75*
bʿā «wünschen» I 105
bʿeldīnā «Prozeßgegner» III 145

dastīr «Brautpreis» II 249
demmā «Blut» II *77*
dīnā «Prozeß» II *61*
drūḵtā «Geliebte» I 119

eštārā «(Schuld)urkunde» III 204
eṯā wa-šqal paḡrā «er ist gekommen und hat einen Leib angenommen» I 97

gnōnā «Ehegemach» II *175*

hadīṯā «Geschenk (?)» II *329*
ḥauwī «beweisen» III 125
ḥeggyānā «Grammatik» I 48
hpaḵ «rückgängig machen» I 103, 105, II *159*
hpaḵ ʿal «sich gegen jemand wenden» I 183
ḥtam «siegeln, unterzeichnen» III 186

īḏā «Hand, Macht» I 116
īdaʿ «wissen» II *189*
iṯar «Nutzen haben, erlangen» II *187*

kannā «Stamm (eines Baumes)» III 228
krestyānā «Christ» III 204
kṯaḇ «schreiben» III 102
kṯaḇ b... «unterschreiben» III 102

kṯāḇā «Urkunde» II 183, 319, 327
Kṯōḇō ḏ-hudōyē «Buch der Rechtleitungen» I 29, 53, 54
mahrā «Brautpreis» II 249, 329, 349
malkā «König, Kaiser» II 10
mallpānā «Lehrer» I 48
mallpānūṯā «Lehre» I 48
maqryānā «Hochschullehrer» I 48-49
mārā «Herr» I 105, III 191
maudyānā «Bekenner» I 47-49
mauhaḇṯā «Geschenk» I 112
mautā «Tod» I 100, III 151
meḏyārā «Wohnung, Stockwerk» I 105, III 191
meškānā «Pfand» I 105
meškānūṯā «Verpfändung» I 105
mhaggyānā «Lehrer der Grammatik» I 48
mḥūṯā «Schlag» I 100, III 151
mḵirūṯā «Verlobung» III 165, 168-170
mḵīrā «Verlobter» III 165
mḵīrtā «Verlobte» III 165
mp̄aššqānā «Erklärer» I 48
mīdōlīnāyā «Mailänder» I 49
nusḫā «Handschrift» I 148

parṣōpā «Person» III 205
pnā «zurückgeben» I 105
pursā «Grund, Möglichkeit» III 204

qanyā «Rohr, Rute» III 228
qaššīšā «Ältester, Priester» III 263
qayyem «(zur Anklage) stehen» III 125
qeryānā «Lesung» I 48
qreḇ «sich nähern, (eine Erbschaft) antreten» III 153
qṣāṣā «Abmachung» I 105, III 254
qṣūṣā «Abmachung» I 105

rabbaitā «Vorsteher» I 48
rabban «unser Lehrer» (Titel) I 48
rabbānē «Große, Lehrer» I 48
raḥmṯā «Geliebte» I 119
ramyā «Betrüger» III 150
ršā «Beschwerde» III 118

sāḇā «Großvater» I 118
ṣaḥ *(afʿel)* «diktieren» III 102
šakken «zuwenden, schenken» III 154
šallīṭ «können» I 105
sāp̄qāʾīṯ «genügend» III 121
ṣḇā «wollen» I 105
šeḏkā «Ehegabe» II 299, 391
šeḡrā «Wasserabfluß» III 225
ṣḥāḥā «Handschrift, Exemplar» I 149
spīqāʾīṯ «grundlos» III 121
štārā «(Schuld)urkunde» III 204

tābōʿā «Forderer» III 145
ṭalyā «Junge, filius familias» III 256
ṭbaʿ «siegeln» III 186
tenwai «Abmachung» III 126
ṭūrā «Berg» II *157*

urḥā ḏ-teḇʿṯā «Klage» I 119
yuṯrānā «Nutzen, Gewinn» II *187*

zabben «verkaufen» II 11
zḇan «kaufen» II 11
zeḇdā «Brautpreis» I 114, II 221, 249, 349
zūzā «Zūz» (Münze) II *107*, 339, 357

ʿaḇdūṯā «Sklaverei» I 117
ʿḇaḏ «machen, reparieren» I 180, 182, 185
ʿellṯā «Ertrag» III 210

b) Arabisch

hadīya «Gabe, Geschenk» II *329*
kamala «es ist fertig» I 152
Kitāb al-Hudā «Buch der Leitung» I 36, 67
Muḫtaṣar aš-šarīʿa «Rechtskompendium» I 67
waṣīy «Vormund» II 331

c) Armenisch

Datastanagirkʿ «Gerichtsbuch» I 30

6. QUELLENREGISTER

A) Syrisch-römisches Rechtsbuch

Neue Zählung:
§ 1 I 102, 103, 104, 111, 113, 124, III 8, 14, 19, 22, 32, 33, 34, 37, 40, **43-51**, 51-54,62, 93-94, 199-200
§ 2 I 102, 113, III 16, **52-53**, 55-57
§ 3 I 104, 112, III 16, 19, 22, 23, 48, 49, 51, **53-56**, 73, 114
§ 4 I, 117, III 16, 40, **56-57**
§ 5 I, 124, III 23, 40, **57-58**
§ 6 III **58-61**, 71
§ 6b I 138, III 22, 23
§ 6c III 22, 24
§ 7 I, 113, III 19, 40, 51, **61-64**, 82

§ 8 I 113, III 40, **64-65**, 73
§ 9 I 104, III **65**, 98
§ 10 III **66**, 153
§ 11 I 113, III 16, 24, 37, **66-67**
§ 12 III 37, **67-68**, 77
§ 13 III **69**, 80
§ 14 I 44, 138, III 37, 38, 40, **70**, 71
§ 15 I 44, 111, III 19, 33, 37, 40, 70, **70-71**
§ 16 III 20, **7172**, 73, 86, 129, 132
§ 17 I 119, III 15, 37, **72-73**
§ 18 II 112, II **73**
§ 19 I 107, 113, III 16, 19-21, 24, 54, **73-76**, 84, 238
§ 20 I **62**, 118, III 37, **76-77**, 78, 79
§ 21 I 55, III 37, **77-78**
§ 22 III **78-79**
§ 23 I 119, 126, III 17, 22, 69, **80**, 137
§ 24 III 37, **80-82**, 91
§ 25 I 111, III 20, 37, 41, 51, 81, **82**, 104
§ 26 III 24, 37, **82-83**, 103
§ 27 I 43, 104, III 34, **83- 86**, 173, 175, 213
§ 28 III 21, 37, **86-88**, 136
§ 28a III 88
§ 28b I, 119, III 67
§ 29 III **88-89**, 134
§ 30 I 104, III 39, 41, 81, **89**, 90
§ 31 I 111, III 81, **90**
§ 32 I 44, III 17, 21, 24, **91-92**, 173, 181, 182
§ 32a I 100, 102
§ 32b I 76, 102, 111
§ 33 III 51, **93-94**, 200
§ 34 III **94-96**, 111, 112, 131
§ 35 I 102, III **96-97**
§ 36 III 52, 56, **97-98**, 160
§ 37 I 113, III 22, **98**
§ 38 I 103, III 21, **98**
§ 39 I 112, III 21, **98-100**, 130, 131
§ 40 I 104, III 20, 37, 52, 56, **97-98**, 160
§ 41 III 24, 37, **101-104**
§ 42 III 20, 51, **104**
§ 43 III 24, **104-105**, 156
§ 44 III **105-108**, 145
§ 45 III **109-111**
§ 45b III 21
§ 46 I 76, 102, 113, III 94, **111-113**
§ 47 III 24, 37, 41, **113-114**, 145
§ 48 I 119, III **115**
§ 49 III **115-116**
§ 50 III **117**
§ 51 III **117-118**
§ 52 III 37, **118-120**, 233
§ 53 III 21, **120-122**, 140
§ 54 I 116, III 17, 55, **123**
§ 55 III **123-124**
§ 56 III **124-125**
§ 57 III 37, **125**
§ 58 III 75, **126-128**
§ 59 III 37, 70, **129**, 132
§ 60 III **129**
§ 61 III 51, **129-130**
§ 62 III **130-131**
§ 63 I 44, III 21, 65, **131-132**
§ 64 I 104, 115, 116, III **132-135**, 145
§ 65 III 39, **135**, 136
§ 66 III 21, **136**
§ 67 III 80, **136-137**
§ 68 III 21, 41, **138**
§ 69 III **138-139**
§ 70 I 115, III 125, **139-170**
§ 71 III **140**
§ 72 III 37, **140-141**
§ 73 III **141-142**
§ 74 I 76, 117, 138, III 23, **142-143**
§ 75 I 43, III 17, 20, 37, 114, 134, [a] **144-148**
§ 75a I 111, 112, III 22, 40
§ 75b III 40
§ 76 III 17, 23, 38, 111, **148-152**
§ 76d I 100
§ 76e I 117
§ 77 I 45, 103, 105, III 55, 66, **153-156**
§ 78 III 19, 24, 39, 105, **156-157**
§ 79 III 24, 39, **157-160**
§ 80 I, 113, III **160**
§ 81 III 37, **160-162**
§ 82 III 145, **162-163**
§ 83 I 105, III **163-164**
§ 84 III 15, 19-21, 23, 39, **165-170**, 171
§ 85 I 119, III 23, 168, **170-171**
§ 86 I 43, 100, III 20, 40, **172-173**
§ 87 I 43, III 19, 20, 23, 41, 73, 83-85, 91, 148, **173-184**, 213, 238, 239, 250, 269
§ 87a I 103, 105, 115, II 8, III 24, 40
§ 87b III 41
§ 88 I 107, III 24, 103, **184-188**
§ 89 I 115, III 23, 24, 108, **188-190**
§ 90 I 105, 115, 116, III 21, **191-194**
§ 91 III 22, 39, **194-196**, 200, 201
§ 92 III 39, **196-197**
§ 93 III **197-198**
§ 94 III 22, 39, 51, 64, **198-200**
§ 94a I 113, III 50
§ 95 I 104, III 33, 150, **200-202**, 231, 248, 249
§ 96 I 107, 115, III 22, 39, 40, **202-204**
§ 97 I 116, III 19, 23, **204-207**
§ 98 I 44, III 22, 39, **207-210**
§ 98a I 117, III 22, 41
§ 99 III 19, 41, 188, 190, **210-211**
§ 100 III 39, **211**, 212

§ 101 I 100, 103, III 41, **96-97**, 212
§ 102 III 20, **212-214**
§ 103 III 20, **214-215**
§ 104 I 107, 108, II 7, III 23, 40, **215-220**
§ 105 I 43, 55, 107, 108, II 7, III 23, 40, 175, **220-222**
§ 106 I 43, 112, 115, 116, III 23, 41, **223-228**
§ 107 I 103, 104, III 21, 36, **228-229**
§ 108 I 112, III 22, 24, 40, 73, 173, 175, 195, 201, **230-231**, 249
§ 109 III 24, 188-190, **231**
§ 110 III 85, **231-232**
§ 111 I 101, III 22, 24, **232-235**
§ 112 I 122, III **235-237**
§ 113 III **237**
§§ 113ff. III 35
§ 114 III 20, 24, 36, 75, **238**
§ 115 I 43, III 17, 23, 24, 73, 83-85, 173, 178, 180, 213, **238-245**, 250
§ 116 III **245**
§ 117 I 119, III **245-247**
§ 118 III **247-248**
§ 119 III 17, 22, 41, **248-250**
§ 120 I 63, III 22, 37, 241, **250-252**
§ 121 III **252-254**
§ 122 III 20, **254-255**, 270
§ 123 III **255-258**
§ 124 III 37, **258-259**
§ 125 III 22, 50, 51, 198, **259-261**
§ 126 III 20, 24, 37, **261-263**
§ 127 III 55, 123, 256, **264-265**
§ 128 III 19, **265-266**
§ 129 III 255, **266-267**, 270
§ 130 I 43, 44, 45, 49, 51, 98, III **267-269**
§ 131 III **269**
§§ 131ff. II 9
§ 132 III 255, **270**
§ 133 III **270-271**
§ 134 III **271-272**
§ 135 III **273-274**

Syr.-röm. Rechtsbuch, einzelne Versionen
Ar 1 III 51
Ar 28 III 110
Ar 39 III *151*
Ar 44 I 160, III 245
Ar 50 I 160
Ar 82-89 I *93*
Ar 85 I *93*
Ar 93 III 98
Ar 95 I 160
Ar 102 III 39, 121
Ar 105 III 124
Ar 112 III 138
Ar 116 III 141
Ar 120 III 150
Ar 127 III 158

Arm 20 (Zählung der Ed. Sachau) III 81
Arm 25 III 110
Arm 45 III 177
Arm 51 III 245
Arm 101 III 39, 121
Arm 103 III 124
Arm 118 III 152
Arm 119 III 150
Arm 132 III 191
Arm 139 III 229
Arm 144 III 262
Arm 150 III 257

D 17 III 92
D 25 III 81
D 33 III 124
D 46 III 245
D 47 III 205
D 72 III 92
D 140 III 229

Georg 25 III 110

L 36 III 92
L 45 III 101
L 55-57 I 81
L 60 III 125
L 61 I 83
L 68 III 137
L 81 I 83
L 91, 92 I 129
L 94-95 I 81
L 102-104 I 77f.
L 105 I 39
L 119 III 223
L 123 I 39
L 128 I 39

Not 94 III 262

P 1 III 46, 51
P 3a I124
P 3b III 61
P 11 I 124
P 16 III 92
P 21 I 124, III 111, 112
P 22 I 124
P 24b I, 124, III 73, 74, 76
P 26 III 81
P 28 III 109
P 29 III 124
P 31, 32 I 124
P 34 III 76
P 51 I 124, III 55
P 55 I, 124, III 70
P 56 I 124
P 67 III 121
P 70 III 101
P 78 III 262
P 83c, d III216

RI 25 III 124

RI 55b-d I 88, 90
RI 55c I *62*, III 255
RI 64 I 88
RI 66 III 150

RII 18 III 92
RII 26 III 81
RII 34 I 79f., III 124
RII 44 III 245
RII 45 III 205
RII 50 I 58
RII 53, 54, I 155
RII 57 I 81
RII 74 III 92
RII 89, 90 I 77f.
RII 96 III 101
RII 101 III 116
RII 102 I 80
RII 106 I 79f.
RII 107 I 79f.
RII 108 I 81
RII 111 III 137
RII 126-128 I 80
RII 151b III 228
RII 153 I 73f.
RII 158 I *43*

RIII 1 III 51
RIII 50 III 110
RIII 99 III 191

B) Juristische literarische Quellen

'Aḇdīšō' bar Brīḵā, Nomokanon
II 17 I 63
II 18 I 64
III, Einleitung I 28, *61*, 113
Zitate aus dem SRRB II 346-357

'Aḇdīšō' bar Brīḵā, «Ordo iudiciorum»
Zitate aus dem SRRB II 358-379

Altassyrischen Gesetzbuch
§ 36 III 272

Barhebraeus, Nomokanon
5,3 I 55
7,5 III *169*
8,5 I 56, III 169
9,1 I *55*
11,5 I 55
14,3 I 55
16,2 I 55
32,1,3 I 55
34,3 und 4 I 56
Zitate aus dem SRRB II 380-391

Basiliken
35,2 III 102
42,1,70 schol. 1 III 119

Scholion des Stephanos I 49

Codex Euricianus
280 III *257*

Codex Gregorianus
2, 1-3 III 28
3,6,5 III 87
3,7 III 99, 100, 130
3,7,2 III 100
4,50 III 130
6,3 III 28

Codex Hammurabi
§14 III 150
§§7 und 9-11 III 151
§§133-135 III 272
§191 III *121*

Codex Hermogenianus
1 III 28
1,1 III 233

Codex Justinianus
1,13,1 III 73, 74
1,13,1 und 2 III 238
1,13,2 III 74
1,14,7 III 268
1,17,2,22 I 47
1,2,12,2 III 220
1,3 III 220
1,3,16 III 218, 219
1,3,21 III 216
1,3,32(33) III 222
1,3,33(34) III 217, 219
1,3,41,19 III 216
1,5 III 220
1,5,6 III 221
1,5,8 III 221
1,5,9-11 III 220
1,5,10 III 221
1,5,11 III 221
2,2,1 und 2 III 137
2,4,41 III 157
2,6,4 III 40
2,6,6 III 40
2,7,4 III 40
2,12(13),7 III 65
2,12(13),9 und 13 III 65
2,12(13),25 III 65
2,20(21),1 III 197
2,40(41),2 III 120
2,60(61),7,9 III 222
3,11,1 III 145
3,11,1,1 III 147
3,12,6(7),1 III 146
3,12,9(11) III 221, 222
3, 12, 9 pr. bis §2 I 55
3,19,2 III 134
3,28 III 46, 82
3,28,8 pr. III 46

3,28,17 III 118
3,28,21 III 93
3,28,29 III 47
3,28,34 III 119
3,32,10 und 19 III 99
3,32,26 III 134
3,34,2 III 133
3,34,10 III 133
3,36,3 III 162
3,36,12 III 138, 162
3,37,4 pr. III 139, 162
3,37,4,1 III 163
3,38,3 III 162
3,44,3 III 245
4,2,11 III 273
4,12 III 55, 123
4,12,17,2 III 96
4,13 III 55, 123
4,13,1 III 123
4,20,6 III 203
4,20,9,1 III 202
4,20,16 III 203
4,23,1 III 236
4,24,6 III 236
4,26,7,1 III 264
4,29,1-2 III 117
4,29,5 III 118
4,29,5-7 III 118
4,30,14 III 233
4,32 III 253
4,32,16 III 253
4,35,10 III 197
4,35,18 III 198
4,37,1 III 273
4,46,1 III 197
4,48,5 III 97
4,50 III 130
4,50,6,2 III 130
5,1, III 171
5,1,3 III 168
5,1,4 III 85
5,1,5 III 168, 170, 171
5,1,5 pr.-1 III 171
5,3,15 III 170
5,3,15 pr.-2 III 170
5,3,16 III 165
5,3,19 pr.-3 III 177
5,3,20 III 177
5,4,4 III 209
5,4,8 III 160
5,4,18 III 161
5,4,19 III 210
5,4,20 III 161
5,4,22 III 184
5,5,5 -6 III 207
5,5,9 I 44, III 207
5,9,1 III 261
5,9,3 pr. III 260
5,9,3,1 III 50, 260
5,12,20 III 201
5,12,25 III 72, 244
5,13,1,6 III 72
5,13,1,16c III 181
5,13,1,16d III 269
5,14,1 III 245
5,14,6 III 240
5,14,8 III 87
5,14,9-10 III 177
5,15 III 232
5,15,3 III 233
5,16 III 67
5,17,8 III 239-241, 250-252
5,17,8 pr. III 239, 251
5,17,8,1 III 250
5,17,8,1-4 III 251
5,17,8,2 III 69
5,17,8,2-5 III 251
5,17,8,3 III 69
5,17,8,4 III 180
5,17,8,5 III 69, 180
5,17,8,8 III 240
5,18,11 III 85
5,19,1 III 85
5,28,4 III 61, 164
5,28,7 III 61
5,29,1 III 164
5,29,2 III 61
5,30,4 III 60
5,34 III 59
5,34,4 III 65
5,34,5 III 60
5,35,1-2 III 60
5,37,22 III 61
5,37,22,1, 6 und 7 III 72
5,42 III 59
5,42,1 III 61
5,42,3 pr. III 59, 61
5,63,2 III 117
5,66,1 III 88
5,71,18 III 73
6,1,4 III 111
6,2,11 III 151
6,3,5 III 127
6,3,10 III 127
6,3,12 III 128
6,7,1-3 III 77
6,20 III 199
6,20,4 III 199
6,20,8 III 199
6,22,3,1 III 53
6,23 III 102, 188
6,23,21 III 185, 188
6,23,21 pr. III 186
6,24,7 III 157-159
6,27,5,1b ff. III 89
6,27,5,1b-c III 90
6,28 III 62
6,30,9 III 153
6,30,22 III 153
6,32 III 188
6,32,1 III 186
6,32,2 III 185, 187

Codex Justinianus
6,50 III 104
6,50,2 und 6 III 104
6,56,5 III 50
6,60,1, 3 und 4 III 164
6,61,1 III 85
7,3,1 III 56
7,4,10(9) III 90
7,4,9(10),1 III 90
7,16,5 III 143
7,16,16 III 143
7,16,20 und 23 III 77
7,16,30 III 77, 128
7,18,1 III 143
7,23,1 III 75
7,33 III 132
7,33,10 III 134
7,33,12 pr. III 135
7,36,1-2 III 133
7,39,3 pr. III 205, 207
7,39,8 pr. III 134
7,51,1 III 196
8,7 III 186
8,10,4 III 192, 193
8,10,12 III 224
8,10,12,1 und 4 III 224
8,10,12,3 III 225
8,11,20 III 225
8,13(14),2 III 206
8,16,7-8 III 212
8,19(20),2 III 197
8,23(24),1,2 III 197
8,24(25),1 III 196
8,27(28),3 III 189
8,27(28),7 III 197
8,27(28),20 III 189
8,31(32),2 III 245
8,34(35),3 III 268
8,37(38),4 III 72
8,46(47),3 III 136, 137
8,46(47),6 III 120, 121
8,47(48),2, 4, 6 und 8 III 114
8,47(48),10 pr. und 1 III 140
8,47(48),11 III 53
8,48(49),2 III 53
8,48(49),3 III 54
8,48(49),6 III 53
8,58(59),1-2 III 64
9 III 149
9,1 III 69, 80
9,1,1 III 142
9,1,3 III 139
9,1,9 III 141
9,1,19 III 141, 142
9,2,17 pr. III 140
9,9,6 III 69
9,9,11 III 69
9,9,29(30) III 69
9,9,35(36) pr. III 69
9,9,35(36),2 III 69
9,12,3 III 150
9,13 III 248
9,13,1,2 III 248
9,16,2.4.6 III 38
9,22,6.13.14 III 38
9,33,1-5 III 190
9,45 III 139
9,45,1-2 III 139
9,46,2-3 III 141
9,46,10 III 140
10,32(31),60 III 216
10,53(52) III 214
10,53(52),4 und 5 III 214
10,53(52),6 II *147*
10,59(57) III 71
10,65 III 71
11,1,1 III 214, 218
11,10(9),3 III 111
11,12(11),1 III 80
11,61 III 227
12,60(61),7,9 III 222

Codex Theodosianus
1,1,1 III 268
1,1,3 III 268
1,1,5 III 85
1,1,6 III 268
2,4,2 III 145
2,4,2-4 und 6 III 145
2,4,6 III 146
2,4-7 III 145-147
2,6,1 III 146, 147
2,6,2 III 145
2,6,3 III 147
2,7,1 III 147
2,7,2 III 147
2,7,3 III 145
2,8 III 220
2,8,19 pr. III 146
2,9,2 III 157
2,9,3 III 104, 157
2,12,6 III 65
2,16,2 III 163
2,16,3 III 21
2,19,1 III 64, 119
2,19,5 III 119
2,27,1,4 III 28
2,33,1-2 III 253
3,1 III 132
3,1,2 III 131
3,1,8 und 9 III 131
3,2 III 132
3,2,1 III 268
3,4,1 III 97
3,5 III 165
3,5,2 III 170
3,5,2 pr. III 170
3,5,2,1 III 171
3,5,2,2 III 171
3,5,2,3-4 III 169
3,5,5 III 162

3,5,6 III 15, 165-169
3,5,11 III 167
3,5,12 III 85
3,7,1 III 161
3,7,3 III 184
3,8,1 III 70, 132
3,8,2 III 50
3,8,2 pr. III 260
3,8,2,1 III 50, 260
3,9,1 III 21
3,12,1 III *208*, 209
3,12,2 III 207, 208
3,12,3 III 207-209
3,12,4 III 208
3,13,2 III 85, 175, 239, 240
3,13,3 III 85
3,16,1 III 240, 250
3,16,2 III 239, 240, 250, 252
3,17,2 III 33
3,17,4 III 60
3,30,3 III 72
3,32,2 III 72, 73
4,1,1 III 48
4,2,1 III 21, 199
4,4,7 III 29
4,6 III 82
4,6,2-8 III 91
4,6,4 III 82
4,6,8 III 34
4,8,6 III 143
4,10,1 III 77
4,11,2 III 77
4,11,6 III 108
4,12 III 106
4,12,5 III 108
4,14,1 III 29, 205, 207
4,14,1 pr. III 205, 206
5,1,1 III 199
5,1,7 III 199
5,1,8 III 50
5,9,1 III 172
5,9,2 III 172
6,1 III 216
7,7 III 227
8,8,3 III 221
8,12,4 III 79
8,12,8 III 103, 104, 138
8,12,9 III 138
8,15,1-8 III 131
8,15,5 III 65
8,16,1 III 130
8,18,1 III 29, 85, 164
8,18,2 III 29
8,18,2-3.6 und 9 III 164
8,18,6 III 48f., 267
8,18,7 III 267
8,18,9 III 29
8,18,10 pr.-1 III 49
8,19,1 III 49
9,1,11 III 125, 139
9,1,12 III 141, 142
9,1,14 III 139
9,1,19 pr. III 140
9,7,2 III 69
9,7,3 III 150
9,7,6 III 34, 150
9,10,1 III 150
9,18,1 III 150
9,24 III 129, 248
9,24,2 III 129
9,25,2 III 34
9,27,2 III 34
9,39,2 III 34
10,10,10 III 34
10,10,17 III 34
10,18,2 III 255
10,21,3 III 80
10,22,6 III 135
11,1,1 III 217
11,39,3 III 204
11,39,3,1 III 202
13,1 III 214
13,1,1 und 4 III 214
13,3 III 214
13,3,1,3 III 214
13,3,3 II 147
13,10,2 III 215
15,14,9 III 155
16,2 III 40, 215, 219, 220
16,2,1 III 217
16,2,2 III 218
16,2,3 III 218
16,2,6 III 218
16,2,10 III 218, 219
16,2,15 III 218
16,2,24 III 217
16,2,26 III 218
16,2,33 III 218, 220
16,2,35 III 219
16,2,40 III 219
16,2,41 I 44
16,5 III 220
16,11,1 III 34

Collatio
5,2,1 und 2 III 150
5,3 III 150
6 III 208
6,2 bzw. 3 III 208
6,4,3 III 209
6,4.5 III 208
7,1-2 III 149
7,4,1 III 149
10 III 236
10,3 und 8 III 236
10,9 III 236
11,1ff. III 152
11,8,3 III 152

Consultatio
1,1 III 105
1,8 III 162

Consultatio
1,11 III 157
2,3-5 III 162
2,7 III 162
9,1-7 I 43
9,14 I 43
Cons. I oder II (FIRA II 593ff.) III 162

Cons. ex corp. Greg.
1,6 ex corp. Greg. III 162

Digesten
Constitutio Deo auctore §12 III 12
Constitutio Tanta §21 III 12
1,7,14 III 140
2,12,4 III 146
4,2,13 III 190
4,6,1,1 III 120
4,6,45 III 120
4,9,3,1 III 257
4,9,3,3 III 256, 258
4,9,3,5 III 257
4,9,5 pr. III 256
4,9,6 pr. III 256
5,2,13 III 119
5,2,8 pr. III 119
5,2,8,13 III 119
5,2,8,17 III 119
7,1 III 194
7,1,68 III 195
7,1,68 pr. III 194, 196
7,1,68,1 III 195
7,1,70 pr.-5 III 195
7,1,70,2 III 195
8,2,14 III 226
8,2,19 III 223
10,2,4,3 III 187
10,2,51 III 245
11,7,12,4 III 245
12,1,3 III 273
12,1,22 III 273
12,1,25 III 192
12,5,1 pr. III 229
12,5,4,3 III 229
12,6,26 pr. III 253
13,6,18 pr. III 236
13,6,5,4 III 236
13,7,4 III 189
14,7 III 245
15,4,1 III 87
15,4,1,3 III 87
16,1,32,1 III 135
16,3,27 III 106
16,50,213 III 96
17,1,32 III 197
17,1,59,1 III 197
17,2,44 III 273
17,2,52,10 III 192, 193
17,18,1 pr. III 152
19,2,38 pr.-1 III 229
20,1,6 III 206, 212
20,2,1 III 192
21,1,48,8 III 96
21,1,54 III 96
22,1 III 194
22,1,28,1 III 196
22,3,29,1 III 246
22,5,3 III 202
22,5,12 III 202
22,5,14 III 203
23,2,20 III 161
23,3-4 III 194
23,3,7 pr. III 201
23,3,9 III 87
23,3,9,3 III 67
23,3,10,2 III 196
23,3,10,3 III 201
23,3,69,9 III 201
23,4,12 pr. III 240
24,1 III 67
24,1,32 pr. bis 2 III 68
24,3,21,7-8 III 213
25,2,1 III *265*
25,3,1 und 3 III 246
25,3,3,1 III 246, 247
25,3,5,13 III 116
25,3,6,1 III 77
25,4,1 pr. III 247
25,4,1,1 III 77, 247
25,7,1,3 III 209
26,2,4 III 164
26,2,10,4 III 90
26,2,32,2-3 III 90
26,3,2 pr. III 164
26,3,11 III 164
26,4,1,1 III 60
26,4,5,1 III 61
26,7,3-4 III *124*
27,1 III 88, 117
27,1,6,1 III 228
27,1,6,8 III 214
27,1,32 III 164
27,2 III 259
27,2,3 pr.-5 III 259
27,2,3,6 III 259
27,2,4 III 47
27,4,3 pr. III 259
27,9,1 pr. III 72
27,9,5 III 72
27,9,9 und 11 III 72
28,5,59(58),1 III 92, 159
28,5,62 III 47
28,8,1,2-4 III 153
29,2,20-21 III 155
29,3 III 188
29,3,6 III 186
29,4 III 155
29,4,1,10 III 156
29,4,2 pr. III 156
30,95 III 127
31,34,5.6 III 47

31,34,7 III 237
31,76,6 III 164
31,77,30 III 47
31,77,9 III 47
32,37,5 III 237
32,41,7 III 47
33,5,21 III 47
34,1,10,2 III 47
35,1,33 pr. III 92
35,2,1 pr. III 82
38,1,7,4 III 127
38,1,42 III 127
38,2,29,1 III 127
38,6,1,6 III 140
38,9,1,12 III 119
40,4,36 III 127
40,5,33 pr. III 127
40,5,41,4 III 237
40,7,24 III 127
40,9,30 III 77
40,12,14 III 143
40,12,16 pr. III 143
40,12,23,1-2 III 143
40,12,33 III 143
40,12,40 III 143
40,13,1 pr. und 1 III 143
40,13,3-4 III 143
40,14,2 pr. III 143
42,1,33 III 269
42,3,1 III 192
42,5,24,1 III 192
43,5,1,7 III 185
43,5,3,13-15 III 185
44,4,4,28 III *156*
44,7,1,4 III 236
47,1,16,17 III 88
47,1,2,3-8 III 88
47,2,16-17 III *265*
47,2,47,7-9 III 255
47,5,1 III 256
47,11,1,2 III 150
47,14,1 III 152
47,14,3-4 III 152
47,15,6 III 139
47,17,1 III 149, 150
47,17,2 III 149
47,20,3 pr. III 151
47,20,3,1-2 III 151
47,30,3,2 III 151
48,1,14 III 141
48,2,4 III 141
48,2,7 pr. III 139
48,2,7,1 III 139
48,2,8-11 III 80
48,2,11 III 80
48,2,11 pr. III 141
48,5,15(14),2 III 69
48,7,7 III 190
48,8,5 III 149
48,10,6 pr. III 82, 83
48,10,6,36,3 III 83
48,10,14 pr. und 2 III 83
48,10,15 III 83
48,10,15,1 III 83
48,10,23 III 149
48,13,13 III 152
48,19,12 III 149
48,19,15-16 III 149
48,19,16,9-10 III 150
48,19,28 III 152
48,19,28 pr. III 150
50,4,18,30 III 214
50,7 III 71
50,7,5(4),1 III 71
50,13,1,5 I 47
50,13,1,10 III 229
50,16,10 III 96
50,17,6 III 155

Edictum Theoderici
21 III 150
54 III 251
58, 59 III 151
84 III 111
93 III 248
119 III 257, 258

Ekloge (byzant.)
17 I *56*
Appendix Eclogae III,7,17 I *56*
Appendix Eclogae V,4 I 56

Elias I. (ostsyr. Katholikos), Erbrechtssammlung
Zitate aus dem SRRB II 344-345

Fragmenta Vaticana
9 III *132*
98 III 72
106 III 243
106-108 III 243
108 III 243
110 III 67
120 III 240
123-247 III 88, 117
154 III 117
191, 192 III 88
247 III 88
249 III 79
260ff. III 78
261 III 75
274 III 76
275 III 78
276 III 68
277, 278, 281 III 76
292 III 68
294 III 68
294-296 III 76
295 III 68
314 III 79
315, 316 III 79
321 III 70
327 III 71

Gabriel von Baṣra, Nomokanon
Ziatate aus dem SRRB II 338-343

Gai Epitome
1,2 III 56
1,2,2 III 56
1,2,3 III 57
1,4,1 III 13
1,4,2ff. III 208
1,4,3-4 III *209*
1,4,6 III 210
1,4,7 III *208*
1,4,8 III 209
1,5,1 III 116
1,6,3 III 13
2,3,3 III 116
2,4,1 III *66*
2,8 pr. bis 6 III 54
2,8,7 III 54

Gaius, Institutiones
1,40 III 57
1,42-43 III 56
1,45 III 56
1,59 III 13
1,82 III 237
1,84 III *106*
1,84-86 III 106, 107
1,85 III 106, 237
1,86 III 106, 107
1,91 III *106*
1,113 III 58
1,132 III 13
1,133 III 97
1,196 III 57, 58
2, 35-37 III 155
2,87 III 115
2,113 III 57
2,186 III 89
2,224-228 III 82
3,19 III 54

Gaius, Institutiones
3,85-87 III 155
3,90 III 273
3,139 III 112
3,192 und 194 III 151
4,78 III *265*

Gortyn, Rechtsbuch von
II 45ff. I 39
III 24 III 70
II 24ff. I 39
VI 55 bis VII 4 III 108
XI 10-17 I 39

Ibn aṭ-Ṭayib, Recht der Christenheit
1. Teil, RI (arab. Version): II *237-265*, 342
2. Teil, Zitate aus dem SRRB I 166-168

Institutionen Justinians
1,10,7 III 209
1,11,3 III 121
2,7,3 III 67
3,3,4 III 64
3,14 pr. III 273
3,14,2 III 273
3,15,3 III 96
4,6,33 III 232

Interpretatio Cod. Theod.
2,4,1-4 III 145
2,10,4 III 19
2,12,7 III 13
2,15,1 III 19
2,16,3 III 19, 21
2,19,1 III 19
2,19,5 III 21, 119
2,21,1 III 38
2,27,1 III 233
2,33,1 III 19, 253
2,33,2 III 19, 253
3,1,2 III 131
3,2,1 III 13, 19
3,3,1 III 38
3,5,1 III 23
3,5,2 III 23, 171
3,5,5 III 162
3,5,6 III 15, 19, 23, 38, 167, 169
3,7,1 III 161
3,8,2 III 50, 260
3,9,1 III 21
3,11,1 III 38
3,12,2 III 207-209
3,12,4 III 208, 209
3,13,1 III 13, 19, 38
3,13,2 III 175, 239
3,16,2 III 240
4,1,1 III 19, 23
4,2,1 III 21, 199
4,4,6 III 38
4,4,7 III 29
4,6,8 III 34
4,8,6 III 143
4,14,1 III 23, 29, 207
4,20,3 III 23
5,1,1 III 19
5,1,2 III 19
5,1,8 III 50
8,12,1 III 13
8,18,1 III 29, 38
8,18,2 III 29
8,18,9 III 29
9,1,12 III 141
9,1,14 III 139
9,7,2 III 69
9,7,8 III 38
9,16,3 III 38
9,25,1 III 38
9,25,2 III 34
9,34,1 III 38

9,39,3 III 13, 19, 22
10,10,2 III 13
11,39,3 III 204

Interpretatio Nov. Val. III
35 III 19
35,8-11 III 19

Interpretatio Paul. Sent.
1,1,4 III 20
1,2,1 III 19
1,12,1 III 38
1,12,3 III 38
2,23,6 III 23
4,1,5 -6 III 23
4,8,1 III 13
4,8,14 III 19, 51
5,5,6 III 38
5,7,2 III 23
5,8 III 19
5,27,3 III 38
(ad §4 Haenel) III 49

Īšō'yahb,
Kanon 12 an Jakob von Darai III 254

Lex Romana Burgundionum
3,1 III 74, 75
4,3 III 151
10,9 III 51
12,1 III 151
21 III 251
31 III 233

Lex Romana Visigothorum
9,1,2 III 111
Appendix I (FIRA II 669ff.) III 162

Mischnah
Kethuboth 7, 7f. III 213

Novellen des Anthemius
3 III 175

Novellen Justinians
12 III 22
15 III 103
22,15 III 251
85,3,1 III 135
97,1 III 177
127 III 60

Novellen Maiorians
6,9 III 177

Novellen Theodosius' II.
2 III 85
2,2 III 268
2,3 III 175
12 III 17, 69, 180, 239-242, 251
12 pr. bis 1 III 239
14 III 29, 174, 240, 242
14,3 III 243
14,4 III 243
14,5 III 243
16 III 29, 185
16,1 III 188
16,1,2-8 III 186

Novellen Valentinians III.
27 III 29, 205
27,3-8 III 205
35 III 29, 144, 175, 176, 180
35,8-10 III 85, 148, 174, 175, 178
35,8-11 III 23
35,9 III 177
35,12 III 205
35,14 III 22, 17, 144-148

Paulussentenzen
1,1B,1 III 137
1,17,1 und 2 III 133
2,4,3 III 236
2,5,1 III 189
2,5,2 III 194
2,11 III 135
2,14,2 und 4 III 253
2,17,14(15) III 99
2,19,6 III 237
2, 21a III *106*
2,26,12 und 13 III 150
2,26,14 III 69
3,4a,1 III 57
3,6,32 III 138
3,8,1 III 82
4,8,14 III 51
4,8,20(22) III 49
4,9 III 64
4,14,4 III 56
5,2,3 III 135
5,5a,8 III 135
5,11,3 III 76
5,18,2 III 152

Scholia Sinaitica
4 III 37
5 III 37
5, 9 III 174
6,12 III 171
9 III 37
9/11/27/33 III 37
11 III 37
12 III 243
27 III 37
33 III 37

Sententiae Syriacae
§2 III 55, 123
§3 III 118
§4 III 236, 237
§7 III 72
§13 III 70

Sententiae Syriacae
§17 III 245
§18 III 240
§19 III 240
§20 III 258
§21 III 55, 123
§23 III 73
§24 III 71
§27 III 55, 123
§28 III 55, 123
§33 III 65
§34 III 186
§48 III 162
§§48-51 III 104
§50 III 162
§55 III 77
§56 III 192
§57 III 134, 135
§58 III *106*
§60 III 68, 76
§66 III *165*
§72 III 129
§77 III 172
§79 III 137
§80 III 57
§90 III 190
§98 III 172
§99 III 237
§102 I 43, III *165*, 166, 167, 169

Statuten der Schule von Nisibis
§16 III 140

Synoden
Nikaia, Kanon 17 III 254
Laodikeia, Kanon 57 III 75
Īšō'jaḥḇ, Kanon 15 III 254

Thalelaeus
schol. 3 zu Bas. 8,1,19 III 40
schol. 4 zu Bas. 8,1,13 III 40
schol. zu Bas. 8,1,15 III 40
schol. 2 zu Bas. 35,13,17 II158

Ulpiani Epitome
1,24 III 56
5,5 und 9 III 237
5,8 und 9 III 237
6,4 III 84, 243
6,5 III *84*
6,9 und 10 III 243
6,12 III 69
11,11 III *106*
11,28 III 57
15,1 III 129
15,1-4 III 130
15,2 und 3 III 130
15,4 III 129, 130
16,4 III 130
20,12 III 57
22,12 III 89
24,32 III 82
26,8 III 49, 50

C) Papyri und sonstige Urkunden

Papyry
BGU I 267 III 134
BGU IV 1139,9 III 234
CPR 18 III 102
CPR 19 III 95, 112
CPR 94 III 146
Dura-Europos, Fragment 3 III 45
Elephantine 34,1 III 203
P. bibl. univ. Giss. Nr. 566 = SB III 6304 = FIRA III Nr. 134 III 96
P. BL 229 = FIRA III Nr. 132 III 96
P. Cairo Masp. I 67097 III 63
P. Cairo Masp. III 67353 III 63
P. CairoMasp Nr. 67 151 III 102
P. Hibeh 197,9 III 203
P. Lips 41 III 161
P. Lond. V 1731,18 III 234
P. Oxy Nr. 3874 III 103
P. Oxy XII 1562,14 III 234
P. Ross IV 16,5 (VIII) III 234
P. SB 22 III 134
P. SB 9154,13 III *268*
P. SB 9228,11 III *268*
P. SB 9339,26 III *268*
P. SB. 9462,16 III *268*
P. SB 10254,14 III *268*
P. SB 10288(1a),12 und (1b), 17 III *268*
P. Tebt.Mich. I 61b 276 und 279 III 234

Urkunden
FIRA III 132 III 96
FIRA III 1134 III 96
FIRA III 146ff. III 186
FIRA III 151 III 186
FIRA III 170ff. III 186
FIRA III 175ff. III 185-187
FIRA III 177 III 186

D) Nichtjuristische Quellen

'Aḇdīšō' bar Brīḵā
Schriftstellerkatalog I 27, 28

Asterios
Homilie 6,7 III 122

Bibel
Deut. 15,13 III *122*
Deut. 17,6 III 202
Deut. 19,15 III 202
Deut. 19,16-19 I 153
Deut. 22, 24 I 56
Matth. 18,16 III 202
1. Tim. 2,1f. III 220
1. Tim. 5,19 III 202
1. Kor. 12,4-6 I *141*
2. Kor. 13,1 III 202

Dionysios von Telmaḥrē
Chronik I 55

Eusebios, Kirchengeschichte
10,2,2 III 216
10,5,2-14 III 217
10,6 III 219
10,6,1-5 III 217
10,7,2 III 218
10,8,10 III 220
10,8,16 III 220

Johannes Chrysostomos
Homilie 6,1 zum Brief an Titus 3 III 83

Lactantius,
de mort. persec. 45,1 und 48,2 III 217

Michael des Syrer
Chronik I *55*, III 219

Severos von Antiocheia
123. Kathedralhomilie (Scholion) III 241

Sozomenos
Kirchengeschichte 1,7 III 73

Sueton
Vespasian 11 III *106*

Tacitus
Annales XII 53 III *106*

Tertullian
ad uxorem 2,8 III *106*

Theodoret
Kirchengeschichte 1,1,1 III 219

Timotheos I., Brief an die Elamiten
Zitat aus dem SRRB I 336-337

7. MÖGLICHE VORLAGETEXTE

§ 4 Lex Fufia Caninia (Gai Inst. I 43)
§ 6c C. Th. 3,17,4 = C. J. 5,35,2
§ 8 SC Tertullianum (PS 4,9)
§ 22 Lex Cincia
§ 25 Lex Falcidia
§ 26 SC Liboniamun
§ 44 SC Claudianum
§ 54 C. J. 4, 13,1
§ 67 C. J. 8,46 (47),3
§ 69 C. J. 3,36, 12
C. J. 3,37,4 pr
§ 75 Nov. Val. 35,14
§ 78 C. Th. 2,9,3
§ 81 C. J. 5,4,8
§ 82 C. Th. 2,16,2
§ 84 C. Th. 3,5,6 = C. J. 5,3,16
§ 85 C. Th. 3,5,2 = C. J. 5,3,15
C. J. 5,1,5
§ 86 C. Th. 5,9,1
§ 87 Nov. Val. 35,8-11
C. J. 5,17,8,4
§ 90 Oratio divi Marci
§ 94a C. J. 6,20,8; C. Th. 4,2,1
§ 96 C. Th. 11, 39,3,1 = C. J. 4,20,9,1
§ 97 C. Th. 4,14,1 pr. = C. J. 7,39,3 pr
§ 98 C. Th. 3,12,2-4
§ 103 C. Th. 13,3
§ 104 C. Th. 16,2
§ 105 C. J. 1,5,10
C. J. 3, 12, 9 (11)
C. J. 1,3,32 (33)
§ 114 C. J. 1,13,1-2
§ 115 Nov. Th. 12
§ 120 C. J. 5,17,8

8. HANDSCHRIFTEN

Die Stelle, an der eine Handschrift beschrieben wird, ist fettgesetzt. Die für die Ausgabe verwendeten Handschriften sind nicht verzeichnet.

Aleppo,
Griech.-kath. Metropolie 61 I 164
Maronitische Metropolie 197 I 164

Bagdad, Chaldäisches Kloster
509 (= R) I 14, 16, *58*, 83, 90, 116, 118, 121-122, **132-133**, 134-135, 137-138, 150-151, 154, 156, II 8, 10, 196-235, 236-271

Balamand (Libanon) 511 I 164

Beirut, Amerikanische Univers. 197 I 164
Beitut, Université St. Joseph
Arab. 514 I 163
Arab. 515 I 164

Berlin, Staatsbibliothek Preussischer Kulturbesitz
Or. oct. 278 I *32*, 33, 172,

Or. quart. 845 II 346ff.
Sachau 120 II 346ff.
Syr. 17 I 34, 139
Syr. 335 I 34, 162

Birmingham, Selly Oak Colleges Library
Ming. syr. 47 I 137
Ming. syr. 121 II 346ff.
Ming. syr. 246 II 346ff.
Ming. syr. 586 I 136
Ming. syr. 587 I **136**, 137, 150, II *14*, *58*, *174*, 236, 344

Cambridge, University Library
Add. 2022 II 346ff.
Add. 2023 14, 33f., 57, 92, **152 bis**
(= C, Not) **153**, II 324, 327, 328, 329

Dair aš-Šuwair (Libanon) arab. 19 I 164

Dair aš-Šīr (Libanon) arab. 767 I 163

Damaskus, Syrisch-orth. Patriarchat
8/3 I 164
8/11 (= D) I 34, 35, 41, 54, 57, 59, **145-146**, 147, 152, II 8

Damaskus, Griech.-orth. Patriarchat
1561 I 163
1556 I 164

Ernakulam, Malabarische Metropolie
L 22 II 346

Erevan, Matenadaran
2593 I 173
750 I 173

Florenz, B. Casan. ar 8 I 164

Hartford Seminary Foundation (USA)
Fragment II 338-341

Harvard syr. 167 II 346ff.

Jerusalem, Armen. Patriarchat
157, 366 und 849 I 172

Jerusalem, Griech.-orth. Patriarchat
Hl. Grab ar. 1 I 164
Hl. Grab ar. 10 I 164
Hl. Grab ar. 41 I 164
Hl. Grab ar. 101 I 164

Kairo, Kopt.-orth. Patriarchat
580 I 164
Canon. 131 I 165
Canon. 19 I 165

London, British Library
Add. 12159 III *241*
Add. 14528 I 27, 33, 35, 51-52, 53,
(= L) 60, 97, 98, 110, 112-113, **128-131**, 132, II 8, 10
Add. 14736 I 128
Add. 14737 I 128
Add. 18295 I 33, 57, 92, 125, 151
(= Fr)
Add. 7211 I 165
Or. 4398 II 346ff.
Or. 9386 I **135-136**, 137, 150, II 58, *174*
Or. 9386 II 236

Louvain, CSCO
Syr. 12 II 358-379
Syr. 15 (= S) I 14, 92, **133-134**, 137, 150

Makariouskloster (Ägypten),
Cod. Can. 9 I 163

Mardin, Chaldäische Metropolie
49 I 135
50 I 135

Mardin, Syr.-orth. Metropolie
310 I 140
311 I 165
323 I 35, 146, **147**
326 I 35, 57, **147-150**, II *7*, 8
423 I 41
426 I 41

Midyat, Melki 11 I 147

Mosul, Chaldäisches Patriarchat
405 I 165

Narsai d-Baz, Metropolit (Privatbesitz)
Nomokanon des ʿAḇdīšōʿ II 346ff.

New York, Museum of Art
Fragment I 35, 110, **129**

Oxford, Bodleian Library
Ar. Hunt 31 I 165
Thom. Roe 26 I 33, 36, 162, 163

Paris, Bibliothèque nationale
Arab. 234 I 163
Arab. 235 I 163
Arab. 242 I 164
Arab. 244 I 165
Arab. 251 I 165
Arab. 252 I 165
Armén. 177 I 173
Syr. 62 I 140
Syr. 112 I 14, 33, 57, 123,
(= P) **151**, II 272-323
Syr. 223 I 164
Syr. 306 I 14, 92, 127, 137,
(= Q) **153-155**, I 330-333
Syr. 323 II 346ff.
Syr. 332 I 137

Rom, Bibl. Angelica Orient.
64 I 164

Scharfeh, Syr.-kath. Kloster (Libanon)
Fonds patr. 73 I 140
Fonds patr. 87 I 140
Fonds patr. 774 I 16, 35, 143
Fonds patr. 789 I 143, 144

Seert 65 I **133**, 134, **137-138**, 150

St. Sauveur (Kloster im Libanon)
307 I 163

Tbilisi, Handschrifteninstitut
S 3683 I 174
Q 575 I 174

Trichur, Church of the East
5 II 342, 346ff.
10 I 155
64 II 346ff.
65 I *132*, **136**, 137, 150, 155, II *14*, *58*, 236

Tyrus, Griechisch-kath. Metropolie
31 I 164

Vatikan, Biblioteca Vaticana
Barb. or. 111 I 163
Borg. arab. 515 I 164
Borg, syr. 52 II 342, 346
Borg. syr. 81 I 14, 34, 131, 133, **134 bis 135**, 137, 139, 150, II 8, 196, 236
(= R [R])
Borg. syr. 82 I 134
Borg. syr. 148 I 140
Vat. arab. 149 I 165
Vat. arab. 153 I 165
Vat. arab. 218 I 28
Vat. arab. 269 I 28
Vat. arab. 409 I 164
Vat. arab. 633 I 165
Vat. syr. 128 II 346ff.
Vat. syr. 129 II 342, 346ff.
Vat. syr. 130 I 164
Vat. syr. 355 II 346ff.
Vat. syr. 520 II 358-379
Vat. syr. 560 I 14, 16, 35, 41, 54, 57, 59, **140-145**, II 10
(= V)
Vat. syr. 598 I 135
Vat. syr. 599 I **135**, 137, 150, II *14*, *58*, *174*, 236

Venedig, Mechitharistenkloster
368 I *173*

Wien, Aydin 2 I 147

Yabrud (Syrien) 1 I I 163

9. SACHEN

Abmahnung III 108
Abigeat III 149, 152
Abschrift III 185, 187, 188
Adjektizische Klagen III 264
Adoption III 113-114, 120, 140, 159
Änderungen, sekundäre, des SRRB
s. Bearbeitungen
Agnaten III 44, 48-51, 54, 59-61, 64, 93, 94, 115, 160, 169, 200, 260
Ähnliche Fälle s. Interpretatio
Ära, Antiochenische I 49, 50
Äthiopien
Rechtsquellen I 66, 171, 172
Zitate des SRRB I 171, 172
Aktenvermerk III 102
Aktivlegitimation III 235, 270
Alanen I 124
Altersgrenzen III 143, 160, 203
Altorientalisches Recht I 38
Amtsträger III 60, 61, 71, 103, 221; s. auch Beamte
Amtsvermerk III 41, 187
Anklage III 77, 78, 80, 139, 141
Anklageverbote III 69, 80, 137
Bürgenstellung III 139, 141
falsche III 125, 139
Gegenanklage III 141-142
wegen Ehebruchs III 69
Fallenlassen III 125, 139-140
im Strafverfahren III 137, 141
Annahme an Kindes Statt s. Adoption, Arrogation
Antichrese III 194-196, 201, 202, 249, 263
«Antike Rechtsgeschichte» I 37
Aquaedukt III 223
Arabische Rechtswerke
bei den Kopten I 28, 55, 56, 65-66, 86, 159, 165, 168-171
bei den Maroniten 36, 67, 162, 164
bei den Melkiten I 66, 159, 163, 164
bei den Ostsyrern I 62, 166-168
bei den Westsyrern 36, 161
Arabische Versionen des SRRB
Längere arabische Version I 28, 32, 33, 35, 36, 41, 65-67, 83, 117-118, 93, 162-164, 166-171, 209-213

Übersetzung der Version RI I 36, 64, 90, 122-123, 165-166
Archiv III 185, 187, 188
Archivbeamter III 187
Arglist III 147, 162
Armenier
Armen. Patriarchat Jerusalem I 172
Datastanagirk' («Gerichtsbuch») I 30
Rechtsquellen I 64-65
Armenische Version des SRRB I 29-31, 32, 33, 35, 64-65, 85, 92, 93-95, 106, 125-126, 172-173, 215-218
Arrha III 95, 112, 113, 168-171
Arrogation III 113-114
Arsenalarbeiter III 135
Arzt III 214, 228, 229
Assoziation s. Interpretatio
Attisches Recht III 45, 203
Aufbau des SRRB III 34, 35
Auflagen von Rechtswerken I 43, 45, 46
Aufsicht, behördliche III 123
Aufwendungsersatz III 193, 197, 198, 259
Ausbruch (Straftat) III 152
Auseinandersetzungsvergleich III 104-105, 156-157
Auslegung von Verträgen III 194, 195, 201, 212
Ausgaben des SRRB
arabische I 31, 32, 35, 83, 165, 166
armenische I 31, 32, 34-35, 173
georgische I 35, 174
syrische I 13, 27, 31-34, 68, 131, 134, 139, 146, 151, 152, 153, II 9
kritische Ausgabe I 13, 34, 41, 68, II 7
Aussageziel I 42, III 8, 14, 15

Badehaus III 172
Baufälligkeit III 191, 193
Bauvorschriften III 223-226
Beamte III 48, 65, 131, 187, 219, 222
Bearbeitungen des Textes des SRRB
Bearbeitung («B») I 96-109, 114, 137-150, II 7, 10
Änderung der Abfolge I 73-75
Änderungen, sachliche I 104
-, sprachliche I 105
-, unbeabsichtigte I 100
Entstehungsort I 109
Entstehungszeit I 53
Ergänzungen, inhaltliche I 103
griech. Fremdwörter I 181-185
Harmonisierungen I 103, III 90, 154
Präzisierungen, inhaltliche I 101
-, sprachliche I 101
sekundäre Abweichungen der Reihenfolge I 83-87, 90
Zusätze, erläuternde I 102
Zweck I 109
mehrfache Bearbeitung des griechischen Originals? I 73, 82-83, 87, 106
sekundäre Bearbeitungen von «B» I 40, 53f., II 8, III 35
Kurzfassungen I 35, 57, 88, 91, 92, 112, 114, 119, 123, 127, 150-155
ostsyrische Bearbeitungen I 59, 114, 122
sachliche Änderungen I 57, 124
sprachliche Änderungen I 112, 118f., 124f., 127
Übersetzungen s. Arabische Versionen, Armenische, Georgische Version
westsyrische Bearbeitungen I 57
s. auch Zitate
Bedingung III 126-128, 244
Befreiung
von der Vormundschaft III 88-89, 117
s. auch Steuerfreiheit
Begräbniskosten III 245
Begründungen s. Interpretatio
Behördliche
Aufsicht III 123
Bestellung III 60, 61
Genehmigung III 72, 114, 116, 123-124, 262
Regelung III 259
Beispielsfälle s. Interpretatio
«Bekenner» I 47, 49
Beschwerde III 118
Besitz III 76, 78, 79, 100, 130, 133, 134, 195, 206, 231, 255, 258, 263
Bestätigung, testamentarische III 76
Bestrafung, eigenmächtige III 124
Betrug III 150, 162
Beweis III 78, 125, 139, 251, 252, 258
Beweisurkunde III 96, 268
Bibel I 55, 97
Biblioteca Vaticana I *29*, 34, 36, 134
Bibliothèque Nationale (Paris) I 29, 133
Bienenstöcke III 231
Bischöfliche Gerichtsbarkeit s. Kirchliche Gerichtsbarkeit
Bischof III 74, 75, 172, 238
Blutrache III 124
Bodleian Library (Oxford) I *29*
Bonitätsbewertung der Ländereien III 226-228
Brauchtum III 41, 177, 181-183
Brautgemach III 166, 167, 169
Brautgeschenke III 166-168, 170, 171
Brautkuß III 166-169
Breviarium Alaricianum III 8-15, 17, 18, 23-28, 33-36, 38, 39, 54, 65, 86, 144, 147, 171, 173, 176, 205
Brief
des Athanasios von Balad I 141
eines Bischofs an seinen Freund I 141
des Gregor von Nyssa an Letoios I 141
aus Italien I 140
des Johannes von Zypern I 141

an Martyrios von Antiocheia I 141
der ostsyrischen Synode unter Katholikos Georg an Mīnā I 59
des Severos von Antiocheia I 152
Briefe
des Basileios d. Gr. I 141
des Ignatios von Antiocheia I 53, 140
des Isidoros von Pelusion I 141
des Kath. Īšō'yaḇ I 154
des Kath. Timotheos I. I 60, 127, 138, 140, 154, 155-156, II 336-337
des Severos von Antiocheia I 141
British Library (British Museum) I 52
Bruderschaft III 157-160
«Buch der geistlichen Arznei» I 171
«Buch der Leitung» s. Kitāb al-Hudā
«Bücher der Könige» I 60, 159, 169
Bürgschaft III 16, 58-61, 125, 139, 141, 196, 197, 198, 206
Bürgschaftsverbot III 135
Byzantinisches Recht I 29, 56, 65, 66, 67

Chorbischof III 74, 75, 238
Chroniken I 154; s. auch Dionysios von Telmaḥrē, Michael der Syrer
Codex Gregorianus I 43, 45
Codex Hammurabi I 38, III 38, 68, 108, 110, 151, *171*, 212, 272
Codex Hermogenianus I 45
Codex Iustianianus I 44
Codex Theodosianus I 44-46, 82
Codexkommentar des Thalelaios III 12
Codexsumme des Isidor III 12
Collatio legum Mosaicarum et Romanarum I 32
Corpus canonum Antiochenum I 53, 65

Dämon III 96, 97, 213
Darlehen III 117-118, 188, 190, 198, 252-254, 264, 273-274
Darstellungsziel III 8, 9
Darstellung in Ich-Form III 36
Datastanagirk' I 30
Definition s. Interpretatio
Denuntiationsprozeß III 144-148
Diakon III 73, 188
Diastylon III 225, 226
Didaskalia I 140
Diebstahl III 97, 149-151, 162, 202, 235, 255, 256, 266, 270
Digesten Justinians I 82
«Dikaiomata» I 98, 116, 138, 158
Dingliche Rechte III 133
Dispens vom Eheverbot III 207-209
Doppelüberlieferungen von Paragraphen
in L I 76, 80
in RII I 76, 117, 123, 138
in den Sententiae Syriacae I 81
Dorfälteste III 188, 263

Dotallegat III 46, 47

Edelsteine III 80
Eherecht I 120, 123
Eheverbote I 60
Ehe eines Freigelassenen III 237
Ehe mit Sklavin III 237
Ehe ohne Güterrechtsvertrag III 181, 184, 248
Ehegattenschenkung III 68
Ehegüterrecht III 83-86, 165-170, 173-181, 200-202, 211, 230-231, 232-235, 238-244, 248-250, 251
Ehegütervertrag III 72, 173, 174, 180, 182, 211, 238, 243, 244, 248, 252, 269
Eheschließung, Zustimmung
der Verwandten III 160-162, 248
des Kurators III 160-161
Eheverbote III 207-210
Eheverfehlungen III 69, 240, 251, 252
Ehevertrag, Abschluß, im Orient III 165
Ehewille III 184
Eid III 102, 104, 105, 156, 157, 203, 204, 258, 269
Eigennützige Überlassung III 235, 271
Eigentum an der dos III 73
Eigentumserwerb
des Herrn eines Sklaven 115
des pater familias III 255, 266
bei der Schenkung 138
Indizien für E. III 99, 100, 130
Einleitung des SRRB I 96-97, 124
Einziehungsmandat III 136
«Eisern-Vieh-Regel» III 195
Ekdikos der Stadt III 103, 187
Ekloge (byzant. Rechtsbuch) I 60, 66, 159, 160
Elle (Längenmaß) III 223, 224
Emanzipation III 54-56, 97, 98, 140
Folgen III 115-116
Enterbung III 62, 122, 140
Entführung von Menschen III 150
Entstehung des SRRB
Ort I 50
sukzessive Entstehung? I 45
Zeit I 43-46
Enzyklopädie, theologische, des Abu'l-Bara-kāt I 59, 66, 86
Epilepsie III 96, 97, 213
episcopalis audientia s. Kirchliche Gerichtsbarkeit
Epitome Gai III 10, 12, 39, 40, 51
Epitome Ulpiani III 214
Erbe, Schuldenhaftung III 153
Erbeinsetzung III 91-92
der Ehefrau III 129-130
Erbenhaftung III 153-156, 264
Erbrecht I 64, 120, 123, III 14
der Emanzipierten III 54
der Mutter III 199
der Mutter bei Wiederheirat III 260

des Patrons III 237
Erbrechtssammlung des Kath. Elias I. I 156, II 344-345
Erbschaft
Antritt III 66, 153, 155
Ausschlagung III 66, 153, 156
Verkauf III 155, 156
Erbsystem III 43, 44, 51
Erbteilung III 138, 139, 162-163, 199
Erfahrungswissen III 40
Erfolg, Nichteintritt des E. III 228-229
Eröffnungszeugen (Testament) III 186, 187
Ersitzung III 134
der Freiheit von Rechten III 133
Estranglā (syr. Schrift) I 142, II 10
«Ethikon» des Barhebraeus I 151

Falschdatierung III 268
Falscheid III 203, 269
Fetha Nagast I 66, 171, 172
Findelkinder I 100, III 172-173
Finderlohn III 255, 267, 270
Fiskus III 209
Folgeaussage s. Interpretatio
Formular III 63, 73, 97, 128, 184, 212
Frageform III 37
Fragen des Sergios an Johannes bar Qursos I 141
Fragmente des SRRB I 33, 34, 92, 93, 127, 129, 139-140, 152, 162
«Frau der Jugend» III 98, 99
Frauenraub III 248
Freigelassener III 77, 81, 90, 126-128, 185, 237
Freilassung III 53, 128
fideikommissarische III 90, 126-128
von Sklaven I 55, 61, III 56-57, 73, 75, 89, 90, 238
testamentarische III 81-82, 126
Fremdnützige Überlassung III 235-237
Fremdwörter im SRRB I 124, 175-197, II 9, 12
Endungen, griechische I 175
Geschlecht, grammatisches I 178
Konsonanten, griechische I 176
lateinische III 241, 253f.
Liste griech. Fremdwörter I 180-185
Liste latein. Fremdwörter I 197
Spiritus asper I 177
Unterschiede zwischen den Versionen I 178
Verben, griechische I 180-185
Vokalausdruck I 177
Wörterklärungen I 179-180
in Not I 127
in P I 119, 124
in RI I 119, 121
Fristen III 69, 70, 119, 120, 132, 134, 144-148, 153, 163, 193, 231, 246, 248, 271
Fruchtbegriff III 194-196, 200, 201, 249
Früheres Recht III 130
Fundrecht I *62*, III 254-255, 270
Furcht III 162
Fuß (Längenmaß) III 223, 224

Garantie III 96, 139, 156, 255, 256
Gebet für die Kaiser III 220
Gebühren III 187, 222
Gefahr III 141, 249, 257, 273
Gefangenschaft III 272
Gegenstände der Mitgift III 230, 249
Geisteskranke I 56
«Geistliche Kanones» I 160
Geldbuße III 105, 149, 156
Gelddarlehen III 253, 273
Geldstrafe III 152
«Geltung» des SRRB III 7
Gemeineigentum III 225
Genehmigung, behördliche III 72, 116, 123, 124, 262
Generalhypothek III 211, 212
Generalpfand III 190, 206, 211, 212, 231
Generalvollmacht III 87
Georgien
Rechtsquellen I 29-30, 65
Georgische Version des SRRB I 29, 33, 36, 65, 95, 125-126, 173-174, 215-218
Gerichtsferien III 146
Geschäftsfähigkeit III 57
Geschäftszeugen III 204
«Gesetz» III 39
Gesetze, frühere III 180
Getreidedarlehen III 252, 253
Gewerbesteuer III 214, 217, 218
Gläubiger, rangmäßige Befriedigung III 211
Glaubensabfall I 56
Gottesname Yahwe III 241
Griech.-orth. Patriarchat in Damaskus I 36
Griechische Fremdwörter
s. Fremdwörter
Griechische Rechtsvorstellungen I 38, 39, III 47, 53, 62
Großvater III 16, 21, 59, 61, 93, 97, 98, 115, 116
Grundsteuer III 217, 227
Grundtext s. Interpretatio

Haftung
für niederen Zufall III 235
für Schulden von Verwandten III 55, 123, 264-265
Häretiker III 220, 221
Handschriften des SRRB
Abkürzungen in Hss. I 130, 138, 144, 145, 148f., 150
Datierung I 51-52, 129
Entdeckung I 27, 32-34

Orthographie I 130, 133, 138, 144, 145-146, 150, 151,
Stemma I 98-100
Zahlbruchstaben in Hss. I 98, 138, 139, 150
Haussohn, Delikt III 258
Hebräische Schrift III 241
Hehlerei III 151
Heimführung der Braut III 165, 169, 170, 183, 209
Hekatoste III 254
Hellenistisches Recht I 38, III 45, 55, 63, 94, 112, 131, 236, 265, 273
Herbergsvertrag III 255-258
hi-qui-Syntax III 38
Historische Berichte des SRRB III 23, 40, 134
Höchstzins III 252, 253
Höhere Gewalt III 235, 236, 257, 273
Hure III 229, 251

Index III 11, 12, 18
Infamenkatalog III 19, 62, *64*
Infamie III 70-71, 129, 157
Inkompatibilität III 65
Interpolation III 45, 89, 136, 142, 171, 205
Interpretatio I 43, 45-46, 50, 51, 72, III 8-42
Aktualisierung III 12, 26-30, 34, 238, 260
Assoziative Folgefragen III 16, 17, 21, 72, 87, 136, 137, 199, 208, 253, 260
Begründungen III 20, 21-22, 32, 59, 196, 201, 216, 249
Beispielsfälle III 15, 19-20, 36, 44, 50, 56, 60, 70, 73, 80, 82, 95, 97, 99, 117, 120, 123, 130, 133, 135, 139, 151, 158, 176, 177, 187, 195, 204-207, 209, 217, 231, 232, 235, 236, 249, 253, 259, 260, 266, 267, 269
Definitionen III 11-12, 13, 16, 19, 32, 36, 115, 135, 160, 173, 174, 176
Folgerungen III 14, 21, 41, 69, 136, 205, 206
Gegenfälle III 21, 63, 79, 90, 100, 136, 180, 190
Grundtext e III 11-24, 26-30, 32-34, 36, 37, 39-41, 51, 65, 90, 93, 107, 120, 121, 135-137, 144, 147, 148, 160, 168, 188, 199, 202, 214, 215, 251, 260
Grundtextüberschreitende Erläuterungen III 11-12, 18,20, 21, 33, 41
Hinweise auf ähnliche Fälle III 20-21, 121, 128, 229
Hinweise auf Urkundenpraxis III 23-24 s. auch Urkundenpraxis
Index III 11-12
Inhaltliche Abweichungen vom Grundtext III 27, 167
Lehrhafte Züge III 36-41
Lückenhaftigkeit der Darstellung III 15, 33-34, 44, 80, 200
Paraphrasen III 8, 10, 11-12, 14-20, 22-24, 30, 32-34, 36, 38-40, 42, 46, 51, 58, 67, 68, 74, 78, 90, 93, 107, 121-123, 135, 144, 147, 148, 156, 165, 167-169, 172, 173, 176, 199, 208, 229, 237, 241, 242, 244, 251, 261, 267
Traktate zu bestimmten Themen I II 12, 14, 16, 17, 22-23, 32, 43, 44, 47-49, 51, 52, 53, 54, 58-64, 75, 80, 83, 93, 95, 105, 111, 113, 123, 144, 153, 165, 170, 173, 175, 177, 178, 180, 184, 188, 194, 196, 199, 200, 202, 205, 207, 208, 209, 210, 213, 214, 223, 230, 238-241, 250, 251, 253, 259, 261
Titelsummen III 17, 23, 65, 214
Trennung vom Grundtext III 12-14
Typologie III 18-24
Worterklärungen III 22
Intertemporale Regelungen III 173f., 178, 181, 267
Interzession der Frau III 117, 118, 135
Intestaterbrecht I 40, III 43-51, 93-94, 199, 259-261
von Töchtern III 198-200
Inventar III 23, 59, 153
Islamisches Recht I 38, 55, 57, 67, 124

Jakobiten s. Syrisch-orthodoxe Kirche
Jeziden I 154
Jochertrag III 226
Jüdisches Recht I 37, 38, III 44
Juli III 146
Jungfrauenraub III 129

Kaiser (röm., byzant.) als Urheber des SRRB I 85, 86, 97, 107, 123, 132, 156, 157, 159, 162, 165
Kamel III 20, 176, 255
Kanones
des Johannes bar Qursos I 141
«Kanones der Könige» I 65-66, 168
der Schule von Nisibis I 48, 135
des Sergios Amphiator I 141
«K. der Väter in der Zeit der Verfolgung» I 141
Kanonessammlung
des Elias al-Ǧauharī I 62
des melkit. Patr. Silvester I 36
Kanonessammlungen s. Kirchenrechtssammlungen
Karschūnī I 36
Kauf III 94-96, 112-113, 131
auf den Namen der Frau III 99-100
auf den Namen eines anderen III 130-131

auf Probe III 97
durch Sklaven III 115
Kauf einer Pfandsache III 132
Kinder, uneheliche III 82, 91, 92, 182, 208, 210, 245
Kindesaussetzung III 172
Kirche III 172, 188, 217, 219, 220, 222
Privilegien III 215-220
Kirchenorganisation des 5. Jh. III 238
Kirchenorganisation Syriens I 50, III 16, 74
Kirchenpolitik der Kaiser III 220-222
Kirchenrecht I 55, 56
Kirchenrechtssammlungen I 36, 52, 53-56, 58, 59, 60, 66, 67, 82, 125, 140, 145, 152, 154
Kirchliche Gerichtsbarkeit (episcopalis audientia) I 32, 37, 38, 44-46, 51, 64
Kitāb al-Hudā I 36, 67, *93*, 162-163, 164
Klagenverjährung III 143, 205-207
Kleidung als Gegenstand der Mitgift III 230, 249
Klerikale Tendenz des SRRB I 44, 46, 96, 106-107, III 215, 218
Kleriker III 71, 172, 215-220, 222
Klöster
Chaldäischen Kl. in Bagdad I 131, 154
Dair az-Za'farān I 145
Makariuskloster (Ägypten) I 163
Notre-Dame des Semences (bei Alqōš) I *58*, 131, 135-136, 154
Scharfeh (Libanon) I 16, 35, 140, 142
Syrerkloster in Ägypten I 35, 125, 128, 129
Kognaten III 44, 45, 49-51, 54, 55, 59, 60, 64, 93, 94, 122, 200, 260
Kollationspflicht III 198, 199, 261
Konkordanztabellen I 198-218
Konkubinat III 91, 182, 184
Konsensualkauf III 95-96, 112, 113, 131
Konstitutionen, Publikation im Osten bzw. Westen III 85, 132, 147, 175, 177
Konvaleszenz unwirksamer Schenkung III 76
Kopfsteuer III 214, 215, 217, 218, 271
Kopten
Rechtsquellen I 28, 65-66, 159, 165, 168-171
Koptische Sprache I 65
Kormčaja Kniga I 29
Kosten der Verlobungsfeier III 170
Krankheit III 96, 212, 213
Kreditmandat III 197-198
Kriegsgefangenschaft III 271, 272
Kṯōbō ḏ-hudōyē s. Nomokanon des Barhebraeus
Kurator III 58, 59, 60, 61, 65, 72, 90, 116, 160, 161, 214, 258, 259
Kuß s. Brautkuß

Landmaße III 223-224
Längenmaße III 223-224
Lateinische Schrift III 241, 254
Lehrdarstellung III 14, 36-42, 52, 64, 65, 84, 130, 208, 252, 253
«Lehre des Apostels Addai» I 140
Lehrer III 214
Lesefrüchte III 41
Lex generalis III 16, 34, 37
Lex Romana Wisigothorum III 8, 111
Liber iudicialis de Laicis Constantini Magni I 29
Literarisches Genus I 40, 42, III 8
Lokale Bräuche III 91, 165, 177, 200
Lückenhaftigkeit der Darstellung s. Interpretatio, Umfang

Mahnung III 189, 231
Mandat III 87, 197, 198
Manichäer III 221
Maphrian I 54
maqryānā I 48-49
Maroniten, Rechtsquellen I 67, 164
s. auch Kitāb al-Hudā
Maßeinheiten I 50
ägyptisch-philetärische III 224
Meder I 124
Meile III 223, 224
Meineid III 203, 269
Melkiten
Rechtsquellen I 35, 36, 66, 159, 163 bis 164
Menschenraub III 149
Metropolitan Museum of Art in New York I 35
Milch III 172
Militärdienst III 65
Miteigentümer III 193
Minderjährige I 56
Mitgift I 114
Mitgifturkunde III 230, 233, 235, 241
Mittelassyrisches Recht III 170
Modius III 252, 253
Monatsnamen I 50
Mord III 125, 141
Mörder III 125
Mosaischen Recht III 149
s. auch Jüdisches Recht
Mündelvermögen III 116, 258
Mündelverwaltung III 123
Münzen III 171, 222, 249, 253
Museo Borgiano (Rom) I 34
Musikinstrumente I 55
Muḫtaṣar aš-šarī'a I 67

Nachbarrecht III 226
Nachlaßkosten III 245
Nachlaßschulden III 55, 104, 264, 265
Naturaldarlehen III 253
Nestorianer s. Ostsyrer
Nestorianische Schrift II 10
Nießbrauch III 85, 86, 138

Niveau, juristisches, des SRRB I 39, 42, 46, 50
Nomokanon I 54
des ʿAḇdīšōʿ bar Brīḵā I 14, 27, 28, 63, 92, 156, 157, II 346-
des Barhebraeus (Kṯōḇō ḏ-hudōyē) I 9, 29, 34, 53, 54-57, 92, 125-126, 147, 161-162, 214, II 381-391
des Gabriel ibn Turaik I 168
des Gabriel von Baṣra I 59, 62, 92, 113, 118, 121, 122, 156, 157, 166, II 338-343
des Ibn al-ʿAssāl I 66, 67, 169
des Michael von Damiette I 168
des aṣ-Ṣafī ibn al-ʿAssāl I 66, 67, 172
Normative Aussage III 8, 10-16, 32
Noterbrecht III 46, 51, 61-64, 82, 86, 89, 91, 173, 179
der Töchter III 43, 44, 47
Novation III 233-235
Noxalhaftung III 258
Nutzpfand s. Antichrese

Octateuchus Clementinus I 140
Ökonom III 188
Oktober III 146
Öldarlehen III 253
Ordo iudicorum ecclesiasticorum I 63, 92, 114-117, 157-161, II 358-380
Orientalischer Kontext des SRRB I 42
Original III 185, 187
Originalsprache des SRRB I 46, 51, 69
Orthodoxie III 220
Orthographie s. Handschriften
«Osten» III 176
Ostsyrer (Nestorianer) I 54
Rechtsquellen I 57- 64
Übernahme des SRRB I 58, 60

Papyri III 60, 96, 97, 114, 174, 203, 235, 237, 268
Papyrologie I 39
Paragraphenzählung des SRRB I 13, 57, 92, 93, 98, 114, 116, 123, 127, 132, 145, 152, 153, 154, 162, 168, 171, II 9
Paraphernalvermögen III 67, 70, 87, 99, 100, 118, 136
Paraphrase s. Interpretatio
Paratheke III 237, 264
Parentel III 44, 45, 49, 50, 93, 200
Patriarchat Antiocheia I 45
Periodeut III 74, 75, 238
Persisch I 122
Pfand III 133, 188, 190, 196-197, 206, 261-163
Auslösung III 196
Bestellung III 118
Bestellung durch eine Frau III 118, 135
Faustpfand III 188
Pfandgegenstände III 206
Pfandklage III 134, 205, 206
Pfandnahme, eigenmächtige III 190
Verwertung III 189, 231, 262
s. auch Antichrese
Pflegevater III 262, 263
Pflichtteil III 43, 46, 47. 62, 63, 81, 82, 93, 118-120
Praktische Bedeutung de SRRB I 32, 54, 57, 67, 109
bei den Maroniten I 67
bei den Ostsyrern I 63-64
bei den Westsyrern I 55-56
Preiszahlung III 95, 96, 112, 130, 131
Priester III 168, 188, 219, 222, 238, 263
Privilegien für die Kirche III 215-220
Procheiros Nomos I 60, 66, 159, 160
professor I 47
Protokoll, amtliches III 114, 187, 188
Protutor III 261
Provinz, Rechtsverhältnisse I 50, III 88, 147, 185, 224
Prozeßführungsbefugnis III 124
Prozeßvertreter III 124
Prozeßzeugen III 203, 204
Prügelstrafe I 56, 100, III 151
Purpurgewänder III 80

Quittung III 233, 234, 263

Raub III 202, 251
einer Jungfrau III 129
Frauenraub III 248
von Menschen III 152
von Tieren III *150*, 152
Räuber III 124, 125, 236
Recht, früheres III 83, 84, 181
«Recht der Christenheit» I 122, 166
1. (chronologischer) Teil I 59, 62, 90, 121, 122, 165-166
2. (systematischer) Teil I 28, 62, 166-168
Recht von Gortyn III 70, 108, 236
«Recht der Könige» I 66
Rechtsanwalt III 229
«Rechtsbuch» I 32, 37, III 41
des Mechithar Gosch I 65
von Gortyn I 39
Rechtsbücher, ostsyrische I 61
Rechtsentscheidungen, praktische I 64
Rechtsschule in Antiocheia I 50
- in Berytos I 31, 49-50
«Rechtsspiegel» I 37, 40, III 7, 43, 45
Rechtsunterricht I 46-48, 50, 51, III 12, 13, 34, 36, 41, 165, 167, 176, 200, 205, 241, 259, 260
s. auch Interpretatio, Lehrdarstellung, Schulliteratur
Rechtsurkunden III 268-269

Reihenfolge, ursprüngliche, des SRRB I 69-75
Religionsdisputation I 138, 154
Reparatur von Bauten III 192
Reskript III 14, 16, 17, 20, 30, 32, 34, 37, 51-53, 59, 62, 67, 68, 71, 76, 78, 79, 88, 90, 92, 93, 104, 114, 117, 120-123, 126, 133, 136, 138, 141, 142, 145, 156, 162, 190, 194, 196-198, 209, 226, 229, 232, 244, 253
«Rhomäische» Sprache I 27
Römisches Recht I 29, 32, 36-40, 41, 46
Ring III 168, 171
Rute (Längenmaß) III 223, 224

Sabinussystem I 71-73, III 31, 32
Sachmängel III 96-97, 212
Schaden, Halbteilung III 256, 257
Schatzfund III 255, 267
Scheidebrief III 69, 238, 239, 241, 251
Scheidung III 212-214, 239, 240, 242, 243, 245, 247, 271, 272
  einvernehmliche III 252
  Gründe I 56, 63f., 126, III 250-252
Schenkung III 66, 67, 76-79, 266, 267
  an Kinder III 68, 76-77, 78-79
  Kovaleszenz III 68, 76
  unter Vorbehalt des Nießbrauchs III 138
  unter Ehegatten III 67-68, 99
Schenkungsurkunde III 138
Schenkungsverbot III 77, 79, 99, 177, 178
Schlußvermerke I 77, 86, 93, 95, 97, 111, 134, 138, 152
Schreiber s. Urkundenschreiber
Schrift, syrische, s. Estranglā, Nestorianische Schrift, Serṭō
Schriftform III 53, 138, 139, 162
Schritt (Längenmaß) III 223, 224
Schuldenhaftung
  der Erben III 153, 154
  der Verwandten III 55
Schuldschein III 117, 118, 188, 190, 204, 210, 211, 231, 233-235, 265
Schule von Nisibis I 48, 135
Schulliteratur I 46, 51, III 10, 11, 73
Schulunterricht s. Rechtunterricht
Seelteil III 51
Sekundäre Veränderungen s. Bearbeitungen
Selbsthilfe, verbotene III 190
Selbstjustiz III 124
Selbstverkauf als Sklave III 142-143
Senator III 71
Sententiae Syriacae I 45, 54, 57, 65, 141, 143, *148*, III 18, 34, 38-39
  Armenische Übersetzung I 81
Serṭō (syr. Schrift) I 142, 152, II 10, 330
Servitut III 133, 135, 207
Sexualdelikte I 56
si-quis-Syntax III 37-39
Siebenzeugentestament s. Testament
Siegel III 101, 102, 185-187
Sklave I 120, 123, III 130, 150, 151, 172, 184, 185
  als Gegenstand der Mitgift III 230, 231, 248, 249
  Anklage durch Sklaven III 80
  Bestrafung III 124
  Erbeinsetzung III 89
  Freilassung I 55, 61, III 56-57, 73-75, 81-82, 89, 126-128, 238
  Kauf durch Sklaven III 115
  Kauf von Sklaven III 96-97
  im Prozeß III 98
  Selbstverkauf III 142-143
  Sklavenkinder III 91, 105-108, 196, 200, 201, 231, 237, 248, 249
  Verheimlichung von Sklaven III 110-111
  Vermächtnis für Sklaven III 81
  als Vermögenverwalter III 86-87
  Verpfändung III 204, 206
  Zusammenleben von Sklaven und Freien III 105-108, 237
  als Vormund III 90
  als Zeugen III 203
Soldat III 65, 110, 120, 135, 187
Sondervermögen des Haussohnes III 48, 52
Sonntagsheiligung I 55, III 221, 222
Sporteln s. Gebühren
Sprache
  technische des SRRB I 40, 42, 46, III 59, 66, 104, 144, 145, 245
  des Originals des SRRB I 46, 51, 69
  s. auch Arabische Sprache
Städtebau III 223-226
Stallwirt III 256
Statusfragen III 105-107, 114, 172, 185, 237, 247
Statut für die Armenier in Lemberg I 30
Statuten der Schule von Nisibis I 48, 135
Steinigung I 56
Stellvertretung, direkte III 131
Stemma s. Handschriften
Steuer III 214, 215, 218, 220, 226-228, 263, 278
Steuerfreiheit
  für Ärzte und Lehrer III 214-215
  für Kleriker III 217
Steuerleistung III 272
Steuerschätzung III 223
Steuerschulden III 104
Steuerzahlung III 130
Stockwerkseigentum III 191-194
Strafen III 110, 125, 149, 151, 152, 209, 251
Strafrecht III 148-152
Synagoge in 50 Titeln des Johannes
Scholastikos I 82
Synoden I 140

von Chalkedon I 141
von Ephesos I 141
von Karthago I 140
von Nikaia I 61
von Sardika I 141
von Seleukeia-Ktesiphon I 141
Syrisch-orthodoxe Kirche
Rechtsquellen I 53-57
s. auch Nomokanon des Barhebraeus
Syrerkloster in Ägypten I 35, 125, 128, 129
«Syrische Texte zum islamischen Recht» I 57, 147, 151, 152, 153
Syrische Versionen des SRRB
«A» I 96
«B» s. Bearbeitungen
D I 85, 92, 94-95, 116, 125-126, 145-150,157, 178, 209-213, II 7
Fr I 125-126, 151-152
L I 73-81, 83-87, 110-112, 178, III 35, 148
M I 147-150, II 7
«L/RIII» I 69, 73
Not I 92, 127, 152-153, 178, 215, II 324-327
O I 114-117, 157-161, 178
P I 87, 89, 91-92, 117-118, 123-125, 151, 178, 214, II 196-235, II 272-323, III 74, 111
RI I 59, 62, 63, 88-90, 92, 117-118, 119-123, 150-151, 156, 157, 166-168, 178, 213, II 236-271
s. a. Arabische Übersetzungen
RII I 59, 63, 73-81, 83-87, 92, 93-94, 115, 116, 117-118, 137-139, 155, 157, 166-168, 178, 209-213, III 35
RIII I 47, 59, 62, 63, 92, 110, 112-114, 131-137, 156, 157, 166-168
V I 125-126, 140-145, 178, 209-213
Vorlage für Barhebraeus I 125-126, 209-213
«Syrisches Volksrecht» I 31, 36-39, III 44, 45, 63, 108
Systematisierung I 81-82
beim SRRB I 71-73, 86, 87, 90,III 31

Talion III 125, 139
Talmud III 170, 213, 267
Teilung einer Gemeinschaft III 138-139, 162-163
Testament
Anfechtung III 46, 47, 62-64, 93
Bestätigung von Schenkungen III 67, 68, 76
Bestimmtheit III 92
Diktat III 102
Dotallegat III 46, 47
Einsetzung der Ehefrau III 129
Eröffnung III 153, 184-188
Errichtung III 102-103
imperfektes III 101-103
Klausel im Ehegütervertrag III 244
Perfizierung III 103
Siebenzeugentestament III 102, 103, 184, 188
Testamentarische Freilassung III 56, 57, 75, 81, 89, 90, 126-128, 238
Testamentsurkunde III 82, 102, 185
Testamentszeugen III 102, 103, 184, 186, 187
Vormundsbestellung im T. III 59, 90, 163, 164
s. auch Enterbung
Testierfähigkeit III 57-58
der Ehefrau III 71, 72
des Freigelassenen III 55f.
des Haussohns III 52
Testierfreiheit I 55, III 46
Tierjunges III 194, 195, 196, 200, 201, 231, 248, 249
Titel des SRRB s. Überschriften
Titelsumme s. Interpretatio
Todesstrafe I 56, 100, III 110, 125, 129, 150-152, *208*
Traktat, lehrhafter s. Rechtsunterricht
Transkaukasische Jurisprudenz I 30
Trauerfrist der Witwe III 70, 129
Treu und Glauben III 183, 188
Treuhänder III 124, 237
Typologie der interpretationes III 18-24

Übereignungserklärung III 96, 131
Übergangsregelung III 84, 181
Überschriften des SRRB I 15, 33, 47, 59, 63, 97-98
Übersetzung des SRRB ins Syrische I 51-52, 58, 69, 70, 73, 106
Übersetzungen des SRRB
deutsche I 31, 32, 35, 41, 131, 134, 139, 153, 165, 166, 168, 173
englische I 33, 34, 41, 145, 146, 151, 153
lateinische I 27, 34, 41, 131, 151
russische I 30, 36, 174
Wert der modernen Ü. I 31, 33, 41-42, II 11, III 94
s. auch Arabische Versionen, Armenische Version, Georgische Version
Übersetzung von Zitaten aus dem SRRB
deutsche I 156, 171,
englische I 172
lateinische I 27, 28, 30, 41, 144, 156, 157, 161, 172
Umfang des SRRB I 76-78, 123
Version RI I 88, 120-121
Version P I 91
Lücken
in Arm I 93, 94-95
in L I 77-79, 111
in P I 123-124

in RII und Parallelen I 81
Unterhalt
für Ehefrau III 271, 272
aus der Staatskasse für Kleriker III 215, 217
des Mündels III 258-259
Unterhaltsanspruch von Verwandten III 116
Unterricht s. Rechtsunterricht
Unterschrift III 83, 102, 103, 109, 186, 187
Unzucht I 56
Urkunde III 67, 114, 181, 190, 204, 268
Exekutivurkunde III 190, 261
Freilassungsurkunde III 54
Kaufurkunde III 100, 241
Quittungsurkunde III 234
Schuldurkunde III 79, 138, 211, 212, 231
s. auch Auseinandersetzungsurkunde, Mitgifturkunde, Protokoll, Rechtsurkunden, Schuldschein, Testamentsurkunde, Vollmachtsurkunde
Urkundenpraxis I 46, III 23, 24, 54, 103, 230, 232
Urkundenschreiber III 82, 83, 102, 103, 172, 268
Urteil, nichtiges III 269

Väterliche Gewalt III 52, 71, 76, 97-98, 116, 122, 136-137, 163-164, 218, 160, 215, 245
Veräußerungsverbot III 72, 206
Verbannung III 151, 152
Verfall
der Arrha III 113
der Brautgeschenke III 170, 171
eines Miteigentumsanteils III 193
der Mitgift III 69, 240
Verfasser des SRRB I 46-49
Verheimlichung
von Fundsachen III 255
von Sklaven III 110, 111
Verjährung III 132-135, 206, 234
Verjährungsfrist III 206, 233
s. auch Klagenverjährung
Verlöbnisbruch III 170-171
Verlobung III 165, 166
Verlobungsgeschenke s. Brautgeschenke
Vermächtnis III 81, 83, 104
Beschränkungen III 82, 104
zugunsten des Urkundenschreibers III 82-83
Vermessung der Ländereien III 227
Vermögensfähigkeit
der Frau III 73
von Hauskindern III 78, 116, 266-267
Vermögensgemeinschaft III 158
Vermögensverwaltung III 86, 258
Verpfändung III 135, 194, 195, 206, 211, 212
Verschollenheit III 271, 272
Versionen des SRRB I 40, 41, 68-69, 110-127
s. a. Arabische Version; Armenische V.; Georgische V.; Syrische Versionen
Verstoßung
des Adoptierten III 120, 122
der Ehefrau III 180, 183, 242
des Kindes III 62, 120
Vertragsbuße III 157
Verwahrung III 67, 235, 271
«verwalten» III 58, 245
«Verwalter» III 71
Verwandtenehe III 208
Verzichtsvertrag III 138
«Volksrecht» I 36-40, III 45, 60, 62, 78, 89, 116, 121, 128, 138, 163, 181, 183, 211, 237
Volljährigkeitsalter I 55
Vollmacht III 136
Vollmachtsurkunde I 55
s. auch Generalvollmacht
Vollstreckung III 212, 221, 222, 262
Voreid III 203, 204
Vorlagetexte I 42-43, 46
des SRRB I 37
Vormund III 58-61, 59, 72, 123-124, 258-259
behördliche Bestellung und Aufsicht III 60, 61, 123, 124
Befreiung III 117, 214
Entgelt III 61
Bestellung durch die Mutter III 163
gesetzlicher III 116
Vorsatz III 147, 152
Vorwort des SRRB I 96-97, II 8
Vulgarrecht I 39, 40, 46, III 11, 89

Waisen III 219, 258, 261, 263
Wartefrist der Ehefrau III 272
s. auch Trauerfrist
Wasserbehälter III 223
Wasserleitungsservitut III 133, 135, 207
Wasserschloß III 223
«Westen» III 176
Westsyrer s. Maroniten; Syrisch-orthodoxe Kirche
Wissenschaftsgeschichte des SRRB I 27-40
Witwe III 58, 59, 70, 98-100, 219
Worterklärungen III 22
Würde für höhere Kleriker III 216

Zauberei I 56, III 202
Zentumviralgericht III 64, 118
Zession III 155
Zeugen III 73, 102-103, 184, 186, 187, 202-204, 238, 252, 255, 269
Zeugeneid III 102

Zinsen III 193-198, 252, 253, 263
Zinsverbot I 55
Zitate des SRRB
in der äthiopischen Lit. I 169, 171, 172
in der arabischen Lit. I 36, 166-171
in der syrischen Lit. I 36, 155-162, II 8
im Statut für die Armenier in Lemberg I 30-31
Züchtigungsrecht des Vaters III 136
Zufall III 235, 236, 256, 257
Zwangsverwaltung III 262
Zwölf-Tafel-Recht III 31, 54, 149

10. PERSONEN

a) Allgemein

ʿAbd al-ʿAzīz (Kopist) I 153
ʿAbdallāh Ibn aṭ-Ṭaiyib s. Ibn aṭ-Ṭaiyib
ʿAbdallāh Qara'alī I I 67
ʿAḇdīšōʿ bar Bahrīz I 136, 154, II 345
ʿAḇdīšōʿ bar Brīḵā (von Nisibis) I 14, 27, 28, 32, 58, *61*, *62*, 63, 92, 113, 114, 116, 127, 150, 156, 157, 166, III 191
Abimalek Timotheos I 136
Abraham (AT) II 19, 273
Abraham (Priester) I 48
Abraham (westsyr. Mönch) I 128
Abu'l-Barakāt ibn Kabar I 59, 66, 86
Abūna, Joseph (Kopist) I 136
Adam (AT) II 19, 273
Akl I *67*
Alarich III 10, 27, 28
Amblichus I 49
Ambrosios (ohne Zusatz) II 333
Ambrosios, «Bekenner» I 59, 97, 113, 154, II 15, 197
Ambrosios, Bischof und Martyrer II 349, 359
Ambrosius von Mailand I 28, 32, 44, 47, 49, 59, 62, 113, II 347
Apollinaris III 221
Arpachschad II 19, 273
Asterios III *121*, 122
Athanasios von Balad I 141
Audo, Israel (chaldäischer Patriarch) I 135

Barhebraeus (Bar ʿEḇrōyō) I 14, 29, 34, 53 57, 92, 125, 126, 147, 151, 161, 162
Behnām, Sohn des Simeon (Kopist) I 151
Budge, Ernest A. Wallis I 135

Caecilianus (Bischof) III 217

Dāḏīšōʿ (ostsyr. Katholikos) I 154
Dāḏīšōʿ (Kopist) I 153
Dallāl, Kyrillos Georg I 140
Daniel von Ḳalāṭ I *132*
Denḥā, ostsyr. Katholikos I *64*
Dionysios von Tellmaḥrē III 222
Dioskoros III 221

Elias al-Ǧauharī I 62
Elias bar Šīnāyā von Nisibis I *63*, 154, 156
Elias I. I 59, 62, *63*, 64, 156
Enosch II 19, 273
Eusebios III 216-220
Eutyches III 221

Franso Dabbaš (ostsyr. Kopist) I 135

Gabriel ibn Turaik I 168
Gabriel von Baṣra I *28*, 58, 59, 62, 92, 113, 118, 121, 122, 127, 150, 156, 157, 166
Georg (ostsyr. Katholikos) I 59
Gothofredus III 74
Gregor von Nazianz I 141
Gregor von Nyssa I 141
Gregorios Barhebraeus s. Barhebraeus

Habbi I 16
Ḥnānīšōʿ I *57*, 59, 64, 135, II 347

Ibn al-ʿAssāl I 67, 159, 160, 169, 171, 172
Ibn aṭ-Ṭaiyib I *28*, 58, 59, 62-64, 90, 121, 122, 127, 150, 165, 166, 168
Ignatios von Antiocheia I 53, 140
Ilyās Faḫr I 36
ʿĪsā aus Eqrōr, Kopist I 135
Isaak (AT) II 19, 273
Isidoros von Pelusion I 141
Īšōʿbarnūn I *57*, 61, 136, 154, II 345-347
Īšōʿbōḵt I 154, *57*, 60, 61, *62*, 136, 157, 158, 160, 167, II 331, 345, 347
Īšōʿyaḥḇ I. (ostsyr. Katholikos) I 154, III 254
Īšōʿzḵā (ostsyr. Bischof um 1318) I *132*

Jakob (AT) II 19, 273
Jakob von Edessa I 52, 141, *178*, III 219, 241
Johannes (bar Aḇgārē) II 345-347
Johannes bar Qursos I 141
Johannes Chrysostomos I 141, III *62*, 83, 159
Johannes Scholastikos I 82
Johannes (ostsyr. Bischof um 1318) I *132*
Johannes von Zypern I 141
Joseph, Sohn des Sergios (Kopist) I 145
Julianos von Askalon III 224

Kyrillos Ephräm von Gargar I 57

Lazaros von Qandasā I 152
Letoios I 141
Longinus Castor III 186

al-Mahdī (Kalif) I 138
Makkīḵā (ostsyr. Bischof um 1318) I *132*
Mani III 221
Mar Aḇā (ostsyr. Katholikos) I *57*, 157
Maria (NT) II 19
Martyrios von Antiocheia I 141
Mechithar Gosch I 30, 65
Mellus, Elias Johannes I 135
Michael von Aṭrīb und Malīğ I 171
Michael von Damiette I 168
Michael der Syrer III *219*, 222
Mingana I 136
Mose (AT) I 97, II 21, 273, 359
Moses von Nisibis I 128
Mīnā I 59
Murqus ibn Zur'ah I 36, 86

Narsai (Schuzlleiter) I 48
Narsai (Diakon) I 48
Nestorios I 58, 108, 109, III 221
Noach (AT) II 19, 273

Osius III 74

Paulos (westsyr. Bischof) I 48
Paulus von Kallinikos III *241*
Petermann I 172
Petros von Alexandreia I 141
Peṭyōn I 60
Philippus (röm. Konsul) III 193
Philoxenos (Glossograph) III 155
Pius XI. I 135, 140

Rabbūlā von Edessa I 141, III 75
Rahmani, Ignatius Ephraem I 140
Rāmīšō' I 48
von Rosenkampff I 29

aṣ-Ṣafī ibn al-'Assāl I 66
Salomon von Kaškar I *132*
Šem (AT) II 19, 273
Šem'ōn von Rewardašir I *57*, 136, 154, II 345, 347
Šēm'ōn XXIII. (ostsyr. Katholikos) I 63
Sergios Amphiator I 141
Set (AT) II 19, 273
Severos von Antiocheia III 241
Sigismund I. (poln. König) I 30
Silvester (melkit. Patriarch) I 36
Simeon von Rewardašir s. Šem'ōn

Theodor von Mopsuestia I 58
Theodoretos von Kyrrhos III 219
Timotheos I. (ostsyr. Katholikos) I 53, *57*, 60, 61, 109, 127, 135, 138, 154, 155, II 347
Timotheos II. (ostsyr. Katholikos) I 63
Timotheos von Alexandreia I 141

Vachtang VI. I 29, 30, 65

Yahwe III 241

Zachäus (NT) III 159

b) Römische Juristen

Callistratus III 150, 152, 190, 202, 269
Claudius Saturninus III 149
Gaius III 54, 56, 75, 107, 108, 196, 236, 256
Isidor III 12
Julianus III 47
Iunius Brutus III 196
Labeo III 187, 257
Marcellus III 127
Masurius Sabinus I 71
Modestinus III 47, 77, 88, 164, 237
Neratius III 164
Papinianus III 47, 96, 127, *132*, 141, 164, 193
Papirius Justus III 266
Paulus III 67, 72, 83, 90, 92, 127, 143, 149, 150, 161, 164, 197, 208, 214, 229, 236, 243
Pomponius III 135, 140, 143, 195
Saturninus s. Claudius S.; Venuleius S.
Scaevola III 47, 113, 119, 164, 237
Thalelaios III 12, 40, *158*
Ulpianus III 56, 60, 61, 67, 90, 117, 119, 127, 135, 139-141, 143, 149-152, 155, 156, 185, 186, 189, 193, 195, 196, 201, 202, 208, 209, 213, 246, 247, 253, 256, 257, 259
Venuleius Saturninus III 143, 149

c) Römische Kaiser

Alexander Severus III 60, 61, 69, 72, 127, 136, 139, 141, 143, 162, 164, 189, 196, 197, 209
Anastasius III 59, 60, 214
Anthemius I 55
Antoninus Pius III 77, 79, 104, 139, 142, 161, 162
Arcadius III 65, 108, 146, 150, 199, 207, 210, 218, 220, 267, 268
Caracalla III 68
Constans III 150, 207
Constantius II. III 150, 207, 217, 218
Constantius III. III 240, 250
Diocletianus III 53, 59, , 68, 71, 76, 114, 120, 134, 139, 143, 145, 150, 151, 162, 163, 189, 196, 198, 199, 201, 203, 208, 209, 227, 264
Gallienus III 90, 120, 187
Gallus III 138, 162
Gordianus III 123, 133, 139, 141, 143, 160, 162, 253
Gratianus III 48, 50, 139, 141, 161, 168, 218, *221*, 227, 261, 267
Hadrianus III 106, 127, 143, 246
Honorius III 64, 65, 77, 85, 108, 138, 140, 146, 161, 172, 199, 207, 208, 210, 218-220, 240, 250, 267
Julianus Apostata III 85, 108, 175, 207, 208, 218, 219, 239, 240

Justinianus I. III 12, 48, 53, 56, 64, 67, 69, 89, 90, 96, 103, 104, 106, 119, 134, 149, 153, 171, 177, 203, 216, 224, 233, 241, 248, 251, 269
Konstantin I. I 29, 40, 43, 84-86, 97, 98, 107, 108, 121, 123, II 17, 21, 45, 147-149, 187, 193, 233-237, 271-273, 287, 335, 347, 353, 389, III 24, 26, 29, 39, 40, 48, 61, 69, 72-74, 76, 77, 82, 85, 130, 134, 146, 162, 172, 199, 203, *208*, 212, 215-218, 227, 238, 240, 253
Leo(n) I. I 43-45, 49, 61, 84-86, 97, 98, 107, 162, II 17, 51, 109, 115, 151, 169, 187-189, 193, 233-237, 265, 271, 327, 335, 341, 347, 353-355, 389, III 23, 26, 27, 30, 34, 39, 40, 84, 85, 148, 168, 170, 171, 173-179, 181, 219-222, 224, 230, 238-240, 267, 269
Leo(n) der Weise I 123, II 17, 273
Marcianus III 127, 149, *175*, 220, 221
Marcus Aurelius III 192
Maximianus III 53, 59, 68, 120, 139, 145, 150, 162, 163, 189, 196, 198, 199, 201, 203, 264
Philippus III 117, 193
Septimius Severus III 134
Severus (Kaiser) III 104, 142, 161, 253
Theodosius I. I 49, III 48, 50, 65, 74, 85, 97, 139, 150, 168, 173, 207, 218, *221*, 260, 261, 267, 268
Theodosius II. III 22, 23, 26, 29, 39, 49, 50, 64, 69, 77, 85, 138, 140, 146, 161, 172, 175, 180, 188, 205, 208, 218, 219, 221, 238-240, 243, 250, 251, 268
Theodosios (ohne Angabe) I 27, 28, *31*, *61*, 84-86, 97, 98, 107, 108, 121, 123, 124, 162, II 17, 133, 169, 187, 193, 235, 273, 287, 347, 373
Valens III 139, 161, 227
Valentinian I. I 44, III 146
Valentinian II. III 48-50, 65, 139, 150, 161, 168, 207, 218, 221, 227, 261, 267, 268
Valentinian III. III 29, 49, 50, 69, 85, 132, 147, 175, 179, 180, 188, 220, *221*, 239, 250, 268
«Valentinos» II 15, 197, 347
Valerianus III 90, 120, 187
Volusianus III 138, 162
Zeno I 44, III 47, 207, 222, 224, 232

11. Geographische Namen

Ägypten I 35, 65, 128, 163, 168, III 60, 114, 134, 182, 186, 203, 263, 268
Aleppo I 36
Alexandreia I 66
Alqōš I *58*, 131, 135-136, 154
Amid (Diyarbakir) I 145, 147
Antiocheia I 45, 50, 66, 151, 222, III 55, 176-177, 224, 241
ʿAqra (Iraq) I 135
Asia III 227
Äthiopien I 66
Aṭrīb I 171

Bagdad I 63, *64*, 122, 131, 140, 143, 154
Bari I *67*
Basra I 62
Baʿšīqā (Iraq) I 153
Beirut (s. a. Berytos) I 36, 140, 162
Berlin I 29, 31-34, 93
Berytos (s. a. Beirut) I 31, 49-50, 140
Byzanz I 65, 66
Bēṯ Šahrāyē (Iraq) I 145
Bēṯ Sbīrīnō (Türkei) I 128
Bēṯ ʿAšīqā (Iraq) I 153

Cambridge I 33
Chalkedon I 52, 53, 64-66, 141

Dair az-Zaʿfarān I 145
Damaskus I 34, 36, 145
Damiette I 168
Darai III 254
Dvin I 65

Edessa III 75, 219, 241
Edžmiacin I *172*, 173
Ephesos I 58, 140, 141
ʿEqrōr (Iraq) I 135
Erevan I 32, 173
Euphrat I *38*, 147

Gargar I 57, 147
Gortyn III 70, 108, 236

Holland I 27
Homs I 145

Indien I 136
Iraq I 58, 131, 135, 136, 145, 154
Italien I 140, III 163

Jerusalem I 66, 151, 172

Karthago I 140, III 217
Kilikien I 65

Kleinasien III 135, 177, 188
Konstantinopel I 50, 103, 113, III 177, 224

Leipzig I 33
Lemberg I 30
Libanon I 16, 35, 140, 163, 164
London I 35, 128 ,129
Louvain I 137

Mabbūg I 52, 128
Mailand I 49
Malīğ I 171
Makariouskloster (Ägypten) I 163
Marburg I 28
Mardin (Türkei) I 35, 135
Mesopotamien I 54, 58, 128, III 45
Midyat (Türkei) I 147
Mosul I 140, 153

New York I 35, 129
Nikaia I 52, *53*, 61, II 189
Nisibis I 48, 157, III 140, 254
Notre-Dame des Sémences (Kloster im Iraq) I 131, 135-136, 154

Orontes I 67
Oxford I 33
Oxyrhynchos III 60

Palästina I 50, 53, III 45, 192
Paris I 29, 33133
Persien I 64, III 176-29
Persis I 59, 61
Polen I 30

Rom I 34, 131, 134, 142, III 9, 120, 147, 163
Rußland I 29-30, 33

Sankt Petersburg I 30, 33, *36*, 174
Sardika I 141
Scharfeh (Kloster im Libanon) I 16, 35, 140, 142
Seert I 133
Seleukeia-Ktesiphon I 141
Syrerkloster in Ägypten I 35, 128-129
Syrien I 39, 50, 53, 128, 151, 163, III 16, 20, 45, 63, 74-75, 135, 177, 223

Tbilisi (Tiflis) I 136, 174
Telkeph (Iraq) I 135
Thrakien III 159
Tiflis s. Tbilisi
Transkaukasien I 30
Trichur I 136
Türkei I 35, 133, 145, 147
Ṭūr ʿAbdīn I 128

Vatikan I 35, 134
Venedig 173

Wien I 35, 147

Wegen der Aufbewahrungsorte von Handschriften vgl. Register 8 («Handschriften»).

12. MODERNE AUTOREN

Albanese III *58*, *114*, *137*, *157*, *161*, *183*
Albertario III *116*
Albertoni III 63, *121*
Altmann III *57*
Alwan I *67*
Amaduni I 173
Amelotti III *208*, *265*
Anné III *165*
Aouad I *67*
Aprem (Mar Aprem) I 136, *155*
Aptowitzer I *38*
Arangio-Ruiz III *86*
Archi III 10, 12, 27, 40, *66*, *104*, *208*, *209*
Assemani I 27-29, 54, 157, 161, 162, 164, II *343*, *346*, *347*, *381*, III *87*
Astolfi III *130*
Audo I *47*, 48, *135*

Baars I 35, 52, 69, 129, 131, III 166
Bachmann I 172
Bakradze I *36*, 174
Balzer I *30*, *31*
Basmadjian (Basmadžean) I 35, 93, 173
Bastianini III *60*
Baumstark I *48*, *60*, 156, 157, 161
Bedjan I *29*, 161, 162, II 380
Bell III *234*
Bellen III 111
Benešewic I *82*
Bergmann III *54*, *113*
Bernhöft I 39
Beseler III *119*
von Bethmann-Hollweg III *144*, *203*
Bickell I 28
Bidawid I *47*, *60*, 132, 156
Biener I 29
Biondi III *77*, 108, *192*
Bischoff I *30*
Bluhme III 9
de Boer I 35, 52, 69, 129, 131, III 166
Bonfante I 45, III *133*, 137, *240*
Bonini III *149*, *151*, *208*, *209*
Bortolucci III *197*
Bossowski I 38, III *45*, *47*, *55*, 108, 143, 254
Brandileone III 242
Brassloff III *91*, *99*, 108, 182, 183, *190*, *192*, *197*, 254, 262, *274*

Braun I *60*, 155, 156, II *336*, III *254*
Breydy I *67*
Brière III *241*
Brock I *175*, *180*, 185
Brockelmann I *47*, 48, 180-182, *183*, 184, *187*, II *117*, III 102, 109, 191
Broggini III *268*
Brooks III *219*
Brosset I 29, 174
Brown I *63*
Bruck III 45, *51*
Brunner III *9*
Bruns I 31-47 passim, 51, 54, 58, 71, 76, 78, *129*, 182, II *11*, III 31, 44, *47*, 52, 53, *54*, 56, 57, *58*, 59, 60, *62*, 63, *64*, 66-71, *72*, 73-75, *76*, 78, 80, *81*, *82*, *85*, *87*, 88, 89, *90*, *93*, 98, 99, 101, *103*, *104*, 105, 106, *109*, 110, 112-115, *116*, 117-119, *120*, 121, 124, 126, 128, *129*, 131, 132, 134, 135, 137, 139, *139*, *140*, 142, *144*, 145-147, 149-152, 154, 155, 157, 161, *162*, 163-167, 169, 174, 180, 182, 185, 187, 189, 190, 192, 197, 200, 202, 203, 205-207, *208*, 209, 211-215, 218-220, 222-224, 226, *227*, 228-230, 232-236, 239, 245, 250, 261, 262, 264, 265, 273
Buckland III 10, *81*, *89*, *90*, 108, 110
Budgė I *135*
Bulut I *47*, 48
Burdese III *189*
Burgmann I *29*, *30*, *47*, *56*, *65*, 173, 174, *185*
Burkitt I *129*

Calogirou III *94*, *95*, *112*
Calonge III *230*
Cannata III *9*, *13*, 239, 240
Carusi I 31, 38, III *45*, *94*, *95*, 143
Cersoy I *34*, 134
Cerulli I 171
Chabot I 48, *55*, 134, *137*, 155, III *219*, *222*, *254*
Chalons-Secrétan III *95*, *112*
Chastagnol III *227*
Cheikho I *60*, 163, 164
Chiusi III *60*
Chrysos III *216*
Çiçek I *161*, 162, II *380*
Collinet I 45, 49
Cöln I 171
Conrat III 9, 40
Cook I 153
Cornil III *95*, *113*
Costa I 45
Crifo III *214*, 220
Cuq III 63, *158*, *159*
Cureton I *165*

Darblade I *61*, *66*, *159*, 163, 164
Darmo I *60*, 155, II *336*
Dauvillier I 164, III 255

David I *134*
Degenkolb III 115
Dernburg III 9, 10
Desanti III 219
Dietrich III *122*
Dirksen III 224
Dolabani I 150
Dolidze I 36, 174
de Dominicis III *208*
Ducati I 45, 131, III 32, *45*, 53, *66*
Düll III 63, 255, 270
Džavaḫišvili I 174

Ebied I *135*
Ehelolf III *272*
Ehrhardt III *95*, *131*, 182, 183
Engelmann III *159*
Erdmann III *107*
Esmein III *96*, *112*

Fahed I 36, 162, 165
Falchi I 72, 73 III *182*, *217*, 218
Felgentraeger III *236*, 271
Ferrini I 34, 71, 131, 151, *181*, *182*, 183, II *35*, *285*, III 31, 39, *45*, *49*, 50, 55, 71, *104*, 151, 155, 189, 224, 225
Fiey I *132*, *153*
Filip-Fröschl III *195*, *196*, *201*
Fitting III *5*, 9, 11, *13*, 19, *25*, 27, *36*, 38, 39, 54
Frakes III *103*, *187*
de Francisci I *38*, III 58, *74*, 89, *90*, *95*, *117*, *128*, *161*, *164*, *259*
Freijate I *164*
Frenkel I *36*, 173
Frese III *94*, *234*
Furlani I *34*, 131

Ganghoffer III *104*
Gaudemet III *11*, *131*, 192, *219*
Gelzer III *109*
Gilson III *95*, *111*, *112*
de Giovanni III *218*
Girard III *94*, *96*, *112*, *135*, *170*, *189*
Girgis I *160*, 169-171
Gltčean (Klidschian) I 35, 93, 173
Gneist III *234*
Graf I *36*, *46*, *61*, *66*, 67, 156, *159*, 161, *162*, 163-166, 171, 172
Grenfell III *234*
Guarino III *148*
Guidi I 122, *164*, 172, III *140*
Guzman III 60

Hackl III *124*, *144-146*, *203*, *221*, *246*, 247, *269*
Haddad I *58*, 132, 133, *164*
Haenel III 9, 49, 220
Hässler III *265*
de Halleux I 134
Hammerschmidt I 172

Hanna I *47*, 48
Hatch I *129*
Haussoulier I 40, 45
von Haxthausen I 29, 30, 36, 174
Haymann III 236, 271
Heimbach I *49*, III *158*
Heisenberg III *192*
Hermann III *265*
Herrmann III *216*
Hindo I *140*, 144, 145, 162
Hitzig III 115
Hoenerbach I *28*, 36, *62*, 166, 168
Holwerda I *49*
Honsell III 60
von Hube I *30*, 33, 173, 174
Hunger III *216*
Hunt III *234*
Huschke III *118*, *190*
Huwiler III *196*

Ibrahim I 150
Impallomeni III 56
Isaac I *58*, 132, 133

Janson I *27*
Jerg III *216*
Jessner III *47*
Jones III *219*
Joubeir I 165

Karamianz I *172*
Karlowa III *9*
Karst I *30*, *31*, 173, 174
Kaser III *43*, 48, *52*, *53*, *58*, 60, *61*, *64 bis 66*, *70*, 77, *79*, *89*, *103*, *110*, *114*, *119*, *124*, *129*, 133, *142*, *144-146*, *153*, *155*, *161*, *163*, 164, *168*, 184, *185*, *186*, *190*, *194-197*, *199*, *201*, *203*, *210*, *211*, *221*, *229*, 240, *253*, *256*, *257*, *264*, 269, *270*
Kaufhold I *14*, *29*, *30*, 34, 59, *62*, *63*, *65*, 67, *81*, *93-95*, 132, 136, *140*, 146, 147, 150, *151*, *152*, 156, *160*, 161, 164, 165, 168, *172*, 173, 174, *178*, II 338
Kawerau III 176
de Kelaita I 157, II 346
Kinzig III *121*, *122*
Kipp I 45
Klauser III 216
Klidschian s. Ġltčean
Kohler I *30*, III *121*, *252*
Koschaker III 63, 157, *158*, *159*, 160, *165*, *236*, 271, 272
Kreller III *45*, *46*, 47
Kreuter III 10, 28
Krüger, Hugo III 64, *119*
Krüger, Paul III *9*, *217*, *218*, *221*
Kübler I 45, III *34*, *86*, *113*
Kunkel III *52*, *60*, *167*, *199*, *255*

de Lagarde III *109*
Lambert III *128*
Lampe I *182*
Land I 27-29, 31, 32, 33, 37, 41, 50, 51, *97*, 131, *181*, *182*, III *109*, 144, 223, 228
Landau I *28*
Lanfranchi III *246*
van Lantschoot I 35, 135, 143, 144
Lauria III *240*
Leder I *66*
Lenel I 45, III *119*, *257*
da Leonessa I 172
Levy I 39, III 10, 11, *53*, *78*, 79, *105*, *106*, *113*, *132*, *139*, 151, *189*, 192, *197*, *234*, *236*, *257*, *264*, 272
Lewald III 63, *102*
Liddell III *225*, *226*
Liebs I *47*

Maas I *122*
Maclean I *63*
Mai I 27, *28*, *29*, 157, 161, 162, 164, 165, II 343, III *169*
Manigk I 45, 61, III 53, *66*, 177, *190*, 194, *202*, 211, 252, 261
Manna I *47*, 48
Marasinghe III *113*
Maridakis III *101*
Marquardt III 228
Marrone III *119*
Martino III *156*
Mason III *114*, *268*
Massad I *67*
Massei III *94*, *112*
Matsis III 45
Mayer-Maly III *111*
Mayr I *39*
Mazzarino III *216*
Meinhart III *50*
Melikset-Bek I 36, 174
Memmer I *14*, III 96, 97, *172*
Meyer III 175, *268*
Migne III *253*
Mina I *168*
Mingana I 136
Misera III *97*
Mitteis I *33*, *34*, *37*, 38, 40, 42, 44, 45, *46*, 70-72, 134, 135, 139, 151, III 8, 31, 45, 47, 53, 54, 62, *66*, *68*, 70, *71*, 77, 78, 84, *86*, 89, *94*, *95*, 105, *106*, 107,108, 110, *112*, 116, *117*, *121*, *124*, 131, *132*, *139*, *146*, *150*, 151, 153, 157, *161*, 165, *172*, 176, 177, 181-183, *190*, *208*, 211, 212, *236*, 239, 250, 251-254, 261, 262, *268-270*, 271, 272, *274*
Mommsen I 32, III *64*, *141*, *175*, *189*, *217*, *218*, *221*, 223, *227*, 228
Müller, D. H. I 38, 40, III *44*, 68, *108*, 110, *121*, *140*, *150*, 151, 212, *236*
Murga III *219*

Nallino I 31, *33*, 38, 40, 41, *44*, 45, 51, *52*, *53*, 58, *59*, 60, 61, 129, 161, 166,

186, *192*, II *35*, *41*, III 7, 8, 26, 45, *46* bis *51*, 54, 56, *62*, 63, *64*, *70*, 81, 87, *89*, *93*, *95*, *99*, 101, 102, *104*, 108, 121, 122, *150*, *151*, *155*, 157, *158-160*, 169, *171*, 177, 182, 183, *197*, 199, *254*, *262*
Nasrallah I *66*, 163-165, 171
Nau I 155
Nehlsen III 8-10
Nicoll I *163*
Nöldeke I *105*, *130*, *146*, *175-178*, III *100*, *109*
Nörr III *46*, 48, 55, *65*, *71*, *78*, *101*, *116*, 134, *154*, *183*, *212*, *234*, *236*, *268*

Oertel III *188*
Oleś I *30*, *31*

Palma III *194*
Palme III *263*
Pape I *182*
Pappulias III *94*, *111*, *112*, *192*
Partsch I 40, 45, III 31, *45*, 84, *94*, *95*, 111, *112*, 131, *134*, *135*, *139*, *141*, 142, 150, 152, 181, 182, 236, 241, *256*, *259*, 271
Pastori III 192
Peiser III *252*
Pepere III *171*
Pernice III *146*
Petermann I 32, 172, 173
Peters III *97*
Peterson III 183
Petrowicz I *30*
Petschow III *139*, *140*
Pieler III *120*, *216*
Pineles III *192*
La Pira III *50*
Plöchl III *74*
van der Ploeg I 136
Preisigke III *102*, *109*, *114*, *188*, *203*, 268
Pringsheim III *95*, *131*, 211
Pritsch I 38

Rabel III *44*, *132*, *155*
Radke III *223*
Reggi III 142, *143*
Riad I *96*, *97*
Ricciotti I *29*, 161
Riccobono I *34*, 45, 131, III 138, 171
Riedel I *65*, *66*, 165, 166, 168, 169
Ries I *96*, III *216*
Rilinger III *151*
Rödiger I *28*, 32
Romano III *194*
van Rompay I *27*
Rubensohn III *203*
Rudorff I 28, *29*, 32, 37, *97*, III *44*, 80, *98*, 117-119, *120*, 135, *144*, *146*, 190, *202*, 203, *232*
Rücker I 133
Rupprecht III *154*

Sachau I *29*, 31, 32, 33, 34, 35, *40*, 41, 45, 46, 51, 53, 54, *57*, 58, *60*, 61, 62, *63* bis *66*, 68-71, 73, 76, 78, 93-95, *97*, 98, 106, 112, 126, 129, 131-134, 138, 139, 151-154, 156, 157, 161-166, 169, *170*, 171-174, 181-184, II *37*, *89*, *147*, *163*, 285, III *9*, 11, 31, 45, *47*, 50, 59, 66, *71*, 76, 81, 89, 92, *94*, 101, 109, *115*, 121, 126, 135, 137, *140*, 144, 150, 152, 154, 166, 174, 177, 186, 200, 201, 210, 215, 223, 225, 228, 235, 238, 244, 257, 262, 265, 269
Sachers III *116*, *237*
Saliou I *185*, *193*, *195*, III *192*
Samir Khalil I 168
San Nicolo III *132*
Santillana I *124*
Sargenti III *53*, *74*, *75*, 106, 108, 161, *165*
Sasse III *265*
Sauget I 135
von Savigny III *70*, *227*
Schacht I *124*
Schaeder I *175*
Schall I *175-177*, *180*, *182*
Schellenberg III 9, 28
Scheltema I *49*
Scher I *49*, 131, *132*, 134, 135, II *335*
Schermaier III *195*
Schönbauer III *95*
Schulthess I *128*, III *254*
Schulz, Fritz I *49*, 82, III 159, *235*, 236, *246*, *266*, 271
Schupfer I 45, III *95*
Schwarz III *57*, 234
Schwyzer I *175-177*
Scott III *225*, *226*
Segré III 160
Seidl III 32
Selb I *15*, *32*, *35*, *37*, *38*, 40, *43*, *53*, *54*, *57-60*, *62*, *63*, *65*, *66*, 72, *81*, *107*, 136, 145-147, *148*, 150, 156, 157, 161, 164, 165, 168, 184, II *85*, III 7, 8, *18*, 26, *31*, *34*, 36, *38*, 39, *40*, 43, *44*, 46, *48*, *49*, 54, *57-59*, *62*, *64*, 68, *70-72*, *74-77*, 78, *83*, *84*, *86*, *91*, *92*, *94*, 101, 102, *105*, *106*, *115*, *117*, *120*, *121*, 122, *123*, *131*, *136*, *137*, *141-143*, 150, 152, 161, *165*, *167 bis 169*, *172*, *176*, 181, *182-184*, *186*, *189*, *190*, *192*, *194*, *199-202*, *207*, *230*, *233-235*, 236, *237*, *244*, 246, 250, *252*, *258*, 265, 273
Senn III *94*, *96*, *135*, *170*, *189*
Simon III *119*, *154*, *203*, *237*
Sirivianou III *103*
Smith I *27*, *47*, 48, *149*
Smyly III *234*
Solazzi III *84*, *133*, 161, 180, 239, *240*
Sony I *140*, *142*, 143, 144
Sophocles I *182*

Spies I *28*, 36, *62*, 166, 168
Steinwenter III *141*, *146*
Stoll III *197*

Talamanca III *94*, *95*, *112*
Tamassia III *158*, *159*
Taubenschlag I 39, 40, 61, III *45*, *52*, *53*, *58*, 59, 63, *64*, *66*, *68*, *70*, *71*, *75*, 78, *81*, *86*, *87*, 89, *94*, *95*, *104*, 108, *113*, 116, *117*, 121, *128*, *131*, 138, 143, *152*, 161, *174*, *185*, *193*, 197, *202*, *212*, *236*, *237*, *256*, 270, 273
Tewes III 44
Thomas III *95*, *112*, *113*
Thür I *14*
Tomsin III *95*, *188*
Torrent III *154-156*
Triantaphyllopoulos III 63
Troianos I *56*
Troupeau I 163-165
Turner III *203*
Tzadua I 169-172

Üner III *159*
Uri I *165*

Vallindas III *141*
Vansleb (Wansleben) I 28
Végh III *195*
Vismara I *38*
de Visscher III 137
Voci III *119*, *122*
Voigt I *46*
Volterra I *27*, *31*, *32*, *37*, 38, 44, *45*, *172*, III 36, *113*, *131*, *158*, *159*, *165*, *175*, *193*, *202*, *207*, *216*
Vööbus I 34, 41, 48, *54*, 68, 132, 144 bis 147, 150, *152*, 161, *182*, 183-184, III *75*, 110, 121, *140*, *144*, 166, 223, *254*
Voss III *105-108*
Vosté I *58*, *62*, *63*, 131-133, 157, 161

van der Wal I *197*
Waldstein III *126*, 127, *128*
Wansleben (Vansleb) I 28
Weber III *86*, *237*
Weise I *30*
Weiss III *192*, *194*, *197*, *208*, 211, *246*
Welles III *45*
Wenger I *37*, *43*, *49*, III 32, *95*, *175*, *192*
Wesener III *48*, *49*, *57*
Whitehorn III *60*
Wieacker I 72, *73*, 82, III 10-12, *13*, 14, 19, *20*, *25*, *27*, *33*, 38, 39, *44*, *95*, 113, *138*, *158*, *159*, 163, 207, *235*, *236*, *260*
Wieding III *144*, *146*
Wilcken III *109*, *268*
Windscheid III *189*
Wlassak III *118*
von Woess I 40, III *45*, 47, 63, 64
Wolff III *113*, *182*, 183, *240*
Wright I 33, *48*, 51, *97*, *128*, 129, 131, 151-153, III *241*
Wurm III *120*, *121*, 122

Yaron III *43*, 48, 55, *64*, *69*, *78*, *95*, *99*, *101*, 110, *115*, *120*, 122, *139*, *152*, 170, *181*, 183, *193*, 213, *229*, *233*, *236*, *237*, *243*, *244*, 255, *265*, 267

Zachariae von Lingenthal I *56*
Zanetti I *163*
Zanzucchi III 39, 80, 239, *240*, 243, *272*
Zereteli III *234*
Ziadeh I *67*
Zimmern III *106*
Zotenberg I 151, 164
Žužek I *29*